



Elisabeth Kimmerle

FRAUEN IN BEWEGUNG

*Politische Räume von Migrantinnen
aus der Türkei in West-Berlin*

1961–1989

Wallstein

Elisabeth Kimmerle
Frauen in Bewegung

GESCHICHTE DER GEGENWART

Herausgegeben von

Frank Bösch

Band 38

Elisabeth Kimmerle

Frauen in Bewegung

Politische Räume von Migrantinnen
aus der Türkei in West-Berlin
1961 – 1989



WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Geschwister Boehringer
Ingelheim Stiftung für Geisteswissenschaften in Ingelheim am Rhein

Gefördert durch Mittel der Leibniz-Gemeinschaft

Diese Publikation wurde im Rahmen des Fördervorhabens 16KOA026
mit Mitteln des Bundesministeriums für Forschung, Technologie und Raumfahrt
im Open Access bereitgestellt.

Dieses Werk ist im Open Access unter der Creative-
Commons-Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 lizenziert.



Die Bestimmungen der Creative-Commons-Lizenz beziehen sich nur auf das Originalmaterial der Open-Access-Publikation, nicht aber auf die Weiterverwendung von Fremdmaterialien (z. B. Abbildungen, Schaubildern oder auch Textauszügen, jeweils gekennzeichnet durch Quellenangaben). Diese erfordert ggf. das Einverständnis der jeweiligen Rechteinhaberinnen und Rechteinhaber.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© Elisabeth Kimmerle 2025,  <https://orcid.org/0009-0001-1848-1661>
Publikation: Wallstein Verlag GmbH, Göttingen 2025
Geiststr. 11, 37073 Göttingen
www.wallstein-verlag.de
info@wallstein-verlag.de

Die vorliegende Arbeit wurde von der Philosophischen Fakultät der
Universität Potsdam als Dissertation angenommen, von Prof. Dr. Frank Bösch
und PD Dr. Nora Lafi begutachtet und am 18. Dezember 2024 verteidigt.

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond

Umschlaggestaltung: © SG Image unter Verwendung einer Fotografie:
Demonstration am Kottbusser Damm (ab Hermannplatz), türkische Mitbürger
gegen Faschismus, vom 19. März 1977. Foto: Jürgen Henschel © FHXB
Friedrichshain-Kreuzberg Museum

ISBN (Print) 978-3-8353-5916-1
ISBN (Open Access) 978-3-8353-8145-2
DOI <https://doi.org/10.46500/83535916>

Inhalt

I Einleitung	9
1 Fragestellung und Aufbau	11
2 Forschungsstand und Forschungslandschaft	13
3 Aushandlungsräume des Politischen. Methodische Zugriffe	23
4 Quellen – das Archiv der Migration	31
5 Zu den Zeitzeuginnen und ihren Lebenswegen	41
II Gurbet	47
1 Transit	50
1.1 Aufbrüche. Die Verbindungsstelle in Istanbul als Schwellenort	50
1.2 »Wie geht man als Arbeiter*in nach Deutschland?« – Ratgeber für Migrant*innen	66
1.3 Ankunft in West-Berlin. Zwischen Kaltem Krieg und Demokratisierung	77
2 Soziale und politische Betreuungsräume	92
2.1 Das Frauenwohnheim als »Palast der Alleinstehenden«.	92
2.2 Kaffeehaus-Ersatz mit Linksdrall? Soziale Betreuung bei Türk-Danış	107
2.3 Nichteheliche Kinder als transnationales Politikum	112
3 Fazit: <i>Gurbet</i> als Topografie der sexuellen und politischen Gefährdung	121
III Zwischen Fabrik und Universität	123
1 Fabrik	125
1.1 »Die Fabriken waren voller Frauen«. Arbeit und Geschlecht	125
1.2 Arbeitsbedingungen und Eigen-Sinn am Fließband	136
1.3 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Migrantische Arbeitskämpfe	148
1.4 Exkurs: Zeitzeuginnen-Perspektiven auf den Pierburg-Streik	160

2	Universität	176
2.1	Hochschulen als politische Zentren	176
2.2	Zwischen Hörsaal, Fabrik und Ausländerbehörde	183
3	Fazit: Fabrik und Universität als politische Knotenpunkte	191
IV Straße		193
1	Die Straße als transnationale Bühne	194
1.1	Migrantische Selbstorganisation und das Ausländergesetz	194
1.2	Zwischen Kurfürstendamm und Kottbusser Damm	202
1.3	Türkischer Wahlkampf im Ausland	213
2	»Analar, Bacılar Faşizme Karşı« – Geschlecht und Aktivismus	228
2.1	Vom Diskutieren und Teekochen. Geschlecht in linken Organisationen.	228
2.2	Politische Nähkurse? Der Türkische Frauenverein	238
2.3	Translokale Vernetzungen zwischen Istanbul und West-Berlin	249
3	Politische Gewalt im transnationalen Raum	256
3.1	»Türkische Verhältnisse« am Maybachufer. Radikalisierung und Einhegung	256
3.2	Der Mord an Celalettin Kesim als Wende	266
4	Fazit: Die Straße als Wahlurne und Bühne translokaler Proteste	276
V Ein Raum für sich selbst		279
1	Der Körper türkeistämmiger Frauen als Aushandlungsort	281
1.1	Produzierte Differenz. Die Erforschung »der türkischen Frau«	281
1.2	Körperliche Selbstbestimmung zwischen Kreißsaal und Pro Familia	293
1.3	Nach dem Baby-Boom. Geschlecht, Rassismus und Rückkehrprämie.	301
2	Umkämpfte Frauenräume in West-Berlin.	312
2.1	Frauenläden als Laboratorien des Feminismus und der »Integration«	312
2.2	Zuzugssperre und besetzte Häuser. Politisierte Wohnräume	324

2.3 Politische Gewalt gegen Frauen. Der Anschlag auf den Frauenladen TIO	345
2.4 Kulturelle Selbstbestimmung im kurdischen Frauenverein Hînbûn	364
3 Feministische Knotenpunkte – Migrantische Frauenkongresse	377
3.1 Intersektionale Aufbrüche. Der Frauenkongress in Frankfurt	377
3.2 Transnationale Aufbrüche zwischen Westeuropa und der Türkei	388
4 Fazit: Frauenräume zwischen Autonomie und Einhegung . . .	399
 VI Fazit: Multiple Aufbrüche	 403
 Abkürzungsverzeichnis.	 416
 Literaturverzeichnis	 418
Archivquellen	418
Interviews	422
Medien, veröffentlichte Quellen & Graue Literatur	424
Forschungsliteratur	433
 Abbildungsverzeichnis	 457
 Dank	 459



*Verabschiedung von Arbeiterinnen auf dem Weg nach Westdeutschland
am Bahnhof Sirkeci in Istanbul*

I Einleitung

Auf den ersten Blick zeigt diese Fotografie eine klassische Szene der Migration. Mehrere Frauen lehnen winkend am Zugfenster, sie blicken nach unten zu den Männern auf dem Bahngleis oder über diese hinweg in die Ferne. In ihren Gesichtern lassen sich Aufregung und Vorfreude ablesen. Die Männer stehen der Kamera zugewandt, auch ihre Gesichter strahlen, zwei von ihnen haben die Arme erhoben. Die abglichteten Menschen wirken unbeschwert und voller Erwartungen, die Szene mehr wie ein Aufbruch als ein Abschied. Bilder wie dieses Pressefoto, das als eine der wenigen Fotografien der Migration in die Bundesrepublik in der Atatürk-Bibliothek in Istanbul archiviert ist,¹ sind in das kollektive Gedächtnis der Arbeitsmigration eingegangen. Ähnliche Motive illustrieren vielfach die Migration von Arbeitskräften aus der Mittelmeerregion nach Westdeutschland seit 1955. Erst auf den zweiten Blick fällt auf, worin sich dieses Foto von den gängigen Bildern der Migration unterscheidet: Die Frauen sind diejenigen, die aufbrechen ins Unbekannte; die Männer bleiben zurück.

Diese Geschlechterkonstellation widerspricht der öffentlichen Wahrnehmung von Arbeitsmigration, die nach wie vor überwiegend männlich geprägt ist. Das visuelle Archiv der Migration, das an den Jahrestagen des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens Zeitungsberichte bebildert, zeigt Männer in Anzügen am Bahnhof, Männer in der Fabrik und im Wohnheim. Frauen gelten in diesem medialen Diskurs meist als zurückbleibende oder nachreisende Ehefrauen, in jedem Fall aber als von ihren Ehemännern Abhängige.² Dabei waren Ende 1970 rund ein Drittel der knapp zwei Millionen in Westdeutschland registrierten Arbeitsmigrant*innen Frauen.³ In West-Berlin betrug ihr Anteil gar 40 Prozent.⁴ Das Foto bildet insofern eine Realität der Migration ab, die bis heute häufig ausgeblendet wird.

1 Levent Lir: *Almanya'ya giden Türk bayan işçileri Sirkeci garında uğurlama*, Atatürk Kitaplığı, Fotoarchiv, Foto 004662, o. D.

2 Vgl. Kofman, Eleonore: *Female ›Birds of Passage‹ a Decade Later. Gender and Immigration in the European Union*, in: *The International Migration Review* 33/2, 1999, S. 269-299, S. 270.

3 Vgl. Mattes, Monika: *›Gastarbeiterinnen‹ in der Bundesrepublik. Anwerbepolitik, Migration und Geschlecht in den 50er bis 70er Jahren*, Frankfurt a. M./New York 2005, S. 10.

4 Vgl. Landesarbeitsamt Berlin an die BAVAV: *Beschäftigung, Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer*; Erfahrungsbericht 1970, BAArch, B 119/3015, 20.1.1971, S. 2.

Die Migration von Frauen stieß drei miteinander verwobene Transformationsprozesse an, von denen dieses Buch handelt und auf die der Titel *Frauen in Bewegung* verweist. Zum einen setzten sich Frauen selbst in Bewegung, indem sie eigenständig aufbrachen. Zum anderen brachten sie mit ihrer Migration gesellschaftlichen Wandel in Gang, indem sie durch ihr Handeln Geschlechter- und Arbeitsverhältnisse sowie kollektive Identitätsentwürfe herausforderten. Schließlich formierten sie sich zu einer migrantischen Frauenbewegung, indem sie im Kleinen und im Großen politisch für ihre Rechte kämpften. Diese drei Handlungsfelder spiegeln die zentralen Themen des Buchs wider – Migration, Geschlecht und politische Räume – und verorten die Arbeit zugleich am Schnittpunkt von Migrations- und Geschlechtergeschichte sowie sozialer Bewegungsforschung.

Das Foto aus der Atatürk-Bibliothek erzählt viele Geschichten. Frauen aus der Türkei sind seit den 1960er Jahren aus unterschiedlichen Gründen nach Westdeutschland migriert. Sie verließen die Türkei unter anderem aus Perspektivlosigkeit und Armut, aus Abenteuerlust und Freiheitsdrang, um zu studieren, aus politischen und familiären Gründen. So heterogen wie ihre Motive waren ihre soziale und geografische Herkunft, ihre Sozialisation und ihre Migrationsstrategien. Sich als Arbeiterin anwerben zu lassen, war in den 1960er Jahren der einfachste Weg, aus- und einzuwandern. Die Kategorie der sogenannten ›Gastarbeit‹⁵ verschleierte diese Vielschichtigkeit und homogenisiert Migrant*innen, die zu unterschiedlichen Zeiten aus diversen Gründen in die Bundesrepublik eingewandert sind, zu einer singulären Erzählung. Dabei sind Frauen in der Geschichte der Einwanderung trotz anderslautender Äußerungen von Historiker*innen nicht unsichtbar.⁶ Geschlecht ist sogar ein zentraler Bestandteil des Sprechens über Migration – jedoch als »*Katalysator für die Konstruktion und Festschreibung der angenommenen Differenz*« zwischen Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft.⁷

Kaum ein Bild hat sich als so kondensiert und resistent gegen Veränderungen erwiesen wie das Bild der ›passiven, unmündigen‹ Migrantin aus

5 Zur diskursiven Einordnung des Begriffs ›Gastarbeiter‹ s. Zeppenfeld, Stefan: Gastarbeiter, in: Inken Bartels, Isabella Löhr, Christiane Reinecke, u. a. (Hg.): Inventar der Migrationsbegriffe, 2023, online abrufbar unter: www.migrationsbegriffe.de/gastarbeiter (22.1.2025).

6 Vgl. zuletzt etwa Cäsar, Thaisa: Ungesehen. Weibliche Migration in die Bundesrepublik 1960 bis 1990, Göttingen 2024.

7 Lutz, Helma; Huth-Hildebrandt, Christine: Geschlecht im Migrationsdiskurs. Neue Gedanken über ein altes Thema, in: Das Argument 224, 1998, S. 159–173, S. 160 (Kursiv im Original).

der Türkei.⁸ Zwar brechen kulturelle, journalistische und wissenschaftliche Auseinandersetzungen mit der Einwanderungsgesellschaft Deutschland dieses Stereotyp zunehmend auf und nehmen Arbeitsmigrantinnen als Akteurinnen in den Blick.⁹ Die Frauen, die im Sommer 1973 in der Vergaserfabrik Pierburg in Neuss in einen wilden Streik traten, haben inzwischen mehr Bekanntheit erlangt. Trotz dieser neuen Perspektiven auf Geschlecht und Migration hält sich das Bild gesellschaftlich hartnäckig. Bisweilen wurde das Stereotyp der ›passiven Migrantin‹ lediglich durch das der ›aktiven Migrantin‹ ersetzt oder ergänzt. Auch in seiner Umkehrung bleibt das Narrativ jedoch eindimensional. Wie ein Fotonegativ spiegelt es nur das Originalmotiv, statt Frauen vielschichtige, vielleicht auch widersprüchliche Anteile zuzugestehen. Das vorliegende Buch ist ein Versuch, das homogene Bild von Migrantinnen aus der Türkei zu verkomplizieren.

1 Fragestellung und Aufbau

Dieses Buch folgt Migrantinnen aus der Türkei als Akteurinnen in sozialen Räumen, in denen sie lokal und transnational für ihre politischen Rechte eingetreten sind. Ausgehend von der These, dass die Arbeitsmigration maßgeblich durch Geschlecht strukturiert war, untersucht es, wie türkeistämmige¹⁰ Migrantinnen die Handlungsspielräume ausgelotet

8 In einfache Anführungszeichen werden Begriffe gesetzt, deren Konstruktionscharakter aufgezeigt werden soll.

9 Vgl. zur literarischen Auseinandersetzung etwa Tank, Gün: Die Optimistinnen. Roman unserer Mütter, Frankfurt a. M. 2022; Cwiertnia, Laura: Auf der Straße heißen wir anders, Stuttgart 2022; Gücyeter, Dinçer: Unser Deutschlandmärchen, Berlin 2022; journalistisch vgl. etwa Borčak, Melina: Vergessene Frauen. Vertrags- und Gastarbeiterinnen heute, rbb, 21.3.2020; Monecke, Nina: In Deutschland war es kalt, aber sie war frei, in: Die Zeit, 8.3.2024; Babila, Susanne: Mut und Glaube. »Gastarbeiterinnen« in Deutschland, SWR, 15.2.2024; Gürsoy, Dogtas: Von Drecksarbeit und politischem Kampf. Arbeiterinnen-Ausstellung »Annem işçi – Wer näht die roten Fahnen?«, DLF Kultur, 31.1.2024, online abrufbar unter: <https://www.deutschlandfunkkultur.de/von-drecksarbeit-ausstellung-ueber-gastarbeiterinnen-in-herford-podcast-dlf-kultur-13efadfe-100.html> (20.2.2025).

10 In der Türkei leben u. a. türkische, kurdische, armenische, jüdische, aramäische, lasische, tscherkessische, griechische und afrotürkische Frauen. Dieser kulturellen Heterogenität wird der Begriff ›türkische Frauen‹ nicht gerecht, mit dem zudem die gewaltsame Unterdrückung und ›Türkifizierung‹ von Minderheiten in der Geschichte der Türkei ausgeblendet wird. Deshalb verwende ich in diesem Buch die Begriffe ›Frauen aus der Türkei‹ und ›türkeistämmige Frauen‹, die am ehesten dem türkischen Begriff ›Türkiyeli‹ entsprechen.

und ausgeweitet haben, die sie durch die Migration hatten. Die Praktiken von türkeistämmigen Migrantinnen als »producers of entangled spaces«¹¹ ins Zentrum diverser Bewegungen zu stellen, ermöglicht es, die komplexen transnationalen Verflechtungen ihrer Handlungsspielräume in den Blick zu nehmen.¹²

Wie haben Migrantinnen aus der Türkei die Bedingungen und Grenzen politischer Praktiken und Partizipation in West-Berlin und transnational ausgehandelt? Wie haben sie sich politisiert, wie lokal organisiert und grenzüberschreitend vernetzt, um Gleichberechtigung zu erlangen? Mit welchen Praktiken haben sie sich öffentliche Räume angeeignet und die Grenzen von Privatem und Politischem verschoben? Welche Formen transnationaler Solidarität gab es – und welche Auswirkungen hatten diese Interaktionen auf die zunehmenden politischen und gesellschaftlichen Verflechtungen beider Länder?

Diesen Fragen gehe ich in vier Kapiteln nach, die einer räumlichen Struktur und grob einer zeitlichen Chronologie folgen. Die Kapitel sind in fünf Aushandlungsräume des Privaten und Politischen strukturiert: *Gurbet* (»In der Fremde«) rekonstruiert den transnationalen Raum, der durch die Arbeitsmigration aus der Türkei in Westdeutschland entstand, und umfasst grob die Jahre der Arbeitsanwerbung aus der Türkei von 1961 bis zum Anwerbestopp 1973. *Fabrik* und *Universität* untersuche ich als zentrale Knotenpunkte, an denen sich Migrant*innen in den sechziger und siebziger Jahren versammelten und organisierten. Die *Straße* wurde in den langen 1970er Jahren zur Bühne migrantischer Selbstorganisation und transnationaler Proteste. In den achtziger Jahren schufen Frauen eigene Räume; das letzte Kapitel untersucht diese *Frauenräume* als Laboratorien der migrantischen Frauenbewegung. Zeitlich setzt meine Untersuchung also mit dem Anwerbeabkommen zwischen der Türkei und der Bundesrepublik ein und endet mit der Wiedervereinigung. Denn die rassistische Gewalt der frühen neunziger Jahre und die tiefgreifenden Umbrüche der Transformationszeit markieren eine Zäsur im Leben und politischen Handeln von Migrant*innen. Räumlich konzentriert sich die Analyse im Sinne einer transnational verflochtenen Mikrogeschichte auf West-Berlin, wo sich die Verschränkung von Migration, Geschlecht und politischen Praktiken wie unter einem Brennglas untersuchen lässt.

11 Dietze, Antje; Naumann, Katja: Revisiting transnational actors from a spatial perspective, 2018, S. 421.

12 Vgl. hierzu auch Harders, Levke: Migration und Biographie. Mobile Leben beschreiben, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 29/3, 2018, S. 17–36.

Anhand sozialer Räume wie der Fabrik, der Universität, der Straße und Frauenläden zeichne ich den Wandel migrantischer Selbstorganisation und grenzüberschreitender Mobilisierung von den 1960er bis Ende der 1980er Jahre in geschlechtergeschichtlicher Perspektive nach. Dieser Ansatz bietet neue Einblicke in die Art und Weise, wie Migrantinnen aus der Türkei für ihre Rechte kämpften und welche Rolle sie als Akteurinnen in den gesellschaftlichen Transformationen beider Länder spielten. Ein Fokus auf Geschlechterverhältnisse öffnet die Perspektive für Formen migrantischer Selbstorganisation jenseits von klassischen politischen Partizipationsfeldern, die in der Migrationsgeschichte noch nicht erforscht sind.

2 Forschungsstand und Forschungslandschaft

Die Suche nach der Lücke im Forschungsstand hat die Tendenz zur Kartierung ›weißer Flecken‹ auf der Landkarte bereits erforschter Gebiete. Diese Arbeit verdankt bisher entstandenen Arbeiten der Migrations- und Geschlechtergeschichte viel und baut auf ihnen auf. Weil die Topografie von Geschlecht und Migration bereits mit vielfältigen Perspektiven und Fragestellungen abgesteckt ist, geht es im Folgenden weniger um das Auffinden einer Forschungslücke als um eine Neuperspektivierung. Diese bündelt drei Achsen, an deren Knotenpunkt Migrantinnen als Akteurinnen stehen: die Frage nach der politischen Handlungsmacht der Migrant*innen, das Gendern der Migrationsgeschichte und die Transnationalisierung der Geschlechtergeschichte. Dieser Zuschnitt knüpft an Beiträge zum *transnational turn* und akteurszentrierte Ansätze in der Migrationsgeschichte sowie geschlechtergeschichtliche Interventionen in die Zeitgeschichte an, deren Koordinaten ich mit Blick auf meine Forschungsfrage grob umreiße.

Migration wurde lange vornehmlich staatszentriert und im Rahmen des Integrationsparadigmas erzählt. In dieser Perspektive stellte Migration eine einmalige, unidirektionale Bewegung von einem Herkunftsland in ein Aufnahmeland dar. Migrant*innen wurden als ›Andere‹ der Dominanzgesellschaft imaginiert, die es in ein homogenes Kollektiv einzugliedern galt. In kritischer Abgrenzung eines solchen »methodologischen Nationalismus« und der damit einhergehenden Vorstellung von Nationalstaaten als Container entwickelten Migrationsforscher*innen in den 1990er Jahren den Ansatz transnationaler Migration.¹³ Der *transna-*

13 Glick Schiller, Nina; Basch, Linda; Blanc-Szanton, Cristina: Transnationalism. A New Analytic Framework for Understanding Migration, in: *Annals of the New*

tional turn ging einher mit einer Konzeptionalisierung transnationaler Räume als soziales und symbolisches Beziehungsgeflecht, das entfernte Orte über die Zirkulation von Praktiken, Wissen und Gütern in neuer Weise miteinander verband.¹⁴ Insbesondere für die Untersuchung migrantischer Protestformen über Grenzen hinweg kann das Konzept des transnationalen Raums produktiv herangezogen werden, um zu erklären, wie durch Migration innen- und außenpolitische Belange deterritorialisiert wurden und in einem Dritten Raum diffundierten.

Kritisch betrachteten die Sozialwissenschaftlerin Manuela Bojadžijev und die Anthropologin Regina Römhild, dass auch die transnational orientierte Migrationsforschung kaum über eine nach Herkunft sortierte »Migrantologie« hinausgehe – wenn auch in neuem räumlichem Maßstab.¹⁵ Aus dieser Problematik leiteten sie die programmatisch gewordene Forderung ab, Migrationsforschung zu entmigrantisieren und Gesellschaftsforschung zu migrantisieren.¹⁶ Analog zu Geschlecht soll Migration demnach als Querschnittsthema analysiert werden, das Gesellschaften konstitutiv durchzieht. Geschichte zu migrantisieren bedeutet in diesem Sinne nicht nur zu fragen, wie Migration soziale und politische Entwicklungen historisch geprägt hat, sondern auch Prozesse der Migrantisierung zu reflektieren.¹⁷ Ein solcher Fokus hinterfragt die Trennung in ein monolithisches ›Wir‹ und ›die Anderen‹ und rückt die Prozesse in den Blick, durch die derartige binäre Entitäten erst konstruiert werden. Migrationsgeschichte zu entmigrantisieren geht wiederum einher mit der Kritik am sogenannten »ethnic group research design«, das nach Her-

York Academy of Sciences 645/1, 1992, S. 1-24; Wimmer, Andreas; Glick Schiller, Nina: Methodological Nationalism and Beyond. Nation-State Building, Migration and the Social Science, in: Global Networks 2/4, 2002, S. 301-334; Levitt, Peggy; Jaworsky, B. Nadya: Transnational Migration Studies. Past Developments and Future Trends, in: Annual Review of Sociology 33/1, 2007, S. 129-156.

14 Grundlegend hierzu vgl. Faist, Thomas: Transnational social spaces out of international migration. Evolution, significance and future prospects, in: European Journal of Sociology 39/2, 1998, S. 213-247; Alcalde, Ángel: Spatializing Transnational History. European Spaces and Territories, in: European Review of History: Revue européenne d'histoire 25/3-4, 2018, S. 553-567; Saunier, Pierre-Yves: Transnational History, Houndmills, Basingstoke, Hampshire 2013.

15 Vgl. Bojadžijev, Manuela; Römhild, Regina: Was kommt nach dem ›transnational turn‹? Perspektiven für eine kritische Migrationsforschung, in: Bojadžijev, Manuela (Hg.): Vom Rand ins Zentrum. Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung, Berlin 2014, S. 10-24, S. 10.

16 Vgl. ebd., S. 11.

17 Vgl. Falk, Francesca: Wir brauchen eine Migrantisierung der Geschichtsschreibung – und eine Mobilitätskritik, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 69/1, 2019, S. 146-163, S. 146.

kunft ausgewählte Einwanderungsgruppen isoliert untersucht und dadurch homogene Kategorien reproduziert, die es zu dekonstruieren gilt.¹⁸ Einer solchen reflexiven Auseinandersetzung mit der Wissensproduktion fühle ich mich auch in meiner Untersuchung verpflichtet.

Dass diese Arbeit sich trotzdem auf Migrantinnen aus der Türkei konzentriert, hat zwei Gründe. Nimmt man die Forderung nach einer Perspektivverschiebung ernst, die migrantische Praktiken und Handlungsmacht ins Zentrum stellt, so ist die Auswertung von mehrsprachigen Quellen unabdingbar. Eine Analyse, die sich ausschließlich auf deutsche Quellen über Migrant*innen stützt, ohne Quellen *von* ihnen auszuwerten, bleibt einseitig und kann dem Anspruch eines akteurszentrierten Ansatzes nur bedingt gerecht werden. In dieser Abwägung habe ich das Dilemma reproduzierter Wissenskategorien über Migration zugunsten einer Perspektivierung in Kauf genommen, die durch türkischsprachige Quellen und Zeitzeuginnen-Interviews Migrant*innen zentriert. Darüber hinaus unterschieden sich die Aufenthaltsbedingungen türkeistämmiger Migrant*innen in der Bundesrepublik als Drittstaatenangehörige von jenen aus anderen Ländern teils migrationspolitisch und diskursiv. Eine Untersuchung, die Migrant*innen aus allen Anwerbeländern einbezieht, ebnet solche Unterschiede ein und reproduziert Kategorien wie Arbeitsmigration, die durch das Migrationsregime hervorgebracht wurden. Außerdem besteht hier umgekehrt die Gefahr, dass durch einen solchen Fokus transnationale Prozesse und Transfers aus dem Blick geraten. Hierbei ist jedoch die soziale, ethnische und politische Heterogenität von Migrant*innen aus der Türkei hervorzuheben. Seit den 1960er Jahren wanderten unter anderem türkische, kurdische, armenische, tscherkessische, alevitische und sunnitische Frauen aus unterschiedlichen Gründen und Regionen der Türkei in die Bundesrepublik ein. Dort wurden sie aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit unter die Gruppe der Türkinnen subsumiert.

Seit der Jahrtausendwende setzt sich die historische Migrationsforschung zudem mit der Frage auseinander, wie Geschlecht die Arbeitsmigration in die Bundesrepublik geprägt hat. Im Zuge der Öffnung zentraler Archivbestände nach Ablauf der 30-jährigen Sperrfrist in staatlichen Archiven gingen Studien dieser Frage zunächst vor allem aus struktureller, staatlicher Perspektive nach. Monika Mattes hat in ihrer 2005

18 Vgl. Esch, Michael; Poutrus, Patrice: Zeitgeschichte und Migrationsforschung. Eine Einführung, in: Zeithistorische Forschungen 2, 2005, S. 338-344, S. 340; Lüthi, Barbara: Was kommt nach dem »transnational turn«? Migration Studies und Migrationsgeschichte in der Zeitgeschichte, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 70/1, 2022, S. 8-17, S. 8.

erschienenen Studie zu »Gastarbeiterinnen« die bis dahin weit verbreitete Annahme widerlegt, dass Arbeitsmigration ein vornehmlich männliches Phänomen sei. Neben Fallbeispielen zur Beschäftigungspolitik von Siemens in West-Berlin und migrantischen Streiks bei Bahlsen arbeitet sie heraus, wie weibliche »Gastarbeit« mit den Geschlechterverhältnissen auf dem westdeutschen Arbeitsmarkt verwoben war.¹⁹ In ihrer grundlegenden Analyse der Frage, wie die Anwerbepolitik durch Geschlecht strukturiert war, stellt Mattes' Untersuchung einen wesentlichen Referenzpunkt dieser Arbeit dar. Karin Hunn zeichnet in ihrer ebenfalls 2005 publizierten Studie auf breiter Quellenbasis die staatliche Organisation und Regulierung der Arbeitsmigration aus der Türkei zwischen Anwerbung und Begrenzung nach.²⁰ Dabei gibt sie auch Einblicke in die Arbeits- und Lebenswelten der Migrant*innen, jedoch ohne Berücksichtigung der Strukturkategorie Geschlecht. Auch Karen Schönwälder bezieht zwar Geschlecht in ihre detaillierte Untersuchung der politischen Entscheidungen und öffentlichen Debatten zur Einwanderung in Großbritannien und der Bundesrepublik nicht als analytische Kategorie ein, zeigt jedoch, dass Geschlecht ein zentraler Bestandteil in der Aushandlungen um die Einwanderungsgesellschaft war.²¹

Neuere Forschungsarbeiten schreiben Migrationsgeschichte verstärkt aus akteurszentrierter Perspektive.²² Mit dem Fokus auf die Praktiken von Migrant*innen liefern sie neue Impulse zur Erforschung migrantischer Organisierung, Arbeits- und Lebenswelten.²³ Studien über Migration aus Geschlechterperspektive erlauben wertvolle Einblicke in den Alltag von Migrantinnen, berücksichtigen aber selten ihre politischen Praktiken – insbesondere ihren transnationalen Aktivismus. Wird hingegen die politische Organisierung von Migrant*innen historisch analysiert, werden

19 Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005.

20 Hunn, Karin: »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«. Die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik, Göttingen 2005.

21 Schönwälder, Karen: Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, Essen 2001.

22 Zu akteurszentrierten Ansätzen und dem *agency*-Begriff in der Migrationsgeschichte vgl. Jureit, Ulrike: Hoffnung auf Erfolg. Akteurszentrierte Handlungskonzepte in der Migrations- und Flüchtlingsforschung, in: Zeithistorische Forschungen 15, 2018, S. 509–522.

23 Vgl. etwa Thomsen Vierra, Sarah: Turkish Germans in the Federal Republic of Germany. Immigration, Space, and Belonging, 1961–1990, Cambridge 2018; Miller, Jennifer: Turkish Guest Workers in Germany. Hidden Lives and Contested Borders, 1960s to 1980s, Toronto 2018; Falk, Francesca: Gender Innovation and Migration in Switzerland, Cham 2019; Cäsar, Thaisa: Ungesehen, 2024.

die Kämpfe von Frauen – mit nennenswerten Ausnahmen²⁴ – oft als singuläre Fallstudie hinzugefügt, um zu zeigen, dass es auch Frauen unter den Streikenden oder Protestierenden gab.²⁵ Helen Schwenkens Befund einer »publizistischen und wissenschaftlichen Nichtwahrnehmung«²⁶ der Selbstorganisation von Migrantinnen aus dem Jahr 2000 ist im Großen und Ganzen bis heute gültig. Auch in den meisten Forschungsarbeiten zu transnationalen migrantischen Netzwerken »migrant women's activism and gender as an organizing principle of social relationships still goes unnoticed«,²⁷ wie der Historiker Sercan Çınar bemerkt. Die Marginalisierung von Frauen und Geschlecht in der Migrationsgeschichte und in Studien zu migrantischer Organisation, so meine These, resultiert nicht nur aus Leerstellen in den Archiven, sondern wird auch dadurch bedingt, welche Bereiche die historische Migrationsforschung als politisch betrachtet.

Eine solche Forschungsperspektive spiegelt die geschlechtsspezifische Trennung von Privatem und Politischem wider. Die Sphäre des politischen Aktivismus wird als eine männlich dominierte Sphäre untersucht, während sich Studien aus Geschlechterperspektive auf das Private und den Alltag konzentrieren.²⁸ Das gesamte Spektrum der politischen Praktiken und der Selbstorganisation von Migrant*innen lässt sich jedoch nicht erfassen, wenn der Aktivismus von Frauen nur als Nebenaspekt

- 24 Vgl. etwa Bojadžijev, Manuela: Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration, Münster 2008; Çınar, Sercan: The Making of Turkish Migrant Left Feminism and Political Generations in the Ruhr, West Germany (1975-90), in: Artwińska, Anna, Mrozik, Agnieszka (Hg.): Gender, Generations, and Communism in Central and Eastern Europe and Beyond, New York 2020, S. 102-121; Baumann, Sarah: ... und es kamen auch Frauen. Engagement italienischer Migrantinnen in Politik und Gesellschaft der Nachkriegsschweiz, Zürich 2014.
- 25 Vgl. etwa Trede, Oliver: Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration. Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik und in Grossbritannien in den 1960er und 70er Jahren, Paderborn 2015; Özcan, Ertekin: Türkische Immigrant*innenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung politischer Organisationen und politischer Orientierung unter türkischen Arbeitsimmigrant*innen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West, Berlin 1989; Clarkson, Alexander: Fragmented Fatherland. Immigration and Cold War Conflict in the Federal Republic of Germany, 1945-1980, New York 2013.
- 26 Schwenken, Helen: Frauen-Bewegungen in der Migration. Zur Selbstorganisation von Migrantinnen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Lenz, Ilse u. a. (Hg.): Frauenbewegungen Weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen, Wiesbaden 2000, S. 133-166, S. 133 f.
- 27 Çınar, Sercan: The Making of Turkish Migrant Left Feminism and Political Generations in the Ruhr, West Germany (1975-90) 2020, S. 103.
- 28 Vgl. Baumann, Sarah: Migration, Geschlecht und der Kampf um Rechte, 2015, S. 66.

betrachtet wird. Ein Fokus auf Geschlechterverhältnisse stellt in Frage, was gemeinhin als politisch definiert wird, und legt nahe, dass der Bereich, der allgemein als Privatsphäre gilt, sehr politisch werden kann. Dieser Untersuchung liegt die Überlegung zugrunde, dass durch migrationspolitische Regelungen und den ausländerrechtlichen Status von Migrant*innen als Nicht-Bürger*innen, aber auch durch Rassismus und Diskriminierung in der Gesellschaft für Migrant*innen vieles politisiert war, was für Bürger*innen unpolitisch scheinen mochte: zum Beispiel Heiraten, Wohnen oder Nähkurse.²⁹

In meinem Vorhaben, politische Praktiken mit dem Privaten zu verbinden, konnte ich von zahlreichen Vorarbeiten profitieren, die in den vergangenen Jahren entstanden sind. Besonders die Studie von Lea Nocera, die Arbeitsmigration aus der Türkei in die Bundesrepublik akteurszentriert als Geschlechtergeschichte nachzeichnet, stellt einen zentralen Bezugspunkt für meine Arbeit dar.³⁰ Anhand von Zeitzeuginnen-Interviews, türkischen Zeitungsberichten, Filmen und offiziellen Quellen der Bundesrepublik arbeitet Nocera die komplexen Aushandlungsprozesse von Geschlecht, Migration und Zugehörigkeit heraus. Dabei zeigt sie, wie vielfältig die persönlichen Motive, kollektiven Spannungen und gesellschaftlichen Dynamiken waren, die Frauen aus der Türkei jenseits von Push- und Pullfaktoren dazu bewegten, nach Westdeutschland zu migrieren – und wie Geschlecht als Strukturkategorie diese Migration durchzogen hat. Eine weitere Stärke von Noceras Arbeit ist die konsequente Verschränkung von transnationalen und lokalen Auswirkungen der Migration von Frauen.

Mit ähnlich vielschichtigen Quellenzugängen spürt Michelle Lynn Kahn in ihrer Dissertation den Entfremdungsprozessen von Migrant*innen aus der Türkei in beiden Ländern nach, die 2024 als Monografie erschien.³¹ Durch Oral History und die Analyse türkischsprachiger Quellen gelingt es Kahn, wertvolle Einblicke in die Lebenswelten und Praktiken der Migrant*innen zu geben und Migrationsgeschichte zu

29 Vgl. auch Kimmerle, Elisabeth: Politische Nähkurse. Türkische Frauenvereine als Orte lokaler Selbstorganisation und transnationaler Mobilisierung (1975-1990), in: Goeke, Simon; Tekin, Caner (Hg.): Migration, soziale Bewegungen und Selbstorganisation. Gewerkschaftliche und urbane Kämpfe von und für Migrant*innen seit den 1960er Jahren, Köln 2025, S. 169-187, S. 171 f.

30 Nocera, Lea: »Manikürlü Eller Almanya'da Elektrik Bobini Saracak«. Toplumsal Cinsiyet Perspektifinden Batı Almanya'ya Türk Göçü (1961-1984), İstanbul 2018.

31 Kahn, Michelle Lynn: Foreign in Two Homelands. Racism, Return Migration, and Turkish-German History, Cambridge, New York 2024; Kahn, Michelle Lynn: Foreign at Home. Turkish-German Migrants and the Boundaries of Europe, 1961-1990, Dissertation, Stanford 2018.

transnationalisieren. Zwar ist Geschlecht keine Analysekategorie, die ihre Fragestellung primär leitet, doch gerade ihre Untersuchung der Anwerbephase aus sexualhistorischer Perspektive lieferte wichtige Impulse für meine Arbeit. Methodisch knüpfte ich an den multiperspektivischen Ansatz dieser beiden Arbeiten an und füge ihren fundierten Analysen der Geschlechterverhältnisse und der Lebenswelten türkeistämmiger Migrant*innen die Dimension der Politisierung ihres Alltags und ihrer politischen Praktiken hinzu. Damit erweitere ich den Fokus um translokale Formen der Selbstorganisation von Migrantinnen, die beide Studien nicht systematisch, sondern nur am Rande untersuchen.

Wichtige Impulse brachte auch die Studie von Lauren Stokes, in der die Historikerin die Familie von Arbeitsmigrant*innen im Zentrum gesellschaftlicher und politischer Aushandlungsprozesse untersucht.³² Mit diesem Zuschnitt hinterfragt sie die gängige Einteilung in migrationspolitische Kategorien wie Arbeitsmigration, Familienzusammenführung und Asyl und zeichnet nach, dass Komplikationen oft dann eintraten, wenn Migrant*innen die durch diese Einreisewege vorgezeichneten Handlungsspielräume ausdehnten. Im Unterschied zu Stokes, die überwiegend das Handeln staatlicher Behörden analysiert, untersuche ich die Politisierung vermeintlich privater Lebensbereiche mit dem Fokus auf migrantische Akteur*innen. Durch diese Perspektivverschiebung ergänzt meine Arbeit Stokes' Studie komplementär. Methodisch greife ich zudem den mikrohistorischen Zugang auf, mit dem Stefan Zeppenfeld in seiner Studie den Wandel und die Vielfalt türkischer Arbeitswelten in West-Berlin untersucht.³³ Das vorliegende Buch profitierte nicht nur von Zeppenfelds fundierten Analysen migrantischer Arbeit im öffentlichen Sektor, der Fabrik und dem Gastgewerbe, sondern insbesondere auch von seiner geschlechtergeschichtlich informierten Untersuchung der Beschäftigungsverhältnisse bei Siemens.

Mit seiner etwa zeitgleich zu meiner Arbeit entstandenen und 2025 abgeschlossenen Dissertation »Feminism Abroad« legt Sercan Çınar die bisher umfassendste und differenzierteste Studie zur politischen Organisation türkeistämmiger Migrantinnen vor.³⁴ Seine profunde Unter-

32 Stokes, Lauren: *Fear of the Family. Guest Workers and Family Migration in the Federal Republic of Germany*, New York 2022.

33 Zeppenfeld, Stefan: *Vom Gast zum Gastwirt? Türkische Arbeitswelten in West-Berlin*, Göttingen 2021.

34 Çınar, Sercan: »Feminism Abroad«. A Transnational History of Turkish Migrant Left-Feminist Women's Organizations in the United Kingdom, West Germany, and the Netherlands (1974-1990), Dissertation, Central European University, Wien 2025.

suchung des transnational verflochtenen Aktivismus linker türkischer Frauenorganisationen in Großbritannien, den Niederlanden und Westdeutschland stellt gängige Periodisierungen der Geschlechtergeschichte in Frage. In kritischer Erweiterung geschlechtergeschichtlicher Ansätze, die migrantischen Feminismus als unabhängige Bewegung ignorieren und ihn nur in Bezug auf die *weiße* Frauenbewegung und die Abgrenzung von jener analysieren, kann er anhand des transnationalen Aktivismus migrantischer Frauenvereine zeigen, dass sich Migrantinnen aus der Türkei durchaus schon vor den achtziger Jahren politisch organisierten. Nicht nur Çınars Argumente und Befunde insbesondere zur Geschichte des Türkischen Frauenvereins in West-Berlin und in Gelsenkirchen bildeten einen zentralen Bezugspunkt für meine Arbeit. Auch unser wissenschaftlicher Austausch und unsere gegenseitige Unterstützung im Forschungsprozess prägte die Entstehung zweier sich ergänzender Studien mit unterschiedlichem Fokus.

Die Forderung, Migrant*innen als handelnde Subjekte ins Zentrum der Einwanderungsgeschichte zu stellen, hat zudem Untersuchungen zu migrantischen politischen Praktiken, Protesten und Arbeitskämpfen hervorgebracht.³⁵ Als zentral für diesen Ansatz hat sich das Konzept der »Autonomie der Migration« erwiesen, das die Mobilität und das Handeln von Migrant*innen als Praxis begreift, die staatliche Migrationsregime herausfordert.³⁶ Damit geraten migrantische Widerstands- und Alltagspraktiken in den Blick, die nicht als bloße Reaktion auf staatliche Reglementierungen, sondern als eine Triebfeder der Geschichte konzeptualisiert werden, auf die wiederum staatliche Akteure mit migrationspolitischen Maßnahmen reagieren. Für meine Untersuchung

35 Vgl. etwa Clarkson, Alexander: *Fragmented Fatherland*, 2013; Slobodian, Quinn: *Foreign Front. Third World Politics in Sixties West Germany*, Durham 2012; Goeke, Simon: *The Multinational Working Class? Political Activism and Labour Migration in West Germany During the 1960s and 1970s*, in: *Journal of Contemporary History* 49/1, 2014, S. 160–182; Carstensen, Anne Lisa u. a. (Hg.): *Solidarität – Kooperation – Konflikt. Migrantische Organisierungen und Gewerkschaften in den 1970/80er Jahren*, Hamburg 2022; Yurdakul, Gökçe: *From Guest Workers into Muslims. The Transformation of Turkish Immigrant Associations in Germany*, Newcastle-upon-Tyne 2009; Østergaard-Nielsen, Eva: *Transnational Politics. Turks and Kurds in Germany*, London, New York 2003.

36 Vgl. Bojadžijev, Manuela; Karakayalı, Serhat: *Autonomie der Migration*. 10 Thesen zu einer Methode, in: *Transit Migration Forschungsgruppe* (Hg.): *Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas*, Bielefeld 2007, S. 203–2010; Karakayalı, Serhat; Tsianos, Vassilis: *Mapping the Order of New Migration. Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration*, in: *Peripherie* 25/97/98, 2005, S. 35–64; Bojadžijev, Manuela: *Das ›Spiel‹ der Autonomie der Migration*, in: *Zeitschrift für Kulturwissenschaften* 5/2, 2011, S. 139–146.

hervorzuheben ist dabei Manuela Bojadžijevs 2008 erschienene Studie »Die windige Internationale«, die als Grundlagenwerk migrantischer Kämpfe bezeichnet werden kann.³⁷ Bojadžijevs Analyse des Politischen auch in reproduktiven Protesten hat meiner Arbeit ebenso wichtige Impulse gebracht wie ihr Konzept von Integration als Einhegung migrantischer Widerstandspraktiken.³⁸ Simon Goeke hat in seiner 2020 als Buch veröffentlichten Dissertation Proteste von und für Migrant*innen in den 1960er und 1970er Jahren rekonstruiert, ohne allerdings Geschlecht systematisch zu untersuchen.³⁹ In seiner Analyse migrantischer Arbeitskämpfe und linker sowie gewerkschaftlicher Solidaritätspraktiken verbindet er Migrationsgeschichte mit Gewerkschaftsgeschichte und der Geschichte sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik.

Kritik am Ansatz der »Autonomie der Migration« bezog sich unter anderem auf eine Romantisierung der Migration und auf eine Überbetonung der migrantischen Handlungsmacht bei Vernachlässigung der komplexen Strukturen, in denen sich Widerstand formiert.⁴⁰ So schlugen Martina Benz und Helen Schwenken stattdessen den Begriff der Eigensinnigkeit der Migration vor, der »den überschüssigen und nicht staatlich zu regulierenden Anteil von Migrationsbewegungen ein[fängt], ohne eine Autonomie zu behaupten, die wir, gerade vor dem Hintergrund einer feministischen Konzeptionalisierung von Ökonomie und Subjektivität, für einen Mythos bzw. zumindest für missverständlich halten.«⁴¹ Damit sprechen sie eine wichtige Dimension an, die in vielen Studien zu migrantischen Protesten und Arbeitskämpfen unterbeleuch-

37 Bojadžijev, Manuela: Die windige Internationale, 2008.

38 Vgl. ebd., S. 242.

39 Goeke, Simon: »Wir sind alle Fremdarbeiter!« Gewerkschaften, migrantische Kämpfe und soziale Bewegungen in Westdeutschland 1960-1980, Paderborn 2020.

40 Vgl. Benz, Martina; Schwenken, Helen: Jenseits von Autonomie und Kontrolle. Migration als eigensinnige Praxis, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 3/140, 2005, S. 363-377, S. 372. Zur Debatte des Konzepts »Autonomie der Migration« vgl. Çağlar, Ayşe; Glick Schiller, Nina: Wider die Autonomie der Migration. Eine globale Perspektive auf migrantische Handlungsmacht, in: Zeitschrift für Kulturwissenschaft 5/2, 2011, S. 147-150; Oltmer, Jochen: »Autonomie der Migration« oder »Eigen-Sinn« von Migrant*innen, in: Zeitschrift für Kulturwissenschaft 5/2, 2011, S. 151-154; Bojadžijev, Manuela: Replik, in: Zeitschrift für Kulturwissenschaft 5/2, 2011, S. 160-162; synthetisierend: Scheel, Stephan: Das Konzept der Autonomie der Migration überdenken? Yes, please!, in: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 1/2, 2015, S. 1-15, S. 6.

41 Benz, Martina; Schwenken, Helen: Jenseits von Autonomie und Kontrolle, 2005, S. 363.

tet ist: Geschlecht als Strukturprinzip und Intersektionalität,⁴² also das Zusammenwirken mehrerer Diskriminierungsformen, als Forschungsperspektive.

Dass Frauen in den Unterkapiteln von Meistererzählungen abgehandelt werden, haben Historikerinnen in Bezug auf die deutsche Zeitgeschichte bereits vielfach kritisiert und analysiert.⁴³ Beiträge zur Geschlechtergeschichte haben ein enges Verständnis von Politik ebenso herausgefordert wie Zäsuren und Liberalisierungsnarrative.⁴⁴ Analog zu Migration in der kritischen Migrationsgeschichte verstehen feministische Historikerinnen Geschlecht als historisch spezifisches, konstitutives Element einer Gesellschaft und sozialer Beziehungen. Als intersektionale Strukturkategorie ist Geschlecht neben Klasse, *race* und Sexualität ein »zentrales Mittel, um Macht- und Herrschaftsbeziehungen zu formen und auszudrücken«.⁴⁵ Darüber hinaus kann Geschlecht in den Worten von Candace West und Don Zimmermann als Routine verstanden werden, die im Sinne eines ›doing gender‹ Geschlechtsidentität durch aushandeln und inszenieren stets von Neuem hervorbringt und aktualisiert.⁴⁶ Die vorliegende Studie

42 Vgl. hierzu Crenshaw, Kimberle: Mapping the Margins. Intersectionality, Identity Politics, and Violence against Women of Color, in: Stanford Law Review 43/6, 1991, S. 1241-1299; Walgenbach, Katharina: Intersektionalität als Analyseperspektive heterogener Stadträume, in: Scambor, Elli, Zimmer, Fränk (Hg.): Die intersektionelle Stadt. Geschlechterforschung und Medienkunst an den Achsen der Ungleichheit, Bielefeld 2014, S. 81-92; Walgenbach, Katharina: Gender als interdependente Kategorie, in: dies. (Hg.): Gender als interdependente Kategorie. Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität, Opladen 2007, S. 23-64.

43 Vgl. etwa Budde, Gunilla: Das Geschlecht der Geschichte, in: Mergel, Thomas u. a. (Hg.): Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theorie-debatte, München 1997, S. 125-150, S. 125; Hodenberg, Christina von: Writing Women's Agency into the History of the Federal Republic. »1968,« Historians, and Gender, in: Central European History 52/1, 2019, S. 87-106, S. 88; Paulus, Julia; Silies, Eva-Maria; Wolff, Kerstin: Die Bundesrepublik aus geschlechterhistorischer Perspektive, in: dies. (Hg.): Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 2012, S. 11-30.

44 Vgl. etwa Paulus, Julia u. a. (Hg.): Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 2012; Hagemann, Karen; Quataert, Jean (Hg.): Geschichte und Geschlechter. Revisionen der neueren deutschen Geschichte, Frankfurt a. M., New York 2008; Hagemann, Karen u. a. (Hg.): Gendering Post-1945 German History. Entanglements, New York, Oxford 2019.

45 Hagemann, Karen; Quataert, Jean: Einführung: Geschichte und Geschlechter. Geschichtsschreibung und akademische Kultur in Westdeutschland und den USA im Vergleich, in: dies. (Hg.): Geschichte und Geschlechter. Revisionen der neueren deutschen Geschichte, Frankfurt a. M., New York 2008, S. 11-63, S. 15 f.

46 Vgl. West, Candace; Zimmermann, Don: Doing Gender, in: Gender and Society 1/2, 1987, S. 125-151, S. 126.

stützt sich auf feministische Theoriebildung und Historiographie, die das komplexe Zusammenwirken von Geschlecht und Gesellschaft analysiert und die Grenzen des Privaten und des Politischen neu gezogen hat. Wesentliche Anregungen für diese Arbeit kamen insbesondere von der türkischen Geschlechterforschung, die Geschlecht als zentralen Austragungsort der Modernisierung, Urbanisierung und gesellschaftlicher wie politischer Transformationen untersucht hat.⁴⁷ Auch neuere Einzelstudien zu feministischem Aktivismus legen ein intersektionales Verständnis von Geschlecht zugrunde und fragen nach den Wechselwirkungen mit anderen Strukturkategorien.⁴⁸ Migration und die migrantische Frauenbewegung handeln die meisten Studien der Geschlechtergeschichte jedoch weitgehend als Randnotiz ab.⁴⁹ Anspruch meiner Arbeit ist es deshalb, Geschlecht in die Migrationsgeschichte einzuschreiben und die Geschlechtergeschichte zu migrantisieren.

3 Aushandlungsräume des Politischen. Methodische Zugriffe

Für eine akteurszentrierte Perspektive auf die *Agency* von Migrantinnen schlage ich vor, Aushandlungsräume des Privaten und Politischen zu untersuchen. Der Begriff des *AusHandlungsRaums* eignet sich in meinen Augen besonders für die Untersuchung migrantischer politischer Praktiken, weil er drei Ebenen umfasst: erstens strukturiert er als Handlungsspielraum Bedingungen und Grenzen migrantischen Handelns durch aufenthaltsrechtliche Regelungen, migrationspolitische Maßnahmen

47 Vgl. etwa Kandiyoti, Deniz: Gendering the Modern. On Missing Dimensions in the Study of Turkish Modernity, in: Bozdoğan, Sibel, Kasaba, Reşat (Hg.): Rethinking Modernity and National Identity in Turkey, Seattle 1997, S. 113-132; Tuncer, Selda: Women and Public Space in Turkey. Gender, Modernity and the Urban Experience, London 2018; Göle, Nilüfer: The Forbidden Modern. Civilization and Veiling, Ann Arbor 1996.

48 Vgl. etwa Florvil, Tiffany: Mobilizing Black Germany. Afro-German Women and the Making of a Transnational Movement, Urbana, Chicago, Springfield 2020; Freeland, Jane: Feminist Transformations and Domestic Violence in Divided Berlin 1968-2002, Oxford 2022; Karcher, Katharina: Sisters in Arms. Militant Feminisms in the Federal Republic of Germany since 1968, New York, Oxford 2020; Ferree, Myra Marx: Varieties of Feminism. German Gender Politics in Global Perspective, Stanford 2012.

49 Eine Ausnahme stellt der von Encarnación Gutiérrez Rodríguez und Pinar Tuzcu herausgegebene Band »Migrantischer Feminismus« dar: Gutiérrez Rodríguez, Encarnación; Tuzcu, Pinar (Hg.): Migrantischer Feminismus in der Frauenbewegung in Deutschland (1985-2000), Münster 2021.

und soziale Infrastruktur.⁵⁰ Dieser Handlungsrahmen ist im Migrationsregime⁵¹ aber weder statisch noch unidirektional von oben gesetzt, sondern steht in einem stetigen Aushandlungsprozess mit den Praktiken von Migrant*innen. Staatliche Akteure reagieren also auf migrantische Bewegungen und passen die Einwanderungspolitik daran an – Migrant*innen eignen sich wiederum diese Maßnahmen an und verändern ihre Einreisewege entsprechend. Die Betonung auf das Aushandeln rückt zweitens die Prozesshaftigkeit und die Handlungsmacht der Akteur*innen in den Blick. Migration kann als Austragungsort kollektiver Identitätswürfe verstanden werden, in deren Zentrum Migrant*innen und Geschlecht standen. Zugleich fordern Migrant*innen bestehende Gesetze, Regelungen und Normen heraus und praktizieren politische Handlungsmacht außerhalb formaler staatsbürgerlicher Rechte. Mit dem Politikwissenschaftler Engin Isin könnte man sagen, sie praktizieren »acts of citizenship«, indem sie Rechte beanspruchen und aushandeln – und transformieren dadurch Formen des Politischen.⁵² Die Philosophin Seyla Benhabib hat für diese Aushandlungen den Begriff »democratic iterations« vorgeschlagen. In Anlehnung an Jacques Derridas Konzept der Iteration als Abwandlung durch Wiederholung versteht sie demokratische Iterationen als komplexe Aushandlungsprozesse, durch die universalistische Rechtsansprüche und Prinzipien angefochten und neu ausgerichtet werden.⁵³ Entscheidend dabei ist, dass jede Neuaushandlung die Bedeutung eines Konzepts verändert und neue Dimensionen hinzufügt. Indem Einwandernde, gesellschaftliche und staatliche Akteure aushandeln, welche Rechte und Bewegungsspielräume Migrant*innen haben sollten, stellen sie demnach nationalstaatliche Konzepte zur Disposition und transformieren sie.

Drittens verweist der Begriff des Aushandlungsraums auf die räumliche Konstitution von Aushandlungsprozessen im Migrationsregime. Die Soziologin Martina Löw argumentiert, dass Handeln und räumliche

50 Vgl. Jureit, Ulrike: Hoffnung auf Erfolg, 2018, S. 515.

51 Migrationsregime verstehe ich in Anlehnung an den Migrationshistoriker Jochen Oltmer als »Arenen relativ stabiler Apparate der Produktion von Normen, Strukturen und Organisationen zur Beeinflussung von Migration«, die durch institutionalisierte Macht gekennzeichnet sind. Oltmer, Jochen: Einführung, Migrationsregime vor Ort und lokales Aushandeln von Migration, in: ders. (Hg.): Migrationsregime vor Ort und lokales Aushandeln von Migration, Wiesbaden 2018, S. 1-12, S. 5.

52 Vgl. Isin, Engin: Theorizing Acts of Citizenship, in: ders., Nielsen, Greg (Hg.): Acts of citizenship, London, New York 2008, S. 15-43, S. 39.

53 Vgl. Benhabib, Seyla: The Rights of Others. Aliens, Residents and Citizens, Cambridge, New York 2004, S. 179.

Strukturen einander bedingen, dass also »räumliche Strukturen eine Form von Handeln hervorbringen, welches in der Konstitution von Räumen eben jene räumlichen Strukturen reproduziert«. ⁵⁴ Migrant*innen können mit den Historikerinnen Antje Dietze und Katja Naumann als »producers of spatial entanglements« ⁵⁵ bezeichnet werden, die neue transnationale Räume schufen. Diese Raumaneignungen waren häufig Gegenstand von gesellschaftlichen Aushandlungen und Debatten über Migration. Besonders Migrantinnen und ihre Sichtbarkeit im öffentlichen Raum standen im Zentrum dieser Aushandlungen, da Räume zutiefst vergeschlechtlicht sind, wie sich an der Dichotomie von Öffentlichem und Privatem ausführen lässt.

Die wirkmächtige Konstruktion von Öffentlichkeit und Privatheit ist eines der zentralen Strukturprinzipien, das Räume und bürgerliche Gesellschaften organisiert. ⁵⁶ Entlang dieser binären Pole wurden und werden weitere Zuschreibungen und Eigenschaften gruppiert: Frauen wurden im Privaten verortet und mit Häuslichkeit, Reproduktion, Abhängigkeit, Emotionalität, Körperlichkeit, Subjektivität und Natur assoziiert. Männer dagegen wurden in der Öffentlichkeit situiert und mit Politik, Produktion, Rationalität, Staatsbürgerschaft, Zivilgesellschaft, Objektivität und Autonomie konnotiert. ⁵⁷ Die Frauen- und Geschlechtergeschichte hat die Existenz separater Lebensbereiche nach Geschlecht als anthropologische Konstante seit den 1970er Jahren hinterfragt und die Dichotomie von Öffentlichkeit und Privatheit historisiert. Historiker*innen haben die Trennung von privatem und öffentlichem Raum als westliches Konzept im Kontext des europäischen Nationalstaats und der Trennung von Haushalt und Produktion im Zuge von Industrialisierung und Kapitalismus im 19. Jahrhundert lokalisiert. ⁵⁸

54 Löw, Martina: Raumsoziologie, Frankfurt a. M. 2001, S. 172.

55 Dietze, Antje; Naumann, Katja: Revisiting transnational actors from a spatial perspective, in: *European Review of History: Revue européenne d'histoire* 25/3-4, 2018, S. 415-430, S. 420 f.

56 Vgl. Löw, Martina: Raumsoziologie, 2001, S. 168.

57 Vgl. Madanipour, Ali: *Public and Private Spaces of the City*, London, New York 2003, S. 86; Duncan, Nancy: *Renegotiating Gender and Sexuality in Public and Private Spaces*, in: dies. (Hg.): *BodySpace. Destabilizing geographies of gender and sexuality*, London, New York 1996, S. 127-144, S. 128.

58 Vgl. Bock, Gisela; Duden, Barbara: *Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus*, in: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hg.): *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen*, Juli 1976, Berlin 1977, S. 118-199, S. 122; Davidoff, Leonore: *Regarding Some 'Old Husbands' Tales*, *Public and Private in Feminist History*, in: Landes, Joan (Hg.): *Feminism, the Public and the Private*, Oxford, New York 1998, S. 164-194, S. 186; Hausen, Karin: *Öffentlichkeit und Privatheit. Gesellschaftspolitische Konstrukti-*

Die Dichotomie von Privatheit und Öffentlichkeit ist somit kulturell und historisch spezifisch, geschlechtlich kodiert und konstruiert. Sie artikuliert sich darüber hinaus in räumlichen Strukturen und produziert dadurch Einschlüsse und Ausgrenzungen und geschlechterspezifische Hierarchien.⁵⁹ Vorstellungen von politischer Öffentlichkeit und unpolitischer Privatheit waren demnach historisch verflochten mit Machtstrukturen und der damit einhergehenden Kontrolle und Konstruktion von Geschlechterdifferenzen.

In der Türkei hatte die Dichotomie von Privatheit und Öffentlichkeit insofern andere Implikationen als im europäischen Kontext, als das Heraustreten der Frauen in den öffentlichen Raum im Zentrum des kemalistischen Nationenbildungs- und Modernisierungsprojekts stand. Die 1923 gegründete Republik machte die Emanzipation von Frauen zur Staatspolitik. Reformen wie die Adoption des Schweizer Zivilrechts, die Abschaffung der Polygamie und die Einführung des Frauenwahlrechts 1934 zielten auf die Sichtbarkeit der Frauen in der Öffentlichkeit ab.⁶⁰ Frauenrechte zu propagieren diente dem Staatsgründer Mustafa Kemal strategisch dazu, sich vom Osmanischen Reich abzugrenzen. Zugleich versuchte er dadurch sein Einparteienregime von der faschistischen Diktatur im Deutschland der 1930er Jahre zu distanzieren, wie die feministische Politologin Şirin Tekeli argumentiert hat.⁶¹ Frauenrechte fungierten demnach als Symbol für die Demokratisierung der neugegründeten Türkei; Frauen waren Repräsentantinnen der Modernisierung und der gesellschaftlichen Transformation. Zum Ideal der ›modernen republikanischen Frau‹ gehörten neben Berufstätigkeit und Bildung Mutterschaft und Kindererziehung als nationale Pflichten.⁶² Die ›neue türkische Frau‹ sollte also kulturellen Traditionen treu bleiben; sie sollte modern sein, ohne ihre moralische Tugend durch zu große ›Verwestlichung‹ zu kompromittieren. Die türkische Geschlechter- und Frauenforschung hat vielfach das komplexe Geflecht der Anforderungen untersucht, das

onen und die Geschichte der Geschlechterbeziehungen, in: Thomas, Tanja, Wischermann, Ulla (Hg.): *Feministische Theorie und Kritische Medienkulturanalyse. Ausgangspunkte und Perspektiven*, Bielefeld 2020, S. 263–268, S. 264; Duncan, Nancy: *Renegotiating Gender and Sexuality in Public and Private Spaces* 1996, S. 128.

59 Vgl. Löw, Martina: *Raumsoziologie*, 2001, S. 169.

60 Vgl. Tuncer, Selda: *Women and Public Space in Turkey*, 2018, S. 31.

61 Vgl. Tekeli, Şirin: *Frauen in der türkischen Politik*, in: Abadan-Unat, Nermin (Hg.): *Die Frau in der türkischen Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1993, S. 259–282, S. 265 f.

62 Vgl. White, Jenny: *State Feminism, Modernization, and the Turkish Republican Woman*, in: *NWSA Journal* 15/3, 2003, S. 145–159, S. 146.

Frauen im öffentlichen und privaten Raum navigierten.⁶³ Die verstärkte Sichtbarkeit von Frauen im öffentlichen Raum erforderte ein neues Set an Regeln und Verhaltensnormen, wie die Politikwissenschaftlerin Deniz Kandiyoti argumentiert hat.⁶⁴ Um die soziale Ordnung nicht zu stören und das Zusammentreffen mit Männern im öffentlichen Raum zu regulieren, praktizierten Frauen eine entsexualisierte Geschlechteridentität.⁶⁵ Die Präsenz von Frauen im öffentlichen Raum war demnach zutiefst vergeschlechtlicht und sexualisiert, wie die Soziologin Selda Tuncer feststellt.⁶⁶

Die Grenzen zwischen privatem und öffentlichem Raum waren gesellschaftlich konstruiert, durchlässig und wurden permanent durch die Alltagspraktiken von Frauen und Männern in Frage gestellt, ausgehandelt und überschritten.⁶⁷ Aneignungen des öffentlichen Raums durch Frauen standen historisch im Zentrum gesellschaftlicher Ängste vor Unsittlichkeit und sexueller Gefährdung der Frauen.⁶⁸ Das Heraustreten von Frauen in den öffentlichen Raum erforderte demnach soziale Normen, die ihre Praktiken und Bewegungen regulierten. Die Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben wurde wesentlich über die Frage ausgehandelt, wie sich Frauen angemessen in der Öffentlichkeit bewegen sollten.⁶⁹ Die bloße Anwesenheit und Sichtbarkeit von Frauen im öffentlichen

63 Grundlegend zum Verhältnis von privatem und öffentlichem Raum und Geschlecht in der Türkei s. Tuncer, Selda: *Women and Public Space in Turkey*, 2018, S. 23-38; Göle, Nilüfer: *The Forbidden Modern*, 1996; Çınar, Alev: *Modernity, Islam, and Secularism in Turkey. Bodies, Places, and Time*, Minneapolis 2008; Baydar, Gülsüm: *Tenuous Boundaries. Women, Domesticity and Nationhood in 1930s Turkey*, in: *The Journal of Architecture* 7/3, 2002, S. 229-244; Arat, Yeşim: *The Project of Modernity and Women in Turkey*, in: Bozdoğan, Sibel, Kasaba, Reşat (Hg.): *Rethinking Modernity and National Identity in Turkey*, Seattle 1997, S. 95-112; Kandiyoti, Deniz: *Gendering the Modern*, 1997; Kandiyoti, Deniz: *Emancipated but Unliberated? Reflections on the Turkish Case*, in: *Feminist Studies* 13/2, 1987, S. 317-338; Durakbaşı, Ayşe; İlyasoğlu, Aynur: *Formation of Gender Identities in Republican Turkey and Women's Narratives as Transmitters of »Herstory« of Modernization*, in: *Journal of Social History* 35/1, 2001, S. 195-203.

64 Vgl. Kandiyoti, Deniz: *Gendering the Modern*, 1997, S. 126.

65 Ebd.

66 Vgl. Tuncer, Selda: *Women and Public Space in Turkey*, 2018, S. 38.

67 Vgl. ebd., S. 14.

68 Vgl. etwa Roller, Franziska: *Flaneurinnen, Straßenmädchen, Bürgerinnen. Öffentlicher Raum und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen*, in: Hubrath, Margarete (Hg.): *Geschlechter-Räume. Konstruktionen von »gender« in Geschichte, Literatur und Alltag*, Köln, Weimar, Wien 2001, S. 251-265; Sabelus, Esther: *Die weiße Sklavin. Mediale Inszenierungen von Sexualität und Großstadt um 1900*, Berlin 2009.

69 Vgl. Tuncer, Selda: *Women and Public Space in Turkey*, 2018, S. 29.

Raum war Gegenstand politischer und gesellschaftlicher Aushandlungen. Indem Frauen die konstruierten Grenzen zwischen dem privaten und öffentlichen Bereich überschritten, schufen sie politische Räume. Begreifen wir transnationale Migration analog als Heraustreten aus dem »privaten Raum« der Nation, so zeichnen sich andere Konturen des Politischen jenseits der Dichotomie von Privatem und Öffentlichem ab.

Dass das Private politisch sei, postulierte die Neue Frauenbewegung bereits in den 1970er Jahren im Hinblick auf Abhängigkeitsverhältnisse in den Geschlechterbeziehungen, unbezahlte Hausarbeit und körperliche Selbstbestimmung.⁷⁰ Die feministische Geschichtswissenschaft hat im Anschluss daran herausgearbeitet, dass das vermeintlich Private ein politisches Konstrukt ist.⁷¹ Die Politisierung des Privaten verweist auf drei Ebenen: erstens auf den Zugriff des Staats auf Körper, Reproduktion und Familie durch sozialpolitische Regulierung; zweitens auf die öffentliche Problematisierung vermeintlich privater Themen durch Feministinnen und Migrant*innen und drittens auf die wissenschaftliche Revision des historischen Subjekts durch einen erweiterten Politikbegriff. Die Geschlechterperspektive rückt traditionell als unpolitisch und historisch nicht relevant betrachtete Bereiche in den Blick und stellt gängige Narrative und Periodisierungen der Politikgeschichte in Frage.⁷² Ein über politische Strukturen und formelle Institutionen hinausgehendes Verständnis des Politischen macht andere Arenen politischer Aushandlungen sichtbar. Das Politische war ebenso wie das Private und das Öffentliche stets Gegenstand von Verhandlungen und historischem Wandel. Deshalb kann es hier nicht das Anliegen sein, anstelle eines engen einen erweiterten Politikbegriff zu definieren, der als Analysebegriff der Untersuchung zugrunde gelegt wird. Vielmehr geht es darum, das Politische zu historisieren und in den einzelnen sozialen Räumen zu fragen, welche Akteur*innen das vermeintlich Private mit welchen Praktiken politisierten.

70 Vgl. Rosenberger, Sieglinde: Privatheit und Politik, in: Kreisky, Eva, Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Opladen 1998, S. 120–136, S. 129.

71 Vgl. Bargetz, Brigitte: Ambivalenzen des Alltags. Neuorientierungen für eine Theorie des Politischen, Bielefeld 2016, S. 84.

72 Vgl. Davis, Belinda: The Personal is Political. Gender, Politics, and Political Activism in Modern German History, in: Hagemann, Karen (Hg.): Gendering Modern German History. Rewriting Historiography, New York, Oxford 2007, S. 107–127, S. 107 f.; Hagemann, Karen; Harsch, Donna: Entanglements of Gender, Politics, and Protest in the Historiography on the Two Post-1945 Germanys, in: Hagemann, Karen u. a. (Hg.): Gendering Post-1945 German History. Entanglements, New York, Oxford 2019, S. 21–44, S. 22.

Da Migrant*innen durch ihren aufenthaltsrechtlichen Status dem Zugriff des Staats verstärkt ausgesetzt und zugleich von den meisten Formen politischer Partizipation ausgeschlossen waren, stellt sich die Frage des Politischen in einer Migrationsgeschichte aus Geschlechterperspektive neu. Das Aufenthaltsrecht wirkte sich ebenso auf das politische Handeln von Migrant*innen aus wie Diskriminierung und Rassismus.⁷³ Zugleich waren sie im Sinne einer »multi-layered citizenship« in unterschiedlichen lokalen, nationalen und transnationalen Kollektiven situiert, die sich je unterschiedlich auf ihre sozialen und politischen Rechte auswirkten.⁷⁴ Die Politisierung des Privaten hatte demnach für Einwandernde andere Implikationen als für Staatsbürger*innen. Andererseits handelten sie angesichts der eingeschränkten politischen Partizipationsmöglichkeiten neue Formen des Politischen aus, indem sie Forderungen stellten und sich dadurch als politische Akteur*innen konstituierten.⁷⁵

Dadurch gewannen Alltagspraktiken, wie Manuela Bojadžijev argumentiert, an Bedeutung für die migrantische Organisation, da im Alltag laufend Formen des Widerstands erprobt wurden.⁷⁶ Mit Alf Lüdtkes Konzept des Eigensinns erweist sich die Alltagsgeschichte als produktiv für die Erforschung migrantischer politischer Praktiken. Lüdtke begreift auch das Geltendmachen von individuellen Bedürfnissen als politisches Verhalten und geht davon aus, dass eigensinniges und widerständiges Handeln die Grenzen von Privatem und Politischem verwischt.⁷⁷ Eigensinniges Handeln artikuliert sich für den Alltagshistoriker als Anspruch auf einen eigenen Raum.⁷⁸ Insofern es die Organisation sozialer Bezie-

73 Rassismus verstehe ich in der Definition Birgit Rommelspachers als »ein System von Diskursen und Praxen, die historisch entwickelte und aktuelle Machtverhältnisse legitimieren und reproduzieren«. Teil dieses Systems ist die Naturalisierung, Homogenisierung, Polarisierung und Hierarchisierung von konstruierten Gruppen. Vgl. Rommelspacher, Birgit: Was ist eigentlich Rassismus?, in: Melter, Claus, Mecheril, Paul (Hg.): Rassismuskritik. Rassismustheorie und -forschung, Frankfurt a. M. 2011, S. 25-38, S. 29. Vgl. hierzu auch Alexopoulou, Maria: Rassistisches Wissen in der Transformation der Bundesrepublik Deutschland in eine Einwanderungsgesellschaft 1940-1990, Göttingen 2024.

74 Vgl. Yuval-Davis, Nira: The »Multi-Layered Citizen«, in: International Feminist Journal of Politics 1/1, 1999, S. 119-136; Baumann, Sarah: Migration, Geschlecht und der Kampf um Rechte, 2015, S. 67.

75 Vgl. Isin, Engin: Being Political. Genealogies of Citizenship, Minneapolis 2002, S. 275 f.

76 Vgl. Bojadžijev, Manuela: Antirassistischer Widerstand von Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik. Fragen der Geschichtsschreibung, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 17/1, 2002, S. 125-152, S. 145.

77 Vgl. Lüdtke, Alf: Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Münster 2015, S. 133-138.

78 Vgl. ebd., 2015, S. 126.

hungen in Frage stellt, ist eigensinniges Handeln in seinen Augen nicht als privat einzuordnen, sondern als politische Strategie.⁷⁹

Um nicht alle Unterschiede zwischen organisierten politischen Praktiken und Alltagspraktiken unter einem breiten Politikbegriff einzuebnen, lohnt es sich, mit Rückgriff auf die feministische Geographie Praktiken im Raum zu verorten.⁸⁰ Demnach ist der physische und soziale Kontext einer politischen Handlung ebenso signifikant wie die Frage, wer sie praktiziert.⁸¹ Aufgrund von vergeschlechtlichten kulturellen Normen können vermeintlich unpolitische Praktiken als politisch wahrgenommen werden, je nachdem, wer sie vollzieht. Gleichzeitig durchbrechen vordergründig private Handlungen, die in den öffentlichen Raum getragen werden, die konstruierte Trennung von Privatheit und Öffentlichkeit, indem sie deren politische Konstitution sichtbar machen.⁸² Umgekehrt haben insbesondere marginalisierte Frauen private Räume historisch strategisch genutzt, um sich dort ungestört zu organisieren. bell hooks hat etwa das Zuhause als widerständigen Raum untersucht, der für Afroamerikaner*innen angesichts rassistischer Anfeindungen im öffentlichen Raum eine radikale politische Dimension hat.⁸³ Praktiken sind demnach nicht inhärent politisch oder unpolitisch. Ob eine Handlung als politisch wahrgenommen wird, hängt vielmehr davon ab, wer sie in welchem Raum vollzieht, und ist Gegenstand permanenter Aushandlungen. Eine solche Konzeptualisierung erlaubt ein nuanciertes Verständnis von Aushandlungsräumen des Privaten und Politischen, ohne den Privatbereich als weiblich konnotiert zu reproduzieren. Politisiert wurde vermeintlich Privates demnach staatlich von oben und durch migrantische Alltagspraktiken von unten.

79 Vgl. Lüdtkke, Alf: Einleitung: Was ist und wer treibt Alltagsgeschichte?, in: ders. (Hg.): *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt a. M. 1989, S. 9–47, S. 25.

80 Grundlegend hierzu s. Staeheli, Lynn u. a. (Hg.): *Mapping Women, Making Politics. Feminist Perspectives on Political Geography*, New York 2004.

81 Vgl. Cope, Meghan: *Placing Gendered Political Acts*, in: Staeheli, Lynn u. a. (Hg.): *Mapping Women, Making Politics. Feminist Perspectives on Political Geography*, New York 2004, S. 71–86, S. 74 f.

82 Vgl. Staeheli, Lynn: *Publicity, privacy, and women's political action*, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 14, 1996, S. 601–619, S. 602.

83 hooks, bell: *Yearning. Race, Gender, and Cultural Politics*, New York 2015, S. 41–49.

4 Quellen – das Archiv der Migration

Der Anspruch, Migrantinnen als Akteurinnen ins Zentrum der Analyse zu stellen, bedingt eine kritische Reflexion der Quellenzugänge. Staatliche Archive sind als zentrale Orte nationaler Erinnerung im Kontext der Gründung europäischer Nationalstaaten entstanden und spiegeln strukturelle Machtverhältnisse und Marginalisierungen wider.⁸⁴ Durch diese gesellschaftlichen Exklusionsmechanismen sind Archive geprägt von »distortions, omissions, erasures and silences«, wie der Archivar Rodney Carter konstatierte.⁸⁵ Die Archivbestände erzählen demnach nur einen Bruchteil einer viel größeren, komplexen Geschichte.⁸⁶ Die Frauen- und Geschlechtergeschichte hat hervorgehoben, dass, was als geschichtsträchtig und überlieferungswürdig gilt, dabei weniger eine Frage vorhandener Bestände ist als ihrer Auswahl, Klassifizierung und Hierarchisierung.⁸⁷ Die Bewertung objektiver und subjektiver Zeitzeugnisse folgt dabei einer vergeschlechtlichten Hierarchie, wie die Soziologin Meltem Ahıska festgestellt hat: »The metaphors used to describe memory and history evoke interesting dichotomies: While memory is feminized, history is regarded to be a male prerogative.«⁸⁸ Dieser Dichotomie lassen sich darüber hinaus schriftliche und mündliche Quellen sowie offizielle Dokumente und Ego-Dokumente zuordnen.

In den Archiven Quellen zu finden, in denen die Subjektivität von Migrantinnen als Akteurinnen überliefert ist, stellt eine Herausforderung dar.⁸⁹ Zwar hinterlässt transnationale Migration aufgrund diverser staatlicher Regulierungsprozesse und rechtlicher Auflagen viele Spuren auf Papier und produziert dadurch große Mengen an Archivmaterial.⁹⁰ Entsprechend befinden sich im Bundesarchiv umfassende Bestände, in denen die Organisation der Arbeitskräfteanwerbung aus dem Ausland und kommunale wie staatliche Deliberationen zur Einwanderung

84 Vgl. Featherstone, Mike: Archive, in: *Theory, Culture & Society* 23/2-3, 2006, S. 591-596, S. 592.

85 Carter, Rodney: *Of Things Said and Unsaid. Power, Archival Silences, and Power in Silence*, in: *Archivaria* 61, 2006, S. 215-233, S. 216.

86 Vgl. ebd., S. 221.

87 Vgl. Budde, Gunilla: *Das Geschlecht der Geschichte* 1997, S. 133.

88 Ahıska, Meltem: *Occidentalism and Registers of Truth. The Politics of Archives in Turkey*, in: *New Perspectives on Turkey* 34, 2006, S. 9-29, S. 21.

89 Vgl. hierzu etwa Lafi, Nora: *Finding women and gender in the sources: toward a historical anthropology of Ottoman Tripoli*, in: *The Journal of North African Studies* 23/5, 2018, S. 768-790.

90 Vgl. Herren-Oesch, Madeleine; Rüesch, Martin; Sibille, Christiane: *Transcultural history. Theories, methods, sources*, Berlin 2012, S. 8.

dokumentiert sind. Während diese Quellenbestände die Perspektive staatlicher und wirtschaftlicher Akteure widerspiegeln, sind die Stimmen von Migranten – und insbesondere von Migrantinnen nahezu abwesend. Um Formen ihrer politischen Handlungsmacht zu rekonstruieren, habe ich weit verstreute Archivbestände danach gesichtet, wo Migrantinnen in Kontakt mit Behörden und gesellschaftlichen Akteur*innen gekommen sind. In staatlichen Archiven habe ich Spuren migrantischer Selbstorganisation gefunden, indem ich die Quellen ›gegen den Strich‹ gelesen habe.

Tiefere Einblicke in migrantische politische Praktiken und Solidaritäten zwischen sozialen Bewegungen und Migrant*innen erlaubten mir die Bestände in ›Archiven von unten‹. Das DOMiD ist selbst aus migrantischer Selbstorganisation hervorgegangen und sammelt seit mehr als 30 Jahren migrantische Wissensbestände.⁹¹ Während im DOMiD vielfältige Zeugnisse aus migrantischer Perspektive dokumentiert sind, lassen sich in feministischen und linken Bewegungsarchiven wie dem FFBIZ oder dem Papiertiger-Archiv Verflechtungen migrantischer Gruppen mit westdeutschen sozialen Bewegungen untersuchen. In den lokalhistorischen Sammlungen des Friedrichshain-Kreuzberg-Museums und des Mitte Museums konnte ich migrantische Aushandlungsräume des Privaten und Politischen mikrogeschichtlich und räumlich rekonstruieren. Die Bestände der Universitätsarchive der FU und der TU Berlin ergänzten meine Recherche durch Flugblatt- und Plakatsammlungen und die Akten migrantischer studentischer Vereine. Die Entstehung und Organisation türkischer und kurdischer Frauenvereine in West-Berlin ist fragmentarisch im Landesarchiv Berlin, im FHXB-Museum und im FFBIZ überliefert.

Spiegelt sich in diesen Beständen überwiegend die Außenperspektive kommunaler und feministischer Akteur*innen auf die Frauenvereine wider, so erforderte ein Einblick in die Innenperspektive meine Zusammenarbeit mit den Frauenvereinen. Da ich mit zentralen Akteurinnen der Frauenvereine Zeitzeuginnengespräche geführt habe, gewährten sie mir punktuell Zugang zu ihren Vereinsarchiven. Ein weiterer Grund für die marginalisierten Perspektiven von Migrantinnen im Archiv ist, dass in der sozialpolitischen Arbeit dieser Frauenvereine wenig Zeit zur Katalogisierung und Archivierung von Aktivitäten bleibt. Hier wird deutlich, dass Fragen der Überlieferung und Archivierung auch geschlechterspezifische Dimensionen haben. Die Erschließung migrantischer Vereins-

91 Zur Geschichte von DOMiD s. Gogos, Manuel: Das Gedächtnis der Migrationsgesellschaft. DOMiD – Ein Verein schreibt Geschichte(n), Bielefeld 2021.

archive ist zeitaufwendig, verspricht aber Zugänge und Perspektiven auf die Geschichte der Einwanderungsgesellschaft, die in der Migrationsgeschichte bisher weitgehend unerforscht sind.⁹²

An Grenzen stieß meine Recherche in Unternehmensarchiven: Das Siemens-Archiv, das mit umfassenden Quellen einen zentralen Bestand zur Arbeitsmigration nach West-Berlin beherbergt, war seit Beginn der Pandemie geschlossen. Da migrantische Arbeitskräfte trotz ihrer hohen Beschäftigungsquote bei AEG-Telefunken in dem im Technikmuseum Berlin archivierten Unternehmensbestand marginalisiert sind, musste ich den sozialen Raum der Fabrik über andere Quellen erschließen. Einblicke in migrantische Arbeitswelten gaben mir neben den Beständen des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Archiv der sozialen Demokratie Zeitzeuginnenberichte, türkische Pressesammlungen und von migrantischen Organisationen herausgegebene Publikationen.

Insbesondere türkischsprachige Quellen eröffnen unverzichtbare Perspektiven auf die politische *Agency* von Migrant*innen. Mit den türkischsprachigen Flugblättern, Zeitungen, Korrespondenzen und Protokollen linksgerichteter migrantischer Selbstorganisationen in Deutschland konnte ich einen zentralen Quellenbestand erschließen. Die umfangreichen Bestände, die im Bewegungsarchiv TÜSTAV in Istanbul liegen, erlauben neue Einblicke in die Politisierung und transnationale Vernetzung migrantischer Organisationen und wurden bisher in der historischen Migrationsforschung noch kaum berücksichtigt.⁹³ Die feministische Frauenbibliothek (Kadın Eserleri Kütüphanesi ve Bilgi Merkezi) in Istanbul war eine Anlaufstelle für Zeugnisse der Frauenbewegungen in der Türkei. Ergänzt und kontextualisiert habe ich diese Bestände durch publizierte Quellen des türkischen Arbeitsvermittlungsinstituts und die türkische Pressebeichterstattung. Türkische Staatsarchive sind für die Zeit nach 1914 hingegen nur sehr eingeschränkt zugänglich, Regierungs- und Verwaltungs-

92 Vgl. hierzu Lotterer, Jürgen: Vereinsüberlieferung als Zugang zur lokalen Migrationsgeschichte, in: Deigendesch, Roland, Müller, Peter (Hg.): Archive und Migration, Stuttgart 2014, S. 69-77; Taşdemir, Ebru: Ein Zeichen des Respekts. Migrationsmuseum in Berlin geplant, in: taz, 11.12.2021.

93 Derzeit entstehen zwei Forschungsarbeiten, die ebenfalls mit Beständen im TÜSTAV-Archiv arbeiten und migrantische Selbstorganisation aus Geschlechterperspektive untersuchen: Sercan Çınar schreibt an der Central European University eine Dissertation über »Feminism Abroad«. A Transnational History of Turkish Migrant Left-Feminist Women's Organizations in the United Kingdom, West Germany and the Netherlands (1974-1990). Caner Tekin forscht am Institut für Soziale Bewegungen an der Ruhr-Universität Bochum zur »Geschichte türkischer Einwandererorganisationen im Vergleich. Zusammenspiele zwischen Generationen und Geschlechtern« mit einem Fokus aus Frankfurt und Nordrhein-Westfalen.

akten können nicht eingesehen werden.⁹⁴ Das führt zu der paradoxen Situation, dass innenpolitische Vorgänge in der Zeitgeschichte der Türkei am besten in Archivbeständen des Auswärtigen Amts nachzuvollziehen sind – dann allerdings aus bundesdeutscher Perspektive.

Diese »missing archives« in der Nationalgeschichte der Türkei sind in den Augen von Meltem Ahıska Ausdruck des türkischen Verhältnisses zur eigenen Geschichte und Historizität.⁹⁵ Die Soziologin beschreibt, wie sie bei ihren Recherchen zum türkischen Staatsrundfunk mit zerstörten und verschollenen Archiven konfrontiert war, und berichtet von Archivbeständen, die verbrannt, bei einer Überschwemmung zerstört oder weggeworfen wurden.⁹⁶ Ahıska bringt die Gleichgültigkeit gegenüber der Archivierung von zeitgeschichtlichen Quellen in Zusammenhang mit dem Okzidentalismus, also der Fantasie westlicher Modernität, die in nichtwestlichen Kontexten adaptiert wurde. Zerstörte Archive interpretiert sie vor diesem Hintergrund als Versuch, dem westlichen Blick und seiner Beurteilung von »Modernität« zu entgehen.⁹⁷ Die offizielle Geschichte ist in dieser okzidentalistischen Fantasie mit der Gründung der Republik und dem darauffolgenden Modernisierungsprozess abgeschlossen; historische Archive sind in den Augen türkischer Behörden vor allem osmanische Archive. Der restriktive Zugang zu staatlichen Archiven hat zur Folge, dass zur Erforschung der türkischen Zeitgeschichte zentrale archivalische Quellen fehlen, was eine nach wie vor existierende Forschungslücke der 1950er bis 2000er Jahre aus historischer Perspektive erklärt.⁹⁸

Anmerkungen zur Übersetzung

Die Übersetzung von türkischsprachigen Quellen ist für mein Forschungsanliegen unabdingbar, muss jedoch auch kritisch reflektiert werden. »Translation is always interpretative, critical, and partial«, wie Donna

94 Vgl. Pekesen, Berna: Türkei – Zeitgeschichte: Ein Fach, das es (noch) nicht gibt | Docupedia-Zeitgeschichte, Version 1, 2.8.2023, Docupedia-Zeitgeschichte, online abrufbar unter: www.docupedia.de/zg/Pekesen_tuerkei_zeitgeschichte_v1_de_2023 (20.2.2025).

95 Vgl. Ahıska, Meltem: Occidentalism and Registers of Truth, 2006, S. 11 f.

96 Vgl. ebd., S. 15 f.

97 Vgl. ebd., S. 26.

98 Vgl. Pekesen, Berna: Türkei – Zeitgeschichte: Ein Fach, das es (noch) nicht gibt | Docupedia-Zeitgeschichte, Version 1, 2.8.2023.

Haraway es formuliert hat.⁹⁹ Alle Übersetzungen türkischer Quellen ins Deutsche sind meine eigenen; sie stellen notwendig eine Interpretation des Originals dar und spiegeln eine partielle Perspektive wider. Sprachliche Nuancen können im Übersetzungsprozess verloren gehen. Zwischen zwei Sprachen gibt es semantische Verschiebungen und erklärungsbedürftige Begriffe, die im Deutschen leere Signifikanten sind. Übersetzen ist so immer auch Vereindeutigen, es bleibt immer ein nicht übersetzbarer Rest.¹⁰⁰ Da es im Türkischen kein grammatisches Geschlecht gibt, habe ich mich entschlossen, in meinen Übersetzungen konsequent genderinklusive Schreibweisen, also in der Regel das Gendersternchen zu verwenden, das die binäre Geschlechteraufteilung durchbricht und alle Geschlechter einschließt. Auch wenn das Fehlen eines grammatischen Geschlechts im Türkischen nicht mit dem Fehlen von binären Geschlechterverständnissen in der Türkei einhergeht, wäre eine vermeintlich dem historischen Sprachgebrauch angepasste Übersetzung ohne Genderstern verfälschend. Denn dies würde bedeuten, dass ich selbst entscheiden müsste, welche Form ich wähle, auch wenn sich das aus dem Kontext nicht erschließt. Die Verwendung des Gendersterns erschien mir deshalb als die Übersetzung, die am wenigsten ins Original eingreift.

Zeitzeuginnengespräche

Da sich in den meisten Archiven zwar viele Quellen über Migrantinnen finden, jedoch nur wenige Quellen *von* Migrantinnen, stellen Zeitzeuginnengespräche einen weiteren zentralen Zugang dar. Die Interviews, die ich mit 19 Zeitzeuginnen auf Türkisch und auf Deutsch¹⁰¹ geführt habe, stellen dabei nicht Quellen zweiten Ranges dar, die ich illustrativ heranziehe, um die Lücken in der archivalischen Überlieferung zu schließen.¹⁰² Vielmehr eröffnen die Narrative der Zeitzeuginnen trotz ihrer Komplexitäten einzigartige Perspektiven, um die *Agency* von Migrantin-

99 Haraway, Donna: Situated Knowledges. The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective, in: dies. (Hg.): Simians, Cyborgs, and Women. The Reinvention of Nature, New York 1991, S. 183-202, S. 195.

100 Vgl. Kimmerle, Elisabeth: Die Schwierigkeit und Schönheit der Übersetzung, in: taz, 24.7.2020.

101 Die Zeitzeuginnen konnten entscheiden, in welcher Sprache sie das Gespräch führen wollten. Zehn Frauen entschieden sich für Türkisch, neun für Deutsch.

102 Vgl. Sangster, Joan: Telling Our Stories. Feminist Debates and the Use of Oral History, in: Women's History Review 3/1, 1994, S. 5-28, S. 7.

nen im Kontext sozialen und historischen Wandels zu verstehen.¹⁰³ Zeitzeuginnengespräche sind zu begreifen als eine Form des interaktionalen Erinnerns, bei dem die Zeitzeugin und die Interviewerin gemeinsam Geschichten von Vergangenheit entwerfen und performativ Selbstbilder aushandeln.¹⁰⁴ Erinnerungen, die in Interviews erzählt werden, sind demnach »sozial geprägte, kommunikative Konstruktionen«,¹⁰⁵ in denen Zeitzeug*innen ihre Entscheidungen rückblickend begründen, legitimieren oder sich davon distanzieren.¹⁰⁶

Interviews mit migrantischen Zeitzeug*innen haben den Vorteil, dass darin marginalisierte Gruppen selbst sprechen, bergen jedoch das Risiko, dass hierarchische Verhältnisse und gängige Klischees reproduziert werden, wenn diese nicht kritisch reflektiert werden.¹⁰⁷ So folgen die »narrativ stark ritualisierten ›Gastarbeitergeschichten‹«,¹⁰⁸ die für Ausstellungsprojekte und teils auch für die Migrationsforschung entstanden sind, häufig dem Muster von Ankunft, Leben zwischen zwei Kulturen und (immer wieder vertagter) Rückkehr. Die Historikerin Maria Alexopoulou argumentiert, dass dieses ritualisierte Narrativ durchaus auch Produkt eines von Interviewer*innen vorgegebenen Schemas und ihrer Fragepraktiken sein könnte.¹⁰⁹ Auch soziale Erwünschtheit oder die Internalisierung des Blicks auf sich als ›Andere‹ könnten Gründe dafür sein, dass die Befragten ihre Lebensgeschichte entlang des gängigen

103 Vgl. Maynes, Mary Jo; Pierce, Jennifer L.; Laslett, Barbara: *Telling Stories. The Use of Personal Narratives in the Social Sciences and History*, Ithaca 2008, S. 111.

104 Vgl. Althaus, Andrea; Apel, Linde: *Oral History*, Docupedia-Zeitgeschichte, 28.3.2023 online abrufbar unter: docupedia.de/zg/Althaus_apel_oral_history_v1_de_2023 (20.2.2023).

105 Ebd.

106 Vgl. Sieder, Reinhard: *Erzählungen analysieren – Analysen erzählen. Narrativ-biographisches Interview, Textanalyse und Falldarstellung*, in: Wernhart, Karl, Zips, Werner (Hg.): *Ethnohistorie. Rekonstruktion und Kulturkritik. Eine Einführung*, Wien 2001, S. 145-172, S. 160.

107 Vgl. Wonisch, Regina: *Migranten und Migrantinnen als Experten und Expertinnen ihrer eigenen Geschichte? Museum, Demokratie und Migration*, in: Eigenmann, Philipp u. a. (Hg.): *Migration und Minderheiten in der Demokratie. Politische Formen und soziale Grundlagen von Partizipation*, Wiesbaden 2016, S. 375-396, S. 385.

108 Alexopoulou, Maria: *Welche Erinnerungskultur braucht die Einwanderungsgesellschaft?*, in: Berger, Stefan u. a. (Hg.): *Gewerkschaften im Gedächtnis der Demokratie. Welche Rolle spielen soziale Kämpfe in der Erinnerungskultur?*, Bonn 2022, S. 189-206, S. 193.

109 Vgl. Alexopoulou, Maria: *Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 56, 2016, S. 463-484, S. 477.

Musters erzählen.¹¹⁰ Alexopoulou beschreibt, wie das Ersetzen der Frage nach der Rückkehr durch die Frage nach den Plänen bei der Migration in den Interviews sehr heterogene Erzählungen hervorbrachte, die über Kategorien wie ›Gastarbeit‹, Asyl und Familienzusammenführung hinausgingen.¹¹¹

Ähnliche Erfahrungen habe ich in den Gesprächen gemacht, die ich mit Zeitzeuginnen geführt habe. Einige Frauen, die bereits mehrfach zu ihren Erfahrungen als Arbeitsmigrantinnen interviewt wurden, äußerten sich empört darüber, dass sie immer wieder gefragt wurden, warum sie nicht zurückgekehrt seien. Für manche waren Fragen wie diese der Grund, dass sie ihre Geschichte nicht mehr erzählen wollten. Auch wenn ich die Frage nach der Rückkehr nicht stellte, wurde in den Gesprächen deutlich, wie wirkmächtig gängige Narrative und Stereotype über Migration sind – und sei es nur, dass die Zeitzeugin und ich bedacht darauf waren, uns von ihnen abzugrenzen. Hier wird deutlich, wie die Zeitzeugin und die Interviewerin im Gespräch gemeinsam Erzählungen von Vergangenen, aber auch Identitätskonstruktionen hervorbringen.

Für diese kollaborative Interaktion hat die Stadt- und Migrationsforscherin Gülşah Stapel das Konzept der Gesprächskomplizenschaft geprägt.¹¹² Gesprächskomplizenschaft versteht Stapel als »co-kreative Kollaboration«,¹¹³ in der die Dichotomie von vermeintlich neutraler Interviewer*in und Zeitzeug*innen als Forschungsobjekt aufgebrochen wird. Eine solche kollaborative Gesprächshaltung zeichnet sich für Stapel etwa dadurch aus, dass Gesprächspartner*innen um Mithilfe statt um Auskunft gebeten werden. Dadurch wird ein Gespräch auf Augenhöhe ermöglicht, das die Gesprächspartner*innen respektiert und sie als Akteur*innen, politische Subjekte und Expert*innen ernst nimmt. Teil der Gesprächskomplizenschaft ist auch, dass sich die Interviewer*innen nicht aus dem Gespräch heraushalten, sondern an der Produktion des Narrativs aktiv beteiligt sind, indem sie gewohnte Erinnerungswege durchbrechen und Raum für neue Verknüpfungen eröffnen.¹¹⁴

Stapels Begriff der Gesprächskomplizenschaft entsprach meinen Erfahrungen in der Praxis meiner Zeitzeuginnengespräche und erwies sich als hilfreiche Konzeptualisierung, um Zeitzeuginnen als Akteurinnen

110 Vgl. Alexopoulou, Maria: Welche Erinnerungskultur braucht die Einwanderungsgesellschaft? 2022, S. 193.

111 Vgl. ebd., S. 194.

112 Vgl. Stapel, Gülşah: Recht auf Erbe in der Migrationsgesellschaft. Eine Studie an Erinnerungsorten türkeistämmiger Berliner*innen, Berlin 2023, S. 171.

113 Ebd., S. 172.

114 Vgl. ebd.

und Expertinnen zu fassen. Denn ein akteurszentrierter Ansatz erschöpft sich nicht in der Auswahl der Quellen, er impliziert auch, Zeitzeuginnen nicht als ›Forschungsgegenstand‹ zu sehen, sondern als Akteurinnen in der Wissensproduktion, die ihre eigenen Interessen vertreten. Für die Zeitzeuginnen kann das Gespräch eine Möglichkeit darstellen, ihre Geschichte zu ihren eigenen Bedingungen zu erzählen.¹¹⁵ Zugleich verstanden Frauen das Zeitzeuginnengespräch als Mithilfe an meinem Forschungsprojekt. So antwortete eine Zeitzeugin auf meine Frage, warum sie mir ihre Geschichte erzählt hatte, dass sie Studentinnen immer gerne unterstütze. Andere Frauen boten mir ihre Hilfe als Zeitzeuginnen und bei der Kontaktaufnahme mit weiteren Frauen an. Wie hier deutlich wird, begreifen sich die Zeitzeuginnen selbst als handelnde Akteurinnen mit eigenen Interessen, nicht als Befragte.

Meinem kollaborativen Ansatz entsprach auch, dass ich nicht nur punktuelle Gespräche führte, sondern mit vielen Zeitzeuginnen über einen Zeitraum von drei Jahren mehr oder weniger kontinuierlich in Kontakt war. Zum einen dauerte es, bis ich als ›Außenseiterin‹ im Feld das Vertrauen der Zeitzeuginnen gewonnen hatte.¹¹⁶ Zum anderen legte ich aus forschungsethischer Perspektive Wert darauf, nicht nur ihre Geschichten ›abzuholen‹ und wieder zu verschwinden. Das ermöglichte es mir, nach dem Schneeballprinzip ein Netzwerk aufzubauen, bei dem Frauen, mit denen ich bereits gesprochen hatte, sich bei anderen Frauen für die Relevanz meines Forschungsanliegens einsetzten. Trotz des Schneeballprinzips erwies es sich als schwierig, ein Maß an Diversität unter den Zeitzeuginnen zu erreichen, das die Heterogenität türkeistämmiger Migrantinnen widerspiegelt.¹¹⁷

Welche Frauen wie erreichbar waren, war eine Frage, in der neben sozialer und ethnischer Gruppenzugehörigkeit auch Klasse eine Rolle spielte. So waren viele politisch aktive Zeitzeuginnen, die studiert hatten und später als Sozialarbeiterinnen zu wichtigen Mittlerinnen wurden, im

115 Vgl. Anderson, Kathryn; Jack, Dana: *Learning to Listen. Interview Techniques and Analyses*, in: Gluck, Sherna Berger, Patai, Daphne (Hg.): *Women's Words. The Feminist Practice of Oral History*, New York, London 1991, S. 11-26, S. 11.

116 Zur Reflexivität und den ambivalenten Implikationen, ein »Outsider in the Field« zu sein, s. Türkmen, Gülay: *Reflexivity and Positionality in Qualitative Research. On Being an Outsider in the Field*, in: Şen, Ercan, Sandal Önal, Elif (Hg.): *The Political Psychology of Kurds in Turkey. Critical Perspectives on Identity, Narratives, and Resistance*, Cham 2023, S. 145-166.

117 Als Gesprächspartnerinnen angefragt habe ich 13 weitere Frauen. Die Zeitzeuginnengespräche kamen aus unterschiedlichen Gründen nicht zustande, darunter persönliche Gründe und Terminfindungsschwierigkeiten, aber auch kein Interesse, interviewt zu werden.

Internet auffindbar; Frauen, die 40 Jahre in der Fabrik gearbeitet hatten, hingegen nicht. Um Kontakt zu Arbeiterinnen herzustellen, besuchte ich ein Jahr lang den Nachbarschaftstreff der Arbeiterwohlfahrt für türkeistämmige Seniorinnen in Berlin-Wedding. Die Frauen, die sich dort jeden Mittwoch zum Frühstück trafen, waren großteils allein als Arbeitsmigrantinnen in den 1960er und 1970er Jahren nach West-Berlin gekommen und hatten bis zu ihrer Rente oder ihrer Entlassung in der Fabrik gearbeitet. Die Gespräche mit ihnen wurden in meiner Recherche zu einem wichtigen Korrektiv mancher Hypothesen und kontextualisierten Archivquellen. Häufig geschah dabei das Eigentliche außerhalb des formalen Interviews, wenn das Tonband abgeschaltet war. Ein kollaborativer Rechercheprozess, das wird hier deutlich, fügt sich nicht in scharf umrissene Kategorien und Methoden ein, sondern gewinnt wesentliche Erkenntnisse in dem Raum, der sich abseits davon in Gesprächskomplikationen öffnet.

Damit verbunden war auch, wie eingeübt Narrative im Gespräch waren: Frauen, die ihre eigene Migrationsgeschichte schon mehrmals erzählt hatten, erinnerten sich anders als diejenigen, die ihre Geschichte das erste Mal erzählten. Bei erfahrenen Zeitzeuginnen hatten sich bereits narrative Muster, Schlüsselmomente und Anekdoten verfestigt, bei erstmaligen Zeitzeuginnen waren die Erinnerungen oft fragmentierter.¹¹⁸ Ein Grund dafür könnte sein, dass vielfach interviewte Zeitzeuginnen ihre Erinnerungen bei jedem Gespräch aktualisieren und reproduzieren. Erstmals interviewte Frauen hatten teils Schwierigkeiten, sich an Details und Zusammenhänge zu erinnern, die vor 50 Jahren geschehen waren. Das könnte nicht zuletzt auch erklären, warum zentrale migrantische Streiks und Proteste überwiegend aus der Perspektive *weißer*, männlicher Zeitzeugen – häufig Gewerkschafter oder politische Aktivisten – überliefert sind: Abgesehen davon, dass ihre Erinnerungen für Historiker*innen ohne Fremdsprachenkenntnisse zugänglicher sind, haben die Zeitzeugen ihre Erinnerungen bereits so oft wiederholt, dass durch die vielfache Aktualisierung eine packende Geschichte entstanden ist.¹¹⁹ Auch wenn die Erinnerungen mancher Zeitzeuginnen fragmentierter sind, ermöglichen ihre Antworten es, gängige Narrative zu hinterfragen, eröffnen neue Fragen und erfordern erweiterte Untersuchungsstrategien.¹²⁰ Um

118 Vgl. hierzu Welzer, Harald: Das Interview als Artefakt. Zur Kritik der Zeitzeugenforschung, in: BIOS 32/1-2, 2020, S. 284-296.

119 Vgl. ebd., S. 288.

120 Vgl. Niethammer, Lutz: Wozu taugt Oral History?, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 15/60, 1985, S. 105-124, S. 119.

die Erinnerungen der Zeitzeuginnen zu kontextualisieren, habe ich sie mit Archivquellen und Zeitungsberichten verglichen und gegengeprüft.

Situieretes Wissen und Reflexivität. Versuch einer Selbstpositionierung

Nicht nur die Auswahl der Quellen prägt die Wissensproduktion, sondern auch die Perspektive der Forschenden. Deshalb bedarf es im Sinne einer reflexiven Forschung der Anerkennung meines »situiereten Wissens«.¹²¹ Den eigenen Standpunkt im Forschungsprozess zu reflektieren, bricht die Dichotomie von Wissenschaftlerin und Untersuchungsgegenstand auf und versteht Letzteren als Akteur*in statt als Objekt.¹²² Dadurch rückt die Relationalität von Wissensproduktion in den Blick. Zugleich bedeutet Positionierung im Sinne Donna Haraways, dass Wissen immer verortet und verkörpert – und damit begrenzt ist.¹²³ Als *weiße* Historikerin ohne Migrationserfahrung ist meine Perspektive notwendigerweise begrenzt, insbesondere wenn es um die Frage der Repräsentation geht. Meine Position bedingt die Art und Weise, wie ich Dinge verstehe und einordne; meine Forschungsperspektive ist gewiss geprägt von eigenen blinden Flecken und unbewussten Vorurteilen. Die Gespräche mit den Zeitzeuginnen waren im Rechercheprozess ein wichtiges Korrektiv, um diese zu hinterfragen und zu entlernen.

Der Forschungsprozess ist durchzogen von multiplen Machtstrukturen, die es anzuerkennen gilt. Die Machtposition von Wissenschaftler*innen besteht darin, »to name the categories, control information about the research agenda, define interventions, and come and go as scientists«.¹²⁴ Statt die Zweifel, die durch diese Position entstehen, zu verbergen, gilt es, sie transparent zu machen und mit ihnen zu arbeiten.¹²⁵ Weder kann noch soll es angesichts meiner Situiertheit der Anspruch dieser Studie sein, aus der Perspektive von Migrantinnen zu sprechen – oder gar »für sie« zu sprechen. Diese Arbeit ist das Ergebnis meines Versuchs, die vielfältigen Erfahrungen, die Zeitzeuginnen mit mir geteilt haben, mit

121 Vgl. Haraway, Donna: *Situated Knowledges*, 1991, S. 195.

122 Vgl. ebd., S. 198.

123 Vgl. ebd., S. 189.

124 Stacheli, Lynn; Lawson, Victoria: *Feminism, Praxis, and Human Geography*, in: *Geographical Analysis* 27/4, 1995, S. 321–338, S. 332.

125 Vgl. Rose, Gillian: *Situating knowledges. Positionality, reflexivities and other tactics*, in: *Progress in Human Geography* 21/3, 1997, S. 305–320, S. 318.

Deutungen zu versehen. Andere Historiker*innen würden womöglich ein anderes Narrativ erzählen.

Vor diesem Hintergrund kann der Anspruch dieser Arbeit nicht sein, bisher unsichtbare Perspektiven sichtbar zu machen und eine homogenisierende Erzählung durch eine andere singuläre Geschichte zu ersetzen. Vielmehr geht es mir darum, Bilder von Migrant*innen aus der Türkei zu dekonstruieren, indem ich das enge Narrativ verkompliziere und seine Funktionen sowie die historischen Bedingungen, unter denen dieses Narrativ konstruiert wurde, sichtbar mache. Damit verschiebt sich der Fokus auf die Frage, wie die westdeutsche Gesellschaft ihre eigenen Widersprüche an Migrant*innen ausgehandelt hat. Migrantinnen und Geschlechterverhältnisse standen im Zentrum dieser Verhandlungen.

5 Zu den Zeitzeuginnen und ihren Lebenswegen

Die Lebenswege der 19 Zeitzeuginnen, mit denen ich gesprochen habe, sind heterogen und weisen dennoch Gemeinsamkeiten auf. Fast alle Frauen pendeln heute zwischen Berlin im Winter und der Türkei im Sommer. Eine Frau lebt in Nordrhein-Westfalen, eine Frau ist in die Türkei zurückgekehrt. Zwölf von ihnen sind mit einem Arbeitsvertrag allein eingereist, vier kamen mit einem studentischen Visum und drei im Rahmen der Familienzusammenführung – als Kinder oder als Ehefrau. Die Zeitzeuginnen sind zwischen 1936 und 1963 geboren. Sechs Frauen sind in Ankara und Istanbul aufgewachsen, die übrigen kommen aus Großstädten im Westen oder Südosten des Landes oder aus mittel- und südostanatolischen Dörfern. Unter den Zeitzeuginnen sind sunnitische und alevitische Frauen, türkische, kurdische und armenische Frauen. Manche Frauen kommen aus sehr armen Familien, andere aus Familien der unteren oder oberen Mittelschicht. Gemeinsam ist ihnen, dass sie in laizistischen Familien aufgewachsen sind, die sich dem republikanischen Modernisierungsprojekt verschrieben haben. Fast alle Frauen erzählten, »moderne« Väter gehabt zu haben, die auf ein gleichberechtigtes Aufwachsen und die Bildung ihrer Töchter Wert gelegt hätten.¹²⁶ Diese

126 Zur Rolle der Väter in der Erziehung der »modernen Töchter der Republik« s. Durakbaşı, Ayşe; İlyasoğlu, Aynur: *Formation of Gender Identities in Republican Turkey and Women's Narratives as Transmitters of »Herstory« of Modernization*, 2001, S. 197; Göle, Nilüfer: *The Forbidden Modern*, 1996, S. 77; Özyürek, Esra: *Nostalgia for the Modern. State Secularism and Everyday Politics in Turkey*, London 2006, S. 32; Arat, Zehra: *Educating the Daughters of the Republic*, in:

Eckdaten lassen die vielschichtigen und fluiden Lebenswege der Zeitzeuginnen jedoch nur erahnen.

Perihan Karadeli, geboren 1945 im ostanatolischen Sivas, absolvierte in einem Internat eine Lehrerinnenausbildung, bevor sie 1966 als Arbeiterin in eine bayerische Textilfabrik kam. Ihre Mutter, die sich von ihrem Vater getrennt hatte, war bereits 1962 als Arbeitsmigrantin nach Stuttgart gegangen. Karadeli holte wenig später ihren Ehemann nach Bayern, und das Paar bekam zwei Kinder. 1969 zog die Familie nach West-Berlin, wo Perihan Karadeli 1971 eine Arbeit als Erzieherin in den neu eröffneten Kindertagesstätten der Arbeiterwohlfahrt für türkeistämmige Kinder fand.¹²⁷

Remziye Ünal, geboren 1950 in Istanbul, folgte 1968 zum Studium ihrer Mutter nach Westdeutschland, die dort als Arbeitsmigrantin lebte. Als Ünal sah, unter welch schwierigen Bedingungen ihre Mutter in einer Münchner Molkerei arbeitete, kehrte sie zurück in die Türkei und registrierte sich ebenfalls als Arbeiterin, um ihre Mutter zu entlasten. Sie fand Arbeit in einer Textilfabrik in München. 1970 zog Ünal nach West-Berlin, wo sie zunächst in einer Textilfabrik und später gemeinsam mit ihrer Mutter in einer Metallfabrik arbeitete, Gewerkschaftsmitglied und Vertrauensfrau wurde. In den siebziger Jahren war Ünal politisch aktiv in einem linksorientierten politischen Verein, in dem sie eine Frauengruppe gründete. 1975 fand sie eine Stelle als Integrationskraft in einer West-Berliner Schule und arbeitete elf Jahre dort. In den achtziger Jahren zog Ünal nach Kassel, wo sie mit knapp 40 und zwei Kindern begann Ausländerpädagogik zu studieren und 1992 den interkulturellen Frauenverein Bengi gründete.¹²⁸ Heute lebt sie wieder in Berlin und ist weiterhin aktiv in Frauenbildungsprojekten.

Sebahat Özsan, geboren 1948 in Eskişehir, reiste 1968 mit ihrer Mutter zu ihrem Vater nach Grevenbroich. Bereits in Eskişehir hatte Özsan in einer Textilfabrik gearbeitet und war in die Gewerkschaft eingetreten. Die beiden Frauen fanden zunächst Arbeit in einer Gärtnerei und wechselten, als sie ihre Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung bekommen hatten, zur Autovergaserfabrik Pierburg in Neuss. Dort beteiligten sich Sebahat Özsan und ihre Mutter an dem wilden Streik im August 1973, bei dem überwiegend migrantische Frauen die Abschaffung der Leicht-

ders. (Hg.): *Deconstructing Images of »The Turkish Woman«*, New York 1998, S. 157-180.

127 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Perihan Karadeli, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 23.4.2022.

128 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

lohngruppe 2 erstritten. 1984 kehrte Sebahat Özsan im Rahmen der Rückkehrprämie in die Türkei zurück.¹²⁹

Marta Kasapoğlu, geboren 1936 als Tochter von armenischen Überlebenden des Genozids, kam 1971 nach langem Zögern als Schneiderin in die Bundesrepublik. Ihre drei Kinder und ihren Ehemann ließ sie in Ankara zurück. In einer Fabrik in Delmenhorst nähte sie Stoffe für Hollywoodschaukeln und Campingausrüstung. Über Kontakte zu einer christlichen Familie fand sie im nordrhein-westfälischen Kirchen eine Wohnung und eine Stelle in einer Metallfabrik, die Firmenschilder herstellte. Die christliche Gemeinde, der sich Kasapoğlu in Kirchen anschloss, half ihr auch bei der Familienzusammenführung. Nach 15 Jahren Akkordarbeit in der Metallfabrik eröffnete Marta Kasapoğlu eine Änderungsschneiderei und machte sich selbstständig. Ihre armenische Familie ist über die ganze Welt verstreut.¹³⁰

Ayten Firat, geboren 1945 in einem Dorf in Malatya, ist Alevitin und kam 1969 aus Geldnot mit einem Arbeitsvertrag bei AEG-Telefunken nach West-Berlin. Ihren Ehemann und ihre Tochter holte sie später nach. Als Ayten Firat schwanger wurde, verlor sie ihre Arbeit. Nach der Geburt ihrer zweiten Tochter fing sie an, als Reinigungskraft im öffentlichen Dienst zu arbeiten, trat der Gewerkschaft bei und wurde Vertrauensfrau. Ende der 1970er Jahre bekam Firat einen Sohn und holte ihre älteste Tochter aus der Türkei nach West-Berlin. 25 Jahre arbeitete sie als Reinigungskraft in Schulen, elf Jahre war sie Vertrauensfrau. Heute lebt sie mit ihrer Familie in Berlin und sagt: »Ich bin allein gekommen, jetzt sind wir 20.«¹³¹

Türkan Alp, geboren 1942 in Trabzon in eine Beamtenfamilie, war Lehrerin in Ankara, als sie sich aus einer Laune heraus 1970 in der Deutschen Verbindungsstelle als Arbeiterin bewarb und eine Stelle bei Siemens in West-Berlin bekam. Überzeugt davon, nach den Sommerferien in die Türkei zurückzukehren, kündigte Alp nicht einmal ihre Lehrerinnenstelle. Doch in West-Berlin lernte sie ihren späteren Ehemann kennen und blieb. Später arbeitete Alp wieder als Lehrerin. Sie schloss sich einer türkischen sozialistischen Organisation an und gründete 1975 mit rund 50 Frauen den ersten türkischen Frauenverein in West-Berlin.¹³²

Fatma Kaya, geboren 1948 in einem ostanatolischen Dorf, kam ebenfalls 1970 als Arbeitsmigrantin allein nach West-Berlin. Ihren Ehemann

129 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Sebahat Özsan, am Telefon, 3.7.2023.

130 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Marta Kasapoğlu, Kirchen, 24.6.2023.

131 Zeitzeuginnengespräch mit Ayten Firat, Berlin, Pankow, 10.11.2022.

132 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

und ihre zwei Töchter ließ sie in der Türkei zurück und holte sie später nach. Die Alevitin arbeitete zunächst in verschiedenen Fabriken und als Putzfrau, nachdem ihr Sohn auf die Welt gekommen war. Als sie ihre beiden Töchter ebenfalls nach West-Berlin holte, geriet die Familie in Wohnungsnot. Gemeinsam mit einer Mieterinitiative besetzte Fatma Kaya 1980 die leerstehenden Häuser in der Forsterstraße 16/17 in Kreuzberg. Dort gründete sie eine Kita für migrantische Kinder und arbeitete seitdem als Erzieherin. Auf der Suche nach Hausaufgabenhilfe für ihre Töchter stieß Kaya auf den Türkischen Frauenverein, den Türkan Alp mitgegründet hatte, und wurde zur regelmäßigen Besucherin. Ihre Tochter ist heute die Vorsitzende des Türkischen Frauenvereins.¹³³

Im Türkischen Frauenverein wurde auch Gülsüm Kaya sozialisiert, die 1970 als siebenjährige Tochter eines Arbeitsmigranten mit ihrer Mutter im Rahmen der Familienzusammenführung aus der Türkei nach West-Berlin kam. Mit der Unterstützung einer deutschen Bekannten namens Tante Maria, die sich später als Liebschaft des Vaters herausstellte, fand Kayas Mutter eine Arbeit als Schneiderin. Gülsüm Kaya blieb in West-Berlin, auch als ihre Eltern 1982 in die Türkei zurückkehrten, wurde medizinisch-technische Assistentin und ist bis heute im Türkischen Frauenverein aktiv.¹³⁴

Atiye Altül, geboren 1946 in Ankara, arbeitete bei der Gemeinde und im Gesundheitsministerium, bevor sie 1970 mit einem Arbeitsvertrag bei Siemens nach West-Berlin kam, um später im Ausland studieren zu können. Ihren Ehemann holte sie nach einigen Monaten nach, ihren Sohn ließ sie bei ihrer Familie in der Türkei zurück. Nachdem sie einige Jahre bei Siemens und AEG-Telefunken in der Fabrik gearbeitet hatte, machte sie einen Erzieherinnenkurs bei der AWO, arbeitete beim Roten Kreuz und studierte Textildesign an der Universität der Künste. Außerdem spielte sie am Gripstheater und gründete mit drei Freunden einen sozialistischen Verein, in dem sie gegen die Repressionen in der Türkei protestierten. 1981 fing sie als Sozialarbeiterin an, im neugegründeten Frauenladen KIDÖB türkeistämmige Migrantinnen zu beraten, und arbeitete dort bis zu ihrer Rente. Heute gibt sie Seidenmalkurse im Interkulturellen Haus Schöneberg und spielt Theater mit Rentner*innen im Theater der Erfahrung.¹³⁵

Belkis Erdal, geboren 1947 in Ankara, erlebte die studentischen Proteste 1968 in der Türkei als Studentin an der renommierten Middle East

133 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.

134 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Gülsüm Kaya, Berlin, Neukölln, 14.6.2022.

135 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 25.4.2017 und 20.5.2021.

Technical University (ODTÜ) in Ankara. Als die politische Lage sich nach dem Militärputsch 1971 zuspitzte und die Militärregierung hart gegen die politische Linke vorging, schickte Erdals Mutter ihre Tochter aus Angst, diese könne zu politisch werden, nach West-Berlin zum Studium. Dort studierte Erdal zunächst Chemie an der Technischen Universität, arbeitete in den Semesterferien in der Fabrik und an den Wochenenden als Putzfrau. 1978 trat sie dem sozialdemokratischen türkischen Verein HDB bei, wo sie eine Zeitlang stellvertretende Vorsitzende war, und arbeitete später als Lehrerin in Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und als Sozialpädagogin ebenfalls im Frauenladen KİDÖB.¹³⁶

Gül Ataseven-Özen, geboren 1953 in einem Dorf im thrakischen Tekirdağ, kam 1972 mit einem Arbeitsvertrag bei einer Keramikfabrik ins bayerische Röthenbach an der Pegnitz, um ihre Familie finanziell zu unterstützen. Ein Jahr lang arbeitete Ataseven-Özen in der Fabrik, ihr Pass wurde im Tresor behalten. 1973 reiste sie weiter nach West-Berlin, wo Verwandte lebten, und fand eine Stelle bei AEG-Telefunken, arbeitete aktiv mit dem Betriebsrat zusammen. 1977 fing sie an, als Erzieherin zu arbeiten, zuerst in einem Waldhort in Grunewald, dann in einer Schule und als Kinderbetreuerin bei KİDÖB. In der Frauengruppe des HDB trat sie politisch für die Rechte von Migrant*innen ein.¹³⁷ Heute ist Gül Ataseven-Özen im Vorstand des HDB und in der europaweiten Frauenvertretung der Föderation progressiver Volksvereine der Türkei in Europa HDF.

Berrin Önlér-Sayan, geboren 1955 in Istanbul, reiste 1974 als Studentin nach Heidelberg. Über einen Umweg nach Frankreich kam sie 1976 nach West-Berlin, wo sie sich an der Technischen Universität für Volkswirtschaftslehre einschrieb. Während des Studiums gründete sie mit einigen anderen Frauen aus der Türkei eine Frauengruppe, in der sie sich gegen Diskriminierung und Rassismus einsetzte. Zugleich war Önlér-Sayan politisch aktiv in linken demokratischen türkischen Organisationen. Nach dem Studium arbeitete sie als Sozialarbeiterin in verschiedenen Stadtteilprojekten in Berlin-Kreuzberg und bei Pro Familia, wo sie mit anderen feministischen Frauen in Kontakt kam. 1984 gehörte sie zu den Mitorganisatorinnen des ersten gemeinsamen Frauenkongresses deutscher und ausländischer Frauen in Frankfurt und hielt dort eine Eröffnungsrede.¹³⁸ Berrin Önlér-Sayan hat 2021 angefangen, als Zeitzeugin über ihre Erfah-

¹³⁶ Vgl. Zeitzeuginngespräch mit Belkıs Erdal, Berlin, Schöneberg, 12.1.2022.

¹³⁷ Vgl. Zeitzeuginngespräch mit Gül Ataseven-Özen, Berlin, Schöneberg, 25.3.2022.

¹³⁸ Vgl. Zeitzeuginngespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021.

rungen zu sprechen, und führt seit 2023 einen Stadtrundgang auf den Spuren der migrantischen Frauenbewegung in Kreuzberg.¹³⁹

Aso Agace, geboren 1946 in Diyarbakır, kam 1979 als Studentin nach West-Berlin. Dort gründete sie 1981 Hînbûn, den ersten kurdischen Frauenverein in Westdeutschland. Dass der Senat einen kurdischen Verein finanziell förderte, bedeutete für Agace eine Form der politischen Anerkennung von Kurd*innen, die in der Türkei in jenen Jahren undenkbar gewesen wäre.¹⁴⁰

Ayfer Schultz, die in den 1980er Jahren im Treff- und Informationsort für türkeistämmige Frauen (TIO) in Berlin-Kreuzberg arbeitete, kam 1978 ebenfalls als Studentin nach West-Berlin und studierte zunächst Chemie, bevor sie zu Erziehungswissenschaften wechselte. Nach 40 Jahren Anti-Gewalt-Arbeit für Frauen, Kinder und LSBTIQ ist sie heute Rentnerin.

Sermin Doğanay, die seit 1987 mit Unterbrechungen bis heute bei TIO arbeitet, kam 1969 mit fünf Jahren als Tochter einer Arbeitsmigrantin nach West-Berlin, die 1966 als Schneiderin gekommen war und ihren Ehemann und Sermin Doğanay später nachholte.¹⁴¹

Sevgi Baydar, geboren 1952 in Ankara, war in den späten 1960er Jahren Teil der türkischen Hippiebewegung und reiste in den 1970er Jahren von Westeuropa bis nach Afghanistan. Die Studentin schloss sich der sozialistischen Organisation Devrimci Yol an und reiste in den späten 1970er Jahren in den kurdischen Südosten des Landes. Dort begann sie ab 1979 Jesid*innen dokumentarisch zu begleiten. Als nach dem Militärputsch 1980 ihre Wohnung durchsucht wurde, musste Baydar das Land verlassen. Sie beantragte jedoch kein politisches Asyl, sondern heiratete ihren deutschen Freund und reiste 1982 per Familienzusammenführung ein.¹⁴²

139 Auf den Spuren der migrantischen Frauenbewegung in Kreuzberg mit Berrin Önlér-Sayan, online abrufbar unter: <https://ffbiz.de/aktivitaeten/veranstaltungen/stadtrundgang> (20.2.2025).

140 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Aso Agace, Berlin, Dahlem, 29.6.2023.

141 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Ayfer Schultz und Sermin Doğanay, Berlin, Neukölln, 19.6.2023.

142 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Sevgi Baydar, Berlin, Schöneberg, 22.1.2022.

II Gurbet

1972 plante das Forschungsinstitut der Gesellschaft für Auswärtige Politik ein Forschungsprojekt zu den politischen Folgen der ›Gastarbeit‹. Das Institut wollte untersuchen, wie sich die Beschäftigung von Arbeitsmigrant*innen auf die Herkunftsländer und die Bundesrepublik sowie die internationalen Beziehungen auswirkte.¹ Dafür bat es das Auswärtige Amt um eine kritische Durchsicht des Gesamtkonzepts sowie Änderungs- und Ergänzungsvorschläge. Das Auswärtige Amt, das in dem Forschungsvorhaben »wichtige außenpolitische Belange berührt«² sah, forderte die Auslandsvertretungen in den Herkunftsländern der Arbeitsmigrant*innen zu Stellungnahmen auf.³ Die Botschaften sollten selbst entscheiden, welche Punkte sie als außenpolitisch besonders bedeutsam einstufen. Die Deutsche Botschaft in Ankara schlug zehn Punkte zur Präzisierung der Forschungsfragen vor, die hauptsächlich die Politisierung von Migrant*innen und Geschlechterbeziehungen betrafen.

Die »Aktivierung des sozialpolitischen Bewußtseins und damit des politischen Interesses schlechthin« und ein »kritischeres politisches Bewußtsein gegenüber den Verhältnissen im eigenen Land«⁴ zu untersuchen, lag in einer Studie über die politischen Auswirkungen der Arbeitsmigration nahe. Auch dass die staatlichen Akteure den »Einfluss der umfangreichen linksextremen, vor allem von der DDR ausgehenden marxistisch-kommunistischen Propaganda«⁵ auf Arbeitsmigrant*innen

1 Vgl. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik an das Auswärtige Amt: Betr.: »Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland in ihren Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen«, PAAA, B 85/1034, 28.1.1972.

2 Auswärtiges Amt: Betr.: Vorhaben des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik »Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland in ihren Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen«, PAAA, B 85/1034, 8.2.1972.

3 Auswärtiges Amt an die Deutschen Botschaften Ankara, Athen, Rom, Belgrad u. a.: Betr.: Forschungsprojekt des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: »Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland in ihren Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen«, PAAA, B 85/1034, 15.2.1972.

4 Deutsche Botschaft Ankara an das Auswärtige Amt: Betr.: Forschungsprojekt »Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer (AA) in der BRD und ihre Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen«, PAAA, B 85/1034, 21.3.1972.

5 Ebd.

kritisch im Blick hatten, ist historisch erforscht.⁶ Bemerkenswert ist, dass sich fast die Hälfte der vorgeschlagenen Punkte auf die Folgen transnationaler Geschlechterbeziehungen bezieht. So regte die Botschaft als erste Ergänzung an, »Schicksal und Versorgung der von AA nach ihrer Rückkehr in der Bundesrepublik zurückgelassenen unehelichen Kindern [sic]«⁷ zu untersuchen. Zwar zeichnete sich knapp zwei Jahre vor dem Anwerbestopp bereits ab, dass die Arbeitsmigration nicht so vorläufig war wie staatlich intendiert und Migrant*innen zunehmend ihre Familien nachholten. Dadurch gerieten soziale Fragen in den Fokus der politischen Akteure. Dass die Deutsche Botschaft in Ankara jedoch ein zunächst privat, ja gar intim wirkendes Thema wie nichteheliche Kinder als eines der wichtigsten außenpolitischen Themen einschätzte, scheint erklärungsbedürftig. Wie kam es dazu, dass die Botschaft nichteheliche Kinder von Arbeitsmigrant*innen als relevantes Thema zur Erforschung der politischen Auswirkungen von »Gastarbeit« betrachtete?

Die Suche nach einer Antwort führt in die frühen Jahre der Anwerbung von Arbeiter*innen im Ausland. Die Arbeitsmigration aus der Türkei in die Bundesrepublik schuf in den 1960er Jahren einen transnationalen Raum, der neue soziale und politische Regeln erforderte. Diesen transnationalen Raum fasst der in der türkischen Literatur und Musik weit verbreitete Topos des *gurbet*. *Gurbet* ist ein emotional aufgeladener türkischer Begriff, der sich nur schwer ins Deutsche übertragen lässt.⁸ Er bezeichnet das Leben in der Fremde, entfernt von dem Ort, an dem man geboren ist.⁹ Das Gegenteil von *gurbet* ist *memleket*, die Heimat.¹⁰ *Gurbet* ist also ein relationaler Begriff, der vor allem die Negation, die Abwesenheit von *memleket*, markiert. Wie die Anthropologin Ayşe Çağlar hervorhebt, teilt *gurbet* den gleichen arabischen Wortstamm wie das türkische Wort *garip*, das auf Deutsch seltsam, fremd, absonderlich heißt. *Gurbet* bezeichnet demnach für Çağlar jenen Zustand, in dem »the cultural codes of interaction in one's environment cease to be self-

6 Vgl. Sala, Roberto: Fremde Worte. Medien für »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik im Spannungsfeld von Außen- und Sozialpolitik, Paderborn 2011.

7 Deutsche Botschaft Ankara an das Auswärtige Amt: Betr.: Forschungsprojekt »Die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer (AA) in der BRD und ihre Auswirkungen auf die internationalen Beziehungen«, PAAA, B 85/1034, 21.3.1972.

8 Vgl. Gezen, Ela: Writing and Sounding the City. Turkish-German Representations of Berlin, Dissertation, Michigan 2012, S. 91.

9 Dieser Ort muss nicht notwendigerweise das Ausland sein; *gurbet* kann sich auch auf Binnenmigration beziehen; vgl. ausführlicher hierzu Çağlar, Ayşe: German Turks in Berlin. Migration and their Quest for Social Mobility, Dissertation, Montréal 1994, S. 39.

10 Vgl. Gezen, Ela: Writing and Sounding the City, 2012, S. 90.

evident«.¹¹ Damit kann *gurbet* auch als Schwellenraum begriffen werden, in dem bestehende Ordnungen aufgebrochen wurden, was wiederum neue Grenzziehungen hervorrief.

Gurbet hat eine räumliche, zeitliche, soziale sowie eine politische Dimension, die den Handlungsspielraum der Migrant*innen bedingen und rahmen. Der Zustand des *gurbet* umschrieb einen von dem eigenen Zuhause entfernten Raum. Migrant*innen nahmen die zeitlich begrenzte Trennung von der Familie und einen prekären sozialen Status in Kauf für eine imaginierte bessere Zukunft in der Türkei. Viele Migrant*innen planten den Aufenthalt im Ausland in den Anfangsjahren der Migration als einen vorübergehenden Zustand. Da sie auch politisch in einen prekären Status gerieten, kann *gurbet* auch politisch als ein Ort verstanden werden, an dem man lebt, aber keine Bürgerrechte hat. In diesem Dritten Raum navigierten Migrant*innen transnational oftmals miteinander in Spannung stehende Sets an sozialen Regeln, Erwartungen und Handlungsspielräumen.¹² Als transnationale Akteur*innen standen Migrant*innen im Zentrum gesellschaftlicher Aushandlungen des nationalen, politischen und sozialen Selbstbildes beider Länder.

Ausgehend von der These, dass das Migrationsregime durch Geschlecht strukturiert war, geht dieses Kapitel der Frage nach, wie die Arbeitsmigration Geschlechterverhältnisse transformierte und Bereiche politisierte, die gemeinhin als privat betrachtet werden. Daraufhin analysiere ich, mit welchen Mitteln beide Staaten versuchten, die Praktiken von Migrant*innen zu regulieren und wie Migrant*innen den Handlungsspielraum im *gurbet* navigierten. Dazu untersuche ich verschiedene Formen politischer und sozialer Betreuung, die Migrant*innen in der Frühphase der Arbeitsmigration erhielten, da die westdeutsche und türkische Regierung davon überzeugt waren, dass – insbesondere weibliche – Migrant*innen des Schutzes, der Kontrolle und der Erziehung bedurften. Um den angenommenen Gefahren der Arbeitsmigration entgegenzutreten, entwickelten beide Länder in den 1960er Jahren ein Betreuungskonzept, das aus der Einrichtung von Beratungs- und Betreuungszentren sowie der Publikation von Ratgebern, Zeitungen und Radioprogrammen für Arbeitsmigrant*innen bestand. Aus den Quellen, die diese Betreuungskonzepte hinterließen, lassen sich nicht nur gesellschaftliche Ängste und migrationspolitische Antworten darauf rekonstruieren, sondern auch eigensinnige Praktiken von Migrant*innen.

11 Caglar, Ayse: German Turks in Berlin 1994, S. 41.

12 Vgl. Dietze, Antje; Naumann, Katja: Revisiting transnational actors from a spatial perspective, 2018, S. 421.

1 Transit

1.1 Aufbrüche. Die Verbindungsstelle in Istanbul als Schwellenort

Atiye Altül registrierte sich als Arbeiterin im Anwerbebüro, weil sie studieren wollte.¹³ Ayten Fırat brauchte Geld und eine Arbeit.¹⁴ Die Lehrerin Türkan Alp bewarb sich in den Sommerferien aus einer Laune heraus bei der Deutschen Verbindungsstelle.¹⁵ Marta Kasapoğlu zog ihre Registrierung zwei Mal aus Angst zurück, bevor sie beim dritten Mal den Arbeitsvertrag bei einer Fabrik in Delmenhorst unterschrieb.¹⁶ Aus Zeitungsberichten hatte die Mutter dreier Kinder erfahren, dass Frauen in Westdeutschland auf die schiefe Bahn gerieten und von türkischen Männern verführt würden. Perihan Karadeli suchte eine Perspektive und ging voraus, weil sie als Frau schneller vermittelt wurde als ihr Ehemann.¹⁷ Remziye Ünal war zuvor als Studentin in die Bundesrepublik gereist und kam zurück, um sich als Arbeiterin anwerben zu lassen, weil sie ihre Mutter unterstützen wollte.¹⁸ So unterschiedlich die Gründe dieser Frauen waren, die zwischen 1966 und 1973 aus allen Ecken der Türkei nach Westdeutschland aufbrachen – gemeinsam waren ihnen zwei Orte: Ihre Wege kreuzten sich – wenn auch zeitlich versetzt – in der Deutschen Verbindungsstelle in der Türkei und später in West-Berlin.

Das Anwerbebüro, das die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (BAVAV) in Tophane nahe des Istanbuler Hafenviertels Karaköy eingerichtet hatte, wurde in den 1960er Jahren zum Tor nach Westdeutschland. In der Türkei war erst wenige Monate vor der Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens ein Grundrecht auf Ein- und Ausreise in der neuen Verfassung verankert worden.¹⁹ Sich als Arbeiter*in in der Bundesrepublik anwerben zu lassen, war von 1961 bis 1973 der einfachste Weg ins Ausland. Das Anwerbeabkommen, das die Bundesrepublik und die Türkei am 30. Oktober 1961 unterzeichneten, besiegelte für beide Länder ein Modernisierungsprojekt unter jeweils entgegengesetzten Vorzeichen: Wirtschaftlich sollte die

13 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

14 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Ayten Fırat, Berlin, Pankow, 10.11.2022.

15 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

16 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Marta Kasapoğlu, Kirchen, 24.6.2023.

17 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Perihan Karadeli, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 23.4.2022.

18 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

19 Vgl. Abadan-Unat, Nermin: Migration ohne Ende. Vom Gastarbeiter zum Eurotürken, Berlin 2005, S. 62.

Arbeitsmigration den akuten Arbeitskräftebedarf in der Bundesrepublik decken und die Arbeitslosigkeit in der Türkei entschärfen. Weder staatliche noch unternehmerische Interessen lieferten jedoch den Impuls für das Abkommen; vielmehr waren diese eine »reaktive Kontrollinstanz«,²⁰ um bereits bestehende individuelle Wanderungsbewegungen in staatlich regulierte Bahnen zu lenken.²¹ Eine Handreichung der türkischen Anstalt für Arbeits- und Arbeitervermittlung (İş ve İşçi Bulma Kurumu, İİBK) aus dem Jahr 1962 nannte als Ziel des bilateralen Abkommens, durch ein offizielles Anwerbesystem »zu verhindern, dass Arbeiter*innen mit der Hilfe von illegalen Arbeitsvermittlern in die Bundesrepublik geschickt werden«.²² Außerdem solle das Abkommen die Abwanderung von Fachkräften ins Ausland unterbinden und »gewährleisten, dass die Arbeiter*innen mit einem medizinischen und beruflichen Auswahlprozess an Arbeitsplätze vermittelt werden, die ihrem Gesundheitszustand und ihren Fähigkeiten entsprechen«.²³ Wer sich registrieren lassen wollte, musste in dem dreistöckigen Gebäude in der Lüleçiler Caddesi einen mehrstufigen bürokratischen Auswahlprozess und strenge ärztliche Untersuchungen durchlaufen.

Geschlecht strukturierte maßgeblich die Arbeitsmigration in die Bundesrepublik, wie die Historikerinnen Monika Mattes und Lea Nocera herausgestellt haben.²⁴ In den 1960er Jahren stieg aufgrund zunehmender Automatisierung und Rationalisierung in der westdeutschen Elektroindustrie der Bedarf an billigen weiblichen Arbeitskräften für feinmotorische Handarbeiten, und westdeutsche Unternehmen warben aktiv Frauen aus dem Mittelmeerraum für den Niedriglohnsektor an.²⁵ Während Männer teils jahrelang warten mussten, bis sie die Verbindungsstelle in Istanbul vermittelte, konnten Frauen rasch nach Westdeutschland gehen.²⁶ Deshalb ließen trotz der gesellschaftlichen Widerstände, auf die

20 Zeppenfeld, Stefan: Vom Gast zum Gastwirt?, 2021, S. 46.

21 Zu den »Übersetzungsbüros«, die bereits vor dem Anwerbeabkommen privatwirtschaftlich Arbeitsvermittlungen organisierten, vgl. Hunn, Karin: »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«. Die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik, Göttingen 2005, S. 42 f.; Zeppenfeld, Stefan: Vom Gast zum Gastwirt?, S. 42-47.

22 İş ve İşçi Bulma Kurumu Genel Müdürlüğü: Federal Almanya'ya işçi transferi talimatı, Ankara 1962, S. 1.

23 Ebd.

24 Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005; Nocera, Lea: »Manikürlü Eller Almanya'da Elektrik Bobini Saracak«, 2018.

25 Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 78 f.

26 Vgl. Almanya acele olarak altı bin kadın işçi istiyor, in: Hürriyet, 3.9.1965.

weibliche Arbeitsmigration in der Türkei anfänglich stieß,²⁷ viele Frauen ihre Ehemänner und Kinder zurück, um in westdeutschen Fabriken zu arbeiten. Der Anteil der Verheirateten unter den angeworbenen Frauen lag über die Jahre relativ konstant bei rund 80 Prozent, unter Männern durchgehend etwas höher bis zu knapp 85 Prozent.²⁸ Die Migration der Frauen war Gegenstand gesellschaftlicher Ängste und wirkte sich tiefgreifend auf die Geschlechterverhältnisse aus.

Als erste Kontaktzone ins Ausland wurde die Deutsche Verbindungsstelle, so das Argument dieses Kapitels, zu einem vergeschlechtlichten Aushandlungsraum und Schwellenort in dreifacher Hinsicht. Erstens war die Verbindungsstelle der zentrale homogenisierende und regulierende Raum auf dem Weg nach Westdeutschland, indem sie körperlich selektierte und nach Geschlecht strukturierte: Menschen stellten sich mit individuellen Plänen und sozialen Hintergründen dort vor und kamen als ›Gastarbeiter*innen‹ wieder heraus. Zweitens wurde sie zum Aushandlungsraum, in dem Migrant*innen sich die Regelungen und Interessen der westdeutschen Anwerbepolitik zunutze machten, kreativ aneigneten oder sie mit eigenen Strategien unterwanderten. Durch die vergeschlechtlichte Anwerbepolitik markierte die Verbindungsstelle drittens einen Schwellenort zwischen dem sozial regulierten nationalen Bereich und dem für Frauen als bedrohlich imaginierten transnationalen Raum.

Die Deutsche Verbindungsstelle in Tophane regulierte bereits in der Türkei die Körper und Praktiken der Arbeitsmigrant*innen. Die Gesundheitskontrolle umfasste neben Röntgenaufnahmen, Urinproben und Blutabnahmen auch die Begutachtung von Zähnen und Augen. Die meisten Zeitzeuginnen erinnern sich bis heute an diese als entwürdigend empfundene Prozedur. So erzählt Remziye Ünal aus Istanbul, die 1968 als 18-Jährige nach München kam und wenig später als Arbeiterin nach West-Berlin ging: »Die Menschen, die sogar einen schlechten Zahn hatten, durften nicht nach Deutschland kommen.«²⁹ Atiye Altül aus Ankara, die 1970 mit einem Arbeitsvertrag bei Siemens nach West-Berlin kam, erwidert auf die Frage nach den ärztlichen Untersuchungen im

27 Vgl. etwa Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 82 f.

28 Vgl. Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei an die BAVAV: Erfahrungsbericht 1966, BArch, B119/3017, 19.12.1966, S. 17; Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit: Erfahrungsbericht 1969, BArch, B 119/3013, 22.12.1969, S. 21; Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei: Türkische Arbeitnehmer. Erfahrungsbericht 1970, BArch, B119/3016, 5.1.1971.

29 Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

Zeitzeuginnengespräch: »Du musst dich ausziehen, der deutsche Doktor kommt und fordert dich auf, zu husten. Dort hast du keine Persönlichkeit. Du bist eine Schablone.«³⁰

Die Untersuchungen durchleuchteten den Körper nicht nur, sie reglementierten und vermaßen ihn auch. So schildert etwa Ayten Fırat aus Malatya, die sich 1969 von der AEG nach West-Berlin anwerben ließ: »Ich wog 46 Kilo, wenn ich 45 Kilo gewogen hätte, hätte ich nicht kommen können. Dort wurden deine Nieren, Leber, dein Herz, deine Zähne, die Augen, die Brust, alles untersucht. Dein ganzer Körper, bis hin zu den Finger- und Zehennägeln, wurde untersucht.«³¹ Während sich die Männer nackt ausziehen mussten, wurden die Frauen in Unterhose untersucht, wie der Direktor der Deutschen Verbindungsstelle in einem Interview mit der türkischen Tageszeitung *Hürriyet* 1966 betonte: »Der Grund dafür ist, zu verstehen, ob sie an ihren Körpern irgendwelche Defekte, Wunden und Verletzungen haben oder schwanger sind. Zudem wollen wir, dass die Frauen symmetrisch sind. Zum Beispiel soll eine 1,60 Meter große Arbeiterin 60 Kilo wiegen und eine 1,50 Meter große Frau 50 Kilo. Wer übergewichtig ist, muss abnehmen.«³² Ausgewählt wurden nur die gesündesten unter den Bewerber*innen. Abgelehnt wurde, wer den Militärdienst noch nicht geleistet hatte, wer vorbestraft oder Analphabet*in war. Weitere Ablehnungsgründe waren laut einer Dienstanweisung der türkischen Arbeitsvermittlungsagentur von 1964 Drogenkonsum und unordentliche Kleidung.³³ Auch wer schwanger war, wurde abgelehnt.

Migrant*innen fanden jedoch diverse Wege, die strengen Regularien des Auswahlprozesses zu umgehen. 1969 meldete die Deutsche Verbindungsstelle beinahe tägliche Betrugsversuche. Migrant*innen versuchten etwa, die Lese- oder Facharbeitertests trotz Fotoausweisen durch Dritte ablegen zu lassen oder die ärztlichen Untersuchungen zu unterlaufen, wie es im Erfahrungsbericht heißt: »Zu diesem Zweck werden meistens die Fotos ausgetauscht und die angebrachten Dienststempel nachgezogen oder ähnlich aussehende Personen wie der Laufzettelinhaber vorgeschickt.«³⁴ Darüber hinaus wurden Laborergebnisse und Rönt-

30 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 25.4.2017.

31 Zeitzeuginnengespräch mit Ayten Fırat, Berlin, Pankow, 10.11.2022.

32 Almanya'ya işçi olarak gidecek olan kadınlarda vücut güzelliği aranıyor. »Kadın işçiler, çıplak değil külotla muayene ediliyor«, in: *Hürriyet*, 23.4.1966.

33 Vgl. İş ve İşçi Bulma Kurumu Genel Müdürlü Yayınları (Hg.): *Dış Ülkelere İşçi Gönderme Talimatı*, Ankara 1964, S. 17 f.

34 Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit: Erfahrungsbericht 1969, BArch, B 119/3013, 22.12.1969, S. 16.

genaupnahmen vertauscht. Auch professionelle Banden entdeckten das Geschäft, das hier zu machen war. Schnell entstand vor der Deutschen Verbindungsstelle ein blühender Handel mit Urinproben, zahnärztlichen Diensten und Blutdrucksenkern.³⁵ Die Eigendynamik der Arbeitsvermittlung in der Deutschen Verbindungsstelle in Tophane schildert auch die Schriftstellerin Emine Sevgi Özdamar, die 1965 mit einem Vertrag bei Telefunken nach West-Berlin kam, in ihrem autofiktionalen Werk »Das Leben ist eine Karawanserei«: »Man muß, um nach Deutschland zu gehen, zu ärztlichen Kontrollen: Urin lassen, Blut geben, die Zähne zeigen. Wenn die Zähne innen leer waren, mußte man sie schnell füllen lassen. Dafür gab es Schnellzahnärzte, die das auf der Straße vor der deutschen Vermittlungsstelle auf einem Stuhl machten. Vor dieser İstanbuler Deutschland-Vermittlungsstelle gab es Urinverkäufer und Gesundheitspulververkäufer.«³⁶ Bei den Urinproben halfen sich Bewerberinnen häufig gegenseitig mit kleinen Listen, indem sie diese austauschten, wie sich Fatma Kaya erinnert, die sich 1970 in der Verbindungsstelle registrierte.³⁷

Wie Monika Mattes hervorhebt, traten gerade in den Geschlechterverhältnissen die »Widersprüche, Dilemmata und Grenzen der westdeutschen Anwerbepolitik«³⁸ zutage: Schwierigkeiten entstanden oft dann, wenn die Bewerber*innen von der Norm des männlichen mobilen »Gastarbeiters« abwichen. Dies war beispielsweise der Fall, wenn die angeforderten Arbeiterinnen schwanger oder verheiratet waren und Kinder hatten. Die Frauenanwerbung, die die Bundesanstalt für Arbeit in der Türkei ab 1964 forcierte, stellte die Verwaltung immer wieder vor neue Herausforderungen. In der expandierenden westdeutschen Elektroindustrie sowie in der Nahrungs- und Textilindustrie stieg in den 1960er Jahren der Bedarf an billigen weiblichen Arbeitskräften im Niedriglohnssektor. »Gefragt sind vor allem Facharbeiter und Frauen mit besonders gutem Sehvermögen und Handgeschick«, meldete das Landesarbeitsamt Berlin in seinem Erfahrungsbericht 1968 der BAVAV.³⁹ Waren 1964 noch sieben Prozent der vermittelten Arbeiter*innen weiblich, so waren ein Jahr später bereits fast ein Viertel der vermittelten Personen Frauen, 1966

35 Vgl. Eryılmaz, Aytaç: Wie geht man als Arbeiter nach Deutschland?, in: Eryılmaz, Aytaç, Jamin, Mathilde (Hg.): *Fremde Heimat / Yaban, Silan olur. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei*, Essen 1998, S. 93-119, S. 108 f.

36 Özdamar, Emine Sevgi: *Das Leben ist eine Karawanserei*. Hat zwei Türen, aus einer kam ich rein, aus der anderen ging ich raus, Köln 2013, S. 371.

37 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.

38 Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 61.

39 Landesarbeitsamt Berlin an den Präsidenten der BAVAV: Erfahrungsbericht 1968, BArch, B 119/3018, 19.12.1968, S. 3.

betrug ihr Anteil knapp 30 Prozent und während der Rezession waren 1967 knapp die Hälfte derer, die zum Arbeiten ins Ausland gingen, Frauen.⁴⁰ Dabei gab es deutlich weniger Bewerberinnen als Bewerber.

Die Firma Siemens inserierte in türkischen Zeitungen und suchte für den unternehmenseigenen dreiwöchigen kostenlosen Lehrgang in der Türkei nach »Damen, die nicht älter sind als 25 Jahre und für feinmotorische Arbeiten geeignete Hände sowie starke Augen haben.«⁴¹ 1966 nahmen an den Lehrgängen 144 Frauen teil,⁴² 1970 insgesamt 470 Frauen.⁴³ In dem Kurs wurden die Bewerberinnen »in ihre künftigen Tätigkeiten eingewiesen (Feinstmontagearbeiten) und im Umgang mit Mikroskop etc. vertraut gemacht«, wie es im Erfahrungsbericht der Deutschen Verbindungsstelle von 1970 heißt.⁴⁴ Nach dem Lehrgang, so informierte das Siemens-Inserat von 1966 die Bewerberinnen, »werden Sie in eine unserer modernen Fabriken geschickt. Dort werden Sie in großflächigen, hellen Räumen mit sauberen und körperlich leichten Arbeiten betraut, die Sie im Kurs gelernt haben.«⁴⁵ Das Bild moderner, sauberer Fabrikarbeit und Wohnheime gehörte zur Werbestrategie von Siemens.⁴⁶ Tatsächlich handelte es sich häufig um psychisch und körperlich belastende Akkord-, Schicht- und Fließbandarbeit, die westdeutsche Arbeiterinnen mieden.⁴⁷ So berichtete das Landesarbeitsamt Nordbayern in seinem Erfahrungsbericht 1967 über die Vorzüge der Arbeitsmigrantinnen, dass »diese sich in weit größerem Maße als deutsche Frauen bereit erklären, Schichtarbeiten anzunehmen und auch vor Arbeitsplätzen mit schmutziger Arbeit nicht zurückschrecken. Außerdem stellen sie sich fast ausschließlich für Ganztagsbeschäftigung zur Verfügung und machen kaum häusliche Bindungen geltend.«⁴⁸ Arbeitsmigrantinnen waren demnach vor allem als familiär ungebundene billige Arbeitskräfte gefragt. Diese Interessen westdeutscher Anwerbepolitik lassen sich auch aus den türkischen Schlagzeilen über die bevorzugte Anwerbung lediger junger Frauen

40 Vgl. Eryılmaz, Aytaç: Wie geht man als Arbeiter nach Deutschland? 1998, S. 104.

41 Siemens Kursu, in: Milliyet, 8.8.1965.

42 Vgl. Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei an die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung: Erfahrungsbericht 1966, BArch, B119/3017, 19.12.1966, S. 16.

43 Vgl. Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei: Türkische Arbeitnehmer. Erfahrungsbericht 1970, BArch, B119/3016, 5.1.1971, S. 33.

44 Ebd.

45 Siemens Kursu.

46 Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 176.

47 Vgl. ebd., S. 78.

48 Landesarbeitsamt Nordbayern an den Präsidenten der BAVAV: Erfahrungsbericht 1967, BArch, B 119/3014, 21.12.1967, S. 3.

rekonstruieren.⁴⁹ Die konservative Tageszeitung *Tercüman* führte 1967 die große Nachfrage nach Arbeiterinnen aus der Türkei auf der Titelseite unter Berufung auf Siemens darauf zurück, dass diese in den Augen der westdeutschen Unternehmer weniger oft krank würden und arbeiteten, ohne je erschöpft zu sein.⁵⁰

Die Anwerbung junger lediger Frauen stieß in der Türkei auf Widerstand und erforderte besondere Anwerbestrategien für Frauen. Eine dieser Strategien der Bundesanstalt für Arbeit war es, »den Herkunftsgesellschaften zu signalisieren, dass Deutschland für Schutz und Kontrolle der ausländischen Arbeiterinnen Sorge trage«.⁵¹ Da bei Weitem nicht genug ledige Arbeiterinnen angeworben werden konnten, ging die BA-VAV zudem dazu über, Ehepaare anzuwerben – eine Strategie, die dem Grundgedanken der Anwerbepolitik widersprach, die eine temporäre Migration familiär ungebundener Arbeiter*innen vorsah, wie Mattes hervorhebt. Auch hier unterliefen Migrantinnen die Regelungen. So berichtete die Migrationssoziologin Nermin Abadan im Oktober 1966 in der *Milliyet* von einem neuen Geschäft mit Scheinehen, das in der Türkei entstanden sei, weil Ehepaare bevorzugt nach Westdeutschland vermittelt wurden.⁵² Einige private Büros in Istanbul und Ankara, so Abadan, vermittelten Frauen und Männer ohne echte Heiratsabsichten, die im Ausland arbeiten wollten, an einen Standesbeamten, der sie traute. In Europa ließen sich die Ehepaare dann scheiden. »Ich kenne welche, die hier heiraten und sich trennen, wenn sie einen Fuß auf deutschen Boden gesetzt haben. Und zwar in beidseitigem Einverständnis. Das Ziel ist es, dorthin zu gehen«, behauptete 1965 in der türkischen kemalistischen Tageszeitung *Cumhuriyet* ein Leser in seinem Leserbrief; mehr als die Hälfte der Ehen derer, die bevorzugt nach Deutschland geschickt würden, seien erfunden.⁵³ Auch wenn diese Behauptung angezweifelt werden kann, verweist sie doch auf die gesellschaftlichen Verwerfungen,

49 Vgl. beispielsweise Batı Almanya Kadın İşçi İstiyor, in: *Milliyet*, 10.2.1962; Almanyanın kadın işçi talebi tam karşılanamıyor, in: *Milliyet*, 13.6.1964; Almanya, kadın garson istiyor, in: *Milliyet*, 24.4.1965; Almanya daha çok sayıda Türk kadın işçisi istiyor, in: *Anadolu*, 15.5.1965; Almanlar, genç ve bekâr kadın işçi istiyor, in: *Milliyet*, 22.11.1965.

50 Vgl. Almanlar, Türkiyeden daha çok »kadın işçi« istiyorlar. »Türk kızları diğer işçilerden daha az hasta oluyor, yorulmak bilmeden çalışıyor«, in: *Tercüman*, 3.3.1967.

51 Mattes, Monika: Migration und Geschlecht in der Bundesrepublik Deutschland, 2008, S. 22.

52 Vgl. Abadan, Nermin: Muvazaalı Evlilikler, in: *Milliyet*, 13.10.1966.

53 Almanya'ya giden karı koca işçiler, in: *Cumhuriyet*, 20.9.1965.

die durch die bevorzugte Vermittlung von Frauen und Ehepaaren in der Türkei entstanden.

Die Motive der Frauen, die als Arbeiterinnen nach Westdeutschland gingen, waren ebenso vielfältig wie ihre Strategien – und sie konterkarierten häufig die Interessen der westdeutschen Anwerbepolitik. So hieß es in einer Reportage über die Arbeitsmigration von Frauen in der *Milliyet* im Dezember 1963: »Die meisten Arbeiterinnen, die nach Deutschland oder in ein anderes Land gehen wollen, sind ledig oder verwitwet. Ihre größten Ziele sind es, »ein neues Leben zu beginnen«, das Ausland zu sehen und ihren Besitz in der Türkei zu verkaufen, um damit ein Grundstück erwerben zu können.«⁵⁴ Diese Beobachtung stützte auch die Studie der Migrationssoziologin Nermin Abadan von 1964 zu Arbeitsmigrant*innen in Westdeutschland, die von der Türkischen Planungsbehörde (Devlet Planlama Teşkilatı, DPT) in Auftrag gegeben wurde. Frauen, die sich als Arbeiterin in Westdeutschland anwerben ließen, so die Untersuchung, hatten eine höhere Bildung als die Männer und stammten beinahe ausschließlich aus der urbanen Mittelschicht. Den Erhebungen Abadans zufolge spielte bei der Entscheidung von Frauen, ins Ausland zu gehen, neben ökonomischen Gründen der Wunsch eine Rolle, in Gleichheit und Freiheit zu leben.⁵⁵ Andere Frauen erhofften sich, durch die Arbeitsmigration einer unglücklichen Ehe oder einer strengen Familie zu entkommen⁵⁶ oder im Ausland zu studieren.

Für Atiye Altül war der Arbeitsvertrag bei Siemens ein Ausweg, studieren zu können. Im Zeitzeuginnengespräch erzählt sie, dass sie jung heiratete, um dem Druck und der Kontrolle ihres Bruders zu entkommen, und dies später bereute. »Du glaubst, du wirst freier sein, wenn du heiratest. Aber der Herr wechselt nur, das merkst du nicht. Das siehst du erst später. Ich habe nach sechs Monaten gesagt: Was habe ich getan? Es gab keine Unterdrückung zuhause, aber ich wollte studieren, hatte meine eigenen Sachen und auf einmal habe ich mich in einer Ehe wiedergefunden.«⁵⁷ Vor der Ehe ging Altül in Ankara zur Abendschule und arbeitete in der Gemeinde, danach wurde sie schwanger. Als sie in der Türkei keinen Studienplatz bekam, beschloss sie, zum Arbeiten und

54 Yepyeni bir hayatın peşinde ..., in: *Milliyet*, 8.12.1963, S. 3.

55 Vgl. Abadan, Nermin: Batı Almanya'daki Türk işçileri ve sorunları, Ankara 1964, S. 226; Kadınlar, Almanya'ya para için değil serbest yaşamak için gidiyorlarmış, in: *Tercüman*, 5.12.1964.

56 Vgl. beispielsweise Eryılmaz, Aytaç: Die Ehre der Türkei. Frauen als Arbeitsmigrantinnen, in: Eryılmaz, Aytaç, Jamin, Mathilde (Hg.): *Fremde Heimat / Yaban, Silan olur. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei*, Essen 1998, S. 133–137, S. 136.

57 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

Studieren nach Deutschland zu gehen. Ihren Mann und ihren fünfeinhalb Monate alten Sohn ließ sie in Ankara zurück. Von ihrem ersten Gehalt kaufte sie ihrem Mann ein Flugticket. Doch die Widersprüche wurden in West-Berlin nicht weniger, sondern häuften sich. Während Altül in der Fabrik Schicht arbeitete und zur Alleinernährerin wurde, studierte ihr Mann an der Freien Universität Psychologie.

Andere Frauen nutzten die bevorzugte Anwerbung weiblicher Arbeitskräfte, um ihren Ehemännern die Arbeitsmigration zu erleichtern. Dass die Bewerbungen von Frauen in den folgenden Jahren zunahmen, war in den Augen der Deutschen Verbindungsstelle »nur zum Teil auf die fortschreitende Emanzipation der Frau zurückzuführen«, wie es im Erfahrungsbericht 1970 heißt.⁵⁸ Vielmehr versuchten Frauen häufig, sich anwerben zu lassen, um ihrem Ehemann die jahrelange Wartezeit zu ersparen und ihn später per namentlicher Anforderung nachzuholen.⁵⁹ Perihan Karadeli, die 1966 als Arbeiterin aus dem ostanatolischen Sivas nach Westdeutschland kam, erzählt, dass sie sich gemeinsam mit ihrem Mann heimlich bei der IİBK registrieren ließ. »Wir haben das so besprochen, aber niemandem davon erzählt. Wir sind zum Arbeitsamt gegangen, um uns für Deutschland anwerben zu lassen. Das Arbeitsamt hat gesagt, wenn deine Ehefrau zuerst geht, können wir dich schneller schicken.«⁶⁰ Im Zeitzeuginnengespräch sagt Perihan Karadeli, dass sie zunächst allein als Arbeiterin nach Westdeutschland gehen wollte. Ihre Mutter, die bereits als Arbeitsmigrantin in Stuttgart lebte, war dagegen, da Deutschland kein Ort für unverheiratete Frauen sei. Deshalb heiratete Karadeli 1965 ihren Mann und beschloss, sich gemeinsam mit ihm anwerben zu lassen. Als ihre Papiere nach drei Monaten ankamen, fuhr sie mit ihrem Mann unter dem Vorwand, ihre Schwester zu besuchen, nach Istanbul. »Sonst hätte mich mein Schwiegervater nicht gehen lassen. Ich bin allein gekommen, mein Mann ist allein nach Sivas zurückgekehrt. Er hat meinem Schwiegervater erzählt, dass seine Frau nach Deutschland gegangen ist und er zwei Monate später folgen wird. Der Schwiegervater war sehr wütend: ›Bolschewist, Kommunist, wie kannst du deine Frau nach Deutschland schicken?‹«⁶¹ In den Reaktionen von Karadelis Mutter und Schwiegervater spiegeln sich die gesellschaftlichen Ängste und Vor-

58 Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei: Türkische Arbeitnehmer. Erfahrungsbericht 1970, BArch, B119/3016, 5.1.1971, S. 23.

59 Vgl. Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei an die BAVAV: Erfahrungsbericht 1966, BArch, B119/3017, 19.12.1966, S. 16.

60 Zeitzeuginnengespräch mit Perihan Karadeli, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 23.4.2022.

61 Ebd.

urteile, die die Migration unbegleiteter junger Frauen in den sechziger Jahren hervorrief.

In der türkischen Gesellschaft kursierte in den 1960er Jahren das Gerücht, dass Frauen, die allein als Arbeiterinnen nach Westdeutschland gingen, dort moralisch auf Abwege gerieten. Dass Karadeli ihre Bewerbung bei der Deutschen Verbindungsstelle vor ihren Schwiegereltern verheimlichte, war kein Einzelfall. Mehrere Zeitzeuginnen registrierten sich ohne das Wissen ihrer Familie im Anwerbebüro, fast alle wurden davor gewarnt, in Westdeutschland Prostituierte zu werden. Dieses Vorurteil wurde Karadeli zufolge auch dadurch befeuert, dass Frauen bevorzugt angeworben wurden und sich die Geschlechterverhältnisse tiefgreifend wandelten. »Das Gleichgewicht ändert sich. Du gehst zum Arbeitsamt, lässt dich registrieren und kommst dran. Die Männer haben sich geärgert: Warum gehen Frauen zuerst und können später ihre Männer nachholen? Was steckt dahinter? Warum wollen sie zuerst die Frauen? So eine Überlegung gab es auch: Ah, das heißt, die Männer in Deutschland brauchen Frauen.«⁶² Diese gesellschaftlichen Ängste waren nicht spezifisch für die Türkei, sondern schließen an alte Diskursmuster wie das Narrativ der *White Slavery* an. Geschichten über Frauen vom Land, die in der Großstadt zur Prostitution gezwungen wurden, verbreiteten sich im Zuge des massiven Anstiegs von Migration zwischen 1860 und 1914 in den USA und spiegelten gesellschaftliche Transformationen wider.⁶³ In *White Slavery*-Narrativen wurden Umbrüche wie die rapide Urbanisierung und das Eintreten von Frauen in den Arbeitsmarkt verhandelt.⁶⁴ Eine wahrgenommene Bedrohung der Sicherheit von Frauen verwies als Metapher häufig auf andere Ängste, etwa vor der wachsenden Unabhängigkeit von Frauen oder der Krise der Kernfamilie.⁶⁵

Die gesellschaftlichen Ängste, die mit dem Heraustreten der Frauen in den transnationalen Raum verwoben waren, bündelten sich in der Verbindungsstelle und am Bahnhof in Sirkeci. Diese beiden Schwellenorte, an denen die Arbeitsmigration nach Westdeutschland am sicht-

62 Ebd.

63 Vgl. Donovan, Brian: *White Slave Crusades. Race, Gender, and Anti-vice Activism, 1887-1917*, Urbana, Chicago 2006; Doezeema, Jo: *Loose Women or Lost Women? The Re-emergence of the Myth of White Slavery in Contemporary Discourses of Trafficking in Women*, in: *Gender Issues* 18/1, 1999, S. 23-50; Grittner, Frederick Karl: *White Slavery. Myth, Ideology, and American Law*, Ann Arbor 1986; für den deutschen Kontext s. Sabelus, Esther: *Die weiße Sklavin*, 2009.

64 Vgl. Donovan, Brian: *White Slave Crusades*, 2006, S. 1.

65 Vgl. Doezeema, Jo: *Loose Women or Lost Women?*, 1999, S. 40.

barsten wurde, bildeten eine »Topografie der sexuellen Gefährdung«⁶⁶ für Frauen, die Strategien des Schutzes erforderte. »Früher waren die Warteschlangen für Gas, Fleisch und Brot am längsten und am lautes-ten. Heute befindet sich die längste und lauteste Warteschlange im Hof der Arbeitsvermittlungsagentur«, berichtete die türkische Tageszeitung *Milliyet* im Februar 1965. 300.000 Arbeiter*innen warteten darauf, nach Westdeutschland zu gehen.⁶⁷ Vom Abschluss des Anwerbeabkommens zwischen der Türkei und der Bundesrepublik 1961 bis zum Anwerbestopp 1973 vermittelte die Deutsche Verbindungsstelle zusammen mit ihrer temporären Dependence in Ankara rund 640.000 türkeistämmige Arbeiter*innen.⁶⁸ Bei durchschnittlich mehr als 50.000 Vermittlungen pro Jahr bedeutete dies, dass sich pro Tag schätzungsweise 180 bis 200 Menschen in der Verbindungsstelle vorstellten, von denen etwa 160 nach Westdeutschland vermittelt wurden.⁶⁹ Bereits 1964, als durchschnittlich 220 Bewerber*innen pro Tag⁷⁰ die Verbindungsstelle in Tophane pas-sierten, wurden die räumlichen Kapazitäten zu knapp. Die Gänge seien zu eng für Sitzbänke und die Warteräume könne man kaum als solche bezeichnen, lamentierte der Direktor der Verbindungsstelle im August 1964 in einem Brief über die räumliche Unterbringung an die BAVAV.⁷¹ Weiter berichtete er: »So spielen sich seit neuestem immer wieder turbu-lente Szenen auf den Gängen und vor den Dienstzimmern ab. Ordner wurden tätlich angegriffen. Frauen werden belästigt, auch weibliche Angehörige der Dienststelle, die sich durch die Männerreihen zwingen müssen.«⁷² Für Frauen bedeuteten die gedrängten Verhältnisse in der Verbindungsstelle, dass sie Übergriffen von Männern ausgesetzt waren.

66 Sabelus, Esther: Die weiße Sklavin, 2009, S. 135. Weitere Orte auf dieser Landkarte waren nach Sabelus historisch neben dem Bahnhof und dem Vermittlungsbüro der Hafen, das Vergnügungslokal, die Straße, die Eisdiele, das Warenhaus und das Kino, also allesamt öffentliche Räume. Vgl. ebd., S. 135 f. Im US-amerikanischen Kontext wurden die gleichen Orte als gefährlich für Frauen wahrgenommen, vgl. Donovan, Brian: White Slave Crusades, 2006, S. 22 f.

67 Almanyaya gitmek için 300 bin işçi sıra bekliyor, in: *Milliyet*, 5.2.1965.

68 Vgl. Hunn, Karin: »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«, 2005, S. 79.

69 Vgl. die Berechnung Mathilde Jamins: Jamin, Mathilde: Fremde Heimat. Zur Geschichte der Arbeitsmigration aus der Türkei, in: Motte, Jan u. a. (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsge-schichte, Frankfurt a. M., New York 1999, S. 145–164, S. 153.

70 Vgl. Hunn, Karin: »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«, 2005, S. 79.

71 Vgl. Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei an die BAVAV: Betr.: Räumliche Unterbringung der Deutschen Verbindungsstelle, BArch, B119/3073, 18.8.1964, S. 2.

72 Ebd.

Da in der Verbindungsstelle nicht genügend Platz war, verlagerte sich der Warteraum ins Freie und es bildete sich eine mehr als 500 Meter lange Schlange vor dem Gebäude.⁷³ Draußen war es für Frauen jedoch nicht sicherer. »Für Deutschland übernachten sie auf dem Gehweg« betitelte die *Milliyet* im Oktober 1970 eine Reportage über Frauen, die sich in der Deutschen Verbindungsstelle anwerben lassen wollten. Tophane, so heißt es in der Reportage, habe sich in einen offenen Schlafsaal verwandelt: »Die jungen Frauen und Mädchen, die nach Deutschland gehen wollen, sind gezwungen, vor der Verbindungsstelle in Tophane in der Schlange zu schlafen und auf den Morgen zu warten, um ihren Wartepplatz nicht zu verpassen. [...] Unter den Schlafenden waren Frauen, die bis aus Artvin, Gaziantep und Edirne kamen.«⁷⁴ Die Frauen in der Schlange hielten abwechselnd Nachtwache, um sich nachts im öffentlichen Raum vor Übergriffen von Männern zu schützen: »Die Frauen oder Mädchen, deren Nachtwache nach einer Stunde vorbei ist, wecken [...] eine der später Schlafenden auf, legen sich an ihre Stelle und schlafen mit dem Traum von Deutschland ein.«⁷⁵ Frauen fanden also Strategien, sich im öffentlichen Raum zu bewegen und zu schützen.

Wie grundlegend die bevorzugte Frauenanwerbung mitunter Geschlechterverhältnisse in Frage stellte, zeigt sich kondensiert in einer Reportage in der *Hürriyet* aus dem Jahr 1970 über eine trans Frau, die sich als Arbeitsmigrantin anwerben ließ.⁷⁶ Yasemin Yeşim habe sich vor ihrer geschlechtsangleichenden Operation 1965 als Mann in Tophane registrieren lassen und habe fünf Jahre vergeblich auf die Vermittlung gewartet, heißt es in der ganzseitigen Geschichte. Als sie sich nach der Operation erneut als Frau vorstellte, sei sie innerhalb von fünf Tagen mit einem Vertrag bei Telefunken in Nürnberg nach Deutschland geschickt worden. »Yasemin Yeşim stieg mit wehendem Minirock die Flugzeugtreppe hinauf. Sie war glücklich. Sie war zufrieden mit ihrem Leben. Sie war in ein neues Universum getreten. Jetzt ging sie in eine neue Welt. Ihr Leben hatte sich in jeder Hinsicht verändert ...«⁷⁷ Diese Sätze, mit denen die Reportage endet, sind ebenso bemerkenswert wie die Geschichte, die hier erzählt wird.

Veröffentlicht im boulevardesken Magazinteil der *Hürriyet*-Wochenendausgabe, wirft die Geschichte Fragen zu ihrer Authentizität auf. Angesichts der Tatsache, dass in der Türkei geschlechtsangleichende

73 Vgl. 100 bin işçi gitmek için sıra bekliyor, in: *Milliyet*, 8.1.1964.

74 Almanya için kaldırımlarda sabahlıyorlar, in: *Milliyet*, 14.10.1970, S. 3.

75 Ebd.

76 Erkekken kız oldu böylece Almanyanın yolunu tuttu, 12.9.1970.

77 Ebd.

Operationen vor 1988 illegal waren und nur vereinzelt für die 1970er Jahre dokumentiert sind, scheint eine solche Operation im Jahr 1970 eher unwahrscheinlich.⁷⁸ Die Reportage spielt selbst mit Fragen der Glaubwürdigkeit. So adressiert der Reporter das Publikum mit einer Wahrheitsbekundung: »Ja, das ist genau so passiert, wie wir es erzählt haben. Ob Sie es glauben oder nicht.«⁷⁹ Die visuelle Aufmachung mit Vorher-Nachher-Fotos und Yeşims Pass soll Authentizität beglaubigen. Viel interessanter als Fragen zu ihrem Wahrheitsgehalt, die sich nicht eindeutig beantworten lassen, ist aber, wie diese Geschichte die vergeschlechtlichte Anwerbepolitik aufgreift und in einer Person verdichtet erzählt. Die Deutsche Verbindungsstelle wird in diesem Narrativ zu einem Raum, in dem durch die bevorzugte Frauenanwerbung neue Geschlechterverhältnisse produziert wurden und die Grenzen zwischen den Geschlechtern verschwammen.

Wer die Untersuchungen in der Deutschen Verbindungsstelle durchlaufen hatte und an einen Arbeitsplatz in der Bundesrepublik vermittelt wurde, bekam einen einjährigen Arbeitsvertrag, eine Legitimationskarte und eine Infobroschüre ausgehändigt.⁸⁰ Der Sonderzug nach München startete je nach Konjunktur zwei bis drei Mal wöchentlich am Bahnhof in Sirkeci, nur knapp zwei Kilometer von der Deutschen Verbindungsstelle in Tophane entfernt.⁸¹ Die Zugfahrt dauerte ohne Verspätung zwei Tage und drei Nächte und erfolgte als Sammeltransport in nach Geschlecht getrennten Waggons.⁸² Dass die Züge pünktlich waren, war jedoch die Ausnahme. Immer wieder beschwerten sich Betriebe über die verspätete Ankunft der Arbeiter*innen. 1969 meldete das Landesarbeitsamt Südbayern, dass »den ganzen Sommer über kein Sonderzug aus Istanbul fahrplanmäßig in München ankam (Verspätungen bis zu 13 Stunden)«.⁸³

78 Vgl. Zengin, Aslı: *Violent Intimacies. The Trans Everyday and the Making of an Urban World*, Durham, London 2024, S. 101f.

79 Erkekken kız oldu böylece Almanyanın yolunu tuttu.

80 Vgl. Federal Almanya'ya işçi transferi talimatı, 1962, S. 8; Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei an die BAVAV: Wochenbericht für die Zeit vom 4.9.1970-10.9.1970, BArch, B 119/4036, 11.9.1970.

81 Zur Organisation und zum Ablauf des Sammeltransports vgl. Jamin, Mathilde: Die deutsche Anwerbung. Organisation und Größenordnung, in: Eryılmaz, Aytaç, Jamin, Mathilde (Hg.): *Fremde Heimat / Yaban, Silan olur. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei*, Essen 1998, S. 149-170.

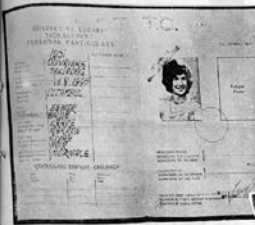
82 Vgl. BAVAV: Betr.: Bericht des VAm Krusch über die Dienstreise nach Belgrad zwecks Beobachtung eines Sammeltransports Istanbul – München, BArch, B 119/4036, September 1966.

83 Landesarbeitsamt Südbayern an die BAVAV: Betr.: Transportangelegenheiten ausländischer Arbeitnehmer; hier: Ankunftszeiten an Arbeitsorten, BArch, B 119/4036, 11.11.1969.

All Year's given	
Amount	Year
100.00	1990
100.00	1991
100.00	1992
100.00	1993
100.00	1994
100.00	1995
100.00	1996
100.00	1997
100.00	1998
100.00	1999
100.00	2000
100.00	2001
100.00	2002
100.00	2003
100.00	2004
100.00	2005
100.00	2006
100.00	2007
100.00	2008
100.00	2009
100.00	2010
100.00	2011
100.00	2012
100.00	2013
100.00	2014
100.00	2015
100.00	2016
100.00	2017
100.00	2018
100.00	2019
100.00	2020
100.00	2021
100.00	2022
100.00	2023
100.00	2024
100.00	2025
100.00	2026
100.00	2027
100.00	2028
100.00	2029
100.00	2030
100.00	2031
100.00	2032
100.00	2033
100.00	2034
100.00	2035
100.00	2036
100.00	2037
100.00	2038
100.00	2039
100.00	2040
100.00	2041
100.00	2042
100.00	2043
100.00	2044
100.00	2045
100.00	2046
100.00	2047
100.00	2048
100.00	2049
100.00	2050
100.00	2051
100.00	2052
100.00	2053
100.00	2054
100.00	2055
100.00	2056
100.00	2057
100.00	2058
100.00	2059
100.00	2060
100.00	2061
100.00	2062
100.00	2063
100.00	2064
100.00	2065
100.00	2066
100.00	2067
100.00	2068
100.00	2069
100.00	2070
100.00	2071
100.00	2072
100.00	2073
100.00	2074
100.00	2075
100.00	2076
100.00	2077
100.00	2078
100.00	2079
100.00	2080
100.00	2081
100.00	2082
100.00	2083
100.00	2084
100.00	2085
100.00	2086
100.00	2087
100.00	2088
100.00	2089
100.00	2090
100.00	2091
100.00	2092
100.00	2093
100.00	2094
100.00	2095
100.00	2096
100.00	2097
100.00	2098
100.00	2099
100.00	2100



**Erkekken kız oldu böylece
Almanyanın yolunu tuttu**

[illegible]

**İsmet tam 5 yıl bekledi
ameliyatla kız olunca
işini beş günde halletti**

Orhan KANTOĞLU

Su dünyanın içi-
ne bakın. İc-
met idi. 5 yıl bekledi.
Yasemin oluverince
bey günde Alman-
ya'ya buyur edildi.
Demek kadın otmak
varmış bu dünyada.

[illegible]

"— Kəlmələr bəzən
da yoxdur ayaqlı.
Yəni bu Tənhi, əsl
etelləriylə uşaqlara - u
şaqlara uşaqlar arasında
fəsilə verməyə. Məl
lətdə, mənasında bəzən
yoxdur. Yəni bir ələ
girməli. Fəsilə yox
düyərsə, gələrsə. Hər
baxandan dəyişikliyi bə
yət..

ОБЪЕКТ не по-
лучил права
на иск о воз-
мещении. В

ARTIK MITTEL

Ya, işte, durum aynı
mühürünüm gibi... İster
irunsa, ister inansayın.
Ne var ki bir geyikçi te
kendişi hakkında bir
şey...

Alamany, Alamany
 Alamany, Alamany

"Nasıl ya?.. İyiyse güzeldir
 Tamsinir ya."
 "Geymişlerdir mi?..
 Alınmaz para mı?" diye
 soruyordu.
 "Çağırın. Ben
 derdim aradım. Para da
 bizi bekliyor. Ovarızla
 sonra kader gücüne
 kader gücüne döğüm
 gel.."
 "Kısmet çakarsa
 cümlemiz.."
 "Neden olmasın. İyi
 ki kısmet çakarsa cümle-
 dir.."
 "Aman arkadaşlar
 gülmeye bu kadar.."
 "Mâdîmiz sütye-
 kâtil edersen. Ama bi-
 nakâletle tarih olur.."
 "Fekî! Alınmaz'da
 nereden kalkarsın?"



YASAMIN Vajra, 14 yaş 10 aylık kız. Kızın ailesi, 1994 yılında İstanbul'dan Ankara'ya göç etmiş ve Ankara'da yaşamaya başlamışlardır. Ailesi, 1994 yılında İstanbul'dan Ankara'ya göç etmiş ve Ankara'da yaşamaya başlamışlardır. Ailesi, 1994 yılında İstanbul'dan Ankara'ya göç etmiş ve Ankara'da yaşamaya başlamışlardır.

İSLETLİ ve pasaportuna son olarak Yedigöller Hava Limanındaki beyaz trenlere binerek, Arifi her şey tamam. Son uçuşlarına kalkıyor. İlk olarak ektiği tohumları diyor. Sonra "Çok umutlu bir gün çıkıyor. Bu tohum tohumları tohumları tohumları" diyor.



М.И.А. АНДАНДАН: Тийвэ арга ардчилж б
хүснэ бичих. Ямарч Төгс, ардчилсан арга
хүснэ бичих ардчилж ардчилж. Тийвэ Төгс
хүснэ бичих: Хүснэ бичих арга бичих, ардчил
хүснэ бичих ардчилж. (Төгс ХҮСНЭ)

Im Transit trafen Arbeitsmigrant*innen unterschiedlicher sozialer Herkunft aus der ganzen Türkei aufeinander und tauschten sich aus. Wie die Historikerinnen Lea Nocera, Bettina Severin-Barboutie und Jennifer Miller argumentieren, wurde der Zug zu einem Raum der kollektiven Erfahrung, ›Gastarbeiter*in‹ zu werden.⁸⁴ Zugleich konzentrierten sich im Zug symbolisch gesellschaftliche Hoffnungen und Ängste, die an die Migration geknüpft waren. Der Zug selbst war ein Symbol für den angestrebten Fortschritt der Türkei, in den Worten Atatürks, die ›moderne Stufe der Zivilisation zu erreichen‹ (*muasır medeniyet seviyesine erişmek*).⁸⁵

Die Transportbedingungen auf der mehr als 50-stündigen Fahrt ließen jedoch zu wünschen übrig. Die Deutsche Bundesbahn setzte Nahverkehrszüge mit Bänken ohne Kopfstütze ein, die »für eine derartig lange Fahrtdauer nicht geeignet sind«, wie es im Reisebericht heißt.⁸⁶ Neben den Auswirkungen auf die Migrant*innen besorgte den BAVAV-Mitarbeiter auch die Frage der Außenwirkung eines solchen Transports.⁸⁷ »Im Hinblick darauf, daß viele Transportteilnehmer bereits mehrere Tage unterwegs sind, ehe sie den Sonderzug besteigen, erscheint es mir menschlich gesehen unwürdig und dient im Auslande auch nicht dem Ansehen der Bundesrepublik, wenn diese Art von Personenwagen weiterhin für die Sammeltransporte abgestellt wird.«⁸⁸ Sowohl die Deutsche Verbin-

84 Vgl. Nocera, Lea: »Manikürlü Eller Almanya'da Elektrik Bobini Saracak«, 2018, S. 127 f.; Miller, Jennifer: Turkish Guest Workers in Germany, 2018, S. 58; Severin-Barboutie, Bettina: Multiple Deutungen und Funktionen. Die organisierte Reise ausländischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik Deutschland (1950er-1970er Jahre), in: Geschichte und Gesellschaft 44/2, 2018, S. 223-249; Miller, Jennifer: On Track for West Germany. Turkish ›Guest-worker‹ Rail Transportation to West Germany in the Postwar Period, in: German History 30/4, 2012, S. 550-573.

85 Zur Genese der Metapher, »den Zug in die westliche Zivilisation [zu] erwischen«, in der Türkei s. Ahiska, Meltem: Occidentalism. The Historical Fantasy of the Modern, in: The South Atlantic Quarterly 102/2/3, 2003, S. 351-379, S. 369; zum Diskurs des »muasır medeniyet seviyesine erişmek« in der Türkei vgl. etwa Göle, Nilüfer: The Forbidden Modern, 1996, S. 13. Der Zug als Symbol für Fortschritt und Modernisierung angerissen auch bei Miller, Jennifer: Turkish Guest Workers in Germany, 2018, S. 58.

86 BAVAV: Betr.: Bericht des VAm Krusch über die Dienstreise nach Belgrad zwecks Beobachtung eines Sammeltransports Istanbul – München, BArch, B 119/4036, September 1966.

87 Vgl. hierzu auch Severin-Barboutie, Bettina: Multiple Deutungen und Funktionen. Die organisierte Reise ausländischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik Deutschland (1950er-1970er Jahre), in: Geschichte und Gesellschaft 44/2, 2018, S. 223-249, S. 232 f.

88 BAVAV: Betr.: Bericht des VAm Krusch über die Dienstreise nach Belgrad zwecks Beobachtung eines Sammeltransports Istanbul – München, BArch, B 119/4036, September 1966.

dungsstelle als auch der Sammelzug von Sirkeci nach München können demnach als homogenisierende Räume gelesen werden. Im Transit nach Westdeutschland wurden Menschen aus der ganzen Türkei, die sich aus heterogenen Motiven in der Verbindungsstelle vorstellten, homogenisiert zu ›Gastarbeiter*innen‹.

Zudem war die Zugfahrt vergeschlechtlicht mit Ängsten besetzt. So erzählte etwa die Arbeitsmigrantin N.A. aus Afyon der türkischen Schriftstellerin Füzuan auf ihrer Recherchereise 1975/76 in West-Berlin über ihre Zugfahrt im Jahr 1968: »Frauen und Männer saßen in getrennten Abteilen. Als wir durch Edirne fuhren, schrieen uns die Kinder nach: ›Seht euch die an, die gehen nach Deutschland, um Huren zu werden.‹ Als ob es in der Türkei keine Huren gäbe. Ich weinte, es tat mir weh.«⁸⁹ Die Zugreise markierte demnach einen zweiten vergeschlechtlicht codierten Schwellenort der Frauen auf dem Weg nach Westdeutschland. Ayten Fırat erinnert sich noch genau, wie sie 1969 in Sirkeci im Zug saß und Istanbul an ihr vorbeiflog. »Als ich in den Zug gestiegen bin, wurde mir eiskalt. Aber nicht nur mir, allen ging es so«, sagt sie im Zeitzeuginnengespräch.⁹⁰ Die Reise von Istanbul nach München verlief strapaziös. »Der riesige Zug war gepfropft voll mit Arbeiter*innen. Es waren vor allem Frauen, auch jugoslawische Frauen. Der Zug war dreckig, wir hatten Hunger und Durst.«⁹¹ Die damals 24-Jährige ging aus Armut nach Westdeutschland; in Malatya gab es keine Arbeit. Sie ließ ihren Ehemann und ihre zweijährige Tochter in der Hoffnung zurück, sie bald nachzuholen. Ihr Umfeld reagierte mit Argwohn. »Was haben alle nicht hinter meinem Rücken gesagt ... Sie haben gesagt, sie geht, um sich zu prostituieren. Meine eigene Schwester hat das gesagt.«⁹² Emine Sevgi Özdamar greift diese Trope in ihrem autofiktionalen Roman »Das Leben ist eine Karawanserei« auf, in dem sie über den Sammelzug nach München schreibt: »Es war ein Hurenzug.«⁹³ Um dieses weit verbreitete Gerücht zu kontextualisieren, bedarf es einer Untersuchung gesellschaftlicher Ängste, die durch die Migration alleinstehender Frauen hervorgerufen wurde, in Ratgebern für Migrant*innen.

89 Füzuan: *Logis im Land der Reichen. Wie eine türkische Schriftstellerin das Leben ihrer Landsleute in Deutschland sieht*, München 1985, S. 52.

90 Zeitzeuginnengespräch mit Ayten Fırat, Berlin, Pankow, 10.11.2022.

91 Ebd.

92 Ebd.

93 Özdamar, Emine Sevgi: *Das Leben ist eine Karawanserei*, 2013, S. 379 f.

1.2 »Wie geht man als Arbeiter*in nach Deutschland?« – Ratgeber für Migrant*innen

»Ich stieg in den Zug nach Deutschland ein, auch viele andere Frauen stiegen ein. Es gab nur einen einzigen Mann, der einstieg, es war der Zugleiter. Er verteilte an uns einen Plastikkrug mit Wasser, ein Paket Essen, 112 DM, die ein Teil unseres Monatslohns waren, und ein Buch. Das Buch hieß: ›Handbuch für die Arbeiter, die in der Fremde arbeiten gehen.«⁹⁴

Als Emine Sevgi Özdamar 1965 als eine von 11.116 Frauen⁹⁵ aus der Türkei als Arbeiterin nach Westdeutschland aufbrach, füllte die Arbeitsmigration von alleinstehenden jungen Frauen regelmäßig die Schlagzeilen türkischer Zeitungen. Die transnationale Migration junger Männer und Frauen nach Westeuropa weckte in der türkischen und westdeutschen Gesellschaft Ängste vor grenzüberschreitenden Geschlechterbeziehungen und politischem Aktivismus. Räumliche und soziale Grenzen zu überschreiten bedeutete, soziale Normen und ungeschriebene habituelle Codes, die das Zusammenleben der Geschlechter im öffentlichen Raum strukturierten, neu auszuhandeln. Wie die Politikwissenschaftlerin Deniz Kandiyoti argumentiert, wurde Geschlecht als Differenzkategorie im Modernisierungsprojekt der Türkei eines der zentralen Felder, auf denen artikuliert wurde, was es bedeutete, ›modern‹ zu sein.⁹⁶ Durch die wachsende Präsenz von Frauen im öffentlichen Raum infolge der kemalistischen Reformen der 1920er und 1930er Jahre, so Kandiyoti, »[t]he ›modern‹ woman found herself in the unprecedented position of having to construct a new set of signals and codes that would enable her to function in the public realm without being importuned or molested.«⁹⁷ Die Position der Frauen im öffentlichen Raum sowie Frauenrechte wurden, so die Soziologin Nilüfer Göle, zum Prüfstein der Modernisierung in der Türkei.⁹⁸

›Modernisierung‹ drückte dabei als nationenbildende Praxis in der jungen türkischen Republik in Abgrenzung von einer als statisch und rückwärtsgewandt charakterisierten osmanischen Vergangenheit⁹⁹ den

94 Ebd., S. 379.

95 Vgl. Eryılmaz, Aytaç; Jamin, Mathilde (Hg.): *Fremde Heimat / Yaban, Silan olur. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei*, Essen 1998, S. 104.

96 Vgl. Kandiyoti, Deniz: *Gendering the Modern* 1997, S. 120.

97 Ebd., S. 126.

98 Vgl. Göle, Nilüfer: *The Forbidden Modern*, 1996, S. 65.

99 Sibel Bozdoğan argumentiert, dass die kemalistischen Reformer auf die gleichen orientalistischen Tropen wie die Europäer*innen zurückgriffen, indem sie das Osmanische Reich als statisch und rückständig bezeichneten. Vgl. Bozdoğan, Si-

politischen Willen aus, ›modern zu werden‹ und die ›moderne Stufe der Zivilisation zu erreichen‹ (muasır medeniyet seviyesine erişmek).¹⁰⁰ Als universales Ideal der ›Zivilisation‹, das es zu erreichen galt, wurde ›der Westen‹ und damit einhergehende Vorstellungen von Fortschritt und Entwicklung imaginiert.¹⁰¹ Die Soziologin Meltem Ahıska hat für das ambivalente Verhältnis der Türkei zum ›Westen‹, das zwischen Begehren und Ablehnung oszilliert, das Konzept des Okzidentalismus geprägt.¹⁰² Der Begriff bezeichnet ein Spiegelkabinett wechselseitiger Projektionen: ›Der Westen‹ wurde in der Konstitution der nationalen Identität der Türkei entweder als Modell idealisiert oder als Bedrohung für ebenso konstruierte ›authentische‹ Werte und Traditionen dargestellt. Zugleich projizierten Mitglieder der türkischen Elite die Wahrnehmung der eigenen Bevölkerung als defizitär auf einen imaginierten ›Western gaze‹. Das Modernisierungsprojekt beschränkte sich demnach nicht auf den Import ›westlicher‹ Konzepte und Praktiken, sondern kann begriffen werden als »performance for the imagined Western audience«.¹⁰³ Um das ambivalente Verhältnis zum ›Westen‹ zu navigieren, nahmen die kemalistischen Reformer eine paternalistische Wächterrolle ein, »that modernizes but at the same time protects the ›less civilized‹ and ›infantile‹ population from the ›dangers of too much Westernization‹«.¹⁰⁴

Die Bestrebungen, ›westlich‹ und ›modern‹ zu sein, umfassten kulturelle Codes, Lebensstile, Alltags- und Freizeitgewohnheiten sowie Geschlechtsidentitäten und schrieben sich in die Körper der Bürger*innen ein.¹⁰⁵ Der Grad an Modernisierung wurde bemessen an den Körpern, Praktiken und der Kleidung von Frauen.¹⁰⁶ Auf den Körpern von Frauen wurden die Grenzen der privaten (*mahrem*) und der öffentlichen

bel: Modernism and Nation building. Turkish Architectural Culture in the Early Republic, Seattle 2001, S. 80.

100 Vgl. Göle, Nilüfer: The Forbidden Modern, 1996, S. 7 f. Göle macht darauf aufmerksam, dass im Türkischen statt des Begriffs ›modernity‹ der Begriff ›modernization‹ verwendet wird, der auf die Prozessualität verweist und impliziert, dass der Zustand der Modernität erst erreicht werden muss.

101 Vgl. ebd., S. 13.

102 Vgl. Ahıska, Meltem: Occidentalism, 2003; Ahıska, Meltem: Occidentalism in Turkey. Questions of Modernity and National Identity in Turkish Radio Broadcasting, New York 2010.

103 Ahıska, Meltem: Occidentalism, 2003, S. 367.

104 Ebd., S. 366.

105 Vgl. Göle, Nilüfer: The Forbidden Modern, 1996, S. 11 f.

106 Vgl. Durakbaşı, Ayşe; İlyasoğlu, Aynur: Formation of Gender Identities in Republican Turkey and Women's Narratives as Transmitters of ›Herstory‹ of Modernization, 2001, S. 195.

(*namahrem*) Sphäre ausgehandelt.¹⁰⁷ Deniz Kandiyoti hat argumentiert, dass das Heraustreten der Frauen aus der Privatsphäre in den öffentlichen Raum von ihnen erforderte, dass sie eine asexuelle, maskulinisierte Geschlechtsidentität annahmen.¹⁰⁸ Auch Verwandtschaftsbezeichnungen erleichterten soziale Begegnungen im Alltag: Die Adressierung nicht verwandter Personen als *abla* (ältere Schwester) oder *teyze* (Tante) entschärfte die Spannungen zwischengeschlechtlicher Interaktionen im öffentlichen Raum.¹⁰⁹

Während in der Türkei ein subtiles Geflecht sozialer Codes, Normen und Praktiken das Zusammenleben der Geschlechter im öffentlichen Raum regulierte, waren die Arbeitsmigrant*innen im Ausland mit einem anderen Set sozialer Normen und Erwartungen konfrontiert. Die ungeschriebenen kulturellen Regeln verloren ihre Selbstverständlichkeit. Dies, so die gemeinsame Überzeugung der westdeutschen und türkischen Arbeitsvermittlungsanstalten, bedurfte der Kontrolle, Betreuung und des Schutzes der Migrant*innen.¹¹⁰ Damit die Arbeitsmigrant*innen sich außerhalb des sozialen Gefüges und der Verhaltenscodes der Türkei in der neuen Umgebung orientieren konnten, publizierte die türkische Arbeitsvermittlungsanstalt Ratgeber und Handbücher für Arbeiter*innen, die ins Ausland gingen.¹¹¹ Diese Handbücher wurden den Arbeitsmigrant*innen im Zug nach Westdeutschland ausgehändigt, wie in der eingangs zitierten Passage aus Emine Sevgi Özdamars autofiktionalem Roman »Das Leben ist eine Karawanserei« erwähnt wird. Dort liest eine der reisenden Frauen aus dem Handbuch vor:

»Liebe Brüder, Schwestern, Arbeiter! Die Toiletten in Europa sind anders als bei uns. Wie ein Stuhl. Bitte, liebe Gastarbeiter, ihr sollt nicht darauf stehen, ihr sollt euch unbedingt darauf setzen. [...] In Europa trägt man kein Kopftuch. Wenn türkische Frauen ein Kopftuch tragen, wird Europa sie nicht lieben. Bitte, liebe Schwester, Arbeiterin,

107 Vgl. Göle, Nilüfer: *The Forbidden Modern*, 1996, S. 44.

108 Vgl. Kandiyoti, Deniz: *Patterns of Patriarchy. Notes for an Analysis of Male Dominance in Turkish Society*, in: Tekeli, Şirin (Hg.): *Women in Modern Turkish Society. A Reader*, London 1995, S. 306-318, S. 315.

109 Vgl. Kandiyoti, Deniz: *Gendering the Modern* 1997, S. 126.

110 Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 89.

111 İş ve İşçi Bulma Kurumu Genel Müdürü Yayınları (Hg.): *İşçi Olarak Almanya'ya Nasıl Gidilir? Federal Almanya'da Yaşama Şartları*, Ankara 1963; İş ve İşçi Bulma Kurumu Genel Müdürü Yayınları (Hg.): *Yurt Dışına Gidecek İşçiler için El Kitabı*, Ankara 1972; Özata, Faruk: *Avrupadaki İşçilerimizin Bilmeleri Gereken Hususlar*, Ankara 1965.

trage kein Kopftuch. Wenn es unbedingt sein soll, tragt es bitte so, wie europäische Frauen Kopftücher tragen.«¹¹²

Zwar ist diese Passage fikionalisiert und verdichtet: Die Autorin zitiert ein Handbuch, das erst 1972 erschienen ist, während die Szene im Jahr 1965 spielt, in dem Özdamar zum ersten Mal nach West-Berlin kam.¹¹³ Deshalb erlaubt die Passage keine Rückschlüsse darüber, ob und wie Migrant*innen das Handbuch rezipierten. Aber sie verweist auf soziokulturelle Diskurse über Migration und stellt so einen Deutungskontext her. Ähnliches gilt für die Handbücher selbst: Sie sagen wenig über tatsächlich gelebte Praktiken aus und es ist unklar, ob sie gültige Normen abbilden oder neue Normen setzen.¹¹⁴ Aber sie antworten auf gesellschaftliche Problemlagen, die sie diagnostiziert haben und zu denen sie Deutungsangebote machen sowie Handlungsanweisungen geben.¹¹⁵ Damit sind sie Indikatoren für gesellschaftliche Umbrüche: Wenn traditionelle Gewissheiten und Sozialstrukturen sich auflösen, buchstabieren Ratgeber ungeschriebene Gesetze des gesellschaftlichen Zusammenlebens aus.¹¹⁶ Versteht man die Umbrüche in den Geschlechterverhältnissen, die in der Türkei durch die Arbeitsmigration ausgelöst wurden, mit dem Soziologen Kai Erikson als »boundary crisis«,¹¹⁷ so lassen sich die Ratgeber als Versuch lesen, fluide gewordene Grenzen neu zu ziehen. Diese Grenzziehungen steckten im Kern akzeptable Handlungen ab. Demnach können Ratgeber weniger als Abbild gültiger Normen, denn als »Ausdruck jeweils aktueller kultureller Diskussions- und Verunsicherungslagen«¹¹⁸ gelesen werden, wie der Kulturwissenschaftler Timo Heimerdinger vorschlägt. Damit stellen sie ausgezeichnete Quellen dar, um gesellschaftliche Ängste

112 Özdamar, Emine Sevgi: *Das Leben ist eine Karawanserei*, 2013, S. 379 f.

113 In einem Gespräch am 1. November 2022 in Berlin-Kreuzberg bestätigte Emine Sevgi Özdamar, dass es sich hierbei um eine literarische Verdichtung handelt.

114 Vgl. Heimerdinger, Timo: *Alltagsanleitungen? Ratgeberliteratur als Quelle für die volkscundliche Forschung*, in: *Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde* 51, 2006, S. 57-71, S. 59.

115 Vgl. Scholz, Sylka; Lenz, Karl: *Ratgeber erforschen. Eine Wissenssoziologische Diskursanalyse von Ehe-, Beziehungs- und Erziehungsratgebern*, in: Dreßler, Sabine u. a. (Hg.): *In Liebe verbunden. Zweierbeziehungen und Elternschaft in populären Ratgebern von den 1950ern bis heute*, Bielefeld 2013, S. 49-75, S. 54.

116 Vgl. Helmstetter, Rudolf: *Guter Rat ist (un)modern. Die Ratlosigkeit der Moderne und ihre Ratgeber*, in: Graevenitz, Gerhart von (Hg.): *Konzepte der Moderne. DFG-Symposium 1997, Stuttgart, Weimar 1999*, S. 147-172, S. 168.

117 Erikson, Kai: *Wayward Puritans. A Study in the Sociology of Deviance*, New York 1966, S. 68.

118 Heimerdinger, Timo: *Alltagsanleitungen?*, 2006, S. 61.

und neuralgische Punkte der Arbeitsmigration in ihrer frühen Phase zu rekonstruieren.

Die türkische Arbeitsvermittlungsanstalt İİBK publizierte in ihrer Schriftenreihe zwei Handbücher für Arbeitsmigrant*innen: die Broschüre »Wie geht man als Arbeiter*in nach Deutschland?« (İşçi Olarak Almanya'ya Nasıl Gidilir?) aus dem Jahr 1963 und das »Handbuch für Arbeiter*innen, die ins Ausland gehen« (Yurt Dışına Gidecek İşçiler için El Kitabı) von 1972. Daneben erschienen während der Anwerbephase weitere Ratgeber für Arbeitsmigrant*innen von Privatpersonen mit Deutschland-Bezug, die sich als Vermittlerinstanz verstanden, oder von Mitarbeitern der İİBK.¹¹⁹ Diese Ratgeber fungierten gleichermaßen als Reiseführer für die Arbeitsmigration; sie boten Informationen zum Anwerbeprozess und zu rechtlichen Fragen vom Aufenthalt bis zu Zollbestimmungen sowie teilweise Reisetipps für Deutschland und wichtige Vokabeln zur Verständigung.

Die Handbücher der İİBK vermittelten darüber hinaus auch Verhaltensregeln. Sie richteten sich direkt an die Arbeiter*innen, die ins Ausland gingen, und adressierten primär die Männer. Die Ratgeber waren in einem modernisierungstheoretischen, paternalistischen Duktus geschrieben und gaben Anweisungen und Ratschläge für das Leben in Westdeutschland, die bis in Feinheiten der Hexis, des Habitus und der Kleidung reichten. In dem Ratgeber der İİBK von 1972 finden sich Anleitungen zur richtigen Benutzung einer westlichen Toilette, Bestellungen in Restaurants, westlicher Kleidung, der angemessenen Lautstärke des Lachens und zur Frage, wie häufig Socken zu wechseln sind.¹²⁰ So heißt es etwa: »Da Sie in zivilisierte Länder gehen, muss Ihre Kleidung auch zivilisiert sein und zu dem Ort passen, an den Sie gehen. Die Kleidung der Männer muss sauber und gebügelt sein, Sie müssen eine Krawatte tragen und rasiert sein. Vor allem sollten Sie darauf achten, dass unsere Frauen sich wie eine Städterin kleiden.«¹²¹ In dem normativen Anspruch und den handlungsorientierten Anweisungen der Ratgeber spiegeln sich zeitgenössische Vorstellungen von Nationalität, Geschlecht und Modernität wider.

119 In der von Nermin Abadan-Unat und Neşe Kemiksiz herausgegebenen annotierten Bibliographie zur türkischen Migration sind für den Zeitraum von 1962 bis 1978 insgesamt 27 Handbücher verzeichnet, davon 23 mit Bezug zur Bundesrepublik oder Europa im Gesamten. Vgl. Abadan-Unat, Nermin; Kemiksiz, Neşe: Türk dış göçü: 1960-1984. Yorumlu bibliyografya, Ankara 1986, S. 473-479.

120 Vgl. İş ve İşçi Bulma Kurumu Genel Müdürü Yayınları (Hg.): Yurt Dışına Gidecek İşçiler için El Kitabı, 1972.

121 Ebd., S. 5.

In den Handbüchern formulierte die İİBK gleichsam die impliziten Regeln und Verhaltensnormen gesellschaftlichen Zusammenlebens sowie Erwartungen und Ängste aus. Besonders im Fokus der Ratgeber standen die Geschlechterbeziehungen sowie die politische Orientierung der Arbeitsmigrant*innen. Die Anweisungen vermaßen das Feld sozial akzeptabler Praktiken und können als Demarkationslinien sozialer und zwischengeschlechtlicher Begegnungen im öffentlichen Raum gelesen werden. Zugleich legt die Lektüre der Ratgeber nahe, dass die normativen Handlungsanweisungen zu einem gewissen Grad als Reaktionen auf (tatsächliche oder kolportierte) Praktiken der Arbeitsmigrant*innen gelesen werden können. Wiederholt greifen die Handbücher Vorfälle straffällig gewordener Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik auf, um die Konsequenzen unerwünschter Praktiken zu illustrieren.

Der Inhalt und die Schwerpunkte der Ratgeber verschoben sich im Lauf der Zeit, was ebenfalls nahelegt, dass die İİBK partiell auf die Praktiken von Arbeitsmigrant*innen in Westdeutschland reagierte, aber auch, dass gesellschaftliche Ängste dem Wandel der Zeit unterlagen. So warnte das Handbuch für Arbeitsmigrant*innen der İİBK aus dem Jahr 1963 ausführlich vor den Gefahren ›kommunistischer Infiltration‹ im Ausland: »Aber auch dort werden sich schädliche Personen, die sich von außen eingeschlichen haben, unter unsere Arbeiter*innen mischen und mit verschiedener Propaganda versuchen, [...] sie in die rote und unerbittliche Falle des Kommunismus zu locken und sie an ihre giftigen Ideen zu gewöhnen.«¹²² Die Bedrohung verortete die Türkei weniger in Westdeutschland selbst als in den Ostblockstaaten, wo Mitglieder der Türkischen Kommunistischen Partei aufgrund des Parteiverbots politisches Exil gefunden hatten.¹²³ Mit *Bizim Radyo* in Leipzig, *Radio Budapest* und *Radio Sofia* waren drei kommunistische Radiosender auf Türkisch in Westdeutschland empfangbar und wurden von einem Großteil der Arbeitsmigrant*innen regelmäßig gehört, wie die türkische Regierung besorgt feststellte.¹²⁴ So hörten laut einer Umfrage aus dem Jahr 1963 in Nordrhein-Westfalen 85 Prozent der türkeistämmigen Arbeiter*innen die türkischen Sendungen von *Radio Budapest*.¹²⁵

122 İş ve İşçi Bulma Kurumu Genel Müdürlü Yayınları (Hg.): İşçi Olarak Almanyaya Nasıl Gidilir?, 1963, S. 24.

123 Vgl. Tügel, Nelli: Das Land ihrer Träume? Türkeistämmige politische Emigrant_innen in der DDR, Masterarbeit, Berlin 2016.

124 Vgl. Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Ankara an das Auswärtige Amt: Betr.: Gefahr einer kommunistischen Beeinflussung der türkischen Arbeiter in Deutschland, BArch, B 145/6634, 2.5.1962.

125 Vgl. Auswärtiges Amt: Betr.: Beeinflussung ausländischer Arbeiter durch kommunistische Propaganda, PAAA, B 85/622, 16.12.1963.

Dies war auch auf den Mangel an anderen türkischsprachigen Informationsquellen zurückzuführen: Die türkischen Radiostationen waren aufgrund der geografischen Entfernung in Westdeutschland nicht zu empfangen. Selbst Arbeiter*innen, die nicht mit der politischen Richtung von *Radio Budapest* und *Bizim Radyo* übereinstimmten, verfolgten die Sendungen aufgrund des Musikprogramms, stellte die türkische Migrationssoziologin Nermin Abadan 1964 fest.¹²⁶ In ihrem Ratgeber warnte die İİBK 1963 explizit: »Hört nicht kommunistisches Radio aus Budapest und Ostdeutschland, das sich selbst Bizim Radyo nennt, und Sendungen aus anderen Ländern hinter dem Eisernen Vorhang, und lest nicht ihre Artikel. Wenn es jemanden gibt, der diese Veröffentlichungen hört oder liest, verhindert es. Nehmt nicht an den prämierten Wettbewerben solcher Radiostationen teil. Sonst beschmutzt ihr euren Namen und den Namen eurer Familie und eure ganze Sippe.«¹²⁷ Zudem rief das türkische Arbeitsvermittlungsinstitut Migrant*innen dazu auf, Indoktrinierungsversuche den Konsulaten zu melden.¹²⁸ Das Bestreben, Arbeitsmigrant*innen vor kommunistischen Tendenzen zu schützen, ist auf den Antikommunismus zurückzuführen, der im Kontext des Kalten Kriegs in der Türkei und der Bundesrepublik eine identitätsstiftende Wirkung entfaltete, indem er durch die Konstruktion eines äußeren Feindbilds innere Konsolidierung ermöglichte.¹²⁹

Während der Ratgeber nur in wenigen Sätzen auf die Geschlechterbeziehungen zwischen westdeutschen Frauen und türkeistämmigen Männern einging und Letztere ermahnte, ihre zurückgelassenen Frauen und Familien nicht zu vergessen,¹³⁰ widmete das Handbuch aus dem

126 Vgl. Abadan, Nermin: *Batı Almanya'daki Türk işçileri ve sorunları*, 1964, S. 182 f.; vgl. hierzu auch Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Ankara an das Auswärtige Amt: Betr.: Gefahr einer kommunistischen Beeinflussung der türkischen Arbeiter in Deutschland, BArch, B 145/6634, 2.5.1962.

127 İş ve İşçi Bulma Kurumu Genel Müdürlü Yayınları (Hg.): *İşçi Olarak Almanyaya Nasıl Gidilir?*, 1963, S. 25.

128 Vgl. ebd., S. 24.

129 Für die Bundesrepublik vgl. Wirsching, Andreas: Antikommunismus und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Einleitende Vorbemerkungen, in: Creuzberger, Stefan, Hoffmann, Dierk (Hg.): »Geistige Gefahr« und »Immunisierung der Gesellschaft«. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 1-14, S. 2; für die Türkei vgl. Özman, Aylin; Yazıcı Yakın, Aslı: The symbolic construction of communism in Turkish anti-communist propaganda during the Cold War, in: *Journal of Language and Politics* 11/4, 2012, S. 583-605, S. 587 f.

130 İş ve İşçi Bulma Kurumu Genel Müdürlü Yayınları (Hg.): *İşçi Olarak Almanyaya Nasıl Gidilir?*, 1963, S. 26.

Jahr 1972 den Geschlechterbeziehungen mehrere Seiten.¹³¹ Dabei wurden insbesondere die Männer davor gewarnt, das freizügigere Verhalten westdeutscher Frauen nicht misszuverstehen und keine Treue zu erwarten.¹³² »Im Ausland sind die Beziehungen zwischen Frau und Mann sehr anders als in unserem Land. Die ausländischen Frauen und Mädchen bewegen sich sehr frei und tragen freizügige Kleidung. Sie spazieren und halten sich frei auf den Straßen und in den Nachtclubs auf. Verstehen Sie dieses Verhalten nicht falsch und denken Sie nicht, das seien schlechte Frauen, belästigen Sie sie nie und machen Sie sie nicht an.«¹³³ Diese Anweisungen verorteten Vorstellungen von für Frauen akzeptablen Handlungen und Bewegungen konkret im Raum. Welche Handlung akzeptabel war, hing davon ab, wo Frauen sie praktizierten.

Die Hauptsorge richtete sich auf übergriffiges Verhalten männlicher Arbeitsmigranten.¹³⁴ In detaillierten Anweisungen mahnte das Handbuch sie, westdeutsche und türkeistämmige Frauen im öffentlichen Raum zu respektieren und nicht zu belästigen. »Freundschaften« zwischen Männern und Frauen könnten zwar in beiderseitigem Einverständnis geschlossen werden, so der Ratgeber.¹³⁵ Immer wieder komme es jedoch zu Eifersuchtsszenen, Drohungen und Übergriffen. Dieses besitzergreifende Verhalten sei sowohl ausländischen als auch türkeistämmigen Frauen gegenüber inakzeptabel, da diese ebenso wie die Männer das Recht auf zwischengeschlechtliche »Freundschaften« hätten. Statt Frauen anzusprechen und zu belästigen, so heißt es in dem Handbuch weiter, sollten Männer besser ins Bordell gehen.¹³⁶ Diese Direktiven sind geprägt von stereotypen Zuschreibungen von Arbeitsmigranten als sexuell potente Geschlechtswesen, die in den 1960er Jahren sowohl in der deutschen als auch in der türkischen Presse verbreitet wurden.¹³⁷ Zeitungen in beiden Ländern skandalisierten sexuelle Beziehungen männlicher Arbeitsmi-

131 Der Ratgeber von 1963 ist mit 38 Seiten weniger umfangreich und detailliert als das Handbuch von 1972, das 72 Seiten umfasst und acht davon den Geschlechterbeziehungen widmet.

132 İş ve İşçi Bulma Kurumu Genel Müdürü Yayınları (Hg.): Yurt Dışına Gidecek İşçiler için El Kitabı, 1972, S. 11 f.

133 Ebd., S. 11.

134 Ähnliche Diskurse gab es auch in der westdeutschen Öffentlichkeit. Vgl. hierzu etwa Rosenstiel, Lutz von: Warum brauchen wir Gastarbeiter?, Rosenheim 1971, S. 25.

135 Vgl. İş ve İşçi Bulma Kurumu Genel Müdürü Yayınları (Hg.): Yurt Dışına Gidecek İşçiler için El Kitabı, 1972, S. 10.

136 Vgl. ebd., S. 12.

137 Vgl. Schönwälder, Karen: Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, Essen 2001, S. 166 f.

granten mit blonden deutschen Frauen als »uncomfortable transgression of national boundaries«.¹³⁸ Solche Narrative ermöglichten es westdeutschen Männern, rassifizierte Machtverhältnisse gegenüber migrantischen Männern und zugleich Kontrolle gegenüber weißen Frauen aufrechtzuerhalten.¹³⁹

Türkeistämmige Arbeitsmigrantinnen adressierte der Ratgeber nur direkt, um sie an die Kleidung der idealen »modernen« Frau zu erinnern. Die Kleidungsrichtlinien verdeutlichen, wie schmal der Grad war, der zwischen den Polen »zu traditionell« und »zu westlich« verlief – und wie eng gesteckt die angemessene Position der türkeistämmigen Frau im öffentlichen Raum:

»Bei unseren Arbeiterinnen wurde gesehen, dass sie über der Hose einen Rock oder ein Kleid tragen. Wenn Sie eine Hose tragen, sollten Sie darüber eine Bluse oder einen Pullover tragen. Sonst müssen Sie darauf verzichten, eine Hose zu tragen. Sich so zu kleiden ist praktischer und schöner. Abgesehen davon ist es nicht richtig, wenn türkische Frauen sich übertrieben frivol kleiden und schminken und damit die Aufmerksamkeit aller auf sich ziehen. Eine türkische Frau sollte immer vernünftig und gemäßigt sein, sie sollte mit ihrer Kleidung und ihrem Verhalten ein Beispiel für alle abgeben.«¹⁴⁰

Abgesehen von diesen knappen Hinweisen thematisierte der Ratgeber Frauen nur mittelbar als schutzbedürftige Wesen, die der Hilfe und Obhut der Männer anvertraut wurden. Für Männer sah die İBK die Rolle des Beschützers und Betreuers vor, die ihnen qua Nationalität zukomme: »Es ist falsch, unsere Arbeiterinnen, die mit Ihnen zusammen reisen, während der Reise anzusprechen, sie zu belästigen und sie zu stören, indem Sie in ihre Abteile gehen. Als Türke ist es ohnehin Ihre Aufgabe, den türkischen Frauen zu helfen und sie zu schützen, wenn sie es wollen.«¹⁴¹ Hier wird deutlich, wie sich in den normativen Handlungsanleitungen Vorstellungen von Geschlecht, Nation und Modernisierung verwoben. Charakteristisch für die Darstellung der Frauen als schutzbedürftige Wesen ist, dass sie ausschließlich mit Possessivpronomen als »unsere Frauen« oder »unsere Arbeiterinnen« bezeichnet wurden. Diese Bezeichnung findet sich auch für männliche Arbeitsmigranten und spiegelt die pater-

138 Kahn, Michelle Lynn: *Foreign at Home*, 2018, S. 58.

139 Vgl. analog hierzu Donovan, Brian: *White Slave Crusades. Race, Gender, and Anti-vice Activism, 1887-1917*, Urbana, Chicago 2006, S. 17.

140 İş ve İşçi Bulma Kurumu Genel Müdürü Yayınları (Hg.): *Yurt Dışına Gidecek İşçiler için El Kitabı*, 1972, S. 23.

141 Ebd., S. 4.

nalistische Haltung der IIBK wider, doch sie gewinnt in Bezug auf die Arbeitsmigrantinnen eine weitere Dimension oder Ebene der Kontrolle und des Schutzes: Der türkische Staat nahm die Wächterrolle ein, indem er die Arbeitsmigrant*innen infantilisierte und versuchte, ihre Praktiken zu steuern – und er übertrug dabei türkeistämmigen Männern die Aufgabe, die Frauen im Namen der Nation zu schützen. Manche Migranten begriffen es als ihre Pflicht, türkeistämmige Frauen in Westdeutschland nicht nur zu schützen, sondern auch zu kontrollieren, wie sich später noch zeigen wird. Der Ratgeber von 1972 geht auf diese Kontrollversuche ein und ermahnt die Migranten, ihre Mitbürgerinnen zu respektieren:

»So wie Sie zum Arbeiten ins Ausland gehen, gehen auch unsere Frauen mit dem gleichen Ziel. Ihre Aufgabe in den fremden Ländern ist es, Ihr Bestes zu tun, um unseren Arbeiterinnen zu helfen. In den Beziehungen zwischen Frau und Mann kann Freundschaft geschlossen werden, wenn das gegenseitige Einverständnis da ist. Es zeigt sich jedoch, dass unsere Arbeiter im Ausland die türkischen Frauen meist gewaltsam zu verführen versuchen oder sie sogar mit Waffen bedrohen und so den Weg für heikle Angelegenheiten öffnen. Es gehört sich nicht für einen muslimischen Türken, eine Frau aus seiner eigenen Heimat zu belästigen und sie durch Drohungen auf einen schlechten Pfad zu bringen.«¹⁴²

Ebenso wie in der Türkei wurden auch in Westdeutschland gesellschaftliche Umbrüche an der Position der türkeistämmigen Frauen im öffentlichen Raum ausgehandelt. Durch ihre Migration verloren soziale Normen ihre Selbstverständlichkeit, was auf der einen Seite zu einer Erweiterung ihrer Handlungsspielräume führte, auf der anderen Seite jedoch eine Gegenreaktion verursachte, in der Männer und Medien ihre Bewegungen im öffentlichen Raum stärker beobachteten und kontrollierten als in der Türkei.

Über konkrete soziale Praxen geben die Ratgeber indes keine Auskunft. Aus diversen Quellen lässt sich rekonstruieren, dass die Mehrheit der Arbeitsmigrant*innen die von der Arbeitsvermittlungsgesellschaft verteilten Broschüren und Ratgeber nicht las. So gaben in einer Befragung der türkischen Soziologin Nermin Abadan von 494 türkeistämmigen Arbeitsmigrant*innen 1964 knapp 58 Prozent der Befragten an, Broschüren und ähnliches Informationsmaterial nicht gelesen zu haben.¹⁴³ In einer gemeinsamen Sitzung beschäftigten sich die BAVAV und die

¹⁴² Ebd., S. 10.

¹⁴³ Vgl. Abadan, Nermin: *Batı Almanya'daki Türk işçileri ve sorunları*, 1964, S. 176.

İİBK im Juli 1968 mit der Frage, wie erreicht werden könne, dass mehr Arbeitsmigrant*innen die Broschüren lesen.¹⁴⁴ Eine türkische Delegation hatte bei der Befragung von Arbeitsmigrant*innen den Eindruck gewonnen, diese seien nicht hinreichend über die Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland informiert. Die BAVAV erwiderte, dass »jeder türkische Arbeitnehmer, der durch die Deutsche Verbindungsstelle vermittelt wird, vor seiner Abreise in Istanbul eine ausführliche Informationsbroschüre« erhalte, die Mehrheit sie jedoch nicht lese.¹⁴⁵ Beide Seiten erwogen die Möglichkeit, die Informationen stattdessen als Kurzmerkblatt oder Handbuch herauszugeben.

Der Soziologe Ünal Akpınar führte das Desinteresse der Arbeitsmigrant*innen an den Broschüren darauf zurück, dass die Informationen für den Alltag der Arbeiter*innen nicht relevant waren: »Es stimmt tatsächlich, daß ein Teil der Arbeiter dieser [sic] Broschüren einfach wegwirft; der Grund dafür ist [...] der Inhalt, der die soziokulturelle Lage der Arbeiter nicht berücksichtigt und ein Sprachgebrauch, der ihnen fremd ist.«¹⁴⁶ Um zu illustrieren, wie weltfremd die Verhaltensanweisungen in den Ratgebern waren, zitierte er aus dem »Handbuch für Arbeiter*innen, die ins Ausland gehen« von 1972. Diesen Befund stützen auch die Zeitzeuginnen, die sich, nach den Ratgebern gefragt, nicht daran erinnern konnten, diese ausgehändigt bekommen oder gelesen zu haben.¹⁴⁷ Selbst wenn sie die Broschüren bekommen hatten – bleibende Wirkung scheinen sie nicht hinterlassen zu haben. Demnach können über die Wirkmächtigkeit dieser Instruktionen auf den Alltag und die Praktiken der Migrant*innen aus den Handbüchern keine Rückschlüsse gezogen werden. Doch die Ratgeber können als Indikatoren für die Verunsicherungen gelesen werden, die das Heraustreten der türkeistämmigen Frauen aus ihrem durch soziale Normen und Codes regulierten Umfeld verursachte.

In den Ratgebern für Migrant*innen tritt zutage, wie im transnationalen Raum des *gurbet* aufbrechende Geschlechterverhältnisse und

144 Vgl. BAVAV: Betr.: Besuch des türkischen Arbeitsministers und des Generaldirektors der türkischen Arbeitsverwaltung am 1. Juli 1968; hier: Besprechungsniederschrift, BArch, B 119/3074, Juli 1968.

145 Ebd.

146 Akpınar, Ünal: Angleichungsprobleme türkischer Arbeiterfamilien. Eine empirische Untersuchung, in: Mertens, Gabriele; Akpınar, Ünal (Hg.): Türkische Migrantenfamilien. Familienstrukturen in der Türkei und in der Bundesrepublik. Angleichungsprobleme türkischer Arbeiterfamilien: Beispiel West-Berlin, Bonn 1977, S. 135–300, S. 162.

147 Vgl. etwa Zeitzeuginnengespräch mit Ayten Firat, Berlin, Pankow, 10.11.2022; Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

gesellschaftliche Selbstbilder an der Figur der Arbeitsmigrant*innen ausgehandelt wurden. In den Informationsbroschüren formulierte die türkische Arbeitsvermittlungagentur implizite Modernisierungsideale und kollektive Selbstentwürfe über die Abgrenzung von einem konstruierten Anderen aus. Im Zentrum dieser Projektionen standen die Arbeitsmigrant*innen, die im transnationalen Raum die Erwartungen und den Handlungsrahmen ausloteten, den die beiden Staaten absteckten. Wie sich im folgenden Kapitel zeigen wird, handelte auch die Bundesrepublik an der ›Gastarbeiterfrage‹ gesellschaftliche Selbstentwürfe aus. Dies wird besonders deutlich an der Arbeitsmigration türkeistämmiger Migrant*innen nach West-Berlin, das in den 1960er Jahren vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs zum neuralgischen Punkt für Fragen von Geschlecht und politischer Orientierung wurde.

1.3 Ankunft in West-Berlin.

Zwischen Kaltem Krieg und Demokratisierung

Anders als in der Bundesrepublik wurden Arbeitsmigrant*innen in West-Berlin nicht am Bahnhof empfangen, sondern am Flughafen. Narrative des Ankommens in der Stadt zentrieren sich deshalb am Flughafen Tempelhof. Die Ankunft in West-Berlin hat sich den Zeitzeuginnen tief eingeprägt. Atiye Altül landete an einem regnerischen grauen Tag im März 1970 mit einem Koffer voller Bücher am Flughafen Tempelhof.¹⁴⁸ Für Fatma Kaya, die im Gegensatz zu Altül aus einer ländlichen Region kam, war die Ankunft in Tempelhof 1970 der erste Schritt in die Großstadt. »Du kommst aus einem kleinen Dorf in die fremde Stadt«, sagt sie. »Dann kamst du hier am Flughafen an, viele haben geweint und waren traurig, weil sie ihr Kind zurückgelassen haben. Ich habe selber meine beiden Töchter dagelassen und bin hierhergekommen.«¹⁴⁹ Die Ankunft bedeutete für viele zunächst den Abschied von Familie und altem Leben. Für Ayten Firat, die ein Jahr zuvor im September 1969 am Flughafen Tempelhof gelandet war, war die Reise ihr erster Auslandsaufenthalt und ihr erster Flug. Die Ankunft kam ihr vor wie ein Staatsakt. Im Zeitzeuginnengespräch erinnert sie sich an die vielen am Flughafen wartenden Menschen. »Ich habe aus dem Fenster geblickt, dort warten die Busse auf uns mit türkischen Fahnen. Ich habe gesagt: ›Ah, der Ministerpräsident ist wohl gekommen‹. Die Frauen aus Ankara und Istanbul haben gelacht

¹⁴⁸ Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

¹⁴⁹ Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.

und gesagt: ›Ach mein Mädchen, was verstehst du schon, die sind gekommen, um uns abzuholen.‹ ›Du Landei, hat eine gesagt.«¹⁵⁰ Im Transit wurden die Reisenden zwar zu ›Gastarbeiterinnen‹ homogenisiert, jedoch nicht alle feinen Unterschiede eingeebnet, wie hier deutlich wird.

Die Gruppe der Arbeitsmigrantinnen, die nach West-Berlin vermittelt wurden, war gemeinsam mit den Arbeiterinnen, die in der Bundesrepublik eine Arbeit aufnahmen, mit dem Zug aus Sirkeci in München angekommen. Am Hauptbahnhof München wurden die Vertragsnummern aufgerufen und die Arbeiter*innen auf die Städte im Bundesgebiet und auf West-Berlin verteilt. Wer lesen und schreiben konnte und die fünfte Klasse abgeschlossen hatte, wurde mit dem Flugzeug weiter nach West-Berlin geschickt, erzählt Firat im Zeitzeuginnengespräch. »Damals war es verboten, dass die Arbeiter*innen mit dem Zug nach Berlin kommen. Wir wussten das nicht.«¹⁵¹ Dass Arbeitsmigrant*innen nur mit dem Flugzeug nach West-Berlin gelangten, resultierte aus der Insellage der Stadt und ihrem Sonderstatus als zentraler Bühne des Kalten Kriegs. Als symbolisches »Schaufenster des Westens«¹⁵² bildete West-Berlin den neuralgischen Punkt, an dem Migration, politische Praktiken und Geschlecht besonders konzentriert ausgehandelt wurden.

In West-Berlin verdichteten sich in den 1960er Jahren politische Konfliktlinien und wirtschaftliche sowie nationale Interessen, die zur Folge hatten, dass die Stadt den westdeutschen Anwerbeabkommen erst verzögert beitrug.¹⁵³ Vor allem die geografische und politische Lage der Inselstadt führten zu Bedenken bei den zuständigen Behörden. So vertrat das Landesarbeitsamt Berlin im Dezember 1961, vier Monate nach dem Mauerbau und zwei Monate nach der Unterzeichnung des bundesdeutschen Anwerbeabkommens mit der Türkei, »grundsätzlich« die Ansicht, »daß bei der gegenwärtigen politischen Situation in Berlin (West) auch weiterhin darauf verzichtet werden sollte, größere Gruppen ausländischer Arbeitnehmer hereinzunehmen.«¹⁵⁴ Bereits einen Monat zuvor hatte die Frage der Vermittlung türkeistämmiger Arbeitsmigrant*innen die deutschen Anwerbebehörden und das Deutsche Generalkonsulat in Istanbul beschäftigt, als die Firma Siemens in Berlin 19 türkeistämmige

150 Zeitzeuginnengespräch mit Ayten Firat, Berlin, Pankow, 10.11.2022.

151 Ebd.

152 Eisenhuth, Stefanie; Sabrow, Martin: ›West-Berlin‹. Eine historiographische Herausforderung, in: Zeithistorische Forschungen 11, 2014, S. 165-187, S. 175.

153 Vgl. Zeppenfeld, Stefan: Vom Gast zum Gastwirt?, 2021, S. 63.

154 Landesarbeitsamt Berlin an die BAVAV: Betr.: Beschäftigung türkischer Staatsangehöriger in der Bundesrepublik Deutschland; hier: Vermittlung nach Berlin, BArch, B119/3071, 28.12.1961.

Arbeiter*innen angefordert hatte. Das Konsulat äußerte »angesichts der Zahl dieser Arbeiter, ihrer allgemeinen Unerfahrenheit und insbesondere wegen ihres Mangels jeglicher Deutschkenntnisse Bedenken, sie auf dem Landwege und durch die sowjetische Besatzungszone ohne Betreuung reisen zu lassen.«¹⁵⁵ Diese Bedenken, denen sich die Deutsche Verbindungsstelle anschloss, spiegeln die zeitgenössische Vorstellung von naiven, schutzbedürftigen Arbeitsmigrant*innen und die damit verwobenen Ängste vor deren »kommunistischer Infiltration« wider.

Aufgrund der Insellage West-Berlins fürchteten sowohl die Bundesrepublik als auch die Türkei die Gefahr kommunistischer Einflüsse. So sprach sich der Senator für Sicherheit und Ordnung im Mai 1964 zwar prinzipiell für eine verstärkte Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer aus. Die »besondere Lage Berlins« erfordere es jedoch, keine größeren Gruppen von Migrant*innen anzuwerben, die nur in größeren Sammelunterkünften untergebracht werden könnten, da »derartige Lager in Berlin zu einer Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung führen könnten.«¹⁵⁶ Darüber hinaus regte er an, nach Möglichkeit nur Migrant*innen aus Ländern anzuwerben, »die keine oder nur eine unbedeutende kommunistische Partei haben, da die ausländischen Arbeitnehmer jederzeit in der Lage sind, mit kommunistischen Organisationen im Sowjetsektor von Berlin Verbindung aufzunehmen.«¹⁵⁷ Der Senator für Arbeit und Soziales hielt diese Befürchtungen für unbegründet und argumentierte im Gegenzug, dass die Betreuung und Unterbringung einzelner Arbeitsmigrant*innen auf große Schwierigkeiten stoße. Die daraus entstehende Unzufriedenheit mache sie »anfälliger für politische Einflüsterungen.«¹⁵⁸

Wie beeinflussbar Migrant*innen für kommunistische Propaganda waren, hing in den Augen des Berliner Senats auch vom Geschlecht ab. Sicherheitsbedenken hatte der Senat bei Gruppen alleinstehender Arbeitsmigranten, während er die Anwerbung von Ehepaaren und Arbeitsmigrantinnen als unbedenklich einstufte.¹⁵⁹ So erklärte sich der

155 Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland an die Firma Siemens-Elektrogeräte: Betr.: Vermittlung türkischer Staatsangehöriger in die Bundesrepublik Deutschland bzw. nach Berlin, BAArch, B19/3071, 17.11.1961.

156 Der Senator für Sicherheit und Ordnung an den Regierenden Bürgermeister von Berlin: Betr.: Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer, LAB, B Rep. 002 Nr. 5556, 11.5.1964.

157 Ebd.

158 Der Senator für Arbeit und Soziales an den Senator für Sicherheit und Ordnung: Betr.: Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer, LAB, B Rep. 002 Nr. 5556, 26.5.1964.

159 Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 165.

Präsident des Landesarbeitsamtes Berlin laut einem internen Vermerk der BAVAV im März 1963 damit einverstanden, dass ein kleines Kontingent von Frauen nach West-Berlin vermittelt werde, »deren Anwerbung nach Berlin er für nicht besonders gefährlich ansehe, da sie politisch nicht so interessiert seien«.¹⁶⁰ Dass Frauen als unpolitisch wahrgenommen wurden, sollte sich später darauf auswirken, wie sich Migrantinnen organisierten. Zwar lag es weniger an der Wahrnehmung von Arbeitsmigrantinnen als unpolitischen Akteurinnen als an dem Bedarf an weiblichen Arbeitskräften in der Elektroindustrie, dass die Arbeitsmigration in West-Berlin in den Worten von Monika Mattes »ein viel weiblicheres Gesicht als im übrigen Bundesgebiet«¹⁶¹ erhielt. Doch die Einschätzung des Arbeitsamts-Präsidenten Potratz zeigt, wie verflochten Geschlecht, politische Praktiken und Migration vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts in West-Berlin waren.

Als alle beteiligten Akteure 1964 schließlich ihr Einverständnis für die Anwerbung von Arbeitsmigrant*innen nach West-Berlin gaben, zeigte sich schnell der hohe Bedarf an weiblichen Arbeitskräften auf dem Berliner Arbeitsmarkt. Im Juni 1964 meldete die BAVAV: »Aus den bisherigen Vermittlungsaufträgen aus Berlin (West) geht hervor, daß die Berliner Wirtschaft besonders an ausländischen weiblichen Arbeitskräften interessiert ist.«¹⁶² Diese hohe Nachfrage nach ausländischen Arbeiterinnen war maßgeblich auf Siemens und AEG-Telefunken zurückzuführen, die als Großunternehmen die West-Berliner Elektroindustrie prägten.¹⁶³ 1970 waren 40 Prozent der Arbeitsmigrant*innen in West-Berlin Frauen,¹⁶⁴ und damit mehr als im Bundesschnitt, wo der Frauenanteil unter den Arbeitsmigrant*innen bei 30 Prozent lag. Einer Studie von 1971/72 zufolge reisten bei 44 Prozent der 174 Befragten die Ehefrauen zuerst nach Westdeutschland ein. Die Frauen kamen sowohl aus Großstädten als auch aus Dörfern.¹⁶⁵ Waren die Arbeitsmigrantinnen anfangs noch eine Option, den durch den Mauerbau unterbundenen Arbeitskräftetransit

160 BAVAV: Rücksprache mit Herrn Präsident Potratz, BArch, B 119/4722, 6.3.1963. Vgl. hierzu auch Nocera, Lea: »Manikürlü Eller Almanya'da Elektrik Bobini Saracak«. *Toplumsal Cinsiyet Perspektifinden Batı Almanya'ya Türk Göçü* (1961-1984), İstanbul, 2018, S. 91.

161 Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 182.

162 BAVAV an den Senator für Arbeit und soziale Angelegenheiten: Betr.: Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitskräfte für Berlin (West), BArch, B119/4722, 19.6.1964.

163 Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 182.

164 Vgl. Landesarbeitsamt Berlin an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit: Erfahrungsbericht 1970, BArch, B 119/3015, 20.1.1971, S. 2.

165 Vgl. Akpınar, Ünal: Angleichungsprobleme türkischer Arbeiterfamilien, S. 207.

aus Ost-Berlin auszugleichen, so »wurde ihr Einsatz auf unqualifizierten Frauenarbeitsplätzen in der Serien- und Massenfertigung bald zum alternativlosen Programm.«¹⁶⁶ Die große Nachfrage gab Frauen zeitweise ein höheres Maß an Handlungs- und Entscheidungsmacht über die Konditionen ihrer Migration als Männern.

Atiye Altül stellte zwei Bedingungen, als sie sich Anfang 1970 in der Deutschen Verbindungsstelle registrierte: Sie wollte nach West-Berlin gehen, und sie wollte mit dem Flugzeug einreisen. »Berlin war die Stadt, die ich mir ausgesucht habe. [...] War es, weil ich die zweigeteilte Stadt sehen wollte oder weil es die alte Hauptstadt war, ich weiß es nicht.«¹⁶⁷ In der Zeitung hatte Altül gelesen, dass Arbeiter*innen in Kürze auch mit dem Flugzeug nach Westdeutschland geschickt würden. Im Januar 1970 waren die ersten Probeflüge der Fluggesellschaft Condor von Istanbul nach München gestartet;¹⁶⁸ am 5. Februar 1970 beschloss die BAVAV, dass die regulären Lufttransporte im März 1970 beginnen sollten.¹⁶⁹ Die Deutsche Verbindungsstelle sollte für Flugreisen bevorzugt Frauen, Ehepaare und Berlin-Reisende einteilen.¹⁷⁰ Die Verbindungsstelle akzeptierte Altüls Bedingungen: Während ihre Mitbewerberinnen nach den Untersuchungen im Zug in die Bundesrepublik aufbrachen, wartete sie einen Monat auf die ersten Flüge. Am 17. März 1970 landete sie in Berlin-Tempelhof.¹⁷¹ Am Flughafen holte sie ein Dolmetscher ab und brachte sie ins Siemens-Frauenwohnheim in der Lietzenburgerstraße. Bereits am nächsten Tag ging es zu Siemens, wo sie ein weiteres Mal medizinisch untersucht wurde. Altül, die in Ankara nur Positives über Deutschland gehört hatte, erlebte gleich in ihren ersten Tagen in West-Berlin Irritationen und Enttäuschungen. Diese reichten vom Wetter über die Toiletten auf halber Treppe bis zu subtilen Herabsetzungen wie die zweite ärztliche Untersuchung und offen rassistischen Begegnungen.¹⁷²

Besonders eingeprägt hat sich ihr das Piktogramm, das bei Siemens auf der Toilette hing: links ein durchgekreuztes Bild einer Person, die mit den Füßen auf dem Toilettensitz hockt; rechts ein Bild einer Person, die

166 Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 159.

167 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

168 Vgl. Landesarbeitsamt Südbayern an die BAVAV: Betr.: Transportangelegenheiten türkischer Arbeitnehmer; Probeflüge, BArch, B 119/4036, 16.1.1970.

169 Vgl. BAVAV: Betr.: Transporte türkischer Arbeitnehmer; hier: Besprechung über die Durchführung von Flugtransporten am 5.2.1970 – Entwurf, BArch, B 119/4036, o. D.

170 Vgl. ebd.

171 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 25.4.2017.

172 Vgl. ebd.

auf der Toilette sitzt, darunter das Wort ›richtig‹.¹⁷³ »Wie habe ich mich geärgert! Was denken die, wer wir sind? Als wüssten wir das nicht. So fangen die Diskriminierungen an.«¹⁷⁴ Die Toiletten- und Körperhygiene türkeistämmiger Migrant*innen wurde nach einem Cholera-Ausbruch in der Türkei 1970 zum Politikum, das mit einer Wahrnehmung von Migration als »Gefahr für die Volksgesundheit«¹⁷⁵ einherging.¹⁷⁶ Die Hamburger Gesundheitsbehörde folgte 1971 dem Rat eines Bakteriologen und empfahl dem Arbeitsamt, muslimische Arbeitsmigrant*innen nicht mehr in der Lebensmittelindustrie einzusetzen.¹⁷⁷ Er war bei der Besichtigung zweier Wohnheime zu dem Schluss gekommen, dass die Toilettenpraktiken türkeistämmiger Arbeitsmigrant*innen aufgrund religiöser Gepflogenheiten unhygienisch seien.¹⁷⁸ Das Gesundheitsministerium wies diese Forderung entschieden als »unbegründete Diskriminierung einer Glaubensgruppe«¹⁷⁹ zurück und fügte ironisch an: »Von der Untersuchung deutscher Arbeitnehmer in Lebensmittelbetrieben sollte man vielleicht besser absehen, die Befunde könnten peinlich sein«.¹⁸⁰ Dennoch beschäftigte die Frage (un-)hygienischer Toilettenpraktiken das Auswärtige Amt, die deutsche und türkische Botschaft und diverse Ministerien fast zwei Jahre, weil die Hamburger Behörden nicht von ihrem Standpunkt abrückten.¹⁸¹ Vor diesem Hintergrund verweisen Anleitung-

173 Vgl. hierzu auch die Berichte über Anweisungen zur Toilettenhygiene: Abadan, Nermin: »Tuvaletlere Tünemeyiniz«, in: *Milliyet*, 11.1.1966; G.Y.: Bu Kadarıda Fazla, in: *Türkiye'de Kurtuluş*, 15.1.1971, S. 5.

174 Zeitezeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 25.4.2017.

175 Gesundheitsbehörde Hamburg an den Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit: Betr.: Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen; hier: Beschäftigung von Moslems in Lebensmittelbetrieben, PAAA, B 26/464, 15.2.1971; Arbeits- und Sozialbehörde Hamburg: Merkblatt für Toilettenhygiene, LAB, B Rep. 012 Nr. 3096, 26.4.1971.

176 Vgl. hierzu Sarasin, Philipp: Die Visualisierung des Feindes. Über metaphorische Technologien der frühen Bakteriologie, in: ders. u. a. (Hg.): *Bakteriologie und Moderne. Studien zur Biopolitik des Unsichtbaren 1870-1920*, Frankfurt a.M. 2007, S. 427-461.

177 Vgl. Gesundheitsbehörde Hamburg an den Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit: Betr.: Hygiene beim Umgang mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen; hier: Beschäftigung von Moslems in Lebensmittelbetrieben, PAAA, B 26/464, 15.2.1971.

178 Vgl. hierzu Feiner Sand, in: *Der Spiegel*, 21.2.1971.

179 Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit: Betr.: Moslems in Lebensmittelbetrieben, PAAA, B 26/464, 24.2.1971.

180 Ebd.

181 Vgl. den Schriftwechsel zwischen Auswärtigem Amt, dem Gesundheitsministerium, dem Ministerium für Arbeit und Sozialordnung und der Türkischen Botschaft im Bestand PAAA, B 26/464.

gen zur ›richtigen‹ Toilettennutzung auf rassistische Zuschreibungen vermeintlicher Unreinheit.¹⁸² Aus Altüls Worten spricht zudem die Empörung darüber, mit einer Fremdzuschreibung konfrontiert zu sein, mit der sie sich als Hauptstadtbewohnerin nicht identifizieren konnte. Ähnliche Momente finden sich in den Narrativen mehrerer Zeitzeuginnen, die wie Atiye Altül in den Metropolen Ankara und Istanbul aufgewachsen sind. Im Kontrast zur türkischen Hauptstadt, die bei der Republikgründung als Inbegriff der modernen Metropole auf dem Reißbrett konzipiert wurde, wirkte West-Berlin auf die Zeitzeuginnen klein, fast provinziell.¹⁸³

Die Großstadt prägte die Art und Weise, wie sich die Migrantinnen im öffentlichen Raum bewegten – und wie sie sich den urbanen Raum aneigneten. »Umsteigen« war die erste deutsche Vokabel, die Atiye Altül nach ihrer Ankunft in West-Berlin lernte, weil sie auf dem Weg vom Frauenwohnheim in die Fabrik den Bus wechseln musste.¹⁸⁴ Frauen, die nicht lesen und schreiben konnten, fanden andere Wege, sich im öffentlichen Nahverkehr zu orientieren. »Viele Frauen erzählen von damals, dass sie Bohnen oder Murmeln in die Tasche gesteckt haben«, sagt Gülsüm Kaya, die 1970 als Kind mit ihrer Mutter nach West-Berlin gekommen ist. »An jeder Haltestelle haben sie eine Murmel von einer Tasche in die andere [wandern lassen, E. K.], so dass sie wussten: fünf Haltestellen, dann bin ich angekommen.«¹⁸⁵ Belkis Erdal, die 1972 als Studentin aus Ankara nach West-Berlin kam, verlief sich in den ersten

182 Zu Reinheit als Ordnungsmuster sozialer (Macht-)Verhältnisse und zum Verhältnis von Reinheit, Geschlecht und (Kolonial-)Rassismus vgl. etwa Frey, Manuel: Der reinliche Bürger. Entstehung und Verbreitung bürgerlicher Tugenden in Deutschland, 1760-1860, Göttingen 1997; Douglas, Mary: Purity and Danger. An Analysis of Concepts of Pollution and Taboo, London, New York 1984; McClintock, Anne: Soft-Soaping Empire. Commodity Racism and Imperial Advertising, in: dies.: Imperial Leather. Race, Gender, and Sexuality in the Colonial Context, New York, London 1995, S. 207-231; Bashford, Alison: Imperial Hygiene. A Critical History of Colonialism, Nationalism and Public Health, Houndmills, Basingstoke, Hampshire 2004. Besonders interessant ist Sauberkeit an der Intersektion von *gender*, *race* und *class* im Zusammenhang mit der Tatsache, dass Arbeitsmigrant*innen aus der Türkei vielfach als Reinigungskräfte für ›deutsche Sauberkeit und Ordnung‹ zuständig waren. Vgl. hierzu Zeppenfeld, Stefan: Vom Gast zum Gastwirt?, 2021, S. 146-163; Bose, Kätthe von: Klinisch rein. Zum Verhältnis von Sauberkeit, Macht und Arbeit im Krankenhaus, Bielefeld 2017.

183 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Perihan Karadeli, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 23.4.2022; Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlüer-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021. Analog dazu die Enttäuschung Remziye Ünal in Bezug auf München im Kontrast zu Istanbul: Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

184 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

185 Zeitzeuginnengespräch mit Gülsüm Kaya, Berlin, Neukölln, 14.6.2022.

Monaten auf dem Weg zum Deutschkurs und sagte sich selbst: »Du kennst Ankara wie das Innere deiner Westentasche. Und jetzt hast du Angst vor Berlin? Rings um die Stadt verläuft eine Mauer, sogar wenn du wolltest, könntest du nicht verloren gehen.«¹⁸⁶ Mit einem Stadtplan machte sie sich auf den Weg, die Stadt zu erkunden. Wie sich die Frauen durch den Stadtraum bewegten, rief bei Alteingesessenen mitunter Zurechtweisungen und Ausgrenzungen hervor. So erzählt Atiye Altül, wie sie auf dem Gehweg von einem Mann mit den Worten gemäßregelt wurde: »Wir sind hier in Deutschland, hier bleibt man nicht mitten auf der Straße stehen und redet.« Ich habe ihn einen Faschisten genannt. Darauf ist er explodiert.«¹⁸⁷ Während die Reaktion des Mannes darauf hindeutet, wie unerwartet Altüls Antwort ihn traf, kann seine Aussage als Versuch der Identitätskonstitution durch Abgrenzung und Abwertung eines konstruierten Anderen gelesen werden. Sie verweist im Kleinen auf einen Prozess, der gesamtgesellschaftlich an der Figur des ›Gastarbeiters‹ ausgehandelt wurde: die Inszenierung der Demokratisierung.

*»Im Glashaus«. Aushandlungen von Demokratie
an der Figur des ›Gastarbeiters‹*

Die Präsenz der Arbeitsmigrant*innen in West-Berlin stellte nicht nur vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts eine Herausforderung dar, sondern wurde auch zum Prüfstein für die Demokratisierung der Bundesrepublik, wie Karen Schönwälder argumentiert.¹⁸⁸ Am Verhältnis der westdeutschen Gesellschaft zu den ausländischen Arbeiter*innen wurde das Bekenntnis der Bundesrepublik zur Demokratie gemessen. Deshalb verfolgten die westdeutschen Behörden genau, wie in den Anwerbeländern über die Arbeitsmigration berichtet wurde, und waren sehr bedacht darauf, welches Bild sie Migrant*innen von Deutschland boten. So erinnerte der Arbeits- und Sozialminister von Nordrhein-Westfalen, Werner Figgen, bei einer Sitzung verschiedener Arbeitsgemeinschaften zu Fragen ausländischer Arbeitnehmer im Juni 1969 an die »eminente

186 Erdal, Belkıs: »Almanların beni sevmesi gerekmiyor« | »Die Deutschen müssen mich nicht lieben«, in: Kulturforum Türkei-Deutschland (Hg.): Berlin-İstanbul. Yeni Memleketten Anılar – Erinnerungen an eine neue Heimat, Ankara 2010, S. 98-103, S. 100.

187 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 25.4.2017.

188 Vgl. Schönwälder, Karen: West German Society and Foreigners in the 1960s, in: Gassert, Philipp, Steinweis, Alan (Hg.): Coping with the Nazi Past. West German Debates on Nazism and Generational Conflict, 1955-1975, New York, Oxford 2006, S. 113-128, S. 121.

politische Verantwortung«, die das Zusammenleben mit Migrant*innen in Westdeutschland erfordere:

»Es geht um das Deutschlandbild, das die Ausländer bekommen und das sie in ihre Heimatländer zurücktragen. Und dieses Deutschlandbild darf nicht auf den Arbeitsplatz, auf den Betrieb oder die Erfahrungen mit Nachbarn begrenzt bleiben. Zu diesem Bild unseres Landes gehören die Landschaft, seine Kultur, seine Gegenwartsgeschichte. Mit all dem müssen wir unsere Freunde in geeigneter Weise bekanntmachen. Dabei sollten wir uns stets dessen bewusst sein, dass es von erheblichem Unterschied sein wird, welche Berichte über unser Land ausländische Touristen und heimkehrende ausländische Arbeitnehmer geben.«¹⁸⁹

In den Broschüren und Ratgebern der BAVAV und westdeutscher Unternehmen für Arbeitsmigrant*innen spiegelt sich das Selbstbild wider, das die Bundesrepublik nach außen wie nach innen transportieren wollte. Die Ratgeber können neben ihrer Funktion, Instruktionen zur Orientierung im neuen Umfeld zu geben, auch gelesen werden als Vehikel westdeutscher Behörden, »to present a stylized view of the new West Germany as host«, wie Jennifer Miller argumentiert.¹⁹⁰ So richtete sich etwa ein Ratgeber, den die BAVAV in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion der İİBK 1965 herausgab, mit folgenden Worten an die Arbeitsmigrant*innen: »Sie haben beschlossen, in der Bundesrepublik Deutschland zu arbeiten. In der Bundesrepublik blickt man positiv auf alle, die fleißig sind.«¹⁹¹ Deutsche seien zwar ›Ausländern‹ gegenüber zurückhaltend, doch mit Fleiß und ehrlicher Arbeit könne man ihren Respekt gewinnen, heißt es weiter. Neben Ratschlägen für die Eingewöhnung in der fremden Umgebung und arbeitsrechtlichen Hinweisen informierte das Handbuch auch über die westdeutsche Gesellschaft. »Viele Deutsche, natürlich auch die Arbeiter*innen, haben Autos. Es gibt viele neue Wohnungen. [...] Die Deutschen waren noch vor 15 Jahren der Mehrheit dieser Dinge beraubt. Es war nicht leicht, sie zu erlangen. Sie haben sehr viel gearbeitet und haben so den heutigen Zustand

189 Der Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes: Betr.: Gemeinsame Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft für ausländische Arbeitnehmer und des Forums für Fragen ausländischer Arbeitnehmer am 16.6.1969, BArch, B 119/3013, 14.8.1969, S. 10.

190 Miller, Jennifer: *Turkish Guest Workers in Germany*, 2018, S. 39.

191 Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion der Türkischen Arbeitsverwaltung: *Federal Almanya'da Çalışan Türk İşçileri için Kılavuz. Ratgeber für türkische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland*, İstanbul 1965, S. 5.

erreicht.«¹⁹² In dieser Passage mit rechtfertigendem Impetus wird die NS-Vergangenheit Deutschlands nur zwischen den Zeilen als Täter-Opfer-Umkehr erwähnt.

Die Außenwirkung, die Westdeutschland erzielen wollte, wies jedoch über das Bild hinaus, das Arbeitsmigrant*innen bei ihrer Rückkehr in die Herkunftsländer über Deutschland vermittelten. Die Arbeitsmigration sollte Europa das Bekenntnis Deutschlands zur europäischen Integration und zur Demokratie demonstrieren,¹⁹³ wie auch Figgen betonte: »Ich glaube vielmehr, dass am Verhältnis ausländischer Arbeitnehmer zur einheimischen Bevölkerung gemessen werden wird unsere Einstellung zu Europa. Auf diesem praktischen Übungsfeld können wir den Bemühungen der Staaten ein wichtiges wirtschaftliches, vor allem aber menschliches Beispiel an die Seite stellen.«¹⁹⁴ So wie die Türkei ein westliches Publikum imaginierte, vor dessen kritischen Augen sie ihre Modernisierungsbestrebungen aufführte, projizierte die junge Bundesrepublik widersprüchliche Anteile der eigenen Demokratisierung auf einen externen kritischen Blick. Die »Hypothek der Vergangenheit«, wie es der Schriftsteller Richard Kaufmann 1966 formulierte, war in den 1960er Jahren längst nicht vergessen; vielmehr sitze »[d]er Deutsche [...] im Glashaus«:¹⁹⁵

»Die Geschichte von einer jüdischen Minderheit im Deutschen Reich, die vertrieben oder ausgerottet wurde, ist noch längst nicht vergessen. Beginnen wir nun, mit den gleichen Stereotypen und mit der gleichen nationalen oder provinziellen Verblendung gegen die neue Minderheit der Gastarbeiter vorzugehen, dann wird dies aufmerksam beobachtet. Die Schlüsse auf die Echtheit unseres demokratischen Verhaltens fallen dann negativ aus, und das kann die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Nationen erheblich gefährden.«¹⁹⁶

An der ›Gastarbeiterfrage‹ handelte die westdeutsche Politik und Gesellschaft demnach in den 1960er Jahren vor einem imaginierten euro-

192 Ebd., S. 34.

193 Vgl. auch Schönwälder, Karen: Einwanderung und ethnische Pluralität, 2001, S. 165f.

194 Der Arbeits- und Sozialminister des Landes Nordrhein-Westfalen an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes: Betr.: Gemeinsame Sitzung der Landesarbeitsgemeinschaft für ausländische Arbeitnehmer und des Forums für Fragen ausländischer Arbeitnehmer am 16.6.1969, BAArch, B 119/3013, 14.8.1969.

195 Kaufmann, Richard: Der Gastarbeiter als gesellschaftliches Problem, in: Bildungswerk Europäische Politik (Hg.): Arbeitsplatz Europa, Köln 1966, S. 19-39, S. 29.

196 Ebd.

päischen Publikum performativ aus, wie sie mit ›den Anderen‹ der Gesellschaft umging. Daran bemaß sich der Grad an Demokratisierung.¹⁹⁷

Auch nach innen gab es während der Anwerbephase Versuche, das Verhalten und die Einstellung der westdeutschen Gesellschaft zur Arbeitsmigration zu regulieren und zu steuern. Die Zeitungen warben in den 1960er Jahren angesichts der wirtschaftlichen Notwendigkeit um Verständnis für die Präsenz ›ausländischer Arbeitnehmer‹. Die Broschüre »Warum brauchen wir Gastarbeiter?« von 1971 richtete sich mit dem Ziel an die westdeutsche Gesellschaft, Vorurteile gegenüber Arbeitsmigrant*innen abzubauen. Dazu ging der Autor zunächst auf die wirtschaftlichen Vorteile der Arbeitsmigration ein: Arbeitszeitverkürzung, Entlastung der Rentenversicherung durch die Beiträge der Arbeitsmigrant*innen sowie eine »stürmische Wirtschaftsentwicklung mit ihren erheblichen Produktionssteigerungen«.¹⁹⁸ Zudem verrichteten ›Gastarbeiter‹ Arbeiten unter besonders schweren Arbeitsbedingungen und seien, solange »der Ausländer noch ledig oder lediggehend ist, [...] in Krisenzeiten mobiler«.¹⁹⁹ Die Arbeitsmigration habe aber auch für die Entsendeländer Vorteile. Neben den Devisen, die Arbeitsmigrant*innen nach Hause schickten, profitierten die Länder in den Augen des Autors auch davon, »daß der Gastarbeiter, wenn er wieder nach Hause kommt, einiges gelernt hat«.²⁰⁰ Vor allem jedoch betonte der Autor den Nutzen der Arbeitsmigration für den Aufbau eines vereinten Europas in Abgrenzung zu Diktaturen wie dem NS-Regime. So heiße europäisches Handeln, »daß wir auch weiterhin Gastarbeiter bei uns beschäftigen müssen, sofern dies durch die wirtschaftliche Lage der Gastarbeiterheimatländer notwendig ist«.²⁰¹ Diese für den zeitgenössischen Diskurs typische Argumentation bot den Deutschen die Gelegenheit, sich als »Entwicklungshelfer«²⁰² überlegen zu fühlen.

Die Arbeitsmigration gab der westdeutschen Gesellschaft demnach nach innen die Möglichkeit der Selbsterhöhung durch »ein Selbstbild der Deutschen als Erzieher und Entwicklungshelfer, die auch andere Länder darin unterstützen, die Voraussetzungen einer schnellen wirtschaftlichen

197 Vgl. Schönwälder, Karen: *West German Society and Foreigners in the 1960s* 2006, S. 121; Chin, Rita; Fehrenbach, Heide: *German Democracy and the Question of Difference, 1945-1990*, in: dies. (Hg.): *After the Nazi Racial State. Difference and Democracy in Germany and Europe*, Ann Arbor 2009, S. 102-136.

198 Vgl. Rosenstiel, Lutz von: *Warum brauchen wir Gastarbeiter?*, 1971, S. 14 f.

199 Ebd.

200 Ebd., S. 17.

201 Ebd., S. 20.

202 Schönwälder, Karen: *Einwanderung und ethnische Pluralität*, 2001, S. 166.

Entwicklung herzustellen.«²⁰³ Wie Karen Schönwälder hervorhebt, beschränkte sich das Überlegenheitsgefühl, das der bundesdeutschen Gesellschaft durch die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften angeboten wurde, nicht nur auf wirtschaftliche Entwicklung, sondern »schon zwanzig Jahre nach der Zerstörung des NS-Regimes wurde ihnen auch ein Selbstbild als politische Erzieher angeboten.«²⁰⁴ In einem Ratgeber, den die westfälische Baumwollspinnerei Eilermark 1973 auf Türkisch herausgab, heißt es beispielsweise in pädagogischem Duktus: »Du hast sicherlich gehört, dass es in Deutschland eine demokratische Staatsverwaltung gibt. Hier haben alle die gleichen Rechte, aber auch die gleichen Pflichten. In einem demokratischen Land kann jeder frei sagen, was er denkt. Du kannst das auch tun.«²⁰⁵ Diesem Selbstverständnis lag die Vorstellung zugrunde, Arbeitsmigrant*innen seien keine mündigen Bürger*innen, sondern müssten erst zu politischen Subjekten erzogen werden – denen indes nur eingeschränkte politische Rechte gewährt wurden.

Es habe aber auch eine Kehrseite, »daß diese Menschen durch die Schulung bei uns zu disziplinierten Arbeitern in ihrer Heimat und zu wertvollen Mitgliedern der Gesellschaft werden«, ²⁰⁶ lenkte etwa der Wirtschaftswissenschaftler Hanns-Joachim Rüstow 1966 auf einer Versammlung der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute ein: »Die Übertragung unserer zivilisatorischen Errungenschaften bedeutet nicht immer eine innere Bereicherung und Beglückung für Menschen, die zum Teil noch in einem paradiesischen Zustand ursprünglicher Naturverbundenheit und echter Gemeinschaft gelebt haben.«²⁰⁷ In diesen Formulierungen klingt die koloniale Diskursfigur der *mission civilisatrice* an, derzufolge Menschen auf unterschiedlichen Stufen des Zivilisationsprozesses stehen und durch Erziehung mühsam auf die Stufe der Europäer*innen emporgehoben werden müssen.²⁰⁸ Aufgrund der

203 Ebd.

204 Ebd., S. 168.

205 Eilermark AG Spinnerei u. Zwirneri: Eilermark'a Hoş Geldiniz. Türk İşçi Arkadaşlarımız İçin Kılavuz, İstanbul 1973, S. 6.

206 Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (Hg.): Probleme der ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik. Bericht über den wissenschaftlichen Teil der 29. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. in Bad Godesberg am 24. und 25. Juni 1966, Berlin 1966, S. 158.

207 Ebd.; vgl. hierzu auch Schönwälder, Karen: Einwanderung und ethnische Pluralität, 2001, S. 166.

208 Vgl. Osterhammel, Jürgen: »The Great Work of Uplifting Mankind«. Zivilisierungsmission und Moderne, in: Barth, Boris; Osterhammel, Jürgen (Hg.): Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert, Konstanz 2005, S. 363-425.

ihnen unterstellten Naivität und politischen Beeinflussbarkeit bedurften Arbeitsmigrant*innen in den Augen der migrationspolitischen Akteure der sozialen, publizistischen sowie politischen Betreuung. Diese Kontroll- und Regulierungsversuche hatten zur Folge, dass das Privat- und Intimleben der Migrant*innen zum Politikum wurde.

Besonders Geschlechterbeziehungen zwischen Arbeitsmigranten und westdeutschen Frauen wurden im öffentlichen Diskurs zum Feld, auf dem Westdeutschland die Identität der eigenen Gesellschaft aushandelte. Mit ähnlich erzieherischem Impetus wie die Handbücher der IIBK versuchten auch die Ratgeber der BAVAV und westdeutscher Unternehmen, die Praktiken der Arbeitsmigranten bis ins Detail zu reglementieren. So warnte etwa der Ratgeber der BAVAV von 1965 angesichts der in Westdeutschland geltenden sozialen Normen und Codes, die sich von jenen in der Türkei unterschieden, Migranten davor, das Verhalten von Arbeitskolleg*innen, Vorgesetzten und Frauen nicht misszuverstehen.²⁰⁹ Diesen Warnungen und Instruktionen liegt eine Kulturalisierung vermeintlicher Unterschiede zugrunde, die Arbeitsmigranten das Stereotyp des sexuellen Triebtäters und Aggressoren zuschrieb.

In den zeitgenössischen Diagnosen tritt zutage, wie durch die Konstruktion des ›Anderen‹ und die Abgrenzung in ein ›Wir‹ und ›Sie‹ aufbrechende Geschlechterverhältnisse und gesellschaftliche Selbstentwürfe neu verhandelt wurden.²¹⁰ Die Aussagen über die ›Gastarbeiter‹ weisen zurück auf das Selbstbild der westdeutschen Gesellschaft. So führte Richard Kaufmann 1966 das in Zeitungsberichten kolportierte sexuell übergriffige Verhalten von Arbeitsmigranten darauf zurück, dass Illustrierte und Boulevardzeitungen ihnen falsche Vorstellungen über das Sexualleben in Deutschland vermittelten: »Wer seine Informationen aus illustrierten Blättern bezieht, kann leicht zu der Auffassung kommen, die Bundesrepublik sei eine Art Sodom und Gomorrha, in dem alles erlaubt ist.«²¹¹ Zuhause, so Kaufmann weiter, kenne der Arbeitsmigrant die Regeln und Tabus des Intimlebens; in der Bundesrepublik werde er durch das Vorgaukeln unzutreffender Tatsachen verführt, »an dieser dolce vita teilzunehmen«.²¹² Diese Äußerungen reflektieren die Umbrüche in den Geschlechterbeziehungen, die sich in den 1960er Jahren durch die zunehmende Verfügbarkeit der Antibabypille und die Liberalisierung

209 Vgl. Federal Almanya'da Çalışan Türk İşçileri için Kılavuz, 1965, S. 35.

210 Vgl. Woesthoff, Julia: Ambiguities of Anti-Racism. Representations of Foreign Laborers and the West-German Media, 1955-1990, Dissertation, Michigan 2004, S. 118f.

211 Kaufmann, Richard: Der Gastarbeiter als gesellschaftliches Problem 1966, S. 34.

212 Ebd.

und Politisierung von Sexualität vollzogen.²¹³ Ängste vor einer imaginierten Hypersexualität männlicher Arbeitsmigranten könnten nicht zuletzt zurückweisen auf den Wandel von Männlichkeitsbildern in der Bundesrepublik: So wurden gerade jene traditionell maskulin konnotierten Arbeitsplätze, die große Körperkraft erforderten, in den 1960er Jahren durch Arbeitsmigranten übernommen, wie die Historikerin Ute Frevert anmerkt.²¹⁴

Auch Lutz von Rosenstiel bediente in seiner Broschüre »Warum brauchen wir Gastarbeiter?« Stereotype des »südländischen Gastarbeiters«, der »sich viel direkter und unmittelbarer gegenüber anderen Menschen verhält, er zeigt seine Gefühle. Er lacht viel, schimpft laut und schämt sich auch nicht, einmal zu weinen.«²¹⁵ Während Migranten zu Hause die »einzuhaltenden Spielregeln«²¹⁶ sehr genau kannten, so die Broschüre, seien ihnen die Verhaltensnormen zwischen den Geschlechtern in Westdeutschland unbekannt: »Ihn verwirren die pausenlosen Berichte über ›Gruppensex‹, vielleicht hört er auch einiges über ›Kommunen‹, er wundert sich über bestimmte Illustriertenbilder und denkt schließlich: Deutschland – das große dolce vita, kann ich da nicht mitmachen? Wird er bei seinen ersten Annäherungsversuchen enttäuscht, so schreibt er es u. U. einer vermeintlichen ›Rassendiskriminierung‹ zu und zieht sich zurück.«²¹⁷ Diese fast gleichlautenden Passagen und Argumentationen infantilisieren männliche Arbeitsmigranten und rechtfertigen die paternalistische Erzieherrolle der Deutschen, die sich durch die soziale Betreuung der Migrant*innen zudem ihrer eigenen Überlegenheit versichern konnten. Zugleich können sie als Versuch gelesen werden, brüchig gewordene Männlichkeitsentwürfe über die Regulierung von transnationalen Geschlechterbeziehungen auszuhandeln und Hinweise auf Diskriminierung zu delegitimieren.

213 Vgl. Herzog, Dagmar: Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, Gießen 2021, S. 182; Eder, Franz: Die lange Geschichte der ›Sexuellen Revolution‹ in Westdeutschland (1950er bis 1980er Jahre), in: Bänziger, Peter-Paul u. a. (Hg.): Sexuelle Revolution? Zur Geschichte der Sexualität im deutschsprachigen Raum seit den 1960er Jahren, Bielefeld 2015, S. 25–59, S. 36 f.

214 Vgl. Frevert, Ute: Umbruch der Geschlechterverhältnisse? Die 60er Jahre als geschlechterpolitischer Spielraum, in: Schildt, Axel u. a. (Hg.): Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2003, S. 642–660, S. 656.

215 Rosenstiel, Lutz von: Warum brauchen wir Gastarbeiter?, 1971, S. 24.

216 Ebd., S. 26.

217 Ebd., S. 25.

Arbeitsmigrant*innen aus der Türkei in Westdeutschland standen demnach im Zentrum miteinander verwobener gesellschaftlicher Ängste und Projektionen. Beide Länder handelten an ihnen Selbstentwürfe in Zeiten des sozialen und politischen Umbruchs aus, indem sie versuchten, die Praktiken der Migrant*innen zu regulieren und zu kontrollieren. Sowohl für die Türkei als auch für die Bundesrepublik standen bei diesen Neuverhandlungen der kollektiven Identität die Angst vor transnationalen Geschlechterbeziehungen sowie die Angst vor »kommunistischer Infiltration« im Fokus. Während in der Türkei ein modernisierungstheoretischer Impetus die Reglementierung der Praktiken von Migrant*innen legitimierte, bot deren Betreuung und Bevormundung in Westdeutschland die Gelegenheit, sich nach innen und außen der eigenen Demokratisierung zu vergewissern.

2 Soziale und politische Betreuungsräume

2.1 Das Frauenwohnheim als »Palast der Alleinstehenden«

Die Arbeitsmigration junger Frauen wurde von der türkischen Öffentlichkeit mit Misstrauen und Sorge beobachtet. Frauen, die allein aus der Türkei nach Westdeutschland auswanderten, um dort zu arbeiten, waren mit gesellschaftlichen Ängsten sowie Ehr- und Moralvorstellungen konfrontiert. Die sozialen Normen und Kontrollmechanismen, die in der Türkei die Geschlechterbeziehungen im öffentlichen Raum strukturierten, waren im Ausland aufgebrochen. Dies erweiterte zum einen die Handlungsspielräume von Migrantinnen. Andererseits blieben sie in Westdeutschland der sozialen Kontrolle der türkischen Presse und türkeistämmiger Arbeitsmigranten ausgesetzt¹ – und standen darüber hinaus unter der Beobachtung der westdeutschen Behörden und Gesellschaft. Das Frauenwohnheim wurde zum Aushandlungsort von Geschlechterbeziehungen, sozialer Kontrolle und der Freizeit junger Arbeitsmigrantinnen.

Während Männer häufig in Baracken oder anderen dürftigen Unterkünften untergebracht wurden, war die gute Unterbringung und Betreuung von Arbeitsmigrantinnen ein neuralgischer Punkt, für den die staatlichen Stellen Sorge trugen.² In West-Berlin baute Siemens Wohnheime, die als sehr komfortabel galten. Bei dem Darlehen der BAVAV zur Förderung des Wohnheimbaus,³ das Siemens erhielt, spielten vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs auch politische Erwägungen eine Rolle, wie Mattes herausstellt: Da Migrant*innen frei zwischen Ost- und West-Berlin pendeln konnten, »sollten durch eine komfortable Unterbringung die kommunistischen Sympathien in Grenzen gehalten und der DDR keine Gründe für antikapitalistische Propaganda geliefert werden.«⁴ Das Frauenwohnheim am Wernerwerkdamm bot etwa einen »Aufenthaltsraum, farbig hübsch eingerichtet, mit modernen Bildern an den Wän-

1 Vgl. Nocera, Lea: »Manikürlü Eller Almanya'da Elektrik Bobini Saracak«, 2018, S. 68.

2 Zum Wohnheim als Raum vergeschlechtlichter kollektiver Erfahrung vgl. auch Kahn, Michelle Lynn: *Foreign at Home*, 2018, S. 66-72; Zölls, Philip: *Regieren der Migration. Von Einwanderungsprozessen und staatlichen Regulierungspolitiken*, München 2019, S. 107-113.

3 Zu den Darlehensrichtlinien s. BAVAV: Grundsätze für die Gewährung von Mitteln der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung zur Erstellung von Unterkünften für ausländische Arbeitnehmer, Technikmuseum, AEG, GS Nr. 0786, 28.10.1960.

4 Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 178.

den, [...] Gelegenheit zu geselligem Beisammensein, zum Radiohören oder zum Fernsehen. In einem anderen Raum können die zahlreichen Nähmaschinen benutzt werden, wovon die Türkinnen fleißig Gebrauch machen.«⁵ Auch das Frauenwohnheim von Telefunken in West-Berlin wurde in der antikommunistischen ›Gastarbeiterzeitung‹ *Anadolu* 1964 als eine moderne Unterkunft geschildert, die »jederlei soziales Bedürfnis eines zivilisierten Menschen erfüllt«.⁶ In den 18 Zimmern wohnten je zwei bis drei Frauen, die sich zwei große Küchen und mehrere Wohnzimmer teilten. »In den modern eingerichteten Wohnzimmern wurden Fernseher, Radios, Plattenspieler, eine Bücherei und sogar türkische Platten auf Wunsch der Firma besorgt«,⁷ heißt es weiter. Außerdem stehe den Frauen eine Werkstatt für Näh- und Handarbeiten zur Verfügung. Ayten Firat, die 1969 mit einem Arbeitsvertrag bei Telefunken nach West-Berlin kam, erinnert sich an das Frauenwohnheim als »so schön, es gab alles«, selbst Sporträume. »Aber wir hatten keine Zeit. Du arbeitest acht Stunden, kommst heim, machst Essen und isst zu Abend, dann fällst du vor Müdigkeit um und schläfst. Ich habe nicht einmal ein Buch lesen können.«⁸

Da die Wohnheime betriebseigen waren, verschwammen in ihnen die Konturen zwischen Arbeit und Privatleben und der Zugriff der Unternehmen auf die Freizeit der Arbeitsmigrantinnen wurde erweitert. Die Unterkünfte waren nach Geschlecht getrennt und hatten Hausordnungen mit strengen disziplinarischen Auflagen;⁹ Männerbesuch war nicht erlaubt.¹⁰ Türkan Alp, die 1970 mit einem Arbeitsvertrag bei Siemens nach West-Berlin kam, vergleicht das Frauenwohnheim mit einem Internat. »Männer durften das Wohnheim nicht betreten. Das war sehr eigenartig, die Heimaufsicht hat sich aufgeführt wie Internatsdirektoren, sie haben sich in alles eingemischt«, sagt sie im Zeitzeuginnengespräch.¹¹ Aufgrund der mangelnden Privatsphäre und der Kontrolle im Frauenwohnheim verschoben sich die konstruierten Grenzen zwischen priva-

5 Wie leben Gastarbeiter in Berlin?, in: Berliner Bär, 4/5/1969, S. 8.

6 Berlin'de Türk kadın işçileri, in: Anadolu 12/1964.

7 Ebd.

8 Zeitzeuginnengespräch mit Ayten Firat, Berlin, Pankow, 10.11.2022.

9 Vgl. etwa die Hausordnung von Telefunken: Telefunken: Betr.: Anmietung des Hauses Bockgasse, Ulm (früher Gasthaus »Goldener Bock«), als Unterkunft für ausländische Gastarbeiter, Technikmuseum, AEG, GS Nr. 0786, 7.9.1965. Vgl. auch Eryilmaz, Aytaç: Die Ehre der Türkei, 1998, S. 136.

10 Vgl. etwa Hunn, Karin: »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«, 2005, S. 141 f.

11 Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

tem und öffentlichem Raum, »making home life a public, observed, and regulated affair«.¹²

Diese Regulierungsversuche blieben jedoch nicht unwidersprochen, wie ein aktenkundig gewordener Konflikt um ein Frauenwohnheim von Telefunken in Ulm zeigt. Dort beschwerte sich im Juni 1964 ein Ehepaar bei der Heimleiterin des angrenzenden Wohnheims über »Gitarre spielende Herren, auf Ihrer Mauer sitzend, an Sonntagen« und am »Straßenrand sitzende Türken mit laufendem Tonband (auch sonntags), die vielen bei Ihnen parkenden Autos mit Autoradio stundenlang spielend in einer Lautstärke ----«.¹³ Die Heimleiterin hatte in ihrer ehemaligen Pension im Jahr zuvor 20 Arbeitsmigrantinnen untergebracht, die bei Telefunken beschäftigt waren.¹⁴ Der Nachbarschaftskonflikt, der ursprünglich an über den Zaun hängenden Zweigen entbrannt war, verlagerte sich schnell auf das Verhalten der Bewohnerinnen, »die ja leider ohne Kinderstube aus ihrer Heimat gekommen sind«.¹⁵ Nachts und am Wochenende, heißt es weiter im Brief, »fahren laufend Autos vor, Türen schlagen, [wird] gelärmt, und dann mit lauten Hupsignalen abgefahren, und das sehr oft bis zwei Uhr Nachts [sic].« Das Ehepaar, das betonte, »nichts gegen Ihre Bewohner als Ausländer« zu haben, »sondern nur gegen deren Benehmen«, drohte, das Ordnungsamt zu rufen, wenn die Heimleiterin nicht für Ordnung Sorge.¹⁶ Dass nicht der Lärm das Ehepaar primär zu stören schien, sondern die Anbanelungsversuche von Arbeitsmigranten, legt der folgende Satz nahe: »Wir müssen schon sagen, was Sie uns da hergezogen haben, man hat Angst noch das Haus zu verlassen.«¹⁷ In diesen Zeilen widersprach das Ehepaar nicht nur der eigenen Beteuerung, nicht rassistisch zu sein, sondern brachte seine Ablehnung auch in Verbindung mit den Geschlechterbeziehungen der Bewohnerinnen.

Auch in den türkischen Zeitungen der 1960er Jahre finden sich regelmäßig Berichte über Versuche, die Wohnheimregeln zu umgehen. Inwiefern diese Berichte den tatsächlichen Gegebenheiten entsprachen und inwiefern sie mehr über die Ängste und Projektionen der türkischen Gesellschaft aussagten, lässt sich nur in seltenen Fällen rekonstruieren.

12 Miller, Jennifer: *Turkish Guest Workers in Germany*, 2018, S. 97.

13 Ernst u. Maria G. an Magdalene N.: Betr. Ihr Schreiben; Durchschrift für Firma Telefunken, Technikmuseum, AEG, GS Nr. 0786, 21.6.1964.

14 Vgl. Telefunken: Betr.: Mietvertrag mit Frau Magdalene N., Ulm-Donautal, Technikmuseum, AEG, GS Nr. 0786, 23.7.1963; Telefunken: Aktenvermerk, Betr.: Gastarbeiter-Unterkünfte, Technikmuseum, AEG, GS Nr. 4637, 3.7.1963.

15 Ernst u. Maria G. an Magdalene N.: Betr. Ihr Schreiben; Durchschrift für Firma Telefunken, Technikmuseum, AEG, GS Nr. 0786, 21.6.1964.

16 Ebd.

17 Ebd.

So wandte sich der Betrieb Main-Dress in Offenbach im November 1962 an das Auswärtige Amt, nachdem die Betriebsleitung durch die dort arbeitenden Migrantinnen auf einen Artikel über das betriebseigene Frauenwohnheim in einer türkischen Zeitung aufmerksam gemacht worden war. Der Bericht zitierte einen Brief türkeistämmiger Arbeitsmigrantinnen, die in dem Frauenwohnheim des Betriebs untergebracht waren und sich über die Übergriffe von Männern beschwerten: »Wenn dann die Nacht gekommen ist, beginnt in der Unterkunft ein Leben der Angst. Sich gegen das Tor stemmende italienische, griechische und deutsche Arbeiter brüllen: »Wir wollen eine türkische Frau!« und werfen bisweilen die Fenster ein.«¹⁸ Diese Vorfälle, so der Betrieb, seien »frei erfunden und entsprechen in keiner Weise den Tatsachen«.¹⁹ In unmittelbarer Nähe zu dem Frauenwohnheim, in dem rund 50 Arbeiterinnen aus der Türkei untergebracht seien, befände sich die Polizeibehörde, die das Gebäude tagsüber und nachts beobachte, weil darin ausschließlich Frauen wohnten. Zudem seien die Bewohnerinnen darauf aufmerksam gemacht worden, dass der Besuch von betriebsfremden Personen nicht gestattet sei. Main-Dress bat das Auswärtige Amt, bei der türkischen Zeitung ein Dementi zu veranlassen. »Einige unserer türkischen Gastarbeiterinnen sind verheiratet und die in der Türkei lebenden Ehemänner haben von dem Artikel Kenntnis bekommen und sind nun um das Wohlergehen Ihrer [sic] in Deutschland und besonders bei uns lebenden Frauen besorgt.«²⁰ Das Auswärtige Amt leitete den Brief an die deutsche Botschaft in Ankara weiter, die den Fall jedoch nicht weiter verfolgte, da nicht bekannt war, welche Zeitung den Artikel veröffentlicht hatte.²¹

Türkische Zeitungen berichteten in dieser frühen Phase der transnationalen Migration häufig über zerrüttete Ehen, Affären und Eifersuchtsdelikte der Arbeitsmigrant*innen und trugen mit ihrer Berichterstattung zur Skandalisierung der Geschlechterbeziehungen bei.²² Zwar wurde auch über die außerehelichen Affären der männlichen Arbeitsmigranten ausgiebig berichtet, doch im Fokus des öffentlichen Interesses standen die Praktiken weiblicher unbegleiteter Arbeitsmigrantinnen. Deren Sexualität wurde als Moralproblem betrachtet. Während die Beziehungen

18 Main-Dress an das Auswärtige Amt: Betr.: Türkischer Zeitungsartikel über Frauenwohnheim, PAAA, B85 Ref. 505/643, 23.II.1962.

19 Ebd.

20 Ebd.

21 Vgl. Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Ankara an das Auswärtige Amt: Betr.: Türkischer Zeitungsartikel, PAAA, B 85 Ref. 505/643, 4.2.1963.

22 Vgl. Nocera, Lea: »Manikürlü Eller Almanya'da Elektrik Bobini Saracak«, 2018, S. 70.

der Migrantinnen zu Männern – insbesondere deutschen und amerikanischen – als unmoralisch galten und von »selbst ernannten türkischen Sittenwächtern«²³ im Namen der nationalen Ehre kontrolliert und gemäßregelt wurden, hatten die Affären der türkeistämmigen Männer keine vergleichbaren Konsequenzen.²⁴ Unter der Schlagzeile »Hunderte unserer Arbeiter sind in Deutschland durch außereheliche Liebe entweder krank oder Vater geworden« berichtete etwa die konservative Tageszeitung *Tercüman* 1964 über rund 100 Vaterschaftsklagen, die beim Konsulat in den vergangenen vier Jahren eingegangen seien.²⁵ Die Zeitung bezog sich dabei auf eine Studie der türkischen Soziologin Nermin Abadan über Arbeitsmigrant*innen in Westdeutschland.²⁶ Als Hauptgrund für die außerehelichen Affären der Arbeitsmigranten gab die Studie der türkischen Planungsbehörde laut *Tercüman* an, dass die westdeutsche Regierung die Familienzusammenführung nicht erlaube und die Arbeiter deshalb kein geregeltes Familienleben hätten. Zudem seien sie gezwungen, zu verheimlichen, dass sie verheiratet sind, da ledige Arbeiter bevorzugt würden. Türkische Arbeiterinnen in Deutschland bevorzugten wiederum deutsche und amerikanische Männer.²⁷ Anders als bei den Frauen wurden die Affären der Männer demnach auf Sachzwänge wie die Trennung von der Familie zurückgeführt.

Vor allem die Beziehungen türkeistämmiger Migrantinnen zu deutschen und amerikanischen Männern stießen auf öffentliches Interesse. Die kemalistische Tageszeitung *Cumhuriyet* berichtete in der Serie *Batıya Göç* (»Migration in den Westen«) zum Jahreswechsel 1965 über die Geschlechterbeziehungen der türkeistämmigen Frauen in Westdeutschland:²⁸ »In München kursierte zum Beispiel folgendes Gerücht ... Jede Freitagnacht fahren 100 bis 150 türkische junge Frauen mit einem Sonderbus nach Würzburg zu den Amerikanern ... Es ist jedoch

23 Hunn, Karin: »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«, 2005, S. 145.

24 In der westdeutschen Öffentlichkeit, in der die Beziehungen zwischen den Geschlechtern in den 1960er Jahren ebenfalls besonders stark diskutiert wurden, richteten sich gesellschaftliche Ängste wiederum auf männliche Arbeitsmigranten als »impulsive Südländer« und »aktive Geschlechtswesen«, wie Karen Schönwälder zeigt. Vgl. Schönwälder, Karen: Einwanderung und ethnische Pluralität, 2001, S. 188–190.

25 Vgl. *Almanya'da 'Gayrımeşrû aşk' ile yüzlerce işçimiz ya hasta, ya baba oldular*, in: *Tercüman*, 3.12.1964.

26 Abadan, Nermin: *Batı Almanya'daki Türk işçileri ve sorunları*, 1964.

27 Vgl. *Almanya'da 'Gayrımeşrû aşk' ile yüzlerce işçimiz ya hasta, ya baba oldular*.

28 Vgl. hierzu auch Hunn, Karin: »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«, 2005, S. 145; Nocera, Lea: »Manikürlü Eller Almanya'da Elektrik Bobini Saracak«, 2018, S. 70–72.

nicht so, dass es nicht auch wirkliche Ereignisse gab, die diese Gerüchte befeuerten!²⁹ In der Reportagereihe kamen wiederholt türkeistämmige Arbeitsmigranten zu Wort, die sich über das unmoralische Verhalten ihrer Mitbürgerinnen empörten. Grund für die Empörung war oft weniger, dass die Frauen sich amüsierten, als dass sie türkeistämmige Männer auf der Tanzfläche abwiesen und stattdessen mit italienischen und amerikanischen Männern tanzten. Das ausschweifende Freizeitverhalten der Arbeitsmigrantinnen wurde in bildhaften Szenen beschrieben. So war in einer Reportage über »Türkische Frauen und manche traurigen Ereignisse« etwa die Rede von einem lesbischen Paar, das auf der Tanzfläche einer Spelunke alle Blicke auf sich zog und schließlich von der Kellnerin getrennt wurde. Über zwei türkeistämmige Frauen, die mit zwei Amerikanern an einem Ecktisch saßen, heißt es: »Sie waren in dieser Ecke privat geworden. Es war unklar, ob sie sitzen oder liegen ... und es wurde deutlich, dass die Unseren sich in Deutschland mindestens so eingerichtet hatten wie die deutschen Frauen!³⁰ Aus diesen Zeilen klingen Ängste vor einer »übermäßigen Verwestlichung« der Arbeitsmigrantinnen heraus. Die *Hürriyet* veröffentlichte im Mai 1965 auf der Titelseite einen Bericht über elf Arbeitsmigrantinnen, die »aufgrund ihrer unmoralischen Umtriebe«³¹ aus der Bundesrepublik ausgewiesen wurden:

»Fünf der ausgewiesenen türkischen Mädchen werden beschuldigt, vergangene Woche mit acht amerikanischen Soldaten im Wald splitternackt an einer Orgie teilgenommen zu haben. Bei dieser Waldorgie soll es zwischen den jungen Frauen, die die Wünsche der Amerikaner nach einem »Gruppenvergnügen« nicht akzeptierten, und den Männern zu einer Auseinandersetzung gekommen sein und die Soldaten sollen die Kleider der Frauen genommen haben und mit dem Auto geflohen sein.«³²

Grundlage für die Ausweisung war mutmaßlich, dass die Frauen »die öffentliche Gesundheit und Sittlichkeit gefährdet« hatten, was das Ausländergesetz von 1965 als Ausweisungsgrund festlegte.³³ Welche Konsequenzen der Vorfall für die Soldaten hatte, lässt sich aus der Berichterstattung nicht rekonstruieren; der Artikel zeigt jedoch, dass die zwischengeschlechtlichen Beziehungen nicht immer auf Freiwilligkeit beruhten. Dennoch hatten die Frauen die Konsequenzen zu tragen: Ih-

29 Manisa nire, Almanya nire, in: *Cumhuriyet*, 30.12.1965.

30 Türk kadınları ve bazı üzücü olaylar, in: *Cumhuriyet*, 29.12.1965.

31 Münih polisi, onbir Türk kızını hudut harici etti, in: *Hürriyet*, 4.5.1965.

32 Ebd.

33 Vgl. Ausländergesetz, in: *Bundesgesetzblatt* 19, 8.5.1965, S. 353-362, S. 355.

nen wurde ihre Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis entzogen und sie wurden in die Türkei zurückgeschickt. »Am traurigsten über diese hässlichen Zwischenfälle sind die türkischen Mädchen, die mit ihrer Ehre und Sitte arbeiten«, folgerte die *Hürriyet*. »Wenn solche beschämenden Vorfälle in der Türkei bekannt werden, schicken Familien ihren in Deutschland arbeitenden Töchtern Telegramme, in denen steht: ›Komm schnell nach Hause.«³⁴ Wiederholt sahen sich westdeutsche Unternehmen und der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Josef Stigl, gezwungen, auf Pressekonferenzen bei Türkeireisen Gerüchte über den unmoralischen Lebenswandel türkeistämmiger Arbeitsmigrantinnen zu dementieren.³⁵ In der konservativen Zeitung *Anadolu* bedankten sich Arbeiterinnen aus der Türkei im April 1964 in einem Leserbrief bei dem damaligen Arbeitsminister Bülent Ecevit dafür, dass er bekräftigt hatte, die Migrantinnen arbeiteten mit Anstand.³⁶

Die Grenzen zwischen Prostitution und außerehelicher Sexualität verschwammen nicht nur in der Berichterstattung, sondern auch im Sprechen über Migration, wie das weit verbreitete Vorurteil über Arbeiterinnen belegt, die sich in Westdeutschland prostituierten.³⁷ An der Verbreitung dieses Gerüchts waren auch die türkischen Zeitungen beteiligt. So berichtete etwa die *Cumhuriyet* in der *Batıya Göç*-Serie, wie sich drei betrunkene Frauen in München prostituiert hatten und dabei von ihren Freiern geprellt worden waren. Eine der Frauen stellte sich laut Artikel als die Zuhälterin der beiden jüngeren Frauen heraus.³⁸ Die *Hürriyet* machte im April 1966 auf der Titelseite mit der Schlagzeile »Atom Şaziye« verkauft unsere Mädchen für 50 Mark« auf.³⁹ Dem Bericht zufolge beschwerte sich bei einer Versammlung des türkischen Arbeitsministers Ali Naili Erdem mit einem türkischen Arbeiterverein in München eine Frau über die unmoralischen Umtriebe der Arbeitsmigrantinnen: »Herr Minister, Sie wissen nicht, was für schamlose Ereignisse in München vorkommen. Die hier tätigen Kupplerinnen ver-

34 Münih polisi, onbir Türk kızını hudut harici etti.

35 Vgl. etwa »Almanya'daki Türk kızları hakkındaki sözlere inanmayın«, in: Tercüman, 13.6.1964; »Türk kızları namuslu, onlarla iftihar ediniz«, in: Tercüman, 4.5.1966.

36 Kadın işçilerimiz Çalışma Bakanına teşekkür ettiler, in: Anadolu, 4/1964.

37 Vgl. auch Nocera, Lea: »Manikürlü Eller Almanya'da Elektrik Bobini Saracak«, 2018, S. 71.

38 Türk kadınları ve bazı üzücü olaylar.

39 »Atom Şaziye« kızlarımızı 50 mark'a satıyor, in: Hürriyet, 28.4.1966. Vgl. auch die Übersetzung des Artikels in den Akten der BAVAV: »Atom Şaziye« verkauft unsere Mädchen für 50.- DM, BArch, B119/3073, 28.4.1966. Atom Şaziye ist ein Spitzname.

kaufen Frauen. »Atom Saziye« – da ich auch aus Eskisehir komme, kenne ich ihren Ruf – verkauft unsere Mädchen für 50.- DM pro Tag an die Fremden. Wer händigt diesen Nutten die Ausreisepässe aus und schickt sie zusammen mit ehrenhaften türkischen Frauen?«⁴⁰ Ein anderer Arbeitsmigrant behauptete auf der Versammlung, die »Frauen, die auf der Abanoz Sokak gearbeitet haben, kommen als Arbeiterinnen hierher und verführen unsere ehrenhaften türkischen Mädchen.«⁴¹ Die Abanoz Sokak im Istanbuler Stadtviertel Beyoğlu war der älteste Rotlichtbezirk der Stadt und die Straße, in der sich trans Frauen und homosexuelle Männer in den später 1960er Jahren zum ersten Mal versammelten.⁴² Der in diesen Schilderungen zentrale Topos der Verführung naiver junger Frauen in der Großstadt erinnert an *White Slavery*-Narrative.⁴³ Ängste vor einer korruptierten Sexualmoral verwiesen dabei auf breitere gesellschaftliche Ängste wie die wachsende Autonomie der migrierten Frauen.⁴⁴ Zugleich brachte die Rede von der Verführung eine Unterscheidung zwischen verführten und verführenden, gefährdeten und gefährlichen Frauen hervor und rechtfertigte die Kontrolle der Frauen.⁴⁵ In der Diskussion über Prostitution wurden so die Grenzen zwischen legitimer und illegitimer Sexualität von Frauen abgesteckt und deren Teilhabe am öffentlichen Raum ausgehandelt.⁴⁶

Im Kontext des Kalten Kriegs war die Trope der Prostituierten darüber hinaus zentraler Bestandteil antikomunistischer Propaganda in

40 Ebd.

41 »Atom Şaziye« kızlarımızı 50 mark'a satıyor.

42 Vgl. Zengin, Aslı: *Sex Under Intimate Siege. Transgender Lives, Law and State Violence in Contemporary Turkey*, Dissertation, Toronto 2014, S. 88.

43 Vgl. etwa Donovan, Brian: *White Slave Crusades*, 2006, S. 18; Barclay, Katie: *Mapping the Spaces of Seduction. Morality, Gender and the City in Early Nineteenth-Century Britain*, in: Simonton, Deborah (Hg.): *The Routledge History Handbook of Gender and the Urban Experience*, Abingdon, Oxon 2017, S. 103–115, S. 105.

44 Prostituierte sind überregional und über Jahrhunderte hinweg konstitutiver Bestandteil des Diskurses über die Großstadt. Für Frauen, die sich ohne Begleitung im öffentlichen Raum bewegten, schien es wenig andere Bilder zu geben als das der Hure, merkt Franziska Roller an. Diese stehe als Verkörperung der Gefahr durch moralischen Verfall in direktem Zusammenhang mit der Aneignung des Stadtraums durch die Frauen. Vgl. Roller, Franziska: *Flaneurinnen, Straßenmädchen, Bürgerinnen* 2001, S. 262; Wilson, Elizabeth: *The Sphinx in the City. Urban Life, the Control of Disorder, and Women*, London 1991, S. 8.

45 Vgl. etwa Ryan, Mary: *Women in Public. Between Banners and Ballots, 1825–1880*, Baltimore, London 1990, S. 92; Kandiyoti, Deniz: *Gendering the Modern*, 1997, S. 126.

46 Vgl. etwa Sabelus, Esther: *Die weiße Sklavin*, 2009, S. 197; Roller, Franziska: *Flaneurinnen, Straßenmädchen, Bürgerinnen*, 2001, S. 257.

der Türkei, wie Aylin Özman und Aslı Yazıcı Yakın herausstellen.⁴⁷ Demnach beschworen antikommunistische türkische Akteure wie der Verein zur Bekämpfung des Kommunismus in der Türkei (Türkiye Komünizmle Mücadele Derneği) das Drohszenario herauf, Frauen würden im Kommunismus zu Prostituierten gemacht. Prostitution bezeichnete in diesem Kontext vor- oder außerehelichen Sex, der als stereotypes Verhalten kommunistischer Frauen dargestellt wurde.⁴⁸ Hier zeigt sich, wie anschlussfähig die zeitgenössischen antikommunistischen und vergeschlechtlichten Diskurse aneinander waren und wie sie sich in der Projektion auf türkeistämmige Arbeitsmigrantinnen ineinander verschränkten. Die Bundesrepublik erschien in diesem Zusammenhang als Topografie der kommunistischen Gefährdung für Migranten und als Topografie der sexuellen Gefährdung für Migrantinnen.⁴⁹ In der Trope der Prostitution manifestierte sich der Versuch, über die Kontrolle der sexuellen Handlungsmacht von Frauen durch die Arbeitsmigration fluide gewordene nationale und vergeschlechtlichte Grenzen neu zu ordnen.

Wie bereits aus den Zeitungsberichten deutlich wurde, erhoben türkeistämmige Männer den Vorwurf der Prostitution häufig dann, wenn sich Frauen ihrem Zugriff und ihrer Kontrolle entzogen. In einer Reportage der liberalen Tageszeitung *Milliyet* über das Siemens-Frauenwohnheim in München äußerte sich die Arbeiterin Nuran zu der Berichterstattung der türkischen Presse: »[E]in großer Teil der Artikel, die in den Zeitungen erscheinen, sind übertrieben. Die Journalisten bauschen die Dinge beim Schreiben auf.«⁵⁰ Dann zeigte sie dem Reporter die Männer, die vor dem Zaun des Frauenwohnheims warteten. »Schau«, sagte sie, »das sind unsere türkischen Freunde, sie warten darauf, dass die Mädchen he-

47 Vgl. Özman, Aylin; Yazıcı Yakın, Aslı: The symbolic construction of communism in Turkish anti-communist propaganda during the Cold War, 2012, S. 598 f.

48 Ebd. Ähnliche Stereotype zur Promiskuität sind in der Türkei und unter sunnitisches Migrant*innen in Deutschland auch über Alevit*innen verbreitet; vgl. Sökefeld, Martin: Einleitung. Aleviten in Deutschland – von *takiye* zur alevitischen Bewegung, in: ders. (Hg.): Aleviten in Deutschland. Identitätsprozesse einer Religionsgemeinschaft in der Diaspora, Bielefeld 2008, S. 7–36, S. 8, 14.

49 Die Verschränkung von antikommunistischen und sexualmoralischen Drohszenarien ist nicht spezifisch für die Türkei, sondern spiegelt ähnliche globale Entwicklungen während des Kalten Kriegs wider. Vgl. hierzu etwa Tyler May, Elaine: *Homeward Bound. American Families in the Cold War Era*, New York 2008; Manzano, Valeria: Sex, Gender and the Making of the ›Enemy Within‹ in Cold War Argentina, in: *Journal of Latin American Studies* 47/1, 2015, S. 1–29; Cowan, Benjamin: *Securing Sex. Morality and Repression in the Making of Cold War Brazil*, Chapel Hill 2016.

50 Alman kızları Türk erkeklerini hem seviyor, hem onlara kızıyor: ›Türklerin kalbi yok‹, in: *Milliyet*, 5.11.1964.

rauskommen.« Tatsächlich standen vor dem Wohnheim junge Männer, teils mit Auto, teils zu Fuß, die ihren Schnurrbart zwirbelten.«⁵¹ Wenn die Frauen nicht auf die Annäherungsversuche der Männer eingingen, so Nuran, würden sie von den Männern als Prostituierte beschimpft, die mit deutschen Männern ausgingen und keine Moral hätten. In Emine Sevgi Özdamars autofiktionalem Roman »Die Brücke vom Goldenen Horn«, in dem sie auch über das Frauenwohnheim von Siemens in West-Berlin schreibt, heißt es über die soziale Kontrolle, die türkeistämmige Männer über Arbeiterinnen aus der Türkei ausübten: »Obwohl die alleinstehenden Frauen schon länger als ein Jahr in diesem Wohnheim wohnten, fingen die Ehepaare sofort an, sich um die Ehre der Frauen im vierten, fünften und sechsten Stock zu kümmern. Manche der alleinstehenden Frauen hatten nach ihrer Meinung ihre türkische Ehre in Berlin wie ein Kleid ausgezogen, und besonders die Männer wollten ihnen dieses Kleid wieder anziehen.«⁵²

Aber auch Arbeiterinnen selbst grenzten sich von ihren Kolleginnen und Zimmernachbarinnen und deren Freizeitverhalten ab. Im Juli 1966 veröffentlichte die *Milliyet* unter dem Titel »Die türkischen jungen Frauen in Deutschland« den Beschwerdebrief einer Arbeiterin über die unmoralischen Umtriebe in ihrem Wohnheim. Bei den Servais-Werken in Witterschlick gebe es ein Wohnheim für Frauen und eines für Männer nebeneinander. »Ich schäme mich dafür, was nachts in unseren Unterkünften passiert. [...] Eine der Frauen ist Witwe, die anderen sind alle verheiratet und haben Kinder in der Türkei. Die Männer ebenso. Das eigentlich Beschämende daran ist nicht, dass die Schande öffentlich ist, sondern dass sie untereinander Frauen und Männer wechseln.«⁵³ Maviye Polat, die 1969 mit einem Arbeitsvertrag bei Telefunken nach West-Berlin kam, sagt im Zeitzeuginnengespräch: »In den Lokalen hat jede einen Mann gefunden. Ich schäme mich zu sagen, dass ich 1969 gekommen bin, weil sie dann denken, ich sei eine von ihnen.«⁵⁴ In Polats Erinnerung markiert 1969 ein Jahr, in dem aufgrund der besonders hohen Nachfrage an weiblichen Arbeitskräften viele Frauen allein nach Westdeutschland kamen – und sich dort vergnügten. Diese Erinnerung könnte auch mit der zeitgenössischen Wahrnehmung zusammenhängen: Bemerkenswerterweise war 1969 der Anteil der ledigen Arbeitsmigran-

51 Ebd.

52 Özdamar, Emine Sevgi: Die Brücke vom Goldenen Horn, Köln 2002, S. 113.

53 Almanyada Türk Kızları, in: Milliyet, 18.7.1966.

54 Zeitzeuginnengespräch mit Maviye Polat, Berlin, Wedding, 15.2.2023.

tinnen am höchsten, was zusätzliche Ängste ausgelöst haben könnte.⁵⁵ »Die Zahl unserer verheirateten und ledigen Arbeiterinnen, die ihren Mann und ihre Kinder in der Türkei vergessen, sobald sie aus dem Zug aussteigen, die die Familienehre missachten und sich vom Arbeiten sehr unterschiedliche Freuden erhoffen, ist recht groß«,⁵⁶ klagte 1969 ein Arbeitsmigrant, der in einem Leserbrief mehr Sorgfalt bei der Auswahl der Arbeitsmigrantinnen forderte.

Andere Arbeitsmigrantinnen grenzten sich ab, indem sie ihre eigenen Regeln schufen, wie die *Anadolu* 1974 über ein neu errichtetes Frauenwohnheim berichtete, das die westdeutschen Nachbar*innen den »Palast der Alleinstehenden« nannten. »Anfangs reagierten die Deutschen in der Umgebung überhaupt nicht erfreut darauf, dass dieses Gebäude an türkische Arbeiterinnen vermietet wurde. Nach einer Weile erweckten die überaus ehrliche und ruhige Lebensweise unserer Frauen und jungen Mädchen und die Tatsache, dass es zu keinem einzigen Zwischenfall kam, jedoch bei allen Anerkennung und Zufriedenheit.«⁵⁷ In dem Frauenwohnheim, so die *Anadolu*, hätten die Arbeiterinnen selbst am ersten Tag gemeinsam beschlossen, dass im Gebäude kein Männerbesuch gestattet sei, und dadurch die Sympathie der westdeutschen Bevölkerung gewonnen. Die Motive für diese Entscheidung lassen sich aus dem Artikel nicht rekonstruieren; sie lässt sich sowohl als Internalisierung der gesellschaftlichen Kontrolle, als Antizipation rassistischer Reaktionen in der Nachbarschaft und als autonomer Akt der Verweigerung lesen.

Artikel über transnationale Geschlechterbeziehungen türkeistämmiger Frauen blieben nicht ohne Folge. Laut der *Milliyet* bildeten türkeistämmige Männer in München 1965 eine Bande, die gewalttätige Angriffe auf Frauen aus der Türkei verübte, um sie zu kontrollieren. »Es wird berichtet, dass in München türkische Arbeiter und einige Studenten eine Bande namens »Tank« gegründet haben und türkische Frauen, die mit Ausländern unterwegs sind, verprügeln oder bedrohen.«⁵⁸ Das Akronym Tank stand für den Namen Türk Ahlâk, Namus Koruma Derneği (Türkischer Verein zum Schutz der Ehre und Moral). Einige der fünf bis zehn Mitglieder sollen gefasst und in die Türkei abgeschoben worden sein, doch der soziale Druck auf die Migrantinnen in der Bundesrepublik hielt an.⁵⁹ In der *Batıya Göç*-Serie erzählte etwa ein türkeistämmiger Barbesitzer aus

55 Vgl. Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit: Erfahrungsbericht 1969, BArch, B 119/3013, 22.12.1969, S. 21.

56 Bayan işçilerimiz dikkatli seçilmeli, in: *Hürriyet*, 14.3.1969.

57 Kadın işçilerimiz övülüyor, in: *Anadolu*, 14.-20.4.1974.

58 Münih'te Türkler, kadınları kontrol için çete kurdular, in: *Milliyet*, 6.7.1966.

59 Vgl. Eryılmaz, Aytaç: Die Ehre der Türkei, 1998, S. 136 f.

München stolz, wie er vier Frauen, die mit italienischen und amerikanischen Männern tanzten, jedoch türkeistämmige Männer abwiesen, zur Bestrafung unter Androhung von Schlägen zwang, eine Stunde lang barfuß im Schnee auf und ab zu laufen.⁶⁰ Einen ähnlichen, fiktionalisierten Fall, in dem sich ein türkeistämmiger Migrant zur Selbstjustiz berufen fühlte, schildert Emine Sevgi Özdamar in »Die Brücke vom Goldenen Horn«:

»Bald aber lernten einige Frauen türkische Männer von einer ganz anderen Seite kennen. Die Frauen kamen aus der Nachtschicht, die Männer standen in der Nacht an der Bushaltestelle und schlugen der schönsten Frau ins Gesicht. Es war dunkel, keine der Frauen sah die Männer richtig, sie hörten nur ihre Stimmen: »Nutten, was sucht ihr hier in der Nacht?« Danach ging der kommunistische Heimleiter jede Nacht zur Bushaltestelle und holte die Frauen, die aus der Nachtschicht kamen, dort ab.«⁶¹

Dass das Geflecht sozialer Normen und Praktiken, das Interaktionen zwischen den Geschlechtern im öffentlichen Raum in der Türkei strukturierte, in Westdeutschland neu geordnet wurde, bedeutete für Migrantinnen einerseits mehr Freiheiten, verstärkte aber andererseits auch die soziale Kontrolle durch Migranten und die Gesellschaft. Atiye Altül erinnert sich im Zeitzeugnengespräch, dass sie sich in West-Berlin mehr einschränkte als in der Türkei: »Wir wurden gewarnt, dass die türkischen Arbeiter einen unterdrücken. Während ich in der Türkei getragen habe, was ich wollte, hatte ich hier immer etwas halb Langärmeliges an. In der Türkei habe ich jemanden, der mich genervt hat, direkt geschlagen. Mir wurde gesagt: Mach das in Deutschland auf keinen Fall.«⁶² Denn, so die Warnungen anderer Migrantinnen: »Wenn du sie schlägst, schicken sie dich sofort zurück.«⁶³ Aus Angst davor habe sie sich zusammenge- rissen und geschwiegen, wenn sie auf der Straße von türkeistämmigen Männern angesprochen wurde, so Altül. Aus diesen Schilderungen wird deutlich, wie sich im transnationalen Raum Geschlecht und prekärer migrationsrechtlicher Status intersektional verschränkten: Hätte sich Altül in West-Berlin gegen einen männlichen Übergriff gewehrt, hätte sie nicht nur die Reaktion des Mannes zu befürchten gehabt, sondern im schlimmsten Fall auch den Verlust ihrer Aufenthaltsberechtigung.

60 Vgl. Dört işçi kıza çıplak ayakla karda yürüyüş yaptırıp cezalandıran genç, in: Cumhuriyet, 2.1.1966.

61 Özdamar, Emine Sevgi: Die Brücke vom Goldenen Horn, 2002, S. 41 f.

62 Zeitzeugnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 25.4.2017.

63 Zeitzeugnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

»Ein beispielhafter Widerstand«.
Ausgrenzung und Protest im Frauenwohnheim

Zugleich war das Frauenwohnheim auch ein Versammlungsraum, in dem Migrantinnen unterschiedlicher sozialer Herkunft und Glaubensrichtung Fragen der Marginalisierung verhandelten und frühe Formen politischer Organisation vor der Phase institutionalisierter migrantischer Selbstorganisation erprobten. So erzählt Ayten Firat von der Diskriminierung, die sie als Alevitin im Telefunken-Wohnheim durch ihre Mitbewohnerinnen erfahren hat. »Ich habe dort allen – denn wir sind in der Türkei eine Gemeinschaft, die sehr entwürdigt wird – gleich, als wir ins Wohnheim gekommen sind, gesagt: Freundinnen, ich bin Alevitin. Wir sind hier alle nicht als Tochter des Sultans gekommen, wir sind alle aus Armut gekommen. Ich will hier nichts Beleidigendes erleben.«⁶⁴ Dass Firat 1969 »noch mit dem Koffer in der Hand«⁶⁵ im Frauenwohnheim offen verkündete, dass sie Alevitin sei, ist insofern bemerkenswert, als Alevit*innen in der Türkei aus Angst vor Verfolgung *takiye* – das Verbergen der eigenen Zugehörigkeit – praktizierten. *Takiye* ist »eine defensive Strategie, die das Ziel hat, nicht aufzufallen und die verwendet wird, um in einer ablehnenden und potentiell feindlichen Umwelt, [...] möglicher Verfolgung zu entgehen.«⁶⁶

Im Frauenwohnheim wurde Firat von den sunnitischen Arbeitsmigrantinnen ausgegrenzt. Sie erzählt von folgendem Vorkommnis im Wohnheim: Eine Mitbewohnerin, die in der Kandilnacht etwas vortragen wollte, bekam von ihrem Vater, einem Hoca in der Türkei, die Anweisung, dass keine Alevitinnen unter den Zuhörerinnen sein sollten. Deshalb warteten die 120 Frauen vergeblich auf die Rezitatorin. Als Firat später davon erfuhr, konfrontierte sie ihre sunnitische Mitbewohnerin auf dem Weg zur Arbeit und sagte ihr: »Du bist eine 20-jährige Frau, du kannst selbst denken. [...] Ich hätte erwartet, dass deine religiöse Pflicht anständiger und toleranter ist.«⁶⁷ Obwohl sich ihr Verhältnis nach dieser Konfrontation verbesserte, hielten beleidigende Bemerkungen Firat zufolge an. Später erzählten mehrere ihrer Mitbewohnerinnen, dass auch sie Alevitinnen seien, sich aber nicht getraut hätten, sich zu offenbaren. »In der Türkei konnten wir aus Angst nicht sagen, dass wir Alevitinnen sind. Weil wir es dort nicht sagen konnten, haben wir es bis hierher

64 Zeitzeuginnengespräch mit Ayten Firat, Berlin, Pankow, 10.11.2022.

65 Ebd.

66 Sökefeld, Martin: Einleitung, 2008, S. 9.

67 Zeitzeuginnengespräch mit Ayten Firat, Berlin, Pankow, 10.11.2022.

getragen.«⁶⁸ Trotz der Marginalisierung im Frauenwohnheim bedeutete die Migration nach West-Berlin für Ayten Fırat auch, dass sie als Alevitin weniger Unterdrückung ausgesetzt war, und die Freiheit, sich offen zu ihrer Zugehörigkeit bekennen zu können.

Dass das Frauenwohnheim auch ein Ort war, an dem Arbeitsmigrantinnen die Wirksamkeit kollektiver Kämpfe erfuhren, zeigt ein Protest in einem Siemens-Frauenwohnheim in West-Berlin im Jahr 1972, über den die sozialistische migrantische Zeitung *Kurtuluş* unter dem Titel »Ein beispielhafter Widerstand« berichtete.⁶⁹ Die Bewohnerinnen waren kurzfristig aufgefordert worden, das Wohnheim zu verlassen und in ein anderes Frauenwohnheim in der Potsdamer Straße zu ziehen, »das als Berlins Vergnügungsstätte bekannt ist.«⁷⁰ Diese Formulierung legt nahe, dass das andere Wohnheim als Raum zwischengeschlechtlicher und sexueller Kontakte wahrgenommen wurde. Die Frauen wehrten sich jedoch, sammelten bei einer Versammlung der 60 Bewohnerinnen Unterschriften und schrieben gemeinsam einen Protestbrief an die Fabrikleitung und den Arbeitsattaché.⁷¹ Laut der *Kurtuluş* setzte Siemens die Arbeiterinnen unter Druck und drohte ihnen mit Abschiebung. Diese ließen sich jedoch nicht von den Drohungen einschüchtern, sodass der Arbeitgeber am Ende gezwungen gewesen sei, die Arbeiterinnen angesichts ihrer entschiedenen Proteste in einem anderen Wohnheim unterzubringen. Die Zeitung wertete den Protest der Frauen als vollen Erfolg und Beispiel für die Wirksamkeit kollektiver Proteste für weitere migrantische Kämpfe in der Zukunft.

»Das alles zeigt, dass es vereinigte Proteste sind, die Chefs und ihre Handlanger einschüchtern. Diese Proteste versetzen sie in Panik, rauben ihnen den Schlaf und am Ende sind sie gezwungen, Kompromisse einzugehen. Wenn die Arbeiterinnen sich nicht vereint hätten und einzeln protestiert hätten, wären sie eine nach der anderen aus verschiedenen Gründen gefeuert worden. [...] Diese Proteste unserer Arbeitskolleginnen in der Klosterstraße sollten uns ein Beispiel sein. Auch in Zukunft wird es immer uns Arbeiter*innen zugutekommen, als Einheit zu handeln, sei es bei Problemen am Arbeitsplatz oder Wohnproblemen.«⁷²

68 Ebd.

69 Örneke Bir Direniş, in: *Türkiye'de Kurtuluş* 70, 10/1972.

70 Ebd.

71 Ebd.

72 Ebd.

Ein Jahr später protestierten erneut mehr als 150 türkeistämmigen Arbeiter*innen und ihren Familien, die ein anderes Siemens-Wohnheim in der Kurfürstenstraße kurzfristig verlassen und in ein schlechter ausgestattetes Wohnheim in Kreuzberg ziehen sollten.⁷³ In ihrem Bericht verwies die *Kurtuluş* auf den Frauenprotest im Siemens-Wohnheim.⁷⁴ Wie bereits ein Jahr zuvor versuchte die Siemens-Leitung auch in der Kurfürstenstraße, das eigeninitiativ gegründete Protestkomitee zunächst durch das Versprechen von Luxuswohnungen zu besänftigen: »Die Siemens-Chefs, die über den entschlossenen Protest der Arbeiter*innen staunten, versuchten gleich, die Arbeiter*innen zu spalten, und versprachen den Arbeiter*innen aus dem selbst gegründeten Protestkomitee Luxuswohnungen. Die Arbeiter*innen sagten jedoch ›Eine*r für alle, alle für eine*n‹ und lehnten das Angebot von Siemens ab [...].«⁷⁵ Als diese Versuche ins Leere liefen, ging Siemens *Kurtuluş* zufolge zu Drohungen über und versuchte die Migrant*innen dazu zu bringen, eine Erklärung zu unterzeichnen, dass sie das Wohnheim verlassen und andernfalls ihre Arbeit verlieren sowie Entschädigung zahlen würden. Hier verläuft sich die Spur des zweiten Protests.⁷⁶ Wie dieses Fallbeispiel jedoch verdeutlicht, erprobten Migrantinnen im Frauenwohnheim Formen kollektiver Solidarität und Selbstorganisation. Auslöser und Gegenstand ihres Protests waren die Wohnverhältnisse, die – gemeinhin als privat betrachtet – sie politisierten.

Durch den Mangel an Privatsphäre und die verschwimmenden Konturen von privatem und öffentlichem Raum steckte das Wohnheim den Handlungsrahmen ab, dessen Grenzen Migrantinnen aus der Türkei ausweiteten, unterliefen oder kreativ aneigneten. Dadurch wurde das Frauenwohnheim, wie dieses Kapitel gezeigt hat, ein zentraler Aushandlungsraum von Geschlecht, sozialer Kontrolle, Vergemeinschaftung und Solidarität.

73 Vgl. Siemens işçi yurdunda direniş, in: Türkiye'de Kurtuluş 76, 10.1.1973, S. 8.

74 Vgl. İşçi yurdunda direniş, in: Türkiye'de Kurtuluş 74, 22.12.1972, S. 8.

75 Vgl. Siemens işçi yurdunda direniş.

76 Ein weiterer Wohnheim-Protest spanischer Arbeitsmigrant*innen gegen die schlechte Unterbringung und gesellschaftliche Diskriminierung in Hannover aus dem Jahr 1970 ist im Erfahrungsbericht des Landesarbeitsamts Niedersachsen-Bremen dokumentiert; vgl. Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bremen an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit: Betr.: Beschäftigung, Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer; hier: Erfahrungsbericht 1970, BArch, B 119/3015, 13.1.1971.

2.2 Kaffeehaus-Ersatz mit Linksdrall? Soziale Betreuung bei Türk-Danış

Stand das Frauenwohnheim im Zentrum gesellschaftlicher Ängste vor der sexuellen Verführung von Arbeitsmigrantinnen, so richteten sich Ängste vor einer politischen Verführung der Migranten auf die Beratungsstellen der Arbeiterwohlfahrt. Bereits seit 1962 war die AWO für die Betreuung türkeistämmiger Arbeitsmigrant*innen zuständig. Soziale, politische und publizistische Betreuung war ein zentrales Element der Sozialpolitik gegenüber Arbeitsmigrant*innen⁷⁷ und in den frühen Jahren der Anwerbung weitgehend kongruent mit der Abwehr ›kommunistischer Infiltration‹. So heißt es in einem Bericht des Verfassungsschutzes von 1964: »Behörden, Betriebe, Kommunen, die Kirchen und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) sind bemüht, durch die soziale Betreuung, durch die Herausgabe von Zeitungen in der Muttersprache der Arbeiter sowie durch persönliche Kontakte, kommunistischen Infiltrationsversuchen zu begegnen. An diesen Bemühungen sind auch die Konsulate, die Kirchen, die politischen Parteien und die Gewerkschaften mehrerer Heimatländer der Gastarbeiter beteiligt.«⁷⁸ Diesem Betreuungskonzept lag die Vorstellung zugrunde, Arbeitsmigrant*innen seien wegen mangelnder Sprachkenntnisse, der ungewohnten Umgebung, aber auch durch politische Unerfahrenheit besonders anfällig für kommunistische Propaganda.⁷⁹

Die soziale Betreuung der Arbeitsmigrant*innen in der Bundesrepublik war monopolisiert und nach konfessioneller Zugehörigkeit unter den Wohlfahrtsverbänden aufgeteilt.⁸⁰ Die Caritas kümmerte sich um die Migrant*innen aus den katholischen Ländern Italien, Spanien und Portugal, das Diakonische Werk war zuständig für griechische Arbeitsmigrant*innen und die Arbeiterwohlfahrt übernahm die Betreuung der türkeistämmigen und jugoslawischen Arbeitsmigrant*innen.⁸¹ Dafür richtete der Wohlfahrtsverband unter dem Namen ›Türk-Danış‹ (›Türkische Beratung‹) ab 1962 bundesweit regionale Beratungsstellen ein. In West-Berlin eröffnete die Arbeiterwohlfahrt im Januar 1966 ein Türk-

77 Vgl. Sala, Roberto: Fremde Worte, 2011, S. 189.

78 Der Bundesminister des Innern: Kommunistische Infiltration ausländischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland, PAAA, B85/622, 1.2.1964, S. 10.

79 Vgl. Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Ankara an das Auswärtige Amt: Betr.: Gefahr einer kommunistischen Beeinflussung der türkischen Arbeiter in Deutschland, BArch, B 145/6634, 2.5.1962.

80 Vgl. Thränhardt, Dietrich: Patterns of Organization among Different Ethnic Minorities, in: New German Critique 46, 1989, S. 10-26, S. 15.

81 Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 260.

Danış-Büro.⁸² Als Mitarbeiter*innen setzte die AWO türkeistämmige Migrant*innen ein, die bereits seit mehreren Jahren in Westdeutschland lebten, gut Deutsch sprachen und oftmals gewerkschaftlich aktiv waren.⁸³

Die Türk-Danış-Büros wurden Anlaufstellen für Migrant*innen mit rechtlichen, bürokratischen und sozialen Problemen und sollten diesen bei der Eingliederung in das Arbeits- und Freizeitleben in der Bundesrepublik helfen. Die Betreuungsarbeit der AWO orientierte sich in den Anfangsjahren an den kemalistischen Modernisierungsidealen und der von beiden Staaten getragenen Vorstellung, die Arbeitsmigration sei eine Art Entwicklungshilfe für die Entsendeländer.⁸⁴ Grundlegend für die Betreuung und Beratung war die Annahme, dass insbesondere die »türkische Gruppe aus einem anderen Zivilisationsraum mit völlig anderen unvergleichbaren Lebensgewohnheiten den hiesigen Anschauungen und Einrichtungen überwiegend hilflos gegenübersteht.«⁸⁵ Außerdem gründete die AWO türkische Arbeitnehmervereine »als »Pflanzstätten staatsbürgerlicher Verantwortung« und als Möglichkeit für die Türken, »neue Formen der Selbsthilfe zu entwickeln.«⁸⁶ Diese Vereine waren Räume früher migrantischer Selbstorganisation und sollten einen anderen Treffpunkt für Migrant*innen als den Bahnhof schaffen, wo sich in den 1960er Jahren Migrant*innen bevorzugt versammelten. Bahnhöfe waren als öffentliche Räume ohne Konsumzwang und Tor in das Herkunftsland besonders beliebt, weil Migrant*innen dort neuankommende Landsleute trafen, Informationen aus der Türkei bekamen und Abreisenden Sachen mitgeben konnten.⁸⁷ Folgt man dem Argument des Historikers Simon Goeke, der Bahnhöfe als Orte früher Selbstorganisation liest, so stellen die von der AWO mitinitiierten Arbeitnehmervereine zugleich einen Versuch der Auflösung und Einhegung dieser Versammlungen von Migrant*innen im öffentlichen Raum dar.⁸⁸

82 Vgl. Arbeiterwohlfahrt-Türkdanış: Türkdanış'tan Informationen – Haberler, LAB, B Rep. 013 Nr. 1205, 16.11.1970.

83 Vgl. Hunn, Karin: »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«, 2005, S. 148 f.

84 Vgl. ebd., S. 149.

85 Der Senator für Arbeit, Gesundheit und Soziales an den Senator für Finanzen: Betr.: Probleme im Zusammenhang mit der Ausländerbeschäftigung und dem illegalen Aufenthalt von Ausländern in Berlin (West), LAB, B Rep. 012 Nr. 3129, 16.3.1971.

86 Hunn, Karin: »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«, 2005, S. 151.

87 Vgl. Demir, Mustafa; Sönmez, Ergün: Als Arbeiter zu »Gast« in Deutschland. Der lange Weg der Migranten aus der Türkei: Ihre Kämpfe und Organisationen für Integration und Gleichberechtigung, Berlin 2015, S. 14; Pusch, Barbara; Splitt, Julia (Hg.): 50 Jahre deutsch-türkische Migrationsforschung. Ein autobiografischer Rückblick von Prof. Dr. Nermin Abadan-Unat, Bonn 2014, S. 45.

88 Vgl. Goeke, Simon: »Wir sind alle Fremdarbeiter!«, 2020, S. 321-323.

Dem Berliner AWO-Mitarbeiter Mesut Yıldırım zufolge reagierte die AWO mit der Gründung der Arbeitnehmervereine auch auf die beginnende Selbstorganisation türkeistämmiger Migrant*innen in Vereinen, »indem man auch die Betreuung der Vereine – und dadurch die Oberhand über diese – gewinnen wollte«. ⁸⁹ Im Laufe der Zeit wurden die Vereine zu einem Zentrum der Interessenkämpfe verschiedener Akteure um den Einfluss auf türkeistämmige Migrant*innen. Für Frauen boten die Türk-Danış-Büros einen öffentlichen Raum, an dem sie sich treffen und austauschen konnten. Während Männer sich an Bahnhöfen oder in Cafés trafen, gab es für Frauen keine öffentlichen Räume, an denen sie sich ungestört aufhalten konnten. In einer nichtrepräsentativen Umfrage unter 119 türkeistämmigen Arbeitsmigrant*innen in West-Berlin von Nezih Manyas aus dem Jahr 1972 verglich eine Person Türk-Danış mit einem Kaffeehaus-Ersatz für Migrantinnen: »Es gibt mehr als 20.000 türkische Arbeiterinnen in Berlin. Sie haben vielleicht keine andere Wahl als zu Türk-Danış zu gehen, wenn Sie [sic] Auskunft etc. brauchen. Zu den Büros oder Versammlungsräumen der türkischen Arbeitnehmervereine, die die Funktion von Kaffeehäusern nur für Männer haben, werden sie nicht gehen; sie würden sich dort völlig fehl am Platz vorkommen und vielleicht sogar belästigt werden.« ⁹⁰ Das Türk-Danış-Büro war demnach ein zentraler, wenn auch aufgrund der im Betreuungssystem angelegten paternalistischen Struktur ambivalenter Raum, der Migrant*innen einen vergeschlechtlichten Raum für Austausch und Beratung schuf.

Aufgrund des Monopols, das die AWO bei der Betreuung türkeistämmiger Migrant*innen einnahm, wurden die Türk-Danış-Beratungsstellen in den 1960er Jahren zu Aushandlungsräumen transnationaler Konflikte um Geschlechterverhältnisse, Kommunismus und Souveränität. An der Frage der politischen Orientierung von Türk-Danış-Mitarbeitern entzündete sich in den 1960er Jahren ein Konflikt zwischen den beiden Staaten. Die Türkei warf der AWO wiederholt vor, in den Türk-Danış-Büros kommunistische Propaganda zu betreiben. Der Konflikt um die politische Orientierung der AWO-Mitarbeiter spitzte sich 1968 zu. Im April 1968 zitierte der türkische Botschafter die AWO-Vorsitzende Lotte Lemke zu sich, da wegen fehlender organisatorischer und rechtlicher Verbindungen zwischen der AWO und der türkischen Regierung zu befürchten sei, »daß extreme politische Strömungen von rechts oder links

89 Arbeiterwohlfahrt Berlin an den Senator für Familie, Jugend und Sport: Gesprächsprotokoll über Beschwerde des Generalkonsuls der Türkischen Republik in Berlin, LAB, B Rep. 012/3131, 29.5.1968.

90 Manyas: Bericht über Gespräche mit türkischen Arbeitnehmern und ihren Familien in Berlin, LAB, B Rep. 002 Nr. 17170, Februar 1972, S. 42.

in die türkische Arbeitnehmerschaft hereingetragen würden.«⁹¹ Lemke erwiderte darauf, »die politische Toleranz der AWO fände ihre Grenze dort, wo es sich um totalitäre Ideologien von rechts oder links handle.«⁹² Die AWO sei ebenso wie die türkische Regierung daran interessiert, dass die Sozialbetreuer*innen ihre Arbeit ohne politische Einflussnahme ausübten. Lemke kam der türkischen Botschaft mit dem Angebot entgegen, zusätzlich zu der dreimonatigen Prüfungsfrist eine sechsmonatige Probezeit für AWO-Sozialbetreuer*innen einzuführen.⁹³

Der türkischen Botschaft ging es jedoch nicht nur um die Mitsprache bei Neueinstellungen, sondern sie erhob auch Einspruch gegen bereits bei der AWO angestellte Sozialbetreuer. »Schon seit einiger Zeit haben Vertreter der Türkischen Botschaft die Arbeiterwohlfahrt (AWo) [sic] wissen lassen, daß sie mit »einigen« bei dieser angestellten türkischen Sozialbetreuern in politischer Hinsicht nicht einverstanden seien.«⁹⁴ Die AWO prüfte die Mitarbeiter, ohne Hinweise auf politische Tendenzen bei der Beratung feststellen zu können. Das Innenministerium schätzte die politischen Verdächtigungen gegen die AWO als Versuche der Botschaft ein, die türkischen Sozialbetreuer unter eigene Kontrolle zu bringen, auf die man keineswegs eingehen dürfe.⁹⁵ Das Gespräch war im Mai 1968 Gegenstand weiterer Verhandlungen auf der Tagung der deutsch-türkischen Gemischten Kommission in Ankara. Dort erinnerte die türkische Delegation erneut an den Konsens zwischen der AWO und der türkischen Botschaft, dass die Betreuung der Arbeitsmigrant*innen unpolitisch zu sein habe.⁹⁶

In West-Berlin beschwerte sich der türkische Generalkonsul währenddessen beim Senator für Familie, Jugend und Sport über Türk-Danış. Laut dem Protokoll eines Gesprächs zwischen dem AWO-Mitarbeiter

91 Der Bundesminister des Innern an das Auswärtige Amt, den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, den Bundesminister für Wirtschaft und die BAVAV: Betr.: Tagung der deutsch-türkischen Gemischten Kommission in Ankara, BArch, B 119/3074, 29.4.1968, S. 2.

92 Ebd., S. 3.

93 Der Bundesminister des Innern an das Auswärtige Amt: Betr.: Beschäftigung türkischer Arbeitnehmer in Deutschland; hier: Tagung der deutsch-türkischen Gemischten Kommission in Ankara, PAAA, B 85/771, 29.4.1968.

94 Ebd.

95 Vgl. Der Bundesminister des Innern an das Auswärtige Amt, den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, den Bundesminister für Wirtschaft und die BAVAV: Betr.: Tagung der deutsch-türkischen Gemischten Kommission in Ankara, BArch, B 119/3074, 29.4.1968, S. 6.

96 Vgl. Auswärtiges Amt an den Bundesminister des Innern, den Bundesminister für Wirtschaft und die BAVAV: Betr.: Tagung der deutsch-türkischen Gemischten Kommission in Ankara vom 3. bis 10. Mai 1968, BArch, B 119/3074, 15.5.1968.

Mesut Yıldırım, dem türkischen Generalkonsul und der Senatsverwaltung im Mai 1968 betrafen die Vorwürfe unter anderem die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Yıldırıms politische Orientierung. Yıldırım rechtfertigte sich etwa dafür, gute Beziehungen zum DGB zu pflegen und türkeistämmige Migrant*innen für Gewerkschaftskurse der IG-Metall vorgeschlagen zu haben, die – so die Anschuldigung – »der Polizei bekannt seien«.⁹⁷ Der Sozialbetreuer führte die Anschuldigungen ebenfalls auf den Versuch der türkischen Regierung zurück, Einfluss auf die Arbeitsmigrant*innen zu nehmen.

Dieser Konflikt trug sich weiter bis in die frühen 1970er Jahre, wie die Äußerungen von Arbeitsmigrant*innen in der Umfrage von Nezih Manyas aus dem Jahr 1972 zeigen. Befragte warfen Türk-Danış vor, »von Kommunisten beherrscht«⁹⁸ zu werden und mehrheitlich Angestellte zu beschäftigen, die »als erklärte Rote gelten«.⁹⁹ Ein weiterer Befragter sagte: »Zu 'Türk-Danış' – einer deutschen Einrichtung – wollen viele Türken nicht gehen, weil sie einen von deutscher Seite ernannten Direktor hat, der für seinen extremen Linksdrall bekannt ist. Der durchschnittliche Türke in Berlin hat für solche politischen Ansichten keine Sympathien, und wir haben – vergeblich – versucht, einen anderen Direktor zu bekommen. Wir haben zu diesem Zweck sogar mehr als 30.000 Unterschriften gesammelt und haben auch dem türkischen Konsulat eine Kopie unseres Gesuchs zugestellt.«¹⁰⁰ Die Konflikte um Türk-Danış und die Betreuung der Arbeitsmigrant*innen spiegeln die politische Polarisierung seit Mitte der 1960er Jahre in der Türkei wider. Der Ideologieverdacht, unter den türkische offizielle Stellen linksgerichtete Arbeitsmigrant*innen und AWO-Mitarbeiter pauschal stellten, war vor allem zurückzuführen auf die politischen Umbrüche in der Türkei.¹⁰¹ Dort ging die rechtskonservative Demirel-Regierung seit ihrem Amtsantritt 1965 mit antikommunistischer Propaganda gegen die aufkommende Studierenden- und Arbeiter*innenbewegung vor.¹⁰² Nicht nur die politische Orientierung der AWO-Sozialbetreuer*innen wurde jedoch zum

97 Arbeiterwohlfahrt Berlin an den Senator für Familie, Jugend und Sport: Gesprächsprotokoll über Beschwerde des Generalkonsuls der Türkischen Republik in Berlin, LAB, B Rep. 012/3131, 29.5.1968.

98 Manyas: Bericht über Gespräche mit türkischen Arbeitnehmern und ihren Familien in Berlin, LAB, B Rep. 002 Nr. 17170, Februar 1972, S. 41.

99 Ebd., S. 42.

100 Ebd., S. 41.

101 Vgl. Hunn, Karin: »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«, 2005, S. 169.

102 Vgl. Zürcher, Erik Jan: Turkey. A Modern History, London, New York 2017, S. 254.

transnationalen Politikum um Fragen der Souveränität, sondern auch der rechtliche Status von Kindern unverheirateter Arbeitsmigrantinnen.

2.3 Nichteheliche Kinder als transnationales Politikum

Im Dezember 1966 wandte sich der Senator für Inneres in West-Berlin mit einer heiklen Angelegenheit an das Bundesinnenministerium: In West-Berlin versuchten Arbeitsmigrantinnen in zunehmendem Umfang aus Angst vor Stigmatisierung, ihre in Berlin geborenen nichtehelichen Kinder adoptieren zu lassen. »In allen Fällen spielt die Angst vor der Dif-famierung in dem Heimatland eine große Rolle. Ferner befürchten die Ausländerinnen, daß eine in der Heimat bekanntgewordene uneheliche Geburt ihre Rückkehr in das Heimatland ausschließt.«¹⁰³ Aus dem gleichen Grund scheuten sich die Frauen, ihre Kinder bei den Konsulaten registrieren zu lassen, sodass die Kinder keine Passpapiere besaßen. Die Frage, wie mit den nichtehelichen Kindern von Arbeitsmigrantinnen umzugehen sei, wurde in den sechziger Jahren zum Politikum, das Bundes- und Landesministerien, Sozialbetreuer, Anwälte und Konsulate beschäftigte.

In der Aushandlung dieser Frage durchkreuzten sich im transnationalen Raum des *gurbet* von der kommunalen bis zur diplomatischen Ebene Konzepte von Staatsbürgerschaft, Sexualität und Geschlecht. Wie Lauren Stokes herausgearbeitet hat, schätzten die Städtegemeinden bereits 1964 Beziehungen zwischen westdeutschen Frauen und Migranten und daraus hervorgehende nichteheliche Kinder als ernstzunehmendes Problem ein. Um solche Verbindungen zu verhindern, schlug der Deutsche Städtetag vor, die Familienzusammenführung zu erleichtern.¹⁰⁴ Dass jedoch auch Arbeitsmigrantinnen nichteheliche Kinder bekamen und die migrationspolitischen Akteure dadurch vor neue Herausforderungen stellten, ist bislang nicht erforscht. Der Fall nichtehelicher Kinder türkeistämmiger Migrantinnen verdeutlicht, wie durch die Migration einerseits neue Problemlagen entstanden, die Behörden, Ministerien und Konsulate zwangen, unbürokratische Lösungen zu finden. Zugleich tritt hier zutage, wie das Privat- und Intimleben der Migrant*innen durch die rechtliche Stellung im *gurbet* politisiert wurde und Migrantinnen gezwungen

103 Der Senator für Inneres Berlin an den Bundesminister des Innern: Betr.: Ausländerangelegenheiten; hier: Ausstellung von Kinderausweisen ausländischer Gastarbeiterinnen, BArch, B 106/115774, 6.12.1966.

104 Vgl. Stokes, Lauren: *Fear of the Family*, 2022, S. 32.

waren, die verschiedenen gesellschaftlichen, sozialen und rechtlichen Anforderungen über Grenzen hinweg zu navigieren.

Bereits 1965 hatten vergleichbare Fälle, in denen griechische Arbeitsmigrantinnen aus Angst vor Stigmatisierung ihre nichtehelichen Kinder zur Adoption freigeben wollten, einen Präzedenzfall geschaffen. Das Bundesinnenministerium sah sich mit der Frage konfrontiert, wie die Adoption erleichtert werden könnte. Zur Erläuterung heißt es in dem internen Vermerk: »Die Frage ergab sich deshalb, weil griechische Mütter sich weigern, griechische Pässe für ihre Kinder zu beantragen. Ein solcher Antrag würde an die Heimatgemeinde der unehelichen Mutter weitergeleitet werden, wodurch die Tatsache der unehelichen Geburt dort bekannt würde. Dies würde in den meisten Fällen eine Rückkehr der Mutter in ihre Heimat unmöglich machen.«¹⁰⁵ Da in Griechenland die »Virginität [...] nach wie vor eine der höchsten Tugenden« sei, wie in einem angefügten Vermerk weiter ausgeführt wird, sei eine Frau mit einem nichtehelichen Kind »gesellschaftlich praktisch erledigt«.¹⁰⁶ Deshalb sei man bestrebt, einen Weg zu finden, der das Bekanntwerden der Geburt eines nichtehelichen Kindes im Herkunftsland verhindere.

Hierbei spielten auch migrationspolitische Erwägungen eine Rolle, genauer gesagt die Befürchtung, »daß durch das Bekanntwerden unehelicher Geburten in der Heimat möglicherweise der Zustrom weiblicher Arbeitskräfte aus Griechenland zurückgeht«.¹⁰⁷ Da dies dem Interesse der BAVAV entgegenliefe, die eine Anwerbung von weiblichen Arbeitskräften forcierte, prüfte das Innenministerium die Frage, ob für nichteheliche Kinder von griechischen Arbeitsmigrantinnen deutsche Kinderausweise ausgestellt werden könnten. Diese Frage entsprang den rechtlichen Adoptionsrichtlinien, denen zufolge die Staatsangehörigkeit des Kindes festgestellt werden musste. In Fällen, in denen US-Amerikaner*innen und andere Nichtdeutsche nichteheliche Kinder adoptieren wollten, stellte sich zudem die Frage, ob die Kinder ohne einen Reisepass aus Deutschland ausreisen konnten.¹⁰⁸ Im Juli 1965 erklärte sich das Innenministerium damit einverstanden, deutsche Kinderausweise an die nichtehelichen Kinder griechischer Arbeitsmigrant*innen auszustellen, um dadurch die Adoption »durch Ausländer, insbesondere Amerikaner«

105 Der Bundesminister des Innern an das Auswärtige Amt: Betr.: Adoption unehelicher Kinder von griechischen Arbeitnehmerinnen, BAArch, B 106/115774, 20.5.1965.

106 Der Bundesminister des Innern: Betr.: Adoption unehelicher Kinder von griechischen Arbeitnehmerinnen; hier: Ausstellung eines Reisepasses für das von einem Ausländer adoptierte Kind, BAArch, B 106/115774, 22.3.1965.

107 Ebd.

108 Vgl. ebd.

zu erleichtern.¹⁰⁹ Auf die Anfrage des Berliner Senats für Inneres hin wurde diese Regelung im Mai 1967 schließlich auch auf nichteheliche Kinder türkeistämmiger, italienischer und spanischer Arbeitsmigrantinnen sowie die Adoption durch Deutsche ausgeweitet.¹¹⁰

Die Spuren migrantischer Kinder, die von Familien in den USA adoptiert wurden, verlaufen sich in den Akten deutscher Behörden. Doch ihre Spuren schreiben sich als unbekanntes Kapitel in die Geschichte transnationaler Adoption in die USA ein, die bisher vor allem am Beispiel von afrodeutschen Kindern amerikanischer GIs und westdeutscher Frauen erforscht wurde.¹¹¹ Internationale Adoptionsnetzwerke zwischen den USA und der Bundesrepublik entstanden in der Nachkriegszeit und wurden im Kontext des Kalten Krieges zu Aushandlungsräumen von Staatsbürgerschaft und *race*.¹¹² Die Beziehungen zwischen Arbeitsmigrantinnen und deutschen oder amerikanischen Männern stellten nationale Grenzen und geschlechtsspezifische soziale Normen ebenso in Frage wie die transnationalen Liaisons westdeutscher Frauen und amerikanischer Soldaten. Als Zeugnis dieser Grenzüberschreitung standen die Kinder unverheirateter Migrantinnen im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Verhandlungen über Geschlechterbeziehungen und nationale Souveränität. Dieser Fall zeigt, wie lange vor der Reform des *ius sanguinis* im Jahr 2000 Migration die westdeutschen Behörden herausforderte, unbürokratische Lösungen zu finden und migrantische Kinder einzubürgern – wenn auch nur, um ihre Adoption ins Ausland zu erleichtern.

109 Der Senator für Inneres Berlin an den Bundesminister des Innern: Betr.: Ausländerangelegenheiten; hier: Ausstellung von Kinderausweisen ausländischer Gastarbeiterinnen, BAArch, B 106/115774, 6.12.1966.

110 Der Bundesminister des Innern an den Senator für Inneres Berlin: Betr.: Adoption unehelicher Kinder von ausländischen Arbeitnehmerinnen, BAArch, B 106/115774, 9.5.1967.

111 Vgl. etwa die Beiträge in dem Sammelband von Hackenesch, Silke (Hg.): *Adoption Across Race and Nation. US Histories and Legacies*, Columbus 2022; Condit-Shrestha, Kelly: *American Fathers, German Mothers, and »Brown Babies«*. *The Intersection of Race, Empire, and Kinship in U. S. Transnational Adoption*, in: *Zeitgeschichte* 48/1, 2021, S. 13–34; Lemke Muniz de Faria, Yara-Colette: *»Germany's »Brown Babies« Must Be Helped! Will You?» U. S. Adoption Plans for Afro-German Children, 1950–1955*, in: *Callaloo* 26/2, 2003, S. 342–362; Fehrenbach, Heide: *Race after Hitler. Black Occupation Children in Postwar Germany and America*, Princeton, Oxford 2005.

112 Vgl. Hackenesch, Silke: *Histories and Legacies of Adopting Children across Race and Nation*, in: dies. (Hg.): *Adoption Across Race and Nation. US Histories and Legacies*, Columbus 2022, S. 1–14, S. 5 f.; Hitzer, Bettina: *Warum lügen? Eine Geschichte der Adoption nach 1945*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 45/1, 2019, S. 70–94, S. 76 f.

Die Frage des legalen Status nichtehelicher Kinder von Migrant*innen erschöpfte sich jedoch nicht in der Ausstellung von Kinderausweisen. Auch in Fällen, in denen unverheiratete Mütter oder Väter ihre Kinder nicht zur Adoption freigaben, wurde ihr Privatleben zur Frage der nationalen Souveränität. Denn im deutschen Familienrecht lag das Sorgerecht für nichteheliche Kinder nicht bei der Mutter, sondern wurde bis 1961 automatisch einem gesetzlichen Vormund übertragen.¹¹³ Dieser Regelung, die ledige Mütter stigmatisierte und diskriminierte, lag das Argument zugrunde, der Amtsvormund biete dem Kind als ›Ersatzvater‹ den Schutz, den es in der ›unvollständigen Familie‹ nicht hatte.¹¹⁴ Zwar konnten ledige Mütter nach 1961 die ›elterliche Gewalt‹ über ihre Kinder beantragen, doch der Amtsvormund behielt bis zur Einführung des Nichtehelichen-Gesetzes 1970 bei allen wesentlichen Entscheidungen das letzte Wort.¹¹⁵

Bei nichtehelichen Kindern von Arbeitsmigrant*innen stellte sich jedoch die Frage, welcher Staat für ihre Vormundschaft zuständig war. Im Mai 1967 wurde der Berliner Senator für Soziales, Gesundheit, Jugend und Sport darauf aufmerksam, dass »die unehelichen Kinder mit türkischem Elternteil erheblich zugenommen [haben]. Im Jahre 1966 waren es 35 uneheliche Kinder. Das Problem scheint daher über den Einzelfall hinaus Bedeutung zu gewinnen.«¹¹⁶ Die Senatsverwaltung wandte sich zunächst an die Arbeiterwohlfahrt, der das Problem nichtehelicher Kinder bereits aus der Beratung der Arbeitsmigrant*innen bekannt war. In Rücksprache mit der AWO und dem Landesarbeitsamt stellte sich heraus, dass die türkischen Generalkonsulate nicht bereit waren, Verantwortung für die nichtehelichen Kinder zu übernehmen: »Die Generalkonsulate [...] sind der Auffassung, daß es sich hier um deutsche Probleme handele. Wenn Gastarbeiter mit den deutschen Bestimmungen in Konflikt kommen, wäre es Angelegenheit des deutschen Staates, sie auszuweisen oder sie entsprechend zu bestrafen.«¹¹⁷ Wie hier deutlich wird, waren nichteheliche Kinder Zeugnisse transnationaler Geschlechterbeziehungen, an denen Fragen nationaler Souveränität ausgehandelt und intime Beziehungen politisiert wurden.

113 Vgl. Buske, Sybille: ›Fräulein Mutter‹ vor dem Richterstuhl. Der Wandel der öffentlichen Wahrnehmung und rechtlichen Stellung lediger Mütter in der Bundesrepublik 1948 bis 1970, in: WerkstattGeschichte 27, 2000, S. 48–67, S. 54.

114 Vgl. ebd., S. 60.

115 Vgl. Uneheliche Kinder: Sind nun wer, in: Der Spiegel, 28.6.1970.

116 Der Senator für Soziales, Gesundheit, Jugend und Sport: Vermerk: Uneheliche Kinder mit türkischem Elternteil, LAB, B Rep. 013 Nr. 1205, 11.5.1967.

117 Ebd.

Zudem waren in der Frage, wer für nichteheliche Kindern mit türkischem Elternteil zuständig war, Geschlecht und Staatsangehörigkeit intersektional verflochten. Ledige Mütter und Väter waren in beiden Ländern rechtlich und sozial nicht gleichgestellt. Während etwa Arbeitsmigrantinnen aus Angst vor Stigmatisierung ihre Kinder zur Adoption freigaben, konnten Arbeitsmigranten auch in ihr Herkunftsland zurückkehren, wenn sie ein nichteheliches Kind gezeugt hatten. Auch rechtlich hatten sie weniger zu befürchten. In binationalen Ehen bekam das Kind bis 1974 automatisch die Staatsangehörigkeit des Vaters, was bei Scheidungen und Unterhaltsstreit zu großen Problemen für westdeutsche Frauen führen konnte.¹¹⁸ Bei nichtehelichen Kindern mit türkeistämmigem Vater hatte eine Vaterschaftsanerkennung weitreichende Folgen: Die volle elterliche Gewalt lag in diesem Fall nach türkischem Recht beim Vater, und das Kind bekam eine doppelte Staatsangehörigkeit.¹¹⁹ So konnten sich Väter aus der Türkei ihrer Verantwortung leichter entziehen. Im umgekehrten Fall, wenn also Migrantinnen ein nichteheliches Kind bekamen, waren die Frauen auf sich selbst gestellt, wie der Rechtsanwalt und AWO-Mitarbeiter Mesut Yıldırım den Leitern des Vormundschaftswesens im Juni 1967 erklärte: »Für Kinder türkischer Gastarbeiterinnen lehnt die türkische Regierung jede Hilfe ab. In diesen Fällen wird zu einer engen Zusammenarbeit mit der Fremdenpolizei geraten, damit das Kind im Falle eines Ausweisungsverfahrens gegen die Mutter mit berücksichtigt wird und nicht allein hierbleibt. Nach den allgemeinen Erfahrungen haben uneheliche Kinder in der Türkei keine Hilfe zu erwarten.«¹²⁰

Gegenüber westdeutschen ledigen Müttern waren Migrantinnen zudem aufgrund des Aufenthaltsrechts benachteiligt. Denn die Senatsverwaltung für Arbeit, Gesundheit und Soziales instruierte die Bezirksämter, dem Polizeipräsidenten zu melden, wenn Migrantinnen Sozialhilfe bekamen, »wodurch häufig ein Ausweisungsverfahren nach dem Ausländergesetz in Gang gesetzt wird.«¹²¹ Anders als männlichen Migranten, die ein außereheliches Kind zeugten, drohte Migrantinnen also eine Abschiebung, weil sie Sozialhilfe bezogen. Das Bezirksamt Kreuzberg hielt ein Ausweisungsverfahren nicht per se für angebracht, »weil eine

118 Vgl. Schönwälder, Karen: Einwanderung und ethnische Pluralität, 2001, S. 521.

119 Vgl. Der Senator für Soziales, Gesundheit, Jugend und Sport: Niederschrift über die Arbeitsbesprechung mit den Leitern des Vormundschaftswesens am Mittwoch, dem 9.6.1967 im Bezirksamt Charlottenburg, LAB, B Rep. 013 Nr. 1205, 12.6.1967.

120 Ebd.

121 Bezirksamt Kreuzberg an den Senator für Familie, Jugend und Sport: Betr.: Vormundschaften für uneheliche Kinder ausländischer Mütter, LAB, B Rep. 013 Nr. 1205, 4.2.1969.

Hilfsbedürftigkeit von Mutter und (unehelichem) Kind nicht unbedingt auf einem Verschulden der Mutter zu beruhen braucht«. ¹²² Man müsse bedenken, dass die Frauen als ›Gastarbeiterinnen‹ nach Westdeutschland geholt worden seien, erinnerte das Bezirksamt Kreuzberg in einem Schreiben an die Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport. In West-Berlin lebten sie in einem »ihnen fremden und ungewohnten Lebensraum und sind wegen der fehlenden Sprachkenntnisse und sonstigen Anpassungsschwierigkeiten anfälliger für die am Arbeitsplatz und in ihren Wohn- und Lagerunterkünften auftretenden Lockungen.« ¹²³ In diesen Ausführungen spiegelt sich die Wahrnehmung von Arbeitsmigrantinnen als schutzbedürftige und unmündige Wesen wider, denen selbstbestimmte Sexualität abgesprochen wird und deren Liaison sich nur mit Verführung erklären lässt. Die staatliche Bevormundung lediger Mütter im westdeutschen Familienrecht traf Migrantinnen besonders schwer, da sie im schlimmsten Fall eine Ausweisung nach sich zog.

Die Frage nichtehelicher Kinder von Migrant*innen gewann Anfang 1969 an Virulenz. Im Januar 1969 vermerkte der Senator für Familie, Jugend und Sport, dass die Betreuung nichtehelicher Kinder mit türkischen Eltern den Vormundschaftsgerichten und Jugendämtern in zunehmendem Maße Schwierigkeiten bereite. ¹²⁴ Dies führte die Senatsverwaltung zum einen auf die steigende Zahl nichtehelicher Kinder in der türkeistämmigen Bevölkerungsgruppe zurück, die in Berlin den größten Anteil der ausländischen Arbeiter*innen stellte. So kamen 1967 in West-Berlin 38 nichteheliche Kinder mit türkischem Elternteil zur Welt, 1968 waren es 49 Kinder. Zum anderen begründete die Senatsverwaltung die Schwierigkeiten damit, dass in der Türkei »das Problem der unehelichen Kinder so gut wie unbekannt« sei. ¹²⁵ Anders als die anderen Anwerbeländer, so die Senatsverwaltung, habe die Türkei kaum Erfahrung mit Migration und müsse sich daher »im besonderen Maße mit den freieren Gebräuchen Westeuropas auseinandersetzen«. ¹²⁶ Darüber hinaus leiste das türkische Generalkonsulat in Berlin keine Hilfe bei der Suche nach geeigneten türkeistämmigen Einzelvormündern. Das wertete die Senatsverwaltung nicht unbedingt als Nachteil, da dadurch vermieden werden konnte, dass die Behörden in der Türkei von den nichtehelichen Kindern erfuhren. Besondere Schwierigkeiten bereitete jedoch die Verständigung, da es nur wenige Tür-

122 Ebd.

123 Ebd.

124 Vgl. Der Senator für Familie, Jugend und Sport: Betr.: Uneheliche Kinder von türkischen Eltern, LAB, B Rep. 013 Nr. 1205, 27.1.1969.

125 Ebd.

126 Ebd.

kisch-Dolmetscher*innen in Berlin gab und ihr Einsatz kostspielig war.¹²⁷ In den Akten der Senatsverwaltung finden sich mehrere Fälle, in denen die Bezirksämter vergeblich nach Vormündern für nichteheliche Kinder türkeistämmiger Migrant*innen suchten oder eine Vermittlung aufgrund von Verständigungsschwierigkeiten ablehnten.¹²⁸ Deshalb schlug die Senatsverwaltung vor, die Vormundschaft nichtehelicher Kinder zentral bei der Arbeiterwohlfahrt anzusiedeln. Im Oktober 1970 übernahm die AWO offiziell die Vereinsvormundschaft für nichteheliche türkische Kinder.

Welche Handlungsmöglichkeiten Migrantinnen hatten, wenn sie ungewollt schwanger wurden, lässt sich aus den Quellen nur bedingt rekonstruieren. In einem aktenkundig gewordenen Fall verweigerte eine türkeistämmige Migrantin, die ein nichteheliches Kind bekommen hatte, die Zusammenarbeit mit dem Jugendamt und erschien nicht zu Vorladungen.¹²⁹ Aus anderen Quellen lässt sich rekonstruieren, dass für ungewollt schwangere Migrantinnen neben Adoption Abtreibung eine Handlungsoption war. So berichtete die *Cumhuriyet* Anfang 1966 mit dem Verweis auf 50 außereheliche Geburten zwischen November 1964 und November 1965 in Bayern, dass Migrantinnen meist nach Bulgarien fuhren, um abzutreiben.¹³⁰ Auch mehrere Zeitzeuginnen äußerten sich in den Interviews zu nichtehelichen Kindern und Abtreibung. »Es war illegal, du konntest nicht abtreiben, aber es gab eine Pille, die man geschluckt hat. Das wussten wir nicht, wir sind neu gekommen«, sagt Perihan Karadeli, die seit 1966 in Deutschland lebt, im Zeitzeuginnengespräch. »Wer ungewollt schwanger wurde, hat in Polen abtreiben lassen. Das habe ich gehört. Vielleicht haben sie es auch heimlich machen lassen in Polen.«¹³¹ Die Pille war 1961, nur wenige Jahre zuvor also, auf den

127 Vgl. Bezirksamt Kreuzberg an den Senator für Familie, Jugend und Sport: Betr.: Vormundschaften für uneheliche Kinder ausländischer Mütter, LAB, B Rep. 013 Nr. 1205, 4.2.1969.

128 Vgl. Bezirksamt Reinickendorf an das Amtsgericht Wedding: Betr.: Vormundschaft für ein türkisches Kind, LAB, B Rep. 013 Nr. 1205, 9.1.1969; Bezirksamt Reinickendorf an das Amtsgericht Wedding: A. M., geb. 18.6.1968, LAB, B Rep. 013 Nr. 1205, 9.1.1969; Bezirksamt Tiergarten an den Senator für Familie, Jugend und Sport: Betr.: Vormundschaft für ein außerehelich geborenes Kind türkischer Nationalität, LAB, B Rep. 013 Nr. 1205, 27.12.1968.

129 Vgl. Bezirksamt Schöneberg von Berlin, Abteilung Jugend und Sport an den Senator für Familie, Jugend und Sport: Betr.: Vormundschaft für türkische uneheliche Kinder, LAB, B Rep. 013 Nr. 1205, 13.3.1969.

130 Vgl. Çocuk felci olan yeğenine bakmak için çalışan işçi ..., in: *Cumhuriyet*, 5.1.1966.

131 Zeitzeuginnengespräch mit Perihan Karadeli, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 23.4.2022.

Markt gekommen, der Verkauf lief zunächst zögerlich an.¹³² So nahmen 1965 erst 2,4 Prozent der Frauen im gebärfähigen Alter in Westdeutschland die Pille; dieser Anteil stieg innerhalb von vier Jahren auf 16,3 und in den siebziger Jahren auf mehr als 30 Prozent.¹³³

Auch Sevim Aydemir erzählt im Zeitzeugnengespräch von einer Freundin, die um ihre Hilfe bat, weil sie ungewollt schwanger geworden war. Ihre Freundin hatte sich von ihrem Mann in der Türkei getrennt und war als Arbeitsmigrantin nach Stuttgart gegangen, wo sie von einem verheirateten türkischen Mann schwanger wurde. »Das war 1973. Damals war es in Deutschland verboten abzutreiben. Wir sind sogar zum Arzt gegangen. Sie haben uns empfohlen, nach Holland zu fahren.«¹³⁴ Die beiden Frauen brachen ohne Orts- und Sprachkenntnisse mit dem Zug in die Niederlande auf und wurden in einem Informationsbüro weiterverwiesen. »Das mag vielleicht für diese Zeit kein besonders großer Vorfall sein, aber wenn man denkt, was passiert wäre, wenn meine Freundin das Kind nicht abtreiben lassen hätte können ... Sie hatte keinen Mann, hätte ein uneheliches Kind gehabt, der Mann war auch verheiratet.«¹³⁵ Dass ihre Freundin durch die ungewollte Schwangerschaft in Schwierigkeiten geraten war, führt Aydemir im Gespräch zumindest teilweise darauf zurück, dass sie sich in Westdeutschland befand. Zwar waren Abtreibungen 1973 auch in der Türkei illegal,¹³⁶ aber Aydemir zufolge ließ sich dort eine Lösung finden: »In der Türkei konnte man mit Geld abtreiben lassen. In Deutschland ist etwas entweder legal oder nicht. In der Türkei ist es nicht so klar, wenn du das Geld hast, kannst du manche Dinge erledigen. Damals war es auch in der Türkei problematisch, aber nicht so sehr wie hier.«¹³⁷

132 Vgl. Frevert, Ute: Umbruch der Geschlechterverhältnisse? 2003, S. 654.

133 Vgl. Silies, Eva-Maria: Erfahrungen des Bruchs? Die generationelle Nutzung der Pille in den sechziger und siebziger Jahren, in: Paulus, Julia u. a. (Hg.): Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 2012, S. 205-224, S. 209.

134 Zeitzeugnengespräch mit Sevim Aydemir, Berlin, Wedding, 15.2.2023.

135 Ebd.

136 Zur Geschichte der Abtreibung in der Türkei vom Osmanischen Reich bis zur Legalisierung 1982 s. Gürsoy, Akile: Abortion in Turkey. A Matter of State, Family or Individual Decision, in: Social Science and Medicine 42/4, 1996, S. 531-542. Zur Verbreitung der Pille in der Türkei zwischen 1960 und 1980 s. Hartmann, Heinrich: Verhüten und Verbreiten. Türkische Bevölkerungspolitik und die Logistik der Kontrazeptiva, 1960-1980, in: Niethammer, Lutz, Satjukow, Silke (Hg.): »Wenn die Chemie stimmt ...«. Geschlechterbeziehungen und Geburtenplanung im Zeitalter der »Pille«, Göttingen 2016, S. 385-407.

137 Zeitzeugnengespräch mit Sevim Aydemir, Berlin, Wedding, 15.2.2023.

Nicht alle Migrantinnen konnten jedoch für eine Abtreibung ins Ausland fahren. In einem Interview berichtete ein Berliner AWO-Mitarbeiter von missglückten Abtreibungsversuchen in West-Berlin: »Tatsache ist, daß viele türkische Arbeiter – Männer und Frauen – ohne ihre Angehörigen in Berlin sind. Wir schätzen, daß etwa 60 % davon ein sehr freies Leben führen – entweder untereinander oder mit deutschen Männern und Frauen zusammen. Und da Abtreibungen hier noch verboten sind, sind die Krankenhäuser voller Opfer von do-it-yourself-Abtreibungen.«¹³⁸ Diese Feststellung stützte ein Befragter in der Umfrage von Nezih Manyas 1972 mit diesen Worten: »Es kommt zu Schwangerschaften, amateurhafte Abtreibungsversuche schlagen fehl, und die Berliner Krankenhäuser sind voll von türkischen Opfern mißlungener Abtreibungen.«¹³⁹ Der Befragte brachte die Schwangerschaften in einen kausalen Zusammenhang damit, dass Frauen bevorzugt angeworben wurden und allein nach Westdeutschland kamen. In der Umfrage schlug eine weitere Person vor, an die Frauen »auf diskrete Weise Informationsmaterial über Geburtenkontrolle und vielleicht die Pille [zu] verteilen«¹⁴⁰ – ein Vorschlag, unter den Manyas die Warnung notierte, »daß jeder Versuch, türkischen Arbeiterinnen Informationen über Geburtenkontrolle oder empfängnisverhütende Mittel zugänglich zu machen, ganz gewiß von vielen Gruppen als Versuch ausgeschlachtet werden wird, die Frauen zur Promiskuität zu ermutigen, indem man ihnen die Angst vor unangenehmen Folgen nimmt.«¹⁴¹ Mit der gleichen Begründung verweigerten Ärzt*innen wiederholt auch die Verschreibung der Pille an junge unverheiratete westdeutsche Frauen.¹⁴²

In der Frage des rechtlichen und sozialen Umgangs mit nichtehelichen migrantischen Kindern verhandelten staatliche Behörden, Konsulate, Wohlfahrtsverbände und Migrantinnen Konzepte von Geschlecht, Sexualität und nationaler Souveränität neu. Für Migrantinnen galt angesichts ihres prekären Aufenthaltsstatus die (feministische) Maxime von 1968, wonach das Private politisch sei, in besonderem Maße und mit anderen Implikationen als für westdeutsche Frauen. Politisierte das Migrationsregime ihre sexuelle und reproduktive Handlungsmacht, so stellten Migrantinnen mit ihren intimen Praktiken zugleich gesellschaftliche Vorstellungen von Staatsbürgerschaft, Zugehörigkeit und Geschlecht in Frage.

138 Manyas: Bericht über Gespräche mit türkischen Arbeitnehmern und ihren Familien in Berlin, LAB, B Rep. 002 Nr. 17170, Februar 1972, S. 43.

139 Ebd., S. 32.

140 Ebd., S. 33.

141 Ebd.

142 Vgl. Silies, Eva-Maria: Erfahrungen des Bruchs?, 2012, S. 210.

3 Fazit: *Gurbet* als Topografie der sexuellen und politischen Gefährdung

Der transnationale Raum des *gurbet*, den die Arbeitsmigration in den 1960er Jahren produzierte, brachte eine Topografie der sexuellen und politischen Gefährdung hervor: Im Transit verloren soziale und kulturelle Normen und Geschlechterverhältnisse ihre Selbstverständlichkeit und wurden von Migrant*innen neu ausgehandelt. Dass traditionelle Ordnungen aufbrachen, löste in der Türkei wie in Westdeutschland gesellschaftliche und politische Ängste aus, die maßgeblich entlang der beiden Achsen von Geschlecht und Antikommunismus verliefen. Diese Ängste verwiesen auf breitere soziale Umbrüche, wie die wachsende Unabhängigkeit von Frauen. Die Aufbruchs- und Ankunftsorte, die Transit- und Schwellenräume in diesem Kapitel stecken als Knotenpunkte die Topografie der sexuellen und politischen Gefährdung ab. Gemeinsam ist den Räumen, dass in ihnen Privates und Öffentliches verschwammen, wie etwa bei den ärztlichen Untersuchungen in der Deutschen Verbindungsstelle oder im Frauenwohnheim. Daraus resultierte vielfach eine Politisierung des Privaten. Den Bahnhof, die Zugreise, das Frauenwohnheim und die Beratungsstelle Türk-Danış verbindet zudem, dass sie zu Kontaktzonen kollektiver Erfahrung wurden, in denen Migrant*innen eigensinnige Praktiken artikulierten und frühe Formen der Selbstorganisation erprobten. Und sie markieren Orte, denen migrationspolitische Akteure in beiden Ländern die Gefahr sexueller und politischer Verführung zuschrieben und daraus ein umfassendes Betreuungskonzept für Migrant*innen ableiteten.

Wie dieses Kapitel im Anschluss an die Forschungen von Monika Mattes und Lea Nocera gezeigt hat, war die Arbeitsmigration aus der Türkei nach Westdeutschland zutiefst vergeschlechtlicht. Dass gerade in West-Berlin Unternehmen bevorzugt Frauen für den Niedriglohnssektor anforderten, erweiterte einerseits den Handlungsspielraum der Migrantinnen und schränkte ihn andererseits durch zwei Faktoren ein: Erstens verschränkten sich im Aushandlungsraum des *gurbet* Geschlecht und prekärer Aufenthaltsstatus intersektional, sodass Migrantinnen eine Ausweisung drohte, wenn sie etwa ungewollt schwanger wurden. Transnationale Beziehungen hatten für Migrantinnen andere Implikationen als für Migranten. Zweitens lösten durch die Migration verursachte Umbrüche in den Geschlechterverhältnissen Gegenreaktionen aus. Ratgeber für Migrant*innen können ebenso wie Narrative der Prostitution, Promiskuität und Ehre als Versuche gelesen werden, fluide gewordene

nationale und vergeschlechtlichte Grenzen neu zu ziehen: Sie vermaßen das Feld sozial akzeptabler Praktiken und regulierten als Antwort auf den wachsenden Bewegungsspielraum der Frauen ihre Teilhabe am öffentlichen Raum. Dabei handelten die Gesellschaften beider Länder an der Figur der Migrant*innen kollektive Selbstentwürfe aus: die Türkei Modernisierungsideale und die Bundesrepublik Demokratisierungsimperative. Gemeinsam war den Regulierungsversuchen beider Länder der antikommunistische Impetus, der sich wiederum anschlussfähig an vergeschlechtlichte Diskurse zeigte.

Diese Steuerungsversuche zeugen davon, dass Migrant*innen bestehende Geschlechterordnungen, Konzepte politischer Partizipation und Staatsbürgerschaft und das Migrationsregime durch ihre Praktiken immer wieder herausforderten. Mit eigensinnigen Strategien unterliefen sie die Anwerberegularien, etwa indem sie Urinproben tauschten, ihr Alter im Ausweis hochsetzten oder gar heirateten, um bevorzugt angeworben zu werden. Ihre Freizeitgestaltung und ihre zwischengeschlechtlichen Beziehungen wurden zum Gegenstand diplomatischer Aushandlungen. Ihre kollektiven Proteste im Frauenwohnheim stellten nationale Grenzen politischer Subjektivität ebenso in Frage wie die Grenzen zwischen ›Privatem‹ und ›Politischem‹. Gerade die eigensinnigen Handlungen und situativen Aneignungen oder Abgrenzungen jenseits institutionalisierter politischer Praktiken in den Blick zu nehmen, erweist sich als vielversprechend. Denn das vermeintlich Private wurde häufig politisiert, wenn es bestehende Ordnungen herausforderte und neue Antworten erforderte.

Zum Politikum wurden Praktiken von Migrant*innen oft dann, wenn sie nicht dem vorgesehenen Skript akzeptierter Handlungen folgten; wenn diese also migrantischen Eigensinn bewiesen und sich von den Erwartungen an sie abgrenzten. Dies war in der Freizeit ebenso der Fall wie bei politischen Aktivitäten. Weder Geschlechterbeziehungen zwischen Migrant*innen und Deutschen noch politischer Aktivismus waren für ›Gastarbeiter*innen‹ vorgesehen. Die publizistische, soziale und politische Betreuung kann als Einhebungsversuch politischer und sexueller Praktiken gelesen werden, insofern sie regulierte, wie sich Migrant*innen im *gurbet* verhielten und bewegten.

III Zwischen Fabrik und Universität

Die Wege von Migrantinnen aus der Türkei kreuzten sich in den 1960er und 1970er Jahren in West-Berliner Fabriken und an Universitäten. Die Fabrik und die Universität waren Knotenpunkt, Einreiseweg sowie Aushandlungsraum des Privaten und Politischen zugleich. Als »Zugangstickets«, ¹ wie die Historikerin Jenny Pleinen verschiedene Einreisewege im Migrationsregime bezeichnet, konturierten die Arbeitserlaubnis und das Studierendenvisum den Handlungsspielraum der Zeitzeuginnen. Ob sie als Arbeiterinnen oder als Studentinnen nach West-Berlin gekommen waren, strukturierte ihre Handlungsoptionen und sozialen Rechte weit über die Einreise hinaus. Die Aufenthaltsbedingungen dieser beiden Einreisewege wirkten sich auch darauf aus, ob und in welcher Form die Zeitzeuginnen politisch aktiv waren, wie im folgenden Kapitel deutlich wird. Zugleich manifestiert sich in den Spuren der Zeitzeuginnen in der Fabrik und an der Universität, wie offizielle Kategorien der Migration an den Rändern ausfransten. »Gastarbeit«, Studium und Familienzusammenführung waren in erster Linie Zugangstickets in die Bundesrepublik, hinter denen sich vielfältige Motive und Gründe verbargen – die jedoch den weiteren Bewegungsspielraum prägten.

Dieser Handlungsspielraum war, wie das folgende Kapitel zeigt, zutiefst vergeschlechtlicht und verkörpert. In der Fabrik und der Universität, so das zentrale Argument dieses Kapitels, handelten Migrant*innen und migrationspolitische Akteure die Grenzen des Privaten und des Politischen neu aus. So forderte die Arbeitsmigration von Frauen, die dadurch meist zu den Hauptverdienerinnen der Familie wurden, bestehende Geschlechterverhältnisse in der Türkei und in Westdeutschland heraus. Die Vereinbarkeit von Lohnarbeit und Reproduktionsarbeit war eine der Fragen, die sich durch die Arbeitsmigration in beiden Ländern neu stellte. Die intersektionale Verflechtung von Geschlecht und Aufenthaltsstatus manifestierte sich häufig am Körper der Migrantinnen, wie etwa Konflikte um schwangere Arbeiterinnen zeigen.

Als Knotenpunkte, an denen sich Migrant*innen begegneten und austauschten, wurden die Fabrik und die Universität zudem zu zentralen Räumen kollektiver Organisation und Politisierung. In der Fabrik widersetzten sich Migrant*innen harten Arbeitsbedingungen und ungleicher Bezahlung mit eigensinnigen Praktiken und Arbeitskämpfen,

¹ Pleinen, Jenny: Die Migrationsregime Belgiens und der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2012, S. 166.

an der Universität gründeten sie Studierendenvereine und protestierten gegen politische Repressionen in der Türkei und in Westdeutschland. In beiden sozialen Räumen sozialisierten sich, nicht zuletzt geprägt durch die Arbeiter*innen- und Studierendenbewegung in der Türkei, Migrant*innen politisch.

1 Fabrik

1.1 »Die Fabriken waren voller Frauen«. Arbeit und Geschlecht

Am Tag nach ihrer Ankunft in West-Berlin im Herbst 1969 fuhr Ayten Firat gemeinsam mit 90 anderen Frauen mit dem Bus in die Fabrik. Angekommen bei der AEG, standen die Maschinen bereit. Die Frauen bekamen saubere weiße Schürzen und Haargummis, damit sich ihre langen Haare nicht in den Maschinen verfangen. Vor der Arbeit nach ihren Wünschen gefragt, baten die meisten Frauen den Vorgesetzten, ihre Ehemänner ebenfalls als Arbeiter anzufordern. Als zwei Monate ohne Neuigkeiten vergangen waren, beschloss Ayten Firat, die Sache selbst in die Hand zu nehmen. »Ein paar Freundinnen und ich haben gesagt: Lasst uns nicht auf den Chef warten, der Mann hat uns angelogen. Wir haben von den Frauen, die vor uns gekommen sind, gehört: Die AEG braucht Frauen, nicht Männer. Dann habe ich gesagt, Freundinnen, wir müssen unsere Männer selbst nachholen«, erzählt Ayten Firat.² Unter den Arbeiterinnen war eine Frau, deren Mann in West-Berlin studiert hatte und den Frauen versprach, ihre Männer zu holen. Der Ingenieur half ihnen mit dem Antragsformular, das die Frauen ausgefüllt ihren Männern schickten, und sagte: »Wenn ihr euren Mann am Flughafen seht, gebt ihr mir einen Umschlag mit 1.000 Mark.«³ Einige Frauen entschieden sich dagegen, weil sie den Preis zu hoch fanden, zwölf Frauen willigten ein, darunter Ayten Firat. »Wenn mein Mann sechs Monate später gekommen wäre, hätten wir mehr Geld verloren«, sagt sie rückblickend. Denn das hätte bedeutet, dass sie sechs Monate länger die Alleinverdienerin der Familie gewesen wäre.

In diesem Kapitel gehe ich der Frage nach, wie es sich auf die Geschlechterverhältnisse auswirkte, dass Frauen bevorzugt angeworben und dadurch häufig zu den Haupternährerinnen der Familie wurden. Dabei zeichne ich nicht nur die Transformationen nach, die sich durch die Fabrikarbeit türkeistämmiger Arbeiterinnen in den Geschlechterverhältnissen migrantischer Familien vollzogen, sondern auch, welche Wechselwirkungen dies für die westdeutschen Geschlechterverhältnisse hatte.

Mit dem Wunsch, ihren Ehemann so schnell wie möglich nachzuholen, war Ayten Firat nicht allein. Bereits 1963 berichtete die Deutsche Verbindungsstelle, verheiratete Arbeitsmigrantinnen versuchten »trotz ihrer Erklärung bei der Vermittlung allein in Deutschland arbeiten zu

² Zeitzeuginnengespräch mit Ayten Firat, Berlin, Pankow, 10.11.2022.

³ Ebd.

wollen, umgekehrt ihre Maenner nachzuziehen und bedraengen die Arbeitgeber um Beschaffung von Arbeitsplätzen und Wohnraum.«⁴ Alle Zeitzeuginnen, die als verheiratete Arbeiterinnen nach Westdeutschland kamen, holten ihren Mann nach. Manche Männer, die ihre Frauen vorgeschickt hatten, wurden mit zunehmender Zeit ungeduldig und drängten diese in Briefen, sie entweder schnell nachzuholen oder zurückzukommen.⁵ Ayla Yıldız, die 1972 mit einem Vertrag bei Sarotti nach West-Berlin gekommen war, weigerte sich, zurückzugehen; sie hatte sich daran gewöhnt, zu arbeiten. Auch Perihan Karadeli wollte bleiben, doch in der bayerischen Textilfabrik arbeiteten nur Frauen. Also nutzte sie ein kleines Täuschungsmanöver: Weil ihr Mann in der Mittelschule ein bisschen Deutsch gelernt und deutsche Tourist*innen in Sivas herumgeführt hatte, schlug sie ihrem Arbeitgeber vor, ihren Mann als Dolmetscher einzustellen.⁶ Andere Zeitzeuginnen, darunter auch Ayla Yıldız, bezahlten, nachdem es nicht möglich war, ihren Mann auf legale Weise nachkommen zu lassen, einen Vermittler, damit er ihren Mann nach West-Berlin holte. Anfang der 1970er Jahre hatten die zuvor Gekommenen bereits informelle Wege und Strategien der Migration gefunden und teilten ihr Wissen mit den Neuangekommenen.

Andere machten »mit der Sehnsucht Geschäfte«, wie die *Anadolu* 1973 über eine Dolmetscherin schrieb, die Arbeiterinnen eines großen West-Berliner Unternehmens versprochen hatte, ihre Männer schnell nachzuholen und dafür zwischen 200 und 700 DM kassierte.⁷ Im Februar 1971 beschwerten sich vier Arbeiterinnen bei der Türkischen Sozialistengemeinschaft (*Türk Tomplumcular Ocağı, TTO*)⁸ in West-Berlin über einen Vermittler, der sie mit dem Versprechen, ihre Ehemänner herzubringen, um 750 DM betrogen hatte.⁹ Ein Reisebüro in Berlin-Wedding besorgte

4 Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei an die BAVAV: Betr.: Vermittlung verheirateter weiblicher Arbeitskräfte, BArch, B119/3038, 23.2.1963, S. 2.

5 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Perihan Karadeli, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 23.4.2022; Zeitzeuginnengespräch mit Ayla Yıldız, Berlin, Wedding, 15.2.2023; Bultan, Fuat: »... jetzt fürchten sie sich selbst vor den Folgen.« Interview mit Fuat Bultan, in: Eryılmaz, Aytaç, Jamin, Mathilde (Hg.): *Fremde Heimat / Yaban, Silan olur. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei*, Essen 1998, S. 307–321, S. 317.

6 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Perihan Karadeli, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 23.4.2022.

7 Koca Tüccarı Fatma Yakalandı, in: *Anadolu*, 10.2.1973. Die 27-Jährige, die sich auf diesem Wege 1.300 DM erschwindelt haben soll, wurde von einem Gericht zu einer Geldstrafe von 1.500 DM verurteilt.

8 Zur Entstehungsgeschichte der Türkischen Sozialistengemeinschaft vgl. Kapitel 4.1.1.

9 Vgl. Bize Sorun, in: *Türkiye’de Kurtuluş*, 12.2.1971, S. 4.

türkeistämmigen Arbeiterinnen die namentliche Anforderung für ihre Ehemänner, die als ungelernte Arbeiter auf offiziellem Weg sieben Jahre auf die Einreise gewartet hätten, dem *Spiegel* zufolge gegen eine Gebühr von 2.000 DM.¹⁰ Ein weiteres Reisebüro am Kottbusser Damm in Berlin-Kreuzberg und ein Malerbetrieb in Berlin-Wilmersdorf lockten verheiratete Arbeiterinnen mit dem gleichen Versprechen und verlangten dafür zwischen 1.600 und 2.000 DM.¹¹ Diese Vermittlungen, mit denen Dolmetscher*innen, Reisebüros und Betrüger*innen aus namentlichen Anforderungen ein Gewerbe machten, können mit Serhat Karakayalı als »professionalisierte Verdichtung«¹² selbstorganisierter Anwerbepraxis verstanden werden.¹³

Atiye Altül ging erst gar nicht den Umweg über einen Vermittler und bezahlte von ihrem zweiten Lohn ein Flugticket für ihren Mann.¹⁴ Dieser studierte jedoch an der Freien Universität Psychologie und konnte mit einem Studentenvisum einreisen. Für die Männer, die als Arbeiter nach Westdeutschland kommen wollten, blieb als weiterer Weg die Einreise mit einem Touristenvisum für drei Monate.¹⁵ Auf diesem sogenannten *Dritten Weg* konnten Migrant*innen sich nach ihrer Ankunft eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis ausstellen lassen. Da aber ab 1965 zumindest offiziell keine Arbeitserlaubnisse mehr auf diesem Weg erteilt wurden, wurden viele Migrant*innen nach Ablauf ihres Touristenvisums illegalisiert.¹⁶ Dagegen wehrten sich mehr als 2.000 türkeistämmige Arbeitsmigrantinnen, die von West-Berliner Unternehmen angeworben worden waren, im November 1973. Auf einer Pressekonferenz der Humanistischen Union warfen sie den Behörden vor, das Eheschutzgebot des

10 Vgl. »Die Türken kommen – rette sich, wer kann«, in: Der Spiegel 31, 30.7.1973, S. 24-34.

11 Vgl. B. Berlinde bir Şebeke, in: Türkiye'de Kurtuluş 78, 16.2.1973, S. 8.

12 Karakayalı, Serhat: Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld 2015, S. 109.

13 Vgl. hierzu auch Uçar, Ali: Illegale Beschäftigung und Ausländerpolitik. Die Praxis der Ausländerpolitik und die illegale Beschäftigung der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1983, S. 36 f.; Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit: Betr.: Beteiligung von Ortskräften der Deutschen Verbindungsstelle an Fälschungs- und Täuschungshandlungen, um untauglichen Bewerbern gegen Entgelt die Ausreise nach Deutschland zu ermöglichen, BArch, B 119/4706, 14.12.1970.

14 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

15 Zu den beiden alternativ zum offiziellen Anwerbeverfahren in der Deutschen Verbindungsstelle (*Erster Weg*) existierenden Einreisewegen (*Zweiter und Dritter Weg*) s. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 67-70.

16 Vgl. Karakayalı, Serhat: Gespenster der Migration, 2015, S. 130. Karakayalı bezeichnet diesen Einreiseweg deshalb als *Vierten Weg*.

Grundgesetzes zu verletzen, indem sie den Ehemännern keine Aufenthaltserlaubnis erteilten.¹⁷

Dass Frauen diejenigen waren, die vorangingen, zeitigte weit komplexere Folgen als in der Migrationsforschung vielfach unter der modernisierungstheoretischen Dichotomie von Emanzipation und Tradition untersucht. Auf der einen Seite gingen die finanzielle Unabhängigkeit und die Migrationserfahrung mit einer größeren Autonomie und Entscheidungsmacht der Arbeitsmigrantinnen einher. Zugleich hatte die teils jahrelange Trennung von Ehepartnern und Kindern einen hohen Preis.¹⁸ In den Zeitungen, der zeitgenössischen Popkultur und den Erinnerungen der Zeitzeuginnen finden sich zahlreiche Spuren von Ehekonflikten, zerbrochenen Familien und Scheidungen.¹⁹ Remziye Ünal, deren Mutter bereits 1965 als Arbeitsmigrantin nach Westdeutschland gegangen war, sagt, dies habe das Familienverhältnis »sehr belastet oder zerstört eigentlich«.²⁰ »Es kam große Unruhe in die Familie, weil das für meinen Papa eine große Belastung war, er hat ja auch neun bis zehn Stunden gearbeitet und musste sich um die Kinder kümmern. Ich konnte keinen Haushalt, musste es langsam ein bisschen lernen, aber ich bin auch zur Schule gegangen.«²¹ Der Vater konnte sich aufgrund seines Alters nicht als Arbeiter registrieren lassen und reiste mit einem Touristenvisum nach West-Berlin, wo Remziye Ünal mittlerweile mit ihrer Mutter und ihren Brüdern lebte. In West-Berlin war er auf seine Familie zurückgeworfen und konnte die Sprache nicht. Die Familie zerbrach daran.

Wenn die Männer ihren Frauen nach einem Jahr nachreisten, fanden sie sich in der Position wieder, sich von ihren Frauen leiten zu lassen, die sich bereits eingelebt hatten. »Um ein Bild zu gebrauchen, das die Situation auch im Hinblick auf die umgekehrten Verhältnisse im Herkunftsland vergegenwärtigt: Diese Männer mußten auf der Straße zwei

17 Vgl. Eheleben nur zu Besuchszeiten. Türkische Gastarbeiterinnen kämpfen um Aufenthaltsgenehmigungen für ihre Männer, in: *Süddeutsche Zeitung*, 20.11.1973.

18 Vgl. Abadan-Unat, Nermin: *Emancipation or Pseudo-Emancipation. Fallacy or the Force of Social Control in a Global World*, in: Abadan-Unat, Nermin, Mirdal, Gretty (Hg.): *Emancipation in Exile. Perspectives on the Empowerment of Migrant Women*, Istanbul 2015, S. 11-41; Abadan-Unat, Nermin: *Implications of Migration on Emancipation and Pseudo-Emancipation of Turkish Women*, in: *The International Migration Review* 11/1, 1977, S. 31-57.

19 Dieses Motiv findet sich beispielsweise in zahlreichen Filmen, darunter: Şerif Gören: *Almanya Acı Vatan, Türkei* 1979; Oksal Pekmezoğlu: *Almanya'da Bir Türk Kızı, Türkei*, 1974; Helma Sanders: *Shirins Hochzeit, Deutschland* 1975; Korhan Yurtsever: *Kara Kafa, Türkei* 1979.

20 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

21 Ebd.

Schritte hinter ihren Frauen gehen, um sich nicht falsch zu verhalten«, beschrieb der Schriftsteller Yüksel Pazarkaya diese Transformation bildlich.²² »Das war dann auch wieder eine Wucht. Dass die Männer hierherkamen, Frauen wussten alles, kannten das Leben hier. Männer waren zum ersten Mal in der Rolle, etwas nachholen und lernen zu müssen«, sagt Berrin Önlér-Sayan, die 1974 als Studentin in die Bundesrepublik kam und später Sozialarbeiterin in West-Berlin war. »Ich habe sofort an deutsche Frauen nach dem Krieg gedacht: Plötzlich mussten Frauen Schutthaufen wegräumen und arbeiten und hatten eine andere Stellung in der Familie. Dann kamen die Männer vom Krieg zurück.«²³ Nach der Ankunft der Ehemänner kam es aufgrund der veränderten Konstellationen in vielen Familien zu schweren Zerrüttungen. »An die Stelle der vom Mann abhängigen Frau war eine Frau getreten, die sich wirtschaftliche Unabhängigkeit erarbeitet und ein neues Selbstbewußtsein entwickelt hatte«, schilderte der Türk-Danış-Sozialberater Fuat Bultan in einem Interview die Auswirkungen der Arbeitsmigration von Frauen auf die Geschlechterverhältnisse. »In dieser Situation versuchten viele Männer, sich durch Gewalt ihre frühere dominierende Rolle zurückzuerobieren. Doch die Frauen, die so behandelt wurden, zogen es vor, ihre Männer zu verlassen und sich von ihnen zu trennen.«²⁴ Im türkischen Konsulat soll es Schilderungen einer Arbeitsmigrantin zufolge Versuche gegeben haben, Scheidungen durch die Drohung zu verhindern, den Arbeiterinnen die deutsche Arbeitserlaubnis zu entziehen.²⁵

In einer Befragung türkeistämmiger Migrant*innen von 1972 beschwerten sich mehrere Männer über die bevorzugte Anwerbung von Frauen und daraus resultierenden Umbrüche in den Geschlechterverhältnissen. Ein Mann klagte etwa, dass er mehrere Jahre nur als Tourist hin- und herreisen könne, wenn er das Familienleben aufrechterhalten wolle, was teuer war. »Und es geht einem anständigen Mann gegen die Ehre, daß er nicht arbeiten darf und seine Frau beide unterhalten muß.«²⁶ Ein Zimmermann erzählte, dass er keine Arbeitserlaubnis bekomme, weil er über 40 sei. »Also komme ich als Tourist, sitze den ganzen Tag untätig herum, verdiene nichts und muß alle drei Monate auf meine Kosten,

22 Pazarkaya, Yüksel: Spuren des Brots. Zur Lage der ausländischen Arbeiter, Zürich 1983, S. 62.

23 Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 16.6.2021.

24 Bultan, Fuat: »... jetzt fürchten sie sich selbst vor den Folgen.«, 1998, S. 318.

25 Vgl. Füruzan: Logis im Land der Reichen, 1985, S. 54.

26 Manyas: Bericht über Gespräche mit türkischen Arbeitnehmern und ihren Familien in Berlin, LAB, B Rep. 002 Nr. 17170, Februar 1972, S. 30.

genauer gesagt, auf Kosten meiner Frau, in die Türkei zurückfahren. Es verletzt meinen Stolz als Ehemann, daß ich von meiner Frau unterhalten werde, obwohl ich in der Lage wäre zu arbeiten und sie zu unterhalten.«²⁷

Im Februar 1980 wandten sich 20 Ehemänner von Arbeitsmigrantinnen mit der Bitte an die türkische Redaktion des *Senders Freies Berlin* (SFB), die politischen Entscheidungsträger auf ihre Probleme aufmerksam zu machen. »Unsere Ehefrauen arbeiten, wir hingegen arbeiten schwarz, wenn wir Arbeit finden, und versuchen uns die Zeit zu vertreiben, wenn es keine Arbeit gibt. Der Lohn unserer Frauen reicht nicht aus, wir warten auf den Monatsbeginn«, schilderten sie ihre Situation in dem Hörerbrief. »Wir bekommen erst nach vier Jahren eine Arbeitserlaubnis. Natürlich gehen wir ins Gazino, in Lokale und Vereine. Nach vier Jahren können wir unsere vorherigen Lebensbedingungen, die Gazinos, Kneipen und Vereine nicht leicht vergessen und darum gibt es zuhause Probleme. In der Gesellschaft sind wir mit Diskriminierung und Herabsetzung konfrontiert. Wie können sie von uns ›Integration‹ verlangen und erwarten, dass wir nicht in rechte oder linke Vereine gehen? Zuerst sollen sie eine Lösung für unsere Probleme finden und dann Integration fordern. Wir wollen nicht als Abschaum der Gesellschaft bezeichnet werden, wir wollen auch arbeiten.«²⁸ Dass die Ehemänner ihre Kneipenbesuche, Ehekonflikte und politischen Vereinsaktivitäten argumentativ gegen Integrationsforderungen kontrastieren, lässt sich als spezifische Antwort auf das Integrationsparadigma der frühen 1980er Jahre lesen.²⁹ Damit erlaubt der Hörerbrief der 20 Ehemänner Einblicke in die strukturellen Probleme, die das vergeschlechtlichte Migrationsregime hervorrief. Die Umbrüche in den Geschlechterverhältnissen von migrantischen Familien, das wird hier deutlich, waren nicht nur auf die individuellen Entscheidungen der Arbeitsmigrantinnen zurückzuführen, sondern wurden zumindest zum Teil durch migrationspolitische Regelungen produziert.

*»Entgegen der üblichen Rollenverteilung«.
Staatliche Regulierungsversuche*

Angeichts der auf alleinstehende mobile Arbeitsmigranten ausgelegten Anwerbepolitik und der großen Nachfrage nach weiblichen Arbeiterin-

²⁷ Ebd., S. 30 f.

²⁸ Sorunlarına çare arayan 20 işçi eşi an SFB, Türkische Redaktion: Berlin Radyosu yetkili Makamlarına, AdK, Ören K 52/12, 14.2.1980.

²⁹ Zur Entstehung und Entwicklung des Integrationsparadigmas Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre s. Kapitel 4.3.2 und Kapitel 5.2.1.

nen stellten die Familien verheirateter Arbeitsmigrantinnen die Behörden vor Herausforderungen. Im Sommer 1972 monierte das nordrhein-westfälische Innenministerium in einem Brief an das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dass in letzter Zeit vermehrt »ausländische Ehefrauen, die mehrere Kinder zu versorgen haben, angeworben werden, während die Ehemänner – insbesondere aus gesundheitlichen Gründen – vorerst in ihren Heimatländern verbleiben. Nach kurzer Zeit reisen sie zu Besuchszwecken bzw. im Rahmen der Familienzusammenführung zu ihren Frauen.«³⁰ Über diesen Weg, so die Sorge des Innenministeriums, gelangten kranke Männer in die Bundesrepublik, deren Gesundheitszustand eine Anwerbung auf dem offiziellen Weg verhindert hätte und nun eine Abschiebung verhindere. Das Ministerium regte deshalb an, Frauen von der Anwerbung auszuschließen, deren Ehemänner aus gesundheitlichen Gründen für eine Anwerbung nicht in Frage kämen.³¹ Weder das Bundesamt für Arbeit noch die türkische Arbeitsverwaltung sahen eine rechtliche Grundlage für eine solche Regelung.³²

Lauren Stokes hat zu Recht darauf hingewiesen, dass diese Sorge um die öffentliche Gesundheit zutiefst vergeschlechtlicht war: Um die Gesundheit der auf dem gleichen Weg nachgereisten Ehefrauen von Arbeitsmigranten machten sich die Behörden weit weniger Gedanken, woraus Stokes schließt, dass die Bedenken sich vielmehr auf die transformierten Geschlechterverhältnisse richteten.³³ Dieses Argument wird durch einen Brief gestützt, in dem sich die Deutsche Botschaft irritiert über das vermeintliche Problem der umgangenen Gesundheitskontrolle zeigte, da auch namentlich angeforderte Ehemänner die ärztliche Kontrolle in der Verbindungsstelle durchliefen. »Schwierigkeiten könnten sich lediglich dann ergeben, wenn der Zurückgewiesene die Einreise in die Bundesrepublik im Rahmen der Familienzusammenführung (angeb-

30 Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Betr.: Ausländerwesen; hier: Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer, BArch, B 149/76220, 5.7.1972; Bundesanstalt für Arbeit an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Betr.: Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer aus den Anwerbeländern; hier: Vermittlung von Ehefrauen, deren Ehemänner für eine Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik Deutschland nicht in Betracht kommen, insbesondere aus gesundheitlichen Gründen, BArch, B 149/76220, 3.10.1973.

31 Vgl. Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Betr.: Ausländerwesen; hier: Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer, BArch, B 149/76220, 5.7.1972.

32 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Betr.: Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer durch die Dienststellen in den Anwerbeländern, BArch, B 149/76220, 17.11.1972.

33 Vgl. Stokes, Lauren: *Fear of the Family*, 2022, S. 107.

lich) ohne Absicht einer Arbeitsaufnahme begehrt«.³⁴ Eine Verweigerung der Aufenthaltserlaubnis für nachgereiste Ehemänner, die ihrer arbeitenden Ehefrau den Haushalt führten, so die Botschaft, sei nach einigen Gerichtsbeschlüssen nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.

Auch die Ministerien wurden darauf aufmerksam, dass die aufenthaltsrechtliche Praxis nachgereiste Männer Frauen gegenüber benachteiligte. Der Innensenator von Berlin wies darauf hin, dass nachgereiste Ehefrauen auch ohne Sichtvermerk nach einiger Zeit eine Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitsaufnahme erhielten. Nachziehenden Ehemännern wurde hingegen selbst die Aufenthaltserlaubnis zu Besuchszwecken verwehrt, weil die Behörden davon ausgingen, dass »erfahrungsgemäß die Ehemänner schwarz arbeiten«.³⁵ Tatsächlich schien es für die staatlichen Akteure schwer vorstellbar zu sein, dass Männer, die per Familienzusammenführung zu ihren Ehefrauen gereist waren, den Haushalt übernahmen und die Frauen in der Fabrik arbeiteten. Dies geht aus dem Beschluss einer Besprechung der Ausländerreferenten im Mai 1973 hervor, nach dem nachreisende Frauen und Männer künftig gleichbehandelt werden sollten:³⁶ »Das schließt jedoch nicht aus, daß bei Anträgen auf Familiennachzug von Ehemännern besonders sorgfältig zu prüfen ist, ob die dafür notwendigen Voraussetzungen gegeben sind«, heißt es in der Niederschrift weiter, »insbesondere, ob der Ehemann tatsächlich – entgegen der üblichen Rollenverteilung – die Familie betreuen und nur die Ehefrau erwerbstätig sein will.«³⁷ Dabei unterschlugen die Ausländerreferenten, dass in vielen Fällen die daheimgebliebenen Männer bereits in der Türkei die Kinderbetreuung übernommen hatten, wenn ihre Frauen als Arbeiterinnen nach Westdeutschland gegangen waren.³⁸

Hier wird deutlich, welche Rolle staatliche Akteure durch die vergeschlechtlichte Anwerbepolitik bei der Konstruktion von Geschlechter-

34 Botschaft der Bundesrepublik Deutschland Ankara an das Auswärtige Amt: Betr.: Einreise ausländischer Arbeitnehmer, deren Ehefrauen im Bundesgebiet beschäftigt sind, BArch, B 149/76220, 19.6.1974.

35 Der Senator für Inneres Berlin an den Bundesminister des Innern: Betr.: Grundsatzenfragen des Ausländerrechts, BArch, B 149/76220, 29.3.1973.

36 Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern an die Regierungen: Vollzug des Ausländergesetzes; hier: Nachzug des nicht erwerbstätigen Ehemannes, BArch, B 149/76220, 30.7.1973.

37 Ebd.

38 Vgl. etwa Abadan-Unat, Nermin: Implications of Migration on Emancipation and Pseudo-Emancipation of Turkish Women, 1977, S. 40; Kudat, Ayşe: Stabilität und Veränderung der türkischen Familie. Vergleichende Perspektiven, Berlin 1975, S. 87f.

verhältnissen und -normen in migrantischen Familien einnahmen.³⁹ Unabhängig davon, ob die nachgereisten Ehemänner ohne Arbeits-erlaubnis tatsächlich die Reproduktionsarbeit übernahmen oder einer undokumentierten Arbeit nachgingen – im vergeschlechtlichten Mi-grationsregime kehrten sich die in Westdeutschland und der Türkei bis in die 1970er Jahre dominanten Geschlechterrollen eines männlichen Alleinverdieners und einer weiblichen Hausfrau um.⁴⁰ Dieser Umbruch war kein bloßes Nebenprodukt der Arbeitsmigration, sondern korrelierte mit den Geschlechterverhältnissen in der Bundesrepublik, wie sich im Folgenden zeigen wird.

Der westdeutsche Arbeitsmarkt und Geschlecht

Im Jahr 1970 gingen 55 Prozent der migrantischen Frauen in der Bun-desrepublik einer Erwerbsarbeit nach, aber nur 29 Prozent der westdeut-schen Frauen.⁴¹ Unter türkeistämmigen Frauen in West-Berlin sei es normal gewesen zu arbeiten, sagt Atiye Altül im Zeitzeuginnengespräch: »Die Fabriken waren voller Frauen, meine Liebe.«⁴² Monika Mattes argu-mentiert in ihrer Studie zu ›Gastarbeiterinnen‹, dass der Arbeitsmarkt ge-schlechterpolitisch strukturiert war und Staat und Wirtschaft eine Dop-pelstrategie verfolgten: Durch die Anwerbung von Arbeitsmigrantinnen konnten Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor besetzt werden, ohne dass die geschlechterspezifische Arbeitsteilung des bis in die 1960er Jahre ver-breiteten Ernährer/Hausfrau-Modells gefährdet war.⁴³ Parallel wurde für westdeutsche verheiratete Frauen Teilzeitarbeit als weibliches Erwerbs-modell etabliert. Die Historikerin Christine von Oertzen versteht Teil-zeitarbeit als »konkrete Form, in der die Geschlechterhierarchie gerade in Phasen schnellen sozialen und gesellschaftlichen Wandels hartnäckig reproduziert wurde«.⁴⁴ Durch diese »ethnische ›Unterschichtung‹ konnte es gelingen«, so Mattes, »die geschlechtsspezifische Segmentierung und

39 Vgl. Kofman, Eleonore: *Female ›Birds of Passage‹ a Decade Later*, 1999, S. 279.

40 Vgl. hierzu auch Zeppenfeld, Stefan: *Vom Gast zum Gastwirt?*, 2021, S. 79. Zeppenfeld zeigt am Beispiel von Siemens auf, dass türkeistämmige Frauen für den Betrieb von solcher Relevanz waren, dass für ihre Anwerbung auch ihre Männer als Anhang in Kauf genommen wurden.

41 Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 10.

42 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

43 Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 11 f.

44 Oertzen, Christine von: *Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen. Geschlechterpolitik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948-1969*, Göttingen 1999, S. 14.

Segregierung der Erwerbswelt weitgehend aufrechtzuerhalten.«⁴⁵ Die Anwerbung von Arbeitsmigrantinnen kann demnach auch als Maßnahme begriffen werden, das staatlich geförderte patriarchale Familienmodell zu stabilisieren. Historiker*innen wie Christopher Neumaier, Robert Moeller und Uta Poiger haben argumentiert, dass die Kernfamilie in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft eine zentrale soziale Stabilisierungs- und Ordnungsfunktion einnahm.⁴⁶ Im Kontext des Kalten Krieges stellte die familienpolitisch geförderte ›Hausfrauenehe‹ eine doppelte Abgrenzung von der nationalsozialistischen Vergangenheit und den kommunistischen Geschlechterverhältnissen in der DDR dar.⁴⁷ Das Ideal der christlich-bürgerlichen Kernfamilie ging einher mit der Konstruktion eines vom staatlichen Zugriff geschützten Binnenraums.⁴⁸

Diese konstruierte Trennung von öffentlichem und privatem Raum – und damit von Privatem und Politischem – entsprach nicht der Realität von Arbeitsmigrant*innen, die Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung vereinbaren mussten und dem Zugriff des Migrationsregimes ausgesetzt waren. Zweifellos war weibliche Erwerbsarbeit auch unter westdeutschen Frauen in den 1960er und 1970er Jahren keine Ausnahme mehr und wurde durch Gesetzesreformen erleichtert. Da sich die sozialen Praktiken jedoch wesentlich langsamer wandelten, so das Argument Neumaiers, müsse der Zäsurcharakter beider Jahrzehnte relativiert werden.⁴⁹ Insofern stellte allein die Präsenz von Arbeitsmigrantinnen, die ganztags oder gar in mehreren Schichten arbeiteten und ihre Kinder entweder zurückgelassen hatten oder deren Betreuung mit ihrer Erwerbsarbeit vereinbaren mussten, einen neuralgischen Punkt dar.⁵⁰ Das wirft die Frage auf, ob Migrantinnen Transformationen in den Geschlechterverhältnissen angestoßen haben, indem sie etwa die Vereinbarkeit von Beruf und Familie einforderten. Die Schweizer Historikerin Francesca Falk argumentiert, dass Arbeitsmigration und der daraus resultierende Bedarf an Kinderbetreuung zum Ausbau von Kinderkrippen geführt hat. Die progressive

45 Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 184.

46 Vgl. Neumaier, Christopher: Familie im 20. Jahrhundert. Konflikte um Ideale, Politiken und Praktiken, Berlin, Boston 2019, S. 285; Moeller, Robert: Protecting Motherhood. Women and the Family in the Politics of Postwar West Germany, Berkeley, Los Angeles, London 1993; Poiger, Uta: Krise der Männlichkeit. Remaskulinisierung in beiden Nachkriegsgesellschaften, in: Naumann, Klaus (Hg.): Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, S. 227-263.

47 Vgl. Moeller, Robert: Protecting Motherhood, 1993, S. 5f.; Mattes, Monika: Migration und Geschlecht in der Bundesrepublik Deutschland, 2008, S. 25.

48 Vgl. Neumaier, Christopher: Familie im 20. Jahrhundert, 2019, S. 285.

49 Vgl. ebd., S. 512.

50 Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 220.

Normalisierung dieser Infrastruktur untersucht Falk als eine Form der »gender innovation«, die Migration in der Schweiz hervorgebracht hat.⁵¹

Die Schwierigkeit, Kinderbetreuung und Erwerbsarbeit in der Bundesrepublik zu vereinbaren, findet sich etwa in der Erzählung von Perihan Karadeli, die 1967 und 1968 zwei Töchter bekam. Zwei Monate nach der Geburt ihres ersten Kindes fing sie wieder an zu arbeiten. »Wir hatten eine türkische Nachbarin, die unter uns wohnte. Mein Mann kam um zwei von der Arbeit heim, die Fahrt hat eine Stunde gedauert. Ich bin auch eine Stunde früher losgegangen, um zwei hat meine Arbeit angefangen. Diese eine Stunde war mein Kind allein«, sagt sie im Zeitzeuginnengespräch. »Ich habe es zum Schlafen gelegt und meiner Nachbarin gesagt: ›Ich gehe zum Arbeiten, mein Mann kommt in einer Stunde, das Kind schläft oben. Passen Sie in dieser Stunde auf, ob Sie oben etwas hören.‹ So haben wir das Kind aufgezogen. Das war sehr schwierig. Es gab keinen Kindergarten, und wenn ja, wussten wir nichts davon, sie haben keine türkischen Kinder aufgenommen.«⁵²

Als sie auch nach dem Umzug aus Bayern nach West-Berlin keinen Kitaplatz für ihre Töchter fand, ging Karadeli zur Senatsverwaltung. Dort war sie mit einer barschen Reaktion der Beamtin konfrontiert, die sie retrospektiv als rassistisch einstuft, ohne die einzelnen Worte verstanden zu haben.⁵³ »Ich habe es nicht genau verstanden, wusste aber, dass sie etwas Schlimmes sagt. Die Frau hat so etwas gesagt wie: ›Hast du die Kinder im Vertrauen in uns auf die Welt gebracht?‹ Warum geboren, manches verstehst du nicht, aber wenn du die einzelnen Wörter zusammensetzt, verstehst du, was sie sagt.«⁵⁴ Die Hilflosigkeit, sich gegen rassistische Bemerkungen in der Fremdsprache nicht wehren zu können, die aus dieser Erzählung spricht, findet sich auch in den Erinnerungen anderer Zeitzeuginnen. »Egal wie gut du die Sprache beherrschst, kannst du auf so etwas nicht sofort sprachlich reagieren. Du bist erstmal wie gelähmt und dann tut es dir weh, dass du nicht dementsprechend darauf reagieren konntest. Das sind vielleicht, könnte man sagen, Kleinigkeiten, aber jeden Tag passiert irgendwas,«⁵⁵ sagt etwa Berrin-Önler-Sayan. »Of-

51 Vgl. Falk, Francesca: *Gender Innovation and Migration in Switzerland*, 2019, S. 39–54.

52 Zeitzeuginnengespräch mit Perihan Karadeli, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 23.4.2022.

53 Zur Bedeutung von Sprache in rassistischen Erfahrungen vgl. Cäsar, Thaisa: *Ungesehen*, 2024, S. 105–114.

54 Zeitzeuginnengespräch mit Perihan Karadeli, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 23.4.2022.

55 Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önler-Sayan, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021

fener Rassismus hat mich nicht so sehr gestört. Darauf habe ich gleich geantwortet: Rassist, Faschist, und so weiter. Aber diese subtilen rassistischen Aussagen von Intellektuellen haben mich getroffen wie ein Pfeil. Wenn man es gleich verstanden und etwas gesagt hat und darauf gesagt wurde, es sei ein Missverständnis, hat einen das verrückt gemacht«, sagt Atiye Altül.⁵⁶ Für Perihan Karadeli gab diese Rassismuserfahrung den Ausschlag dafür, Erzieherin zu werden. »Da habe ich gesagt, ich werde Erzieherin und werde meine Kinder dabeihaben, dann werden sie schon sehen.«⁵⁷ Die AWO eröffnete Anfang der 1970er Jahre acht Kitas für die Kinder von Arbeitsmigrant*innen und suchte dafür Erzieherinnen.⁵⁸ Im Juli 1971 fing Karadeli an, in der Kita in Berlin-Wedding zu arbeiten. »Wir hatten drei Gruppen, die sich sofort gefüllt haben. Es gab großen Bedarf. Denn damals gab es wenige deutsche Kitas und sie haben nicht jeden genommen.«⁵⁹ Nimmt man Zeitgeschichte als Migrationsgeschichte in den Blick, ließe sich argumentieren, dass die 1960er und 1970er Jahre durchaus eine Zäsur in der Transformation der Geschlechterverhältnisse darstellten – für migrantische Frauen, die durch ihre Praktiken die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie in der Gesellschaft normalisierten.

1.2 Arbeitsbedingungen und Eigen-Sinn am Fließband

»In der Radiolampenfabrik hatte ich ein neues Wort gelernt. Akkord. Man sagte nicht mehr, ich komme aus der Fabrik, man sagte, ich komme vom Akkord. ›Akkord macht meine Hände, meine Arme kaputt, Akkord schneidet mir meine Flügel ab, Akkord ist gutgegangen, Akkord ist kaputt.‹ Seitdem es Akkord gab, konnten die Frauen nicht mehr auf die Toilette gehen. Oft fielen ihnen Haare aus und lagen auf ihrem Tisch, aber sie arbeiteten zwischen ihren Haaren weiter an den Radiolampen. Manchmal sagten sie: ›Dieser Akkord wird mich töten.‹ Durch den Akkord teilten sich die Frauen in der Fabrik in zwei Gruppen, die Frauen, die den Akkord schafften, und die, die ihn nicht schafften.«⁶⁰

56 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

57 Zeitzeuginnengespräch mit Perihan Karadeli, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 23.4.2022.

58 Vgl. Zeppenfeld, Stefan: Vom Gast zum Gastwirt?, 2021, S. 165f.

59 Zeitzeuginnengespräch mit Perihan Karadeli, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 23.4.2022.

60 Özdamar, Emine Sevgi: Die Brücke vom Goldenen Horn, 2002, S. 91.

Was Emine Sevgi Özdamar hier autofiktional verdichtet beschreibt, entspricht im Wesentlichen – wenn auch poetisiert – den Schilderungen der Zeiteuginnen ihres Arbeitsalltags in der Fabrik. Akkord-, Fließband- und Schichtarbeit war in fast allen Industriebranchen die Regel.⁶¹ Während die Migrationsgeschichte makrostrukturelle Zusammenhänge der Anwerbepolitik und migrantischer Arbeitswelten extensiv untersucht hat, blieben die konkreten Arbeitsbedingungen von Arbeitsmigrant*innen erstaunlich unterbelichtet.⁶² Geriet die mikropolitische Ebene der Produktionsbedingungen ins Zentrum des Forschungsinteresses, so geschah dies meist im Zusammenhang mit der Untersuchung von Streikbewegungen. Für die Migrationsgeschichte gilt deshalb nicht minder die Beobachtung, die Thomas Welskopp in Bezug auf die Arbeitergeschichte formuliert hat, die den historischen betrieblichen Alltag nur von der Ausnahmesituation des Arbeitskampfes her erfasst habe, nicht aber vom Normalfall der Routineproduktion her.⁶³ Dies mag auch dem Umstand geschuldet sein, dass Archivbestände zum Fabrikalltag rar sind und überwiegend von staatlichen oder betrieblichen Akteuren produziert wurden. Quellen, in denen die Stimmen der Arbeiter*innen hörbar werden, sind nur fragmentarisch überliefert. Da der Alltag und die Erfahrungen der Menschen den Quellen meist »nur in verwischter oder (vielfach) verschlüsselter Form eingeschrieben«⁶⁴ sind, kommt lebensgeschichtlichen Quellen eine große Bedeutung zu.⁶⁵ Die Erinnerungen der Zeiteuginnen, die stets als »sozial geprägte, kommunikative Konstruktionen«⁶⁶ gelesen werden müssen, ermöglichen zu einem gewissen Grad einen Perspektivwechsel, der die Handlungsbedingungen und Handlungsmacht der Akteurinnen zentriert.

61 Vgl. Mattes, Monika: Migration und Geschlecht in der Bundesrepublik Deutschland 2008, S. 25.

62 Vgl. analog dazu der Befund von Winfried Süß und Dietmar Süß einer Zeitgeschichte der Arbeitswelten ohne Arbeiter: Süß, Winfried; Süß, Dietmar: Zeitgeschichte der Arbeit. Beobachtungen und Perspektiven, in: Andresen, Knud u. a. (Hg.): »Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er Jahren, Bonn 2011, S. 345-365, S. 355.

63 Vgl. Welskopp, Thomas: Produktion als soziale Praxis. Praxeologische Perspektiven auf die Geschichte betrieblicher Arbeitsbeziehungen, in: Andresen, Knud u. a. (Hg.): Der Betrieb als sozialer und politischer Ort. Studien zu Praktiken und Diskursen in den Arbeitswelten des 20. Jahrhunderts, Bonn 2015, S. 29-52, S. 32.

64 Lüdtko, Alf: Einleitung: Was ist und wer treibt Alltagsgeschichte?, 1989, S. 19.

65 Vgl. hierzu Akgöz, Gökem: Citizens on the Shop Floor. Negotiating Class, Citizenship and National Identity in a Turkish State Factory, in: Labor History, 61/1, 2020, S. 24-35, S. 25.

66 Althaus, Andrea; Apel, Linde: Oral History, online abrufbar unter: docupedia.de/zg/Althaus_apel_oral_history_vi_de_2023.

Viele Zeitzeuginnen haben Erfahrungen mit Akkordarbeit und der damit einhergehenden Beschleunigung gemacht. Türkan Alp, die 1970 mit einem Arbeitsvertrag bei Siemens nach West-Berlin kam, beschreibt die Fabrikarbeit als große Veränderung: »Jede Sekunde zählt. Ohnehin haben alle Arbeiterinnen die Türkinnen nicht gemocht, weil sie viel Geld verdienen wollten. Je mehr Geld sie verdienten, desto schneller konnten sie in die Türkei zurückgehen. Aber niemand ist zurückgekehrt. So haben sie gearbeitet, aber wie. Die Frauen konnten es nicht vermitteln: Wenn sie schnell arbeiten, wurde sofort justiert. Wenn du davor fünf Stück in der Stunde gefertigt hast und nun zehn, nimmst du den anderen fünf Stück weg.«⁶⁷ Diese Spaltung unter den Arbeiterinnen bezeichnete der *Konkret*-Journalist Michael Schneider in seinem Report *Siemens, deine Kulis* 1971 als »Teile-und-Beherrsche-Taktik«. Die Konzernleitung spielte Arbeiter*innen durch multinationale Besetzung der Bandkolonnen und daraus resultierender erschwelter Verständigung sowie durch Gruppenakkorde gegeneinander aus. Arbeitsmigrantinnen wurden entweder als Lohndrückerinnen wahrgenommen oder als diejenigen, die den Bandakkord behinderten.⁶⁸

Ähnlich schilderte eine Arbeitsmigrantin 1979 in einer Broschüre der Alternativen Liste den Akkord in der Berliner Glühlampenfabrik Osram: »Bei Einzelakkord bist du auf dich selber gestellt, hast mehr Freiraum. Aber bei Gruppenakkord kannst Du noch nicht mal aufs Klo gehen. Unsere Arbeiten am Fließband sind alle aneinander gekoppelt. Jeder ist auf die Schnelligkeit des anderen angewiesen. Das Fließband läuft ziemlich schnell. Wenn man zwei Wörter wechselt, hat man schon einen Riesenhaufen von Ampeln vor sich.«⁶⁹ Der von außen diktierte Takt erschwerte die Kommunikation zwischen den Arbeiter*innen und damit das Zustandekommen kollektiver Kämpfe; Rüdiger Hachtmann und Adelheid von Saldern verstehen tayloristische und fordistische Arbeitsstrukturen deshalb immer auch als Herrschaftstechniken, die Handlungsspielräume von Arbeiter*innen beschnitten.⁷⁰ »Man weiß nach einer Weile nicht mehr, was man da macht und wofür«, zitiert die Schriftstellerin Füruzan eine Arbeitsmigrantin bei Siemens, die sie interviewt hat. »Nicht nur das,

67 Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

68 Vgl. Schneider, Michael: Siemens, deine Kulis, in: *Konkret* 4/1971.

69 AL-Frauenbereich Ausländerinnen: *Ausländische Frauen in West-Berlin*, 1979, S. 9.

70 Vgl. Hachtmann, Rüdiger; Saldern, Adelheid von: »Gesellschaft am Fließband«. Fordistische Produktion und Herrschaftspraxis in Deutschland, in: *Zeithistorische Forschungen* 6, 2009, S. 186-208, S. 201 f.

auch wie man es überhaupt schafft in dieser Hetze. Ihre Hände und alles werden wie eine Maschine, ihr Kopf ganz leer.«⁷¹ Der Akkord schrieb sich in den Körper ein.

Das Fließband strukturierte durch das vorgegebene Tempo, die Taktung und die Monotonie nicht nur eine »spezifisch moderne Zeitwahrnehmung«⁷² der Arbeiterinnen, sondern auch ihre Erinnerungen daran. Nach dem Tagesablauf in der Fabrik und den Arbeitsbedingungen gefragt, antworteten viele Zeitzeuginnen zunächst mit den zeitlichen Rahmenbedingungen und schilderten etwa den Weg zur Arbeit, das morgendliche Stempeln sowie die Schichtdauer.⁷³ Was sich hinter den Fabrikatoren abspielte, blieb häufig ausgespart. Atiye Altül beschreibt ihren Tagesablauf etwa so: »Im Morgengrauen aufstehen, arbeiten, sonst nichts. In der Türkei habe ich mich mit meinen Freunden getroffen, bin ins Kino gegangen. Ich war frisch verheiratet und hatte ein Kind bekommen. Hier hatte ich nichts von meinem alten Leben. Nur Arbeit und Wohnung.«⁷⁴ Und Fatma Kaya antwortet auf die Frage nach einem üblichen Tagesablauf: »Morgens mussten wir um sieben Uhr die Karte stempeln. Von sieben bis zwei oder drei Uhr gearbeitet. Um vier oder fünf nach Hause gekommen, dann musst du kochen und gleich essen.«⁷⁵ Diese Leerstelle des Fabrikalltags, der immerhin einen Großteil des Lebens von Arbeitsmigrantinnen einnahm, kann als Reflexion der monotonen Arbeitsabläufe gedeutet werden:⁷⁶ Erinnerung wurden nicht die alltäglichen Routinen und Praktiken, sondern vor allem Momente situativer Abgrenzung und Widerstandspraktiken gegen schwere Arbeitsbedingungen – kurz: Momente eigensinnigen Verhaltens.

71 Füruzan: *Logis im Land der Reichen*, 1985, S. 50 f.

72 Luks, Timo: *Der Betrieb als Ort der Moderne. Zur Geschichte von Industriearbeit, Ordnungsdenken und Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2010, S. 195.

73 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023; Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

74 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 25.4.2017.

75 Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.

76 Fließbandarbeit selbst war vergeschlechtlicht: Frauen wurde in den Arbeitswissenschaften eine geringere Monotonieempfindlichkeit zugeschrieben; diese Behauptung hielt sich bis in die siebziger Jahre. Vgl. hierzu Uhl, Karsten: *Die Geschlechterordnung der Fabrik. Arbeitswissenschaftliche Entwürfe von Rationalisierung und Humanisierung 1900-1970*, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 21, 2010, S. 93-117, S. 97 f.

Eigensinnige Praktiken im Fabrikalltag

Der Alltagshistoriker Alf Lüdtke versteht Eigen-Sinn⁷⁷ als eine situative Aneignung und Beanspruchung eines eigenen Raums, als ein ›Beisich-selbst-sein‹ durch die vorübergehende Missachtung der laufenden Arbeitsprozesse und der Fabrikordnung.⁷⁸ Ausdrucksformen des Eigen-Sinns wie Herumgehen, verlängerte Pausen, Sprechen und momentanes Tagträumen richteten sich dabei weniger gegen die Fabrikleitung, sondern ermöglichten es Arbeiter*innen vielmehr, durch zeitweilige Distanzierung im Fabrikalltag und seinen disziplinären Zwängen zu bestehen und eigenen Bedürfnissen nachzugehen. Eigensinn ist demnach nicht mit Widerstand gleichzusetzen, sondern erweist sich als hilfreiches Konzept, um das Ausbleiben von kollektivem Widerstand nachzuvollziehen.⁷⁹ Die Grenzen zwischen Eigensinn und Widerstand sind fließend: Eigensinniges Verhalten kann sich etwa in innerer Distanzierung, Hinnahme oder passiven Formen der Verweigerung ausdrücken, aber auch in offener Abwehr. Ohne die konkrete Herrschaftsordnung in Frage zu stellen, bringt Eigensinn demnach Eigenlogiken der Verweigerung hervor und verweist auf die »gewissermaßen ›betriebsbedingten‹, intrinsischen Reibungsverluste jeglicher Herrschaftspraxis«. ⁸⁰ Auch das Hinnehmen versteht Lüdtke nicht als privat, sondern als politische Strategie.⁸¹ Damit eignet sich Eigensinn als Konzept, um die ambivalenten Wechselwirkungen zwischen der Handlungsmacht migrantischer Arbeiterinnen und den Handlungsspielräumen in der Fabrik zu beleuchten, ohne sie einseitig aufzulösen.⁸²

Praktizierter Eigensinn findet sich in den Erinnerungen der Zeitzeuginnen etwa, wenn sie von den Arbeitsbedingungen und der Akkordarbeit erzählen. Als Gül Ataseven-Özen 1972 mit 18 Jahren anfang, in einer bayerischen Keramikfabrik zu arbeiten, kam der Meister und forderte sie in ihrer Erinnerung auf: »Müssen Sie Akkord machen, junge Dame.«⁸³

77 Die Schreibweise mit Bindestrich hebt die Bedeutung der beiden Wortbestandteile hervor und verweist auf die eigene Sinnstiftung der Akteure, die semantisch mit dem Aneignen verbunden ist. Vgl. Lüdtke, Alf (Hg.): *The History of Everyday Life. Reconstructing Historical Experiences and Ways of Life*, Princeton N. J. 1995, S. 313 f.

78 Vgl. Lüdtke, Alf: *Eigen-Sinn*, 2015, S. 126-128.

79 Vgl. Lindenberger, Thomas: *Eigen-Sinn, Herrschaft und kein Widerstand*, Version 1.0. In: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2.9.2014, online abrufbar unter: docupedia.de/zg/Lindenberger_eigensinn_v1_de_2014.

80 Ebd.

81 Vgl. Lüdtke, Alf: *Einleitung: Was ist und wer treibt Alltagsgeschichte?*, 1989, S. 25.

82 Vgl. Jureit, Ulrike: *Hoffnung auf Erfolg*, 2018, S. 510 f.

83 Zeitzeuginnengespräch mit Gül Ataseven-Özen, Berlin, Schöneberg, 25.3.2022.

Ataseven-Özen beschreibt im Zeitzeuginnengespräch ihre Reaktion so: »Die Maschinen waren so hoch. Ich hab' gesagt: ›Ich bin klein.‹ Dann kam der Chef mit einer Kiste, auf der ich stehen sollte. Das war wackelig, da habe ich gesagt, ›ich will nicht so viel verdienen.‹« Dabei lacht sie. »Vielen Leuten haben die Finger gefehlt, weil sie in die Presse gekommen sind, ich musste immer eine Kopfbedeckung haben, weil die Haare sich in die Maschinen wickeln.«⁸⁴ Aus dieser Schilderung geht hervor, dass es Ataseven-Özen nicht darum ging, sich aufzulehnen, sondern ihre begrenzten Handlungsoptionen dafür zu nutzen, ihre Bedürfnisse geltend zu machen.

Auch Fatma Kaya verweigerte den Akkord in einer Kreuzberger Fabrik. »Nach einer Woche kam der Meister und hat gesagt: ›Frau Kaya, Sie arbeiten aber ganz langsam.‹ Ich habe gesagt: ›Na ja, ich mache diese Arbeit das erste Mal, ich arbeite keinen Akkord, ich arbeite normal.‹ Er hat gesagt: ›Die anderen machen bis zum Frühstück 500 Stück. Sie machen 200.‹ Ich habe gesagt: ›Ich mache, was ich kann.‹ Am nächsten Tag bin ich zum Arzt gegangen und habe mich krankschreiben lassen«, sagt sie. Von ihren Kolleginnen gefragt, warum sie nicht im Akkord arbeite, erwiderte Kaya: »Warum soll ich im Akkord arbeiten? Ich verdiene 600, reicht mir.«⁸⁵ Beide Zeitzeuginnen wehrten sich entgegen dem weit verbreiteten Bild der duldsamen Arbeitsmigrant*innen, die Geld verdienen wollten und dafür schwere Arbeitsbedingungen in Kauf nahmen, dagegen, schneller zu arbeiten. Sie waren bereit, für etwas bessere Arbeitsbedingungen auf mehr Lohn zu verzichten. Damit schöpften sie ihren Handlungsspielraum aus und entschieden – soweit es ging – selbst über die Konditionen ihrer Arbeit.

Diese Haltung war Fatma Kaya auch deshalb möglich, weil sie von einer Textilfabrik in Kreuzberg wusste, in der die Arbeiterinnen in ihrer Erinnerung das Doppelte verdienten. Sie gab ihren Kolleginnen die Adresse und ließ sich erneut krankschreiben, nachdem der Meister darauf bestanden hatte, dass sie schneller arbeite. Als ihr Mann die Krankschreibung in die Fabrik brachte, antwortete der Meister in Kayas Erinnerung: »Soll sie zuhause bleiben und sich weiter krankschreiben lassen. Sie ist Feministin, wir brauchen sie nicht.«⁸⁶ Nachdem sich einige Frauen eine andere Arbeit gesucht hatten, habe sich herumgesprochen, dass Kaya »die Frauen aufgeweckt hat«.⁸⁷ Sich krankzumelden war eine eigensinnige Praxis, mit der sich auch Arbeitsmigrantinnen selbst halfen, um

84 Ebd.

85 Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.

86 Ebd.

87 Ebd.

Kinderbetreuung und Lohnarbeit zu vereinbaren. »In Betrieben mit viel Frauenbeschäftigung (Porzellanindustrie, Textilindustrie (Näherinnen)) wurde u. a. festgestellt, daß sich die dort beschäftigten Ausländerinnen mit Kindern abwechselnd (zur Betreuung der Kinder) krank meldeten, wenn infolge ungünstiger Einteilung der Schichten der Ehemänner eine Betreuung der Kinder sonst nicht sichergestellt war«,⁸⁸ schrieb das Landesarbeitsamt Nordbayern in seinem Erfahrungsbericht 1968. Als Reaktion auf die mangelnde soziale Infrastruktur organisierten sich die Arbeiterinnen untereinander und schufen sich eigene Strukturen der Reproduktionsarbeit.

Nicht nur gegen Akkordarbeit wehrten sich Zeitzeuginnen, sondern auch gegen Wochenendschichten. Als Atiye Altül 1972 feststellte, dass sie bei Siemens kaum mehr verdiente, wenn sie samstags arbeitete, weigerte sie sich, Wochenendschichten zu übernehmen. »Sie haben versucht, mich dazu zu zwingen. Der Vorarbeiter hat gedroht, dass sie mich zurückschicken. Ich habe geantwortet: ›Danke, ich will ohnehin gehen.‹ Da hat er sich gewundert.«⁸⁹ Die Drohung war kein Einzelfall, wie ein Bericht in der sozialistischen Zeitung *Kurtuluş* aus dem Jahr 1970 nahelegt: Als sich türkeistämmige Arbeiter*innen bei Siemens weigerten, samstags zu arbeiten, sei ihnen gedroht worden, dass sie zurückgeschickt würden, heißt es dort.⁹⁰ Vor diesem Hintergrund kann Altüls Reaktion, mit der sie sich der Drohung nicht fügt, sondern sie im Gegenteil begrüßt und sich dafür bedankt, als alltäglicher Akt der Selbstbehauptung gelesen werden. Doch sie ließ es nicht darauf beruhen, sondern ging zum Gegenangriff über. »Ich habe den Dolmetscher gebeten, noch etwas zu übersetzen: ›Als ich gekommen bin, habe ich gedacht, ich komme in ein demokratisches Land, aber hier besteht wohl immer noch der Faschismus fort.‹ Unser Dolmetscher hat keine Luft bekommen und hat gesagt: ›Das ist eine Straftat, das kann ich nicht sagen, also bitte.‹ Aber der Vorarbeiter hat es verstanden, ist krebsrot geworden, weggegangen und hat mich nicht noch einmal gefragt. Sie konnten mich weder kündigen noch zurückschicken. Damals habe ich verstanden, dass ich immer kämpfen werde. Das war ohnehin meine Art. Das ist etwas, was der Mensch in sich trägt.«⁹¹ Die Bezugnahme auf die nationalsozialistische Vergangenheit Deutschlands entfaltete als eigensinnige Strategie ihre Wirkmacht, weil die Bundesrepublik am Umgang mit Arbeitsmigrant*innen den Grad

88 Landesarbeitsamt Nordbayern an den Präsidenten der BAVAV: Erfahrungsbericht 1968, BArch, B 119/3018, 7.1.1969, S. 9.

89 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

90 Vgl. Siemense'si işçi, in: *Türkiyede Kurtuluş* 7, 5/1970, S. 8.

91 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

der eigenen Demokratisierung aushandelte und sehr bedacht auf die Außenwirkung war.⁹²

Mit eigensinnigen Praktiken wie diesen erprobten die Zeitzeuginnen Formen, sich den Zumutungen des Fabrikalltags zu widersetzen oder zu entziehen. Angesichts des prekären aufenthaltsrechtlichen Status stellt sich die Frage, ob und in welchem Ausmaß eigensinnige Praktiken im Kern nicht auch als widerständiges Handeln zu begreifen sind, selbst wenn sie nicht kollektiv und politisch organisiert auftraten.⁹³ Gleichwohl waren ihrem Handlungsspielraum konjunkturabhängig engere oder weitere Grenzen gesetzt. In Phasen des Arbeitskräftemangels konnten Arbeitsmigrantinnen autonomer entscheiden, wo und wie sie arbeiten wollten, während sie in Phasen der Rezession mit renitentem Verhalten neben dem Verlust des Arbeitsplatzes auch den Verlust ihrer Aufenthaltserlaubnis riskierten. Die Verflechtung von Arbeit, Aufenthaltsstatus und Geschlecht, die den Handlungsspielraum der Zeitzeuginnen konturierte, manifestierte sich besonders verdichtet im Umgang mit schwangeren Arbeitsmigrantinnen.

*Schwangerschaft als neuralgischer Punkt.
Körper und Geschlecht in der Fabrik*

Die Schwangerschaft von Arbeitsmigrantinnen betrachteten Unternehmen und die BAVAV bereits bei der Anwerbung in den deutschen Verbindungsstellen als zu vermeidenden Konfliktfall. Für kleine Betriebe stellten schwangere Arbeitsmigrantinnen aufgrund des Mutterschutzgesetzes sowie des Kündigungsschutzes während der Schwangerschaft und vier Monate nach der Geburt ein finanzielles Problem dar.⁹⁴ Nach dem Mutterschutzgesetz von 1952 galt für Schwangere und Mütter ein umfassender Arbeitsschutz, der unter anderem Nacht- und Sonntagsarbeit untersagte. Zwischen den Unternehmen und der Bundesanstalt für Arbeit entstanden Konflikte darüber, ob und in welchen Fällen von den Deutschen Anwerbekommissionen vermittelte schwangere Arbeitsmigrantinnen als ›Fehlvermittlungen‹ anerkannt wurden.⁹⁵ In solchen

⁹² Vgl. Kapitel 2.1.3.

⁹³ Vgl. hierzu die Überlegungen Manuela Bojadžijevs zum Verhältnis von (migrantischem) Alltag und (antirassistischem) Widerstand in Bojadžijev, Manuela: Antirassistischer Widerstand von Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik, 2002, S. 137, 146.

⁹⁴ Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 119 f.

⁹⁵ Vgl. etwa Landesarbeitsamt Niedersachsen an den Präsidenten der BAVAV: Betr.: Anwerbung und Vermittlung ausländischer Arbeitnehmer durch die Bundesanstalt im Ausland; hier: Fehlvermittlung werdender Mütter, BACh, B 119/3038,

Fällen musste die BAVAV den Unternehmen die Vermittlungsgebühr zurückerstatten und die Rückreisekosten der Migrantinnen übernehmen.⁹⁶ Da in den Kommissionen keine gynäkologischen Untersuchungen möglich waren, bestand die BAVAV darauf, dass Fehlvermittlungen nur anerkannt wurden, wenn die Schwangerschaft offensichtlich war. Grundsätzlich, so die BAVAV, bilde »Schwangerschaft einen Teil des Arbeitgeberberrisikos, das mit der Gewinnung von weiblichen Arbeitskräften zwangsläufig verbunden ist, aber auch zumutbar erscheint.«⁹⁷ Wiederholt drängte das Landesarbeitsamt Berlin deshalb darauf, die Vermittlung schwangerer Arbeitsmigrantinnen durch Schwangerschaftstests bei der ärztlichen Untersuchung zu verhindern, gegebenenfalls unter finanzieller Beteiligung von Siemens.⁹⁸ 1969 wurden in Griechenland erstmals Schwangerschaftstests in die ärztliche Untersuchung integriert, 1970 dann auch in anderen Anwerbeländern.⁹⁹

Schwanger wurden Arbeitsmigrantinnen jedoch nicht nur vor der Abreise, sondern auch nach ihrer Ankunft in der Bundesrepublik. Frauen, die während ihres einjährigen Arbeitsvertrags schwanger wurden, drohte trotz Mutterschutzgesetz nicht selten die Kündigung. Drei Zeitzeuginnen wurden entlassen, als ihre Vorgesetzten von ihrer Schwangerschaft erfuhren. Ayten Firat wurde schwanger, kurz nachdem sie ihren Mann nachgeholt hatte. Als sie dem Dolmetscher ein ärztliches Attest brachte, wurde sie von ihrem Vorgesetzten einbestellt und befragt, wie sie ihren Mann nach West-Berlin geholt hatte. Kolleginnen hatten sich beschwert, dass sie Geld für die namentliche Anwerbung gezahlt hatte. Firat leugnete das, aber im siebten Schwangerschaftsmonat entließ die AEG sie. »Ich habe das nicht gelesen, sie haben eine Bedingung in den Vertrag geschrieben. Sie haben versucht, alles zu annullieren, auch meine

27.8.1964; BAVAV: Vermerk, Betr.: Anerkennung einer sog. Fehlvermittlung bei der Vermittlung schwangerer Ausländerinnen, BArch, B 119/3038, 27.9.1965.

96 Vgl. ausführlich zur Auseinandersetzung um »Fehlvermittlungen« schwangerer Arbeitsmigrantinnen Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 115-126.

97 BAVAV: Vermerk, Betr.: Anerkennung einer sog. Fehlvermittlung bei der Vermittlung schwangerer Ausländerinnen, BArch, B 119/3038, 27.9.1965.

98 Vgl. Landesarbeitsamt Berlin an den Präsidenten der BAVAV: Erfahrungsbericht 1966, BArch, B 119/3017, 21.12.1966, S. 6; Landesarbeitsamt Berlin an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit: Erfahrungsbericht 1970, BArch, B 119/3015, 20.1.1971, S. 6. Bereits 1968 findet sich im Erfahrungsbericht der Deutschen Verbindungsstelle ein Hinweis auf die Durchführung von Schwangerschaftstests, auch wenn unklar bleibt, in welchem Ausmaß Tests durchgeführt wurden. Vgl. Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei: Erfahrungsbericht 1968, BArch, B 119/3018, S. 19.

99 Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 127.

Aufenthaltsberechtigung.«¹⁰⁰ Dazu kam es dank einer Intervention des Türk-Danış-Mitarbeiters Mesut Yıldırım nicht. Wie hier dennoch deutlich wird, drohte Arbeitsmigrantinnen bei Schwangerschaft nicht nur die Entlassung, sondern auch der Entzug ihrer Aufenthaltserlaubnis, die an den Arbeitsvertrag geknüpft war. Deshalb waren soziale Rechte für arbeitende Mütter besonders für Migrantinnen von zentraler Bedeutung.¹⁰¹

Auch Perihan Karadeli wurde schwanger, nachdem ihr Mann ihr nach Bayern gefolgt war, und entlassen, als ihr Vorgesetzter in der Textilfabrik davon erfuhr. »Ich war schwanger, das wusste ich nicht. Ich dachte, ich bin krank. Ich habe es einen Monat später erfahren. Der Chef hat mich nicht wieder arbeiten lassen«,¹⁰² sagt sie im Zeitzeuginnengespräch. Karadeli führt ihre Entlassung nur zum Teil auf ihre Schwangerschaft zurück und zum anderen Teil auf ihren Mann, der als Dolmetscher die Textilarbeiterinnen zum Lohnkampf angestachelt hatte. »Mein Mann war in der CHP, er hat solche Dinge sehr gemocht, Kämpfe für Lohnerhöhungen und so. Als er kam und gesehen hat, dass die Löhne so niedrig sind ...« In der Textilfabrik Le-go in Hof an der Saale nähten 1966 Karadeli zufolge 300 Frauen zu sehr niedrigen Löhnen Röcke und Blusen. »350, höchstens 400 Mark, wenn man den höchsten Akkord schafft. Sie sind zu meinem Mann gegangen und haben sich beschwert: ›Abi, was sollen wir machen, wie bekommen wir mehr Lohn?‹ Mein Mann hat sie hinter sich versammelt und dazu gebracht, vor dem Arbeitsamt zu demonstrieren: ›Wir wollen mehr Lohn!‹«¹⁰³ Der Fabrikbesitzer entließ daraufhin sowohl Perihan Karadeli als auch ihren Mann. Auffällig ist, dass bei beiden entlassenen Zeitzeuginnen neben der Schwangerschaft andere Vorwürfe im Raum standen: Ayten Firat wurde verdächtigt, ihren Mann auf betrügerischem Weg nach West-Berlin gebracht zu haben, Perihan Karadeli wurde gewissermaßen für die Aufwiegelung der Arbeiterinnen durch ihren Mann in Mitverantwortung gezogen. Ob die Schwangerschaft der Grund oder nur der Auslöser für die Kündigung war, lässt sich

100 Zeitzeuginnengespräch mit Ayten Firat, Berlin, Pankow, 10.11.2022. Eine Klausel, derzufolge bei Schwangerschaft der Vertrag nichtig wird, wurde im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um ›Fehlvermittlungen‹ 1965 diskutiert, aber von der BAVAV klar abgelehnt. Es lässt sich nicht rekonstruieren, ob in dem Arbeitsvertrag der AEG tatsächlich eine solche Klausel stand. Vgl. Arbeitsamt Traunstein an den Präsidenten des Landesarbeitsamtes Südbayern: Betr.: Fehlvermittlungen werdender Mütter, BAArch, B 119/3038, 28.7.1965. Ausführlicher hierzu s. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 124.

101 Vgl. Baumann, Sarah: Migration, Geschlecht und der Kampf um Rechte, 2015, S. 72.

102 Zeitzeuginnengespräch mit Perihan Karadeli, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 23.4.2022.

103 Ebd.

deshalb kaum rekonstruieren. Wiederholte Berichte über Arbeiterinnen, die bei Schwangerschaft entlassen wurden, legen aber nahe, dass dies eine gängige Praxis in Unternehmen war.¹⁰⁴

Unabhängig davon steht fest, dass die Entlassungen gegen das Mutterschutzgesetz von 1952 verstießen, das einen Kündigungsschutz schwangerer Arbeiterinnen vorsah.¹⁰⁵ Eine Kündigung war nach Paragraph 9 Mutterschutzgesetz unzulässig, wenn dem Arbeitgeber die Schwangerschaft zum Zeitpunkt der Kündigung bekannt war oder innerhalb von zwei Wochen nach der Kündigung mitgeteilt wurde. Historiker*innen haben den Mutterschutz als Wendepunkt in der Arbeitspolitik hin zum Körperlichen und zur Konstruktion einer Geschlechterdifferenz interpretiert.¹⁰⁶ Zugleich stand der Mutterschutz für Arbeitsmigrantinnen den Interessen westdeutscher migrationspolitischer Akteure entgegen, denen migrantisches Frauen als Arbeitskräfte ohne Kinder höchst willkommen waren.¹⁰⁷

Schwangerschaft stellte deshalb für Arbeitsmigrantinnen einen Risikofaktor dar, insbesondere, wenn sie ihre Rechte nicht kannten. Bei einer Erhebung, in der die Bundesanstalt für Arbeit die Landesarbeitsämter 1972 befragte, wie viele schwangere Arbeitnehmerinnen die zweiwöchige Einspruchsfrist bei Kündigung versäumt hatten, stellte sich heraus, dass insbesondere Arbeitsmigrantinnen die Mutterschutzbestimmungen häufig nicht kannten.¹⁰⁸ Das Landesarbeitsamt Nordbayern führte dies auch auf Verständigungsschwierigkeiten zurück.¹⁰⁹ Das Landesarbeitsamt Ber-

104 Vgl. etwa Türist İşçilerimiz ve Almanya'da İşsizlik, in: Türkiye'de Kurtuluş 27, 2-3/1971; Hamile işçilerimizin dikkatine, in: Kurtuluş 132, 6/1975; Yabancı Kadınların Çocuk Doğurması Zorla Önlenmek İsteniyor, in: Kreuzberg Postası 1, 3/82, S. 6.

105 Zum Mutterschutzgesetz von 1952 s. Moeller, Robert: Protecting Motherhood, 1993, S. 155-179; Kontos, Silvia: Vater Staat und »seine« Mütter? Über Entwicklungen und Verwicklungen in der Mutterschutzpolitik, in: Kreisky, Eva, Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Opladen 1998, S. 356-377.

106 Vgl. Canning, Kathleen: The Body as Method? Reflections on the Place of the Body in Gender History, in: Gender and History 11/3, 1999, S. 499-513, S. 509; Kontos, Silvia: Vater Staat und »seine« Mütter? 1998, S. 364; Moeller, Robert: Protecting Motherhood, 1993, S. 173.

107 Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 154.

108 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Mutterschutzgesetz; hier: § 9 Kündigungsschutz, BAArch, B 119/4770, 9.6.1972; Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein-Hamburg an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit: Betr.: Mutterschutzgesetz; hier: § 9 Kündigungsschutz, BAArch, B 119/4770, 28.4.1972.

109 Vgl. Landesarbeitsamt Nordbayern an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit: Betr.: Mutterschutzgesetz – § 9 Kündigungsschutz, BAArch, B 119/4770, 25.4.1972.

lin gab als einen der Gründe für Entlassungen bei Schwangerschaft den Ablauf des Jahresvertrags mit dem Vermerk an, dass Klage eingereicht worden sei.¹¹⁰ In West-Berlin registrierte das Arbeitsamt von Januar bis Ende März 1972 insgesamt 46 Fristversäumnisse, darunter 13 bei nicht-deutschen Arbeiterinnen. Die tatsächliche Zahl der Migrantinnen, deren Arbeitsverhältnis trotz Kündigungsschutz aufgelöst worden war, so das Landesarbeitsamt, sei jedoch nicht zu ermitteln, da viele Betroffene nach der Entlassung in die Türkei zurückkehrten und erst nach der Geburt erneut zur Arbeitssuche einreisten.¹¹¹ Die Bundesanstalt für Arbeit regte an, mehrsprachige Merkblätter in den Sprachen der beschäftigten Arbeitsmigrantinnen auszuhängen und zu verteilen.¹¹²

Auch migrantische Initiativen klärten Arbeiterinnen über ihre Rechte auf. Die Türkische Sozialistengemeinschaft TTO in West-Berlin veröffentlichte etwa im Juni 1975 in ihrer Zeitung *Kurtuluş* Informationen für schwangere Arbeiterinnen über ihren Kündigungsschutz und den Weg, den sie beschreiten konnten, um Einspruch gegen ihre Kündigung zu erheben. Die TTO empfahl den Leserinnen, sich an die Gewerkschaft zu wenden und bot selbst Hilfe für Arbeiterinnen an, die nicht Mitglied in einer Gewerkschaft waren.¹¹³ Berrin Önlér-Sayan übersetzte mit der Frauengruppe, die sie Ende der 1970er Jahre gemeinsam mit sieben anderen türkeistämmigen Frauen gegründet hatte, Patient*innenrechte auf Türkisch und verteilte sie in migrantischen Vereinen und Frauengruppen.¹¹⁴ »Es war unter den Arbeiterinnen immer ein Problem, wenn sie gesagt haben, dass sie schwanger sind, dann haben sie oft eine Kündigung bekommen. Sie wussten ja nicht Bescheid über Mutterschutz. Wenn sie geplaudert haben und dann irgendetwas unterschrieben haben, wurden sie gekündigt«, ¹¹⁵ sagt Önlér-Sayan. Auch die linksalternative Stadtteilzei-

110 Vgl. Landesarbeitsamt Berlin an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit: Betr.: Mutterschutzgesetz; § 9 Kündigungsschutz, BArch, B 119/4770, 4.2.1973.

111 Vgl. Landesarbeitsamt Berlin an den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit: Betr.: Mutterschutzgesetz; hier: § 9 Kündigungsschutz, BArch, B 119/4770, 28.4.1972.

112 Vgl. Bundesanstalt für Arbeit an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Mutterschutzgesetz; hier: § 9 Kündigungsschutz, BArch, B 119/4770, 9.6.1972.

113 Vgl. Hamile işçilerimizin dikkatine, 6/1975.

114 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021; Önlér-Sayan, Berrin: Zur Migrantinnenbewegung der 1970/80er-Jahre in der Bundesrepublik, in: Digitales Deutsches Frauenarchiv, 6.7.2023.

115 Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021.

tung *Kreuzberg Postası* klärte 1982 ihre Leserinnen über ihre Rechte und die Mutterschutzbestimmungen auf.¹¹⁶

Einsprüche von Migrantinnen gegen eine Kündigung scheiterten nicht nur daran, dass sie ihre Rechte nicht kannten, sondern auch an der kurzen Widerspruchsfrist, wie die Klage einer türkeistämmigen Arbeiterin vor dem Arbeitsgericht Köln aus dem Jahr 1981 zeigt, die bis vor das Bundesverfassungsgericht ging.¹¹⁷ Die Klägerin hatte im Februar 1980 ihre Kündigung erhalten und zwar noch innerhalb der Frist von ihrer Schwangerschaft erfahren, diese aber verpasst. Wie die Klage ausging, lässt sich nicht rekonstruieren, da das Bundesverfassungsgericht die Prüfung 1984 einstellte. Der Fall zeigt aber, einem Argument der Historikerin Thordis Kokot folgend, dass Arbeitsmigrantinnen angesichts eingeschränkter anderer politischer Handlungsoptionen auch Gerichtsverfahren als Instrument politischen Protests nutzten – in diesem Fall gegen die kurze Widerspruchsfrist.¹¹⁸ War Schwangerschaft ein neuralgischer Punkt, an dem das komplexe Verhältnis von Produktions- und Reproduktionsarbeit besonders unmittelbar zutage trat, so waren auch andere Bereiche der Lohnarbeit für Arbeitsmigrantinnen zutiefst vergeschlechtert – etwa die Löhne.

1.3 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Migrantische Arbeitskämpfe

Rechtlich waren die angeworbenen Arbeiterinnen in Bezug auf Arbeits- und Lohnbedingungen deutschen Arbeiterinnen gleichgestellt. Im Arbeitsvertrag war festgeschrieben, dass türkeistämmige Arbeiter*innen »keinesfalls eine ungünstigere Behandlung als die vergleichbaren deutschen Arbeitnehmer des Betriebes« erhalten dürften.¹¹⁹ Doch in den 1960er Jahren waren Frauen fast ausnahmslos in den niedrigsten Lohngruppen eingestuft und verdienten bis zu einem Drittel weniger als Männer.¹²⁰ Erst sechs Jahre vor der Unterzeichnung des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens hatte das Bundesarbeitsgericht die Einstufung in

116 Doğum İzni, in: *Kreuzberg Postası*, 3.10.1982, S. 7.

117 Vgl. Arbeitsgericht Köln: Beschluß in dem Rechtsstreit der Sabriye B. gegen die Firma Hans R., BArch, B 189/25597, 8.10.1981.

118 Vgl. Kokot, Thordis: Vom Betrieb ins Gericht, *Zeitgeschichte-online*, 30.4.2024, online abrufbar unter: zeitgeschichte-online.de/themen/vom-betrieb-ins-gericht (21.1.2025).

119 BAVAV an die Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei: Betr.: Anwerbung und Vermittlung türkischer Arbeitskräfte nach der Bundesrepublik Deutschland; hier: Arbeitsvertragvordruck, BArch, B 119/3071, 25.9.1961.

120 Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 95 f.

Frauenlohngruppen als gesetzeswidrig eingestuft. Bis 1955 war die Lohnarbeit von Frauen pauschal niedriger entlohnt worden. Mit der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 15. Januar 1955 wurde diese offene Form der Lohndiskriminierung zwar abgeschafft, aber die Einführung von sogenannten Leichtlohngruppen ermöglichte es, geschlechtsspezifische Lohnunterschiede aufrechtzuerhalten. Denn in Leichtlohngruppen, definiert als »einfache« oder »leichte« Arbeiten, wurden vor allem Tätigkeiten eingestuft, die Frauen verrichteten und die durchaus körperlich und psychisch belastend waren.¹²¹ Monika Mattes zufolge hat Siemens 1957 berechnet, dass die Anhebung der Frauenlöhne auf das Lohnniveau der Männer für das Unternehmen Mehrausgaben von 17 Millionen DM pro Jahr bedeutet hätte und deshalb aus wirtschaftlichen Gründen ein Unterschied zwischen Frauen- und Männerlöhnen bestehen bleiben müsse.¹²²

Die niedrige Bezahlung in Leichtlohngruppen verursachte, wie sich im Folgenden zeigen wird, immer wieder Unmut und Protest unter den Arbeitsmigrant*innen. Auch zwischen der westdeutschen Industrie und der türkischen Arbeitsverwaltung kam es zu Konflikten über die Entlohnung von Arbeitsmigrant*innen. So protestierte der Bundesverband der deutschen Süßwarenindustrie 1965 gegen den Beschluss der türkischen Arbeitsverwaltung, nur noch Arbeitskräfte auf Stellen zu vermitteln, die einen Mindestlohn zahlten. Die Generaldirektion legte dabei eine Berechnung der türkischen Botschaft zum Lohn- und Preisgefüge zugrunde, nach der »männliche Arbeitskräfte mindestens 3,-- DM und weibliche Arbeitskräfte mindestens 2,60 DM in der Stunde verdienen müssen, damit das Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Preisen hergestellt ist.«¹²³ Der Bundesverband erhob bereits am Tag nach dem Beschluss Einspruch, da es in der deutschen Süßwarenindustrie für ungelernte Arbeitnehmer und leichte körperliche Arbeiten keinen Tarif gebe, der 2,50 DM erreiche.¹²⁴ Der Stundenlohn betrug nach Tarif 2,27 DM.¹²⁵ Das Drängen der Süßwarenindustrie, die auf Arbeitsmigrantinnen aus der Türkei angewiesen war, lief ins Leere: Zu diesem Zeitpunkt hatte die türkische Ar-

121 Vgl. ebd., S. 96.

122 Vgl. ebd., S. 113.

123 Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei an den Präsidenten der BAVAV: Betr.: Anwerbung und Vermittlung türkischer Arbeitnehmer nach der Bundesrepublik Deutschland; hier: Mindeststundenlöhne, BArch, B 119/3073, 7.12.1965.

124 Bundesverband der deutschen Süßwarenindustrie an die BAVAV: Betr.: Beschäftigung türkischer Gastarbeiterinnen, BArch, B 119/3073, 8.12.1965.

125 Bundesverband der deutschen Süßwarenindustrie an die BAVAV: Betr.: Anwerbung und Vermittlung türkischer Arbeitnehmer nach der Bundesrepublik Deutschland, BArch, B 119/3073, 4.2.1966.

beitsverwaltung nach Prüfung des Falls bereits eingelenkt und die Mindestlohngrenze mit der Begründung aufgehoben, dass in Deutschland keine Lohnunterschiede zwischen Arbeitsmigrant*innen und deutschen Arbeitskräften bestünden.¹²⁶ Dennoch tritt in diesem Konflikt und der Intervention der Süßwarenindustrie die Logik der Leichtlohngruppen zutage. Die türkische Arbeitsverwaltung war zwar besorgt um Lohnunterschiede zwischen deutschen und türkischen Arbeiter*innen, ging in der Einführung einer Mindestlohngrenze aber selbst unhinterfragt von einem Lohngefälle zwischen den Geschlechtern aus.

»Türkische Frauen in Deutschland ausgebeutet«.
Der Ingrid-Glashütten-Skandal

Für Schlagzeilen in der Türkei sorgten 1969 die niedrige Bezahlung und die schlechten Arbeitsbedingungen in der Ingrid-Glashütte in Euskirchen, die 360 Arbeiter*innen beschäftigte, von denen 70 Prozent Arbeitsmigrant*innen waren.¹²⁷ Dort hatte der Fabrikbesitzer einer 32-jährigen Arbeiterin aus Sivas den vertraglich vereinbarten Stundenlohn von 2,30 DM mit der Begründung halbiert, dass sie nicht lesen und schreiben könne.¹²⁸ Der Fabrikbesitzer begründete die schlechte Bezahlung laut *Hürriyet* damit, dass er die »ungebildeten Frauen erst ausbilden müsse und dass es drei türkische Arbeiterinnen braucht, um die Arbeit einer deutschen Arbeiterin zu verrichten«.¹²⁹ Die Arbeiterin beschwerte sich daraufhin zunächst beim Meister der Fabrik und wandte sich, als dieser die Beschwerde zurückwies, an einen Anwalt, der die deutschen Medien informierte und Klage beim Arbeitsgericht einreichte.¹³⁰ Zum Skandal in den türkischen Medien wurde aber nicht vornehmlich die schlechte Bezahlung, sondern die Vorwürfe mehrerer Arbeiterinnen, sie würden von den Meistern geohrfeigt und geschlagen.¹³¹ Die *Hürriyet* beschäftigte sich in einer Serie unter dem Titel *In Deutschland gibt es auch Grausamkeit* mit dem Fall. Ein Reporter besuchte die Arbeiterinnen in

126 Vgl. Deutsche Verbindungsstelle in der Türkei an den Präsidenten der BAVAV: Betr.: Anwerbung und Vermittlung türkischer Arbeitnehmer nach der Bundesrepublik Deutschland; hier: Mindeststundenlöhne, BACh, B 119/3073, 19.1.1966.

127 Almanyada Türk kadın işçiler sömürülüyor, in: Milliyet, 11.3.1970; Alman Basını Uyarıyor: »Türk kadını esir gibi kullanılıyor«, in: Milliyet, 28.3.1970.

128 Keşişoğlu, Garbis: Almanyada bir cam fabrikasında kadın işçilerimizi dövdüler, in: *Hürriyet*, 6.9.1969.

129 Keşişoğlu, Garbis: Almanya'da zulüm de var. İngrid cam fabrikasında dövülenlerin çilesi, in: *Hürriyet*, 12.9.1969.

130 Vgl. Keşişoğlu, Garbis: Almanyada bir cam fabrikasında kadın işçilerimizi dövdüler.

131 Vgl. ebd.

ihrem Frauenwohnheim und sprach mit ihnen über die Arbeitsbedingungen in der Ingrid-Glashütte. Zahlreiche Frauen gaben an, mehrmals in der Fabrik geschlagen worden zu sein. Eine Arbeiterin sagte, sie sei nicht ins Krankenhaus geschickt worden, obwohl sie Verletzungen von Glasscherben an ihrem Fuß hatte. Kranke Frauen sollen die Vorgesetzten in der Fabrik angewiesen haben, eine Aspirin zu nehmen und sofort zur Arbeit zu kommen. Als sie herausfanden, dass ein *Hürriyet*-Reporter die Baracke besucht und die Arbeiterinnen nach ihren Problemen gefragt hatte, drohten sie, die Ehemänner der Frauen bei jeglicher Beschwerde nicht nach Deutschland zu holen.¹³²

Im März 1970 berichtete *ARD Panorama* unter dem Titel »Die Leibeigenen von Euskirchen« über die Vorwürfe gegen den Fabrikbesitzer der Glashütte.¹³³ In dem Beitrag werden körperliche Übergriffe nicht thematisiert, dafür aber die schlechte Bezahlung, lange Arbeitszeiten und das Vorgehen gegen den Betriebsrat. Auch auf die Situation der Arbeitsmigrantinnen geht der *Panorama*-Beitrag nur am Rande ein, während sie in der türkischen Presse den Hauptfokus darstellt und dort ausschließlich Frauen zu Wort kommen. Das könnte auch darauf zurückzuführen sein, dass in dem Beitrag nur Deutsch sprechende Arbeiter interviewt wurden. Zugleich lässt sich die unterschiedliche Gewichtung möglicherweise durch die jeweiligen Diskurse über Arbeitsmigration in der Türkei und in der Bundesrepublik erklären: In der Türkei galt Frauen, die als Arbeitsmigrantinnen nach Westdeutschland gingen, die größte Sorge; in der Bundesrepublik hingegen waren Arbeitsmigrantinnen im öffentlichen Diskurs eher unsichtbar und galten als besonders anspruchslos und fleißig. Dies hat den Effekt, dass in der türkischen Berichterstattung Frauen als handelnde Akteurinnen auftraten, die sich gegen die schlechten Arbeitsbedingungen wehrten, während sie in der deutschen Berichterstattung stumme Betroffene blieben. Am Beispiel der Ingrid-Hütte wird deutlich, dass die tarifliche Gleichstellung von migrantischen und deutschen Arbeiter*innen Lohndiskriminierung nur verhindern konnte, wenn die Unternehmen überhaupt an einen Tarifvertrag gebunden waren. Gehörten mittelständische Betriebe wie die Ingrid-Glashütte keinem Arbeitgeberverband an und waren deshalb auch nicht an einen Tarifvertrag gebunden, so konnten sie die Löhne selbst bestimmen. Bereits die in der Glashütte vertraglich festgelegten 2,30 DM Stundenlohn lagen weit unter dem Tarif von 3,40 DM, doch der Fabrikbesitzer hielt 1,80

132 Keşişoğlu, Garbis: *Almanya'da zulüm de var. Fabrika, esir kamplarından daha da beter*, 13.9.1969.

133 *ARD Panorama*: *Die Leibeigenen von Euskirchen*, 2.3.1970.

DM Stundenlohn für angemessen.¹³⁴ Die BAVAV vermittelte dennoch Arbeitskräfte an die Ingrid-Hütte, da sie Aufträge nur dann ablehnte, wenn sie tarifwidrigen Bedingungen entsprachen. Die Glashütte in Euskirchen stellte in Bezug auf schlechte Arbeitsbedingungen und niedrige Bezahlung sicherlich einen Extremfall dar. Der Fall verdeutlicht aber, wie die im Anwerbevertrag vereinbarte Lohngleichheit beispielsweise von mittelständischen Unternehmen unterlaufen werden konnte.

»Schwestern im Sitzstreik«. Migrantische Arbeitskämpfe

Gegen die schlechte Bezahlung und prekäre Arbeitsbedingungen wehrten sich migrantische Arbeiter*innen nicht nur individuell, sondern immer wieder auch kollektiv durch wilde Streiks. Als »wilde« oder »spontane« Streiks¹³⁵ galten alle Arbeitskämpfe, die außerhalb der hoch formalisierten Anforderungen an legale Streiks stattfanden, sich also nicht an die Friedenspflicht während der Tarifaufzeiten hielten und ohne vorherige Urabstimmung organisiert wurden.¹³⁶ Als solche, so der Historiker Peter Birke, sind wilde Streiks einerseits schwer zu fassen, andererseits aber von besonderem Interesse, da sie ein »Scharnier zu Formen der individuellen Zurückhaltung der Arbeitskraft« – und damit zu alltäglichem Eigensinn – bilden.¹³⁷ In der neueren Migrationsgeschichte haben nicht zuletzt deshalb migrantische Arbeitskämpfe große Aufmerksamkeit erfahren, darunter insbesondere die wilden Streiks bei Volkswagen in Wolfsburg 1962,¹³⁸ bei

¹³⁴ Vgl. ebd.

¹³⁵ Peter Birke weist darauf hin, dass beide Bezeichnungen unzureichend sind, um kollektive Arbeitsniederlegungen zu beschreiben, die nicht von Gewerkschaften getragen werden. Die Zuschreibung »spontan« suggeriert eine Dichotomie von Spontaneität und Organisation und verdeckt dadurch, dass ohne spontane Aktionen kollektive Organisation nicht zustande käme. Vgl. Birke, Peter: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt a. M., New York 2007, S. 13. Die Bezeichnung »wild« wurde dagegen von den Arbeitgebern und in der Berichterstattung als Werkzeug zur Unterscheidung verwendet und diente dazu, die außergewerkschaftlichen Streiks zu delegitimieren. Vgl. Cafaro, Nuria; Hüttner, Bernd; Tekin, Caner: Einleitung, in: dies. (Hg.): Gelingende und misslingende Solidarisierungen. Spontane Streiks in Westdeutschland um 1973, Berlin, S. 3-8, S. 4f.

¹³⁶ Vgl. Goeke, Simon: »Wir sind alle Fremdarbeiter!«, 2020, S. 66.

¹³⁷ Birke, Peter: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder, 2007, S. 13.

¹³⁸ Vgl. Richter, Hedwig; Richter, Ralf: Zum Streik der italienischen Arbeitsmigranten im Volkswagenwerk Wolfsburg 1962, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 7, 2008, S. 72-88; Richter, Hedwig; Richter, Ralf: Der Opfer-Plot. Probleme und neue Felder der deutschen Arbeitsmigrationsforschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 57/1, 2009, S. 61-97; Goeke, Simon: »Wir sind alle Fremdarbeiter!«, 2020, S. 78-87.

Pierburg in Neuss 1973¹³⁹ und bei Ford in Köln 1973.¹⁴⁰ Migrantisch geprägte wilde Streiks sind bereits Anfang der 1960er Jahre dokumentiert.¹⁴¹ In den Quellen lassen sich insbesondere im Bergbau zahlreiche spontane Streiks in den frühen 1960er Jahren nachweisen, so etwa der Streik in der Essener Schachanlage Hagenbeck, bei dem 108 türkische Bergarbeiter 1962 die Arbeit niederlegten und eine bessere Bezahlung durchsetzen wollten.¹⁴² Bereits 1961 streikten in der Kölner Schokoladenfabrik Stollwerck außerdem 115 spanische Arbeiterinnen, weil ihnen der Lohn vorenthalten worden sei.¹⁴³ Diese frühen Streiks wurden von Gewerkschaften, politischen Akteuren und Medien häufig als »Missverständnisse« gedeutet, auf das vermeintlich »südländische Temperament« der Arbeiter*innen zurückgeführt oder als Resultat »kommunistischer Infiltration« interpretiert.¹⁴⁴ Alle drei zeitgenössischen Deutungsversuche gestanden Arbeitsmigrant*innen keinen Handlungsspielraum als Akteure zu, sondern betrachteten sie als passive Subjekte, die hilflos ihren Gefühlen, politischer Agitation oder ihrem Unwissen ausgesetzt waren. Insbesondere die Rolle migrantischer Frauen in wilden Streiks wurde vielfach ausgeblendet. Entgegen dieser verbreiteten Repräsentation traten migrantische Arbeiterinnen durchaus als widerständige Akteurinnen auf, deren Arbeitskämpfe sich gegen Lohndiskriminierung und schlechte Arbeitsbedingungen richteten. Davon zeugen die

139 Vgl. Bojadžijev, Manuela: Die windige Internationale, 2008, S. 162-172; Heinrichs, Felix: »Ihr Kampf ist unser Kampf«. Der Pierburg-Streik im Jahr 1973, in: Metzdorf, Jens (Hg.): Novaesium 2013. Neusser Jahrbuch für Kunst, Kultur und Geschichte, Neuss 2013; Heinrichs, Felix: Kontrollverlust der Gewerkschaften? Der »Pierburg-Streik« 1973 in historischer Perspektive, in: Andresen, Knud u. a. (Hg.): Der Betrieb als sozialer und politischer Ort. Studien zu Praktiken und Diskursen in den Arbeitswelten des 20. Jahrhunderts, Bonn 2015, S. 137-156; Kürten, Helena: »Gastarbeiterinnen im wilden Streik«. Zur Wahrnehmung von Arbeit, Migration und Geschlecht im Mediendiskurs der Bundesrepublik am Beispiel der rheinischen und westfälischen Metallindustrie, in: Westfälische Forschungen 67, 2017, S. 499-536; Miller, Jennifer: Her Fight is Your Fight, 2013.

140 Vgl. Huwer, Jörg: »Gastarbeiter« im Streik. Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973, Köln 2013; Tekin, Caner: Die Reaktionen türkischer Migrant*innenorganisationen auf den Kölner Ford-Streik von 1973, in: Cafaro, Nuria u. a. (Hg.): Gelingende und misslingende Solidarisierungen. Spontane Streiks in Westdeutschland um 1973, Berlin 2023, S. 49-58; Karakayalı, Serhat: Sechs bis acht Kommunisten, getarnt in Monteursmänteln, StadtRevue (Köln), 2000, online abrufbar unter: www.kanak-attak.de/ka/text/fordstreik.html (23.2.2025).

141 Ausführlich zusammengetragen und nachgezeichnet bei Goeke, Simon: »Wir sind alle Fremdarbeiter!«, 2020, S. 66-78.

142 Vgl. ebd., S. 68-70; Birke, Peter: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder, 2007, S. 120; Hunn, Karin: »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«, 2005, S. III-III7.

143 Vgl. Goeke, Simon: »Wir sind alle Fremdarbeiter!«, 2020, S. 72.

144 Vgl. ebd., S. 66.

maßgeblich von migrantischen Arbeiterinnen getragenen wilden Streiks in der Keksfabrik Bahlsen in Hannover 1967,¹⁴⁵ bei Hella in Lippstadt 1969 und 1973¹⁴⁶ sowie bei Pierburg in Neuss 1970 und 1973. Der Streiksommer 1973, der im August des Jahres in den migrantischen wilden Streiks bei Pierburg und Ford kulminierte, war in den Augen des Historikers Marcel Berlinghoff ein Mitauslöser des Anwerbestopps im November 1973.¹⁴⁷

Auch Siemens prüfte im Herbst 1973 die Möglichkeit wilder Streiks und informierte die lokalen Werke über die Streikabläufe bei Pierburg und Ford, wie der Historiker Stefan Zeppenfeld herausgearbeitet hat.¹⁴⁸ Da im Unternehmensarchiv von Siemens keine migrantischen Arbeitskämpfe überliefert sind, ging die Migrationsforschung bisher davon aus, dass Arbeitsmigrant*innen bei Siemens nicht streikten.¹⁴⁹ Eine Auswertung der sozialistischen türkischen Zeitung *Kurtuluş* widerlegt diese Einschätzung. Dort sind mehrere kleinere Streiks bei Siemens dokumentiert, die maßgeblich von türkeistämmigen Arbeiterinnen mitorganisiert wurden. So berichtete *Kurtuluş* im April 1969 über einen Streik türkeistämmiger Arbeiter*innen bei Siemens Hausgerätebau Gartenfeld in Berlin-Spandau, die sich gegen die Erhöhung der Fließbandgeschwindigkeit bei gleichbleibenden Löhnen zur Wehr setzten.¹⁵⁰ Als die Geschäftsleitung die Löhne nicht erhöhte, begannen die Arbeiter*innen, sich zu organisieren, traten der IG Metall bei und trafen sich zu Versammlungen untereinander. Im Juli 1970 traten türkeistämmige Arbeiterinnen in einen mehrtägigen Sitzstreik, um gegen ihre Versetzung aus dem Hausgeräte-Werk in das Wernerwerk und das Dynamowerk zu protestieren.¹⁵¹

Bereits seit Januar 1970 hatten sich 200 türkeistämmige Arbeiter*innen dagegen gewehrt, an andere Siemens-Standorte versetzt zu werden, und ein Protestkomitee gegründet. Grund für ihren Protest war, dass sie an

145 Zu den Ursachen des Streiks und zum Streikverlauf vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 303-311.

146 Zum Streikverlauf vgl. Hildebrandt, Eckart; Olle, Werner: Ihr Kampf ist unser Kampf. Ursachen, Verlauf und Perspektiven der Ausländerstreiks 1973 in der BRD, Offenbach 1975, S. 31-36.

147 Vgl. Berlinghoff, Marcel: Das Ende der Gastarbeit, 2013, S. 246-250, 267.

148 Vgl. Zeppenfeld, Stefan: Vom Gast zum Gastwirt?, 2021, S. 113.

149 Vgl. ebd. Da das Siemens-Archiv seit Beginn der Pandemie geschlossen ist, konnte ich die Bestände leider nicht selbst einsehen. Stefan Zeppenfeld, der die Quellen im Siemens-Archiv umfassend ausgewertet hat, kommt zu dem Schluss, dass die Arbeitsmigrant*innen bei Siemens nicht streikten; deshalb ist davon auszugehen, dass in den Beständen des Unternehmens keine migrantisch geprägten Arbeitskämpfe in den eigenen Werken dokumentiert sind.

150 Vgl. Siemens'de Grev, in: *Kurtuluş*, 4/1969, S. 12.

151 Vgl. Simens Türk İşçileri Direnme Komitesi: Simens'de Türk İşçileri Direniyor, in: *Kurtuluş* 12, 7/1970.

den anderen Siemens-Standorten nach eigenen Aussagen weniger Lohn bekamen. »Als unsere aufgeklärten Schwestern ihren neuen Arbeitsplatz und ihren Lohn sahen, haben sie von ihrem gesetzlichen Streikrecht Gebrauch gemacht und sind zu ihrem alten Arbeitsplatz zurückgekehrt. Wie allgemein bekannt ist, sind diese Schwestern in einen tagelangen Sitzstreik in der Kantine und vor den Türen des Personalbüros getreten«, heißt es in einem Flugblatt des Siemens-Protestkomitees, das in der *Kurtuluş* abgedruckt ist.¹⁵² Auch in den sozialistischen Betriebszeitungen *Klassenkampf* und *Siemens Solidarität* finden sich Hinweise auf das Protestkomitee und den Sitzstreik der türkeistämmigen Arbeiterinnen.¹⁵³ In einem Katalog aus 15 Fragen und Forderungen an die Geschäftsleitung von Siemens kritisierte das Protestkomitee unter anderem die fehlende politische Interessenvertretung im Betrieb, ausbleibende Kindergeldzahlungen und die Versetzung an andere Standorte, aber auch den hohen Alkoholkonsum in der Fabrik, der zu Arbeitsunfällen führe.¹⁵⁴ Wie der Arbeitskampf endete, lässt sich aus den nur rudimentär überlieferten Quellen nicht rekonstruieren.

1974 traten erneut 36 türkeistämmige Arbeiterinnen in den Streik, diesmal in den Wernerwerken. »Am Freitag, den 15. Mai haben 36 türkeistämmige Arbeiterinnen in den frühen Morgenstunden ihre Arbeit in der F 9-Fabrik der Siemens Wernerwerke niedergelegt und sind in den Streik getreten. Auslöser für den Streik war die Erhöhung des Akkordsatzes und die Ausbeutung der Arbeiterinnen durch die Meister«, berichtete die *Kurtuluş*.¹⁵⁵ Die Hälfte der Frauen war in der Gewerkschaft. Nachdem Versuche der Betriebsleitung, die Arbeiterinnen zu spalten und einzeln mit ihnen zu verhandeln, gescheitert waren, ging sie nach drei Tagen auf die Forderungen der Arbeiterinnen ein. Diese gaben sich angesichts des Streikerfolgs kämpferisch und verkündeten: »Lasst uns unsere Arbeitskraft nicht billig verkaufen! Wir 36 türkeistämmigen Frauen haben am Ende dieses Protests gesehen, wie stark wir gemeinsam sind. Lasst uns organisieren. Lasst uns als türkeistämmige, deutsche, ausländische, alle

152 Ebd.

153 Vgl. Klassenkampf – Ausgabe Siemens, Nr. 3, Sept. 1970, online abrufbar unter: https://web.archive.org/web/20241205104119/https://www.mao-projekt.de/BRD/BER/IGM/Berlin_Siemens_Kabelwerk_und_Hausgeraetewerk_Gartenfeld_in_Spandau.shtml (23.2.2025); Siemens Türk İşçileri Direnme Komitesi: Türk işçilerinin Siemens'e soruları, in: Siemens Solidarität. Rote Betriebskorrespondenz Gartenfeld, 8/1970, S. 14–15.

154 Vgl. Siemens Türk İşçileri Direnme Komitesi: Siemens'de Türk İşçilerinin Talepleri, in: Türkiyede Kurtuluş 13, 6.8.1970. Der Forderungskatalog ist ebenfalls abgedruckt in der August-Ausgabe der Betriebszeitung *Siemens Solidarität* 1970.

155 Siemens'de Başarılı Grev, in: Kurtuluş, 20.4.1974, S. 4.

Arbeiter*innen gemeinsam dafür kämpfen, unsere Rechte von den Chefs wiederzuerlangen.«¹⁵⁶ Ob die Wirkung dieser migrantisch geprägten Arbeitskämpfe bei Siemens über die konkreten Anlässe hinausging, ist fraglich. Die fehlende Überlieferung im Siemens-Archiv deutet darauf hin, dass diesen von der Unternehmensleitung keine große Bedeutung beigemessen wurde. Trotz der fragmentarischen Dokumentation verdeutlichen diese kleineren Streiks dennoch, dass etwa der mittlerweile ikonisch gewordene Pierburg-Streik, um den es im folgenden Kapitel gehen wird, kein singuläres Ereignis war. Vielmehr entfalteten sich die international Aufsehen erregenden migrantischen Streiks im Sommer 1973 im Kontext zahlreicher kleinerer Arbeitskämpfe und der Politisierung migrantischer Arbeiter*innen in der Fabrik.

Nicht nur die westdeutsche Linke wandte sich nach 1968 der Arbeiterschaft zu, auch die türkische Linke versuchte, in den West-Berliner Fabriken Arbeiter*innen zu organisieren.¹⁵⁷ Dazu gründete die Türkische Sozialistengemeinschaft TTO Komitees aus drei bis fünf Mitgliedern, die in verschiedenen Berliner Fabriken arbeiteten, wie die Gruppe in ihrem Tätigkeitsbericht von Februar 1970 ausführte.¹⁵⁸ Die Betriebsgruppen verteilten Flugblätter und die Zeitung *Kurtuluş* vor den Fabrikatoren von Siemens, AEG, Telefunken, Krone, Borsig und anderen großen West-Berliner Unternehmen und versuchten die Arbeiter*innen zu überzeugen, gewerkschaftlich aktiv zu werden.¹⁵⁹ »Vor den Siemenswerken wurden die Flugblätter um 5.30 Uhr, kurz vor der Frühschicht um 6.00 Uhr und um 13.30 Uhr, vor Beginn [sic] der Spätschicht um 14.00 Uhr verteilt. So konnten die TTO-Mitglieder, die bei Siemens arbeiteten, in den Pausen mit den Arbeitern über den Inhalt diskutieren und viele Arbeiter politisieren«, schreiben die Gründungsmitglieder Mustafa Demir und Ergün Sönmez in ihrer Dokumentation über die TTO.¹⁶⁰ So wurde die Fabrik zu einem Raum kollektiver Politisierung und Organisation unter türkeistämmigen Arbeiter*innen.

¹⁵⁶ Ebd.

¹⁵⁷ Die Mobilisierung türkeistämmiger Arbeiter*innen in und vor den Fabriken ist auch Gegenstand des gesellschaftskritischen Films »Kara Kafa« von Korhan Yurtsever aus dem Jahr 1979. Vgl. Korhan Yurtsever: Kara Kafa, Türkei 1979.

¹⁵⁸ Vgl. Türk Toplumcular Ocağı ATTF Yürütme kuruluna ve üye derneklerine: Türk Toplumcular Ocasının ilk iki aylık devredeki çalışma Raporu, TÜSTAV, 24.2.1970, online abrufbar unter: tustav.org/yayinlar/kutuphane/ATTF-kutuphanesi/BBTTO-70-02-24-calisma-raporu.pdf (23.2.2025).

¹⁵⁹ Vgl. Demir, Mustafa; Sönmez, Ergün: Als Arbeiter zu »Gast« in Deutschland, 2015, S. 127 f.

¹⁶⁰ Ebd., S. 86.

Für mehrere Zeitzeuginnen waren die Arbeitsbedingungen in der Fabrik ein wichtiger Faktor für ihre Politisierung. »Ich war 20, als ich hierhergekommen bin, ich habe gearbeitet. Wenn du Arbeiterin wirst, schaust du anders auf die Dinge. Du erlebst die Ausbeutung hautnah. Dadurch wirst du politisiert«, sagt etwa Atiye Altül, die Anfang der 1970er Jahre zuerst bei Siemens Waschmaschinen verkabelte und später bei der AEG als Löterin arbeitete.¹⁶¹ Remziye Ünal trat der Gewerkschaft bei, als sie Anfang der 1970er Jahre wie ihre Mutter in der Metallfabrik Bogen in Berlin-Zehlendorf Arbeit fand. In der Textilfabrik Berger, in der sie zuvor gearbeitet hatte, war gewerkschaftliche Organisation nicht möglich. »Wir haben es auch in den Textilfirmen versucht, die Gewerkschafter sind gekommen und haben gesagt, wir sollen uns organisieren, das war im Textilbereich sehr schwierig. Also, die Leute, die sich dazu bereit erklärt haben, wurden entlassen.«¹⁶² Bei Bogen lötete Ünal im Akkord Tonbandköpfe, die Arbeitsbedingungen erinnert sie als sehr schwierig. Jeden Morgen stempelten die Arbeiterinnen ihre Karte, wer sich fünf Minuten verspätete, bekam eine halbe Stunde abgezogen, so Ünal. Der Betriebsrat verteidigte in ihren Augen nicht die Rechte der Arbeiter*innen.

Deshalb trat sie der IG Metall bei, wo sie den Gewerkschaftssekretär Necati Gürbaca kennenlernte. »Ich musste erstmal lernen, was Gewerkschaft ist. Necati Gürbaca war mein Lehrer sozusagen. Ich habe viel von ihm gelernt. Erst einmal habe ich gelernt, dass es eine Arbeiterklasse gibt und dass es Kapitalismus gibt.«¹⁶³ Aufgrund ihrer Deutschkenntnisse wurde Remziye Ünal zur Vertrauensfrau gewählt und besuchte Wochenendseminare über West-Berlin hinaus. Mit wachsender Erfahrung stellte sie fest, dass ihre Handlungsspielräume als Vertrauensfrau begrenzt waren, da sie alleine nicht viel bewirken konnte. »Also diese Vertrauensfrau zu sein, klar, wenn jemand zu mir gekommen ist, da bin ich zum Betriebsrat gegangen und habe versucht, die Rechte zu verteidigen, aber für mich war das mehr eine Lernphase, eine Schule für das linksorientierte Arbeiten«,¹⁶⁴ sagt sie im Zeitzeuginnengespräch. Das kapitalismuskritische Denken, das sie im Austausch mit linksorientierten türkeistämmigen Gewerkschaftern lernte, prägte Ünals Politisierung und ihren weiteren politischen Aktivismus. Später schloss sich Ünal dem

161 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

162 Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

163 Ebd.

164 Ebd.

linksgerichteten Türkischen Arbeiter- und Studentenverein in Berlin an und gründete dort eine Frauengruppe.¹⁶⁵

In Ünals Erfahrungen spiegelt sich das ambivalente und teils widersprüchliche Verhältnis zwischen Gewerkschaften und migrantischen Arbeiter*innen und deren Selbstorganisation wider. Zwar war der Organisationsgrad unter Arbeitsmigrant*innen hoch: Anfang der 1970er Jahre war ein Viertel der rund zwei Millionen migrantischen Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert, in der Metall- und Stahlindustrie knapp ein Drittel.¹⁶⁶ Aufgrund interner Strukturen hatten migrantische Arbeiter*innen in den Gewerkschaften jedoch nur geringe Gestaltungsräume und Partizipationsmöglichkeiten, wie der Historiker Oliver Trede ausführt.¹⁶⁷ Dazu kam, dass die Gewerkschaften politisch aktiven Arbeitsmigrant*innen misstrauisch begegneten, weil sie den Einfluss »politisch extremistischer Kräfte« und »kommunistischer Infiltration« unter Arbeitsmigrant*innen fürchteten.¹⁶⁸ Der Anteil migrantischer Arbeiter*innen unter den Vertrauensleuten und Betriebsräten war zu Beginn der 1970er Jahre niedrig. Erst als sich mit dem Betriebsverfassungsgesetz von 1972 erstmals Arbeitsmigrant*innen unabhängig von ihrer Herkunft als Betriebsräte aufstellen lassen konnten, wuchs dieser Anteil.¹⁶⁹

Eine der Vertrauensfrauen war Ayten Firat. Nachdem sie während ihrer Schwangerschaft bei der AEG entlassen worden war, fing sie 1972 an, im öffentlichen Dienst als Putzfrau in Schulen zu arbeiten, und trat der Gewerkschaft bei.¹⁷⁰ In der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) wurde sie 1976 zur Vertrauensfrau gewählt und nahm an Seminaren und Konferenzen teil. Als türkeistämmige Vertrauensfrau wurde Firat von politischen und gewerkschaftlichen Akteuren

165 Vgl. Kapitel 4.2.1. Der Arbeiter- und Studentenverein aus der Türkei in Berlin war Mitglied der Föderationen türkeistämmiger Arbeiter in der BRD ATİF (Almanya Türkiyeli İşçiler Federasyonu) und der Föderation türkeistämmiger Studenten in der BRD ATÖF (Almanya Türkiyeli Öğrenciler Federasyonu). Zur Organisationsstruktur von ATÖF und ATİF s. Özcan, Ertekin: Türkische Immigrant*innenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, 1989, S. 68-74, 255-260.

166 Vgl. Trede, Oliver: Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration, 2015, S. 194f. Von 1975 bis 1987 stieg der Organisationsgrad türkeistämmiger Arbeiterinnen in der IG Metall von 37,4 auf knapp 53 Prozent. Vgl. Toksöz, Gülay: »Ja, sie kämpfen – und sogar mehr als die Männer«. Immigrantinnen – Fabrikarbeit und gewerkschaftliche Interessenverteilung, Berlin 1991, S. 59.

167 Vgl. Trede, Oliver: Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration, 2015, S. 193.

168 Vgl. ebd., S. 204.

169 Vgl. ebd., S. 196f.

170 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Ayten Firat, Berlin, Pankow, 10.11.2022.

»als Projekt« entdeckt, wie sie es im Zeitzeuginnengespräch ausdrückt. Auf einer Konferenz der ÖTV in Hamburg holte sie der Veranstalter, als er von ihrer Herkunft erfahren hatte, mit den Worten nach vorne: »Habt keine Vorurteile über türkische Frauen, schaut, Frau Firat ist bis hierher gekommen.«¹⁷¹ Dies war in Firats Augen auch deshalb möglich, weil ihr Mann den Haushalt und die Kinderbetreuung übernahm. »Ich bin zum Beispiel spät von der Arbeit gekommen, mein Mann hat die Kinder von der Kita abgeholt, hat sie gebadet und ihnen Essen gemacht. Dann hat er mich von der Arbeit abgeholt«,¹⁷² sagt sie. Auch politische Arbeit war also nicht gut mit der Familie vereinbar und bedingte, dass jemand die Reproduktionsarbeit übernahm.

Ayten Firat erinnert sich sehr positiv an ihre Zeit in der Gewerkschaft. Besonders eingeprägt hat sich ihr der ÖTV-Streik, bei dem im Februar 1974 bundesweit mehr als 200.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes drei Tage die Arbeit niederlegten.¹⁷³ »Wir haben die Straße des 17. Juni dichtgemacht. Sie war komplett voller Menschen. Wir haben 42, 43 Stunden gearbeitet. Erst später wurden die Stunden reduziert, nach unseren Kämpfen«, sagt sie. Drei Tage lang ging Firat morgens zur Straße des 17. Juni und kehrte erst abends heim. »Wir haben gestreikt, nicht gearbeitet. Dann haben wir unsere Rechte bekommen. Dann haben wir wieder angefangen zu arbeiten. Unsere Löhne wurden erhöht, die Stundenzahl auf acht Stunden reduziert, das 13. Monatsgehalt haben wir durchgesetzt. Diese Rechte haben wir bekommen, indem wir uns gewehrt haben.«¹⁷⁴ Während Ayten Firat im ÖTV-Streik die Wirkkraft gewerkschaftlicher Arbeitskämpfe erlebte, zeigt der Pierburg-Streik, dass Migrantinnen ihre Forderungen auch in außergewerkschaftlichen Arbeitsniederlegungen durchsetzen konnten.

171 Zeitzeuginnengespräch mit Ayten Firat, Berlin, Pankow, 10.11.2022.

172 Ebd.

173 Vgl. Führer, Karl Christian: Gewerkschaftsmacht und ihre Grenzen. Die ÖTV und ihr Vorsitzender Heinz Kluncker 1964-1982, Bielefeld 2017, S. 339. Da in den kommunalen Betrieben viele Arbeitsmigrant*innen beschäftigt waren, hatte die ÖTV in der Vorbereitung des Streiks Informationstexte und Flugblätter in fünf Fremdsprachen übersetzt. Vgl. ebd., S. 360.

174 Zeitzeuginnengespräch mit Ayten Firat, Berlin, Pankow, 10.11.2022.

1.4 Exkurs: Zeitzeuginnen-Perspektiven auf den Pierburg-Streik

»Es war eine Woche im August. Morgens sind wir nicht wie sonst zur Arbeit gegangen. Wir haben uns alle im Hof versammelt.«¹⁷⁵

Als im August 1973 die überwiegend migrantischen Arbeiterinnen der Vergaserfabrik Pierburg in Neuss fünf Tage für die Abschaffung der Leichtlohngruppe II streikten, standen die damals 25-jährige Sebahat Özsan und ihre Mutter Elif Özsan in den ersten Reihen. Auf einem ikonisch gewordenen Foto ist Elif Özsan im Arbeitskittel vor dem Werktor von Pierburg zu sehen, mit erhobenem Kopf in die Hände klatschend.¹⁷⁶ Ihr Enkel Kemal Bitirim entdeckte seine mittlerweile verstorbene Großmutter auf dem Bild und wandte sich im Januar 2023 an das digitale Archiv *DiasporaTürk*, das in sozialen Netzwerken Fotos und Geschichten von Migrant*innen aus der Türkei sammelt und teilt.¹⁷⁷ Auf *DiasporaTürk* erzählte Bitirim die Geschichte seiner Mutter und seiner Großmutter, die 1968 aus der westtürkischen Stadt Eskişehir nach Nordrhein-Westfalen gekommen waren und dort zunächst in einer Gärtnerei gearbeitet hatten, bevor sie 1969 zum Autoteile-Zulieferer Pierburg in Neuss wechselten.¹⁷⁸ Dort traten sie vier Jahre später gemeinsam mit 2.000 überwiegend migrantischen Arbeiterinnen aus Griechenland, der Türkei, Jugoslawien und Spanien in einen wilden Streik, der als migrantischer Frauenstreik in die Geschichte eingehen sollte.

175 Zeitzeuginnengespräch mit Sebahat Özsan, am Telefon, 3.7.2023.

176 Das Foto wird häufig zur Bebilderung des Pierburg-Streiks genutzt, etwa in Veranstaltungshinweisen zum 50. Jahrestag des Streiks 2023 und in der Broschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu 50 Jahren migrantischer Streiks, vgl. Cafaro, Nuria; Hüttner, Bernd; Tekin, Caner: Gelingende und misslingende Solidarisierungen. Spontane Streiks in Westdeutschland um 1973, Berlin 2023, S. 12. Es stammt aus dem Dokumentarfilm »Ihr Kampf ist unser Kampf« von Edith Schmidt und David Wittenberg von 1974/75. Die ursprüngliche Quelle des Fotos lässt sich nicht rekonstruieren.

177 Zu *DiasporaTürk* als Archiv der Migration und zur Konstruktion von Narrativen der Migration durch Fotografien s. Gencel Bek, Mine; Prieto Blanco, Patricia: (Be)Longing through visual narrative. Mediation of (dis)affect and formation of politics through photographs and narratives of migration at *DiasporaTürk*, in: *International Journal of Cultural Studies* 23/5, 2020, S. 709-727.

178 Vgl. Bitirim, Kemal: »Annem Sebahat Özsan ve anneannem Elif Özsan 1968'de Eskişehir'den çıkıp misafir işçi olarak Almanya'ya göç etmişler«, *DiasporaTürk*, 15.1.2023, online abrufbar unter: www.instagram.com/p/Cnbaop9lPd4/?igsh=MW9jYzKxOW95M3pkcg== (23.2.2025); Bitirim, Kemal: »Annem Sebahat Özsan ve anneannem Elif Özsan 1968'de Eskişehir'den çıkıp misafir işçi olarak Almanya'ya göç etmişler«, *DiasporaTürk*, 15.1.2023, online abrufbar unter: twitter.com/diaspora_turk/status/1614628191892606976?s=19 (23.2.2025).

Die Firma Alfred Pierburg belieferte nahezu die gesamte Automobilproduktion in Westdeutschland mit Vergasern.¹⁷⁹ 1973 arbeiteten bei Pierburg in Neuss 3.241 Beschäftigte, darunter fast 2.000 Arbeiterinnen aus der Türkei, Griechenland, Jugoslawien, Spanien und Italien,



Streikende Pierburg-Arbeiterinnen im August 1973, vorne links Elif Özsan

wobei türkeistämmige und griechische Arbeiterinnen die größten migrantischen Gruppen darstellten.¹⁸⁰ Die Frauen arbeiteten überwiegend an schnell laufenden Fließbändern, wurden aber ausnahmslos in den Leichtlohngruppen eingestuft und nicht nach Akkord bezahlt, obwohl sie faktisch Akkord leisteten. Männer verdienten für die gleiche Arbeit an einem ›Frauenarbeitsplatz‹ mehr als die Frauen.¹⁸¹ Die Leicht-

179 Vgl. Kürten, Helena: »Gastarbeiterinnen im wilden Streik«, 2017, S. 509.

180 Vgl. Pinl, Claudia: Pierburg KG Neuss – Beispiel eines erfolgreichen Frauenstreiks. Berichte aus der Praxis, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 25/1, 1974, S. 54–57, S. 54 f.; Hildebrandt, Eckart; Olle, Werner: Ihr Kampf ist unser Kampf, 1975, S. 39. Von den 2.355 migrantischen Arbeiter*innen waren 70 Prozent Frauen (1.700).

181 Vgl. Pinl, Claudia: Pierburg KG Neuss – Beispiel eines erfolgreichen Frauenstreiks, 1974, S. 54 f.

lohngruppen unterschied demnach nur der Name von den 1955 für verfassungswidrig erklärten Frauenlohngruppen. Schon länger hatte es deswegen bei Pierburg gebrodelt. Im Mai 1970 hatten migrantische Arbeiterinnen bereits erfolgreich die Abschaffung der Leichtlohngruppe I erstreikt, im Juni 1973 waren rund 300 Arbeiterinnen erneut in einen zweitägigen Streik für höhere Löhne getreten, den die Firmenleitung noch beschwichtigen konnte. Die Stimmung blieb jedoch angespannt und spitzte sich in den ersten Augustwochen zu. Am frühen Morgen des 13. August 1973 verteilten Arbeiter*innen am Werkstor Flugblätter mit der Aufforderung, für die Abschaffung der Leichtlohngruppe II und eine Lohnerhöhung von einer Mark zu streiken.¹⁸² Fünf Tage legten die Arbeiterinnen ihre Arbeit nieder und setzen damit erfolgreich die Abschaffung der Leichtlohngruppe II und 65 Pfennig mehr Lohn durch.

Zeitgenössische und zeitgeschichtliche Rezeption

Der Pierburg-Streik kann ohne weiteres als bekanntester migrantischer Frauenstreik in Deutschland bezeichnet werden. Nachdem die Arbeitskämpfe von Migrantinnen in der Migrationsgeschichte lange ausgeblendet oder marginalisiert worden waren, entdeckte die jüngere Migrationsforschung den Pierburg-Streik als Beispiel migrantischen Widerstands und gelungener Solidarität. Gerade weil migrantische Arbeiterinnen den Pierburg-Streik initiierten und ihre Forderungen erfolgreich durchsetzten, erfuhr der Arbeitskampf zudem nicht erst in den vergangenen Jahren breite mediale Aufmerksamkeit, sondern bereits 1973. Der Pierburg-Streik und die Perspektiven zentraler Akteure sind historisch gut dokumentiert und archivalisch breit überliefert.¹⁸³ In ihren Untersuchungen rekonstruieren Manuela Bojadžijev, Jennifer Miller, Felix Heinrichs, Helena Kürten und Simon Goeke die Ursachen, den Verlauf und die Gründe für den Erfolg des Streiks detailliert aus unterschiedlichen Blick-

182 Vgl. Hildebrandt, Eckart; Olle, Werner: *Ihr Kampf ist unser Kampf*, 1975, S. 39-41; Armann, Claus; Taudien, Reiner: 5 Tage standen alle Bänder still. 1973 Streik bei Pierburg/Neuss, in: *Werkkreis Literatur der Arbeitswelt* (Hg.): *Dieser Betrieb wird bestreikt. Berichte über die Arbeitskämpfe in der BRD*, Frankfurt a.M. 1974, S. 125-135, S. 127-135; Betriebsrat Pierburg: Bericht eines BR-Mitglieds eine Woche nach dem Auguststreik 1973 bei Pierburg, DOMiD, E 0890,0100, 8/1973.

183 Die Sicht der Geschäftsleitung ist im Zentralsarchiv der Rheinmetall AG archiviert, die Perspektive der IG Metall ist in Jahresberichten und Protokollen im AdsD dokumentiert und die Überlieferung des Pierburg-Betriebsrats liegt im DOMiD. Vgl. Heinrichs, Felix: *›Ihr Kampf ist unser Kampf‹* 2013, S. 99 f.

winkeln.¹⁸⁴ Dank ihrer Untersuchungen ist der Pierburg-Streik einer der bestdokumentierten migrantischen Arbeitskämpfe. Relativ abwesend ist dabei die Perspektive, die den Pierburg-Streik überhaupt erst zu einem bemerkenswerten Streik macht: die Perspektive der streikenden Frauen. Diese werden zwar in allen Untersuchungen zu den zentralen Akteurinnen des Streiks erklärt, bleiben aber recht konturlos. Trotz ihrer hohen Sichtbarkeit werden die Frauen so paradoxerweise nahezu Statistinnen ihres eigenen Arbeitskampfes, weil sie über ihre Forderungen hinaus keine Stimme in der Erzählung haben. Das liegt sicher maßgeblich daran, dass Archive oft Auskunft darüber geben, *was* Frauen als Akteurinnen *wie* getan haben, aber selten, welche Gründe sie dafür hatten, was sie politisierte und welche Hoffnungen sie mit ihren Handlungen verbanden.

In der überwiegend positiven zeitgenössischen Berichterstattung des Arbeitskampfes wurden die migrantischen Arbeiterinnen entweder marginalisiert, als von militanten männlichen Rädelsführern angestiftet und instrumentalisiert dargestellt oder in ihren Handlungen exotisiert und sexualisiert, wie Helena Kürten die dominanten narrativen Grundmuster analysiert.¹⁸⁵ Durch das generische Maskulinum entstand in der Berichterstattung eine inhaltliche Verzerrung der Ereignisse, da die Frauen trotz ihrer repräsentativen Mehrheit als handelnde Subjekte unsichtbar gemacht wurden und zugleich die vergeschlechtlichte Lohndiskriminierung als Hauptauslöser des Streiks ausgeblendet wurde.¹⁸⁶ Kürten argumentiert, dass das entschiedene Auftreten der Arbeitsmigrantinnen dem Stereotyp der passiven »Gastarbeiterin« so eklatant widersprach, dass es umgedeutet wurde. Nur indem die streikenden Frauen als von Männern leicht zu manipulierende Arbeiterinnen zum »Hintergrund« erklärt wurden, konnten sie in bestehende Bilder integriert werden.¹⁸⁷

184 Bojadžijev, Manuela: Die windige Internationale, 2008, S. 162-172; Miller, Jennifer: Her Fight is Your Fight, 2013; Miller, Jennifer: Turkish Guest Workers in Germany, 2018, S. 135-161; Heinrichs, Felix: »Ihr Kampf ist unser Kampf« 2013; Heinrichs, Felix: Kontrollverlust der Gewerkschaften? 2015; Kürten, Helena: »Gastarbeiterinnen im wilden Streik«, 2017; Goeke, Simon: Gewerkschaftliche Erinnerung an Migration, in: Berger, Stefan u. a. (Hg.): Gewerkschaften im Gedächtnis der Demokratie. Welche Rolle spielen soziale Kämpfe in der Erinnerungskultur?, Bonn 2022, S. 207-226; Goeke, Simon: Der Kampf der Pierburg-Arbeiterinnen gegen Lohndiskriminierung. Geschichte und Erinnerung, in: Cafaro, Nuria u. a. (Hg.): Gelingende und misslingende Solidarisierungen. Spontane Streiks in Westdeutschland um 1973, Berlin, S. 33-48.

185 Vgl. Kürten, Helena: »Gastarbeiterinnen im wilden Streik«, 2017, S. 514.

186 Vgl. ebd., S. 515.

187 Vgl. ebd., S. 520.

Auch wenn die zeitgeschichtliche Aufarbeitung des Pierburg-Streiks die Handlungsmacht der migrantischen Arbeiterinnen dezidiert betont, liegt die Deutungsmacht und -hoheit weiter bei den Männern. Bislang kommen in keiner historischen Untersuchung des Pierburg-Streiks Zeitzeuginnen zu Wort – und in zeitgenössischen Dokumentationen fast ausschließlich männliche, deutsche Zeitzeugen. Einzig das autonome BIPoC-Referat der Universität Köln veröffentlichte 2023 ein Oral History-Interview mit der Zeitzeugin Emine Orhanoğlu,¹⁸⁸ die Teil des Streikkomitees bei Pierburg war.¹⁸⁹ Angesichts der breiten Rezeption und der wissenschaftlichen Tiefenbohrungen soll im Folgenden der Anspruch nicht darin liegen, bereits bestehende Analysen des Streiks erneut detailliert auszubuchstabieren. Vielmehr ist es das Anliegen dieses Kapitels, durch eine Zentrierung auf die migrantischen Protagonistinnen des Streiks bisher unterbelichtete Vernetzungen und Strukturen freizulegen. Der Perspektive der handelnden Frauen auch als transnationalen Akteurinnen zu folgen, erlaubt eine höhere Tiefenschärfe der Ereignisse. Anhand der Berichte dreier Zeitzeuginnen soll deshalb im Folgenden der Pierburg-Streik aus der Sicht migrantischer Frauen rekonstruiert werden.

Modern Times bei Pierburg

Sebahat Özsan vergleicht die Arbeit bei Pierburg mit *Modern Times* von Charlie Chaplin. »Wenn du dich ans Fließband gesetzt hast, konntest du nicht mehr aufstehen. Du konntest dich nicht einmal umdrehen, weil vom Band Sachen kamen. Die Maschinen laufen pausenlos, die Menschen arbeiten. Aufstehen, herumlaufen, herumschauen gab es nicht«, sagt sie im Zeitzeuginnengespräch.¹⁹⁰ Gemeinsam mit ihrer Mutter Elif Özsan war die damals 20-jährige 1968 aus Eskişehir nach Grevenbroich gekommen, wo ihr Vater in einer Fleischerei arbeitete. Nachdem die Mutter und die Tochter ein Jahr in einer Gärtnerei in Rommerskirchen gearbeitet hatten, wechselten sie 1969 zu Pierburg. Dort arbeiteten vor allem Migrant*innen in Leichtlohngruppen. Das Arbeitstempo verschärfte sich von 1970 bis 1973 beinahe auf die doppelte Geschwindigkeit von 750 Vergasern auf 1.300 pro Bandeinheit und Schicht.¹⁹¹ »Sie haben ständig

188 Adigüzel, Irem; Beische, Laura: Zeitzeuginnengespräch mit Emine Orhanoğlu: Streik in Pierburg, 1973, Neuss, 10.6.2023, online abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=15STfcOel40> (23.2.2025).

189 Vgl. Streikkomitee Pierburg: Streikkomitee, DOMiD, E 0890,0100, 15.8.1973.

190 Zeitzeuginnengespräch mit Sebahat Özsan, am Telefon, 3.7.2023.

191 Vgl. Pinl, Claudia: Pierburg KG Neuss – Beispiel eines erfolgreichen Frauenstreiks, 1974, S. 54f.

mit einem Gerät kontrolliert, ob wir schnell genug arbeiten. Du denkst, dass sie deine Arbeitsgeschwindigkeit testen, dabei machen sie das, um die Produktion zu steigern. Aus Angst fängst du dann an, schneller zu arbeiten. Aber das ist falsch, denn wenn du schneller arbeitest, erwarten sie, dass du mehr Teile schaffst«, sagt Sebahat Özsan rückblickend. »Das war also auch eine Falle. Da spielt auch die Angst vor Entlassung eine Rolle. Arbeite ich wohl zu langsam? Nach zwei, drei Tagen verlangen sie 600 Stück statt bisher 500.« Die Arbeiterinnen tauschten sich aber auch untereinander über die Kontrollen aus und informierten neu eingestellte Arbeiterinnen. »Wenn die Kontrolle kam, habe ich den Frauen gesagt: ›Macht so viel wie ihr könnt, überanstrengt euch nicht.‹ Denn wenn sie mehr gemacht haben, wurde die Produktion gesteigert.«¹⁹² Özsans Verweis auf *Modern Times* lässt sich nicht allein als Referenz auf Rationalisierung und Taylorismus lesen, sondern stellt auch einen Bezug zu einem spezifischen Verständnis von Modernität in der Türkei her.

Bereits vor ihrer Emigration hatte Özsan in den 1960er Jahren drei Jahre in der Textilfabrik des staatlichen Unternehmens Sümerbank in Eskişehir gearbeitet. Die Sümerbank-Fabriken, die im Rahmen des Fünf-Jahres-Plans in den frühen 1930er Jahren entstanden, symbolisierten als republikanisches Modernisierungsprojekt wie keine andere Institution Ideale nationalistischer Industrialisierung.¹⁹³ Diese Modernisierungsideale durchziehen auch Özsans Narrativ. Im Gespräch betont Özsan, dass sie aus einer Großstadt komme und Eskişehir eine moderne Stadt sei, und kontrastiert dies mit Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen in der Bundesrepublik. »Wir haben wirklich mit sehr schwierigen Bedingungen gekämpft. Die Deutschen haben uns nicht akzeptiert, aber wir haben Fuß gefasst. Wenn sie dich in der Straßenbahn gesehen haben, haben sie gesagt: ›Ausländer‹, ›Kümmeltürke‹, das Wort, das ich am meisten hasse. Aber ich habe mich auch gewehrt.«¹⁹⁴ Die Kränkung, in der Bundesrepublik als rückständig abgewertet zu werden, was dem eigenen Selbstverständnis widersprach, ›modern‹ zu sein und aus der Großstadt zu kommen, eint viele Zeitzeuginnen. Dieses unterstellte Modernitätsdefizit kann mit Mark Terkessidis als Akt der Entgleichung ver-

192 Zeitzeuginnengespräch mit Sebahat Özsan, am Telefon, 3.7.2023.

193 Vgl. Bozdoğan, Sibel: *Modernism and Nation building*, 2001, S. 124. Zu Sümerbank als republikanischem Modernisierungsprojekt vgl. Himam, Dilek; Pasin, Burkey: *Designing a National Uniform(ity). The Culture of Sümerbank within the Context of the Turkish Nation-State Project*, in: *Journal of Design History* 24/2, 2011, S. 157-170. Zur Geschichte der Sümerbank-Textilfabrik in Eskişehir s. Tülce Uman, Ayten Hüma: *The Making of Industrial Subjects in Spaces of Work, Living and Collectivity. Eskişehir 1923-1980*, Dissertation, Ankara 2021.

194 Zeitzeuginnengespräch mit Sebahat Özsan, am Telefon, 3.7.2023.

standen werden, der mit der Verweigerung von Gleichheit einhergeht.¹⁹⁵ Gemeinsam mit Formen der Ausgrenzung, der Zurechtweisung und der Verweigerung von Zugehörigkeit schreibt sich die Entgleichung in das Inventar rassistischer Praktiken ein.

Zu dem modernen Selbstentwurf passt auch eine Anekdote, die Sebahat Özsan über einen verstopften Vergaser ihres Mercedes im Türkeiurlaub 1970 erzählt. In der Autowerkstatt konnte der Mechaniker den Vergaser nicht wieder einbauen. »Ich habe zu ihm gesagt, ›tritt zur Seite. Ich reinige den Vergaser und baue ihn wieder ein.«¹⁹⁶ Als junge Frau, die einen Vergaser einbauen konnte, versetzte sie die Automechaniker der umliegenden Werkstätten in Aufruhr. »In der Türkei gab es damals auch keine Autofahrerinnen. Ich bin als Frau Auto gefahren und habe noch dazu das Auto repariert«, sagt sie lachend.¹⁹⁷ Im Auto verdichteten sich in der Türkei symbolische Codes von Modernisierung, Geschlecht und Klasse.¹⁹⁸ So gaben viele Frauen als Motiv für ihre Migration an, ein Auto kaufen zu wollen.¹⁹⁹ Ein Auto zu besitzen und zu fahren, bedeutete für Frauen ›modern‹ zu sein und sich ungestört im öffentlichen Raum bewegen zu können, wie die Historikerin Lea Nocera argumentiert.²⁰⁰ ›Modernität‹ brachte Sebahat Özsan also in Verbindung mit harter Arbeit, Ausgrenzung und Rassismus, sie verstärkte aber auch positive Selbstentwürfe von Unabhängigkeit und Handlungsmacht.

»Recht darf man nicht abwarten, sondern nehmen«. Streikchronologie

Bereits vor dem Streik-Sommer 1973 hatten die hohe Arbeitsbelastung und die Lohndiskriminierung bei Pierburg Unzufriedenheit unter den

195 Vgl. Terkessidis, Mark: Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive, Bielefeld 2004, S. 195.

196 Zeitzeuginnengespräch mit Sebahat Özsan, am Telefon, 3.7.2023.

197 Ebd.

198 Vgl. zur Bedeutung des Autos für Migrant*innen als Symbol der Modernität Gajek, Eva Maria; Severin-Barboutie, Bettina: ›Oh Lord, Won't You Buy Me a Mercedes Benz?‹. Arbeitsmigration und Automobilität in der Bundesrepublik, in: Archiv für Sozialgeschichte 64, 2024, S. 85–114; Czycholl, Claudia Valeska: Bilder des Fremden. Visuelle Fremd- und Selbstkonstruktionen von Migrant*innen in der BRD (1960–1982), Bielefeld 2020, S. 203–219.

199 Vgl. Abadan, Nermin: Batı Almanya'daki Türk işçileri ve sorunları, 1964, S. 212; Berlindeki kadın işçilerimiz ücret azlığından yakınıyorlar, in: Cumhuriyet, 4.1.1966; Yepyeni bir hayatın peşinde ..., S. 3; Avrupa yolcusu işçilerimiz orada ne yapmayı düşünüyor?, in: Cumhuriyet, 18.5.1964, S. 6.

200 Vgl. Nocera, Lea: »Manikürlü Eller Almanya'da Elektrik Bobini Saracak«, 2018, S. 49. Ausführlicher zu Modernisierung und Geschlecht in der Türkei s. Kapitel 2.1.2.

Arbeiterinnen ausgelöst. Im Mai 1970 legten etwa 1.000 überwiegend jugoslawische und deutsche Frauen zwei Tage die Arbeit nieder. Auslöser für den Konflikt war neben der niedrigen Bezahlung in den Leichtlohngruppen die Unterbringung in Frauenwohnheimen gewesen, in dem Männerbesuche untersagt waren.²⁰¹ Streiks entzündeten sich demnach nicht selten auch an vermeintlich ›privaten‹ Gründen wie der Unterbringung oder, wie etwa beim Ford-Streik 1973, dem Urlaub. Trotz der Drohungen der Geschäftsleitung, die streikenden Frauen zu entlassen und ausweisen zu lassen, ließen sich diese nicht einschüchtern und setzten die Abschaffung von Leichtlohngruppe I und eine Lohnerhöhung von 20 Pfennig durch.²⁰² Zwei Jahre später wurden erstmals sechs migrantische Arbeiter und zwei deutsche Arbeiterinnen in den Betriebsrat gewählt, der sich zuvor ausschließlich aus deutschen Männern zusammengesetzt hatte.²⁰³ Diese begannen ihre Mitbürger*innen zu organisieren und verteilten regelmäßig Informationsblätter in allen Sprachen.²⁰⁴ »Wir waren alle in der Gewerkschaft«, sagt Sebahat Özsan. »Dort gab es einen türkeistämmigen Arbeiter, er hieß Hasan. Er hat uns empfohlen, der Gewerkschaft beizutreten, damit wir unsere Rechte verteidigen können.«²⁰⁵ Es muss sich bei dem erwähnten Arbeitskollegen um Hasan Orhanoglu handeln, der 17 Jahre lang Betriebsratsmitglied bei Pierburg war²⁰⁶ und dessen Name auch im Zusammenhang mit dem Pfingststreik 1973 in den Quellen auftaucht.²⁰⁷

Die anhaltende Lohndiskriminierung der Arbeiterinnen führte dazu, dass im Juni 1973 erneut mehrere hundert Frauen in einen spontanen Streik traten. Die streikenden Frauen legten einen Forderungskatalog mit 13 Punkten vor, darunter die Abschaffung der Leichtlohngruppe II und eine Mark mehr für alle, ein bezahlter Hausfrauentag im Monat und gleicher Lohn für Männer und Frauen bei schwerer körperlicher

201 Vgl. Unternehmer rief die Kripo, in: Deutsche Volkszeitung, 29.5.1970; Interview mit einem Betriebsratsmitglied über die Arbeitskonflikte ausländischer Arbeiter bei Pierburg/Neuss (im Februar 1975), in: Hildebrandt, Eckart, Olle, Werner (Hg.): Ihr Kampf ist unser Kampf. Ursachen, Verlauf und Perspektiven der Ausländerstreiks 1973 in der BRD, Offenbach 1975, S. 155-192, S. 155.

202 Vgl. Unternehmer rief die Kripo; Hildebrandt, Eckart, Olle, Werner: Ihr Kampf ist unser Kampf, 1975, S. 37.

203 Vgl. Hildebrandt, Eckart, Olle, Werner: Ihr Kampf ist unser Kampf, 1975, S. 39.

204 Vgl. Redaktionskollektiv »express«: Spontane Streiks 1973. Krise der Gewerkschaftspolitik, Offenbach 1974, S. 78.

205 Zeiteuginnengespräch mit Sebahat Özsan, am Telefon, 3.7.2023.

206 Vgl. Adigüzel, Irem; Beische, Laura: Zeiteuginnengespräch mit Emine Orhanoglu: Streik in Pierburg, 1973, Neuss, 10.6.2023.

207 Vgl. Betriebsrat Pierburg: Erklärung und Zusammenfassung der Vorgänge im Juni 1973, DOMiD, E 0890,0100, 24.7.1973.

Arbeit.²⁰⁸ Nachdem die Betriebsleitung die Streikenden vergeblich aufgefordert hatte, die Arbeit wieder aufzunehmen, lud sich die Stimmung zunehmend auf.²⁰⁹ In der Frühschicht des zweiten Streiktages schlug diversen Betriebsratsmitgliedern zufolge ein Einrichter zwei türkeistämmige Arbeiterinnen, wobei sich eine der Frauen eine Augenverletzung zuzog.²¹⁰ Vorarbeiter versuchten Frauen daran zu hindern, die Arbeit niederzulegen und in den Hof zu gehen, und drohten mit Entlassung, es fielen rassistische Beschimpfungen.²¹¹ Vergeblich versuchten die migrantischen Arbeiterinnen, die Solidarität der deutschen Arbeiter*innen zu gewinnen.²¹² Der Geschäftsleitung gelang es, den Streik zu beenden, doch der Arbeitskonflikt schwelte weiter.

Am frühen Morgen des 13. August 1973 verteilten Arbeiter*innen Flugblätter vor dem Werkstor. »In dem Flugblatt hieß es, dass die Löhne, die uns gezahlt werden, zu niedrig sind. Da haben wir alle die Arbeit niedergelegt. Wir Arbeiter*innen haben uns alle vereint«, sagt Sebahat

208 Vgl. Hildebrandt, Eckart; Olle, Werner: *Ihr Kampf ist unser Kampf*, 1975, S. 37.

209 Vgl. Betriebsrat Pierburg: Vorgangsschilderung vom 7. Juni 1973 Fa. Pierburg, DOMiD, E 0890,0100, 7.6.1973.

210 Vgl. Betriebsrat Pierburg: Erklärung und Zusammenfassung der Vorgänge im Juni 1973, DOMiD, E 0890,0100, 24.7.1973; Pierburg Autorenkollektiv: *Pierburg – Neuss: »Deutsche und ausländische Arbeiter – Ein Gegner – Ein Kampf«*. Alman ve Meslektaşlar Tek Rakip Tek Mücadele, 1974, S. 12.

211 Vgl. Betriebsrat Pierburg: Erklärung und Zusammenfassung der Vorgänge im Juni 1973, DOMiD, E 0890,0100, 24.7.1973. Unter anderem soll der Satz gefallen sein, man solle »alle Ausländer [...] vergasen«.

212 Vgl. Pierburg – Neuss: »Deutsche und ausländische Arbeiter – Ein Gegner – Ein Kampf«, 1974, S. 12f. In einem »[a]n die deutschen Kolleginnen und Kollegen« gerichteten Flugblatt, das die migrantischen Arbeiter*innen am zweiten Streiktag vor dem Werkstor verteilten, heißt es: »Alles wird teurer, Mieten und Preise steigen – für Ausländer und für Deutsche gleich. Seit Donnerstag streiken viele Ausländerinnen für Forderungen, die eigentlich uns alle betreffen: 1. Die Beurlaubten müssen sofort wieder Zutritt zum Betrieb haben und nachher die Arbeit wieder aufnehmen können. 2. Der Personalleiter B., der Vorarbeiter F., der Einrichter G. sind fristlos zu entlassen. [Namen zum Persönlichkeitsschutz anonymisiert, E.K.] 3. Die Lohngruppe II muß weg, warum sollten die Frauen noch weniger verdienen als die Männer? 4. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin hat pro Stunde 1 Mark mehr zu bekommen. 5. Die Fahrpreise steigen ständig, der innerbetriebliche Fahrgeldzuschuß muß ständig mitsteigen. 6. Ein bezahlter Hausfrauentag mindestens im Monat muß her. Die Frauen sind durch Beruf und Haushalt doppelt belastet, warum sollen sie nicht einmal im Monat einen Tag für sich haben? 7. Wer durch die Arbeit krank wird, kann nicht noch durch Entlassung dafür bestraft werden! 8. Alle Streiktage müssen bezahlt werden. 9. Wer schon längere Zeit im Betrieb beschäftigt ist, muß denselben Lohn bekommen wie die Arbeiter, die neu eingestellt werden!« Vgl. An die deutschen Kolleginnen und Kollegen: JETZT ODER NIE, DOMiD, E 0890,0100, 6/1973.

Özsan.²¹³ Da Özsan Deutsch und ein wenig Griechisch sprach, war sie in die Kantine versetzt worden und vermittelte als Übersetzerin zwischen den Arbeiterinnen und den Vorgesetzten. Während ihre Mutter beim Streik in der vordersten Reihe stand, lief sie umher, übersetzte die Forderungen der Arbeiterinnen und die Anweisungen der Geschäftsleitung und kann sich deshalb nicht detailliert an die Atmosphäre auf dem Hof erinnern. »Ich habe das nicht vollständig erlebt, aber ich habe die Forderungen unterstützt. Wir wussten, dass wir für unsere Arbeit nicht gerecht entlohnt wurden«, sagt sie.²¹⁴ Eine anonyme Arbeiterin schildert in der Dokumentation des Autorenkollektivs Pierburg jenen Morgen so: »Am 13. August kam ich wie immer um 6.50 Uhr zur Arbeit. Ich bin zur Hintertür rein und gerade, als ich die Karte stempeln wollte, kamen zwei türkische Kolleginnen vorbei. Sie sagten zu mir, ›komm, wir streiken‹. Ich ging nach draußen, vor der Fabrik hatte sich eine große Gruppe versammelt und rief mir zu: ›Komm raus‹.«²¹⁵

Die Polizei ging aggressiv gegen die Frauen vor. Die griechische Arbeiterin Eleftheria Marmela, die bei einem Polizeieinsatz verletzt wurde, wird in einem Streikbericht so zitiert: »Sie kamen mit gezogenen Pistolen auf uns zu und mit Knüppeln in den Händen. Der Vorarbeiter Freiberg ging plötzlich zu den Polizisten und zeigte mit dem Finger auf mich. Dann wurde ich gepackt. Man drehte mir die Arme nach hinten, ich stürzte zu Boden. Einer hielt mich fest, und einer schlug mit dem Knüppel auf mich ein.«²¹⁶ Als die griechische Vertrauensfrau Anna Satolias, die bereits 1970 bei Pierburg mitgestreikt hatte und zu dem Zeitpunkt im fünften Monat schwanger war, ihrer Kollegin zur Hilfe kommen wollte, soll der Vorarbeiter ihr gedroht haben: »Der sprang auf mich zu und drohte, paß bloß auf, daß dir dein Kind nicht vor der Zeit aus dem Bauch kommt.«²¹⁷ Gewalt gegen Arbeiterinnen ist eine auffällige Parallele in migrantischen Frauenstreiks: Mehrere spontane Arbeitsniederlegungen wurden entweder durch körperliche Übergriffe der Meister oder Vorgesetzten ausgelöst oder mit Polizeigewalt niedergeschlagen. So eskalierte

213 Zeitzeuginnengespräch mit Sebahat Özsan, am Telefon, 3.7.2023.

214 Ebd.

215 Beynelminel-Sosyalistler-Neşriyatı-Pierburg yazarlar birliği: Grev Vakaynamesi, in: Pierburg Autorenkollektiv (Hg.): Pierburg – Neuss: »Deutsche und ausländische Arbeiter – Ein Gegner – Ein Kampf«. Alman ve Meslektaşlar Tek Rakip Tek Mücadele, S. 141-147, S. 142.

216 Armann, Claus; Taudien, Reiner: 5 Tage standen alle Bänder still, 1974, S. 127.

217 Ebd. Vgl. hierzu auch das Porträt von Anna Satolias von Jochimsen, Luc: Anna, geh du voran. Anna Satolias – die Geschichte einer griechischen Gastarbeiterin, die die Sprecherin der Frauen in einem deutschen Betrieb wurde, in: Jasmin 26, 14.12.1973.

der Arbeitskonflikt bei Bahlsen 1967, als der Werksdirektor eine spanische Arbeiterin ohrfeigte.²¹⁸ Während des Pfingststreiks bei Pierburg wurden zwei türkeistämmige Arbeiterinnen geschlagen. Während der Arbeitsniederlegung bei Hella in Lippstadt im Juli 1973 ging die Polizei hart gegen die streikenden Frauen und Männer vor.²¹⁹



*Filmstill aus dem Dokumentarfilm »Ihr Kampf ist unser Kampf«,
links im Bild Elif Özsan*

Der Innenminister in Nordrhein-Westfalen musste sich später mit einem Bericht über den Polizeieinsatz beim Pierburg-Streik vor dem Landtag rechtfertigen. In dem Bericht wurde Marmela als Rädelsführerin und Aggressorin und der Einsatz von Schlagstöcken als Notwehr dargestellt: »Als diese 3 Beamten versuchten, Frau Marmela festzunehmen,

218 Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 305f. Bereits zuvor hatten nach Augenzeuginnenberichten deutsche Angestellte versucht, spanische Arbeiterinnen an der Arbeitsniederlegung zu hindern und sie dabei gestoßen und geschlagen. Vgl. ebd., S. 305.

219 Vgl. Hildebrandt, Eckart; Olle, Werner: Ihr Kampf ist unser Kampf, 1975, S. 33. Die Polizeigewalt während des Ford-Streiks zeigt, dass sich physische Übergriffe selbstverständlich nicht auf ein Geschlecht beschränkten. Allerdings hatten sie bei Frauen zusätzlich eine vergeschlechtlichte Dimension, wie etwa bei der schwangeren Anna Satolias.

liess sie sich in eine hockende Stellung fallen und schrie aus Leibeskräften. Wegen der Körperfülle der Frau konnten die Beamten sie nicht zum Streifenwagen bringen«, heisst es dort. »Dieses Vorhaben wurde auch dadurch verhindert, dass alle Streikenden die Beamten einschlossen, die Freilassung der Frau forderten und die Beamten tätlich angriffen. Um sich aus dieser Notlage zu befreien, griffen die Beamten zum Schlagstock und wehrten die Angreifer durch Schläge auf die Arme ab.«²²⁰ Ähnlich wie die Presse ging auch die Polizei davon aus, dass »kommunistische Agitatoren« versuchten, »die Arbeitswilligen durch verstärkte Propaganda zur Arbeitsniederlegung zu bewegen.«²²¹

Die Zeitzeuginnenberichte widersprechen jedoch der Einschätzung radikaler Einflüsse; in ihren Darstellungen ging der Streik von den Arbeiterinnen aus. »Die meisten haben gesagt, dass die Streikenden Kommunisten sind, aber ich habe vor dem Werkstor außer meinen Freundinnen niemanden gesehen«, schrieb die anonyme Mitarbeiterin in ihrem Streikbericht, der in der Dokumentation des Autorenkollektivs Pierburg publiziert ist.²²² Marmela, die festgenommen und verhört wurde, sagte danach, die Polizisten hätten immer hören wollen, »daß wir wegen Politik streiken.«²²³ Emine Orhanoglu, die gemeinsam mit Anna Satolias und Elefteria Marmela Teil des neunköpfigen Streikkomitees war,²²⁴ äussert sich im Zeitzeuginnengespräch über den Streik so: »Wir wollten unser Recht haben, wir wollten nicht unterdrückt werden. Wir hatten wirklich für unsere Rechte gekämpft. Sonst freiwillig gibt ja keiner. [...] Ich habe immer gesagt: Mithalten, Recht darf man nicht abwarten, sondern nehmen.«²²⁵ Auch Sebahat Özsan sagt, sie verstehe sich zwar nicht als politisch, aber: »Ungerechtigkeit kann ich überhaupt nicht ertragen. Wenn ich sehe, dass jemandem Unrecht geschieht, wehre ich mich heute noch. Sie haben uns natürlich ausgebeutet und benutzt. Aber wir haben das Glück erlebt, unser Recht zu bekommen.«²²⁶ Bereits in der Sümerbank-Textilfabrik war Özsan in der Gewerkschaft gewesen. »Dort habe ich

220 Der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen an den Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen: Bericht über den Einsatz der Polizei anlässlich des Streiks bei der Firma Pierburg in Neuss vom 13. bis 21. August 1973, BArch, B 106/124124, 25.9.1973.

221 Ebd.

222 Beynelminel-Sosyalistler-Neşriyatı-Pierburg yazarlar birliği: Grev Vakayinamesi, S. 143.

223 Armann, Claus; Taudien, Reiner: 5 Tage standen alle Bänder still, 1974, S. 127.

224 Vgl. Streikkomitee Pierburg: Streikkomitee, DOMiD, E 0890,0100, 15.8.1973.

225 Adigüzel, Irem; Beische, Laura: Zeitzeuginnengespräch mit Emine Orhanoglu: Streik in Pierburg, 1973, Neuss, 10.6.2023.

226 Zeitzeuginnengespräch mit Sebahat Özsan, am Telefon, 3.7.2023.

dafür gesorgt, dass die Arbeiter*innen in die Gewerkschaft eintreten. Ich habe ihnen gesagt, werdet Gewerkschaftsmitglieder, dann können wir für unsere Rechte eintreten«, sagt sie.²²⁷

*»Heute ist unser Tag, wir müssen feiern und tanzen«.
Migrantische Streikpraktiken*

Die 1960er Jahre waren die Blütezeit der Arbeiter*innenbewegung in der Türkei. Das Recht zu streiken wurde nach dem Militärputsch 1960 zu einem zentralen Gegenstand der Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaften und der Militärregierung. Die Verfassung von 1961 erkannte Streiks und Tarifverhandlungen als soziales Recht an.²²⁸ Bis das türkische Parlament das Gesetz verabschiedete, sollten jedoch zwei Jahre und zahlreiche Arbeitskämpfe vergehen.²²⁹ Der letzte wilde Streik war der Kavel-Streik in einer Kabelfabrik in Istanbul im Januar 1963, der 36 Tage dauerte. Die Beteiligung der Familien am Streik schuf Legitimität und steigerte die Sympathie der Streikenden in der Öffentlichkeit und erhöhte letztlich den Druck auf die Regierung, das Gesetz sofort zu verabschieden.²³⁰ (Wahl-)Verwandtschaften bildeten bei Arbeitskämpfen in der Türkei die Basis von Solidarität, wie Büşra Satı am Beispiel des 41-tägigen Frauen-Streiks in der Batterienfabrik Berec zum Jahreswechsel 1964/65 argumentiert. Der Arbeitskampf in der Fabrik, in der überwiegend Frauen arbeiteten, hatte sich an der Unvereinbarkeit von Erwerbsarbeit und reproduktiver Arbeit entzündet und von den Fertigungshallen in die Haushalte und die Nachbarschaft ausgebreitet.²³¹ Frauen, so Satı, nutzten strategisch die verwandtschaftsähnlichen Beziehungen, die sie zu Gewerkschaftern aufgebaut hatten, um sich Handlungsspielräume anzueignen. Diese Wahlverwandtschaften entschärften das zwischenge-

227 Ebd.

228 Vgl. Çelik, Aziz: Labour in Turkey during the 1960s. The Long Hot Decade of the Working Class, in: Turkish Historical Review 12/2-3, 2021, S. 1-29, S. 3.

229 Zur Geschichte des Streikrechts in der Türkei s. Kaya, Muzaffer: »We Too Have a Word to Say«. Enactment of the 1963 Collective Bargaining, Strike and Lockout Law in Turkey, in: The Journal of Interrupted Studies 1, 2018, S. 48-68, S. 54 f.

230 Vgl. ebd., S. 59.

231 Vgl. Satı, Büşra: »Long Live Our Father«. The Culture of Solidarity, Kinship, and Marriage in Labour Unions, 1964-65, in: Çağatay, Selin u. a. (Hg.): Through the Prism of Gender and Work. Women's Labour Struggles in Central and Eastern Europe and Beyond, 19th and 20th Centuries, Leiden, Boston 2024, S. 259-287, S. 261 f.

schlechtliche Aufeinandertreffen mit Fremden und legitimierten ihre Sichtbarkeit im öffentlichen Raum.²³²

Fiktive Verwandtschaften wurden bei Streiks zudem teils zu faktischen: Während des Berec-Streiks heirateten sieben Paare, über eine Arbeitsniederlegung in der Kula Mensucat Fabrik 1966, bei der gar 53 Paare heirateten,²³³ titelte die *Milliyet*: »Die Arbeiter*innen brechen beim Kula-Streik einen Heiratsrekord«,²³⁴ Die Paare hatten sich während des Streiks kennengelernt.²³⁵ Bei einem anderen Streik der Textilgewerkschaft Teksif im Jahr 1971 wurde eine Streik-Schönheitskönigin gewählt.²³⁶ Die Gewerkschaft Petrol-İş finanzierte während des Berec-Streiks Essenspakete und organisierte Folkloreveranstaltungen sowie Filmvorführungen.²³⁷ Arbeitskämpfe wurden also auch zu Arenen des zwischengeschlechtlichen und -menschlichen Austauschs, der wiederum die Solidarität unter den Arbeiter*innen stärkte.

Ansätze solcher Streikpraktiken – wenn auch nicht von der Gewerkschaft organisiert – konnten auch bei Pierburg beobachtet werden. Als sich am vierten Streiktag die deutschen Facharbeiter mit den streikenden Frauen solidarisierten und ebenfalls die Arbeit niederlegten, brach im Hof Volksfeststimmung aus. Es gab Bier, Limonade und Pfirsiche, die Streikenden diskutierten, tanzten und flirteten. »Streik ist gut, ich habe ein Fräulein kennengelernt«, schwärmte ein Arbeiter und streichelte zärtlich eine junge Ausländerin und küßte sie – mitten auf dem Werksgelände – in der »Arbeitszeit«,²³⁸ heißt es in einem Streikbericht. »Man lag bei hochsommerlichen Temperaturen auf dem Rasen des Werksgeländes, soff Bier, diskutierte und sah sich die vielen hübschen Mädchen an, die ebenfalls nicht an Arbeit dachten«,²³⁹ beschrieb ein Betriebsratsmitglied eine Woche nach dem Streik die Stimmung. Wie hier deutlich wird, mischte sich in den Reaktionen der deutschen Arbeiter Faszination über die Entschlossenheit der streikenden Frauen mit Sexualisierung, Objektivierung und Exotisierung der Arbeiterinnen.²⁴⁰ Diese Sexualisierung

232 Vgl. hierzu auch Kandiyoti, Deniz: *Gendering the Modern*, 1997.

233 Vgl. Satı, Büşra: »Long Live Our Father«, 2024, S. 281.

234 Kula grevinde işçiler evlilik rekoru kırıyor, in: *Milliyet*, 31.1.1966.

235 Vgl. Grev gözcülüğü yaparken tanışan 7 çift evlendi, in: *Milliyet*, 26.1.1966.

236 Vgl. Grev Güzeli seçildi, in: *Hürriyet*, 31.1.1971.

237 Vgl. Satı, Büşra: »Long Live Our Father«, 2024, S. 269.

238 Armann, Claus; Taudien, Reiner: 5 Tage standen alle Bänder still, 1974, S. 132.

239 Betriebsrat Pierburg: Bericht eines BR-Mitglieds eine Woche nach dem Auguststreik 1973 bei Pierburg, DOMiD, E 0890,0100, 8/1973.

240 Vgl. hierzu auch »Heute ist unser Tag, wir müssen feiern und tanzen!« Streik bei Pierburg/Neuss, in: *Wir wollen alles*, 7-8/1973, S. 6; Interview mit einem Be-

bewirkte auch eine Verharmlosung des Streiks und verschleierte die Ernsthaftigkeit der Anliegen.²⁴¹

»Was sich hier abspielte war irre, ›heute ist unser Tag, wir müssen feiern und tanzen‹, jubelte ein Türke ins Megaphon. Plötzlich ist ein türkischer Dudelsackspieler da, im Werk auf dem Hof und vor dem Werk bilden sich Gruppen aus Männern und Frauen aller Nationalitäten und man beginnt zu tanzen. Die Deutschen machen mit, hilflos am Anfang, aber die Mädchen zeigen ihnen, wie man die Füße setzen muß.«²⁴²

Diese im Vergleich zu westdeutschen hochformalisierten Streikabläufen eher ungewohnten Praktiken scheinen den Zusammenhalt und die Solidarität unter den Arbeiter*innen gestärkt zu haben. »Das ist der schönste Tag meines Lebens«, sagt ein älterer deutscher Arbeiter, ›heute halten wir alle zusammen, das habe ich noch nie in meinem Leben erlebt. Pierburg kann uns nicht schaffen!«²⁴³ Von der westdeutschen Presse wurden diese Streikpraktiken überwiegend als Zeichen ›südländischer Mentalität‹ interpretiert.²⁴⁴ Die Militanz der Frauen wiederum versuchten sich männliche Zeitzeugen und Journalist*innen durch deren Abhängigkeit von ihren radikalen Ehemännern zu erklären. Die Männer ›ließen die Frauen agitieren, solange es lief und griffen zwischendurch ein, indem sie die Forderungen nochmals aufgriffen, ein bißchen über Solidaritätstelegramme erzählten und ansonsten entschieden, was zu tun und was zu lassen sei«, hieß es im Streikbericht der operaistischen Zeitung *Wir wollen alles*. »Die Abhängigkeit der Frauen des Streikkomitees lief teilweise über ihre Ehemänner, die KP-Mitglieder, offenbar ihre Obermacker, unterstützten.«²⁴⁵ Ähnlich kommt Hans-Günter Kleff zu der Einschätzung, migrantisches Männer seien treibende Kräfte des Streiks gewesen. Diese hätten ihre Ehefrauen aufgrund ihrer Vorstellungen von ›Ehre‹ in einem nationalen Wettkampf um das Eintreten für die Rechte der Frauen²⁴⁶ dem Arbeitgeber gegenüber beschützt. Am Ende

triebsratsmitglied über die Arbeitskonflikte ausländischer Arbeiter bei Pierburg/Neuss (im Februar 1975).

241 Vgl. Kürten, Helena: »Gastarbeiterinnen im wilden Streik«, 2017, S. 522.

242 Armann, Claus; Taudien, Reiner: 5 Tage standen alle Bänder still, 1974, S. 132 f.

243 Ebd.

244 Vgl. etwa »Eine Mark meer!« Streik in Neuss geht weiter, in: Neuss-Grevenbroicher Zeitung, 16.8.1973; Heide, Christine: Frauen im Beruf: Arbeiten und Kuschen, in: Stern 44, 1973, S. 82-86, S. 83 f.

245 »Heute ist unser Tag, wir müssen feiern und tanzen!«, S. 7.

246 Kleff, Hans-Günter: Vom Bauern zum Industriearbeiter. Zur kollektiven Lebensgeschichte der Arbeitsmigranten aus der Türkei, Mainz, Ingelheim 1985, S. 149.

seien es jedoch erst die deutschen Facharbeiter gewesen, die, »[v]on der Emotionalität dieses Streiks [...] wahrscheinlich nicht unbeeinflusst«, den Erfolg des Streiks brachten.²⁴⁷ Verwandtschaftsbeziehungen werden hier nicht als Erklärungsansätze für die Mobilisierung und Solidarität unter migrantischen Arbeiter*innen herangezogen, sondern als Basis für die Unterdrückung der Frau imaginiert, wodurch die Sichtbarkeit und Militanz der Frauen in bestehende stereotype Narrative integriert werden konnte.²⁴⁸

Dabei scheinen viele Familien der streikenden Frauen ihren Aktivismus nicht behindert, sondern vielmehr unterstützt zu haben. Emine Orhanoglu aus dem Streik-Komitee betont, dass viele Ehemänner aus der Türkei die Arbeiterinnen beim Streik unterstützt hätten – so wie ihr Ehemann, das Betriebsratsmitglied Hasan Orhanoglu. »Wenn man kämpft und außerdem, wenn man zusammenhält, dann kann man es schaffen«, sagt sie.²⁴⁹ (Wahl-)Verwandtschaften versteht sie also als Basis für Solidarität.²⁵⁰ Auch Sebahat Özsan streikte gemeinsam mit ihrer Mutter und betont im Zeitzeuginnengespräch den Zusammenhalt der migrantischen Arbeiter*innen. Özsan arbeitete noch bis 1974 bei Pierburg und wechselte dann zur Firma Ehrenreich. Dort wurde sie, im ersten Monat schwanger, entlassen, wandte sich an die Gewerkschaft, reichte Klage ein und gewann. 1984 kehrte sie im Rahmen der Rückkehrprämie in die Türkei zurück und verlor dadurch den Anspruch auf den Arbeitgeberanteil ihrer Rente. »Das war ein sehr schlaues Gesetz. Mir kam das Geld gelegen. Aber eigentlich blieb genauso viel dort zurück. Daran haben wir nicht gedacht. Das war auch ein Unrecht«, ²⁵¹ sagt sie.

247 Ebd.

248 Vgl. Kürten, Helena: »Gastarbeiterinnen im wilden Streik«, 2017, S. 523.

249 Adıgüzel, İrem; Beische, Laura: Zeitzeuginnengespräch mit Emine Orhanoglu: Streik in Pierburg, 1973, Neuss, 10.6.2023.

250 Vgl. zur Rolle der Familie als Schutzraum und Basis angesichts eines rechtlich, politisch und finanziell prekären Aufenthaltsstatus: Gültekin-Neumann, Neval: Emigrantinnen in Europa. Eine Konferenz in Oslo, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit, 4/1983, S. 11 f., S. 12.

251 Zeitzeuginnengespräch mit Sebahat Özsan, am Telefon, 3.7.2023.

2 Universität

2.1 Hochschulen als politische Zentren

Belkıs Erdal kam 1971 aus politischen Gründen nach West-Berlin. Die renommierte Orta Doğu Teknik Üniversitesi (Middle East Technical University, ODTÜ) in Ankara, an der die damals 24-jährige Chemie studierte, stand im Zentrum der studentischen Proteste der '68er-Bewegung. »Die Stimmung war richtig aufgeheizt an der Universität, es gab Besetzungen, überall waren Soldaten«,¹ sagt Erdal im Zeitzeuginnengespräch. Als am 12. März 1971 das Militär die Macht übernahm, spitzte sich die Lage an den Universitäten weiter zu. »Der Putsch wirkte sich mitten auf dem Campus aus. An den Universitäten hat es gebrodelt. Die Unis waren zu, es fanden keine Kurse statt. Deshalb bin ich zuhause geblieben. Sie haben mich zuhause eingesperrt.«² Erdal beschreibt ihre Mutter als sehr progressiv, doch sie habe sich Sorgen um ihre einzige Tochter gemacht, die politisch aktiv war. Aus Angst davor, dass Belkıs Erdal sich weiter politisierte und in die sich radikalisierenden linken Bewegungen hineingezogen würde, schickte ihre Mutter sie im Dezember 1971 nach Deutschland zum Studieren.³

In Erdals Biografie tritt zutage, wie unterschiedlich die Migration aus der Türkei nach Westdeutschland aussehen und wie vielschichtig sich Motive, Einreisewege und Aufenthaltsbedingungen übereinanderlegen konnten: Sie verließ Ankara aus politischen Gründen, reiste als Touristin ein und kam in den ersten Monaten bei ihrem Onkel unter, der seit 1961 als Arbeitsmigrant in West-Berlin lebte. Als Studentin an der Technischen Universität rahmte das Studentenvisum ihren Handlungsspielraum in West-Berlin und wirkte sich auf ihr politisches Handeln in ihrem weiteren Leben aus.⁴ Die Universität kann so als Raum verstanden werden, der Erdals politische Sozialisation entscheidend prägte und diese zugleich einschränkte, wie sich im Folgenden zeigen wird. Bevor im zweiten Teil des Kapitels die Universitäten in West-Berlin als Knotenpunkte politischer Organisation unter migrantischen Studierenden untersucht werden, folge ich den Spuren, die 1968 und die darauffolgenden Ereignisse in der Türkei im Leben der Zeitzeuginnen hinterlassen haben.

1 Zeitzeuginnengespräch mit Belkıs Erdal, Berlin, Schöneberg, 12.1.2022.

2 Ebd.

3 Vgl. ebd.; Erdal, Belkıs: »Almanların beni sevmesi gerekmiyor« | »Die Deutschen müssen mich nicht lieben«, 2010, S. 98.

4 Vgl. hierzu Kapitel 2.2.

Die Universität spielte eine entscheidende Rolle in der politischen Sozialisation von Frauen, da sie ihnen den Weg ebnete, das Zuhause zu verlassen und im öffentlichen Raum unabhängig von ihrer Familie eigene soziale Netzwerke zu pflegen.⁵ An der Universität zu studieren war in den 1960er Jahren ein Privileg, das nur wenige in der Türkei hatten. Im akademischen Jahr 1968 studierten etwa 6,5 Prozent einer Alterskohorte, davon waren 19 Prozent Frauen.⁶ Die Mehrheit der Studenten und insbesondere der Studentinnen in den 1960er Jahren kam aus der Mittel- und Oberschicht.⁷ Auch in den Narrativen der Zeitzeuginnen finden sich Hinweise darauf, dass der Zugang zur Universität schwierig war. So äußert Atiye Altül, die sich 1970 als Arbeiterin von Siemens anwerben ließ, ihr größter Traum sei es gewesen zu studieren und sie sei nach West-Berlin gekommen, weil sie in der Türkei die Aufnahmeprüfung nicht bestanden habe.⁸ Für Belkıs Erdal, deren Mutter alleinerziehend war und als Schneiderin arbeitete, war die Aufnahme an einer der besten Universitäten des Landes außergewöhnlich. »Wir waren stolz darauf, an der ODTÜ zu studieren«, sagt sie.⁹ Dies bezieht sich nicht nur auf das Renommee der Hochschule, sondern auf alles, was sie verkörpert: Die Orta Doğu Teknik Üniversitesi wurde als Modell westlicher Institutionen 1956 mit finanzieller Unterstützung der US Agency for International Development gegründet, Unterrichtssprache war Englisch.¹⁰ Auf einem Campus mit Wohnheimen, Fakultäten, Freizeiteinrichtungen und Gärten rund zehn Kilometer vom Stadtzentrum entfernt gelegen, war die Hochschule mit einem Tor zur Außenwelt abgeschirmt. Erdal schildert die ODTÜ als sehr strenge Hochschule mit starken Hierarchien. »Man musste viel arbeiten. In Ankara gab es ein Sprichwort: »Wenn in einer Wohnung nach Mitternacht noch Licht brennt, wohnt dort entweder

5 Vgl. Tuncer, Selda; Özdemir Taştan, İnan: Leaving Home, Claiming the Street. Exploring Women's Challenges in Turkey's '68 Movement, in: Turkish Historical Review 12, 2021, S. 294-322, S. 305.

6 Vgl. Lüküslü, Demet: Masculinities at War. Rethinking Turkey's 1968, in: Masculinities. A Journal of Culture and Society 3, 2020, S. 75-101, S. 81.

7 Vgl. Pekesen, Berna: Shared History, Divided Memory? »1968« in the Narratives of Women Activists, in: dies. (Hg.): Turkey in Turmoil. Social Change and Political Radicalization during the 1960s 2020, S. 213-239, S. 217.

8 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 25.4.2017; Altül, Atiye: »En büyük hayalim üniversite okumaktı« | »Mein größter Traum war es zu studieren«, in: Kulturforum Türkei-Deutschland (Hg.): Berlin-Istanbul. Yeni Memlekette Anılar – Erinnerungen an eine neue Heimat, Ankara 2010, S. 86-91, S. 86.

9 Zeitzeuginnengespräch mit Belkıs Erdal, Berlin, Schöneberg, 12.1.2022.

10 Vgl. Adalet, Begüm: Hotels and Highways. The Construction of Modernization Theory in Cold War Turkey, Stanford 2018, S. 114.

ein Kranker oder ein ODTÜ-Student.« Die Dozenten haben dich nicht gekannt, die kamen aus Amerika.«¹¹ An der ODTÜ zu studieren, das wird aus Erdals Erzählungen deutlich, ging über das Studium hinaus – es ging mit einer Lebensweise und einer kollektiven Identifikation einher. Als erste Universität, deren Rektorat im April 1968 Studierende besetzten, wurde die ODTÜ zum Epizentrum antiamerikanischer¹² studentischer Proteste in der Türkei.¹³ Von dort aus breitete sich eine Welle von Fakultätsbesetzungen an anderen Universitäten in Istanbul und Ankara aus. »Die Ereignisse an der Universität haben mich politisiert. Dass die Polizei auf den Campus kam«, sagt Belkıs Erdal. »Als es anfang, hat sich das auf andere Universitäten übertragen. Wir haben Unterstützung von einigen Unis bekommen. Es gab eine riesige Sporthalle, dort gab es Versammlungen und wir haben laut gerufen. Ho Ho Ho Chi Minh haben wir gerufen.«¹⁴

Auch Deniz Gezmiş taucht in den Narrativen der Zeitzeuginnen als Symbol für die politischen Repressionen und Menschenrechtsverletzungen des türkischen Staats und als Referenzpunkt für die Politisierung der Frauen auf.¹⁵ Sein Name steht wie kein anderer als Chiffre für die '68er-Bewegung in der Türkei. Der Studentenführer und Guerilla, der 1971 zusammen mit seinen Mitstreitern Yusuf Aslan und Hüseyin İnan zum Tode verurteilt und 1972 gehängt wurde, wurde im kollektiven Gedächtnis zur Ikone revolutionärer Jugend und linken Märtyrertums.¹⁶ Gezmiş war unter anderem an den militanten Protesten gegen die Stationierung der 6. US-amerikanischen Flotte in Istanbul beteiligt, bei denen GIs in den Bosphorus geworfen wurden.¹⁷ In Emine Sevgi Özdamars

11 Zeitzeuginngespräch mit Belkıs Erdal, Berlin, Schöneberg, 12.1.2022.

12 Zum Antiamerikanismus als zentralem Habitus linker Proteste in der Türkei der 1960er Jahre s. Köse, Yavuz: »Coca Cola is Poison, Don't Drink It!« From Enthusiasm to Hostility: American Consumer Goods, Tourists and Hippies in Cold War Turkey, in: Pekesen, Berna (Hg.): Turkey in Turmoil. Social Change and Political Radicalization during the 1960s, 2020, S. 63–92.

13 Vgl. Lüküslü, Demet: Masculinities at War, 2020, S. 81; Adalet, Begüm: Hotels and Highways, 2018, S. 199.

14 Zeitzeuginngespräch mit Belkıs Erdal, Berlin, Schöneberg, 12.1.2022.

15 Vgl. Zeitzeuginngespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023; Zeitzeuginngespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021; Zeitzeuginngespräch mit Perihan Karadeli, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 23.4.2022.

16 Vgl. Erbil, Duygu: The Making of a Young Martyr. Discursive Legacies of the Turkish »Youth Myth« in the Afterlife of Deniz Gezmiş, in: Krawatzek, Félix, Friess, Nina (Hg.): Youth and Memory in Europe. Defining the Past, Shaping the Future, Berlin, Boston 2022, S. 113–126, S. 113; Pekesen, Berna: Shared History, Divided Memory?, 2020, S. 231.

17 Vgl. Pekesen, Berna: Shared History, Divided Memory? 2020, S. 213.

autofiktionalem Roman »Die Brücke vom Goldenen Horn« findet sich eine literarisch verdichtete Szene dieser antiamerikanischen Proteste. »Am nächsten Tag sah ich vom Fährschiff aus amerikanische Matrosen der 6. Flotte in ihren Uniformen im Meer schwimmen. Die Studenten hatten sie verprügelt und ins Marmara-Meer geworfen. In der Abendzeitung sah ich den linken Studentenfürher Deniz auf den Schultern der anderen Studenten. Die Studenten riefen: ›Wir wollen Blut gegen Blut‹, sie wollten Rache für ihren Freund Vedat Demircioğlu.«¹⁸ Der Student Vedat Demircioğlu war zuvor bei einer Polizeirazzia im Studierendenwohnheim aus dem Fenster gestürzt und starb wenige Tage später. Sein Tod radikalisierte die studentische Bewegung und ihre Protestaktionen.

Wissenschaftlerinnen haben hervorgehoben, dass '68 in der Türkei als Geschichte männlicher Revolutionäre und Märtyrer im kollektiven Gedächtnis verankert ist.¹⁹ Die Verkürzung der studentischen Bewegung auf die Selbstaufopferung und Militanz männlicher Guerillas macht die Frauen unsichtbar, die sich an den Protesten beteiligten, und tilgt ihre politische Handlungsmacht aus der Geschichte.²⁰ Jüngere Studien haben 1968 auf Basis von Zeitzeuginnenberichten²¹ deshalb einer Neuuntersuchung aus Geschlechterperspektive unterzogen.²² Die studentischen Proteste eröffneten Frauen weitere Räume wie Plätze, Arbeiterviertel, Gecekondu²³ und Fabriken und ermöglichten ihnen, sich als politische Subjekte zu erproben, so die These von Selda Tuncer und İnan Özde-

18 Özdamar, Emine Sevgi: *Die Brücke vom Goldenen Horn* 2002, S. 260.

19 Vgl. Pekesen, Berna: *Shared History, Divided Memory?* 2020, S. 213; Drechselová, Lucie: *Youth au Féminin. Gendering Activist Memory in Turkey*, in: Krawatzek, Félix, Friess, Nina (Hg.): *Youth and Memory in Europe. Defining the Past, Shaping the Future*, Berlin, Boston 2022, S. 127-142, S. 132; Lüküslü, Demet: *Masculinities at War*, 2020.

20 Vgl. Tuncer, Selda; Özdemir Taştan, İnan: *Leaving Home, Claiming the Street*, 2021, S. 295.

21 Grundlage der Analysen sind großteils die folgenden drei Oral History-Dokumentationen: Akkaya, Gülfer: *Sanki Eşittik. 1960-70'li Yıllarda Devrimci Mücadelenin Feminist Sorgusu*, İstanbul 2011; Yazıcıoğlu, Ayşe: *68'in Kadınları*, İstanbul 2010; Mater, Nadire (Hg.): *Sokak Güzeldir. 68'de ne oldu?*, İstanbul 2009.

22 Pekesen, Berna: *Shared History, Divided Memory?* 2020; Tuncer, Selda; Özdemir Taştan, İnan: *Leaving Home, Claiming the Street*, 2021; Drechselová, Lucie: *Youth au Féminin*, 2022; Beşpınar, Zeynep: *Women of 1968 and Their Experiences of Bargaining With Patriarchy*, in: *Turkish Historical Review* 12, 2021, S. 323-352.

23 *Gecekondu* (wörtlich übersetzt etwa ›über Nacht hingestellt‹) bezeichnet eine informelle Siedlung von Hütten am Stadtrand, die im Zuge der Binnenmigration und Urbanisierung entstand und später legalisiert und eingemeindet wurde. Vgl. Karpat, Kemal: *The Gecekondu. Rural Migration and Urbanization*, Cambridge et al. 1976.

mir Taştan.²⁴ Auch wenn Geschlechterfragen nicht im Zentrum ihrer Proteste standen, legten die Frauen mit ihren politischen Praktiken und Erfahrungen, so Zeynep Beşpınar, den Grundstein für die feministische Bewegung in den 1980er Jahren.²⁵ In diesem Sinne ging aus der '68er-Generation zwar nicht unmittelbar eine Frauenbewegung hervor, die Beteiligung der Frauen an den studentischen Protesten forderte jedoch moralische und sexuelle Normen ebenso heraus wie die vergeschlechtlichten Grenzen zwischen dem ›Privaten‹ und dem ›Öffentlichen‹.²⁶

Hinweise auf solche Aushandlungen lassen sich in den Narrativen einiger Zeitzeuginnen finden. Da sie aus säkularen Familien der urbanen Mittel- und Oberschicht kamen, unterstützten ihre Familien ihre Ausbildung und ließen ihnen viele Freiheiten. Sevgi Baydar wuchs etwa in Yenışehir auf, einem in der frühen Republik neugegründeten Viertel im Zentrum Ankaras, in dem in ihrer Erinnerung viele sephardische Juden und Jüdinnen sowie Richter*innen, Jurist*innen und Ärzt*innen lebten. Ihre Mutter war Schneiderin, ihr Vater Jurist, die Familie war in Baydars Worten »außergewöhnlich liberal«.²⁷ In ihrer Kindheit zu erleben, wie jüdische Nachbar*innen aus dem Viertel vertrieben wurden, habe sie politisiert, sagt Baydar. Auf dem Gymnasium schloss sie sich 1969 mit 17 Jahren den Devrimci Liseliler (Revolutionäre Gymnasiast*innen, Dev-Lis), einer Untergruppe der Dev-Genç (Devrimci Genç, Revolutionäre Jugend) an. »Ich bin so eine Art Hippie-Kommunist geworden. Ich wollte auch wegen Marx Deutsch lernen«, sagt sie. In Istanbul begegnete sie europäischen Hippies auf dem Hippie Trail nach Südasien. »Istanbul war ja so ein Treffpunkt. Ich war öfter in Istanbul und wir haben uns im Pudding Shop getroffen.«²⁸ Der 1957 gegründete Pudding Shop in der historischen Altstadt Sultanahmet wurde Ende der 1960er der prominenteste Treffpunkt für Hippies auf ihrem Weg nach Indien oder Afghanistan, die dort Nachrichten an Nachreisende hinterließen und touristische Informationen erhielten.²⁹

Auch Sevgi Baydar reiste Ende der 1960er Jahre mit einer Freundin per Anhalter durch Europa und lebte in Kommunen in München, Frankfurt

24 Vgl. Tuncer, Selda; Özdemir Taştan, İnan: *Leaving Home, Claiming the Street*, 2021, S. 306.

25 Vgl. Beşpınar, Zeynep: *Women of 1968 and Their Experiences of Bargaining With Patriarchy*, 2021, S. 324.

26 Vgl. Tuncer, Selda; Özdemir Taştan, İnan: *Leaving Home, Claiming the Street*, 2021, S. 298; Beşpınar, Zeynep: *Women of 1968 and Their Experiences of Bargaining With Patriarchy*, 2021, S. 324.

27 Zeitzeuginnengespräch mit Sevgi Baydar, Berlin, Schöneberg, 22.1.2022.

28 Ebd.

29 Vgl. Köse, Yavuz: »Coca Cola is Poison, Don't Drink It!«, 2020, S. 79.

und Paris. Doch ihrem Bewegungsradius waren auch gesellschaftliche Grenzen gesetzt: Da es in den 1960er Jahren schwierig war, unverheiratet zu reisen, heiratete sie ihren damaligen Freund, um mit ihm gemeinsam nach Afghanistan reisen zu können.³⁰ 1974 brachen sie nach Osten auf. »Erstmal sind wir mit dem Zug bis Iran gefahren, dann mit dem Bus, voll mit Hippies und so.« Diese Reise nach Afghanistan, Indien und Pakistan stellt in Baydars Narrativ einen Wendepunkt ihres Lebens dar, da sie zum ersten Mal mit der Armut und Repression der kurdischen Bevölkerung konfrontiert wurde. »Zum ersten Mal war ich auf dieser Reise östlich von Ankara. Das hat mich richtig schockiert, was ich gesehen habe, weil ich komme aus so einer wohlhabenden Familie, obwohl ich linksorientiert war und so, aber ich habe nie gedacht, dass wir in demselben Land leben. Ich habe gedacht, dass wir in Iran sind, weil die Kurden eine andere Sprache gesprochen haben.«³¹ Diese Erfahrung prägte ihr weiteres Leben: Auf einer Reise nach Kurdistan 1978 lernte sie die Devrimci Doğu Kültür Ocakları (Revolutionäre Kulturvereinigungen des Ostens, DDKO), eine kurdische marxistisch-leninistische Organisation kennen, 1979 die yesidische Bevölkerungsgruppe, die sie seitdem in Dokumentarfilmen und Büchern begleitet.

Die beiden Identitätsentwürfe, die Baydar in ihrer Selbstbezeichnung als »Hippie-Kommunistin« zum Kompositum verbindet, ließen sich mit der zunehmenden Radikalisierung der linken Bewegungen in den 1970er Jahren nicht mehr ohne weiteres in Einklang bringen. In der linksradikalen Organisation Devrimci Yol (Revolutionärer Weg, Dev-Yol), der sie sich später anschloss, durchliefen die Geschlechterverhältnisse aus Rücksicht auf die ›Werte des Volks‹ eine konservative Wende.³² »Diese Hippie-Kommune-Zeiten waren lockerer. Aber später, nach und nach, ist mir aufgefallen damals, dass viele linksorientierte Frauen angefangen haben, ihre Kleidung zu ändern«, erinnert sich Baydar. »Ich glaube, die Bewegung wurde immer konservativer.«³³ Aushandlungen darüber, wie sich Frauen im öffentlichen Raum angemessen zu bewegen hatten, gründeten nicht immer in der Familie, sondern auch in sozialen Normen und gesellschaftlichen Entwicklungen.

30 Zur Frage, wie Heiraten den Bewegungsradius von Frauen vergrößerte, s. Tuncer, Selda: *Women and Public Space in Turkey*, 2018, S. 130-136.

31 Zeitzeuginnengespräch mit Sevgi Baydar, Berlin, Schöneberg, 22.1.2022.

32 Vgl. Berktaş, Fatmagül: *Has Anything Changed in the Outlook of the Turkish Left on Women?*, in: Tekeli, Şirin (Hg.): *Women in Modern Turkish Society. A Reader*, London 1995, S. 250-262, S. 253; Pekesen, Berna: *Shared History, Divided Memory?*, 2020, S. 222. Zu den Geschlechterverhältnissen in linken türkischen Organisationen in West-Berlin und der Türkei s. Kapitel 4.2.1.

33 Zeitzeuginnengespräch mit Sevgi Baydar, Berlin, Schöneberg, 22.1.2022.

Die zunehmende Militanz der studentischen Bewegung in den frühen 1970er Jahren wirkte sich auch auf Belkıs Erdals Bewegungsradius aus. »Als Frau abends auf die Straße zu gehen war schwierig. Wenn du abends allein unterwegs bist, drehst du dich immer um und schaust, ob jemand von hinten kommt. Damals war Ankara nicht so belebt. Der Sohn meiner Nachbarn war auch an der ODTÜ, mit dem bin ich zusammen gegangen. Der letzte Bus kam um elf nachts von der ODTÜ. Das wussten sie zuhause, ich konnte nicht lügen«,³⁴ sagt sie. Hier wird deutlich, wie der öffentliche Nahverkehr die Mobilität von Frauen strukturierte. In Erdals Erinnerung fuhr der Bus an die ODTÜ nur einmal in der Stunde. »Weil die ODTÜ nach außen recht geschlossen war, hatte meine Mutter dort nicht wirklich Angst um mich. Sie hatte mehr Angst vor den Ereignissen auf der Straße. Denn es war nicht sicher, woher die Kugel kam. An der ODTÜ gab es nicht so viele Schlägereien, dort gab es Demonstrationen. Nur die Studierenden haben demonstriert. Wir haben uns alle in der Sporthalle versammelt.«³⁵ Mit dieser zeitlichen Limitation ihrer Aktivitäten war Erdal nicht allein: Abends auszugehen war eines der umstrittensten Themen in den Familien, da die angemessene Zeit, in der sich Frauen im öffentlichen Raum bewegen konnten, sich auf das Tageslicht beschränkte.³⁶

Mit dem Militärputsch am 12. März 1971 verschärfte sich die Situation an den Hochschulen. »Der Herd der Unruhen befindet sich wiederum in den Universitäten. Fast überall kam es zu Ausschreitungen radikaler Studentengruppen, denen es gelang – sei es durch Agitation, sei es durch Terrorakte –, den Lehrbetrieb an den meisten Hochschulen des Landes lahmzulegen«, meldete die deutsche Botschaft über die innenpolitische Lage einen Monat nach dem Putsch.³⁷ Belkıs Erdal erzählt von Polizisten, die mit dem Gewehr im Anschlag auf dem Campus patrouillierten.³⁸ In den Monaten bevor sie die Türkei verließ konnte Erdal nicht mehr in das Ankaraner Zentrum Kızılay, wo Polizisten auf die Passanten einprügelten, sondern fuhr nur noch mit dem Bus zum ODTÜ-Campus. Nach und nach gingen ihre Kommiliton*innen ins Ausland, viele in die

34 Zeitzeuginnengespräch mit Belkıs Erdal, Berlin, Schöneberg, 12.1.2022.

35 Ebd.

36 Vgl. Tuncer, Selda; Özdemir Taştan, İnan: *Leaving Home, Claiming the Street*, 2021, S. 308. Vgl. hierzu auch das Kapitel »Between Time and Space: Anxious Mothers, Disobedient Daughters« in Tuncer, Selda: *Women and Public Space in Turkey*, 2018, S. 154-159.

37 Deutsche Botschaft Ankara an das Auswärtige Amt: Betr.: Die innenpolitische Lage in der Türkei eine Woche nach dem parlamentarischen Vertrauensvotum für die Regierung Erim, PAAA, B 26/460, 14.4.1971.

38 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Belkıs Erdal, Berlin, Schöneberg, 12.1.2022.

USA. Am 28. Dezember 1971 machte sich Belkıs Erdal ebenfalls auf den Weg, um in West-Berlin unbehelligt von politischen Komplikationen ihr Chemie-Studium fortzusetzen.

Doch in West-Berlin war die politische Stimmung an den Universitäten Anfang der 1970er Jahre ebenfalls aufgeheizt. Die Hochschulen waren in den sechziger Jahren zu einem zentralen Raum der Proteste kongolesischer, iranischer und griechischer Studierender geworden, wie die Historiker Quinn Slobodian, Alexander Clarkson und Frank Bösch herausgearbeitet haben.³⁹ An der Freien Universität Berlin trat im Februar 1972 eine Gruppe von 20 türkeistämmigen Arbeitern, Studenten und Lehrern in einen Hungerstreik. Damit protestierten sie gegen die Todesstrafe für Deniz Gezmiş, Yusuf Aslan und Hüseyin İnan, die der Oberste Militärgerichtshof im Januar 1972 bestätigt hatte.⁴⁰ Trotz der internationalen Proteste konnte die Hinrichtung der drei Angeklagten nicht verhindert werden. Am 6. Mai 1972 wurden sie erhängt.

2.2 Zwischen Hörsaal, Fabrik und Ausländerbehörde

Die Universität als Knotenpunkt politischer Organisation findet sich auch in den Narrativen der Zeitzeuginnen. Hochschulen waren bereits seit Mitte der 1950er Jahre zentrale Räume politischer Organisation für Studierende aus der Türkei. 1954 entstand in München die erste Türkische Studentenvereinigung,⁴¹ 1956 gründeten kurdische Studierende in Wiesbaden die Vereinigung Kurdischer Studierender in Europa (KSSE) mit Mitgliedern mehrheitlich aus Syrien und dem Irak, aber auch aus der Türkei.⁴² In West-Berlin bescheinigte das Bezirksamt Wilmersdorf im Februar 1958 die Anmeldung des Türkischen Studentenvereins in

39 Vgl. Slobodian, Quinn: *Foreign Front. Third World Politics in Sixties West Germany*, Durham, NC, 2012; Clarkson, Alexander: *Die Macht der Diaspora. Die unbekannte Geschichte der Emigranten in Deutschland seit 1945*, Bonn 2023; Bösch, Frank: *Deals mit Diktaturen. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, München 2024.

40 Vgl. Komitee für den Hungerstreik: *Einladung zur Pressekonferenz am Freitag, 11.2.72, 11 Uhr*, TÜSTAV, ATTF Kitaplığı, 9.2.1972.

41 Vgl. Özcan, Ertekin: *Türkische Immigrant*innenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland*, 1989, S. 68 f.

42 Vgl. Ayata, Bilgin: *The Politics of Displacement. A Transnational Analysis of the Forced Migration of Kurds in Turkey and Europe*, Dissertation, Baltimore 2011, S. 139.

Berlin, der sich 1957 an der Technischen Universität gegründet hatte.⁴³ Die Zahl der Mitglieder stieg von 58 im Jahr 1961 auf 249 im Jahr 1977.⁴⁴ 1962 schlossen sich neun türkische Studierendenvereine in München zur Türkischen Studentenföderation in Deutschland ATÖF zusammen.⁴⁵

Bereits in den Wochen vor dem ersten Militärputsch in der Türkei im Mai 1960 hatten türkeistämmige Studierende die Universität als Bühne genutzt, um im Ausland für mehr Demokratie in der Türkei zu demonstrieren.⁴⁶ Der Schweigemarsch der 60 Studierenden in München legte als einer der ersten transnationalen Proteste türkeistämmiger Migrant*innen den Grundstein für weitere studentische Proteste an westdeutschen Universitäten in den 1960er Jahren – und für Repressionen der türkischen Regierung gegenüber oppositionellen Studierenden. Besonders kurdische Studierende waren Repressionen ausgesetzt. 1962 wurde der Jahreskongress der kurdischen Studierendenvereinigung KSSE in Braunschweig zum Gegenstand diplomatischer Auseinandersetzungen zwischen dem Irak, der Türkei und der Bundesrepublik. Die Bundesregierung wies die Bitte der Botschaftsräte, derartige Aktivitäten zu verhindern, mit Hinweis auf die Verfassung zurück,⁴⁷ versicherte aber, der Kongress sei überwacht worden, »um sicherzustellen, daß die Teilnehmer nicht in der Öffentlichkeit Propaganda gegen einen mit der Bundesrepublik befreundeten Staat treiben.«⁴⁸ Als kurdische Studierende ein Jahr später einen Kongress in München abhalten wollten, wies das Bundesinnenministerium das Bayerische Innenministerium an, Demonstrationen und Presseerklärungen zu verhindern, um die Beziehungen zu befreundeten

43 Vgl. Bezirksamt Wilmersdorf von Berlin: Bescheinigung »Türkischer Studentenverein in Berlin«, UA TUB, 118 Referat für Angelegenheiten der akademischen Selbstverwaltung, Nr. 44, 28.2.1958; Özcan, Ertekin: Türkische Immigrantorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, 1989, S. 69.

44 Vgl. Berlin Türk Talebe Cemiyeti: Verzeichnis der Mitglieder des Türkischen Studentenvereins, UA TUB, 118 Referat für Angelegenheiten der akademischen Selbstverwaltung, Nr. 44, 6.7.1961; Studentenverein der Türkei in W-Berlin an die Technische Universität Berlin: Betr.: Mitgliederversammlung, UA TUB, 118 Referat für Angelegenheiten der akademischen Selbstverwaltung, Nr. 44, 3.2.1977.

45 Vgl. Özcan, Ertekin: Türkische Immigrantorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, 1989, S. 69.

46 Auswärtiges Amt an die Deutsche Botschaft Ankara: Betr.: Demonstration türkischer Studenten in München gegen die Regierung Menderes, PAAA, B 26/55, 10.5.1960.

47 Vgl. Auswärtiges Amt: Betr.: 7. Jahreskongress der Vereinigung kurdischer Studenten in Braunschweig (9.-11.8.1962), PAAA, B 26/170, 18.8.1962.

48 Auswärtiges Amt an die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Bagdad; Teheran; Ankara; Damaskus; London; Paris; Washington; Moskau: Betr.: 7. Jahreskongress der »Vereinigung Kurdischer Studenten in Europa«, PAAA, B 26/170, 10.9.1962.

Staaten nicht zu gefährden. In West-Berlin nahm die Polizei im gleichen Jahr kurdische Studenten fest und durchsuchte ihre Wohnungen.⁴⁹

Insbesondere die Technische Universität in West-Berlin erinnern Zeitzeuginnen als einen jener Orte, an denen sich Migrant*innen aus der Türkei in den 1970er Jahren versammelten, diskutierten und politisch mobilisierten. »An der Uni gab es jede Woche eine Demonstration, aber da ich kein Deutsch konnte und mit niemandem wirklich reden konnte, war ich nicht mittendrin. Ich bin hinterhergelaufen«, sagt Belkıs Erdal über ihr erstes Semester an der TU Berlin im Wintersemester 1972.⁵⁰ In dem Jahr, in dem sich Erdal an der Universität für Chemie einschrieb, waren weniger als acht Prozent der knapp 2.000 ausländischen Studierenden an der TU weiblich.⁵¹ Im Sommersemester 1975 waren an der TU Berlin mit 3.537 von bundesweit knapp 45.000 die meisten Studierenden aus dem Ausland immatrikuliert; Studierende aus der Türkei stellten mit 2.861 nach Griechenland mit 3.068 die größte Gruppe an der TU.⁵² Dass Belkıs Erdal ihre ersten Semester an der TU als eine Zeit schildert, in der sie politisch nicht aktiv sein konnte, entsprach dem Wunsch ihrer Mutter, lag aber nicht am Fehlen politischer Strukturen an der TU.

Vielmehr strukturierte Erdals Studierendenvisum ihre Aufenthaltsbedingungen und ihren politischen Handlungsspielraum. Ausländische Studierende erhielten in West-Berlin eine auf ein Jahr befristete Aufenthaltserlaubnis mit Voraussetzungen, die bei der Verlängerung jeweils erneut von der Ausländerbehörde geprüft wurden.⁵³ Zu den Bedingungen für eine Aufenthaltserlaubnis gehörten ein Finanzierungsnachweis und die Auflage, dass ausländische Studierende nur während der Semesterferien arbeiten durften und dafür eine Arbeitserlaubnis von der Ausländerbehörde brauchten.⁵⁴ Diese Auflagen begründete etwa das bayerische Innenministerium 1972 damit, dass viele ausländische Studierende versuchten, ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik »unangemessen auszuweiten«. Dies widersprach in den Augen des Ministeriums den »deutschen entwicklungspolitischen Zielsetzungen«, nach denen die Vergabe

49 Vgl. Slobodian, Quinn: *Foreign Front*, 2012, S. 39.

50 Zeitzeuginnengespräch mit Belkıs Erdal, Berlin, Schöneberg, 12.1.2022.

51 Vgl. Statistisches Bundesamt: *Statistisches Jahrbuch 1975 für die Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart, Mainz 1975, S. 106.

52 Vgl. Technische Universität Berlin, Akademisches Auslandsamt: *Information für/über ausländische Studenten*, FU Berlin UA, Sammlung Piening 22, 12/1976.

53 Vgl. Der Senator für Inneres Berlin: *Erlaß über die Behandlung von Ausländerangelegenheiten (Ausländererlaß)*, FU Berlin UA, Sammlung Piening 48, 10.3.1972.

54 Vgl. Presse- und Informationsreferat der Technischen Universität Berlin: *TU-Info Extra. Für die ausländischen Studenten. Studierendenvisum, Stipendien, Arbeitserlaubnis*, 12.2.1975.

von Studienplätzen und Stipendien an Studierende aus dem Globalen Süden einen »Beitrag zur deutschen Entwicklungshilfe« darstellte und bedingte, dass die Studierenden nach ihrem Studium in ihr Herkunftsland zurückkehrten.⁵⁵ Dadurch rechtfertigten die Behörden die Vergabe von staatlich finanzierten Studienplätzen an Migrant*innen, die sonst mit westdeutschen Studienbewerber*innen besetzt werden könnten.⁵⁶ Auch im sogenannten Ausländererlass des Senators für Inneres in Berlin von 1972 findet sich eine fast wortgleiche Formulierung, was darauf hindeutet, dass die Konzeption des »Ausländerstudiums« als Beitrag zur Entwicklungshilfe länderübergreifend Konsens war.⁵⁷ Während das bayerische Innenministerium die Türkei zu den sogenannten »Entwicklungsländern« zählte, gruppierte der Berliner Innensenator die Türkei nicht dort ein.⁵⁸ Die Auflagen trafen nichtsdestotrotz auch auf Studierende aus der Türkei zu, wie aus den Erinnerungen der Zeitzeuginnen hervorgeht.

Die Unsicherheit, die mit diesem Aufenthaltsstatus einherging, manifestiert sich in Erdals Narrativ dadurch, dass sie in den ersten Jahren zu beschäftigt mit der Sorge um ihre Aufenthaltserlaubnis war, um politisch aktiv zu sein. »Wenn ich als Arbeiterin gekommen wäre, wäre es ganz anders gewesen. Als Studentin musst du dein Studentenvisum vorzeigen, vorweisen, ob du Geld auf dem Konto hast, zweimal im Jahr. Eine Weile hat die Ausländerpolizei geschaut, wie viel Geld du im Geldbeutel hast«, sagt sie. Für diese Auflagen entwickelten die Studentinnen kreative Strategien, wie Erdal beschreibt: »Was machst du, wenn du kein Geld im Geldbeutel hast? Wir haben Geld gesammelt unter Freunden. Wir haben ein Notizbuch geführt, so und so viel Geld habe ich von Fatma geliehen, dann habe ich alles auf mein Bankkonto eingezahlt. Als die Polizei es kontrolliert hat, habe ich alles wieder abgehoben und meinen Freundinnen zurückgezahlt. Wir wurden immer zu Tricks gedrängt.«⁵⁹ Neben strukturellen Diskriminierungsmechanismen spricht Erdal im Zeitzeuginneninterview auch über zwischenmenschliche *Othering*-Prozesse.

55 Bayerisches Staatsministerium des Innern: Ausländerrecht; Aufenthalt von Studenten und Praktikanten aus Entwicklungsländern, FU Berlin UA, Sammlung Piening 48, 22.2.1972.

56 Vgl. ebd.

57 Vgl. Der Senator für Inneres Berlin: Erlass über die Behandlung von Ausländerangelegenheiten (Ausländererlass), FU Berlin UA, Sammlung Piening 48, 10.3.1972.

58 Vgl. Bayerisches Staatsministerium des Innern: Ausländerrecht; Aufenthalt von Studenten und Praktikanten aus Entwicklungsländern, FU Berlin UA, Sammlung Piening 48, 22.2.1972; Der Senator für Inneres Berlin: Erlass über die Behandlung von Ausländerangelegenheiten (Ausländererlass), FU Berlin UA, Sammlung Piening 48, 10.3.1972.

59 Zeitzeuginnengespräch mit Belkis Erdal, Berlin, Schöneberg, 12.1.2022.

»Früher gab es Diskriminierung. Als ich neu hier angekommen bin, hat mich das genervt. Woher kommst du? Was studierst du? Chemie – Oh. Was lag nicht alles unter diesem Oh. Als türkische Frau – ah, gibt es bei euch auch Universitäten? Da fängst du an dich zu verteidigen. Heute verteidige ich mich nicht mehr, wer es weiß, weiß es, wer nicht, soll zur Hölle fahren.«⁶⁰ Im ersten Jahr habe sie immer wieder daran gedacht, in die Türkei zurückzukehren, aber: »Wohin wäre ich zurückgekehrt? Ich habe mich dort exmatrikuliert, es waren die turbulentesten Zeiten der Ereignisse um Deniz Gezmiş«, sagt sie.⁶¹ Deshalb habe sie irgendwann der Ehrgeiz gepackt und sie sagte sich: »Jetzt bin ich hierhergekommen, jetzt muss ich es auch schaffen.«

Das Gefühl, nicht aufgeben zu können, weil dies einem Scheitern gleichgekommen wäre, findet sich in den Narrativen mehrerer Zeitzeuginnen und bietet eine Erklärung für das Bleiben trotz erlebter Widrigkeiten. So sagt etwa Remziye Ünal, die 1968 ebenfalls als Studentin in die Bundesrepublik kam: »Es wurden mir auch viele Fragen gestellt: ›Wenn das so war, warum seid ihr nicht einfach in die Türkei gegangen?‹ Das ist auch nicht so eine einfache Entscheidung, weil man hat eine Hoffnung, einen Traum und will etwas verwirklichen. Und es ist nicht so eine einfache Entscheidung, dass man sagt, ok ich gebe auf und gehe gleich wieder zurück. Ich glaube, für alle Menschen ist es nicht so einfach, eine Niederlage zu akzeptieren, wenn sie sich monatelang bemüht haben, etwas zu unternehmen und endlich ist man da und trotz aller Entscheidungen versucht man dazubleiben und zu kämpfen und die Situation zu verbessern.«⁶² Die zeitliche Kontingenz des Migrationsprojekts, das Aufschieben der Rückkehr, das wird hier deutlich, entstand nicht zuletzt aus der prekären Hoffnung⁶³ auf eine bessere Zukunft.

Um sich das Studium zu finanzieren, arbeitete Belkis Erdal in den Semesterferien in der Fabrik und ging während des Semesters samstags putzen.⁶⁴ An der Universität kreuzten sich so – ebenso wie in der Fabrik und in den öffentlichen Gebäuden, die türkeistämmige Reinigungskräfte putzten – die Wege von Frauen, die als Arbeitsmigrantinnen eingereist waren, und Frauen, die als Studentinnen nach West-Berlin gekommen waren. Hier verschwammen die Konturen zwischen den Kategorien der ›Gastarbeiterin‹ und der ›Studentin‹, in die Migrantinnen per Einreise-

60 Ebd.

61 Ebd.

62 Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

63 Parla, Ayse: Precarious Hope. Migration and the Limits of Belonging in Turkey, Stanford 2019.

64 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Belkis Erdal, Berlin, Schöneberg, 12.1.2022.

stempel eingeteilt wurden. Während mehrere Zeitzeuginnen, die als Fabrikarbeiterinnen nach West-Berlin gekommen waren, später studierten,⁶⁵ arbeiteten die Studentinnen in den Semesterferien in den Fabriken, weil sie der Ausländerbehörde für ihre Aufenthaltserlaubnis stets genug Geld vorweisen mussten.⁶⁶

Die Biografien der Zeitzeuginnen waren durch die Migration geprägt von diversen sozialen Auf- und Abstiegen. So hatte Atiye Altül in Ankara als Beamtin bei der Gemeinde gearbeitet, bevor sie sich als Fabrikarbeiterin bei Siemens anwerben ließ. Ihr eigentliches Ziel war es jedoch, zu studieren, deshalb machte sie zunächst eine Weiterbildung zur Erzieherin bei der AWO, um später Textildesign an der Universität der Künste zu studieren. Später arbeitete sie als Sozialpädagogin in einem türkischen Frauenladen.⁶⁷ Remziye Ünal kam 1968 zum Studium nach München, ließ sich dann aber als Fabrikarbeiterin anwerben, um die Familie zu unterstützen und ihre Mutter zu entlasten. Sie arbeitete in einer Textilfabrik und einer Metallfabrik. Später arbeitete sie an einer Schule, begann mit Ende 30 ein Studium der Ausländerpädagogik an der Universität Kassel und gründete einen türkischen Frauenverein in Kassel.⁶⁸ Belkis Erdal studierte zunächst Chemie an der TU Berlin, brach ihr Studium aber nach dem Vordiplom ab, da sie gleichzeitig arbeiten musste. Später wurde sie Lehrerin und Sozialarbeiterin im gleichen Frauenladen wie Atiye Altül. Auch Berrin Önlér-Sayan studierte Volkswirtschaftslehre an der TU Berlin und arbeitete später als Sozialpädagogin. Hier wird deutlich, dass die Universität auch ein biografischer Wendepunkt für Zeitzeuginnen war.

Auffällig ist, dass viele Zeitzeuginnen unabhängig davon, welches Fach sie zuvor studiert oder welchen Beruf sie zuvor hatten, später im sozialpädagogischen Bereich arbeiteten.⁶⁹ Dies ist zum einen darauf

65 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021; Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

66 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Belkis Erdal, Berlin, Schöneberg, 12.1.2022; Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021; Erdal, Belkis: »Almanların beni sevmesi gerekmiyor« | »Die Deutschen müssen mich nicht lieben«, 2010, S. 100.

67 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 25.4.2017.

68 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

69 Vgl. Zeitzeuginnengesprächengespräche mit Perihan Karadeli, Gül Ataseven-Özen, Atiye Altül, Belkis Erdal, Remziye Ünal, Berrin Önlér-Sayan, Aso Agace, Fatma Kaya, Ayfer Schultz und Sermin Doğanay, Türkan Alp und Gülsüm Kaya. Dass mit zehn von 19 Interviewten mehr als die Hälfte der Zeitzeuginnen diesen Weg einschlug, ist sicher nicht repräsentativ, sondern auf die Fragestellung und wohl auch darauf zurückzuführen, dass politisch aktive Sozialarbeiterinnen allein schon über die Frauenprojekte, in denen sie arbeiteten, leichter zu erreichen waren als etwa Fabrikarbeiterinnen.

zurückzuführen, dass ab den frühen 1970er Jahren ein großer Bedarf an Erzieherinnen zur Betreuung migrantischer Kinder bestand, für die es zu dem Zeitpunkt kaum Infrastruktur gab.⁷⁰ »In den Sonderbetreuungsstätten der Arbeiterwohlfahrt arbeiten ausschließlich ausländische Betreuerinnen: voll ausgebildete Lehrerinnen oder Akademikerinnen, die vorher als Arbeiterinnen an einem Fließband tätig waren«, heißt es etwa im Abschlussbericht des Planungsteams »Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien« 1972.⁷¹ Ab Ende der 1970er Jahre begannen viele Zeitzeuginnen zudem in den Frauenprojekten für türkeistämmige Migrantinnen zu arbeiten, die in Folge der Familienzusammenführung entstanden. Hier wurden sie durch ihr Expertinnenwissen zu wichtigen Mittlerinnen.⁷² Zum anderen ließe sich argumentieren, dass auf Migration spezialisierte Sozialarbeit das Feld war, in dem Migrantinnen aufgrund ihrer Sprachkenntnisse und ihres Wissens leichter Zugang fanden als auf dem von struktureller Diskriminierung geprägten Arbeitsmarkt. Auch die Angst, als Migrantin in der freien Wirtschaft keine Arbeit zu finden, konnte ausschlaggebend sein, wie Berrin Önlör-Sayan erklärt, die VWL studiert hat: »Ich dachte, da finde ich keine Arbeit und so bin ich im Sozialbereich geblieben, als ich dort eine Arbeit gefunden habe und mein Schicksal war damit auch besiegelt.«⁷³

Önlör-Sayan kam 1974 zunächst für einen Sprachkurs aus Istanbul nach Heidelberg und zog 1976 nach West-Berlin, wo sie sich an der TU immatrikulierte. Während ihres Studiums schloss sie Kontakte mit türkeistämmigen Studentinnen und Arbeiterinnen und gründete eine Frauengruppe.⁷⁴ »Wir haben uns im Studentenwohnheim oder in den Wohnungen getroffen. Ich war sehr aktiv in Vereinen. Die Stadt war klein damals und wir haben uns immer im gleichen Milieu bewegt. Wir haben uns getroffen in Cafés, sind tanzen gegangen und haben auch viele Flugblätter geschrieben und übersetzt, verteilt.«⁷⁵ Die TU Berlin wurde so zu einem wichtigen Raum ihrer politischen Subjektivierung. Zugleich

70 Vgl. Zeppenfeld, Stefan: Vom Gast zum Gastwirt?, 2021, S. 163-167.

71 Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters: Abschlußbericht des Planungsteams »Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien«, LAB, B Rep. 002 Nr. 10436, Juli 1972, S. 38.

72 Vgl. Nocera, Lea: »Manikürlü Eller Almanya'da Elektrik Bobini Saracak«, 2018, S. 253; Lutz, Helma: Welten verbinden. Türkische Sozialarbeiterinnen in den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M. 1991. Detaillierter hierzu s. Kapitel 5.2.1.

73 Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlör-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021.

74 Vgl. ebd.

75 Ebd.

waren ihre Erfahrungen durch den prekären Aufenthaltsstatus geprägt. »All diese aufenthaltsrechtlichen Regelungen, Passverlängerungen, Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnis, Zuzugssperre, das waren große Themen«, sagt Önlér-Sayan. »Jedes Jahr musstest du zur Ausländerbehörde, das war damals in der Puttkamerstraße in Kreuzberg. Das war so ein Horror. Das ist ein permanenter Druck.«⁷⁶ Die Ausländerbehörde wurde durch die Ermessensspielräume, die das Ausländergesetz zuließ, für viele Migrant*innen zur Verkörperung der Macht, die Lebenspläne durchkreuzen konnte.⁷⁷

Diese durch die Ausländerbehörde produzierte Atmosphäre der permanenten Unsicherheit kritisierten linke studentische Initiativen an der FU Berlin dafür, die freie politische Betätigung der migrantischen Studierenden zu behindern.⁷⁸ Berrin Önlér-Sayan bezeichnet das Gefühl, das diese Unsicherheit auslöste, als ein Beben unter den Füßen. »Nach vielen Jahren habe ich einen Brief von meinem Vater gekriegt und hatte das Gefühl, der Boden bebt unter meinen Füßen. Da habe ich verstanden, dass ich hier nicht auf sicherem Boden stehe. Ich hatte eigentlich tolle Bedingungen. Ich kam nicht als Arbeiterin, ich habe studiert, ich stand nie unter Not. Aber trotzdem, wenn du in einer fremden Gesellschaft lebst, ist es nicht leicht, was es mit deinem Körper und deiner Psyche macht.«⁷⁹ Dieser Druck, so Önlér-Sayan, habe sich erst gelöst, als sie den deutschen Pass hatte. So fluktuierend die Berufswege der Zeitzeuginnen auch waren, so machte es doch einen Unterschied, ob sie als Studentin oder als Arbeiterin eingereist waren, wie hier deutlich wird. Jeder Einreiseweg brachte eigene Aufenthaltsbedingungen mit sich und strukturierte so die Bedingungen des Alltags – und der politischen Partizipation.

⁷⁶ Ebd.

⁷⁷ Vgl. Kleff, Hans-Günter: Vom Bauern zum Industriearbeiter, 1985, S. 172.

⁷⁸ Vgl. Initiative für ein linkes Konzil: Ausländerstudium, FU Berlin UA, Sammlung Piening 22, o.D.

⁷⁹ Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021.

3 Fazit: Fabrik und Universität als politische Knotenpunkte

Die Fabrik und die Universität waren für viele Zeitzeuginnen Ermöglichungsgrund und Ursache ihrer politischen Sozialisation zugleich: Sie ebneten Frauen in den 1960er und 1970er Jahren den Weg, das Zuhause zu verlassen und sich neue Räume anzueignen. Als Zugangstickets strukturierten sie aber auch die Aufenthaltsbedingungen im Migrationsregime und waren zutiefst vergeschlechtlicht. Die bevorzugte Frauenanwerbung transformierte die Geschlechterverhältnisse in beiden Ländern: In der Türkei stellte die Arbeitsmigration der Frauen bestehende Geschlechterordnungen in Frage, indem sie neue Lösungen für die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung in den Familien erforderte. In Westdeutschland stabilisierte die ›ethnische Unterschichtung‹ des Arbeitsmarkts durch Migrantinnen die Kernfamilie und das damit einhergehende Alleinverdiener-/Hausfrauenmodell, wie Monika Mattes herausgearbeitet hat.¹ Zugleich normalisierte die Lohnarbeit migrantischer Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und stieß den Ausbau von Kinderbetreuungsstätten an, wie Francesca Falk argumentiert hat.² Hier wird deutlich, wie Migrant*innen die Grenzen von Privatem und Politischem verschoben, indem sie etwa die Vereinbarkeit von Reproduktionsarbeit und Erwerbsarbeit einforderten – und damit traditionelle Geschlechterverhältnisse zur Disposition stellten.

Aus der Perspektive individueller Biografien hat sich gezeigt, dass sich Migrant*innen diese Zugangstickets anzueignen wussten und dass ihre Lebensrealität deutlich komplexer war als der offizielle Grund ihrer Einreise. Dennoch konturierte der Einreisestempel den Handlungsspielraum, den Migrant*innen in der Bundesrepublik hatten. So konnte eine befristete Aufenthaltserlaubnis im Studierendenvisum etwa politische Praktiken erschweren – besonders, wenn sie sich gegen die Repressionen in der Türkei richteten. Welche Handlungsoptionen migrantische Arbeiter*innen hatten, war konjunkturabhängig und intersektional verflochten mit Geschlecht und körperpolitischen Fragen. Trotz prekärer Arbeits- und Aufenthaltsbedingungen erprobten sie Formen, sich den Zumutungen des Fabrikalltags zu entziehen oder zu widersetzen, sei es individuell durch eigensinnige Praktiken oder kollektive Arbeitskämpfe. Die Grenzen zwischen Eigensinn und organisiertem Protest waren dabei

1 Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 184.

2 Vgl. Falk, Francesca: Gender Innovation and Migration in Switzerland, 2019, S. 39-54.

fließend und reichten von der Akkordverweigerung über rotierendes Krankmelden zur Kinderbetreuung bis hin zu ›wilden Streiks‹. Gerade hier lohnt es sich, bestehende Analysen um die Perspektive der Zeitzeuginnen zu erweitern, um das ganze Spektrum migrantischer Handlungsmacht zu erfassen. So hat etwa die Einbettung des Pierburg-Streiks in breitere Zusammenhänge gezeigt, dass ›wilde Streiks‹ keine singulären Ereignisse waren, sondern im Kontext kleinerer migrantischer Arbeitskämpfe und der Arbeiterbewegung in der Türkei entstanden.

Eine solche mikrogeschichtliche Perspektive bringt Spuren transnationaler politischer Sozialisierungen, Vernetzungen und Transfers zutage, die politische Praktiken von Migrant*innen geprägt haben. Auch die Universität wurde zu einem zentralen Raum der Politisierung, wie dieses Kapitel gezeigt hat. Die transnationalen Proteste an den Hochschulen weiteten sich im Verlauf der 1970er Jahre auf die Straßen West-Berlins aus, die zur Bühne transnationaler politischer Mobilisierung zwischen der Bundesrepublik und der Türkei wurden.

IV Straße

Der transnationale Raum begrenzte die Möglichkeiten politischer Partizipation für Migrant*innen durch das Ausländergesetz und den Ausschluss vom Wahlrecht und erweiterte sie durch die geografische Distanz von der Türkei. Gerade zwischen den Militärputschen 1971 und 1980, als wiederholt im Ausnahmezustand alle politischen Aktivitäten in der Türkei verboten waren, wurde Europa zum »Hinterland«¹ politischer Opposition. Die Straße wurde für Migrant*innen angesichts des weitgehenden Ausschlusses von institutionalisierten politischen Praktiken in den 1970er Jahren zum zentralen Raum transnationaler Proteste. Indem sie den öffentlichen Raum mit ihren Forderungen aneigneten, trugen sie innenpolitische Themen aus der Türkei nach Westdeutschland und zwangen bundesdeutsche Politiker*innen zunehmend, sich zu den Ereignissen in der Türkei zu positionieren. Dadurch verschwammen nicht nur die Konturen von Innen- und Außenpolitik, wie sich im folgenden Kapitel zeigen wird, sondern auch die konstruierten Grenzen zwischen dem Privaten und dem Politischen.

Dieses Kapitel zeichnet Formen migrantischer Selbstorganisation und deren Wandel im Verlauf der langen 1970er Jahre aus Geschlechterperspektive nach. Viele Zeitzeuginnen waren zunächst in verschiedenen migrantischen Organisationen des linken Spektrums politisch aktiv, bevor sie ihre eigenen Frauengruppen gründeten. Entlang ihrer Erfahrungen geht dieses Kapitel der Frage nach, wie Geschlechterverhältnisse in linken migrantischen Vereinen ausgehandelt und reguliert wurden. Es fragt nach den Bedingungen und Grenzen transnationaler politischer Praktiken und der Diffusion innen- und außenpolitischer Belange durch migrantische Proteste. Diese bewegten sich in einem Geflecht von Spannungsfeldern: Die Straße als Bühne für transnationale Proteste zu betreten, bedeutete, Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit als politische Taktiken auszutarieren, lokale und transnationale Forderungen zu navigieren und zwischen Autonomie und Institutionalisierung abzuwägen. In der Aushandlung dieser Fragen transformierten Migrant*innen den urbanen öffentlichen Raum in West-Berlin in den 1970er Jahren und schufen eine translokale² politische Geografie.

1 Demir, Mustafa; Sönmez, Ergün: Als Arbeiter zu »Gast« in Deutschland, 2015, S. 32.

2 Zum Konzept der Translokalität in methodologischer Abgrenzung zu transnationalen Ansätzen vgl. etwa Freitag, Ulrike; Oppen, Achim von: Translokalität als ein Zugang zur Geschichte globaler Verflechtungen, Berlin 2005.

1 Die Straße als transnationale Bühne

1.1 Migrantische Selbstorganisation und das Ausländergesetz

Im Herbst 1977 machten sich Atiye Altül und ihre Freund*innen in mehreren Autos und Bussen auf den Weg von West-Berlin nach Bonn, um an einer Großdemonstration gegen das drohende Verbot der »K-Gruppen« teilzunehmen.³ An der innerdeutschen Grenze hielt die Polizei alle Autos an und durchsuchte sie. Als sie an der Reihe waren, wies Altül ihre Mitfahrer*innen an zu schweigen und antwortete auf die Frage des Polizisten, wohin die Reise gehe: »zu einer Hochzeit«.⁴ Der Polizist ließ ihr Auto passieren; eine türkische Hochzeit schien ihm offenbar ein plausibles und glaubwürdiges Reiseziel einer Autokolonne mit türkeistämmigen Passagier*innen. In dieser Anekdote, die Atiye Altül im Zeitzeuginnengespräch erzählt, verdichten sich mehrere Dimensionen dessen, was es bedeutete, als Migrantin in Westdeutschland in den siebziger und achtziger Jahren politisch aktiv zu sein.

Demonstrationen waren für Migrant*innen in den siebziger Jahren eine der wenigen möglichen Praktiken politischer Partizipation. Durch ihren vorläufigen Aufenthaltsstatus, der ihnen bei staatlich unerwünschtem Verhalten entzogen werden konnte, riskierten Atiye Altül und ihr Freundeskreis mehr als deutsche Staatsbürger*innen, wenn sie an einer Demonstration teilnahmen. Dabei fanden sie mitunter kreative Wege, mit diesen Regelungen umzugehen: In diesem Fall etwa eignete sich Altül das Stereotyp großer türkischer Familien und Hochzeiten an, um den eigentlichen Zweck ihrer Reise zu verschleiern. Dies funktionierte, indem sie mit den antizipierten Erwartungen des Polizisten spielte und in die Rolle einer im Privaten verorteten türkischen Frau schlüpfte, die zu einer Feier im Familienkreis reist.

Während Migrant*innen in der Bundesrepublik vom Wahlrecht ausgeschlossen waren und das Ausländergesetz von 1965 ihre politischen Aktivitäten einschränkte,⁵ erschwerte das Leben und Arbeiten im Ausland

3 Als »K-Gruppen« wurden oftmals spöttisch maoistische Kaderparteien bezeichnet, die nach 1968 entstanden. Vgl. Sepp, Benedikt: Das Prinzip Bewegung. Theorie, Praxis und Radikalisierung in der West-Berliner Linken 1961-1972, Göttingen 2023, S. 245 f. Zum Verbotsantrag der CDU 1977 und der Demonstration in Bonn s. Kühn, Andreas: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt a. M., New York 2005, S. 181-185.

4 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

5 Vgl. etwa Seibert, Niels: Vergessene Proteste. Internationalismus und Antirassismus 1964-1983, Münster 2008, S. 135; zur Genese des Ausländergesetzes von 1965 s. Schönwälder, Karen: »Ist nur Liberalisierung Fortschritt?« Zur Entstehung des

ihre Teilnahme an den Wahlen in der Türkei. Da es noch nicht möglich war, vom Ausland aus zu wählen, konnten Migrant*innen ihre Stimme nur abgeben, wenn die türkischen Wahlen mit ihrem Urlaub zusammenfielen. Dass sie nicht wählen konnten, bedeutete jedoch nicht, dass sie nicht politisch aktiv waren. Vielmehr praktizierten Migrant*innen eine Vielzahl von »non-electoral forms of participation«,⁶ die von Protesten über die Veröffentlichung von Broschüren und Zeitschriften, offenen Briefen bis hin zu Unterschriftenaktionen reichten. Diese Formen politischer Partizipation können mit Engin Isin als »acts of citizenship« begriffen werden. Diesen liegt die Annahme zugrunde, dass Staatsbürgerschaft über den formalen Status hinausgeht und durch das Einfordern von Rechten praktiziert wird.⁷

Indem Migrant*innen Rechte beanspruchten und aushandelten, transformierten sie Formen des Politischen und konstituierten sich als politische Subjekte.⁸ Für diese Aushandlungsprozesse hat die Philosophin Seyla Benhabib den Begriff der »democratic iterations« geprägt: Jedes Recht, das Einwandernde einforderten, stellte nationalstaatliche Konzepte zur Disposition und veränderte ihre Bedeutung im Prozess der Aushandlung.⁹ Als Nicht-Staatsbürger*innen bewegten sich Migrant*innen in einem komplexen Netz von lokalen und transnationalen Rechten und Pflichten.¹⁰ Wie Nira Yuval-Davis vorschlägt, muss Staatsbürgerschaft demnach als »multi-layered construct«¹¹ verstanden werden, in dem sich unterschiedliche Schichten von Zugehörigkeit – und damit einhergehend Rechten und Pflichten – überlappen. Auch ohne Wahlrecht beteiligten sich Migrant*innen demnach politisch – und die Straße wurde in den 1970er Jahren ein zentraler Raum, in dem sie ihre Rechte einforderten. Vor allem in der langen Dekade zwischen den Militärputschen am 12. März 1971 und am 12. September 1980, in der die türkische Regierung zunehmend autoritär gegen linke Bewegungen vorging, ermöglichte die

ersten Ausländergesetzes der Bundesrepublik, in: Motte, Jan u. a. (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte, Frankfurt a. M., New York 1999, S. 127-144; Bösch, Frank: Deals mit Diktaturen, 2024, S. 129 f.

6 Argun, Betigül Ercan: Turkey in Germany. The Transnational Sphere of Deutscher, New York, London 2003, S. 27 f.

7 Vgl. Isin, Engin: Theorizing Acts of Citizenship, 2008, S. 17.

8 Vgl. ebd., S. 39.

9 Vgl. Benhabib, Seyla: The Rights of Others, 2004, S. 179.

10 Vgl. Isin, Engin: Doing Rights with Things. The Art of Becoming Citizens, in: Hildebrandt, Paula u. a. (Hg.): Performing Citizenship. Bodies, Agencies, Limitations, Cham 2019, S. 45-56, S. 48.

11 Yuval-Davis, Nira: The »Multi-Layered Citizen«, 1999, S. 122.

geografische Distanz in Westdeutschland ein freieres politisches Agieren. Der transnationale Raum, der durch die Migration entstand, begrenzte die Möglichkeiten politischer Partizipation also auf der einen Seite und erweiterte sie auf der anderen.

Die Bedingungen und Grenzen politischer Handlungsmacht von Migrant*innen umriss das Ausländergesetz, das Bundestag und Bundesrat 1965 verabschiedeten. Das Ausländergesetz von 1965 war eine Reform der Ausländerpolizeiverordnung (APVO) von 1938 und regelte bis zu einer erneuten Reform 1990 das Aufenthaltsrecht, Einreise und Ausweisung von Migrant*innen. Es schrieb vor, dass alle Ausländer*innen im Bundesgebiet eine Aufenthaltserlaubnis haben mussten.¹² Karen Schönwälder interpretiert die Neuauflage der APVO von 1938 als Reaktion auf die Liberalisierung des Grenzverkehrs und Migrationsbewegungen sowie auf politisch aktive Migrant*innen. Ein maßgebliches Motiv war demzufolge die Wiederherstellung eines »Kontroll- und Überwachungsinstrumentariums« gegenüber Migrant*innen.¹³ Zentraler Bestandteil eines solchen Anspruchs war der Paragraph 6, der die politische Betätigung von Migrant*innen regelte und einschränkte, »wenn [...] erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland es erfordern.«¹⁴ Dieser Passus war aufgrund seiner Vagheit Gegenstand politischer Diskussionen. Indem das Gesetz die Beeinträchtigung außenpolitischer Interessen als Grund für Abschiebungen definierte, ermöglichte es »massive Einschränkungen der politischen Grundrechte für Ausländer«,¹⁵ wie Frank Bösch argumentiert.

Der politische Aktivismus von Migrant*innen stellte das Innenministerium vor die Herausforderung, außenpolitische Interessen gegen politische Grundrechte abzuwägen. In der Praxis bedeutete dieser Passus massive Restriktionen wie Demonstrationsverbote und Abschiebungen, die etwa bei den Protesten iranischer Oppositioneller gegen das Schah-Regime 1967 Anwendung fanden, wie Frank Bösch herausgearbeitet hat.¹⁶ Als explizites Beispiel »erheblicher Belange« formulierte das Innenministerium noch 1975, dass Migrant*innen die Beteiligung an Demonstrationen rund um einen Staatsbesuch verboten werden könne.

12 Vgl. Pleinen, Jenny: Die Migrationsregime Belgiens und der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg, 2012, S. 94. In der APVO hatte diese Pflicht nur ausländische Arbeiter*innen betroffen.

13 Vgl. Schönwälder, Karen: »Ist nur Liberalisierung Fortschritt?«, 1999, S. 128.

14 Ausländergesetz, 8.5.1965, S. 354.

15 Bösch, Frank: Deals mit Diktaturen, 2024, S. 130.

16 Vgl. ebd.; zu den massiven Sicherheitsmaßnahmen vor dem Schah-Besuch 1967 s. ebd., S. 132-140.

Dabei sah das BMI die zeitliche und räumliche Einschränkung des Aufenthaltsrechts als probates Mittel »zur Fernhaltung des Ausländers von den Schauplätzen des Staatsbesuchs, das mit dem Demonstrationsverbot korrespondiert«.¹⁷ Dies kann als Reaktion darauf gesehen werden, dass Migrant*innen in den sechziger und siebziger Jahren zunehmend ihre Proteste und Forderungen auf die Straße trugen, da ihnen andere Formen politischer Partizipation größtenteils versagt waren.¹⁸

Dass ihr rechtlicher Status politische Praktiken einschränkte, wirkte sich auf die Politisierung der Zeitzeuginnen unterschiedlich aus. Ob und in welcher Form sie in Westdeutschland politisch aktiv waren, hing neben ihrem jeweiligen Aufenthaltsstatus von biografischen Faktoren wie sozialer Herkunft und Sozialisation sowie ihrer Lebenssituation in der Bundesrepublik ab. Ein wichtiger Faktor war, ob die Frauen bereits in der Türkei politisch aktiv gewesen waren. So war Atiye Altül bereits in der Türkei Mitglied in der Türkischen Arbeiterpartei TİP gewesen,¹⁹ Belkıs Erdal hatten die politischen Kämpfe an den Universitäten zwischen 1968 und 1972 politisiert,²⁰ Ayten Fırat und Fatma Kaya nannten die Unterdrückung als Alevitinnen in der Türkei als Politisierungsmoment²¹ und Berrin Önlü-Sayan hatte bereits als Schülerin mit ihrem Vater an einer Demonstration teilgenommen und 1975 mit ihren ehemaligen Kolleg*innen im Hilton Hotel gestreikt.²² Biografische Erfahrungen in der Türkei konnten aber auch dazu führen, dass Zeitzeuginnen es vorzogen, sich nicht einzumischen, wie das Beispiel von Marta Kasapoğlu zeigt, die 1971 als Arbeitsmigrantin nach Delmenhorst kam. Als Nachfahrin von Überlebenden des Genozids an den Armenier*innen sagt sie, in Deutschland lebe sie als Armenierin freier. In der Türkei war der Nachname ihrer Familie von Kasparian zu Kasapoğlu geändert worden.

17 Der Bundesminister des Innern an die Innenminister (-senatoren) der Länder: Betr.: Einschränkung oder Untersagung der politischen Betätigung von Ausländern (§ 6 AuslG), BArch, B 106/115774, 15.10.1975.

18 Vgl. Kapitel 4.1.2. Das wohl bekannteste Beispiel eines Demonstrationsverbots im Zusammenhang mit einem Staatsbesuch ist der Schah-Besuch 1967, bei dem zahlreichen Exil-Iraner*innen verboten wurde, die Stadt zu verlassen, teils mussten sie sich zweimal täglich bei der Polizei melden. Vgl. hierzu Bösch, Frank: *Deals mit Diktaturen. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, München 2024, S. 139; Clarkson, Alexander: *Fragmented Fatherland*, 2013, S. 161; Slobodian, Quinn: *Foreign Front*, 2012, S. 105.

19 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 25.4.2017.

20 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Belkıs Erdal, Berlin, Schöneberg, 12.1.2022.

21 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Ayten Fırat, Berlin, Pankow, 10.11.2022; Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.

22 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlü-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021.

Diese Türkifizierung und die Notwendigkeit, auf der Straße eine andere Identität anzunehmen als im Privaten, prägte die Geschichte ihrer Familie über Grenzen hinweg.²³

Auch die sozialen und politischen Bedingungen in Westdeutschland wirkten sich auf die Politisierung der Zeitzeuginnen aus. Die Identifikation mit der Arbeiterklasse spielte bei mehreren Zeitzeuginnen eine Rolle. Sowohl Gül Ataseven-Özen als auch Fatma Kaya, Ayten Firat und Atiye Altül betonten, in West-Berlin nie eine Demonstration am 1. Mai verpasst zu haben. »Wie war es für uns, den 1. Mai zu feiern, in der Türkei durfte man ja nicht. Wir haben noch stärker diese Sehnsucht, frei etwas zu sagen. Frei zu schreien, zu laufen, wir zusammen, war ein Erlebnis. Wir haben die Freiheit schon genossen«,²⁴ erklärte Ataseven-Özen etwa. Neben der Selbstverortung als Arbeiterin spielte auch der transnationale Raum eine Rolle, insofern er es anders als zeitweise in der Türkei überhaupt erst ermöglichte, auf der Straße zu demonstrieren.²⁵

Zudem gingen die Zeitzeuginnen ein geringeres Risiko ein, wenn sie an einer von deutschen Gewerkschaften organisierten Großdemonstration teilnahmen, als wenn sie mit kleinen migrantischen Organisationen gegen die Repressionen in der Türkei protestierten. Auch hier konnten biografische Erfahrungen dazu führen, dass Migrantinnen sich entschlossen, nicht an Demonstrationen teilzunehmen. So sagt Perihan Karadeli, sie habe sich »nicht wirklich eingemischt«,²⁶ Demonstriert habe sie in den 1970er Jahren nur, wenn es um ihre Arbeit ging, von Protesten mit transnationaler Ausrichtung habe sie sich ferngehalten. Dies erklärte sie mit der Angst vor lokalen und transnationalen Konsequenzen: einerseits damit, dass ihrem Mann die Entlassung nach dem Arbeiterinnenstreik, den er in Bayern angezettelt hatte, wohl eine Lektion war und er Angst hatte, wieder Probleme zu bekommen. Darüber hinaus hatte sie Angst vor Denunziant*innen, »die sich unter die Menschen gemischt haben und an die Türkei weitergegeben haben, wer demonstriert. Wenn man in der Türkei Urlaub gemacht hat, war das gefährlich.«²⁷ Der transnationale

23 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Marta Kasapoğlu, Kirchen, 24.6.2023.

24 Zeitzeuginnengespräch mit Gül Ataseven-Özen, Berlin, Schöneberg, 25.3.2022.

25 Demonstrationen am 1. Mai waren in der Türkei über weite Strecken des 20. Jahrhunderts verboten. Erlaubt waren Demonstrationen am 1. Mai im Osmanischen Reich von 1910 bis 1912 und in der türkischen Republik von 1921 bis 1923 und von 1976 bis 1978. Vgl. Baykan, Aysegül; Hatuka, Tali: Politics and culture in the making of public space. Taksim Square, 1 May 1977, Istanbul, in: Planning Perspectives 25/1, 2010, S. 49–68, S. 58.

26 Zeitzeuginnengespräch mit Perihan Karadeli, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 23.4.2022.

27 Ebd.

Raum ermöglichte zwar die Teilnahme an Demonstrationen, aber in den Augen Karadelis wirkten die politischen Verhältnisse in der Türkei auch in West-Berlin fort.

Die geografische und politische Insellage West-Berlins war ebenso konstitutiv für die Politisierung der Zeitzeuginnen. Berrin Önler-Sayan verwies darauf, dass die Stadt durch die Mauer klein war und sich die Migrant*innen dadurch immer im gleichen Milieu bewegten.²⁸ Türkan Alp, seit 1970 in West-Berlin und aktiv in der Türkischen Sozialistengemeinde TTO und im Türkischen Frauenverein, erklärt, West-Berlin habe damals aufgrund der Mauer eine Sonderstellung gehabt. »Wir haben uns hier ungestörter organisieren können. Hier waren alle politischen Strömungen stark, vor allem linke. Wir waren ja geschlossen, mitten in der DDR.«²⁹ Neben dieser Sonderstellung West-Berlins dürfte sich auch der Arbeits- und Wohnort der Migrantinnen auf ihre politischen Praktiken ausgewirkt haben. So war es in ländlichen Regionen aufgrund der weitflächigeren Besiedlung und geringeren Dichte an migrantischer Bevölkerung sicher weniger leicht, sich in migrantischen Organisationen zu vernetzen als in Großstädten.

Unabhängig davon, welche Schlüsse die Zeitzeuginnen aus ihrem komplexen transnationalen *citizenship*-Status im Einzelnen zogen – gemeinsam war ihnen, dass sie ein Land in tiefgreifenden sozialen und politischen Umbrüchen hinterlassen hatten, in das viele von ihnen früher oder später zurückkehren wollten. Von 1960 bis 1980 erlebte die Türkei einen raschen gesellschaftlichen Wandel, Urbanisierung, Migration und aufstrebende soziale Massenbewegungen, die sich an politischen Prozessen beteiligten. Durchbrochen von drei Militärputschen in den Jahren 1960, 1971 und 1980 als Zäsuren war die türkische Zeitgeschichte geprägt von Streiks und Protesten der aufkommenden Studierenden- und Arbeiter*innenbewegung, dem wiederholt verhängten Kriegsrecht sowie gewaltsamen Kämpfen zwischen rechts- und linksradikalen Gruppen. Nachdem das Militär 1960 die zunehmend autoritäre Regierung der Demokratischen Partei (DP) von Adnan Menderes gestürzt hatte, hatten Juraprofessoren 1961 eine neue Verfassung formuliert, die umfassende Bürgerrechte gewährte und politische Beteiligung förderte.³⁰

Im Jahr 1963 wurde das Streikrecht eingeführt; 1965 wurde die Arbeiterpartei der Türkei (Türkiye İşçi Partisi, TİP) als erste legale sozi-

28 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önler-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021.

29 Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

30 Vgl. Zürcher, Erik Jan: Turkey, 2017, S. 248.

alistische Partei ins türkische Parlament gewählt. Ermutigt durch die Freiheiten, die die Verfassung von 1961 gewährte, begannen sich Studierende und Arbeiter*innen in den 1960er Jahren zu organisieren und für ihre Rechte auf die Straße zu gehen.³¹ Währenddessen verfolgte der türkische Ministerpräsident Süleyman Demirel mit seiner konservativen Gerechtigkeitspartei (Adalet Partisi, AP) eine antikommunistische Politik gegen linke Bewegungen.³² Die Angst vor einem wachsenden Einfluss der linken Bewegung in der türkischen Gesellschaft beschäftigte nicht nur die Regierung in der Türkei, sondern auch die Bundesregierung. Vor dem Hintergrund des Kalten Krieges befürchteten beide Länder, dass Arbeitsmigrant*innen kommunistisch unterwandert werden könnten.³³ Viele Migrant*innen, die als Arbeiter*innen oder Studierende nach Westdeutschland kamen, waren durch die Umwälzungen und die aufkommenden sozialen Bewegungen in der Türkei politisiert worden. Da viele von ihnen die Arbeitsmigration bis in die 1970er Jahre als vorübergehende Phase betrachteten, hielten Migrant*innen enge Beziehungen zur Türkei aufrecht und verfolgten die politischen Entwicklungen in ihrem Herkunftsland.³⁴

Während Studierende aus der Türkei in Westdeutschland bereits in den 1950er Jahren begonnen hatten, sich in studentischen Vereinen zu organisieren, gründeten Arbeitsmigrant*innen ihre ersten Organisationen in den 1960er Jahren.³⁵ Im Oktober 1968 schlossen sich linksgerichtete türkische Migrant*innenorganisationen in Westdeutschland unter dem Dach der Föderation der Türkischen Sozialisten in Europa ATTF in Köln zusammen.³⁶ Die ATTF unterstützte die TİP und hatte sich zum Ziel gesetzt, türkeistämmige Arbeiter*innen im Ausland zu mobilisieren, die »Gründung einer friedlichen, demokratischen und arbeiterfreundlichen Ordnung«³⁷ in der Türkei zu unterstützen. Mit fast 1.000 Mitgliedern und neun Mitgliedsorganisationen in ganz Westdeutschland war die ATTF Anfang der 1970er Jahre der größte linke Zusammenschluss

31 Vgl. Alper, Emin: *Reconsidering Social Movements in Turkey*, 2010, S. 94.

32 Vgl. Zürcher, Erik Jan: *Turkey*, 2017, S. 254.

33 Vgl. Kapitel 2.1.2.

34 Vgl. Demir, Mustafa; Sönmez, Ergün: Als Arbeiter zu »Gast« in Deutschland, 2015, S. 18.

35 Vgl. Özcan, Ertekin: *Türkische Immigrant*innenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland*, 1989, S. 68 f.

36 Vgl. zur ATTF Tekin, Caner: Die erste linke Migrantendachorganisation aus der Türkei. Die Europäische Föderation türkischer Sozialisten (1968-1977), in: *Arbeit Bewegung Geschichte* 1, 2021, S. 109-124.

37 ATTF: Tanıtım Broşürü, TÜSTAV, o. D., online abrufbar unter: www.tustav.org/yayinlar/kutuphane/ATTF-kutuphanesi/ATTF-tanitim-brosuru.pdf (23.2.2025).

von Arbeiter*innen und Studierenden aus der Türkei in Westeuropa.³⁸ Ihre Mitglieder setzten sich aus Arbeitsmigrant*innen, Studierenden und Lehrer*innen zusammen, die ihre politische Sozialisation aus der Türkei mitbrachten. Zu den Mitgliedsorganisationen der ATTF gehörten in West-Berlin die 1967 gegründete Türkische Sozialistengemeinschaft TTO und ab 1975 der Türkische Frauenverein BTKB. Neben der ATTF schlossen sich weitere linksgerichtete Gruppen unter dem Dach der Türkischen Studentenföderation in Europa ATÖF und der Föderation der Arbeiter*innen aus der Türkei in Europa ATİF zusammen. Sozialdemokratische Organisationen gründeten die Föderation Progressiver Volksvereine der Türkei in Europa HDF. Im rechten Spektrum organisierten sich die rechtsextremen ›Grauen Wölfe‹³⁹ unter der Türk-Föderation und die islamistischen Strömungen unter diversen Bewegungen wie Milli Görüş, der Süleymanlı-Bewegung, der Nurculuk-Bewegung und der gemäßigten DİTİB.⁴⁰

Diese migrantischen Selbstorganisationen kopierten weitgehend die Strukturen der Schwesterorganisationen in der Türkei, orientierten sich jedoch aufgrund der rechtlichen Regelungen in Westdeutschland zugleich an deutschen Vereinsstrukturen. Denn eindeutiger als den Konflikt zwischen Meinungsfreiheit und der Einschränkung politischer Aktivitäten regelte das Gesetz Eingriffe in das Grundrecht der Versammlungsfreiheit und der Vereinsgründung von Migrant*innen: Diese politischen Rechte waren laut Grundgesetz deutschen Staatsbürger*innen vorbehalten. Da Migrant*innen rechtlich keine politischen Parteien gründen konnten, waren Vereine die einzig mögliche Institution migrantischer Selbstorganisation.

38 Vgl. Özcan, Ertekin: Türkische Immigrantenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, 1989, S. 231.

39 Unter ›Grauen Wölfen‹ sind türkeistämmige Personen und Gruppen mit rechts-extremen, ultranationalistischen und rassistischen Einstellungen zu verstehen, die der Ülkücü-Bewegung in der Türkei um die ultranationalistische Partei MHP (Milliyetçi Hareket Partisi) nahestehen. Diese begann in den späten 1960er Jahren mit dem Aufbau paramilitärischer Strukturen und militanter Gruppierungen, den ›Ülkücü‹ oder ›Grauen Wölfen‹, die gewaltsam gegen linke Gruppen vorgehen. Vgl. hierzu Aydın, Yaşar: Die Geschichte und Gegenwart der Ülkücü-Bewegung. Zwischen Ultranationalismus und Staatsräson, säkularem Türkismus und Islamismus, in: Jamal, Lobna, Aydın, Yaşar (Hg.): »Graue Wölfe«. Türkischer Ultranationalismus in Deutschland, Bonn 2022, S. 15–36; Bora, Tanıl: Cereyanlar. Türkiye’de Siyasî İdeolojiler, İstanbul 2017, S. 298–301.

40 Detailliert zur Organisation migrantischer Dachverbände des linken und rechten Spektrums s. Özcan, Ertekin: Türkische Immigrantenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, 1989.

Für Remziye Ünal war die deutsche Vereinskultur neu, als sie sich 1974 in den Vorstand der ATÖF wählen ließ. »Wir haben eine ganz andere Geschichte und ein ganz anderes Verhältnis zu Vereinen als die Deutschen«,⁴¹ erklärt sie. In der Türkei assoziierte Ünal Vereine mit elitären Segelclubs oder Fußballclubs; in West-Berlin lernte sie deutsche Vereinsstrukturen kennen. Für mehrere Zeitzeuginnen, die in West-Berlin politisch aktiv waren, waren die migrantischen Vereine in den 1970er Jahren neben den Gewerkschaften der erste Raum, in dem sie sich politisch organisierten. So schlossen sich Gül Ataseven-Özen und Belkis Erdal der HDB an, die sich 1973 gründete und der kemalistischen CHP nahestand.⁴² Berrin Önlser-Sayan war im linksorientierten Halkevi (Volkshaus) aktiv.⁴³ Türkan Alp war Mitglied bei der TTO,⁴⁴ und Atiye Altül gründete mit drei Freunden einen eigenen Verein, der mit der maoistischen Organisation Halkın Yolu sympathisierte.⁴⁵ Gemeinsam mit diesen Organisationen trugen die Zeitzeuginnen in den 1970er Jahren ihren Protest gegen die politischen Verhältnisse in der Türkei auf die West-Berliner Straßen.

1.2 Zwischen Kurfürstendamm und Kottbusser Damm

Am 9. Juli 1971 begegneten die Menschen, die an diesem Freitagabend über den Kurfürstendamm flanierten, einem Protestzug, der die politischen Entwicklungen in der Türkei nach West-Berlin brachte. Migrant*innen aus der Türkei hatten sich auf dem Olivaer Platz in Charlottenburg versammelt, um gegen den Militärputsch in der Türkei zu demonstrieren. Dort hatte am 12. März 1971 das Militär dem türkischen Ministerpräsidenten Süleyman Demirel per Memorandum ein Ultimatum zur Bildung einer starken Regierung gestellt und mit der Machtübernahme gedroht, falls die Forderungen nicht erfüllt würden.⁴⁶ Nach Demirels Rücktritt übernahm eine Technokratenregierung die Macht, die das Kriegsrecht verhängte und für sich in Anspruch nahm, durch Repressionen der türkischen Linken »Recht und Ordnung

41 Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

42 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Gül Ataseven-Özen, Berlin, Schöneberg, 25.3.2022; Zeitzeuginnengespräch mit Belkis Erdal, Berlin, Schöneberg, 12.1.2022.

43 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlser-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021.

44 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

45 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 25.4.2017.

46 Vgl. Zürcher, Erik Jan: Turkey, 2017, S. 261.

wiederherzustellen«.47 Vom Olivaer Platz aus marschierte der Protestzug entlang des belebten Kurfürstendamms vorbei am KaDeWe zum Wittenbergplatz.48 Laut *Kurtuluş* schlossen sich tausende deutsche, türkische, kurdische, arabische und griechische Arbeiter*innen, Studierende und Lehrer*innen der Demonstration an.49 Die Protestierenden trugen ihre Forderungen auf Türkisch und Deutsch über einen Lautsprecher an die West-Berliner Öffentlichkeit. »Die Demonstration wurde vom deutschen Fernsehen gefilmt, und alle deutschen Zeitungen haben über den Protestmarsch berichtet«, heißt es in dem Bericht weiter.50 Mit ihrem sicht- und hörbaren Protest, der Bezug auf Entwicklungen in der Türkei nahm, eigneten sich die Demonstrierenden den urbanen öffentlichen Raum an und schufen damit eine transnationale politische Geografie der Stadt.

In diesem Kapitel untersuche ich, wie Migrant*innen die Straße als Raum nutzten, um ihre Rechte einzufordern und für Demokratie in der Türkei zu kämpfen – und wie sie den transnationalen Raum in West-Berlin durch ihre politischen Aktionen veränderten. Ausgehend von der These, dass der transnationale Aktivismus migrantischer Gruppen zur zunehmenden Verflechtung innen- und außenpolitischer Belange beider Länder beitrug, zeichne ich die Bedingungen, Grenzen und Beschränkungen grenzüberschreitender politischer Praktiken nach. Migrant*innen aus der Türkei, so mein Argument, nutzten die Straße als transnationale Bühne für ihre politischen Forderungen. Da ihre Möglichkeiten, ihren politischen Willen durch ihre Stimmabgabe bei türkischen und westdeutschen Wahlen zu äußern, eingeschränkt waren, wurde die Straße zu ihrem Wahllokal. Vor allem nach dem Militärputsch in der Türkei am 12. März 1971 gingen migrantische Gruppen in Westdeutschland auf die Straße, um gegen die politischen Repressionen

47 Vgl. Ahmad, Feroz: *The Making of Modern Turkey*, London, New York 2010, S. 148.

48 Vgl. Demokratik-Hür Türkiye Cephesi Batı Berline kuruldu, in: *Türkiye'de Kurtuluş* 33, 5/1971.

49 Internationale Solidaritäten entstanden unter sozialistischen griechischen, iranischen, spanischen, palästinensischen, chilenischen und westdeutschen studentischen Organisationen und Arbeiter*innenvereinen. Basis dieser Solidarität waren gemeinsame sozialistische Überzeugungen, Knotenpunkte der Solidarität Universitäten und Fabriken. Vgl. etwa Demir, Mustafa; Sönmez, Ergün: Als Arbeiter zu »Gast« in Deutschland, 2015, S. 116–120.

50 Demokratik-Hür Türkiye Cephesi Batı Berline kuruldu, 5/1971. Meldungen über die Demonstration fanden sich bei einer stichprobenartigen Recherche vereinzelt in deutschen Tageszeitungen, vgl. etwa: Demonstration, in: *B.Z.*, 10.7.1971. Da sie eine Randnotiz in der Berichterstattung darstellten, muss die Reichweite und Resonanz der Demonstration in der deutschen Öffentlichkeit relativiert werden.

und den Abbau demokratischer Rechte in ihrem Herkunftsland zu protestieren. Indem sie sich den öffentlichen Raum aneigneten, setzten sie Themen der türkischen Innenpolitik in der westdeutschen Öffentlichkeit auf die Agenda und schufen so einen transnationalen diskursiven Raum, der als Erweiterung der Zivilgesellschaft des Herkunftslandes und deren Öffentlichkeit betrachtet werden kann.⁵¹ Gerade in Zeiten, als in der Türkei unter dem Kriegsrecht alle politischen Aktivitäten verboten waren, gewann dieser transnationale politische Raum für die politische Opposition an Gewicht.

Zu der Demonstration auf dem Kurfürstendamm aufgerufen hatte die Union für eine demokratische, freie Türkei UDFT.⁵² Die UDFT war ein Aktionskomitee, in dem sich kurz nach dem Putsch in der Türkei am 12. März 1971 linksgerichtete türkische und kurdische Organisationen in West-Berlin zusammengeschlossen hatten, um aus dem Ausland gegen das Militärregime zu mobilisieren.⁵³ In der Gründungserklärung vom 8. Mai 1971 erklärte das Bündnis in der *Kurtuluş* die Notwendigkeit eines solchen Komitees vor dem Hintergrund der Repressionen in der Türkei, die es der Opposition im eigenen Land erschwerten, gegen das Militärregime zu kämpfen.⁵⁴ Unter dem Kriegsrecht, das im April 1971 in elf von 65 Provinzen verhängt wurde, darunter die großen türkischen Städte und die südöstlichen Provinzen mit kurdischer Mehrheit,⁵⁵ begann das Militär eine regelrechte Hexenjagd gegen Menschen mit linken oder auch nur progressiven politischen Haltungen.⁵⁶ »Dies bringt eine große Verantwortung für die fortschrittlichen Kräfte aus der Türkei mit sich, die im Ausland leben«, heißt es in der Erklärung der UDFT weiter.⁵⁷ Da politische Aktivitäten im Ausnahmezustand in der Türkei verboten waren, gewann der transnationale Raum in der Bundesrepublik an Bedeutung.

Die offizielle Zeitung der ATTF *Kurtuluş* (»Befreiung«) wurde unter diesen Umständen zu einer zentralen Plattform der Gegenöffentlichkeit, um vom Ausland aus gegen die autoritären Entwicklungen in der Türkei zu mobilisieren. Die Türkische Sozialistengemeinschaft TTO gab die *Kurtuluş* von 1969 bis 1981 zweiwöchig in West-Berlin heraus. Gedruckt

51 Vgl. Argun, Betigül Ercan: Turkey in Germany, 2003, S. 5.

52 Union für eine demokratische und freie Türkei: Aufruf zur Demonstration gegen das faschistische Militärregime in der Türkei und seine imperialistischen Drahtzieher, UA TUB, 717/1227, 8.7.1971.

53 Vgl. Özcan, Ertekin: Türkische Immigrant*innenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, 1989, S. 225.

54 Vgl. Demokratik-Hür Türkiye Cephesi Batı Berlinde kuruldu, 5/1971.

55 Vgl. Ahmad, Feroz: The Making of Modern Turkey, 2010, S. 150.

56 Vgl. Zürcher, Erik Jan: Turkey, 2017, S. 262.

57 Demokratik-Hür Türkiye Cephesi Batı Berlinde kuruldu, 5/1971.

wurde *Kurtuluş* zum Solidaritätspreis von 150 DM in der Druckerei der APO-Zeitschrift *Extra-Dienst* in West-Berlin,⁵⁸ Ende der 1970er Jahre in einer Auflage von etwa 5.500 Exemplaren.⁵⁹ Etwa 600 Exemplare wurden einem Bericht des West-Berliner Innensenators zufolge nach Westdeutschland und in verschiedene westeuropäische Länder verschickt, eine kleinere Menge in die Türkei.⁶⁰ Nach einer Selbstbeschreibung der ATTF hatte die *Kurtuluş* auch eine breite Leser*innenschaft in der Türkei.⁶¹ Die türkische Regierung verbot 1970 und 1977 per Dekret den Import und die Verbreitung der *Kurtuluş* in der Türkei.⁶² Um das Verbot zu umgehen, erschien die Zeitung bis 1974 unter dem Namen *Türkiye'de Kurtuluş* (»Befreiung in der Türkei«), was zugleich auf die transnationale Ausrichtung der Publikation und der ATTF in diesen Jahren hinweist.⁶³ *Kurtuluş* enthielt regelmäßige Rubriken wie das Lexikon für Arbeiter*innen und Leser*innenbriefe. Unter der Rubrik »Nachrichten aus der Heimat« verfolgte die Zeitung aufmerksam die politischen Entwicklungen in der Türkei. *Kurtuluş* berichtete etwa breit über die großen Arbeiter*innenproteste vom 15. und 16. Juni 1970,⁶⁴ die das öffentliche Leben in Istanbul zwei Tage lang lahmlegten und die Regierung veranlassten, das Kriegsrecht zu verhängen. Gleichzeitig informierte die Zeitung über Arbeitskämpfe in Westdeutschland und die Probleme der Arbeitsmigrant*innen aus der Türkei. Neben Berichten über internationale linke Bewegungen veröffentlichte die ATTF in der *Kurtuluş* Aufrufe zu Demonstrationen und Ad-hoc-Kampagnen wie etwa Solidaritätskampagnen für Asylbewerber*innen, Kampagnen für demokratische Wahlen sowie Forderungen nach Wahlrecht und politischer Vertretung in der Türkei. Dadurch wurde die Zeitung zu einem zentralen Medium für den

58 Vgl. Demir, Mustafa; Sönmez, Ergün: Als Arbeiter zu »Gast« in Deutschland, 2015, S. 157.

59 Vgl. Der Senator für Inneres: Politischer Extremismus unter Türken in Berlin (West), LAB, B Rep. 002 Nr. 14980, Januar 1980.

60 Vgl. ebd.

61 Vgl. ATTF: Tanıtım Broşürü, TÜSTAV, o. D.

62 Vgl. T. C. Başbakanlık Kanunlar ve Kararlar Tetkik Dairesi Başkanlığı: Kararname: Batı Berlin'de Türk Toplumcuları Ocağı tarafından çıkarılan »Türkiye'de Kurtuluş« adlı dergi Türkiye'ye sokulması ve dağıtılmasının yasaklanması, Cumhurbaşkanlığı Devlet Arşivleri, 30-18-1-2 / 252-40-19, 29.5.1970; T. C. Başbakanlık Kanunlar ve Kararlar Tetkik Dairesi Başkanlığı: Kararname: Batı Almanya'da münteşir Kurtuluş isimli Türkçe gazete'nin Türkiye'ye sokulmasının ve dağıtılmasının yasaklanması, Cumhurbaşkanlığı Devlet Arşivleri, 30-18-1-2 / 365-17-2, 14.2.1977.

63 Vgl. Demir, Mustafa; Sönmez, Ergün: Als Arbeiter zu »Gast« in Deutschland, 2015, S. 155.

64 Vgl. Genel Direniş! İşçiler İstanbul'a 4 koldan yürüdü, in: Türkiye'de Kurtuluş 1970/10.

Wissenstransfer migrantischer und linker Arbeitskämpfe und studentischer Bewegungen in Westdeutschland und der Türkei. Ihre Berichterstattung prägte Räume transnationaler Solidaritäten und imaginierter Gemeinschaften.⁶⁵

Wie aus dem Bericht über die Demonstration in der *Kurtuluş* hervorgeht, hatte die UDFT im Vorfeld eine intensive Kampagne gestartet, um die Öffentlichkeit in West-Berlin über die politische Lage in der Türkei zu informieren.⁶⁶ Diese Kampagne umfasste den Druck einer 32-seitigen deutschsprachigen Broschüre mit dem Titel *Türkei heute* sowie Unterschriftenaktionen und einen offenen Protestbrief an den türkischen Staatspräsidenten Cevdet Sunay. Auch die Wahl der Demonstrationsroute war kein Zufall, sondern reflektierte die Strategie, durch die Aufmerksamkeit der westdeutschen Öffentlichkeit indirekt Druck auf die türkische Regierung aufzubauen.⁶⁷ Für welche Straßen sie sich entschieden, hing vom jeweiligen Anliegen und Zielpublikum der migrantischen Organisationen ab. »Wenn es um die Solidarität der deutschen Öffentlichkeit mit den demokratischen Kräften in der Türkei ging, wurde auf dem Ku-Damm demonstriert; ging es um die rechtlichen und sozialen Probleme der Gastarbeiter, fanden die Demos in Kreuzberg statt«,⁶⁸ schreiben Mustafa Demir und Ergün Sönmez in ihrer Dokumentation des transnationalen und migrantischen Aktivismus der TTO. Während Demonstrationen auf dem Kottbusser Damm in Kreuzberg mehr türkeistämmige Migrant*innen erreichten, erhofften sich linke migrantische Organisationen mit einer Demonstration auf dem Kurfürstendamm die Aufmerksamkeit der West-Berliner*innen, die auf dem breiten Einkaufsboulevard flanierten. Darüber hinaus adressierten sie auch das türkische Generalkonsulat, das einige Kilometer westlich in Westend seinen Sitz hatte.

Die UDFT nutzte die Straße als Raum, um ihre Forderungen an die Öffentlichkeit zu tragen. Der transnationale Raum ermöglichte den migrantischen Gruppen durch die geografische Distanz einerseits, offener Kritik am Militärregime zu äußern. Andererseits beschränkte das Ausländergesetz ihre politischen Aktivitäten, wodurch es nicht ohne Risiken

65 Vgl. Patel, Kiran Klaus; Levsen, Sonja: The spatial contours of transnational activism. Conceptual implications and the road forward, in: *European Review of History: Revue europeenne d'histoire* 29/3, 2022, S. 548-561, S. 556.

66 Vgl. Demokratik-Hür Türkiye Cephesi Batı Berline kuruldu, 5/1971.

67 Vgl. Rucht, Dieter: Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten in neuen sozialen Bewegungen, in: Kaelble, Hartmut u. a. (Hg.): *Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert*, Frankfurt a. M. 2002, S. 327-351, S. 341.

68 Demir, Mustafa; Sönmez, Ergün: Als Arbeiter zu »Gast« in Deutschland, 2015, S. 87.



*Demonstration gegen das türkische Militärregime auf dem Ku'Damm,
fotografiert von Jürgen Henschel*

war, mit Forderungen sichtbar im öffentlichen Raum zu werden. Um politisch wirksam zu werden, mussten sie zwar sicht- und hörbar werden und taten dies, indem sie strategisch den urbanen öffentlichen Raum besetzten. Zugleich waren sie jedoch mit dem »Legitimitätsparadox« konfrontiert, wie die Geograf*innen Lynn Staeheli, Don Mitchell und Caroline Nagel eine Schwierigkeit migrantischer Forderungen bezeichnen: Indem sie neue Diskurse in die Öffentlichkeit bringen, fordern migrantische Proteste häufig bestehende gesellschaftliche Normen heraus und sind dadurch mit dem Risiko verbunden, dass die Proteste ihre Legitimität in der öffentlichen Wahrnehmung verlieren.⁶⁹ Im antikomunistischen Klima der Bundesrepublik bestand für linksgerichtete migrantische Gruppen stets das Risiko, pauschal als kommunistisch oder »extremistisch« delegitimiert zu werden. Es bedurfte also eines genauen Abwägens, welche Strategien und Praktiken Aufmerksamkeit für politische Forderungen schufen, ohne die Akzeptanz der Öffentlichkeit zu verspielen. Die Straße als Bühne für transnationale Forderungen zu betreten, erforderte das sorgfältige Ausräumen der Grenzen und Bedingungen, unter denen Protest in der Öffentlichkeit als legitim erachtet wurde.

69 Vgl. Staeheli, Lynn; Mitchell, Don; Nagel, Caroline: Making Publics. Immigrants, Regimes of Publicity and Entry to ›The Public‹, in: Environment and Planning D: Society and Space 27/4, 2009, S. 633-648, S. 642.

Dabei achtete die UDFT besonders auf die Bilder, die ihr Protest in den Medien erzeugte. Die Demonstrant*innen hielten Transparente mit Slogans auf Türkisch und Deutsch, wie die Bilder des Fotografen Jürgen Henschel zeigen, die er für die Zeitung der Sozialistischen Einheitspartei (SEW), *Die Wahrheit*, aufgenommen hat.⁷⁰ Auf einem Plakat forderten die Protestierenden auf Deutsch Freiheit für Behice Boran und stellten für die westdeutsche Öffentlichkeit den Kontext her, dass Boran die Vorsitzende der Arbeiterpartei der Türkei (TİP) war, gegen die der Staatsanwalt am Tag des Militärputsches ein Verfahren eröffnet hatte.⁷¹ Auf dem Foto ist zudem zu sehen, wie eine Demonstrantin Flugblätter verteilt.

Auf einem anderen Transparent, das Frauen trugen, brachten die Protestierenden den Putsch in der Türkei durch die Worte »Die Kette schließt sich« mit den Staatsstreich in Portugal, Griechenland und Spanien in einen Zusammenhang.⁷² Dieses Transparent verortete die politischen Ereignisse in der Türkei in Westeuropa und verband sie mit Militärdiktaturen, mit denen die westdeutsche Öffentlichkeit aufgrund der Proteste der '68er-Bewegung besser vertraut war. Damit schrieben sich die Demonstrierenden in den internationalistischen Diskurs der Neuen Linken ein, die sich ausgehend vom politischen Aktivismus oppositioneller spanischer und griechischer Migrant*innen nur wenige Jahre zuvor mit linken Bewegungen in Spanien und Griechenland solidarisiert hatte.⁷³ Es ist davon auszugehen, dass sich die Transparente nicht nur an die Menschen richteten, die an diesem Freitagabend auf dem Kurfürstendamm flanierten und einkauften. Vielmehr adressierten sie ein größeres Publikum und waren für die Massenmedien bestimmt.

Mit dem Aufkommen und der Verbreitung der Massenmedien seit den 1960er Jahren wurde die Straße zu einem erweiterten politischen Forum.⁷⁴ Wie die Medienwissenschaftlerin Kathrin Fahlenbrach be-

70 Henschel, Jürgen: Fotografien einer Demonstration in der City-West vom 9. Juli 1971, FHXB, Fotobestand Jürgen Henschel, BoI_0052_09, 9.7.1971, online abrufbar unter: https://xmap.friedrichshain-kreuzberg-museum.de/fhxb_lp/objekt.php?o=20595&m=35521&next=150 (25.2.2025).

71 Vgl. Ahmad, Feroz: *The Making of Modern Turkey*, 2010, S. 148.

72 Henschel, Jürgen: Fotografien einer Demonstration in der City-West vom 9. Juli 1971, FHXB, Fotobestand Jürgen Henschel, BoI_0052_07, 9.7.1971, online abrufbar unter: https://xmap.friedrichshain-kreuzberg-museum.de/fhxb_lp/objekt.php?o=20595&m=35520 (25.2.2025).

73 Vgl. hierzu Slobodian, Quinn: *Foreign Front*, 2012; Bösch, Frank: *Deals mit Diktaturen*, 2024; Clarkson, Alexander: *Fragmented Fatherland*, 2013.

74 Vgl. Fahlenbrach, Kathrin: *Protest-Räume – Medien-Räume. Zur rituellen Topologie der Straße als Protest-Raum*, in: Geschke, Sandra Maria (Hg.): *Straße als kultureller Aktionsraum. Interdisziplinäre Betrachtungen des Straßenraumes an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis*, Wiesbaden 2009, S. 98-110, S. 103 f.



»Die Kette schliesst sich«: Die Türkei in einer Kontinuität mit Portugal, Griechenland und Spanien

tont, wurde die Straße im Zeitalter der Massenmedien zu einem »Ort globaler Protest-Öffentlichkeit«, weil Bilder transnational gelesen und verstanden werden konnten.⁷⁵ Durch die Dokumentation und Verbreitung der Protestbilder durch Fotograf*innen und Reporter*innen erreichten soziale Bewegungen mehr Menschen als nur die unmittelbaren Zuschauer*innen ihrer Demonstrationen. Dies führte nicht zuletzt zu einer transnationalen Zirkulation von Ideen und Protesttechniken.⁷⁶ Da der direkte Protest gegen die Militärregierung in der Türkei unterdrückt wurde, trug die UDFT ihre Forderungen auf die Straßen West-Berlins und auf das internationale Forum, das die Massenmedien boten. Diese Aktionen schufen einen transnationalen sozialen Raum, durch den politische und soziale Entwicklungen in beiden Ländern miteinander verwoben wurden. Wie Studien zu transnationalen sozialen Räumen und transnationalen migrantischen Organisationen nahelegen, führte die Existenz von migrantischen Communities in Westdeutschland zu einer Diffusion der türkischen Innenpolitik: Migrantische Proteste brachten innenpolitische Themen aus der Türkei in die Bundesrepublik.⁷⁷ Darüber

⁷⁵ Ebd., S. 105.

⁷⁶ Vgl. Patel, Kiran Klaus; Levsen, Sonja: The spatial contours of transnational activism, 2022, S. 556.

⁷⁷ Vgl. Østergaard-Nielsen, Eva: Transnational Politics, 2003, S. 10.

hinaus zwangen transnationale politische Strategien der Migrant*innen wie Proteste gegen das Militärregime oder Menschenrechtsverletzungen in ihrem Herkunftsland westdeutsche Politiker*innen zunehmend dazu, sich zu den politischen Entwicklungen in der Türkei zu positionieren.⁷⁸

Weitere Strategien der Öffentlichkeitsarbeit waren offene Briefaktionen an die türkische Regierung sowie Broschüren und Flugblätter, mit denen die ATTF die westdeutsche Öffentlichkeit über die autoritären Entwicklungen in der Türkei informierte. Migrant*innen veröffentlichten ihre Flugblätter oft auf Deutsch und richteten sie »an die demokratische Öffentlichkeit«. Darüber hinaus bezeichneten viele linke migrantische Organisationen sich selbst als fortschrittliche und demokratische Kräfte und riefen die demokratische Öffentlichkeit in Westeuropa dazu auf, gegen das autoritäre Regime in der Türkei aufzustehen.⁷⁹ Diese Bezugnahme auf »Demokratie«, so mein Argument, fungierte sowohl als interne Selbstpositionierung als auch extern als rezeptionsorientierte Rhetorik. Ähnliche Diskursstrategien nutzten etwa griechische Migrant*innen 1967, um in Westdeutschland gegen die Militärjunta zu protestieren.⁸⁰ Indem sich linke türkische Organisationen als fortschrittlich und demokratisch bezeichneten, stellten sie sich in die Tradition der Studierendenbewegung und der Intellektuellen, die eine wichtige Rolle beim Militärputsch 1960 und der Einführung einer neuen Verfassung 1961 gespielt hatten.⁸¹ Zugleich grenzten sie sich von dem Militärregime ab, das nach dem Memorandum von 1971 die Macht übernahm und die Reformen in den darauffolgenden Jahren rückgängig machte.⁸²

Darüber hinaus könnte die Bezugnahme auf den international akzeptierten Diskurs von Demokratie und Menschenrechten den Forderungen der migrantischen Organisationen zu größerer Aufmerksamkeit in der Bundesrepublik verholfen haben, wie Eva Østergaard-Nielsen und Frank Bösch argumentieren.⁸³ So stellten die griechische Opposition und die

78 Vgl. ebd., S. 2.

79 Vgl. z. B. Komitee für den Hungerstreik: Resolution, TÜSTAV, 8.2.1972, online abrufbar unter: tustav.org/yayinlar/kutuphane/ATTF-kutuphanesi/BAGK-72-02-08-dayanisma.pdf (24.2.2025); Komitee für den Hungerstreik: Presseinformation, TÜSTAV, ATTF Kitaplığı, 11.2.1972; Türkischer Demokratischer Arbeiterverein: Überfall der Grauen Wölfe in der U-Bahn. Ein Demokrat aus der Türkei wurde verletzt! [sic], LAB, B Rep. 002 Nr. 14981, 26.3.1980.

80 Vgl. Bösch, Frank: Deals mit Diktaturen, 2024, S. 160–168, 182, 198.

81 Vgl. Zürcher, Erik Jan: Turkey, 2017, S. 248.

82 Vgl. Ahmad, Feroz: The Making of Modern Turkey, 2010, S. 152.

83 Vgl. Østergaard-Nielsen, Eva: The Politics of Migrants' Transnational Political Practices, in: International Migration Review 37/3, 2003, S. 760–786, S. 774; Bösch, Frank: Deals mit Diktaturen, 2024, S. 163 f.

Neue Linke Bezüge zum Nationalsozialismus her und mahnten vor der griechischen Militärdiktatur als Modell dafür, was auch in der Bundesrepublik passieren könnte, wie Bösch betont.⁸⁴ In ihrem transnationalen Aktivismus, so Østergaard-Nielsen, eigneten sich manche türkische und kurdische Organisationen westliche liberale Normen an, die in der Öffentlichkeit des Ankunftslandes mehr Anklang fanden als radikalere Slogans. In Westdeutschland bekamen migrantische Gruppen mehr Gehör, die rhetorisch auf den Demokratie- und Menschenrechts-Diskurs setzen, während Gruppen mit kommunistischer oder nationalistischer Rhetorik nur marginalisierte Ansprechpartner*innen erreichten.⁸⁵ Auf diese Weise erhöhten sie indirekt über die westdeutsche Öffentlichkeit und die Entscheidungsträger*innen den Druck auf die türkische Regierung. In diesem Sinne, so argumentiert die Politikwissenschaftlerin Betigül Argun, schufen migrantische Gruppen und Organisationen diskursive transnationale Räume, die als eine Erweiterung der öffentlichen Sphäre in der Türkei begriffen werden können.⁸⁶ Ihre Forderungen nach politischer Partizipation und Bürgerrechten können als Aushandlungen über die Aneignung von Raum in der öffentlichen Sphäre und damit im politischen Diskurs betrachtet werden.

Ob Plakatieren, Slogans an Hauswände sprühen oder mit Demonstrationen Straßen blockieren – mit ihren räumlichen und visuellen Praktiken transformierten die migrantischen Organisationen zugleich den öffentlichen urbanen Raum. So erinnert sich etwa Atiye Altül: »Wir haben mit vier Leuten ganz Berlin bemalt. Ich war die einzige Frau. Wir sind nachts auf die Straßen und haben Slogans an die Wände geschrieben: ›Weder Amerika noch Russland.‹ Gegen Amerika gab es ohnehin Kritik, aber wir haben auch Russland dafür kritisiert, dass sie den Sozialismus nicht richtig verwirklicht haben.«⁸⁷ Ebenso wie die Transparente und die gerufenen Slogans auf Demonstrationen kommunizierten die Sprüche an den Hauswänden West-Berlins Botschaften, mit denen die Gruppen gleichsam den öffentlichen Raum markierten und politisierten.

Die türkische Militärjunta beobachtete die Proteste im Ausland aufmerksam. Am 23. Juli 1971, zwei Wochen nach den Demonstrationen in West-Berlin, beschloss die türkische Nationalversammlung die Verlängerung des Ausnahmezustands um zwei Monate. Der türkische Innenminister Hamdi Ömeroğlu ergriff in der Sitzung als Erster das Wort und

84 Vgl. ebd., S. 164, 168.

85 Vgl. Østergaard-Nielsen, Eva: *The Politics of Migrants' Transnational Political Practices*, 2003, S. 774.

86 Vgl. Argun, Betigül Ercan: *Turkey in Germany*, 2003, S. 5.

87 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 25.4.2017.

nutzte die Proteste im Ausland als Rechtfertigung für die Verlängerung des Ausnahmezustands. Nachdem die Aktionen der linksradikalen Türkischen Volksbefreiungsarmee THKO im Ausnahmezustand unterbunden worden seien, habe die verbotene Organisation ihren Schwerpunkt ins Ausland verlagert, »in der Zwischenzeit Protestmärsche organisiert, sich bemüht, einige Zeitschriften, Pamphlete und Publikationen per Post ins Land zu bringen und Drohbriefe an einige unserer Diplomaten im Ausland gerichtet.«⁸⁸ Damit, so mutmaßte die Deutsche Botschaft, sprach der Innenminister auch den politischen Aktivismus linker türkischer Organisationen wie der ATTF in der Bundesrepublik an. »Es ist anzunehmen, dass der türkischen Regierung vor allem die Umtriebe der ›Europäischen Föderation türkischer Sozialisten‹ Sorge bereiten, die ihren Sitz in Köln und Zweigstellen in London, Paris und Stockholm hat«,⁸⁹ so die Botschaft. Die Proteste der ATTF entfalteten demnach durchaus eine Wirkung in der Türkei – wenn auch nicht die von den Demonstrierenden intendierte. Die türkische Militärjunta nutzte die politischen Aktionen der Migrant*innen, um die Gefahr eines vom Ausland aus gesteuerten Extremismus zu beschwören und die Verlängerung des Ausnahmezustands zu legitimieren.

In der Bundesrepublik und West-Berlin hingegen verfehlten die Proteste ihre Wirkung nicht: Die Organisationen hatten erfolgreich die Aufmerksamkeit der westdeutschen Öffentlichkeit und Behörden auf die politischen Ereignisse in der Türkei gelenkt. Die Wirkung von transnationalen Organisationen auf ihre Fähigkeit zu reduzieren, Regierungsentscheidungen zu beeinflussen, wäre nach Østergaard-Nielsen jedoch ein zu ambitionierter und enger Maßstab für Erfolg.⁹⁰ Da politische Entscheidungen komplexe Prozesse sind, lässt sich das Ausmaß eines konkreten einzelnen Faktors darauf nur schwer ermitteln. Aufgrund der Schwierigkeit, den direkten Einfluss von transnationalen Netzwerken auf politische Entscheidungen empirisch zu belegen, schlägt die Politikwissenschaftlerin vor, andere Kriterien für Wirkmacht anzulegen. Wenn etwa politische Gruppen in der Diaspora in einen Dialog mit politischen Entscheidungsträgern des Herkunfts- und Aufnahmelandes treten, ist dies nach Østergaard-Nielsen als eigenständige Wirkung zu betrachten.

88 T.B.M.M. Tutanak Dergisi: 10 ncu Birleşim, Türkiye Büyük Millet Meclisi, 23.7.1971, online abrufbar unter: www.tbmm.gov.tr/tutanaklar/TUTANAK/TBMM/t10/co10/tbmm10010010.pdf (23.2.2025), S. 368.

89 Deutsche Botschaft Ankara an das Auswärtige Amt: Betr.: Verlängerung des Ausnahmezustandes in 11 Provinzen um zwei Monate, PAAA, B 26/460, 28.7.1971.

90 Vgl. Østergaard-Nielsen, Eva: *Transnational Politics*, 2003, S. 30.

Denn auch in diesem Fall tragen transnationale Organisationen mit ihren politischen Praktiken zur Diffusion der Innenpolitik bei.⁹¹

Die Behörden nahmen den transnationalen Aktivismus der Migrant*innen aus der Türkei Anfang der 1970er Jahre noch eher als außen- denn als innenpolitische Angelegenheit wahr. Ein interner Bericht der Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin stellte 1972 fest, dass die politische Aktivität von Migrant*innen in West-Berlin zwar beachtlich sei, die Resonanz radikaler Organisationen unter Ausländern aber gering bleibe.⁹² Allerdings, so räumte der Bericht ein, seien die Erkenntnisse über links- und rechtsradikale migrantische Gruppen »äußerst lückenhaft«: Der Verfassungsschutz habe radikale migrantische Organisationen bisher nicht systematisch beobachtet, da es »in den weit- aus meisten Fällen vor allem Ziel und Tätigkeit dieser Organisationen ist, die bestehenden Verhältnisse in ihrem Heimatland zu ändern.«⁹³ Wie diese Einschätzung verdeutlicht, sahen die westdeutschen Behörden den durch die Migration entstandenen transnationalen Raum eher als einen externen denn als einen internen Faktor an. Sie gingen zwar davon aus, dass der politische Aktivismus von Migrant*innen aus der Türkei in der Bundesrepublik die Außenpolitik und die Beziehungen zwischen den beiden Ländern beeinflussen könnte. Aber sie betrachteten ihn noch nicht als einen Faktor, der das Potential hatte, sich wesentlich auf die deutsche Innenpolitik auszuwirken. Das sollte sich jedoch im Verlauf der 1970er Jahre ändern.

1.3 Türkischer Wahlkampf im Ausland

Nach zwei Jahren des Kriegsrechts weckten die Wahlen in der Türkei am 14. Oktober 1973 die Hoffnungen und Erwartungen der Wähler*innen in der ganzen Türkei. Der ehemalige türkische Präsident Celâl Bayar betrachtete sie als die wichtigsten Wahlen seit 1950, dem Übergang zu einer Mehrparteiendemokratie.⁹⁴ Für die Migrant*innen in der Bundesrepublik, die im Ausland lebten und arbeiteten, war die Teilnahme an den Wahlen jedoch erschwert, da es keine Möglichkeit gab, im Ausland an den Wahlen teilzunehmen. Bereits 1965 hatten Migrant*innen in West-Berlin gefordert, »dass auch ihnen das demokratische Grundrecht gewährt wer-

91 Vgl. ebd.

92 Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters: Betr.: Ausländer und Ausländervereinigungen in West-Berlin, LAB, B Rep. 002 Nr. 15134, 24.5.1972.

93 Ebd.

94 Vgl. Ahmad, Feroz: *The Making of Modern Turkey*, 2010, S. 159.

de, bei der Wahl ihre Stimme abzugeben«,⁹⁵ wie die *Anadolu* berichtete. Vor den Wahlen 1969 forderten türkeistämmige Migrant*innen erneut ein Wahlrecht in der Türkei. So schrieb ein Leser an die *Kurtuluş*: »Nun, wo sind unsere Bürgerrechte? Sind wir 200.000 Türk*innen, die im Ausland leben, keine türkischen Staatsbürger*innen? Werden wir nicht den Staat wählen, der uns morgen regiert?«⁹⁶ Fehlende politische Partizipationsmöglichkeiten stellten auch ein Problem demokratischer Vertretung dar, wie er vorrechnete: »Wenn ein Abgeordneter durchschnittlich 30.000 Wähler*innen repräsentiert, werden uns sieben Abgeordnete repräsentieren, die ins Parlament gewählt werden. Müssen nicht wir diese sieben Personen wählen, die uns repräsentieren werden?«⁹⁷ Vor den ersten Wahlen nach dem Militärputsch im Oktober 1973 traten linksgerichtete Migrant*innen aus der Türkei mit größerer Vehemenz dafür ein, vom Ausland aus an den Wahlen teilnehmen zu können.

In einem Aufruf an »alle Arbeiter- und andere fortschrittliche Organisationen, Presse und Parteien« kritisierte die ATTF, dass das türkische Militärregime den Arbeiter*innen im Ausland keine Möglichkeit einräumte, zu wählen.⁹⁸ Hinter den fehlenden Wahlmöglichkeiten vermutete die *Kurtuluş*, die türkische Regierung gehe davon aus, dass die meisten Arbeitsmigrant*innen nicht für sie stimmen würden: »Unsere Arbeiter*innen in Europa stehen auf der Seite der fortschrittlichen und demokratischen Kräfte. [...] Das zeigt auch die Teilnahme von Tausenden von Arbeiter*innen aus der Türkei an den Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai, die in vielen europäischen Städten stattfanden.«⁹⁹ Dieser Artikel stellte einen direkten Zusammenhang zwischen der Unmöglichkeit, sich durch Wahlen im Ausland politisch zu beteiligen, und der politischen Praxis des Straßenprotests her. Die Arbeiter*innen, die ihren politischen Willen nicht an der Wahlurne zum Ausdruck bringen konnten, taten dies auf der Straße. In ihrem Aufruf wandte sich die ATTF an alle im Ausland lebenden Arbeiter*innen aus der Türkei, sich durch die Bildung von Wahlkomitees an der Wahlkampagne zu beteiligen:

95 Yurt dışında çalışan Türkler seçimlerde oy vermek istiyor. Memleket meseleleriyle yakından ilgilendiklerini belirten işçi vatandaşlar, konsolosluklarda oy verebileceklerini söylüyorlar, in: *Anadolu*, 4/1965, S. 5.

96 Okuyucu Mektubu: Oy hakkı istiyoruz, in: *Kurtuluş*, 30.8.1969.

97 Ebd.

98 ATTF Yürütme Kurulu: 14 Ekim 1973 Genel Seçimleri ile ilgili Çağrı, TÜSTAV, Ülkü Gürkan Schneider Arşiv Fonu, 1973.

99 İşçilerimize seçme hakkı, in: *Türkiye'de Kurtuluş* 84, 5/1973.

»Freund*innen! Die reaktionären Parteien haben verhindert, dass die hunderttausenden Arbeiter*innen im Ausland an den Parlamentswahlen am 14. Oktober teilnehmen können. Die Regierung, die sehr gut weiß, dass wir unsere Stimme nicht den Arbeiterfeinden, den großen kapitalistischen Firmen und den Vertretern ausländischer Firmen geben werden, macht keine Anstalten, das in der Verfassung allen Bürger*innen verbriefte Wahlrecht den Arbeiter*innen im Ausland zuzuerkennen.«¹⁰⁰

Die ATTF listete 19 Forderungen für den Wahlkampf auf, darunter türkeibezogene Forderungen wie eine Generalamnestie für alle politischen Gefangenen und das Ende des Kriegsrechts und der Folter, sowie migrantische Forderungen wie das aktive und passive Wahlrecht und einen besseren Zugang zu Schulbildung für die Kinder von Migrant*innen in der Bundesrepublik.¹⁰¹ Als politische Gruppe mit gemeinsamen Interessen organisierten sich türkische und kurdische Arbeiter*innen in den siebziger Jahren über Grenzen hinweg. In einem gemeinsamen Appell forderten die ATTF, der Verband der Lehrer aus der Türkei und die Union der Arbeiter aus der Türkei in Frankreich das Auslandswahlrecht und erinnerten an die beträchtlichen Geldsendungen der Arbeiter*innen in die Türkei und ihren Beitrag zur türkischen Wirtschaft.¹⁰² Sie verwiesen also auf das in der Verfassung verankerte Bürgerrecht, zu wählen, und knüpften es an die Überweisungen in die Türkei.¹⁰³ »Wenn es gewollt wäre, wäre es sehr wohl möglich, dass wir an Wahlurnen unsere

100 ATTF Yürütme Kurulu: 14 Ekim 1973 Genel Seçimleri ile ilgili Çağrı, TÜSTAV, Ülkü Gürkan Schneider Arşiv Fonu, 1973.

101 Zum Schulunterricht für migrantische Kinder s. Lehman, Brittany: Teaching Migrant Children. Debates, Policies, and Practices in West Germany and Europe, 1949-1992, Chapel Hill 2015; Van Wyck, Brian: Guest Workers in the School? Turkish Teachers and the Production of Migrant Knowledge in West German Schools, 1971-1989, in: Geschichte und Gesellschaft 43/3, 2017, S. 466-491; Zeppenfeld, Stefan: Vom Gast zum Gastwirt?, 2021, S. 176-192.

102 ATTF, TÖD, TIB: Yurt Dışındaki İşçilere Seçim Hakkı, TÜSTAV, ATTF Kütüphanesi, o.D., online abrufbar unter: www.tustav.org/yayinlar/kutuphane/ATTF-kutuphanesi/ATTF-yurtdisindan-secim-hakki.pdf (24.2.2025).

103 Arbeitsmigrant*innen in Westdeutschland überwiesen 1973 1,1 Milliarden Dollar in die Türkei. Vgl. Abadan-Unat, Nermin: Turkish Migration to Europe, 1960-1975. A Balance Sheet of Achievements and Failures, in: dies. (Hg.): Turkish workers in Europe 1960-1975. A Socio-Economic Reappraisal, Leiden 1976, S. 1-44, S. 24. Dass die Türkei auf die Devisen der Arbeitsmigrant*innen angewiesen war, führte bei diesen zur Einschätzung, die türkische Regierung nehme sie nur als »Devisenmaschinen« wahr. Vgl. Kahn, Michelle Lynn: Between Ausländer and Almanca. The Transnational History of Turkish-German Migration, in: Bulletin of the German Historical Institute 66, 2020, S. 53-82, S. 71.

Stimme abgeben, die in unseren Konsulaten oder bei den Vertretungen von Türk-danış aufgestellt werden«, heißt es in dem Aufruf weiter. »Warum sollte es nicht möglich sein, im Herzen Europas zu wählen, wenn jede*r Bürger*in bis ins abgelegenste Dorf wählen kann?«¹⁰⁴ Wie alle Bürger*innen, so erklärten sie, wollten sie bei der Wahl der Regierung ihres Herkunftslandes eine Stimme haben. Die migrantischen Organisationen riefen alle Arbeiterverbände und Arbeiter*innen auf, sich in einer breit angelegten Kampagne für das Wahlrecht zu engagieren.

Zugleich wurde Westdeutschland 1973 zum Schauplatz des Wahlkampfes der Kandidaten, da die türkischen Politiker die mehr als eine Million dort lebenden türkischen Staatsbürger*innen als potentiell relevante Wählergruppe anerkannten. Bereits 1968 hatte die Deutsche Botschaft in Ankara festgestellt, »dass die Gastarbeiterprobleme heute Bestandteil der türkischen Innenpolitik geworden sind. Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen am 2. Juni 1968 versuchen daher die politischen Parteien, auch aus diesem Thema für sich Kapital zu schlagen.«¹⁰⁵ Nach zeitgenössischen Schätzungen hätten in Westeuropa lebende Migrant*innen aus der Türkei 25 bis 30 Kongressabgeordnete und zehn bis 14 Senatoren gewählt, wenn sie hätten wählen können.¹⁰⁶ Drei Monate vor den Wahlen 1973 diskutierte die Bundesregierung, ob es sinnvoll sei, den Vorsitzenden der Oppositionspartei CHP, Bülent Ecevit, nach Westdeutschland einzuladen. »der reisewunsch von herrn ecevit ist unter wahlpolitischen gesichtspunkten zu sehen. er wuenscht vor tuerkischen gastarbeitern reden zu halten, um den teil der arbeiter, die zum wahltermin in der tuerkei auf urlaub sein werden, fuer seine partei zu gewinnen und darueber hinaus durch seine ins ausland getragene aktivitaet innenpolitische vorteile zu erlangen«,¹⁰⁷ so die deutsche Botschaft in Ankara. Obwohl die Botschaft den Besuch Ecevits ausdrücklich befürwortete, äußerte sie Zweifel, ob dieser kurz vor den Wahlen die richtigen Signale an die türkische Regierung senden würde, da sie davon ausging, dass Ecevit die Wahlen verlieren und Oppositionsführer bleiben

104 ATTF, TÖD, TIB: Yurt Dışındaki İşçilere Seçim Hakkı, TÜSTAV, ATTF Kütüphanesi, o.D.

105 Deutsche Botschaft Ankara an das Auswärtige Amt: Betr.: Stellungnahme der türkischen Presse zu dem Ausgang der Gespräche der deutsch-türkischen Gemischten Kommission, BArch, B119/3074, 16.5.1968.

106 Vgl. Özkan, Yilmaz: Stabilisierungsfaktor oder revolutionäres Potential? Politische Sozialisation der Türkischen Gastarbeiter, Berlin 1974, S. 204, zitiert nach Miller, Mark: Foreign Workers in Western Europe. An Emerging Political Force, New York 1981, S. 44.

107 Vgl. Deutsche Botschaft Ankara an das Auswärtige Amt: Betr.: Deutschlandreise des türkischen Oppositionsführers Ecevit, BArch, B 106/78720 Bd. 2, 16.7.1973.

würde. »der mutmassliche wahlsieger und kuenftige ministerpraesident demirel koennte in der reise ecevit's eine indirekte unterstuetzung seines politischen gegners durch die bundesregierung sehen«,¹⁰⁸ erklärte die Botschaft und schlug vor, die Reise zu verschieben.

Einem Fernschreiben der deutschen Botschaft an das AA zufolge akzeptierte Ecevit diesen Vorschlag, plante aber dennoch, Ende August 1973 privat nach Westdeutschland zu reisen.¹⁰⁹ Dass der Oppositionsführer darauf bestand, die Bundesrepublik noch vor den Wahlen zu besuchen, hing in den Augen der Botschaft mit der Reise des konservativen türkischen Arbeitsministers Ali Naili Erdem durch Westeuropa zusammen. »ecevit haelt deutschlandreise vor allem deshalb fuer wichtig, weil er vielleicht nicht zu unrecht annimmt, dass arbeitsminister erdem (bis vor kurzem fraktionsmitglied der gerechtigkeitspartei) seine am 24.7. begonnene reise nach deutschland, oesterreich und holland zur werbung fuer gerechtigkeitspartei bei tuerkischen arbeitnehmern in diesen laendern im hinblick auf parlamentswahlen benutzt.«¹¹⁰ Ironischerweise sorgte wenig später der Auftritt des konservativen Arbeitsministers Erdem in Frankfurt dafür, dass Deutschland doch zum Schauplatz eines Ekklats im türkischen Wahlkampf wurde.

Denn am 31. Juli 1973 wurde Erdem in Frankfurt nicht etwa von jubelnden Anhänger*innen empfangen, sondern von linksgerichteten Arbeitsmigrant*innen. Aufgrund von Sicherheitsbedenken brach Erdem seine Deutschlandreise nach der Veranstaltung in Frankfurt vorzeitig ab und kehrte in die Türkei zurück. Der Nachrichtenagentur *dpa* gegenüber begründete er seine abrupte Abreise damit, die Polizei habe nicht für seine Sicherheit garantieren können. Eine Gruppe von 70 bis 80 linksradikalen Migrant*innen habe die Versammlung wiederholt sabotiert, so Erdem.¹¹¹ Seine geplante Rede vor Arbeitsmigrant*innen in Stuttgart habe er absagen müssen, weil die Wände der Versammlungshalle mit »linken Slogans« beschmiert gewesen seien und die deutsche Polizei seine Sicherheit nicht habe gewährleisten können.¹¹² Die Frankfurter Polizei dementierte, dass der türkische Arbeitsminister in Gefahr gewesen sei.¹¹³

108 Ebd.

109 Auswärtiges Amt an das Bundesministerium des Innern: Betr.: Deutschlandreise des türkischen Oppositionsführers Ecevit, BAArch, B 106/78720 Bd. 2, 27.7.1973.

110 Ebd.

111 Deutsche Presse-Agentur: Türkischer Arbeitsminister verlässt aus Besorgnis über seine Sicherheit Bundesrepublik, BAArch, B 106/78720, Bd. 2, 2.8.1973.

112 Ebd.

113 Nachspiel für türkischen Minister. Wegen Abbruchs der Deutschlandreise den Rücktritt gefordert, in: FAZ, 8.8.1973.

Ein Polizeisprecher vermutete, Erdem habe die Vorfälle aufgrund von »übergroßer Anspannung und Ermüdung« überbewertet.¹¹⁴

Die genauen Geschehnisse an diesem Abend gaben türkischen Zeitungen Anlass zu Spekulationen und ließen sich nicht eindeutig klären. Die Presse berichtete, linksgerichtete Migrant*innen hätten Banner mit Hammer und Sichel im Saal aufgehängt. In der konservativen türkischen Presse kursierte das Gerücht, bei der deutschen Polizei sei ein anonymes Hinweis auf ein von türkeistämmigen Dissident*innen geplantes Attentat oder eine Entführung durch die RAF eingegangen.¹¹⁵ Die CHP warf Erdem vor, seine Reise zu Wahlkampfzwecken in eine Farce verwandelt zu haben und aus dem inszenierten Skandal Kapital schlagen zu wollen, und forderte seinen Rücktritt.¹¹⁶ Die kemalistische Tageszeitung *Cumhuriyet* spottete, der Minister habe wohl nicht damit gerechnet, in Europa mit linksgerichteten Migrant*innen konfrontiert zu werden.¹¹⁷ Als Reaktion auf die Anschuldigungen von Arbeitsminister Erdem veröffentlichte der Vorstand der ATTF eine Erklärung: Entgegen der »sehr großen Fantasie« des Arbeitsministers hätten Erdem die Fragen und kritischen Äußerungen der Arbeiter*innen überfordert, die er nicht wie in der Türkei gewohnt zum Schweigen bringen könne.¹¹⁸

Die Deutsche Botschaft in Ankara zog ein vorsichtiges Fazit: »es erscheint nicht voellig undenkbar, dass minister erdem durch uebertriebene schilderung der zwischenfaelle seine reise propagandistisch aufwerten und auf die gefahr linksextremer indoktrinierung tuerkischer arbeitnehmer im ausland, vor der er unablaessig warnt, nachdruecklich hinweisen wollte.«¹¹⁹ Entgegen der Absicht der westdeutschen Regierung, sich nicht in den türkischen Wahlkampf einzumischen, wurde die Bundesrepublik durch die Migrant*innen in die innenpolitischen Angelegenheiten der Türkei verstrickt. Am 14. Oktober 1973 gewann der Oppositionsführer Bülent Ecevit mit seiner Partei CHP überraschend die Wahlen mit 33,5 Prozent. Nach zähen Verhandlungen bildete er schließlich im Januar

114 Ebd.

115 Vgl. etwa Çalışma Bakanı Almanya'da kaçırılacaktı, in: Hürriyet, 2.8.1973; Erdem ölümünden döndü. Komünistler Çalışma Bakanını tehdit etti, in: Anadolu, 11.8.1973; Öymen, Altan: Bond, in: Cumhuriyet, 6.8.1973.

116 Vgl. Deutsche Botschaft Ankara an das Auswärtige Amt: Betr.: Abbruch der Deutschlandreise des türkischen Arbeitsministers, BAArch, B 106/78720, Bd. 2, 8.8.1973.

117 Vgl. Akbal, Oktay: Yürekli bir Bakan ..., in: Cumhuriyet, 6.8.1973.

118 ATTF Yürütme Kurulu: Ali Naili Erdem'in Avrupa gezisi üzerine, TÜSTAV, Ülkü Gürkan-Schneider Arşiv Fonu, o. D.

119 Deutsche Botschaft Ankara an das Auswärtige Amt: Betr.: Abbruch der Deutschlandreise des türkischen Arbeitsministers, BAArch, B 106/78720, Bd. 2, 8.8.1973.



*»Wahlrecht dort, wo wir leben« – Demonstration am Kottbusser Damm
am 19. März 1977*

1974 eine unkonventionelle Koalition mit der islamistischen Nationalen Erlösungspartei (MSP).¹²⁰

Drei Jahre später hatten sich die politischen Verhältnisse in der Türkei tiefgreifend gewandelt. Die instabile Koalition aus CHP und MSP war nach nur neun Monaten zerbrochen. Nachdem sich die konservative Opposition geweigert hatte, vorgezogene Neuwahlen zuzulassen, waren die Parteien monatelang nicht in der Lage gewesen, eine neue Regierung zu bilden. Schließlich hatte Süleyman Demirel im März 1975 eine Koalition rechter Parteien zusammengestellt, die sich selbst als »Nationalistische Front« (Milliyetçi Cephe) bezeichnete und bis zu den Wahlen im Juni 1977 zusammenhielt.¹²¹ Unter der Regierung der »Nationalistischen Front« war die politische Gewalt auf den Straßen eskaliert. Im Jahr 1976 starben bei den bewaffneten Kämpfen zwischen den rechtsradikalen »Grauen Wölfen« und linksradikalen Gruppen 104 Menschen, 1.852 wurden verletzt.¹²² Im Juni 1977 standen in der Türkei erneut Parlamentswahlen an. Für die in Westeuropa lebenden und arbeitenden Migrant*innen erschien es in dieser angespannten politischen Atmosphäre umso wichtiger, ihre Stimme abzugeben. Die linke türkische

120 Vgl. Zürcher, Erik Jan: Turkey, 2017, S. 264.

121 Vgl. ebd., S. 265.

122 Vgl. Ahmad, Feroz: The Making of Modern Turkey, 2010, S. 167.

Gewerkschaft DİSK und die neugegründete Föderation der Immigrant*innenvereine aus der Türkei FİDEF riefen ihre Mitgliedsorganisationen auf, für die CHP zu stimmen. In der April-Ausgabe forderte die *Kurtuluş*-Redaktion die Leser*innen 1977 auf, sich an den Wahlen zu beteiligen und alle Register zu ziehen. Die Zeitung riet ihren Leser*innen, nicht nur zum Wahlwochenende in die Türkei zu reisen, sondern auch allen ihren Familienmitgliedern und Freund*innen nahezulegen, für die CHP zu stimmen.¹²³

Doch die migrantischen Organisationen wollten sich nicht auf Wahlempfehlungen beschränken. Im April 1977 gründete sich auf einem Treffen von 43 Vertreter*innen von Gewerkschaften, Arbeitnehmerorganisationen, Wissenschaftler*innen und Journalist*innen in Bonn die Türkische Wählerinitiative in Europa (TÜSAK). Als Ziel gab die Initiative an, »bei den kommenden Wahlen in der Türkei am 5. Juni 1977, die wahrscheinlich einen [sic] Wendepunkt in der Geschichte der Türkischen Republik werden dürfte, unseren Einfluß zur Geltung zu bringen, damit Demokratie und Grundfreiheiten garantiert und erweitert werden können.«¹²⁴ Das Komitee rief »alle Patrioten« dazu auf, die CHP bei den Wahlen zu unterstützen, und kündigte an, verbilligte Charterflüge zu organisieren sowie Verhandlungen über einen zwei- oder dreitägigen Sonderurlaub für Arbeitnehmer aus der Türkei zu führen, die positiv verliefen.¹²⁵ Ob das Komitee einen Sonderurlaub durchsetzen konnte, lässt sich aus den Quellen nicht rekonstruieren, ebenso wenig wie die Frage, wie viele Arbeiter*innen aus dem Ausland schließlich zur Wahl in die Türkei gereist sind.¹²⁶ Die türkische Redaktion des Senders Freies Berlin (SFB) richtete zur Wahlnacht und an den darauffolgenden Tagen einen Telefon-Service ein, über den sich Migrant*innen über den Verlauf und die Wahlergebnisse informieren konnten. Mehr als 900 Anrufe gingen in der Wahlnacht und den Tagen nach der Wahl beim SFB ein, einige sogar aus dem Bundesgebiet.¹²⁷ Die CHP gewann die Wahl mit 41,4 Prozent. Sie war jedoch erneut nicht in der Lage, eine Koalition zu bilden, sodass

123 Vgl. Tüm olanakları kullanarak seçimlere katılım, in: *Kurtuluş* 169, 4/1977.

124 TÜSAK: Presseerklärung: TÜSAK (Türkische Wählerinitiative in Europa), AdSD, 5/DGAZ 332, 17.4.1977.

125 Ebd.

126 Mustafa Demir und Ergün Sönmez zufolge reisten 1977 viele Migrant*innen zur Stimmabgabe in die Türkei. Die TTO hatte ebenfalls ein Wahlkomitee gegründet und zur Unterstützung demokratischer Parteien aufgerufen. Vgl. Demir, Mustafa; Sönmez, Ergün: Als Arbeiter zu »Gast« in Deutschland, 2015, S. 115.

127 Vgl. Türkische Redaktion SFB an den Stellvertretenden Chefredakteur Dieter Käufer: Betr.: Telefon-Service zur Türkei-Wahl, AdK, Ören K 52/5, 28.6.1977.

Demirel schließlich eine zweite Koalition der »Nationalistischen Front« bildete.¹²⁸

Unterdessen hatten sich die politischen Verhältnisse nach 1973 nicht nur in der Türkei, sondern auch in der Bundesrepublik geändert. Im November 1973 hatte die Bundesregierung einen Anwerbestopp verhängt. Entgegen der staatlich beabsichtigten Wirkung beendete der Anwerbestopp die Phase der temporären Migration und verfestigte den Aufenthalt der türkeistämmigen Migrant*innen, da diese sich durch die Einschränkung der Reisefreiheit für Drittstaatenangehörige gezwungen sahen, sich für eines der beiden Länder zu entscheiden.¹²⁹ Waren viele Arbeiter*innen zuvor zwischen der Bundesrepublik und der Türkei gependelt, holten sie ihre Familien nach Westdeutschland. Zugleich wurde es angesichts der politischen Gewalt in der Türkei immer unwahrscheinlicher, dass die Migrant*innen in naher Zukunft in ihr Heimatland zurückkehren würden. Dies veränderte im Laufe der Zeit die Perspektive der linken migrantischen Organisationen. Der Anwerbestopp markierte insofern einen Bruch in der Geschichtlichkeit der Migration, als er das Verhältnis von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft für Migrant*innen veränderte. In Anlehnung an François Hartogs Konzept der Geschichtlichkeit als der Art und Weise, wie Individuen oder Gruppen sich in der Zeit verorten, lässt sich argumentieren, dass die Transformation des transnationalen Raums durch migrantischen Aktivismus zutiefst zeitgebunden war.¹³⁰

Die Arbeitsmigration aus der Türkei nach Westdeutschland war ein Projekt, bei dem viele Migrant*innen einen provisorischen Status, der ihre Rechte und ihren Lebensstandard temporär begrenzte, für eine bessere Zukunft in Kauf nahmen. Migration war ein Zustand in der unsicheren Gegenwart, aber immer mit Erwartungen an eine positive Zukunft in der Türkei verbunden. Wie die TTO-Mitglieder Mustafa Demir und Ergün Sönmez in ihrer Dokumentation über den linken migrantischen Aktivismus in Westdeutschland feststellen, war die persönliche Zukunft der Migrant*innen eng mit der politischen Zukunft der Türkei verknüpft.¹³¹ Weil sie ihre Hoffnungen und Erwartungen darauf projizierten, eines Tages in die Türkei zurückzukehren, richteten viele mig-

128 Vgl. Zürcher, Erik Jan: Turkey, 2017, S. 265.

129 Vgl. Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, Bonn 2003, S. 232.

130 Vgl. Hartog, François: Regimes of Historicity. Presentism and Experiences of Time, New York 2003, S. XV.

131 Vgl. Demir, Mustafa; Sönmez, Ergün: Als Arbeiter zu »Gast« in Deutschland, 2015, S. 18.

rantische Organisationen ihre Kämpfe daher auf die Demokratisierung in ihrem Herkunftsland aus. Als sich die wirtschaftliche und politische Instabilität und die politische Gewalt in der Türkei in den 1970er Jahren zuspitzten, verengte sich der Erwartungshorizont – um den Begriff von Reinhart Koselleck zu verwenden – der Migrant*innen, dass sie in naher Zukunft in ihr Land zurückkehren würden.¹³² Je enger der Zukunftshorizont in der Türkei wurde, desto mehr verschoben viele Migrant*innen ihre Perspektive. Während ihr Leben in der Bundesrepublik durch die unmittelbare Gegenwart geprägt war, führte die aufgrund der instabilen politischen Lage immer unsicherer werdende Zukunftsprognose in der Türkei dazu, dass sie ihre Zukunftserwartungen auf ein Leben in der Bundesrepublik ausrichteten.

Durch die schwindende Erwartung einer nahen Zukunft in der Türkei verlagerte sich der transnationale Aktivismus migrantischer Organisationen graduell auf die Bundesrepublik. Sie richteten ihren Blick zunehmend auf die Lebensbedingungen vor Ort und traten für ihre Rechte in Westdeutschland ein. Gül Ataseven-Özen, die 1972 als Arbeitsmigrantin nach Bayern kam und in West-Berlin in der sozialdemokratischen HDB politisch aktiv wurde, bezeichnet diese politische Arbeit als zweibeinig, also translokal ausgerichtet auf die Türkei und West-Berlin zugleich. »Weil wir hier leben, müssen wir uns hier einmischen, und unsere Wurzeln sind da und wir können nicht wegschauen, diese Solidarität. Deswegen ging das dann zweibeinig, das hat mich gereizt: Das ist dein Platz, wo du auf deine Art mitkämpfen oder mitboxen kannst.«¹³³ Die Organisation wurde ihre Arena, sich in die Politik beider Länder einzumischen: Heute ist Ataseven-Özen im Vorstand der HDB.

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre begannen migrantische Gruppen, das kommunale Wahlrecht in Westdeutschland zu fordern. Gülsüm Kaya, die 1970 als siebenjähriges Kind mit ihrer Mutter per Familienzusammenführung nach West-Berlin gekommen ist und später im Vorstand des Türkischen Frauenvereins war, erklärt: »Wir hatten in den 70er Jahren, 80er Jahren, auch 90er Jahren kein Wahlrecht, weder in der Türkei noch hier. Leute, die etwas bewegen wollten, sind damals in die Türkei geflogen, zu Wahlzeiten, damit sie dort wählen können, und wieder zurück. Das war natürlich kostspielig.« Der Türkische Frauenverein setzte sich auch für das kommunale Wahlrecht ein. »Der Verein ist die Stimme der Frauen geworden. Nicht nur bei Frauenproblemen,

132 Koselleck, Reinhart: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*, Frankfurt a. M. 1989, S. 364.

133 Zeitzeuginnengespräch mit Gül Ataseven-Özen, Berlin, Schöneberg, 25.3.2022.

sondern auch bei Menschenrechten. Warum haben wir kein Wahlrecht, wir leben hier, wir arbeiten hier, wir sind ein Teil dieser Gesellschaft und so hat sich auch die politische Arbeit dieses Vereines dementsprechend entwickelt.«¹³⁴ Aufgrund der rechtlich prekären Lage der Migrant*innen ließ sich der Kampf für Frauenrechte, dem sich ab 1975 in West-Berlin entstandene türkische Frauenvereine verschrieben, nicht vom Kampf für die Rechte aller Migrant*innen trennen. »Wahlrecht war ein sehr wichtiges Thema«, erinnert sich Berrin Önlér-Sayan. »Wir hatten kein Wahlrecht und mit immer verlängerten Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen konntest du ja nicht wählen gehen. Es sind Einschnitte in deinen Rechten.«¹³⁵ Je deutlicher sich abzeichnete, dass der Aufenthalt in West-Berlin kein temporärer sein würde, desto weniger waren Migrant*innen bereit, diese Einschnitte in ihren politischen Rechten hinzunehmen.

Der West-Berliner Senat hatte bereits Anfang der 1970er Jahre erkannt, dass eine Rotation von Arbeitsmigrant*innen weder der Realität entsprach, noch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen erstrebenswert war. 1971 berief er ein ressortübergreifendes Planungsteam ein, das ein Konzept zur »Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien« erarbeiten sollte.¹³⁶ Ein Jahr lang setzte sich das Planungsteam mit neun sogenannten »Problemkreisen« auseinander, darunter Sprachkenntnisse, Wohnen, Familienzusammenführung und Kindertagesstätten sowie politische Teilhabe und Ausländerrecht. In der Diskussion um die Teilhabe von Migrant*innen am politischen Leben forderten einige Mitglieder das kommunale Wahlrecht, das die Senatsverwaltung jedoch mit der Begründung ablehnte, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland.¹³⁷ Außerdem stellte das Planungsteam in seinem Abschlussbericht von Juli 1972 vier verschiedene Eingliederungsmodelle für West-Berlin zur Disposition, von denen es das Einwanderungsland-, das Kontraktions- und das Rotationsmodell verwarf und sich für das »Bedarfsorientierte Integrationsmodell« entschied. Dieses »nimmt die Eigeninitiativen lähmende Unsicherheit vom ausländischen Arbeitnehmer und motiviert ihn zu eigenen Anpassungs- und Eingliederungsan-

134 Zeitzeuginnengespräch mit Gülsüm Kaya, Berlin, Neukölln, 14.6.2022.

135 Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021.

136 Vgl. Der Regierende Bürgermeister von Berlin: Senatsvorlage Nr. 106/71: Einsetzung von 5 Planungsteams und 5 Planungsausschüssen, LAB, B Rep. 002 Nr. 10433, 1.6.1971.

137 Vgl. Borgmann, Malte: Von der Anwerbung zur Anerkennung. Migration, Politik und Teilhabe in West-Berlin 1970-1984, in: Hochmuth, Hanno, Nolte, Paul (Hg.): Stadtgeschichte als Zeitgeschichte. Berlin im 20. Jahrhundert, Göttingen 2019, S. 271-297, S. 275 f.

strengungen«, argumentierte das Planungsteam, und weiter: »Gleichzeitig entwickelt sich ein Prozeß der Auslese von integrationsfähigen und integrationswilligen ausländischen Arbeitnehmer [sic] aus der Masse der in Rotation verharrenden Zuwanderer«. ¹³⁸ Was unter Integration genau zu verstehen sei, ließ der Bericht offen.

Insgesamt war der Bericht geprägt »von einer Sichtweise auf Migration, die Kulturwissenschaftler*innen heute als ›Container-Modell‹ bezeichnen«, ¹³⁹ wie der Historiker Malte Borgmann feststellt. Das Planungsteam stellte »Menschen aus anderen Ländern mit fremder Mentalität und fremden Lebensgewohnheiten« ¹⁴⁰ einer als homogen imaginierten deutschen Gesellschaft gegenüber, deren Eingliederung das Risiko der Überfremdung, Unterversorgung der Deutschen und Radikalisierung berge. ¹⁴¹ Darüber hinaus war die Argumentation im Bericht erkennbar geleitet von der Angst vor einer Radikalisierung der Migrant*innen und – in einem geringeren Maße – der Deutschen. Die Gefahr einer Radikalisierung zog das Planungsteam etwa heran, um sowohl gegen das Einwanderungsland-Modell als auch gegen das Rotationsmodell zu argumentieren. Während bei einer aktiven Einwanderungspolitik eine Radikalisierung durch Versorgungsengpässe und Infrastrukturmängel befürchtet wurde, könnten bei der Rotation, so die Sorge, menschliche Härten und Frustration Migrant*innen für Radikalisierungsbemühungen disponieren. ¹⁴²

Auch in der Auseinandersetzung mit dem »Problemkreis Teilnahme am politischen Leben« spielte das Radikalisierungsargument eine tragende Rolle. Das Gefühl, vom Aufnahmeland aufgrund fehlender politischer Partizipationsmöglichkeiten vernachlässigt zu werden, könne bei Migrant*innen, so der Bericht, »zu Ärger, Resignation oder aber auch zur Radikalisierung und zur Bereitschaft führen, sich von auswärtigen Kräften in eine oppositionelle Haltung zur übrigen Bevölkerung drängen zu lassen.« ¹⁴³ Das Planungsteam erkannte demnach an, dass Migrant*innen gewisse politische Rechte gewährt werden mussten. Es sprach sich jedoch gegen das kommunale Wahlrecht für Migrant*innen aus mit dem Argument, dass dadurch innenpolitische Konflikte der Herkunftsländer in die

¹³⁸ Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters: Abschlußbericht des Planungsteams »Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien«, LAB, B Rep. 002 Nr. 10436, Juli 1972, S. 14 f.

¹³⁹ Borgmann, Malte: Von der Anwerbung zur Anerkennung, 2019, S. 277.

¹⁴⁰ Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters: Abschlußbericht des Planungsteams »Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien«, LAB, B Rep. 002 Nr. 10436, Juli 1972, S. 9.

¹⁴¹ Vgl. ebd., S. 10.

¹⁴² Vgl. ebd., S. 12.

¹⁴³ Ebd., S. 70.

deutschen Parlamente getragen würden. Zudem ging das Planungsteam davon aus, dass migrantische politische Organisationen vornehmlich Extrempositionen vertreten.¹⁴⁴ Wie hier deutlich wird, war der Bericht geprägt von der Angst vor einer Radikalisierung der Migrant*innen und dem Bestreben, ihre politischen Praktiken zu regulieren und zu deradikalisieren. Als geeignete Foren politischer Partizipation für Migrant*innen schlug das Planungsteam Ausländerbeiräte, Betriebsräte, Gewerkschaften und Elternbeiräte vor.¹⁴⁵

Ausländerbeiräte als Forum politischer Willensbildung lehnten migrantische Organisationen ab, weil diese nur beratende Funktion hatten und ihre Repräsentant*innen nicht gewählt, sondern ernannt wurden.¹⁴⁶ In West-Berlin trat ab 1977 das Ausländerkomitee, ein Zusammenschluss verschiedener mehrheitlich migrantischer Organisationen und Privatpersonen,¹⁴⁷ für das kommunale Ausländerwahlrecht ein.¹⁴⁸ Für das Ausländerkomitee waren »politische Rechte auf den Spielwiesen der Ausländerparlamente und Ausländerbeiräte eine Farce« und »politische Rechte nicht abstrakt, nämlich nicht an einem weit entfernten Herkunftsort ausübbar«.¹⁴⁹ Die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Migrant*innen stützte das Ausländerkomitee auf die Kritik an dem Demokratiemangel der Bundesrepublik und den durch das demokratische System hervorgerufenen Ausschlussmechanismen. »Unserer Meinung nach ist eine der Grundlagen der Demokratie in der West-Berliner und der westdeutschen Gesellschaft nicht verwirklicht, wenn uns als einem wesentlichen Teil ihrer Bevölkerung grundlegende Bürgerrechte auf Dauer verweigert werden«,¹⁵⁰ argumentierte das Komitee in seiner Wahlrecht-Kampagne 1979. Dieses Argument war in der Bundesrepublik aufgrund ihrer Vergangenheit und des noch andauernden Demokratisierungsprozesses besonders fruchtbar.¹⁵¹

¹⁴⁴ Vgl. ebd., S. 70 f.

¹⁴⁵ Vgl. ebd., S. 72.

¹⁴⁶ Vgl. Ausländerkomitee: Wir arbeiten hier und leben hier. Warum kein kommunales Wahlrecht für ausländische Mitbürger?, Berlin (West) 1979, S. 10.

¹⁴⁷ Von den türkischen Organisationen beteiligten sich u. a. der HDB und die HDF sowie der Frauenladen TIO, nicht aber die sozialistischen Gruppen. Einige Gruppen setzten sich laut dem Ausländerkomitee unabhängig für ein kommunales Wahlrecht ein; mit anderen war eine Plattformbildung aufgrund politischer Meinungsverschiedenheiten nicht möglich. Vgl. ebd., S. 14.

¹⁴⁸ Vgl. Borgmann, Malte: Von der Anwerbung zur Anerkennung, 2019, S. 282.

¹⁴⁹ Wir arbeiten hier und leben hier, 1979, S. 9.

¹⁵⁰ Ebd., S. 15.

¹⁵¹ Vgl. zu ähnlichen Diskursstrategien iranischer und griechischer Migrant*innen: Bösch, Frank: Deals mit Diktaturen, 2024, S. 164, 168, 198.

Um der Forderung nach politischen Rechten für Migrant*innen Nachdruck zu verleihen, demonstrierten Mitglieder des Ausländerkomitees bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 18. März 1979 vor 30 Wahllokalen.¹⁵² Ab neun Uhr morgens sollten Gruppen von fünf bis zehn Personen mit Flugblättern und Plakaten ausgerüstet vor die Wahllokale ziehen. Das Ausländerkomitee plante insbesondere vor den Wahllokalen, in denen Spitzenpolitiker ihre Stimme abgaben, auf die politischen Rechte von Migrant*innen aufmerksam zu machen. Um die Migrant*innen mit dieser Aktion im öffentlichen Raum nicht zu gefährden, meldeten deutsche Mitglieder Kundgebungen vor ausgesuchten Wahllokalen an. Außerdem verteilte die Vorbereitungsgruppe Listen mit Verhaltensanweisungen für den Fall einer Provokation oder eines Polizeieinsatzes an alle Protestierenden und bildete eine Einsatzzentrale, die mit Rechtsanwält*innen besetzt war. In den Verhaltensanweisungen mahnte das Ausländerkomitee die Protestierenden, keine parteipolitischen Flugblätter oder Plakate zu zeigen, alles zu vermeiden, was als Wahlbehinderung ausgelegt werden könnte, und die Aktion streng legal zu halten.

Am Wahlsonntag zeigte sich, dass diese Maßnahmen angebracht waren: »Diese ungewöhnliche Ansammlung von Menschen, noch dazu von ausländischen, zu früher Wahlsonntagstunde blieb nicht ohne Folgen. Beunruhigte Anwohner riefen die Ordnungskräfte auf den Plan. Sie erschienen mit 6 Streifenwagen. Darin saßen u. a. 2 Herren in Zivil, die sich als Angehörige der Ausländerpolizei entpuppten.«¹⁵³ Mit Forderungen in den öffentlichen Raum zu treten und sich diesen anzueignen, stellte für Migrant*innen auch in diesem Fall ein Risiko dar. Indem das Ausländerkomitee dieses Risiko bereits einkalkulierte und unter anderem durch strategische Bündnisse mit deutschen Mitgliedern Vorsichtsmaßnahmen traf, gelang es ihm, die erwünschte öffentliche Aufmerksamkeit zu erlangen, ohne an gesellschaftlicher Akzeptanz einzubüßen. Zu einem Erfolg führte die Kampagne dennoch nicht – weder 1979 noch in den 1980er Jahren, in denen sich diverse migrantische Organisationen mit stärkerer Vehemenz für ein kommunales Wahlrecht für Migrant*innen einsetzten.¹⁵⁴ Zwei Arbeitsmigrantinnen aus der Türkei hielt das nicht davon ab, ihre Stimme bei der Bundestagswahl 1977 dennoch abzugeben:

152 Vgl. Wir arbeiten hier und leben hier, 1979, S. 24.

153 Ebd., S. 27.

154 Bis heute haben Drittstaatenangehörige – anders als Unionsbürger*innen – in Berlin kein kommunales Wahlrecht. Vgl. Kommunales Wahlrecht für Ausländer, online abrufbar unter: <https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/politik-und-verwaltung/aemter/amt-fuer-buergerdienste/wahlamt/artikel.33943.php> (24.2.2025).

In Kornwestheim und Asperg hatten die beiden Frauen aufgrund eines Fehlers eine Wahlbenachrichtigung bekommen und ihre Stimmzettel in die Urne geworfen, obwohl sie keine deutschen Staatsangehörigen waren, wie aus einem Wahleinspruch hervorgeht.¹⁵⁵ Ihre Stimmen wurden gezählt, da der Kreisausschuss davon ausging, dass sie das Wahlergebnis nicht beeinflussten.

155 Vgl. Deutscher Bundestag: Beschlußempfehlung und Bericht des Wahlprüfungsausschusses zu 25 Wahleinsprüchen, Drucksache, 8/263, 5.4.1977, S. 57.

2 »Analar, Bacılar Faşizme Karşı«¹ – Geschlecht und Aktivismus²

2.1 Vom Diskutieren und Teekochen. Geschlecht in linken Organisationen

Als Remziye Ünal zum ersten Mal den türkischen Arbeiter- und Studentenverein in West-Berlin besuchte, dem ihr Mann angehörte, fühlte sie sich wie in einem Männercafé:

»Als ich da reinkam, in diesen Verein, da waren zwei, drei Frauen, die sind immer zur Küche gegangen, die haben Tee gemacht und ihn reingebracht, die sind an der Tür zwischen der Küche und dem Versammlungsraum gewesen. Zuerst war es für mich eine große Enttäuschung, weil die sagen Fortschritt, Fortschritt, Fortschritt, wir sind Linke und dann gehst du hin, da sind nur die Männer, die rauchen und Tee trinken und die Frauen kochen Tee und lassen die fortschrittlichen Männer die Revolution machen. Dann habe ich mich gemeldet und gefragt: Von welcher Revolution redet ihr, von welchen Fortschritten? Ihr seid doch alle Männer, wie ein Männer-Café. Und wo sind eure Frauen, wo sind eure Töchter, wo sind eure verwandten Frauen?«³

Linke migrantische Organisationen, die sich in den 1960er und 1970er Jahre in West-Berlin gründeten, waren männerdominierte Räume, in denen Geschlechterverhältnisse performativ ausgehandelt wurden, wie aus den Erinnerungen Ünals deutlich wird.⁴ Während die Männer über die Revolution redeten, standen die wenigen Frauen an der Schwelle zur Küche und kochten Tee. Die Männer im Verein antworteten auf Ünals Frage, dass nur Frauen Frauen organisieren könnten. Statt zu kritisieren,

1 Auf Deutsch: »Mütter und Schwestern gegen den Faschismus«.

2 Aus dem vorliegenden Kapitel erschien bereits: Kimmerle, Elisabeth: Politische Nähkurse. Türkische Frauenvereine als Orte lokaler Selbstorganisation und transnationaler Mobilisierung (1975-1990), in: Goeke, Simon; Tekin, Caner (Hg.): Migration, soziale Bewegungen und Selbstorganisation. Gewerkschaftliche und urbane Kämpfe von und für Migrant*innen seit den 1960er Jahren, Köln 2025, S. 169-187.

3 Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

4 Dies war freilich kein spezifisches Phänomen türkischer linker Organisationen. Dass es ähnliche Strukturen in westdeutschen linken Organisationen gab, belegen etwa Lenz, Ilse: Das Private ist politisch!? Zum Verhältnis von Frauenbewegung und alternativem Milieu, in: Reichardt, Sven, Siegfried, Detlef (Hg.): Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa; 1968-1983, Göttingen 2010, S. 375-404; Hodenberg, Christina von: Writing Women's Agency into the History of the Federal Republic, 2019.

so die Männer im Verein, solle sie es doch besser machen. Also gründete Remziye Ünal eine Frauengruppe und ließ sich in den Vorstand wählen, weil für sie feststand, dass die Frauengruppe auch in der Führungsebene im Entscheidungsprozess vertreten sein musste. Als sie in die Vorstandssitzung kam, standen sechs von sieben Männern auf und fragten, was die Frau im Vorstand zu suchen habe. Ein Mann verließ gar den Raum. »Er hat gesagt, wenn eine Frau im Vorstand ist, bin ich nicht dabei. Das war auch ein Kampf, mich durchzusetzen. Ich habe gesagt, wenn ich nicht in den Vorstand komme, lasse ich es. Es hat keinen Sinn.«⁵ Nach einigen Diskussionen setzte sie sich schließlich durch. Wie Remziye Ünal gründeten auch andere Zeitzeuginnen zunächst Frauengruppen innerhalb der linken transnationalen Organisationen, bevor ab Mitte der 1970er Jahre erste türkische Frauenvereine in West-Berlin entstanden.

Bereits vor der Entstehung der Frauenvereine diskutierten linksgerichtete migrantische Organisationen über Geschlechterfragen. Die Europäische Föderation Türkischer Sozialisten ATTF beschäftigte sich seit den frühen 1970er Jahren mit der Frauenfrage. Der 6. ATTF-Kongress 1973 widmete dem Kampf für Frauenrechte eine eigene Sektion, in der er auf die spezifischen Probleme einging, denen Frauen als Arbeiterinnen in kapitalistischen Gesellschaften ausgesetzt waren.⁶ Demnach standen Frauen im kapitalistischen System im Schatten der Männer, wurden als Menschen zweiter Klasse behandelt und doppelt ausgebeutet, während die Geschlechterungleichheit im Sozialismus aufgehoben sei.⁷ In den Beschlüssen des Kongresses wurden die ungleiche Bezahlung von Arbeiterinnen und schwere Arbeitsbedingungen ebenso thematisiert wie familiäre Schwierigkeiten, die durch das Ausländergesetz entstanden, etwa im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Familientrennung und Kinderbetreuung.

Die Auseinandersetzung linksgerichteter migrantischer Organisationen mit Frauenrechten ist auch im Kontext des Kalten Kriegs zu betrachten, in dem Geschlecht ein symbolischer Aushandlungsort wurde. 1972 riefen die Vereinten Nationen das Jahr 1975 zum Internationalen Jahr der Frau aus. Für die transnationale Mobilisierung türkischer Frauenorganisationen war dies ein wichtiger Referenzrahmen.⁸ Frauenrechte und

5 Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

6 Vgl. ATTF: 6. Kurultay Kararları, TÜSTAV, 1973, online abrufbar unter: www.tustav.org/yayinlar/kutuphane/ATTF-kutuphanesi/ATTF-6-kurultay-1973.pdf (24.2.2025).

7 Vgl. etwa Sendika ve Kadınlar, in: Kurtuluş 126, 4/1975.

8 Vgl. etwa Dünya Kadınlar Yılı. Avrupada kadın emekçilerimiz örgütleniyor, in: Kurtuluş 125, 21.3.1975; Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu: ATKF'nin 3. Olağan Genel Kurul duyurusu, TÜSTAV, GKB Arşiv Fonu, Zarf 107, o. D.

die Beseitigung der Diskriminierung von Frauen wurden zum Spielfeld, auf dem die kapitalistischen westlichen Länder und die sozialistischen Ostblockstaaten miteinander konkurrierten.⁹ Dass die Frauenfrage auch innerhalb der ATTF als symbolische Verortung fungierte, zeigt der Beschluss des 7. ATTF-Kongresses 1974, der die Beseitigung der Ungleichheit zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern sowie die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit unterstützt: »Der Platz, der der Frau in einer Gesellschaft gegeben wird, ist ein Ausdruck des Demokratieverständnisses dieser Gesellschaft. Auch wenn gesagt wird, dass in der kapitalistischen Ordnung, in den bourgeoisen Demokratien zwischen Frauen und Männern in jeder Hinsicht Gleichheit bestehe, zeigt die Situation [...], dass diese ›Gleichheit‹ nur auf dem Papier besteht und Frauen nicht die gleichen sozialen, ökonomischen und politischen Rechte zuerkannt werden wie Männern.«¹⁰ Indem die ATTF die Gleichberechtigung der Frauen als Grundpfeiler der Demokratie benannte und zugleich die unzureichende Geschlechtergleichheit in kapitalistischen westlichen Ländern kritisierte, verortete sie sich innerhalb eines sozialistischen Gesellschaftsverständnisses, demzufolge Klassenunterdrückung die Ursache für die Unterdrückung der Frauen war.

Die Forderung nach Gleichberechtigung von Arbeiterinnen in linken migrantischen Gruppen ging jedoch nicht unbedingt einher mit der Emanzipation der Geschlechterverhältnisse innerhalb dieser Gruppen und der Familie. Die Machtstrukturen in den Geschlechterverhältnissen blieben unangetastet, die Rollenverteilungen in den Organisationen waren zutiefst vergeschlechtlicht.¹¹ Die Befreiung der Frauen, so die Überzeugung der Gruppen, ging einher mit der Befreiung der Arbeiterklasse und wurde dementsprechend als Nebenwiderspruch gedeutet.¹² Die

9 Vgl. Haan, Francisca de: *The Global Left-Feminist 1960s. From Copenhagen to Moscow and New York*, in: Jian, Chen u. a. (Hg.): *The Routledge Handbook of the Global Sixties. Between Protest and Nation-Building*, London 2018, S. 230-242, S. 232.

10 ATTF: ATTF 7. Kurultay Kararları, TÜSTAV, 1974, online abrufbar unter: www.tustav.org/yayinlar/kutuphane/ATTF-kutuphanesi/ATTF-74-12-27-29-7-kurultay-kararlari.pdf (24.2.2025).

11 Analog zu Geschlechterverhältnissen in linken Organisationen in der Türkei s. etwa Berktaş, Fatmagül: *Has Anything Changed in the Outlook of the Turkish Left on Women?* 1995; Pekesen, Berna: *Shared History, Divided Memory?*, 2020; Tuncer, Selda; Özdemir Taştan, İnan: *Leaving Home, Claiming the Street*, 2021; Çınar, Sercan: *Between Dissidence and Hegemony. The Formation of Socialist Masculinities in Turkey in the 1970s*, Master Thesis, Budapest 2016.

12 Vgl. Özcürümez, Saime; Cengiz, Feyda Sayan: *On resilience and response beyond value change. Transformation of women's movement in post-1980 Turkey*, in: *Women's Studies International Forum* 34/1, 2011, S. 20-30, S. 26.

Vereine diskutierten über Gleichberechtigung, aber in der Küche standen die Frauen.¹³ Nach den Geschlechterverhältnissen in verschiedenen linken migrantischen Organisationen gefragt, antworten die Zeitzeuginnen einhellig, dass sie aktive Rollen in der politischen Arbeit einnahmen und dass offen über Gleichberechtigung diskutiert wurde. Türkan Alp, Mitglied in der Türkischen Sozialistengemeinschaft TTO und Gründungsmitglied des Türkischen Frauenvereins, erklärt im Zeitzeuginnen-gespräch die Positionierung der Frauen folgendermaßen: »Wir haben alles gemacht, was die Männer gemacht haben. Wir haben an den ganzen Demos teilgenommen, nicht nur an denen zu Frauenrechten. Wir sind nicht nur Frauen, sondern auch Arbeiterinnen, das ist sehr wichtig.«¹⁴ Die in sozialistischen Vereinen organisierten Migrantinnen betrachteten demnach Geschlecht nicht als isoliert von Klasse, sondern definierten sich als Frauen und Arbeiterinnen zugleich. In der 1967 gegründeten TTO waren laut Satzung acht der 18 Gründungsmitglieder, also fast die Hälfte, Frauen, die als Arbeiterinnen nach West-Berlin gekommen waren, darunter die spätere Autorin Emine Sevgi Özdamar.¹⁵

Berrin Önlér-Sayan, die in den 1970er Jahren im linksgerichteten Halkevi (»Volkshaus«) aktiv war, reflektiert ihre Position in dem Arbeiterverein rückblickend: »Das hängt ja auch davon ab, wie bewusst ich war. Erst später, als ich in der migrantischen Frauenbewegung war, sah ich die Dinge anders. Es war für uns wichtig, Mann oder Frau, wir sind links, wir haben fortschrittliche Meinungen, und das Thema Geschlechtergleichheit war immer ein Thema. 8. März-Veranstaltungen und so weiter, aber mit welcher Brille wurde das gesehen? Das war schon anders, und die feministische Bewegung hat das anders gesehen, das waren andere Schwerpunkte.«¹⁶ Auch Gül Ataseven-Özen betont, dass beim HDB offen über Geschlechterverhältnisse gesprochen wurde. »Aber in der Praxis hat man immer gesehen: Da hapert was, da hapert was, da mussten wir schon immer sagen, Freund, jetzt ... Ich bin Schulter an Schulter mit dir, sei du es auch mit mir. Du nimmst dich nicht einfach raus, wenn irgendwas mit Frauenrechten und Gleichberechtigung ist.«¹⁷ Im HDB erreichten die Frauen so bereits in den siebziger Jahren eine paritätische Doppelspitze. In allen drei Vereinen setzten sich Frauen Seite an Seite

13 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

14 Ebd.

15 Vgl. TTO Berlin: Türk Toplumcular Ocağı Tüzüğü, TÜSTAV, 26.11.1967.

16 Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021.

17 Zeitzeuginnengespräch mit Gül Ataseven-Özen, Berlin, Schöneberg, 25.3.2022.

mit den Männern für die politischen Ziele der Organisationen ein; doch eine gleichberechtigte Arbeitsteilung und Agenda mussten sie stets von Neuem von den männlichen Mitgliedern einfordern.

Die Hierarchien innerhalb der Organisationen traten unter anderem in der Frage zutage, wer den Tee kocht. »Wir haben die ganze Nacht Plakate geklebt und am nächsten Tag an der Demo teilgenommen. Dann kommen wir nach Hause und alle Genossen sitzen da und erwarten von mir, dass ich Tee mache. Und solche Sachen«,¹⁸ erklärt Atiye Altül, was es in den 1970er Jahren bedeutete, in linken Gruppen eine Frau zu sein. Türkan Alp erinnert sich im Zeitzeuginnengespräch: »Im Verein haben sich alle Männer und Frauen versammelt und über Frauenrechte geredet, aber ich bin zuhause, ich habe zwei Kinder. Murat [*Türkan Alps Ehemann; EK*] hält feurige Reden auf die Frauenrechte und zählt die ganzen Argumente für Frauenrechte auf. Danach sagt er: »Aber in unserer Küche macht das Essen die Frau«, und der ganze Raum ist in Lachen ausgebrochen.«¹⁹ Die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung und die damit einhergehende Trennung von privatem und öffentlichem Raum wurde demnach in linken migrantischen Organisationen reproduziert. Von Frauen wurde nicht nur erwartet, zu Hause den Haushalt zu übernehmen, sondern auch die Organisationen zu umsorgen. Dass Alps Ehemann diese Arbeitsteilung in seiner Rede selbstironisch und -kritisch thematisierte, verweist darauf, dass die Arbeitervereine zur Bühne männlicher Selbstentwürfe wurden. Zur sozialistischen Männlichkeit gehörte neben dem theoretischen Zugeständnis zur Gleichberechtigung die Reflexion der Geschlechterverhältnisse in der Praxis. Mit der selbstkritischen Bemerkung verfestigte er zugleich die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung und behielt die Deutungsmacht darüber, was Emanzipation und Gleichberechtigung bedeutete. Linke migrantische Vereine waren demnach in den 1970er Jahren Aushandlungsräume, in denen männliche und weibliche Geschlechteridentitäten sowie Geschlechterbeziehungen eingeübt und inszeniert wurden.

Versteht man mit Candace West und Don Zimmermann Geschlecht als eine Routine, die im alltäglichen Handeln performativ je von Neuem aktualisiert wird, geraten die Praktiken in den Blick, mit denen in linken Gruppen Männlichkeiten und Weiblichkeiten produziert wurden.²⁰ Um die zwischengeschlechtlichen Beziehungen zu regulieren, wurden Frauen in türkischen linken Gruppen als *bacı*, als symbolische Schwester

18 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

19 Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

20 Vgl. West, Candace; Zimmermann, Don: *Doing Gender*, 1987, S. 126.

oder »unsexed, depersonalized kind of ›woman comrade‹«²¹ bezeichnet, deren Aufgabe es war, Seite an Seite mit ihren männlichen Genossen für den Sozialismus zu kämpfen. Diese Zuschreibung fungierte nach außen ebenso wie nach innen. Ab Mitte der 1970er Jahre organisierten sich Frauen in der Türkei im TKP-nahen Fortschrittlichen Frauenverein (İlerici Kadınlar Derneği, İKD) unter dem Slogan *Analar, bacılar, faşizme karşı* (»Mütter und Schwestern gegen den Faschismus«) gegen die politische Gewalt der rechtsextremen ›Grauen Wölfe«. ²² Dabei nutzten sie in der *Evlât acısına son*-Kampagne (»Stoppt den Schmerz der Mütter«) Mutterschaft strategisch, um im öffentlichen Raum gegen die politischen Morde unter der Millyetçi Cephe-Koalition zu protestieren. ²³ Die Selbstpositionierung als *analar* und *bacılar*, die aus Sorge um ihre Söhne und (symbolischen) Brüder auf die Straße gingen, legitimierte den Protest der Frauen im öffentlichen Raum. ²⁴ Indem die Frauen ihre Mutterschaft und ihre Familienbeziehung politisierten, verwischten sie die Grenzen zwischen Privatem und Öffentlichem. Zugleich definierte die relationale (Selbst-)Zuschreibung als *ana* oder *bacı* Frauen über ein Beziehungsgeflecht und verortete sie im privaten Raum. Frauen war es vornehmlich als *ana* oder *bacı* möglich, im öffentlichen Raum politische Forderungen zu stellen. Emine Nihan Türegün argumentiert, dass *bacı* eine Geschichte des Schweigens markiert: Entgegen der identitätsstiftenden Wirkung, die männliche Ikonen in der türkischen Linken entfalten, wurden die Namen der Frauen durch die Bezeichnung als *bacı* – und damit ihre politische Subjektivität – aus der Geschichte getilgt. ²⁵

Nach innen diente die Ansprache linker Frauen als *bacı* der Regulierung der Geschlechterbeziehungen innerhalb der Organisationen. »In den linken Gruppen sollte Sexualität nicht offen gelebt und ausgespro-

21 Berktaş, Fatmagül: Has Anything Changed in the Outlook of the Turkish Left on Women?, 1995, S. 252.

22 Vgl. Yaşasın demokratik kadın hareketinin eylem birliği, in: Kadınların Sesi 4/41, 1978, S. 12 f.

23 Vgl. Analar: Görev Başına!, in: Kadınların Sesi 1/8, 1976; Faşistler Savulun Analar Geliyor, in: Kadınların Sesi 2/20, 1977. An der ersten Kundgebung des İKD am 26. Februar 1976 in Ankara nahmen 5.000 Frauen teil; an der Demonstration am 26. Februar 1977 in Istanbul, die auch von den Frauengruppen der CHP unterstützt wurde, beteiligten sich rund 20.000 Frauen. Vgl. Akal, Emel: Kızıl feministler. Bir Sözlü Tarih Çalışması, İstanbul 2011, S. 227-238.

24 Vgl. Orhan, Gözde: From Motherhood to Activism. A History of Women in Transformation, Dissertation, İstanbul 2008, S. 54. Zur *Evlât acısına son*-Kampagne ebd. S. 41-54.

25 Vgl. Türegün, Emine Nihan: Being a Mother and a Revolutionary. Experiences of Motherhood among Revolutionary Women in 1970s-80s Turkey, Master Thesis, İstanbul 2016, S. 47.

chen werden, damit die Männer nicht provoziert werden«, erklärt Berrin Önlér-Sayan rückblickend. »Und noch dazu: Die Geschlechtertrennung in der türkischen Gesellschaft oder in muslimischen Ländern erlaubt es ja eigentlich nicht, dass Frauen und Männer irgendwo in einem Verein, in einem Raum verschiedene Aktivitäten ausüben konnten. Daher konnte das nur gemacht werden, wenn du Frauen als deine Schwester ansiehst.«²⁶ Teil dieser Inszenierung als sexuell unverfügbare symbolische Schwester war die Kleiderordnung und der Habitus. Linkes Auftreten schrieb sich in den Körper ein: Als Frau links zu sein, erforderte, »männlich« aufzutreten und nicht »emotional« zu sein.²⁷ So wie es für Männer politisch codiert war, einen Schnurrbart zu tragen, wurde von Frauen erwartet, Kleidung zu tragen, die als maskulin wahrgenommen wurde, etwa einen Parka und Hosen.

Sevgi Baydar erinnert sich etwa an ihre Transformation vom Hippie zum Dev-Yol-Mitglied in der Türkei: »Ich war linksorientiert, aber ich habe mich so gekleidet wie immer, ich hatte einen Minirock an und so. Viele Linksorientierte haben angefangen, die Kleidung zu ändern.«²⁸ Mit der zunehmenden Radikalisierung linker Bewegungen in der Türkei vollzog sich demnach ein Wandel in den Geschlechterverhältnissen: Ging es in den Kommunen noch lockerer zu, gab es bei der linksradikalischen Dev-Yol ungeschriebene Kleidungs- und Verhaltensregeln.²⁹ Dies hatte auch mit der Mobilisierungsstrategie von Dev-Yol zu tun: In den 1970er Jahren versuchte Dev-Yol die Bevölkerung in den Gecekondu politisch zu organisieren, die großteils aus den ländlichen Gebieten der Türkei in die Großstädte gezogen war. »Wir sind dann zum ersten Mal in diese Gecekondu, Slums gegangen. Und da waren Menschen natürlich viel konservativer. Die haben gedacht, wir können die nicht so schnell ändern, wir müssen uns anpassen.«³⁰ Die Frauen im Gecekondu zu politisieren, erforderte in den Augen der Dev-Yol-Mitglieder, sich an die sozialen Geschlechternormen anzupassen. Dieser Rückbezug auf »die Werte des Volkes«, so Fatmagül Berktaş, reproduzierte traditionel-

26 Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 16.6.2021.

27 Vgl. etwa das Zeitzeuginneninterview mit Latife Fegan in Akkaya, Gülfer: Sanki Eşittik, 2011, S. 53.

28 Zeitzeuginnengespräch mit Sevgi Baydar, Berlin, Schöneberg, 22.1.2022.

29 Zum Lebensstil und körperlichen Habitus als performativen Teil des revolutionären Populismus von Dev-Yol vgl. Morgül, Kerem: Performing Revolutionary Populism. The Revolutionary Path Movement in Turkey, in: Qualitative Sociology 42, 2019, S. 273-297.

30 Zeitzeuginnengespräch mit Sevgi Baydar, Berlin, Schöneberg, 22.1.2022.

le Geschlechterverhältnisse in der türkischen Linken.³¹ Die Kontrolle über die Kleidung und das Verhalten der Frauen legitimierten türkische linke Organisationen mit dem Argument, dass Frauen aufgrund ihres Geschlechts anfälliger dafür waren, ›bourgeois‹ zu werden.³² Da Dev-Yol auch sexuelle Beziehungen als bourgeois betrachtete, versuchte die eigens dafür gegründete ›Revolutionäre Moralpolizei‹ (Devrimci Ahlâk Zabıtası, DAZ) Annäherungsversuche innerhalb der Bewegung zu über-
wachen und zu verhindern.³³

Damit bewegte sich Dev-Yol am radikalen Ende des Spektrums, doch auch in anderen linken Organisationen galt der Feminismus als bourgeois.³⁴ Dies war nach Remziye Ünal der Grund, warum Frauen zunächst Frauengruppen innerhalb der linken Organisationen bildeten statt eigenständige Frauenvereine zu gründen: »Wenn du Feministin gesagt hast, sind sie hochgesprungen. ›Die sind gegen die Revolution, mit ihrer Arbeit verhindern sie die Revolution, sie teilen uns‹, haben sie gesagt.«³⁵ Frauen, die ihren eigenen Verein gründen wollten, sahen sich oft mit dem Vorwurf konfrontiert, die Arbeiterbewegung zu spalten. Damit benennt Ünal einen zentralen Konflikt zwischen linken Arbeiter*innenorganisationen und der neu aufkommenden autonomen Frauenbewegung, der in den 1970er Jahren sozialistische Migrantinnen zwang, zwischen Geschlechterfragen und Klassenverhältnissen abzuwägen.³⁶ Während radikal autonome Feministinnen die patriarchale Geschlechterunterdrückung als grundlegende Strukturkategorie moderner Gesellschaften sahen, gegen die Abschaffung des Paragraphen 218 kämpften und Gewalt gegen Frauen politisierten, strebte die sozialistische Frauenbewegung eine Transformation der kapitalistischen und patriarchalen Verhältnisse an.³⁷ Der Begriff ›Feminismus‹ evozierte in diesem spezifi-

31 Vgl. Berktaş, Fatmagül: Has Anything Changed in the Outlook of the Turkish Left on Women?, 1995, S. 253.

32 Vgl. ebd., S. 252.

33 Vgl. Houston, Christopher: Istanbul, City of the Fearless. Urban Activism, Coup d'État, and Memory in Turkey, Oakland, California 2020, S. 130f.

34 Vgl. Arıkan, Saadet u. a. (Hg.): ... ve hep birlikte koştuk ... İlerici Kadınlar Derneği (1975-1980), İstanbul 1996, S. 17.

35 Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

36 Vgl. Haug, Frigga: Sozialistischer Feminismus. Eine Verbindung im Streit, in: Becker, Ruth, Kortendieck, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden 2010, S. 52-58; Notz, Gisela: Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre. Entstehungsgeschichte – Organisationsformen – politische Konzepte, in: Archiv für Sozialgeschichte 44, 2004, S. 123-148.

37 Vgl. Notz, Gisela: Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre, 2004, S. 133.

schen historischen Kontext auch die Frage, ob Frauenkämpfe autonom, also ohne Männer und unabhängig von institutionellen Strukturen, oder in gemischten, männerdominierten Organisationen ausgefochten werden sollten.³⁸ In den Diskussionen über Geschlechterverhältnisse in migrantischen linken Organisationen spiegeln sich also Konflikte zwischen sozialistischen Gruppen und der autonomen Frauenbewegung, die in den 1970er Jahren in der Bundesrepublik ausgetragen wurden.

Dass der Begriff ›Feminismus‹ in diesem Zusammenhang historisiert werden muss, wird auch aus den Zeitzeuginnengesprächen deutlich. Mehrere Zeitzeuginnen grenzten sich vom Feminismus ab, als sie über ihren politischen Aktivismus und die Frauengruppen in den 1970er Jahren sprachen.³⁹ »Die Frauengruppe war eher links. Das war für uns noch nicht so im Vordergrund, also das Thema Frausein oder feministisch sein war noch nicht so im Vordergrund,«⁴⁰ beschreibt etwa Berrin Önlér-Sayan die Frauengruppe, die sie 1977 mit anderen Studentinnen und Arbeiterinnen gründete. Fatma Kaya, die sich im Türkischen Frauenverein engagierte, wurde von ihrem Umfeld wiederholt als Feministin bezeichnet, weil sie für Frauenrechte eintrat. Aus dem gleichen Grund warf ihr Mann ihr vor, eine Deutsche geworden zu sein. »Für meinen Mann waren viele Dinge schwierig zu verstehen. Er hat zu mir gesagt: ›Du bist eine Deutsche geworden‹, erzählt sie. »Ich habe ihm gesagt: ›Ich bin keine Deutsche geworden, ich bin ein Mensch. Ich nehme von dort gute Sachen auf und von hier auch und dann nutze ich sie.«⁴¹ Neben der Gefahr des ›going bourgeois‹ waren migrantische Frauen in den Augen linker Männer in Westdeutschland also zusätzlich der Gefahr des ›going German‹ ausgesetzt. Auf die Frage, ob sie sich selbst als Feministin definiere, antwortete Fatma Kaya im Interview: »Also ich nicht, nee für mich nicht. Das sind Menschenrechte.«⁴² Sie begründete ihre Ablehnung des Begriffs damit, dass sie als Alevitin bereits in ihrer Kindheit gelernt habe, dass Männer und Frauen gleich seien.

Die Ablehnung einer feministischen Selbstdefinition könnte auch damit zusammenhängen, was die Zeitzeuginnen in den 1970er Jahren unter Feminismus verstanden: Aus ihren Antworten lässt sich schließen, dass

38 Vgl. ebd., S. 134.

39 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Sevgi Baydar, Berlin, Schöneberg, 22.1.2022; Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021; Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023; Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

40 Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021.

41 Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.

42 Ebd.

Feminismus für sie eine Bewegung war, die auf die Frauenfrage allein fokussierte und andere soziale Diskriminierungsstrukturen vernachlässigte. Dabei verorteten sie Feminismus als Bewegung in den USA, die sich in Westdeutschland ausbreitete⁴³ und in der Türkei erst nach dem Militärputsch 1980 mit dem Aufkommen der zweiten feministischen Bewegung verbreitet adaptiert wurde.⁴⁴ »Um Frauenrechte zu verteidigen, muss man nicht feministisch sein«, erklärt Türkan Alp, warum sie in der sozialistischen TTO und dem Türkischen Frauenverein den Begriff ›Feminismus‹ nicht verwendeten.⁴⁵ In dieser distanzierten Haltung spiegelt sich die Abgrenzung sozialistischer Frauen von radikalen Feministinnen wider, die im Feminismus eine Form des bürgerlichen Individualismus sahen, der den Klassenkampf spalte.⁴⁶

Frauenrechte isoliert von anderen Diskriminierungsstrukturen zu betrachten, entsprach nicht der Lebensrealität vieler Migrantinnen, in der *gender*, *race* und *class* intersektional verflochten waren. Durch die Migration und den prekären sozialen Status in Westdeutschland rückten in migrantischen Gruppen anders als in linken Organisationen in der Türkei bereits in der ersten Hälfte der 1970er Jahre auch Reproduktionsthemen auf die Agenda. So organisierte die ATTF gemeinsam mit anderen migrantischen Vereinen 1974 eine bundesweite Kampagne gegen die

43 Vgl. etwa Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

44 Lange galt in der Forschung die Phase von 1935-1980 in der Türkei als Pause zwischen den zwei feministischen »Wellen« der osmanischen Frauenbewegung und der feministischen Bewegung nach 1980. Die neuere Forschung stellt diese Periodisierung in Frage, zumal zentrale Akteurinnen der zweiten feministischen Bewegung nach 1980 vor dem Militärputsch in linken sozialistischen Organisationen sozialisiert wurden. Insofern waren Frauen in der »Pause« durchaus aktiv; der Begriff ›Feminismus‹ verbreitete sich allerdings erst mit dem Aufkommen der feministischen Bewegung nach 1980. Vgl. hierzu etwa Adak, Sevgi: Yetmişli Yıllarda Kadın Hareketi. Yeni Bir Feminizmin Ayak Sesleri, in: Kaynar, Mete Kaan (Hg.): Türkiye'nin 1970'li Yılları, İstanbul 2020, S. 609-629; Adak, Sevgi; Çağatay, Selin: Revisiting feminist historiography on women's activism in Turkey. Beyond the grand narrative of waves, in: Women's History Review 32/5, 2023, S. 723-744; Çınar, Sercan: A Transnational History of Left Feminism in Turkey (1974-1979). Relations and Exchanges between the IKD and the WIDF, in: Diyâr 4/1, 2023, S. 72-99; Azak, Umut; Smaele, Henk de: National and Transnational Dynamics of Women's Activism in Turkey in the 1950s and 1960s. The Story of the IWC Branch in Ankara, in: Journal of Women's History 28/3, 2016, S. 41-65.

45 Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

46 Vgl. Notz, Gisela: Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre, 2004, S. 135.

Kürzung des Kindergelds.⁴⁷ Manuela Bojadžijev argumentiert, dass die Kindergeld-Proteste den Auftakt für einen migrantischen Widerstand markierten, der sich nicht nur auf Arbeitskämpfe konzentrierte, sondern auch auf den Bereich der Familie und Reproduktionsarbeit richtete.⁴⁸ Für Gül Ataseven-Özen war klar, dass migrantische Frauen ihre Rechte nicht gegen Männer durchsetzen konnten, sondern nur mit ihnen. »Frauenprobleme sind auch Gesellschaftsprobleme, das war für uns immer klar: Das sind nicht Frauenprobleme, das sind Gesellschaftsprobleme, wir müssen sie Hand in Hand, Schulter an Schulter zusammen tragen. Allein geht es nicht. Wir sind sowieso schon von der Gesellschaft ausgeschlossen, wir müssen gemeinsam kämpfen.«⁴⁹ Hier wird deutlich, wie in der Migration verschiedene, teils widersprüchliche Machtstrukturen ineinanderwirkten und ein intersektionales Verständnis von Frauenrechten bedingten.

2.2 Politische Nähkurse? Der Türkische Frauenverein

»Nun ist für mich und andere die Frage zu stellen – weiß die Arbeiterwohlfahrt [...] eigentlich nicht, daß es sich bei FIDEF ganz offiziell um eine Tarnorganisation der verbotenen türkischen kommunistischen Partei handelt und daß mit der Propagierung von Nähkursen oder Sprachkursen oder anderen dubiosen Dingen gleichzeitig Propaganda für die türkische kommunistische Partei gemacht wird, denn keiner kann kontrollieren, ob in dem Nähkurs nicht nur ¼ Stunde Nähen ist und 45 Minuten politischer Vortrag gehalten wird [...].«⁵⁰

Mit dieser rhetorischen Frage wandte sich der Leiter der DGB-Abteilung Ausländische Arbeitnehmer, Heinz Richter, im Januar 1979 in einem Brief an die Arbeiterwohlfahrt. Richter reagierte damit auf die Beschwer-

47 Vgl. Çocuk paramız kesilemez!, in: Kurtuluş, 10.7.1974; Çocuk Paraları için Direnelim!, in: Kurtuluş 113, 13.9.1974; Haklarımızı Yedirmiyelim. 3 Müsteşarın İmzasıyla Çocuk Paramızı Kaptırmıyacağız, in: Kurtuluş 117, 8.11.1974. Zur Kindergeldreform 1974 und migrantischen Protesten dagegen vgl. Stokes, Lauren: »An Invasion of Guest Worker Children«. Welfare Reform and the Stigmatisation of Family Migration in West Germany, in: Contemporary European History 28/3, 2019, S. 372–389.

48 Vgl. Bojadžijev, Manuela: Die windige Internationale, 2008, S. 219–224.

49 Zeitzeugnengespräch mit Gül Ataseven-Özen, Berlin, Schöneberg, 25.3.2022.

50 DGB Bundesvorstand, Abt. Ausländische Arbeitnehmer an Eberhard de Haan, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband: Betr.: Zusammenarbeit von einzelnen türkischen Sozialbetreuern der Arbeiterwohlfahrt mit FIDEF, AdSD, 5/DGAZ 579, 19.1.1979.

de eines türkischen Dolmetschers über die Zusammenarbeit der AWO mit der linksgerichteten Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD (FİDEF).⁵¹ Bereits Richters beschwichtigende Bitte an den AWO-Bundesvorstand Eberhard de Haan, »nicht schon wegen des Betreffs des Briefes an die Decke zu gehen oder dich einzuigeln«,⁵² verdeutlicht, dass die AWO regelmäßig mit derartigen Beschwerden und Sorgen um kommunistische Umtriebe unter Arbeitsmigrant*innen konfrontiert war.⁵³ Doch selten richteten sich die Ängste vor dem Einfluss sozialistischer Mobilisierung wie in diesem Fall auf migrantische Frauenvereine. Diese galten mit ihrem Beratungsangebot und ihren Sprach- und Nähkursen eher als des Politischen unverdächtig. Türkische Frauenvereine entstanden ab Mitte der siebziger Jahre in der Bundesrepublik und West-Berlin, als nach dem Anwerbestopp 1973 mit dem Familiennachzug als neuem Haupteinreiseweg die Familie der Arbeitsmigrant*innen als politischer Faktor in den Fokus rückte. Die Frauenvereine richteten ihren Arbeitsschwerpunkt darauf, per Familienzusammenführung nach Westdeutschland migrierte Frauen bei ihren Sprach-, Wohn- und Aufenthaltsproblemen zu unterstützen und zu beraten.⁵⁴ Diese Vereine schufen mit einem Angebot von Beratung, kulturellen Aktivitäten, Alphabetisierungs-, Sprach- und Nähkursen einen Raum, in dem sich Frauen aus der Türkei ungestört treffen konnten. Doch inwiefern waren Nähkurse politisch? Dieser Frage gehe ich am Beispiel des Türkischen Frauenvereins in West-Berlin (Batu Berlin Türkiye Kadınlar Birliği, BTKB) nach, der am 8. März 1975 gegründet wurde und heute noch existiert.

Die Initiative für die Gründung des Türkischen Frauenvereins ging von einem Arbeitskreis für Frauenrechte und Gleichberechtigung aus, den Frauen innerhalb der sozialistischen Organisation TTO gegründet hatten.⁵⁵ Türkan Alp, eine der Frauen in diesem Arbeitskreis, erinnert sich: »Wir haben immer gesagt, die Befreiung der Frau geht mit der Be-

51 Vgl. A. K. an den DGB-Bundesvorstand, Abt. Ausländische Arbeitnehmer, Türkisches Zentralbüro: Zusammenarbeit zwischen den FİDEF-Mitgliedsvereinen und der AWO, AdsD, 5/DGAZ 579, 2.1.1979.

52 DGB Bundesvorstand, Abt. Ausländische Arbeitnehmer an Eberhard de Haan, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband: Betr.: Zusammenarbeit von einzelnen türkischen Sozialbetreuern der Arbeiterwohlfahrt mit FİDEF, AdsD, 5/DGAZ 579, 19.1.1979.

53 Zu den von türkischer Seite an die AWO gerichteten Vorwürfen der »kommunistischen Infiltration« s. Hunn, Karin: »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«, 2005, S. 156-159 und 169 f.

54 Vgl. Nocera, Lea: »Manikürlü Eller Almanya'da Elektrik Bobini Saracak«, 2018, S. 254.

55 Vgl. Demir, Mustafa; Sönmez, Ergün: Als Arbeiter zu »Gast« in Deutschland, 2015, S. 136.

freierung der Arbeiter*innen einher. Aber wir haben gesehen, dass nichts passiert. Wenn wir auf die Arbeiter warten, werden wir überhaupt nichts machen können. Wir müssen uns selber befreien.«⁵⁶ Diese Initiative wurde von den linksgerichteten Männern im Verein anfangs nicht ohne Argwohn beobachtet, wie Mustafa Demir und Ergün Sönmez in ihrer Publikation zur Geschichte der TTO beschreiben: »Solche Töne waren neu für viele türkische Männer; selbst wenn sie Linke waren, verfolgten sie mit Unbehagen das Vorhaben der Frauen.«⁵⁷ Später gaben die Männer im Verein diese Vorbehalte auf und unterstützten die Selbstorganisation der Frauen. Dies war auch darauf zurückzuführen, dass die in der Türkei verbotene Türkische Kommunistische Partei (Türkiye Komünist Partisi, TKP), unter deren Einfluss die ATTF ab Ende der 1960er Jahre zunehmend stand,⁵⁸ die Notwendigkeit erkannte, Frauen zu mobilisieren, um breitere Kreise der Gesellschaft zu erreichen und zu organisieren.⁵⁹

Nach zwei Vorbereitungstreffen im Februar und März 1975 gründeten rund 55 türkeistämmige Frauen symbolträchtig am 8. März 1975, im Internationalen Jahr der Frau, den Türkischen Frauenverein West-Berlin, kurz BTKB. »Es war ein ganzes Frauenjahr, das ganze Jahr gab es Frauenkonferenzen, wirklich überall auf der Welt, es war wirklich ein sehr schönes Jahr. Wir haben uns am 8. März gegründet, das werde ich nie vergessen«, sagt Türkan Alp, die zu den Gründungsmitgliedern gehörte.⁶⁰ Das Gründungstreffen fand im Wohnzimmer eines armenischen Bekannten der Frauen in einem abbruchreifen Erdgeschoss in Berlin-Moabit statt. »Denn wir hatten kein Geld, wir mussten alles selbst machen«, sagt Alp. In der ersten Zeit trafen sich die Frauen des Türkischen Frauenvereins in einem Raum, den sie in der Gneisenaustraße in Berlin-Kreuzberg gemietet hatten.⁶¹ 1981 zogen sie in die Sanderstraße um, die in unmittelbarer Nähe des Kottbusser Damms und des Maybachufers lag. Im Aufruf zur ersten Generalversammlung heißt es: »Als türkische Arbeiterinnen, die in West-Berlin arbeiten, wollen wir uns mit

56 Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

57 Demir, Mustafa; Sönmez, Ergün: Als Arbeiter zu »Gast« in Deutschland, 2015, S. 136.

58 Vgl. Çinar, Sercan: The Making of Turkish Migrant Left Feminism and Political Generations in the Ruhr, West Germany (1975-90) 2020, S. 107.

59 Vgl. Ozcurumez, Saime; Cengiz, Feyda Sayan: On resilience and response beyond value change, 2011, S. 26.

60 Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

61 Vgl. Türkischer Frauenverein Berlin: Mitteilung zum Vorstand, Archiv des Türkischen Frauenvereins, o. D.

unseren mehr als 40 000 Mitbürgerinnen vereinigen und eigene Auswege für unsere Probleme finden.«⁶² Laut einer undatierten Selbstdarstellung, in der sich der Frauenverein als Selbsthilfeorganisation bezeichnete, entstand die Idee, als sich Frauen im Austausch bewusst wurden, dass sie die gleichen Probleme teilten.⁶³ Ausschlaggebend für die Selbstorganisation war demnach das Bewusstsein, kollektiv erfahrene Schwierigkeiten am besten durch Solidarität lösen zu können.

Der Impuls zur Gründung des Frauenvereins ging jedoch zumindest nicht ausschließlich von den Frauen aus dem Arbeitskreis der TTO hervor, sondern erfolgte auch auf Initiative der TKP aus der Türkei, die laut Türkan Alp die bereits seit 1963 in West-Berlin lebende Meral Uygun⁶⁴ »beauftragte, in Berlin einen Verein für türkische Arbeiterinnen zu gründen.«⁶⁵ Dass im Gründungsmythos des Türkischen Frauenvereins zwei divergierende Erzählungen überliefert sind, mag auf die unterschiedlichen Adressaten zurückzuführen sein: Die Selbstdarstellungen und Broschüren des Vereins entstanden im Prozess der Institutionalisierung und Finanzierung durch den Senat und blickten retrospektiv auf den Gründungskontext zurück. Sie richteten sich sowohl an potentielle Besucherinnen als auch an den Senat als Geldgeber. Wie sich hier bereits andeutet und im Weiteren zeigen wird, verweist diese Parallelerzählung auf das Spannungsfeld von staatlicher Förderung und politischer Ausrichtung, in dem der Verein agierte.

In West-Berlin war der Türkische Frauenverein die erste unabhängige Migrantinnenorganisation, die sich für die sozialen Rechte türkeistämmiger Frauen einsetzte. Die Entstehungsgeschichte und der politische Hintergrund des Türkischen Frauenvereins war spezifisch und unterschied sich in der politischen Ausrichtung von anderen Frauenvereinen für türkeistämmige Migrantinnen in West-Berlin, die in den darauffolgenden Jahren eher aus einem sozialpädagogischen Zusammenhang heraus entstanden.⁶⁶ Zugleich war der Türkische Frauenverein kein Einzelfall, wie die deutschland- und europaweite Vernetzung zeigt: Frauenvereine mit gleicher politischer Ausrichtung entstanden 1975 in Gelsenkirchen,

62 Türkischer Frauenverein Berlin: Genel Kuruluna Çağrı, Archiv des Türkischen Frauenvereins, 8.3.1975.

63 Vgl. Türkischer Frauenverein Berlin: Selbstdarstellung, FFBIZ, Berlin 19.6c Sammlung DFB, o. D.

64 Vgl. »Wie Martin Luther King«. Türkischer Frauenverein, erstes »Gastarbeiter«-Projekt, feiert 20jähriges Jubiläum, in: taz, 9.3.1995.

65 Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

66 Detaillierter hierzu s. Kapitel 5.2.1. Vgl. Nocera, Lea: »Manikürlü Eller Almanya'da Elektrik Bobini Saracak«, S. 253.

Stuttgart, München, Kaiserslautern, Großbritannien, den Niederlanden und Belgien.⁶⁷ Diese Frauenvereine schlossen sich im Oktober 1975 zur Föderation Türkischer Frauenvereine in Europa, kurz ATKF zusammen.⁶⁸ Transnational verstand sich die ATKF als Schwesterorganisation des Progressiven Frauenvereins İKD, der TKP-nahen Frauenorganisation mit rund 15.000 Mitgliedern, die am 3. Juni 1975 in der Türkei gegründet und im April 1979 verboten wurde.⁶⁹

Im September 1975 informierte der BTKB die Schwesterorganisation İKD in einem Brief über die Vereinsgründung und formulierte seine Forderungen, um »eine Lösung für die vielen Probleme der Frauen zu finden, die in West-Berlin arbeiten, und um unseren Stimmen Gehör zu verleihen.«⁷⁰ Die Ziele des Türkischen Frauenvereins umfassten Forderungen nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit, Kindergarten- und Ausbildungsplätzen sowie besseren Wohnbedingungen.⁷¹ An diesen Forderungen wird deutlich, dass der Verein Geschlecht nicht isoliert von Klasse und migrationsrechtlichem Status betrachtete, sondern diese Strukturkategorien als verflochtene, interdependente Komplexe begriff.⁷² Zudem waren die Forderungen ausgerichtet auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Migrantinnen und ihrer Familien in der Bundesrepublik. Als besonderes Ziel hob der Türkische Frauenverein hervor, »den Massen zu verkünden, dass die internationale Frauenbewegung nicht von der internationalen Arbeiterklasse getrennt ist und die Befreiung der Frau mit der Befreiung der Arbeit verwirklicht werden wird.«⁷³ Damit antizipierte der Frauenverein den in der türkischen Linken verbreiteten Vorwurf, die Gründung einer Frauenorganisation spalte die Arbeiterklasse, dem sich auch der İKD ausgesetzt sah.⁷⁴

67 Vgl. ATKF'den Haberler, in: Emekçi Kadın 2, 24.2.1976, S. 4.

68 Vgl. Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu: Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu Kuruldu, TÜSTAV, Gelsenkirchen Kadınlar Birliği (GKB) Arşiv Fonu, Zarf 124, 1975.

69 Vgl. Çınar, Sercan: The Making of Turkish Migrant Left Feminism and Political Generations in the Ruhr, West Germany (1975-90) 2020, S. 110.

70 Türkischer Frauenverein Berlin: Brief an den İKD, Archiv des Türkischen Frauenvereins, 10.9.1975.

71 Ebd.

72 Vgl. Walgenbach, Katharina: Intersektionalität als Analyseperspektive heterogener Stadträume 2014, S. 81. Zum Begriff der Interdependenz und Geschlecht als interdependenter Kategorie s. Walgenbach, Katharina: Gender als interdependente Kategorie, 2007.

73 Brief an den İKD, 10.9.1975.

74 Vgl. Arıkan, Saadet u. a. (Hg.): ... ve hep birlikte koştuk ..., 1996, S. 17. Zur Positionierung des İKD zum Feminismus und den Spaltungsvorwürfen vgl. Akal, Emel: Kızıl feministler, 2011, S. 164-174.

Im Türkischen Frauenverein verschwammen die Grenzen von Politischem und Privatem. Wie die Soziologin Helen Schwenken argumentiert, lässt sich die in der bewegungswissenschaftlichen Forschung verbreitete analytische Trennung zwischen Selbsthilfeorganisationen und politischen Organisationen in Bezug auf die Selbstorganisation von Migrantinnen nicht aufrechterhalten. Für diese sei, so Schwenken, die »enge Verknüpfung von politischen und sozialen Aspekten kennzeichnend.«⁷⁵ Aufbauend auf dieser Beobachtung argumentiere ich, dass in migrantischen Frauenvereinen wie dem BTKB Soziales und Politisches nicht nur eng verflochten waren, sondern dass Frauenvereine genuin politische Orte waren, weil sie das Private und Soziale politisierten – und das in mehrfacher Hinsicht. Dies zeigt sich besonders ausgeprägt am Beispiel des Türkischen Frauenvereins, der in einem Spannungsfeld zwischen der Finanzierung durch den Senat und der politischen Nähe zur TKP das Verhältnis von Unabhängigkeit, Privatem und Politischem aushandelte.

Erstens nahm sich der Türkische Frauenverein der strukturellen Probleme von türkeistämmigen Frauen in West-Berlin an und änderte diese konkret vor Ort, etwa durch Beratung oder Alphabetisierungskurse. Während Deutsch- und Alphabetisierungskurse darauf abzielten, dass sich die Frauen im Alltag selbstständig zurechtfinden, sollten Näh- und Schneiderkurse auch eine spätere Professionalisierung ermöglichen.⁷⁶ Durch diese Angebote gewannen die Besucherinnen des Türkischen Frauenvereins Autonomie. Zugleich schuf der Frauenverein mit Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe in Reaktion auf die von staatlicher Seite fehlende Infrastruktur eine eigene soziale Infrastruktur. Dies war neben den sichtbaren Protesten für eine bessere Schulbildung eine weitere, »unsichtbare« Taktik, das Soziale und die Reproduktionsarbeit zu politisieren und als Alternative zur Marginalisierung im westdeutschen Schulsystem eigene Räume zu schaffen.⁷⁷ Durch diese Politisierung unterstützten sie Frauen konkret, machten aber auch die Aufnahmegesellschaft auf strukturelle Ausschlüsse aufmerksam.⁷⁸

75 Schwenken, Helen: Frauen-Bewegungen in der Migration, 2000, S. 134.

76 Türkischer Frauenverein Berlin: Selbstdarstellung, FFBIZ, Berlin 19.6c Sammlung DFB, o. D.

77 Vgl. zum Verhältnis von Reproduktion und dem Kampf um Rechte: Bojadžijev, Manuela: Die windige Internationale, 2008, S. 224–228.

78 Vgl. Fijalkowski, Jürgen; Gillmeister, Helmut: Ausländervereine – ein Forschungsbericht. Über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft – am Beispiel Berlins, Berlin 1997, S. 211.

Zweitens politisierte der Türkische Frauenverein das Private, indem er sich scheinbar unpolitische Orte und Treffen wie Nähkurse⁷⁹ zunutze machte, um sich ungestört politisch austauschen und Bewusstseinsbildung betreiben zu können – ob dieses Bewusstsein nun ein Klassenbewusstsein oder ein feministisches Bewusstsein bedeutete. Diese Nähkurse hatten emanzipatives Potential, insofern hier Frauen zusammenkamen, sich bewusst wurden, dass sie mit ihren Problemen nicht allein waren und im Austausch lernten, welche Rechte ihnen zustanden. Zentral dafür war, dass sich der Frauenverein selbstbestimmt einen Raum aneignete, der als semiöffentlicher Treffpunkt fungierte.⁸⁰ Fatma Kaya kam auf der Suche nach einer Hausaufgabenbetreuung für ihre Töchter 1978 zum Türkischen Frauenverein und blieb selbst. Im Zeitzeuginnengespräch bezeichnet sie den Frauenverein als wichtigen Ort für sich selbst und andere Frauen. »Der Frauenverein hat viele Frauen unterstützt, wie sie für ihre Rechte kämpfen können. Einige Frauen haben es ganz normal gefunden, wie es zuhause läuft, ist egal, ob der Mann sie schlägt, die Frau unterdrückt. Aber der Frauenverein hat schon vielen beigebracht, wie eine Frau Rechte haben kann für sich, sie ist auch ein Mensch.«⁸¹ Die Frauenorganisation politisierte das Private also nicht, indem sie es an die Öffentlichkeit trug, sondern indem sie den halböffentlichen Raum und die damit verbundenen Ausschlussmechanismen strategisch nutzte. Was im Frauenverein geschah, entzog sich den Blicken der Männer und der Gesellschaft. Den Frauen diente Unsichtbarkeit als politische Handlungsstrategie.⁸²

Dieser Ansatz stieß bei den Ehemännern der Frauen, die in den Türkischen Frauenverein kamen, nicht unbedingt auf Gegenliebe, wie sich Türkan Alp erinnert: »Die Ehemänner haben immer gesagt: ›Wir werden euch nicht dorthin schicken, sie werden euch in den Kopf setzen, dass

79 Zur Sozialgeschichte der Nähmaschine an der Schnittstelle von produktiver und reproduktiver Arbeit, durch die Privatsphäre und öffentliche Sphäre verschwimmen, s. Hausen, Karin: Technischer Fortschritt und Frauenarbeit im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte der Nähmaschine, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4/2, 1978, S. 148-169. Zur Sozialgeschichte der Nähmaschine im Nahen Osten als Technologie, die insbesondere Frauen Erwerbsarbeit von zuhause ermöglichte, s. Kupferschmidt, Uri: The Social History of the Sewing Machine in the Middle East, in: *Die Welt des Islams* 44/2, 2004, S. 195-213.

80 Vgl. Schwenken, Helen: *Frauen-Bewegungen in der Migration 2000*, S. 152.

81 Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.

82 Vgl. Ataç, Ilker; Kron, Stefanie; Schilliger, Sarah; Schwiertz, Helge; Stierl, Maurice: Kämpfe der Migration als Un-/Sichtbare Politiken. Einleitung zur zweiten Ausgabe, in: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 1/2, 2015, S. 1-18, S. 7.



*Nähen unter dem 1.-Mai-Poster: Im Türkischen Frauenverein verschwammen
Privates und Politisches*

auch Frauen Rechte haben.« Die Frauen wurden wirklich aufgeklärt. Zwischen den Frauen, die zu uns kamen, und denen, die aus dem Verein herausgegangen sind, gab es einen großen Unterschied.«⁸³ Gülsüm Kaya, die 1970 als Kind per Familienzusammenführung nach West-Berlin kam und sagt, sie sei im Türkischen Frauenverein »größgeworden, sozialisiert worden, politisiert worden«,⁸⁴ erzählt von der Reaktion ihres Vaters auf die Teilnahme ihrer Mutter an einem Alphabetisierungskurs des Frauenvereins: »Ich weiß noch, als wir meine Mutter angemeldet hatten für den Alphakurs. Sie ist ein oder zwei Monate da gewesen, dann hat Papa mitbekommen, dass die Frauen sich gegen ihre Männer stellen und ja, sogar was fordern, und hat gesagt: ›In diesem roten Haufen hast du nichts zu suchen‹.«⁸⁵ Die Frauen taten also Politisches in einem scheinbar privaten, unpolitischen Kontext. Der Nähkurs fungierte nach außen auch als Camouflage.

Beim Türkischen Frauenverein wirkten Strukturen wie Nähkurse und Alphabetisierungskurse zudem als Mobilisierungsstrategie. Durch solche

83 Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

84 Zeitzeuginnengespräch mit Gülsüm Kaya, Berlin, Neukölln, 14.6.2022.

85 Ebd.

Angebote konnte der Frauenverein auch Kontakt zu einem breiteren Kreis von Frauen aufbauen, die sich nicht als politisch verstanden, und sie für die Organisation gewinnen. Türkan Alp erklärt das im Zeitzeuginnengespräch so: »Wir haben wirklich Hilfe gebraucht und die TKP hat mobilisiert. Sie wollte auch die Frauen mobilisieren. Wenn wir mit den Frauen arbeiten, können wir sie unseren Anschauungen entsprechend aufklären.«⁸⁶ In ihrem Tätigkeitsbericht an das Zentralkomitee der TKP berichtete die ATKF 1978, es sei nicht leicht, jahrhundertlang unterdrückte Frauen zu organisieren. Die Frauenbewegung wachse jedoch, »indem man unter die nichtorganisierten Frauen geht und ihnen von der Richtigkeit und Berechtigung dieser Bewegung erzählt«.⁸⁷ Zur Mobilisierungsstrategie der in der ATKF organisierten Frauenvereine heißt es im Bericht weiter: »Jede unserer Organisationen knüpft zu ihren eigenen Bedingungen gute Beziehungen zu unseren Frauen. Dazu gehören Haus- und Krankenhausbesuche, Näh- und Alphabetisierungskurse, Sprachkurse, Kinderimpfungen, unseren Frauen gegen Ungerechtigkeiten beizustehen oder ihnen bei konkreten Problemen des Alltagslebens wie Fremdsprache, Wohnen, Schule zu helfen.«⁸⁸

Damit orientierten sie sich an der Strategie des İKD in der Türkei, der in Schulungsmaterialien empfahl, nicht organisierte Frauen bei kurzen, aber effektiven Versammlungen zuhause und am Arbeitsplatz, in Cafés und Hochzeitssalons zu mobilisieren.⁸⁹ »Um zum Beispiel mit unserer Zeitung auch das Interesse von Frauen zu wecken, die in politischer Hinsicht sehr unerfahren sind, ist es nur im Sinne eines ›Anknüpfungspunktes‹ notwendig und nützlich, auf Themen wie Haushalt und Kindererziehung einzugehen«,⁹⁰ schlug das Zentralkomitee für Mobilisierung des İKD in einer weiteren Handreichung vor. Um einen breiteren Kreis an Frauen für die Organisation zu gewinnen, setzten die Mitgliedsvereine der ATKF also ähnlich wie der İKD darauf, im Stadtteil mit sozialen Aktivitäten präsent zu sein. Folklore, Ausstellungen, Näh- und Alphabe-

86 Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

87 Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu: ATKF MYK'nın üyelere gönderdiği faaliyet raporu, TÜSTAV, GKB Arşiv Fonu, Zarf 113, 1.7.1978.

88 Ebd.

89 Vgl. İKD Merkez Örgütlenme Komisyonu: Yığın Eylemlerinin Örgütlenmesi ve Propaganda Çalışmaları, TÜSTAV, o. D., online abrufbar unter: www.tustav.org/yayinlar/kutuphane/kadin-hareketi-kutuphanesi/ikd-197x-egitim-notlari-12.pdf (24.2.2025).

90 İKD Merkez Örgütlenme Komisyonu: Propaganda ve Ajitasyon, TÜSTAV, o. D., online abrufbar unter: www.tustav.org/yayinlar/kutuphane/kadin-hareketi-kutuphanesi/ikd-197x-egitim-notlari-06.pdf (24.2.2025).

tisierungskurse dienten zugleich dem Kontaktaufbau und der politischen Mobilisierung.⁹¹

Was politisch war, wurde auch zum Gegenstand von Aushandlungen im Türkischen Frauenverein. Laut Türkan Alp entstand im Verlauf der Zeit ein Spannungsverhältnis zwischen politischer Arbeit und Beratungstätigkeit. Im Zeitzeuginnengespräch sagt sie: »In den Anfangsjahren haben wir mehr politische Arbeit gemacht. Beratung hat später an Gewicht gewonnen. Ich war dagegen, weil durch die Beratungstätigkeit unsere politische Richtung verlorengeht. Weil es die Mehrheit so wollte, ist unsere politische Ausrichtung ein bisschen zusammengestutzt worden. Aber mit Frauenrechten haben wir uns weiterhin beschäftigt.«⁹² Türkan Alp differenziert also zwischen politischer Organisation im engeren Sinne und Beratung, die sie auch als politisch versteht, wenn auch im weiteren Sinne. Dieses Spannungsverhältnis zwischen politischer Arbeit und Beratungstätigkeit war auch eines zwischen autonomen Vereinsstrukturen und der Einhegung durch staatliche Finanzierung.

Der Frauenverein finanzierte sich einer Selbstdarstellung zufolge bis 1979 durch Mitgliedsbeiträge, Solidaritätsveranstaltungen sowie den Erlös aus Handarbeiten und Essensverkauf auf Straßenfesten.⁹³ Da der Bedarf an einer Anlaufstelle für Migrantinnen aus der Türkei groß war, wandte sich der Frauenverein an den West-Berliner Senat, der ihn ab 1979 finanziell unterstützte.⁹⁴ In den Augen von Türkan Alp ging mit der Finanzierung durch den Senat eine Deradikalisierung und Entpolitisierung des Frauenvereins einher: »Jedes Mal, wenn eine Stelle bewilligt wurde, hat sich ein Artikel unserer Satzung verändert. Denn unsere erste Satzung beruhte komplett auf der Parteilinie der TKP, das war eine ausgesprochen progressive Satzung. Wann immer wir Hilfe bekommen haben, sieh an, in der Satzung hat sich etwas verändert.«⁹⁵ Diese Einschätzung stützt ein vergleichender Blick auf die Selbstdarstellung in den Broschüren des Türkischen Frauenvereins aus den frühen 1980er Jahren⁹⁶

91 Vgl. Pervan, Muazzez (Hg.): İlerici Kadınlar Derneği (1975-80). »Kırmızı çatkılı kadınlar« in tarihi, İstanbul, 2013, S. 241-254.

92 Zeitzeuginneninterview mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, 5.7.2022.

93 Vgl. Türkischer Frauenverein Berlin: ... immer noch Fremde?, FFBIZ, Rep A 400 Berlin 20.6c, 1991, S. 5.

94 Vgl. ebd.

95 Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

96 Vgl. Türkischer Frauenverein Berlin: Selbstdarstellung, FFBIZ, Berlin 19.6c Sammlung DFB, o. D.; Türkischer Frauenverein Berlin: Batı Berlin Türkiye Kadınlar Birliği, FFBIZ, A Rep 400 Berlin 19.6c, o. D.

und aus dem Jahr 1991,⁹⁷ in denen sich tendenziell eine inhaltliche und diskursive Verschiebung vom Politischen zum Kulturalistischen nachzeichnen lässt.

Während in der Broschüre aus den frühen 1980er Jahren die politische Situation in der Türkei nach dem Militärputsch 1980 ebenso breiten Raum einnahm wie die strukturellen Probleme, mit denen Migrantinnen in West-Berlin konfrontiert waren, lag in der Selbstdarstellung von 1991 der Fokus stärker auf den sozialen Problemen türkeistämmiger Migrantinnen. Anfang der 1980er Jahre benannten die Verfasserinnen Arbeitsmigrantinnen explizit als »besonders leicht manipulierbare Reservearmee«, kritisierten »Ausbeutung durch die Unternehmer« und »besonders belastende Arbeitsbedingungen durch Schicht-, Akkord- und Fließbandarbeit«.⁹⁸ Die körperliche und seelische Belastung der Frauen wurde auf strukturelle Ursachen zurückgeführt, etwa auf die Angst vor Entlassungen und migrationspolitische Entscheidungen wie den Ausländererlass von 1981. 1991 kamen diese strukturellen Ursachen – wenngleich etwas impliziter – auch zur Sprache, doch sie wurden entschärft durch ergänzende Abschnitte, die als Ursache für die Probleme der Frauen für den zeitgenössischen sozialpädagogischen Migrantinnen-Diskurs charakteristische kulturalisierende Erklärungen fanden. So heißt es etwa: »Wir sind Fremde, haben unterschiedliche Sitten und Gebräuche. Wir sind Fremde, haben unterschiedliche Lieder und Tänze. Wir sind Fremde, wir haben unterschiedliche Arten und Weisen, unsere Trauer und unsere Freude auszudrücken.«⁹⁹ Diese Verschiebung des Schwerpunkts von strukturellen zu kulturalisierenden Deutungsmustern könnte – neben der stärkeren Ausrichtung auf das Lokale in Folge des Militärputschs und der Wende – auch daran liegen, dass laut Impressum die Broschüre von 1991 vom Senat finanziert wurde. Die Institutionalisierung des Türkischen Frauenvereins bedeutete demnach, dass die Gründerinnen navigieren mussten zwischen den eigenen Interessen und den Interessen so verschiedener Akteure wie der Senatsverwaltung für Jugend, Familie und Sport und der TKP. Der Türkische Frauenverein bewegte sich im Spannungsfeld von Autonomie und Einhegung durch staatliche Stellen sowie zwischen Politischem und Beratung, wobei Türkan Alp Beratung auch als politisch versteht.

97 Vgl. Türkischer Frauenverein Berlin: ... immer noch Fremde?, FFBIZ, Rep A 400 Berlin 20.6c, 1991.

98 Türkischer Frauenverein Berlin: Batu Berlin Türkiye Kadınlar Birliği, FFBIZ, A Rep 400 Berlin 19.6c, o. D., S. 3f.

99 Türkischer Frauenverein Berlin: ... immer noch Fremde?, FFBIZ, Rep A 400 Berlin 20.6c, 1991, S. 8.

2.3 Translokale Vernetzungen zwischen Istanbul und West-Berlin

Die Frage, welche Arbeit in Frauenvereinen als politisch zu betrachten war und welche nicht, hing auch damit zusammen, ob die Arbeit lokal oder transnational ausgerichtet war – ein weiteres Spannungsverhältnis, in dem der Türkische Frauenverein agierte. Während sich die linksgerichteten Organisationen der Männer vornehmlich Richtung Türkei orientierten, konzentrierte sich der Frauenverein stärker auf die lokale Arbeit und darauf, Rechte in der Bundesrepublik einzufordern. Für Türkan Alp stand fest: »Erst einmal müssen wir hier unsere Rechte bekommen, denn wir leben hier.«¹⁰⁰ Diese Ausrichtung führte auch zu Konflikten mit der TKP, wie der Historiker Sercan Çınar in seiner Fallstudie zum Türkischen Frauenverein Gelsenkirchen (GKB) herausarbeitet.¹⁰¹ Çınar interpretiert die lokal ausgerichtete Arbeit des Frauenvereins in Anlehnung an Ula Taylors Konzept als »Community Feminism«: ein Aktivismus, der sich sowohl für Frauen als auch Männer einsetzt, aber unzweifelhaft feministisch sei, weil er Unterdrückungsstrukturen erkenne und die Handlungsspielräume von Frauen erweitere.¹⁰² Den lokal ausgerichteten Aktivismus kritisierte das Politbüro der TKP Ende der 1970er Jahre dafür, begrenzte Hilfeleistungen zu leisten und eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Migrant*innen zu fordern, statt sich auf eine größere Mobilisierung im Kampf für einen strukturellen Wandel in der Türkei zu konzentrieren.¹⁰³ Der Türkische Frauenverein Gelsenkirchen warf im Gegenzug der Dachorganisation FİDEF 1983 vor, die Probleme von Frauen und lokal ausgerichteten Aktivismus zu vernachlässigen, als diese ihre Agenda stärker auf politische Solidaritätskampagnen gegen die Repression infolge des Militärputschs 1980 ausrichtete.

Die lokale Selbstorganisation des BTKB schloss jedoch grenzüberschreitende Bündnisse nicht aus; vielmehr war die Organisation auf mehreren, sich überlagernden Ebenen transnational vernetzt: europaweit in der Dachorganisation ATKF und Richtung Türkei mit der als Schwesterorganisation betrachteten Frauenorganisation İKD. Diese unterstützte der BTKB auch finanziell durch Abonnements der İKD-Zeitschrift *Kadınların Sesi*, die er an die Mitglieder des Frauenvereins

100 Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.

101 Vgl. Çınar, Sercan: The Making of Turkish Migrant Left Feminism and Political Generations in the Ruhr, West Germany (1975-90) 2020, S. 114 f.

102 Vgl. ebd., S. III.

103 Vgl. ebd., S. 114 f.

verkaufte und das gesammelte Geld per Post in die Türkei schickte.¹⁰⁴ Die Dachorganisation ATKF, deren Mitglied der Türkische Frauenverein in West-Berlin war, gründete sich im Oktober 1975 im DGB-Haus in Frankfurt.¹⁰⁵ Ziel der ATKF war es, die türkischen Frauenorganisationen in Europa unter einem Dach zu vereinen, für die Rechte der Frauen und die Gleichberechtigung einzutreten und sie bei der Lösung konkreter Probleme zu unterstützen.¹⁰⁶ Im Gründungsaufwurf der ATKF heißt es: »Es gibt an diversen europäischen Orten und in der Türkei viele Frauenorganisationen, die unsere Ziele aufgreifen. Tritt auch du diesen Organisationen bei! Mach unsere Union stark!«¹⁰⁷ Die Mitgliedsvereine der ATKF kamen aus Großbritannien, Belgien, den Niederlanden sowie diversen Städten in der Bundesrepublik und West-Berlin.¹⁰⁸ Abgeordnete der Mitgliedsvereine trafen sich jedes Jahr zur Generalversammlung und brachten gemeinsam zweimonatlich die Zeitung *Emekçi Kadın* (»Werk-tätige Frau«) heraus.¹⁰⁹ Hauptsitz der Föderation war West-Berlin.¹¹⁰ Die ATKF forderte die Aufhebung der Zuzugssperre, sichere Arbeitsplätze und gleichen Lohn für gleiche Arbeit und setzte sich zugleich für ein Ende der Repressionen und der politischen Gewalt in der Türkei sowie für weltweite Abrüstung ein.¹¹¹

Wie der Gründungsort bereits nahelegt, stand die ATKF dem DGB nahe. Die Frauenföderation versuchte, Arbeiterinnen in der Gewerkschaft zu organisieren¹¹² und setzte sich dafür ein, »dass unsere Arbeiterinnen aktiv Aufgaben in den Gewerkschaften übernehmen«. ¹¹³ In der Eröff-

104 Vgl. Türkischer Frauenverein Berlin: Brief an den İKD, Archiv des Türkischen Frauenvereins, 10.9.1975.

105 Vgl. Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu: Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu Kuruldu, TÜSTAV, Gelsenkirchen Kadınlar Birliği (GKB) Arşiv Fonu, Zarf 124, 1975.

106 Vgl. Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu: Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu Tüzüğü, TÜSTAV, Gelsenkirchen Kadınlar Birliği (GKB) Arşiv Fonu, Zarf 3.

107 Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu: (ATKF) Kurduk. Federasyon Üyesi Birliğe Sende Katıl!, TÜSTAV, GKB Arşiv Fonu, Zarf 122, o. D.

108 Vgl. Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu: Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyon Kuruluş Bildirisi, TÜSTAV, Gelsenkirchen Kadınlar Birliği (GKB) Arşiv Fonu, Zarf 119, o. D.

109 Vgl. ebd.

110 Vgl. Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu: Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu Tüzüğü, TÜSTAV, Gelsenkirchen Kadınlar Birliği (GKB) Arşiv Fonu, Zarf 3.

111 Vgl. Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu: Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyon Kuruluş Bildirisi, TÜSTAV, Gelsenkirchen Kadınlar Birliği (GKB) Arşiv Fonu, Zarf 119, o. D.

112 Vgl. Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu: ATKF Temsilciler Kurulu, GKB Arşiv Fonu, Zarf 115, 1.6.1978.

113 3. Genel Kurul'a Doğru (22-23 Ekim 1977), in: *Emekçi Kadın* 9, 10/1977.



*Demonstration gegen den Faschismus in der Türkei am Kottbusser Damm
am 19. März 1977*

nungsrede zur zweiten Generalversammlung betonte der ATKF-Vorstand die Gewerkschaftsnähe der Dachorganisation: »Unsere Föderation ATKF grenzt sich von jeglicher Art von maoistischen, anarchistischen, chaotischen, gewerkschaftsfeindlichen Personen und Organisationen ab, die Karriere damit machen wollen, sich um die Probleme der Arbeiter*innen zu kümmern. Wir können unsere Probleme nur in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und fortschrittlichen Organisationen lösen.«¹¹⁴ Nach der IV. Jahresversammlung im November 1978 in Frankfurt wandte sich die ATKF an den Frauenausschuss im DGB, um darauf aufmerksam zu machen, dass zunehmend Mitglieder der ›Grauen Wölfe‹, die in der Türkei politische Morde begangen hatten, in der Bundesrepublik Anträge auf politisches Asyl stellten.¹¹⁵ Um dies zu verhindern, baten die Frauen, »daß der DGB diesbezüglich in die Sache eingreifen und sich an die Bundesregierung wenden wird.«¹¹⁶ Denn, so die ATKF, es bestehe kein Zweifel, dass die ›Grauen Wölfe‹ auch in Westdeutschland Gewalt gegen linksgerichtete Migrant*innen ausübten. Ob der DGB Schritte in diese

114 Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu: ATKF 2. Genel Kurul Açış Konuşması, TÜSTAV, Gelsenkirchen Kadınlar Birliği (GKB) Arşiv Fonu, Zarf 126, o. D.

115 Vgl. Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu: ATKF'nin Bülent Ecevit'e gönderdiği mektup, TÜSTAV, GKB Arşiv Fonu, Zarf 110, 13.11.1978.

116 Ebd.

Richtung unternahm, lässt sich aus den Quellen nicht rekonstruieren. Fest steht jedoch, dass die migrantischen Frauenorganisationen der ATKF ihren Kampf gegen die ›Grauen Wölfe‹ gemeinsam mit den linken Arbeitervereinen intensivierten.

Bereits im März 1977 hatte der Türkische Frauenverein gemeinsam mit anderen linken Gruppen in West-Berlin zu einer großen Demonstration »für Demokratie und Sicherheit für Leib und Leben« aufgerufen. An dem Protestzug auf dem Kottbusser Damm nahmen laut einem Bericht in der *Emekçi Kadın* mehr als 1.000 Menschen teil, darunter viele Frauen, die mit Rufen wie *Evlât acısına son* (»Stoppt den Schmerz der Mütter«) und *Kurşunlanmak değil, insanca yaşamak istiyoruz* (»Wir wollen nicht erschossen werden, wir wollen in Menschenwürde leben«) Slogans des İKD in der Türkei aufgriffen.¹¹⁷ Auf Fotos, die Jürgen Henschel für *Die Wahrheit* aufnahm, ist zu erkennen, dass Frauen in den vorderen Reihen protestierten und Transparente hochhielten. Einige Frauen waren auch mit Kinderwagen unterwegs. Indem sie sich selbst als (symbolische) Mütter, als *analar* präsentierten, nahmen die Frauen Bezug auf türkische Protestdiskurse und verorteten sich selbst als Teil einer transnationalen Bewegung.

Als der İKD im April 1979 im Ausnahmezustand als erster Verein in der Türkei noch vor dem Militärputsch 1980 verboten wurde,¹¹⁸ starteten die Mitgliedsvereine der ATKF eine transnationale Solidaritätskampagne mit offenen Briefen an den Ministerpräsidenten Bülent Ecevit und den Staatspräsidenten Fahri Korutürk sowie Kundgebungen.¹¹⁹ »Die Aktionen im Zusammenhang mit dem Verbot des İKD sollten noch stärker intensiviert werden«, ¹²⁰ beschlossen die Mitgliedsvereine auf einer ATKF-Versammlung im Juni 1979 in Essen, wie aus dem Protokoll hervorgeht. Dazu planten sie, offene Briefe an Organisationen in ihrem Umfeld zu schicken, um sie auf das İKD-Verbot aufmerksam zu machen. »Wir sollten dafür sorgen, dass die Proteste groß sind.«¹²¹ In ihrem offenen Brief an den türkischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit erinnerte die ATKF an ihre Unterstützung beim Wahlkampf im Jahr 1977: »Als werktätige Frauen, die in Europa leben und arbeiten, standen wir bei den Wahlen 1977 an der Seite der Kräfte, die die CHP (Republikanische Volkspartei) unterstützt

117 Vgl. Demokrasi ve Can Güvenliği Yürüyüşüne kadınlarımız yoğun olarak katıldılar, in: *Emekçi Kadın*, 12.4.1977.

118 Vgl. Arıkan, Saadet u. a. (Hg.): ... ve hep birlikte koştuk ..., 1996, S. 63.

119 Vgl. Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu an T.C. Başbakanı Bülent Ecevit: ATKF'nin İKD'nin kapatılma kararına protesto mektubu, GKB Arşiv Fonu, Zarf 104, 15.6.1979.

120 Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu: ATKF'nin 23.6.1979 tarihli toplantı sonrası hazırladığı rapor, TÜSTAV, GKB Arşiv Fonu, Zarf 106, 10.7.1979.

121 Ebd.

hatten, damit die reaktionären, faschistischen Parteien von der Regierung verdrängt werden und die Demokratie in dem Lande errichtet wird. Obwohl Sie vor den Wahlen versprochen hatten, die demokratischen Rechte zu verteidigen, praktizierten Sie genau das Gegenteil, seit dem [sic] Sie in der Regierung sind.«¹²² Mit diesen Zeilen erinnerte die ATKF Ecevit an seine Verantwortung seinen Wähler*innen und Unterstützer*innen gegenüber. Dass der Brief auf Deutsch verfasst ist, legt zugleich nahe, dass die eigentlichen Adressatinnen die westdeutsche Öffentlichkeit und Politik waren: Durch die Aufmerksamkeit im westeuropäischen Ausland versuchte die ATKF Druck auf die türkische Regierung aufzubauen.

In West-Berlin organisierte der Türkische Frauenverein am 28. Juli 1979 eine Kundgebung vor dem türkischen Generalkonsulat in Berlin-Wilmersdorf, bei der rund 100 Frauen gegen das Verbot des İKD protestierten.¹²³ In der *Kurtuluş* berichtete eine junge Migrantin von ihren Erfahrungen auf der Kundgebung, die ihre erste war: »Ich interessiere mich für die Frauenbewegung. Ende Juli habe ich an der Solidaritätskundgebung für den İKD, die die Frauen in West-Berlin organisiert haben, teilgenommen. Vor der Kundgebung habe ich Flugblätter verteilt und plakatiert. Als ich zum ersten Mal zum Plakatieren gegangen bin, war ich sehr stolz. Ich wusste, dass es wichtig war, was ich tat. Ich hatte keine Angst, ich war glücklich.«¹²⁴ Einem Bericht in der *Wahrheit* zufolge empfangen der türkische Generalkonsul zwei Vertreterinnen des Türkischen Frauenvereins, weigerte sich jedoch, ihre Resolution gegen das İKD-Verbot entgegenzunehmen. Im Gespräch, so die *Wahrheit*, »beteuerte er seine Unkenntnis über die Existenz und damit auch das Verbot der İKD.«¹²⁵ Die Kundgebung blieb nicht unbemerkt: Laut *dpa* wurde der Polizei gemeldet, dass Mitglieder der »Grauen Wölfe« die Frauendemo beobachtet und fotografiert hätten. Die Kundgebung fand zudem Eingang in einen Bericht des Landesamts für Verfassungsschutz West-Berlin über »Politischen Extremismus unter Türken in Berlin«: »Etwa 100 – überwiegend weibliche – Personen beteiligten sich an einer Kundgebung des BTKB vor dem türkischen Generalkonsulat in Berlin-Wilmersdorf, Kurfürstendamm 140. In Flugblättern und durch Megafondurchsagen bezeichneten die Veranstalter das Verbot des »Progressiven Frauenvereins« in der Türkei am 28.4.1979 als Beweis für »den weiteren Abbau der

122 Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu an T.C. Başbakanı Bülent Ecevit: ATKF'nin İKD'nin kapatılma kararına protesto mektubu, GKB Arşiv Fonu, Zarf 104, 15.6.1979.

123 Vgl. İKD ile dayanışma yükseliyor, in: Kadınların Sesi 5/50-51, 1979, S. 25.

124 »Örgütlü olmakla çok şey kazandım!«, in: Kurtuluş 210, 10/1979, S. 3.

125 Türkische Frauen zogen zu »ihrem« Generalkonsul, in: Die Wahrheit, 30.7.1979.

ohnehin schon beschnittenen demokratischen Rechte in der Türkei.«¹²⁶ In dem Bericht wurde der Türkische Frauenverein als »linksextremistisch (prosovjetsch)« eingestuft.

Bezeichnenderweise stieß die Solidarität des DGB zu dem Zeitpunkt an ihre Grenzen, als die Türkischen Frauenvereine konzentriert mit transnationalen Solidaritätskampagnen auf den Straßen sichtbar in Erscheinung traten.¹²⁷ Im September 1979 wies der Hauptvorstand der ÖTV den DGB-Bundesvorstand auf eine Veranstaltung des Türkischen Frauenvereins Kaiserslautern zum IKD-Verbot in Kooperation mit der Volkshochschule Kaiserslautern hin und bat um nähere Informationen zu den türkischen Frauenvereinen.¹²⁸ Die Abteilung Ausländische Arbeitnehmer im DGB-Bundesvorstand antwortete, dass es sich beim IKD um eine kommunistische Organisation handle. Auch in einigen westdeutschen Städten seien die lokalen türkischen Frauenvereine kommunistisch geführt und hätten Verbindungen zur FİDEF.¹²⁹ »Ob das für den Türkischen Frauenverein in Kaiserslautern zutrifft, können wir nicht mit Bestimmtheit sagen, doch liegt die Vermutung nahe, daß er auch kommunistisch orientiert ist, weil er sich mit dem angeblichen Verbot eines kommunistischen Frauenverbandes in der Türkei befaßt, dessen wahre Hintergründe von uns in der Bundesrepublik nicht überschaut werden können«, so der DGB. »Wir meinen, daß Mißtrauen angebracht ist und raten zur kritischen Distanz. Für uns ist allerdings auch unverständlich, wie leichtfertig die Volkshochschule in Kaiserlautern mit diesem Verband zusammenarbeitet.«¹³⁰ Diese Einschätzung spiegelt zum einen die Angst der Gewerkschaften vor dem Einfluss als extern wahrgenommener Konflikte wider,¹³¹ die auch die westdeutsche Gesellschaft prägte, als die zunehmende politische Polarisierung der türkischen Gesellschaft in den späten 1970er Jahren in der Bundesrepublik spürbar

126 Der Senator für Inneres: Politischer Extremismus unter Türken in Berlin (West), LAB, B Rep. 002 Nr. 14980, Januar 1980.

127 Zur Angst der Gewerkschaften vor dem Einfluss politisch »extremistischer Strömungen« unter Arbeitsmigrant*innen s. Trede, Oliver: Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration, 2015, S. 200–208.

128 Vgl. Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr an den DGB Bundesvorstand: Betr.: Föderation Türkischer Arbeitnehmervereine – FİDEF, AdsD, 5 DGAZ 579, 24.9.1979.

129 Vgl. DGB Bundesvorstand, Abt. Ausländische Arbeitnehmer an die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr: Betr.: Föderation Türkischer Arbeitnehmervereine – FİDEF; hier: Anfrage Eurer Kreisverwaltung Westpfalz bezügl. des Türkischen Frauenvereins Kaiserslautern, AdsD, 5 DGAZ 579, 23.10.1979.

130 Ebd.

131 Vgl. Trede, Oliver: Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration, 2015, S. 193.



»Es lebe die fortschrittliche Frauenbewegung« – Demonstration gegen das İKD-Verbot

wurde. Zum anderen verweist die Distanzierung des DGB darauf, dass es für Migrant*innen mit diversen Risiken verbunden war, Proteste und Forderungen in den öffentlichen Raum zu tragen. Angesichts migrationsrechtlicher Einschränkungen politischer Aktivitäten und aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen, aber auch angesichts des drohenden Verlusts von Solidarität und Legitimation konnte Unsichtbarkeit eine politische Handlungsstrategie sein.¹³² Zugleich erforderte ein wirksamer transnationaler Protest gegen das İKD-Verbot das sichtbare Heraustreten in den öffentlichen Raum. Sichtbare und unsichtbare Praktiken standen demnach in einem Wechselverhältnis und mussten je neu ausgehandelt werden.¹³³ Gemeinsam war ihnen ihre politische Natur – wenn die türkischen Frauenvereine Sichtbarkeit oder Unsichtbarkeit taktisch einsetzten.

¹³² Vgl. Staeheli, Lynn; Mitchell, Don; Nagel, Caroline: *Making Publics*, 2009, S. 635.

¹³³ Vgl. Ataç, İlker; Kron, Stefanie; Schilliger, Sarah; Schwiertz, Helge; Stierl, Maurice: *Kämpfe der Migration als Un-/Sichtbare Politiken*, 2015, S. 8.

3 Politische Gewalt im transnationalen Raum

3.1 »Türkische Verhältnisse« am Maybachufer. Radikalisierung und Einhegung

1979 wurde der belebte Neuköllner Wochenmarkt am Maybachufer zum Schauplatz politischer Auseinandersetzungen zwischen linken und rechtsradikalen Gruppen aus der Türkei. Jeden Freitag und Samstag verteilten Mitglieder der TTO und des Türkischen Frauenvereins dort Flugblätter und verkauften ihre Zeitung *Kurtuluş*. Auch für maoistische Organisationen war der über Berlins Grenzen hinaus als »Türkenmarkt«¹ bekannte Wochenmarkt ein Knotenpunkt für Flugblattaktionen und Zeitungsverkäufe. Zugleich erhoben jedoch islamistische und rechtsradikale türkische Gruppen Anspruch auf den Markt am Maybachufer, um dort nach dem Freitagsgebet in der nahegelegenen Mevlana-Moschee ihre Flugblätter zu verteilen. Im Laufe des Jahres 1979 wurde der Wochenmarkt zunehmend zum umkämpften öffentlichen Terrain. Seit einer verbotenen islamistischen Demonstration von Anhängern der Nationalen Heilspartei (Millî Selamet Partisi, MSP) im März 1979 komme es am Maybachufer jeden Freitag zu Rangeleien zwischen immer größer werdenden Gruppen, berichtete die *Berliner Stimme*. Am 4. Mai 1979, so die SPD-Zeitung, »war offenbar der Zeitpunkt der ›Abrechnung‹ gekommen. Mehr als 60 Rechts-Fanatiker mischten linke Zettel-Verteiler auf. Mit Gummi-Knüppel und Zaunlatten vertrieben sie ein Häuflein Maoisten.«² In den Wochen nach dem Massenangriff der islamistischen Gruppen beobachtete die *Berliner Stimme* »ein ständiges Anwachsen der rivalisierenden Gruppen«.³ Auch etwa 100 deutsche Linke solidarisierten sich mit den türkeistämmigen Linken, die im Juni 1979 »[i]hren Machtanspruch auf den Versammlungsort am Wochenmarkt Maybachufer demonstrierten« und in einer angemeldeten Kundgebung die Kreuzung an der Kottbusser Brücke besetzten.⁴ Die Mitglieder der Mevlana-Moschee beschränkten sich »angesichts der linken Übermacht« darauf, die Kundgebung zu beobachten und zu fotografieren, was auch an der

1 Vgl. etwa Sümer, Ayşe: Auf einem »Türkenmarkt«. Eine Reportage vom Markt am Neuköllner Maybachufer, in: *Die Wahrheit*, 13./14.10.1979. Zur Geschichte des Wochenmarkts am Maybachufer »vom Bauernmarkt zum Türkenmarkt« s. Zeppenfeld, Stefan: Vom Gast zum Gastwirt?, 2021, S. 293-296.

2 Offener Terror durch rechte Türken. Kreuzberg: Religiös-politische Fanatiker zetteln Massenprügelei an, in: *Berliner Stimme*, 12.5.1979.

3 Wieder Streit unter Türken, in: *Berliner Stimme*, 16.6.1979.

4 Ebd.



*Den öffentlichen Raum besetzen: Szenen am Eingang des Wochenmarkts
am Maybachufer im Juli 1979*

Polizei gelegen haben mag, die »mit acht demonstrativ aufgefahrenen Mannschaftswagen« Präsenz zeigte.⁵

Die Bilder des Fotografen Jürgen Henschel einer Demonstration gegen die ›Grauen Wölfe‹ am 6. Juli 1979 zeigen, wie sehr es bei den Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Organisationen am Maybachufer um Sichtbarkeit und die Besetzung des öffentlichen Raums ging.⁶ Auf den Fotografien sind Demonstranten zu sehen, die mit an langen Holzplatten befestigten Transparenten gleichsam den Eingang zum Wochenmarkt versperren. Auf den Transparenten fordern sie auf Deutsch und Türkisch das Verbot der ›Grauen Wölfe‹ und anderer faschistischer Organisationen aus der Türkei sowie »Kein Asylrecht für türkische Faschisten«.⁷ Im Hintergrund gehen Frauen mit ihren Markt-

⁵ Ebd.

⁶ Henschel, Jürgen: Demonstration gegen die Grauen Wölfe am Maybachufer am 6. Juli 1979, FHXB, Henschel-Fotobestand, Ko2_0264_16-20, 6.7.1979, online abrufbar unter: https://xmap.friedrichshain-kreuzberg-museum.de/fhxb_lp/objekt.php?o=18246&m=21996&next=75 (19.2.2025).

⁷ Henschel, Jürgen: Fotografien einer Demonstration gegen die Grauen Wölfe am Maybachufer vom 6. Juli 1979, FHXB, Henschel-Fotobestand, Ko2_0264_20, 6.7.1979, online abrufbar unter: https://xmap.friedrichshain-kreuzberg-museum.de/fhxb_lp/objekt.php?o=18246&m=21997&next=75 (19.2.2025).

einkäufen vorbei, vor den Transparenten ist eine Frau mit Kopftuch und Einkaufstasche zu sehen, die auf dem ersten Foto stehen bleibt – vielleicht, um die Forderungen der Demonstrant*innen zu lesen. Auf dem nächsten Foto geht sie unter dem Transparent hindurch Richtung Maybachufer, das rechts außerhalb des Bildausschnitts liegt. Wer an jenem Freitag auf den Wochenmarkt wollte, kam an den Forderungen der linken Organisationen also nicht vorbei, sondern musste unter ihnen hindurchgehen.

Durch ihre Kämpfe um Vormachtstellung politisierten die türkischen Gruppen den Wochenmarkt und transformierten den öffentlichen Raum am Maybachufer, der von Medien, Bevölkerung und Politik immer stärker als ›türkisch‹ wahrgenommen wurde. Je sichtbarer die Polarisierung und Radikalisierung der politischen Bewegungen in der Türkei 1979 auf den Straßen und Plätzen West-Berlins wurde, desto mehr Zeitungen warnten vor einem »Beginn türkischer Verhältnisse in Kreuzberg«.⁸ Damit bezogen sie sich auf die politische Gewalt zwischen der extremen Rechten und militanten linken Gruppen, die in der Türkei in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre eskalierte und sich in den Konflikten migrantischer Gruppen in West-Berlin niederschlug. Diese übernahmen nicht nur politische Differenzen auf inhaltlicher Ebene, sondern auch räumliche Praktiken und Strategien aus der Türkei.

Unter der rechtsgerichteten Regierungskoalition der ›Nationalistischen Front‹ kämpften ab 1975 in den türkischen Metropolen Mitglieder der rechtsradikalen ›Grauen Wölfe‹ und der linksradikalen Dev-Yol um die Kontrolle der Straßen und Fakultäten.⁹ Der Besetzung öffentlicher Räume kam dabei eine zentrale Bedeutung zu, wie der Anthropologe Christopher Houston herausarbeitet. Wer eine Schule, Fabrik oder eine Fakultät besetzte, hatte Kontrolle über ihre Ressourcen, konnte Mitglieder gegnerischer Organisationen entlassen und ihre Organisation dort verhindern.¹⁰ Auf diese Weise erklärten radikale linke und rechts-extreme Gruppen ganze Viertel als befreite Zonen und transformierten den urbanen öffentlichen Raum tiefgreifend. Da die rechtsradikale MHP Teil der Regierungskoalition war und zahlreiche Posten bei der Polizei besetzte, war der Konflikt zwischen der Linken und der Rechten ungleich verteilt. Die ›Grauen Wölfe‹ durchliefen ein paramilitärisches Training und verstanden es als ihre Mission, die Straßen zu erobern.¹¹ Die Gewalt der radikalen Rechten gipfelte in dem Pogrom an Alevit*innen

8 Offener Terror durch rechte Türken.

9 Vgl. Zürcher, Erik Jan: Turkey, 2017, S. 266.

10 Vgl. Houston, Christopher: Istanbul, City of the Fearless, 2020, S. 33.

11 Vgl. Zürcher, Erik Jan: Turkey, 2017, S. 257.

in Kahramanmaraş im Dezember 1978, bei dem die ›Grauen Wölfe‹ mehr als 100 Menschen töteten. Bis 1979 forderte der bürgerkriegs-ähnliche Konflikt zwischen 1.200 und 1.500 Opfern.¹² Diese politische Polarisierung spiegelte sich auch in den migrantischen Organisationen in Westdeutschland wider. Ab Mitte der 1970er Jahre begannen linke migrantische Gruppen, gegen die Regierung der ›Nationalistischen Front‹ in der Türkei und die Präsenz und Organisation der MHP-Auslandsorganisationen in Westdeutschland zu mobilisieren.

Um gegen die ›Nationalistische Front‹ zu protestieren, gründeten verschiedene Mitgliedsgruppen der ATTF das Komitee für Frieden und Freiheit in der Türkei (TBÖK) und starteten am 8. Mai 1976 eine Kampagne gegen die Demirel-Koalition. Nachdem sich die Union für eine demokratische, freie Türkei aufgelöst hatte und ihre Mitglieder TBÖK beigetreten waren, bestand das Bündnis aus mehr als 40 Organisationen und Initiativen in ganz Europa.¹³ Im Zuge der Kampagne fanden in verschiedenen Städten Westeuropas Demonstrationen gegen die Demirel-Regierung statt. Die *Kurtuluş* bezeichnete den Protest in West-Berlin am 15. Mai 1976 als die größte Demonstration, die Arbeiter*innen, Studierende und Lehrer*innen aus der Türkei bisher organisiert hatten.¹⁴ Dem Bericht zufolge hatte das Komitee, bestehend aus zehn linken migrantischen Organisationen in West-Berlin, den Protest intensiv vorbereitet und »[b]is zu 30.000 Flugblätter« verteilt und 5.000 Plakate aufgehängt.¹⁵ Zugleich warnte das Komitee die westdeutsche Öffentlichkeit vor der Organisierung der MHP und den zunehmenden Übergriffen der ›Grauen Wölfe‹ in der Bundesrepublik.¹⁶ Ermutigt durch wiederholte Besuche des MHP-Vorsitzenden Alparslan Türkeş in der Bundesrepublik hätten die ›Grauen Wölfe‹ Gewerkschafter*innen und demokratische Migrant*innen terrorisiert, bedroht und getötet.¹⁷

Die rechtsextreme MHP hatte 1973 in Kempten im Allgäu ihren ersten Verein angemeldet. Der Sozialwissenschaftler Ertekin Özcan geht jedoch davon aus, dass die Anfänge der Organisation von MHP-Auslandsvertretungen bis Ende der 1960er Jahre zurückreichen.¹⁸ Ab 1975 gründeten

12 Vgl. ebd., S. 267.

13 Vgl. Özcan, Ertekin: Türkische Immigrantenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, 1989, S. 231.

14 Vgl. Avrupa'da işçilerimiz yürüyüşlerle İhanet Cephesine karşı direniyorlar, in: Kurtuluş 152, 5/1976.

15 Ebd.

16 Vgl. TBÖK (Hg.): Die nationalistische Bewegungspartei (MHP), 1976.

17 Vgl. TBÖK (Hg.): Außenpolitik, Innenpolitik, 1979.

18 Vgl. Özcan, Ertekin: Türkische Immigrantenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, 1989, S. 180.

sich bundesweit auch örtliche Gruppierungen ihrer Parteijugend, der Idealistengemeinschaft (Ülkü Ocağı), deren Symbol der graue Wolf ist. Die Entstehung der MHP-Jugendorganisationen führte dazu, dass ihre Anhänger offener und aggressiver auftraten.¹⁹ Ab 1976 gab es in der westdeutschen Presse erste Meldungen zu gewalttätigen Übergriffen der ›Grauen Wölfe‹.²⁰ »Fußtritte und Faustschläge, Messerstiche und Drohungen sind gängige Waffen in einem Türken-Krieg, der in der Bundesrepublik ausgetragen wird und in dem es um politische Bekenntnisse geht«,²¹ hieß es im August 1976 im *Spiegel*. »Anhänger der rechtsradikalen türkischen ›Partei der Nationalistischen Bewegung‹ (MHP) prügeln und knüppeln, wann immer ihnen links oder liberal scheinende Landsleute über den Weg laufen.« Das nordrhein-westfälische Innenministerium registrierte dem *Spiegel*-Bericht zufolge 156 Gewalttaten oder deren Androhung unter Türkeistämmigen von Anfang 1975 bis Mai 1976. Linke türkische Bündnisse dokumentierten die Angriffe und forderten ein Verbot der ›Grauen Wölfe‹.

Die Chronik der rechten Gewalt war lang:²² Im Mai 1974 hatten die ›Grauen Wölfe‹ das Gewerkschaftsmitglied Neşet Daniş in Hamburg ermordet; im Februar 1978 töteten sie den Arbeiter Nevzat Erkan in Recklinghausen; im März 1979 wurde ein Sozialarbeiter von Türk-Daniş, der Beratungsstelle für turkeistämmige Migrant*innen der Arbeiterwohlfahrt, in Dillenburg mit einem Messer erstochen.²³ Außerdem schossen die ›Grauen Wölfe‹ auf Räume linker migrantischer Vereine²⁴ und griffen Frauen an, wie die *taz* berichtete.²⁵ Die verstärkte Aktivität und Aggressivität von türkischen Rechtsextremen in Westdeutschland ab 1978 steht in Zusammenhang mit zwei politischen Entwicklungen: Zum einen flüchteten nach dem Regierungswechsel in der Türkei Anfang 1978 Mitglieder rechtsextremer Organisationen, die wegen ihrer Gewalttaten von der neu gewählten sozialdemokratischen Ecevit-Regierung verfolgt wurden, in die Bundesrepublik und beantragten dort politisches Asyl. Zum anderen gründete sich 1978 der europaweite rechtsextreme Dach-

19 Vgl. ebd., S. 181f.

20 Vgl. AUSLÄNDER: Graue Wölfe, in: Der Spiegel, 22.8.1976.

21 Ebd.

22 Die Taten der ›Grauen Wölfe‹ betten sich in eine weit längere Chronik rechter und rassistischer Gewalt in der Bundesrepublik ein, vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung: Opfer rechter Gewalt in Deutschland (1970–2020), 2023, online abrufbar unter: <https://linx.rosalux.de/opfer-rechter-gewalt-in-deutschland-1970-2020> (28.2.2025).

23 Vgl. TBÖK (Hg.): Außenpolitik, Innenpolitik, 1979, S. 31.

24 Vgl. Überfall türkischer Faschisten. Rechtsradikale Parteien in der Türkei, in: Weddinger Neue Zeitung, 7/1979.

25 Vgl. Aggressionsobjekt »Frau«, in: taz, 27.8.1979.

verband Türk-Föderation (Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri, ADÜTD). Parallel besuchte der Vorsitzende der MHP, Alparslan Türkeş in den späten 1970er Jahren wiederholt die Bundesrepublik und traf sich mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß.²⁶

Nachdem das türkische Verfassungsgericht im Juni 1976 die Auslandsvertretungen der MHP in der Bundesrepublik verboten hatte,²⁷ ließen sich diese zwar offiziell aus dem Vereinsregister streichen, waren jedoch als Tarnorganisationen weiter aktiv.²⁸ Unter harmlos klingenden Namen wie Kultur-, Idealisten- oder Ideenverein meldeten sie nach kurzer Zeit neue Vereine an. Damit nutzten sie die Strategie der Camouflage, wie ein Vorfall in West-Berlin zeigt. Dort hatte im Dezember 1978 eine Gruppe türkischer Frauen einen Raum im Freizeitheim der AWO in der Lützowstraße beantragt, um den türkischen Frauenverein ›Türk Kadın‹ (Türkische Frau) zu gründen. Begleitet wurden die fünf Frauen jedoch von zehn Männern, von denen einer das Parteiabzeichen der MHP trug. Eine Stunde später tauchten rund 40 Mitglieder rechtsextremer Vereine mit Fahne, Flugblättern und Abzeichen der ›Grauen Wölfe‹ auf.²⁹ Erst nach handgreiflichen Auseinandersetzungen gelang es den AWO-Mitarbeitern laut einem Bericht in der *Berliner Stimme*, die Gruppe hinauszudrängen.³⁰

Ob der Frauenverein tatsächlich gegründet wurde, ist nicht überliefert. Im Vereinsregister des Amtsgerichts Charlottenburg findet sich kein entsprechender Eintrag. Alle Informationen, die auf die Existenz eines rechtsextremen Tarnvereins namens Türk Kadın hinweisen, gehen zurück auf den bereits erwähnten Bericht in der *Berliner Stimme*³¹ und einen Bericht von Cornelia Mansfeld in der feministischen Zeitschrift *Courage*.³² Die beiden Quellen geben als Anschrift des Vereins die Voltastraße 33 in

26 Vgl. Özcan, Ertekin: Türkische Immigrantenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, 1989, S. 183.

27 Grundlage dafür war u. a., dass die Gründung einer MHP-Auslandsvertretung nach türkischem Parteigesetz verboten war. Vgl. Amnesty International: Türkische Rechtsextremisten in der Türkei und in Europa. Zur internen Verwendung, 1979, S. 45 f.

28 Vgl. Hoffmann, Barbara; Opperskalski, Michael; Solmaz, Erden: Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine. Türkische Faschisten in der Bundesrepublik, Köln 1981, S. 71.

29 Vgl. Initiativkomitee gegen türkische Faschisten: Stoppt die ›Grauen Wölfe‹. Deutsche und Ausländer gemeinsam gegen Faschismus, Berlin, o. D.

30 Vgl. Graue Wölfe gründen neue Tarnvereine. Rechte Terroristen bitten in Deutschland um Asyl, in: *Berliner Stimme*, 2.12.1978. Vielen Dank an Caner Tekin für den Hinweis.

31 Ebd.

32 Vgl. Mansfeld, Cornelia: Islamisierung in Kreuzberg, in: *Courage* 5/1980, S. 12 f., S. 13.

Berlin-Wedding an, die Adresse des rechtsradikalen Türk-Genç-Vereins.³³ Zitiert wird in den Berichten auch das Programm des Frauenvereins, das »harmlos mythisch« klinge, so die *Berliner Stimme*: »Die edlen türkischen Frauen werden aufgerufen, sich auf ihre eigentliche Rolle zu besinnen: Die Mutterschaft.«³⁴ Das zitierte Programm wurde wohl per Flugblatt verteilt, wie aus einem Artikel in der *Weddinger Neuen Zeitung* hervorgeht: »Die türkisch-faschistische Frauengruppe will die Türkinnen »für ihre Frauenbewegung« gewinnen, indem sie sie »aufklärt«. In einem Flugblatt heißt es, daß die existierenden Frauenvereine »ein Produkt von Imperialisten und Kommunisten sind, die versuchen, die türkischen Frauen mit materiellen Kräften zu degenerieren.«³⁵ Hierbei bezog sich der rechtsextreme Frauenverein explizit auf die 1978 in West-Berlin existierenden Frauenvereine, nämlich den sozialistischen Türkischen Frauenverein und den Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei (TIO), der aus einem sozialpädagogischen, feministischen Kontext hervorging.

Eine Übersetzung des Flugblatts ist im feministischen Archiv FFBIZ überliefert.³⁶ Die Quelle ist allerdings undatiert und gibt keine Hinweise darauf, wer die Übersetzung verfasst hat, sodass sich die Provenienz nicht klären lässt. Es weist jedoch vieles darauf hin, dass es sich dabei um das Flugblatt handelt, auf das sich die Berichte über den Türk Kadın-Verein beziehen, etwa die wortwörtlich aus der Übersetzung übernommenen Zitate. In dem Flugblatt rief der Frauenverein »alle türkischen Mütter auf: Erzieht Eure Kinder mit türkischem Stolz, und mit islamischer Mora [sic] und islamischem Bewußtsein, damit ihr nachher nicht die Mutter eines Verräters seid, und diese Sünde büßen müsst! [...] Den tagtäglichen Ermordungen von Kindern [sic] der Heimat, in der Schule, auf der Straße, in den Wohnungen von Kommunisten, muss ein Ende gesetzt werden.«³⁷ Denn die türkische Frau, so die Verfasserinnen des Flugblattes, sei »für die Fortsetzung der türkischen Rasse ein nicht zu entbehrendes Element.«³⁸ Wie aus diesen nicht gerade harmlos klingenden Zeilen hervorgeht, war Geschlecht nicht nur für linke Organisationen ein symbolischer Aushandlungsort, sondern auch für rechtsextreme. Die Bezugnahme auf und die Abgrenzung von den linksgerichteten

33 Vgl. Graue Wölfe gründen neue Tarnvereine.

34 Ebd.

35 Die Situation türkischer Frauen in Wedding und anderswo, in: *Weddinger Neue Zeitung*, 7/8/1980.

36 Berlin Türk Kadın Derneği: Edle türkische Frauen, FFBIZ, A Rep. 400 Berlin 6c 1976-1986, o. D.

37 Ebd.

38 Ebd.

Frauenvereinen legen nahe, dass die Funktion von Türk Kadın über eine reine Camouflage hinausging. Anders als etwa bei rechtsextremen Großveranstaltungen, die als Kulturabende deklariert wurden,³⁹ diente der Frauenverein offenbar nicht ausschließlich der Tarnung. Vielmehr deutet die in dem Flugblatt eigens von und für Frauen formulierte Programmatik darauf hin, dass auch die ›Grauen Wölfe‹ die Notwendigkeit sahen, den Diskurs der Frauenrechte zu besetzen und sich zu positionieren.

Der Kampf rechtsextremer migrantischer Organisationen wurde Ende der 1970er Jahre auch auf dem Feld der Geschlechterverhältnisse und Frauenrechte ausgetragen. Der Sozialwissenschaftler Emre Arslan argumentiert, dass Männlichkeitsideale und Frauenfeindlichkeit keine Begleiterscheinung in der Ideologie ultranationalistischer Bewegungen darstellen, sondern deren konstitutiver Bestandteil sind. Die Vernachlässigung der Bedeutung von Männlichkeit und Geschlecht in der Analyse ultranationalistischer Bewegungen führt er unter anderem darauf zurück, dass »diese Bewegungen selbst die ideologische Verherrlichung von Männlichkeit nicht als einen ihrer Schwerpunkte im politischen Diskurs definieren.«⁴⁰ Als Akteurinnen waren Frauen der Sozialwissenschaftlerin Lena Wiese zufolge innerhalb ultranationalistischer Organisationen zwar bis in die 1990er Jahre weitgehend unsichtbar – und insofern stellt die mutmaßliche Gründung des Türk Kadın-Vereins eine bemerkenswerte Ausnahme dar.⁴¹ Doch die Gewalt der ›Grauen Wölfe‹ und rechter islamischer Fundamentalisten richtete sich nicht nur gegen Kurd*innen, Alevit*innen und linke Gruppen, sondern auch dezidiert gegen das »Aggressionsobjekt Frau«,⁴² wie die *taz* einen Bericht betitelte.

Immer häufiger richteten sich die gewalttätigen Angriffe gegen einzelne, ganz konkrete Personen. So beschimpfte im August 1979 ein Anhänger der islamistischen MSP seine Nachbarin, eine türkeistämmige Alleinerziehende, als »Nutte« und verprügelte sie, als sie sich wehrte. Zuvor soll ihr der Nachbar mit den Worten »Du stinkst wie eine deutsche Frau! Du bist keine Türkin mehr!«⁴³ gedroht haben, sie umzubringen, wenn sie sich weiter so anziehe. In der Folge des Angriffs erlitt die Frau eine

39 Vgl. etwa: Die türkische Szene in Westberlin ist aufgewühlt, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 10.1.1980.

40 Arslan, Emre: Männlichkeitsvorstellung der »Grauen Wölfe«, in: Jamal, Lobna, Aydın, Yaşar (Hg.): »Graue Wölfe«. Türkischer Ultranationalismus in Deutschland, Bonn 2022, S. 147.

41 Vgl. Wiese, Lena: Frauen in türkischen ultranationalistischen Szenen in Deutschland, in: Jamal, Lobna, Aydın, Yaşar (Hg.): »Graue Wölfe«. Türkischer Ultranationalismus in Deutschland, Bonn 2022, S. 126–147, S. 126.

42 Aggressionsobjekt »Frau«.

43 Ebd.

Fehlgeburt. Ein Betriebsratsmitglied der IG Metall wird in einer Dokumentation über ultranationalistische Bewegungen in der Bundesrepublik mit folgenden Worten zitiert: »Auch die Frauen werden von [den Grauen Wölfen] unter Druck gesetzt. Einer Türkin wurde mit Mord gedroht, wenn sie nicht in Zukunft ein Kopftuch tragen und weiter wie eine Hure herumlaufen würde.«⁴⁴ Der Frauenverein TIO war seit seiner Gründung 1978 ebenfalls wiederholt Ziel von Angriffen der ›Grauen Wölfe‹.⁴⁵ »Der Terror gegen türkische fortschrittliche demokratische Arbeitsemigranten und deren Vereine sowie gegen türkische Minderheiten nehmen [sic] immer mehr zu. Auch türkische Frauen versucht man durch den Terror zu disziplinieren«, stellte die *Weddinger Neue Zeitung* 1980 fest. »Die türkischen Faschisten greifen dabei das traditionelle türkische Frauenbild auf, die absolute Unterordnung der Frau unter den Willen des Mannes.«⁴⁶ Die dokumentierten Angriffe deuten darauf hin, dass Geschlecht keine zufällige Begleiterscheinung der Gewalt war.

Vielmehr ist davon auszugehen, dass rechtsextreme Gruppen Geschlecht intern und nach außen für die Inszenierung eines aggressiven, männlichen Selbstbilds nutzten. Gewalt stellte in den polarisierten und radikalisierten Kämpfen migrantischer Gruppen in den späten 1970er Jahren einen Weg dar, Männlichkeit zu demonstrieren. Als Teil eines Systems der Unterdrückung ist Gewalt in R. W. Connells Worten jedoch zugleich ein Gradmesser für deren Unzulänglichkeit, da eine stabile Hierarchie weniger Einschüchterung bedurfte.⁴⁷ Geschlechterverhältnisse dienten ultranationalistischen Gruppen demnach als Aushandlungsfeld, auf dem sie ihre Aggressivität und Männlichkeit performativ ausagieren konnten.

Ende 1979 hatte sich die Aggressivität, mit der die verfeindeten politischen Gruppen sich begegneten, so zugespitzt, dass auch der Staatsschutz alarmiert war. »Am Maybachufer in Neukölln [...], wo freitags der wöchentliche Türkenmarkt stattfindet, oder am Leopoldplatz in Wedding, prallten die rivalisierenden politischen Gruppen schon des öfteren gewalttätig aufeinander«, berichtete der *Tagesspiegel* im Dezember 1979. »Angegriffen werden zumeist Flugblattverteiler, die Polizei ist in der letzten Zeit immer präsent und steht [...] ›buchstäblich dazwischen‹.«⁴⁸

44 Hoffmann, Barbara; Opperskalski, Michael; Solmaz, Erden: Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine, 1981, S. 95.

45 Vgl. dazu detaillierter Kapitel 5.2.3.

46 Die Situation türkischer Frauen in Wedding und anderswo.

47 Vgl. Connell, R. W.: Masculinities, Berkeley, Los Angeles 2005, S. 84.

48 »Graue Wölfe« für Gott, die Nation und die Ehre. Drei rechtsextremistische türkische Vereine sind zum Kampf gegen ihre linken Landsleute angetreten, in: *Tagesspiegel*, 20.12.1979.

Während Frauen in den ultranationalistischen Organisationen weitgehend im Hintergrund agierten, traten sozialistische Frauen der Gewalt der ›Grauen Wölfe‹ sichtbar entgegen. Der Türkische Frauenverein war Teil des Arbeitskreises gegen die ›Grauen Wölfe‹, der sich aus diversen deutschen und migrantischen Organisationen zusammensetzte.⁴⁹ Im Dezember 1979 berichtete *Kurtuluş* von Frauen, die sich trotz der Bedrohung durch die extreme Rechte am Verkauf der Zeitung beteiligten. »Unsere Frauen gehen auf die Plätze und verkaufen die Kurtuluş mit einer militanten Haltung. Trotz der Beschimpfungen und Provokationen der Faschisten lassen sie nicht von ihrer revolutionären Disziplin ab. ›Jede Zeitung, die wir verkaufen, ist eine Faust ins Gesicht der Faschisten‹, sagen sie.«⁵⁰ Die Beteiligung der Frauen am Verkauf von *Kurtuluş* war Teil der Strategie, die Verbreitung der Zeitung zu erhöhen und mehr Migrantinnen zu erreichen. Zugleich spiegelte sie die Vorstellung von sozialistischen Frauen als *bacı* (»symbolische Schwester«) wider, deren Pflicht als »revolutionäre Frau« es war, sich auf den Plätzen »Schulter an Schulter den Faschisten« entgegenzustellen.⁵¹

Damit waren die Frauen Teil einer Strategie, die auf Abschreckung durch starke Präsenz beim Verkauf der Zeitung setzte. Um sich vor Angriffen zu schützen, gingen die Mitglieder der TTO stets in Gruppen von 50 bis 60 Personen los, um an belebten U-Bahn-Haltestellen in der Nähe von Warenhäusern die *Kurtuluş* zu verkaufen.⁵² Die Frauen, die ihre Zeitung verkauften, erregten nicht nur das Interesse der Umstehenden, sondern verscheuchten laut dem *Kurtuluş*-Bericht auch »Faschisten«, indem sie riefen: »Wir wollen unter den gleichen Bedingungen kämpfen wie die Arbeiter, wenn es sein muss, prügeln wir uns auch mit den Faschisten, diese Mörder machen uns keine Angst.«⁵³ An der geschlechterspezifischen Arbeitsteilung änderte die performative Männlichkeit der Frauen jedoch nichts, wie der Artikel zeigt: »Unsere Frauen rufen stundenlang Parolen. Und danach kehren sie zufrieden mit der Arbeit, die sie vollbracht haben, in ihre Wohnungen zu ihren Kindern zurück.«⁵⁴ Auf die Frauen wartete nach getaner politischer Arbeit zuhause die zweite Schicht.

49 Vgl. Arbeitskreis gegen »Graue Wölfe«, AdK, Ören 227, o. D.

50 Bauberlin de ilerici kadınlarımız Kurtuluş satışına aktif katılıyorlar, in: *Kurtuluş* 214, 12/1979.

51 Ebd.

52 Vgl. Demir, Mustafa; Sönmez, Ergün: Als Arbeiter zu »Gast« in Deutschland, 2015, S. 161.

53 Bauberlin de ilerici kadınlarımız Kurtuluş satışına aktif katılıyorlar, 12/1979.

54 Ebd.

3.2 Der Mord an Celalettin Kesim als Wende

Nur wenige Wochen später eskalierte die politische Gewalt der türkischen radikalen Rechten. Zum Jahreswechsel 1980 hatte sich die politische Großwetterlage drastisch geändert: Am 25. Dezember 1979 war die Sowjetunion in Afghanistan einmarschiert.⁵⁵ Am 2. Januar 1980 stellte die türkische Armee der Regierung ein Ultimatum und beschwor damit das Drohszenario eines erneuten Militärputsches in der Türkei herauf.⁵⁶ Auch die Islamische Revolution in Iran knapp ein Jahr zuvor und das Erstarken islamistischer Bewegungen trugen zur tektonischen Verschiebung der politischen Gemengelage bei, die sich auf die Geschehnisse am 5. Januar 1980 und die Reaktionen der beteiligten Akteure auswirkte. Für jenen Samstag waren drei Demonstrationen türkischer Organisationen in West-Berlin angemeldet,⁵⁷ darunter eine Demonstration der Islamischen Ummah-Gemeinschaft gegen die sowjetische Invasion in Afghanistan⁵⁸ und eine Kundgebung des Türkischen Demokratischen Arbeitervereins gegen das Militärmemorandum in der Türkei.⁵⁹ Die Stimmung war aufgeheizt. Am Vormittag des 5. Januar 1980 überfielen »Graue Wölfe« und Islamisten eine Gruppe von sozialistischen Migrant*innen, die am Kottbusser Tor Flugblätter gegen einen drohenden Putsch in der Türkei verteilten und die *Kurtuluş* verkauften.⁶⁰ Dabei erstachen sie den Lehrer und Gewerkschafter Celalettin Kesim.

Was in den Worten der SPD-Zeitung *Berliner Stimme* mit dem üblichen »Kreuzberger Folklorerahmen« begann, bei dem türkische Linke

55 Zur Bedeutung des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan als globalen Umbruch vgl. Bösch, Frank: *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, Bonn 2019, S. 231-233.

56 Zu dem Ultimatum hatte eine komplexe Gemengelage aus politischer Gewalt, wirtschaftlichen Problemen, kurdischem Separatismus und dem Erstarken des islamischen Fundamentalismus im Windschatten der Islamischen Revolution in Iran geführt, unter der Ministerpräsident Bülent Ecevit innenpolitisch zunehmend unter Druck geriet. Vgl. Zürcher, Erik Jan: *Turkey*, 2017, S. 271 f.

57 Vgl. »Einen Moment lang war es totenstill ...«. Was vergangenen Sonnabend am Kottbusser Tor wirklich geschah, in: *Berliner Stimme*, 12.1.1980.

58 Vgl. Der Senator für Inneres an die Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters von Berlin: Betr.: Kommandantenbesprechung am 30. Januar 1980; hier: TOP: Auseinandersetzungen zwischen türkischen Extremisten, LAB, B Rep. 002 Nr. 14980, 29.1.1980.

59 Vgl. Demir, Mustafa; Sönmez, Ergün: Als Arbeiter zu »Gast« in Deutschland, 2015, S. 224.

60 Vgl. Türkenzentrum, Türkischer Demokratischer Arbeiterverein: Aufruf: Zur Gedenkfeier für Celalettin Kesim und zur Protestdemonstration gegen den faschistischen Mord!, LAB, B Rep. 002 Nr. 14980, 12.1.1980.

»Tod den Faschisten« riefen, worauf »Allah-Fans [...] mit ›Tod den Kommunisten‹ [kontern]«, ⁶¹ entwickelte sich schnell zu einem gewalttätigen Überfall. Nach Angaben von Augenzeug*innen stürzte eine Gruppe von 40 bis 80 ⁶² ›Grauen Wölfen‹ und Islamisten brüllend aus der Mevlana-Moschee gegenüber dem Kottbusser Tor und griff etwa 20 Mitglieder des Türkischen Demokratischen Arbeitervereins, darunter Celalettin Kesim, mit Eisenketten, Holzstöcken und Messern an. ⁶³ Diese beschlossen angesichts der aggressiv auftretenden, brüllenden Menge, sich zurückzuziehen. ⁶⁴ Auf dem Weg in das nahe gelegene Büro des Arbeitervereins am Paul-Lincke-Ufer trennte eine auf Rot umgesprungene Ampel die Gruppe. Die ›Grauen Wölfe‹ und Islamisten überfielen die zurückgebliebene Gruppe mit Messern, Schlagstöcken, Schlachtermessern und Pistolen. Dabei verletzten sie mehr als zehn Mitglieder des Arbeitervereins. Kesim, der 36-jährige Sekretär der migrantischen Organisation Türkenzentrum, wurde mit einem Messer im Oberschenkel getroffen und verblutete auf dem Weg ins nahe gelegene Krankenhaus.

Der Mord an Celalettin Kesim führte zu einem öffentlichen Aufschrei und rückte radikale migrantische Organisationen schlagartig ins westdeutsche Rampenlicht. In ihrem gemeinsamen Aufruf zur Gedenkfeier und anschließenden Demonstration machten das Türkenzentrum und der Türkische Demokratische Arbeiterverein die Behörden für Kesims Tod mitverantwortlich, weil sie die Warnungen linker migrantischer Gruppen vor der Organisierung der radikalen Rechten nicht ernst genommen hätten. ⁶⁵ Der Arbeiterverein wies in seiner Presseerklärung auf die Zunahme von gewalttätigen Angriffen der türkischen radikalen Rechten in den Monaten vor dem 5. Januar 1980 hin. ⁶⁶ »Dass die ver-

61 »Einen Moment lang war es totenstill ...«.

62 Die Schätzungen schwanken je nach Quelle zwischen 40 und 80 Personen.

63 Vgl. ebd.

64 Vgl. Demir, Mustafa; Sönmez, Ergün: Als Arbeiter zu »Gast« in Deutschland, 2015, S. 225.

65 Vgl. Türkenzentrum, Türkischer Demokratischer Arbeiterverein: Aufruf: Zur Gedenkfeier für Celalettin Kesim und zur Protestdemonstration gegen den faschistischen Mord!, LAB, B Rep. 002 Nr. 14980, 12.1.1980.

66 Die gewalttätigen Übergriffe der ›Grauen Wölfe‹ lösten auch Gegenangriffe von linken migrantischen Gruppen aus. Nach einem Bericht des Innensenators von West-Berlin hatten 40 bis 50 linke Migranten am Vorabend des Mordes an Celalettin Kesim eine Gruppe von 16 Mitgliedern einer rechten Organisation, die Flugblätter gegen den Einmarsch Russlands in Afghanistan verteilten, mit Holzlaten und Eisenstangen angegriffen. Die Angreifer waren von Augenzeugen als Mitglieder der Türkischen Demokratischen Arbeitervereins identifiziert worden; diese bestritten, zur Tatzeit am Tatort gewesen zu sein. Vgl. Der Senator für Inneres an Die Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters von Berlin: Betr.: Kommandan-

schärfen und aggressiven Angriffe der reaktionären, faschistischen Kräfte in Westberlin Menschenleben kosten würden, war vor auszusehen«, heißt es dort. »Die ›Grauen Wölfe‹ versuchten am 23. November 1979 die Verkäufer der Zeitung ›Kurtuluş‹ am Kottbusser Damm anzugreifen. Mit Messern und Schlagstöcken bewaffnet und maskiert, drohten sie ›Tod den Kommunisten – Die Grauen Wölfe kommen‹. Dasselbe passierte am nächsten Tag am Leopoldplatz.«⁶⁷ Die Polizei wies die Vorwürfe zurück. Auch Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Organisationen kritisierten, dass die bundesdeutschen Behörden der Organisation rechtsextremer türkischer Bewegungen gegenüber untätig geblieben seien. So erklärte die IG Metall in ihrem offenen Brief an den Senator für Inneres in West-Berlin: »dieser mord ist der traurige hoehepunkt einer in berlin schon seit langer zeit erkennbaren eskalation faschistischer gewalt. gewerkschaftsmitglieder und tuerkische frauen wurden eingeschuechtert, tuerken bedroht, die flugblaetter faschistischen inhalts nicht angenommen haben.«⁶⁸ Celalettin Kesim war Vertrauensmann der IG Metall bei Borsig gewesen. Die IG Metall hatte in ihrem Magazin wiederholt auf die Gefahr durch rechtsextreme türkische Organisationen hingewiesen und war für ein Verbot der ›Grauen Wölfe‹ eingetreten.⁶⁹

Die Föderation progressiver Volksvereine (HDF) appellierte an die Behörden, die Aktivitäten der türkischen radikalen Rechten »im Namen der Demokratie, der Freiheiten und der Menschenrechte«⁷⁰ nicht länger zu tolerieren. Zusammen mit diversen Organisationen der Zivilgesellschaft in West-Berlin forderte sie das Verbot des rechtsradikalen Dachverbandes Türk-Föderation. Die Bewohner*innen der Schinkestraße 8/9, in der das Türkenzentrum seinen Sitz hatte, äußerten in einer Stellungnahme ihre Betroffenheit und erklärten, die Ermordung Kesims sei kein Zufall. Vielmehr sei er aufgrund seiner politischen Praktiken

tenbesprechung am 30. Januar 1980; hier: TOP: Auseinandersetzungen zwischen türkischen Extremisten, LAB, B Rep. 002 Nr. 14980, 29.1.1980.

67 Türkischer Demokratischer Arbeiterverein: Wann wird endlich etwas gegen die Mordbanden unternommen? Presseerklärung des Türkischen Demokratischen Arbeitervereins, in: Die Wahrheit, 8.1.1980.

68 Pressestelle des DGB, Landesbezirk Berlin: die ig metall, verwaltungsstelle berlin, beklagt den tod ihres ermordeten mitgledes celalettin kesim, LAB, B Rep. 002 Nr. 14980, 7.1.1980.

69 Vgl. etwa Unglaublicher Skandal. Josef Strauß und die türkischen Faschisten, in: metall 18, 6.9.1978; Endlich verbieten, in: metall 23, 15.11.1978, S. 8-9; Endlich kapiert! Innenministerium untersucht Aktivitäten rechter Türken, in: metall 7, 4.4.1979.

70 HDF Vorstand: Erstes Todesopfer der faschistischen Überfälle!, LAB, B Rep. 002 Nr. 14980, 8.1.1980.

als Vertrauensmann der IG Metall und als Sekretär des Türkenzentrums zum Ziel des rechten Angriffs geworden. In der Stellungnahme erhoben die Bewohner*innen auch Verwürfe gegen die Polizei, die ihrer Ansicht nach die ›Grauen Wölfe‹ unterstützte. Einige Monate zuvor habe diese auf eine Anzeige der ›Grauen Wölfe‹ hin vier Wohnungen von Mitgliedern des Arbeitervereins durchsucht und diese festgenommen. Bei der anschließenden Gegenüberstellung seien sie von den ›Grauen Wölfen‹ erkannt worden. Zwei von ihnen seien bei dem bewaffneten Angriff am 5. Januar 1980 schwer verletzt worden.⁷¹

Mehr als 60 Organisationen und Institutionen schlossen sich dem Aufruf zur Trauerfeier für Celalettin Kesim und der anschließenden Demonstration am 12. Januar 1980 an. Der Veranstaltungssaal ›Neue Welt‹ im West-Berliner Stadtteil Neukölln war so überfüllt, dass die Trauerfeier in einen anderen Saal des Gebäudes übertragen werden musste, wie die sozialistische Zeitung *Die Wahrheit* berichtete.⁷² Nach Angaben des Innensenators nahmen 2.000 »je zur Hälfte türkische[n] und deutsche[n]« Teilnehmer an der Trauerfeier teil.⁷³ *Die Wahrheit* bewertete die Trauerfeier als »eindrucksvolle[n] Bekundung der Solidarität mit den türkischen Demokraten, [...] die Zahl der teilnehmenden Menschen und die Breite der Zugehörigkeit zu verschiedenen Weltanschauungen und Parteien [demonstrierte], daß der schmerzliche Verlust von Celalettin Kesim zugleich ein Signal für eine Verstärkung des antifaschistischen Kampfes ist.«⁷⁴ Trotz der eisigen Temperaturen nahmen nach Angaben der Zeitung mehr als 15.000 Menschen an der anschließenden Demonstration zum Kottbusser Tor teil.⁷⁵ Unter den Protestierenden waren auch Fatma Kaya, die mit ihrem Mann regelmäßig das Türkenzentrum besuchte,⁷⁶ und Atiye Altül, für die angesichts des Mords an Celalettin Kesim die Streitigkeiten zwischen maoistischen und prosowjetischen Linken für kurze Zeit an Bedeutung verloren.⁷⁷ »Celalettin Kesim ist für eine neue und demokratische Türkei gestorben«, ⁷⁸sagte der Ehrenpräsident der

71 Vgl. Die Bewohner der Schinkestr. 8/9: Aufruf zur Trauerfeier für Celalettin Cesim mit anschließender Demonstration zum Tatort, FU Berlin UA, APO-Archiv, S Türkei 1128, 1/1980.

72 Vgl. Die Mörder sollen sich die Hände nicht reiben, in: *Die Wahrheit*, 14.1.1980.

73 Vgl. Der Senator für Inneres an die Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters: Betr.: Demonstration am 12. Januar 1980, LAB, B Rep 002 Nr. 14980, 14.1.1980.

74 Die Mörder sollen sich die Hände nicht reiben.

75 Vgl. ebd.

76 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.

77 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 25.4.2017.

78 Erwin Beck'in konuşması: O demokratik bir Türkiye için öldü, in: *Kurtuluş* 1/216, 1980.

Internationalen Liga für Menschenrechte, Erwin Beck, in seiner Rede auf der Kundgebung und nahm damit Bezug auf die Tatsache, dass das Verteilen von Flugblättern gegen den drohenden Staatsstreich in der Türkei Kesim das Leben gekostet hatte.

Zugleich befeuerte der Tod von Celalettin Kesim die Debatte über »importierte« Konflikte, innere Sicherheit und Integration in Westdeutschland. Zeitungen berichteten bundesweit über den Vorfall und fragten besorgt, ob »der Türken-Krieg«⁷⁹ in die Bundesrepublik exportiert werde. »Seit diesem Tag ist klar, dass sich Politiker und Behörden West-Berlins mit Unkenntnis, sei sie gewollt oder ungewollt, aus der Verantwortung für die Vorgänge in der türkischen Minderheit dieser Stadt nicht mehr herausstehlen können«,⁸⁰ schrieb die Schweizer *Weltwoche*. Der Innenminister von West-Berlin warnte Migrant*innen aus der Türkei davor, ihre Konflikte nach Westdeutschland zu tragen, und drohte ihnen mit Abschiebung, falls sie mit Waffen erwischt würden. Die Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters in West-Berlin schlug außerdem vor, die Polizeipräsenz in Kreuzberg durch eine neue Polizeiwache und mehr Fußstreifen zu erhöhen. »Die Verstärkung der sichtbaren Polizeipräsenz soll vor allem der deutschen Bevölkerung in diesem Gebiet ein Gefühl der Sicherheit vermitteln«,⁸¹ heißt es in einem internen Bericht vom 18. Januar 1980. In einem Informationsvermerk über die »Situation des türkischen Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland« erklärte das Bundesinnenministerium im Februar 1980: »[A]us der Sicht des Referates kann die Eskalation von Gewalt und Terror nur durch die verstärkte Einleitung exekutiver polizeilicher, ausländerrechtlicher und strafrechtlicher Maßnahmen, für die die Bundesländer zuständig sind, verhindert werden.«⁸² Die Antwort des Innenministeriums auf die politische Gewalt der türkischen Rechtsradikalen war die Einschränkung des politischen Handlungsspielraums für migrantische Organisationen und die restriktive Durchsetzung des Ausländergesetzes.

Der West-Berliner Senat verstärkte die Polizeipräsenz in den Vierteln, in denen viele Migrant*innen aus der Türkei lebten.⁸³ Darüber hinaus prüfte der Senat, ob er migrantische Vereine nach dem Vereinsgesetz

79 Polizei: Der »Türken-Krieg« kann noch härter werden, in: *Welt*, 7.1.1980.

80 Wenn hinten weit in Kreuzberg ..., in: *Weltwoche*, 16.1.1980.

81 Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters: Betr.: Handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen rechts- und linksextremistischen Türken in Kreuzberg, LAB, B Rep. 002 Nr. 14980, 18.1.1980.

82 Bundesministerium des Innern: Informationsvermerk zur Situation des türkischen Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, BArch, B 136/15667, 1.2.1980.

83 Vgl. Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters: Betr.: Verbot extremistischer türkischer Vereine, LAB, B Rep. 002 Nr. 14980, 28.1.1980.



Gedenkdemonstration für Celalettin Kesim am 10. Januar 1981 in West-Berlin

verbieten könnte.⁸⁴ Das Vereinsrecht sah für sogenannte ›Ausländervereine‹, also Vereine, deren Vorstand und Mitglieder überwiegend nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben, gesonderte Auflagen vor. Analog zum Ausländergesetz konnten diese auch dann verboten werden, wenn ihre Tätigkeit »das friedliche Zusammenleben von Deutschen und Ausländern oder von verschiedenen Ausländergruppen im Bundesgebiet, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung oder sonstige erhebliche Interessen der Bundesrepublik Deutschland beeinträchtigt oder gefährdet«.⁸⁵ Außerdem galt eine Auskunftspflicht für ›Ausländervereine‹, derzufolge Migrant*innen auf Verlangen der Behörden Auskunft über ihre Tätigkeit sowie die Namen und Anschrift ihrer Mitglieder geben mussten.⁸⁶ Ein Verbot der ›Grauen Wölfe‹ sei jedoch nicht möglich, weil es keinen eingetragenen Verein dieses Namens gebe, wie der Berliner Staatsschutzchef Manfred Kittlaus fünf Tage nach Celalettin Kesims Tod in der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* erklärte.⁸⁷ In ähnlicher Weise behauptete der

84 Vgl. Berlin befürchtet neue Gewalt zwischen radikalen Türken, in: Kieler Nachrichten, 22.1.1980.

85 Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz), in: Bundesgesetzblatt I, 1964, S. 593.

86 Vgl. Bojadžijev, Manuela: Die windige Internationale, 2008, S. 252.

87 Vgl. Die türkische Szene in Westberlin ist aufgewühlt.

niedersächsischer Verfassungsschutz der *dpa* gegenüber, es gebe »weder in der Türkei noch in der Bundesrepublik eine rechtsextremistische Organisation namens ›Graue Wölfe‹.«⁸⁸ Hier wird deutlich, dass die rechtsextremen Tarnvereine ihre Funktion erfüllten: Eine Organisation, die nicht als offizieller Verein eingetragen ist, kann nicht verboten werden. Im April 1980 forderte die West-Berliner Polizei acht türkische politische Organisationen mit insgesamt rund 1.000 Mitgliedern auf, ihre Mitgliederlisten offenzulegen. Darunter waren im rechten Spektrum nach Angaben des Staatsschutzchefs Kittlaus »religiös-fanatische Gruppen« und auf der linken Seite moskauorientierte und maoistische Gruppen. Diese Aufforderung stieß bei migrantischen Vereinen auf großen Protest.

Vier Organisationen legten gegen die Aufforderung Widerspruch ein, darunter die (islamistische) Türkische Gemeinschaft, der (rechtsextreme) Große Ideale Kreis türkischer Kultur und der Türkische Demokratische Arbeiterverein.⁸⁹ Der Arbeiterverein befürchtete, dass die Offenlegung der Mitgliederliste eine Ausweisung der Mitglieder oder die Weitergabe der Namen an den türkischen Geheimdienst oder die ›Grauen Wölfe‹ zur Folge haben könnte.⁹⁰ Zudem kritisierte er, dass die Polizei die Bedrohung durch die türkische extreme Rechte herunterspiele und die Opfer mit den Tätern gleichsetze. In einer Presseerklärung anlässlich der Wohnungsdurchsuchung eines Vorstandsmitglieds des Vereins im März 1980, das bei dem Überfall am 5. Januar 1980 schwer verletzt worden war, heißt es:⁹¹ »Bis jetzt sah es so aus, dass die Polizei die Opfer und die Täter [sic] in den selben Topf warf. Aber was die Westberliner Polizei jetzt tut, ist in der Welt einmalig: Man sucht die Täter unter den Opfern eines vorgeplanten Überfalls, der mit einem feigen Mord endete.«⁹² Der Verein befürchtete, dass die einseitige Fokussierung der Polizei rechtsradikale Organisationen ermutigen könnte, ihre gewalttätigen Angriffe fortzusetzen. Auch die IG Metall hatte nach dem Tod von Celalettin Ke-

88 Niedersächsischer Verfassungsschutz: Es gibt keine »Grauen Wölfe«, in: Deutsche Presseagentur, 16.8.1980.

89 Vgl. Der Senator für Inneres an die Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters: Betr.: Verweigerung der Mitgliederlisten durch türkische Extremistengruppen, LAB, B Rep. 002 Nr. 14981, 23.4.1980; Türkische Gruppen verweigern Übergabe der Mitgliederlisten, in: Welt, 23.4.1980.

90 Vgl. Türkenzentrum: C. Kesim mahnt uns. Verbot aller faschistischen Organisationen, Solidarität mit den Demokratiekräften in der Türkei, 1981, S. 17.

91 Vgl. Türkischer Demokratischer Arbeiterverein: Presseerklärung: Die Polizei durchsucht die Wohnung des türkischen Demokraten, LAB, B Rep. 002 Nr. 14981, 5.3.1980.

92 Ebd.

sim gewarnt, dass die Einschätzungen des Geheimdienstes an der Realität vorbeigingen und zu neuen Anschlägen ermutigen könnten.⁹³

Der Verfassungsschutz hatte 1979 die Überwachung türkischer und kurdischer Organisationen intensiviert und seither eine drastische Zunahme gewalttätiger Übergriffe festgestellt. Noch im Mai 1979 räumte der West-Berliner Innensenator Peter Ulrich (SPD) in einem Interview mit der *Berliner Stimme* ein, dass die Polizei Schwierigkeiten habe, die Entwicklungen in der Türkei und die verschiedenen türkischen Organisationen in Westdeutschland zu verstehen.⁹⁴ In einem Bericht vom Juli 1979 warnte der Staatsschutz, dass die zunehmenden Spannungen in der türkischen Innenpolitik zu weiteren politischen Konflikten zwischen Mitgliedern militanter linker und rechtsradikaler Gruppen in Westdeutschland führen könnten.⁹⁵ Diese Warnung veranschaulicht einen Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung des politischen Aktivismus von Migrant*innen durch die westdeutschen Behörden, der ab Ende der siebziger Jahre vom Verfassungsschutz als Bedrohung für die innere Sicherheit wahrgenommen wurde.

In seinem »Bericht über den türkischen Extremismus« vom Juni 1980 warnte der Verfassungsschutz vor radikalen Organisationen aus der Türkei. »Alles zusammengenommen – Polarisierung, Gewaltbereitschaft, Anwachsen der Mitgliederzahlen auf beiden Seiten, Islamisierung und nicht zuletzt ein heftiger, schwer disziplinierbarer Volkscharakter – ergibt eine hochbrisante Mischung und stellt eine schwere Bedrohung der inneren Sicherheit dar.«⁹⁶ Statt der rechtsradikalen »Grauen Wölfe« identifizierte der Bericht allerdings die sozialistischen migrantischen Gruppen als Aggressoren: »Die Auffassung, rechtsextremistische und extrem nationalistische Türken terrorisierten ihre politischen Gegner in der Bundesrepublik Deutschland mit Billigung ihrer Führung, kann von den Sicherheitsbehörden nicht bestätigt werden, deren Erkenntnisse ein Überwiegen der von linksextremistischen Türken ausgehenden Gewalttätigkeiten ausweisen.«⁹⁷ Diese Einschätzung entsprach der Praxis des

93 Vgl. Pressestelle des DGB, Landesbezirk Berlin: die ig metall, verwaltungsstelle berlin, beklagt den tod ihres ermordeten mitgliedes celalettin kesim, LAB, B Rep. 002 Nr. 14980, 7.1.1980.

94 Vgl. Die türkischen Demokraten stärken, in: Berliner Stimme, 26.5.1979.

95 Vgl. Bundesministerium des Innern an den Chef des Bundeskanzleramtes: Betr.: Türkischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, BArch, B 136/15666, 31.7.1979.

96 Bundesamt für Verfassungsschutz: Entwicklung der Konfrontation innerhalb des türkischen Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, BArch, B 136/15666, 3.6.1980.

97 Ebd.

Bundesverfassungsschutzes in den 1970er Jahren, bei der Beobachtung extremistischer Ausschreitungen »linke Gewalt grundsätzlich als deutlich staatsgefährdender ein[zustufen] als rechte Gewalt«. ⁹⁸ Dabei könnte neben der antikommunistischen Grundhaltung des Bundesamts auch die Strategie der »Grauen Wölfe« eine Rolle gespielt haben, eine Gefahr von links heraufzubeschwören. ⁹⁹ Die Föderation sozialistischer Arbeitervereine FİDEF, unter deren Dach auch der Türkische Demokratische Arbeiterverein organisiert war, protestierte gegen diese Anschuldigungen des Geheimdienstes und distanzierte sich von Gewalt als Mittel des politischen Kampfes. ¹⁰⁰

Die Wahrnehmung, dass die Polarisierung und Radikalisierung von migrantischen Gruppen in Westdeutschland keine westdeutsche, sondern eine türkische Angelegenheit sei, verkehrte sich Ende der 1970er Jahre und schlug nach dem Tod von Celalettin Kesim in ihr Gegenteil um. Plötzlich erschienen die Konflikte in der fernen Türkei, »deren Kriegsgeschrei dem hiesigen Bürger allenfalls zur sonntäglichen Abwechslung gereicht, ohne ihn zu bekümmern oder zu beunruhigen«, ¹⁰¹ wie es ein Kommentator im *Tagesspiegel* in Anlehnung an Goethes »Faust« formulierte, der westdeutschen Öffentlichkeit sehr nahe. »Die Möglichkeit, gegenüber fremdem Unfrieden gleichgültig zu bleiben, ist uns längst genommen. Jetzt scheint Afghanistan, das mancher Zeigefinger auf dem Globus womöglich nicht auf Anhieb zu treffen vermöchte, nur zu nahe«, ¹⁰² heißt es dort. Die Türkei wurde nach dem Mord an Celalettin Kesim auf der mentalen Landkarte in der Nähe von Afghanistan verortet. Auf diesen Wandel in der Bewertung migrantischer politischer Organisation fand die Bundesregierung in den kommenden Jahren zwei Antworten: integrieren oder abschieben.

Der Diskurs um die »Integration ausländischer Arbeitnehmer« kam Ende der 1970er Jahre verstärkt auf. Der Integrationsdiskurs muss gewiss im Zusammenhang mit der Familienzusammenführung betrachtet werden, die nach dem Anwerbestopp 1973 zum Politikum wurde. ¹⁰³ Mit Manuela Bojadžijev lohnt es sich aber auch, darüber nachzudenken, »inwiefern und auf welche Weise der Ende der siebziger Jahre konzipierte Integrationsimperativ und die Vorstellung einer »multikulturellen

98 Konrad, Alexander: Umdeutungen des Islams. Bundesdeutsche Wahrnehmungen von Muslim*innen 1970–2000, Göttingen 2022, S. 243.

99 Vgl. Ahmad, Feroz: *The Making of Modern Turkey*, 2010, S. 165.

100 Vgl. Türkische Arbeitnehmer wehren sich, in: *General-Anzeiger Bonn*, 13.6.1980.

101 Nicht fern in der Türkei, in: *Tagesspiegel*, 8.1.1980.

102 Ebd.

103 Vgl. Kapitel 5.1; Kapitel 5.2.1.

Gesellschaft« eine Antwort auf vorausgehende Kämpfe darstellen.«¹⁰⁴ In diesem Verständnis lässt sich der Integrationsdiskurs als Pazifizierung und Einhegung migrantischer Kämpfe lesen. Die Entstehung des Integrationsdiskurses ist natürlich komplexer und lässt sich nicht monokausal auf Integration als Antwort auf migrantische politische Organisation reduzieren. In den Akten lassen sich aber zahlreiche Hinweise darauf finden, dass Phasen, in denen Migrant*innen politisch oder radikal sichtbar im öffentlichen Raum auftraten, oft Einschränkungen im Migrationsregime nach sich zogen.

So folgte auf den Sommer der sogenannten »wilden Streiks« 1973 der Anwerbestopp. Auf die Radikalisierung und politische Gewalt der späten 1970er Jahre reagierte die Bundesregierung langfristig mit der Neukonzeption des Ausländerrechts, das auf Integration und Begrenzung abzielte und den Beginn einer restriktiven Migrationspolitik ab den 1980er Jahren markierte. Bojadžijev bezeichnet diesen Prozess als Rekuperation und meint damit die »Stillstellung sozialer Kämpfe durch gesellschaftliche Integration«, die zugleich repressive Maßnahmen nicht ausschließt, sondern »neue Grenzziehungen von ›Aufnahme‹ und ›Ausschluss‹« hervorbringt.¹⁰⁵ Der *Tagesspiegel* brachte diesen Prozess mit dem Kommentartitel »Integrieren bevor es »explosiv wird« auf den Punkt.¹⁰⁶ Die Angst vor der wachsenden Zahl von Asylbewerber*innen einerseits und der zunehmende Rassismus in der westdeutschen Gesellschaft andererseits dienten der Bundesregierung als Rechtfertigung dafür, die Begrenzung der Zuwanderung zu beschleunigen.¹⁰⁷ Im Juni 1980 beschloss sie die Einführung einer Visumspflicht bei der Einreise aus der Türkei.¹⁰⁸ Das neue Gesetz trat am 5. Oktober 1980 in Kraft, drei Wochen nachdem das Militär am 12. September 1980 zum dritten Mal die Macht in der Türkei übernommen hatte.

104 Bojadžijev, Manuela: Antirassistischer Widerstand von Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik, 2002, S. 151.

105 Bojadžijev, Manuela: Die windige Internationale, 2008, S. 228.

106 Matthes, Günter: Integrieren bevor es »explosiv wird«, in: *Tagesspiegel*, 2.3.1980.

107 Vgl. Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, 2003, S. 247.

108 Vgl. Szatkowski, Tim: Die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei 1978 bis 1983, Berlin, Boston 2016, S. 30.

4 Fazit: Die Straße als Wahlurne und Bühne translokaler Proteste

Migrant*innen aus der Türkei in Westdeutschland schufen einen transnationalen Raum, in dem sich die innenpolitischen Angelegenheiten beider Länder seit den 1960er Jahren verschränkten. Obwohl das Leben und Arbeiten im Ausland sie von der Teilnahme an Wahlen ausschloss, fanden Migrant*innen Wege, ihre Rechte einzufordern und vom Ausland aus gegen die autoritären Entwicklungen in der Türkei einzutreten. Linksgerichtete migrantische Organisationen nutzten die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Westdeutschland, als in der Türkei im Ausnahmezustand alle politischen Aktionen verboten waren. Da sie nicht die Möglichkeit hatten, ihren politischen Willen an der Wahlurne kundzutun, wurde die Straße zu ihrer transnationalen Bühne für politische Forderungen. Migrant*innen eigneten sich den urbanen öffentlichen Raum an und brachten ihre Forderungen an die westdeutsche Öffentlichkeit. Mit Demonstrationen, Kundgebungen und offenen Briefaktionen machten sie auf die autoritären Entwicklungen in der Türkei nach dem Militärputsch von 1971 aufmerksam und bauten über die Öffentlichkeit und die Entscheidungsträger in der Bundesrepublik Druck auf türkische Politiker auf.

Gleichzeitig reisten türkische Politiker in den 1970er Jahren zu Wahlkampfzwecken in die Bundesrepublik, während Migrant*innen die Möglichkeit forderten, im Ausland zu wählen und versuchten, die Wahlen in der Türkei vom Ausland aus zu beeinflussen. Diese erweiterte türkische Öffentlichkeit in Westdeutschland führte zu einer Diffusion der Außen- und Innenpolitik in beiden Ländern. In der ersten Hälfte der 1970er Jahre weiteten migrantische Organisationen durch ihre politischen Praxen den transnationalen Raum aus. Die zunehmende politische Gewalt und die Polarisierung von radikalen linken und rechtsradikalen Gruppen verschob die Perspektive der Regierung gegen Ende des Jahrzehnts von der Betrachtung des migrantischen Aktivismus als türkischem Anliegen hin zu einer Bedrohung der inneren Sicherheit. Dies führte zur Einschränkung des politischen Handlungsspielraums von migrantischen Organisationen und zur restriktiven Durchsetzung des Ausländergesetzes, das den Beginn einer restriktiven Migrationspolitik in den 1980er Jahren markierte.

Dieser Wandel politischer Kämpfe lässt sich auch an den Erfahrungen der Zeitzeuginnen in West-Berlin nachzeichnen. Mehrere Frauen waren zunächst politisch aktiv in verschiedenen migrantischen Organisationen

im linken Spektrum. Dass über Geschlecht innerhalb der männerdominierten Vereine zwar diskutiert wurde, sich an den Geschlechterverhältnissen jedoch kaum etwas änderte, veranlasste sie dazu, Frauengruppen innerhalb der Organisationen zu bilden. Dabei positionierten sie sich als links und als Teil der Frauenbewegung zugleich. Der Türkische Frauenverein kann dabei als Scharnier zwischen fluiden politischen Praktiken auf der Straße und institutionalisierten Frauenräumen betrachtet werden. Als erste migrantische Frauenorganisation in West-Berlin bewegte sich der Türkische Frauenverein nicht nur zwischen transnationalem und lokalem Aktivismus, sondern handelte je von Neuem aus, was politisch war – ob in Nähkursen oder auf der Straße. Die Beantwortung dieser Frage hing immer auch mit Formen der Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit zusammen, die der Türkische Frauenverein strategisch nutzte und damit das scheinbar Private politisierte. Zudem navigierte er das Spannungsverhältnis von Autonomie, politischer Nähe zur TKP und finanzieller Unterstützung durch den West-Berliner Senat. Damit nahm der Türkische Frauenverein einen zentralen Komplex vorweg, auf den migrantische Frauenläden in den 1980er Jahren Antworten finden mussten.

Der Wendepunkt zu einer Einwanderungspolitik, die zunehmend auf Integration und Begrenzung setzte,¹ fiel zusammen mit dem Militärputsch in der Türkei, der eine Zäsur für linke Organisationen darstellte – auch aus Geschlechterperspektive. Die Militärjunta zerschlug nach 1980 alle linken Strukturen und verbot jegliche politische Aktivität. In diesem Klima der Depolitisierung entstand in der Türkei eine feministische Bewegung, deren Protagonistinnen vielfach zuvor in linken Organisationen aktiv gewesen waren.²

1 Vgl. Schmid-Eckhardt, Marianne: Politische Betätigung der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland – Auswirkungen des neuen Ausländergesetzes im Kontext der Entwicklung der Rechtssituation, in: Şen, Faruk, Jahn, Gerhard (Hg.): Wahlrecht für Ausländer. Stand und Entwicklung in Europa, Frankfurt a. M. 1985, S. 49–55, S. 49.

2 Vgl. Coşar, Simten; Onbaşı, Funda Gençoğlu: Women's Movement in Turkey at a Crossroads. From Women's Rights Advocacy to Feminism, in: South European Society and Politics 13/3, 2008, S. 325–344, S. 329.

V Ein Raum für sich selbst

In den achtziger Jahren traten in der Bundesrepublik und in West-Berlin Frauen aus der Türkei verstärkt ins öffentliche Blickfeld. Zwar hatten Migrantinnen bereits in den siebziger Jahren im Großen wie im Kleinen für Frauenrechte gekämpft und sich an transnationalen Straßenprotesten beteiligt. Doch anders als vor dem Anwerbestopp gerieten Frauen nun ins Zentrum gesellschaftlicher und migrationspolitischer Aushandlungen um Zugehörigkeit, Differenz und Geschlecht. Das Ende der siebziger Jahre markierte in doppelter Hinsicht eine Wende in der Sichtbarkeit türkeistämmiger Migrantinnen: Zum einen konzentrierten sich staatliche Integrationsforderungen vorwiegend auf migrantische Frauen, die dadurch ins Blickfeld von medialen Debatten, aber auch Akteur*innen wie der westdeutschen Frauenbewegung, Sozialarbeiterinnen und Ausländerbeauftragten gelangten. Zum anderen eigneten sich Frauen, die in den siebziger Jahren in linken migrantischen Organisationen aktiv gewesen waren, nun vermehrt eigene Räume an und gründeten Frauenläden. Diese beiden Prozesse des Sichtbarwerdens vollzogen sich nicht unabhängig voneinander, sondern waren ineinander verschränkt. Frauenläden für türkeistämmige Migrantinnen waren ein zentraler Austragungsort des »Integrationstheaters«, wie der Publizist Max Czollek die Aushandlungen gesellschaftlicher Selbstentwürfe durch performative Projektion auf Migrant*innen bezeichnete.¹ Nicht nur der *turn to restriction* ist für das Verständnis des *turn to gender* Anfang der achtziger Jahre unverzichtbar, wie die Historikerin Lauren Stokes argumentiert.² Auch der *turn to integration* als zweite Säule der Migrationspolitik in den achtziger Jahren war zutiefst vergeschlechtlicht.

Gegenstand dieses Kapitels sind drei Räume, die Migrantinnen für sich beansprucht haben, und deren Wechselwirkungen mit dem Migrationsregime. Untersucht wird zunächst, wie der Körper türkeistämmiger Migrantinnen »als Prototyp aller Räume«³ zum Aushandlungsort von Fragen der körperlichen Selbstbestimmung und gesellschaftlicher Auseinandersetzungen mit Pluralität und sich wandelnden Geschlechterverhältnissen wurde. Frauenläden für türkeistämmige Migrantinnen und

1 Vgl. Czollek, Max: Desintegriert Euch!, München 2018, S. 64f.

2 Vgl. Stokes, Lauren: »Fear of the Family«. Migration and Integration in West Germany, 1955-2000, Dissertation, Chicago 2016, S. 352.

3 Löw, Martina: Die Konstituierung sozialer Räume im Geschlechterverhältnis, in: Hradil, Stefan (Hg.): Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften, Frankfurt a. M., New York 1997, S. 451-463, S. 454.

ihre Arbeit waren, so das zentrale Argument des zweiten Unterkapitels, Laboratorien des Integrationsparadigmas ebenso wie des feministischen Austauschs und der Organisation. Als Frauenräume standen sie im Zentrum multipler Anforderungen und Widerstände, die verschiedene gesellschaftliche Akteure an sie herantrugen, und mussten diese navigieren. Transnationale Frauenkongresse markierten als dritter Raum Aufbrüche der migrantischen Frauenbewegung und der feministischen Bewegung in der Türkei, wie das letzte Unterkapitel nachzeichnet. Indem sie das Private politisierten und mit lauten Forderungen breite Aufmerksamkeit für feministische Anliegen weckten, schufen Frauenkongresse eine dritte Dimension der Sichtbarkeit – und eine breitere transnationale Verflechtung weiblicher sowie migrantischer Interessenvertretung.

I Der Körper türkeistämmiger Frauen als Aushandlungsort

1.1 Produzierte Differenz. Die Erforschung ›der türkischen Frau‹

Bevor sich die Sozialpädagogik-Studentin Marlene Schulz 1983 für ihre Diplomarbeit als Türkin verkleidete, stellte sie sich eine entscheidende Frage: »Wie sieht eine türkische Frau überhaupt aus? Welches Erscheinungsbild muß ich abgeben, damit mir die Leute glauben, daß ich eine Türkin bin?«⁴ Ziel ihrer Arbeit war ähnlich wie bei der zeitgleich entstehenden, aber ungleich bekannteren Undercover-Reportage von Günter Wallraff,⁵ im Selbstversuch den Rassismus in der Gesellschaft zu entlarven, indem sie in die Rolle ›der Türkin‹ schlüpfte. Um sich auf ihre Rolle vorzubereiten, beobachtete Schulz das Verhalten von Frauen auf der Straße, die sie für Türcinnen hielt, nahm Rollenspiel-Unterricht und übte, gebrochen Deutsch zu sprechen. Am wichtigsten für ihre Verfremdung war jedoch das äußere Erscheinungsbild: »Sie verkleidete sich als Türkin, zog bunte Kleidung und Kopftuch an, um so, schon vom äußeren Eindruck her, ein ›Fremdkörper‹ in Darmstadts Straßen zu sein«, berichtete der *Tagesspiegel* über Schulz.⁶ Die äußere Metamorphose wirkte sich unmittelbar auf die Körperhaltung der Studentin aus: »den Kopf etwas nach unten fallen lassen, und die Augen von unten nach oben richten; die Hände übereinandergelegt, als wolle ich beten.«⁷ In den drei Wochen, die Schulz als ›Türkin‹ in Darmstadt unterwegs war, erntete sie starrende Blicke und erlebte Diskriminierung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt.⁸

Ihre im Selbstverlag veröffentlichte Diplomarbeit wurde von den Medien interessiert aufgenommen;⁹ neben dem *Tagesspiegel* und der *Zeit*

4 Schulz, Marlene: »Meine Name Keskin«. Ich habe mich als Türkin verkleidet, Darmstadt 1985, S. 12.

5 Wallraff, Günter: Ganz unten, Köln 1985.

6 Bässler, Annette: Als Türkin verkleidet, in: *Tagesspiegel*, 12.5.1985.

7 Schulz, Marlene: »Meine Name Keskin«, 1985, S. 22.

8 Dass solche Selbstversuche Mitte der achtziger Jahre Konjunktur gehabt zu haben scheinen, zeigt eine Szene in Jeanine Meerapfels Dokumentarfilm »Die Kümmeltürkin geht« von 1985, der die türkeistämmige Arbeitsmigrantin Melek Tez 1984 bei ihrer Rückkehr in die Türkei im Rahmen des Rückkehrgesetzes begleitet. Vor ihrer endgültigen Ausreise setzt sie sich ein Kopftuch auf, um als ›traditionell verkleidete Türkin‹ den Rassismus gegen Frauen im Kopftuch am eigenen Leib zu erfahren. Vgl. Jeanine Meerapfel: *Die Kümmeltürkin geht, Deutschland* 1985.

9 Vgl. etwa Tinnappel, Friederike: Kleider machen Leute. Versuch einer Diplomarbeit, in: *Frankfurter Rundschau*, 21.1.1984; Viereck, Stefanie von: Was Frau Keskin erlebte. Eine Studentin untersucht die Ausländerphobie, in: *Die Zeit*, 2.3.1984.

berichteten die türkischen Zeitungen *Hürriyet* und *Günaydın* über Marlene Schulz und ihre Erfahrungen als Frau Keskin. »Das Telefon zuhause stand nicht mehr still. Interessierte wollten Interviews machen, ich hielt Vorträge, und, und, und ... [...]. Manchmal stellte ich mir die Frage, ob ich auf Kosten anderer, eben der türkischen Frauen, in die Öffentlichkeit trete. Aber ich denke, daß solche Aktionen wichtig sind, um eine gewisse Sensibilität unter der deutschen Bevölkerung zu entwickeln.«¹⁰ Bemerkenswert an dem Versuch der Studentin ist weniger ihre Erkenntnis, dass Frauen aus der Türkei in Westdeutschland Rassismus ausgesetzt waren, als die Praktik der Verkleidung als »Fremde« selbst und die Vorstellung, Rassismuserfahrungen migrantischer Frauen durch Einfühlung legitimieren zu können. Diese Annahme impliziert, Schulz könne in der Haut der »Anderen« stecken und dadurch Diskriminierung am eigenen Leib erleben, was ihr die Deutungshoheit gibt, die Erfahrungen türkeistämmiger Frauen zu beglaubigen. Die Maskerade reduzierte das Dargestellte auf wenige stereotype Merkmale; bei Schulz war der wichtigste Fremdheitsmarker das Kopftuch.¹¹ Der Verfremdungseffekt richtete sich gleichermaßen nach außen und nach innen: Ein wichtiges Moment der Verkleidung war die Frage, wie Schulz nach außen wirken musste, damit sie die Gesellschaft täuschen konnte; beständig schwang die Angst mit, von türkeistämmigen Frauen entdeckt zu werden. Im Buch und in der Berichterstattung darüber nimmt die Verkleidung als Frau Keskin große Teile der Erzählung ein; die Frauen aus der Türkei und ihre Erfahrungen verkommen zu Statistinnen.

Die Versuchsanordnung lässt nicht nur Rückschlüsse auf das zeitgenössische Bild »der türkischen Migrantin« zu, sondern auch auf die Konstruktion dieser Verkörperung der »Fremden« schlechthin. Der seit den siebziger Jahren zunehmend vielschichtigen und komplexen Gruppe türkeistämmiger Migrant*innen stand das eindimensionale Bild türkeistämmiger Frauen im öffentlichen Diskurs entgegen, wie Lea Nocera bemerkt.¹² Wie kam es dazu, dass Frauen aus der Türkei in Westdeutschland als unterdrückte, kinderreiche Hausfrauen imaginiert wurden? Um zu verstehen, wie diese bis heute wirkmächtige Fremdheitskonstruktion entstand, bedarf es einer Analyse des Körpers der migrantischen Frau als Projektionsfläche und Austragungsort gesellschaftlicher Debatten um Differenz und Geschlechterverhältnisse. Eine körpergeschichtliche Ana-

10 Schulz, Marlene: »Meine Name Keskin«, 1985, S. 114.

11 Bei Wallraff genügten braune Kontaktlinsen und ein schwarzes Haar, vgl. Wallraff, Ganz unten, S. 11 f.

12 Vgl. Nocera, Lea: »Manikürlü Eller Almanya'da Elektrik Bobini Saracak«, 2018, S. 190.

lyse der historischen Bedingungen, unter denen Frauen aus der Türkei zum Prototyp ›der Fremden‹ wurden, verspricht neue Perspektiven auf zeithistorische Fragen körperlicher Selbstbestimmung und kollektiver Selbstentwürfe. Denn der Körper ist keinesweg ahistorisch; vielmehr, so der Historiker Jakob Tanner, »können wir ihn nur als ein historisches Phänomen, als ein sozial modulierte, kontextabhängiges Konstrukt begreifen.«¹³ Da der Körper kein universelles Fundament menschlicher Erfahrung ist, wird er zum Austragungsort gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. So hebt Philipp Sarasin hervor, dass »die härtesten Differenzdiskurse in der Moderne ihren Ausgangspunkt immer beim Körper« nahmen.¹⁴ Am Körper zeichnet sich historischer Wandel ab, da ihn Machtverhältnisse durchdringen und er zugleich Austragungsort von Kämpfen um Selbstbestimmung ist.

Der Körper migrantischer Frauen – allen voran der Körper türkeistämmiger Frauen – geriet nach dem Anwerbestopp in den Fokus unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure. Sozialforschung und Gynäkologie erforschten, vermaßen, verglichen und kartierten den Körper türkeistämmiger Frauen. Dieses medizinische und sozialpädagogische Forschungsinteresse ging einher mit einer Wissensproduktion, die das Stereotyp der türkeistämmigen Migrantin als ›die Fremde‹ konstruierte und reproduzierte. Zugleich wirkte sich das so entstandene Konstrukt ›der Anderen‹ auf die konkrete Praxis sozialpädagogischer und gynäkologischer Maßnahmen aus. In den Medien, der Politik und der Neuen Frauenbewegung schließlich diente der Körper der Migrantin aus der Türkei als Projektionsfläche, von der sich die Dominanzgesellschaft abgrenzte und dadurch in ihrem Selbstentwurf bestätigte. Vor dem Anwerbestopp waren Arbeitsmigrantinnen in den Statistiken unter der Kategorie ›Gastarbeiter‹ verschwunden, da Arbeitsmigration als ein überwiegend männliches Phänomen galt und Geschlecht als statistische Kategorie erst durch die Frauenforschung der siebziger Jahre etabliert wurde.¹⁵

Nach dem Anwerbestopp rückte mit dem Familiennachzug als neuem Haupteinreiseweg in die Bundesrepublik die Familie der Arbeitsmigrant*innen als politischer Faktor in den Fokus.¹⁶ Dadurch wurden Frauen aus

13 Tanner, Jakob: Körpererfahrung, Schmerz und die Konstruktion des Kulturellen, in: *Historische Anthropologie* 2, 1994, S. 489–502, S. 500.

14 Sarasin, Philipp: Mapping the Body. Körpergeschichte zwischen Konstruktivismus, Politik und »Erfahrung«, in: *Historische Anthropologie* 7/3, 1999, S. 437–451, S. 438f.

15 Huth-Hildebrandt, Christine: Das Bild von der Migrantin, 2002, S. 75f.

16 Vgl. Stokes, Lauren: »Fear of the Family«, 2016, S. 349.

der Türkei in der westdeutschen Gesellschaft sichtbar. In dem Maße, in dem sich abzeichnete, dass viele Migrant*innen dauerhaft in der Bundesrepublik bleiben, wurden Frauen aus der Türkei und ihre Geschlechterrollen zur Projektionsfläche. Ihre Körper dienten, so meine These, als Austragungsort gesellschaftlicher Aushandlungen von Geschlechterverhältnissen, Zugehörigkeit und Migration. Im Körper migrantischer Frauen verwoben sich zeitgenössische Diskurse über das Recht auf körperliche Selbstbestimmung, den Wandel der Geschlechterverhältnisse sowie Fragen der Zugehörigkeit zur westdeutschen Gesellschaft.

»[M]ehrere Kulturrevolutionen entfernt«.
Westdeutscher Feminismus und Differenz

Begeistert von den §218-Demonstrationen, schloss sich die Soziologin Nevâl Gültekin in den siebziger Jahren der Frauenbewegung an, diskutierte mit Feministinnen über die Unterdrückung der Frauen und beriet in Frauenzentren Migrantinnen zu Schwangerschaftsabbrüchen. In der Bundesrepublik konfrontiert mit neuen Lebens- und Protestformen, fühlten sich Gültekin und andere feministische Migrantinnen »als Schülerinnen der deutschen Frauenbewegung« und hinterfragten ihre Überzeugungen.¹⁷ Genährt wurde diese Vorstellung von der in der Türkei verbreiteten Erzählung, deutsche Frauen seien frei, emanzipiert und selbstständig. »Von den Deutschen wollten wir das Arbeiten, die Wissenschaft, die Freiheit, auch das Kämpfen und Lieben lernen. Nach und nach gaben wir alles, was wir von der Heimat mitbrachten, auf. Wir wollten neue Menschen werden, waren offen für alle neuen Einflüsse.«¹⁸ Nach einiger Zeit stellte Gültekin jedoch fest, dass die westdeutschen Frauen mit Migrantinnen über deren Befreiung aus der Unterdrückung diskutierten, aber selbst »keinen größeren Freiraum und nicht mehr Entscheidungsmöglichkeiten als Frauen in unseren Ländern«¹⁹ hatten. Der Wille westdeutscher Feministinnen, migrantische Frauen zu befreien, ging mit einem Forschungsdrang einher, der sich vor allem für Defizite und Differenzen interessierte. Gültekin kritisierte 1983 in der sozialpädagogischen Zeitschrift *Informationsdienst zur Ausländerarbeit (iza)* die Entstehung einer Expert*innenschicht in der Migrantinnenprojektarbeit, die »Emigrantinnen als Objekt und Material für ihre eigenen

17 Gültekin, Nevâl: Anpassung zur Emanzipation?, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 9/18, 1986, S. 92–94, S. 92.

18 Ebd.

19 Ebd., S. 93.

karrieristischen Zwecke nutzt, Forschung treibt und dabei gierig auf Differenzen, Fremdheiten, Abweichungen und Abnormalitäten aus ist.«²⁰

Die sozialpädagogische Frauenforschung entdeckte Migrantinnen in den späten 1970er Jahren als Untersuchungsobjekt für die Projektarbeit. Ab 1977 stieg die Zahl der Forschungsarbeiten zur Lebenssituation von Migrantinnen stark, wobei Marion Schulz in ihrer Bibliografie zur Literatur über Arbeitsmigrantinnen auf die Mehrzahl sozialpädagogischer Arbeiten und den thematischen Schwerpunkt auf Frauen aus der Türkei bei den insgesamt 712 verzeichneten Titeln hinweist.²¹ Feministische Sozialpädagoginnen wollten die Situation migrantischer Frauen sichtbar machen, die in ihrer Wahrnehmung die von der Aufnahmegesellschaft vergessenen Opfer der Migration waren.²² Das sozialpädagogische Forschungsinteresse an Frauen aus der Türkei ging mit einer Wissensproduktion einher, die wesentlich auf vermeintliche Differenzen und Probleme abhob und so maßgeblich zu der Konstruktion des Bildes von »der Türkin« als »Fremde« beitrug. Sozialwissenschaftlerinnen wie Christine Huth-Hildebrandt, Nevâl Gültekin und Helma Lutz haben sich bereits in den achtziger und neunziger Jahren kritisch mit der sozialpädagogischen und feministischen Wissensproduktion über türkeistämmige Migrantinnen in der Bundesrepublik auseinandergesetzt.²³ Die staatlich geförderte sozialpädagogische Migrantinnenforschung, die ab Ende der 1970er Jahre weitgehend unabhängig von der Migrationsforschung und der Frauenforschung in Westdeutschland entstand, war handlungsorientiert und schloss nicht an die bereits existierende türkische Forschung

20 Gültekin-Neumann, Neval: Emigrantinnen in Europa. Eine Konferenz in Oslo, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit 4, 1983, S. 11 f., S. 12.

21 Vgl. Schulz, Marion: Arbeitsmigrantinnen in der BRD. Eine Bibliographie, in: dies. (Hg.): Fremde Frauen. Von der Gastarbeiterin zur Bürgerin, Frankfurt 1992, S. 124-225, S. 132.

22 Vgl. etwa Paczensky, Susanne von: Die Frauen aus Anatolien. Vorwort, in: Baumgartner-Karabak, Andrea, Landesberger, Gisela (Hg.): Die verkauften Bräute. Türkische Frauen zwischen Kreuzberg und Anatolien, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 7-9, S. 8; Huth-Hildebrandt, Christine: Germanozentrismus oder interkulturelles Denken? Deutsche Frauen und ihre Beziehungen zu den Migrantinnen, in: Schulz, Marion (Hg.): Fremde Frauen. Von der Gastarbeiterin zur Bürgerin, Frankfurt a. M. 1992, S. 6-25, S. 11.

23 Vgl. etwa Huth-Hildebrandt, Christine: Germanozentrismus oder interkulturelles Denken?, 1992; Huth-Hildebrandt, Christine: Das Bild von der Migrantin, 2002; Gültekin, Nevâl: Anpassung zur Emanzipation?, 1986; Lutz, Helma: Konstruktionen von Fremdheit. Ein »blinder Fleck« in der Frauenforschung?, in: Nestvogel, Renate (Hg.): Fremdes oder Eigenes? Rassismus, Antisemitismus, Kolonialismus, Rechtsextremismus aus Frauensicht, Frankfurt a. M. 1994, S. 138-152.

zu migrantischen Frauen an.²⁴ Ziel der Untersuchungen war es, aus den Forschungsergebnissen Maßnahmen für die sozialpädagogische Praxis ableiten zu können.²⁵

Besonders interessierten sich die Forschenden für die Geschlechterrollen der türkeistämmigen Frauen und deren Körper. Das Vorwort der Journalistin Susanne von Paczensky zu dem Buch *Die verkauften Bräute* von Andrea Baumgartner-Karabak und Gisela Landesberger aus dem Jahr 1978 zeigt auf paradigmatische Weise, wie Fremdheit über den Körper der Frauen aus der Türkei hergestellt wurde:

»Sie wohnen mitten unter uns, durchaus nicht unsichtbar, im Gegenteil: durch Kopftuch und Blumenhose, durch Mimik und Verhalten deutlich sichtbar, augenfällig ausgesondert. Sie sind ausgesondert, das heißt, sie sind sonderbar. [...] Als unverdauliche Fremdkörper leben sie nun in unseren Städten. Kein Wunder, daß sie Vorurteile auslösen: sie stehen ver mummt beieinander, sprechen eine unverständliche Sprache, kochen unbekannte Speisen. Sie gehen demütig zwei Schritte hinter ihren Männern her, und selbst die eigenste Domäne der Frau, den Einkauf von Lebensmitteln oder Kleiderstoffen, überlassen sie ihren Männern oder Kindern.«²⁶

Der Körper wird hier zur Projektionsfläche für die Wahrnehmung der Journalistin, die Frauen aus der Türkei von der Kleidung bis zur Mimik und Gestik als »fremd« markiert. Die Attribute, die von Paczensky wählte, weisen zurück auf ihre Perspektive und ihre Imaginationen des »Fremden«: Für wen sind die Speisen »unbekannt«, für wen ist die Sprache »unverständlich«? Indem von Paczensky ihre Subjektivität zur Norm erhob, unterschlug sie die Relationalität des »Fremden«. Frauen aus der Türkei bleiben »sprachlose Kulisse«, sie »äußern ihren Protest, wenn überhaupt, nur durch Krankheit und Depression«,²⁷ und deshalb, so die Argumentation von Paczenskys, brauchten sie Hilfe: »Wer ihnen helfen, mit ihnen arbeiten will, muß zunächst ihre Situation verstehen, und das kann nur

24 Vgl. etwa Abadan-Unat, Nermin: Social Change and Turkish Women, Ankara 1963; Abadan, Nermin: Batı Almanya'daki Türk işçileri ve sorunları, 1964; Abadan-Unat, Nermin: The Modernization of Turkish Women, in: Middle East Journal 32/3, 1978, S. 291-306; Kudat, Ayşe; Gürel, Seval: Personal, Familial and Societal Impacts of Turkish Women's Migration to Europe, Hearing of Experts on Sociological Research and Analysis of Programmes of Education and Training for Migrant Workers and their Families, Heidelberg 1978.

25 Vgl. Lutz, Helma: Welten verbinden, 1991, S. 7.

26 Paczensky, Susanne von: Die Frauen aus Anatolien 1983, S. 7.

27 Ebd., S. 8.

geschehen, wenn man ihre Herkunft kennt.«²⁸ Für die Journalistin symbolisierten türkische und kurdische Frauen in einem linearen Geschichtsbild in den Worten von Birgit Rommelspacher »all das, was die westlichen Frauen hinter sich gelassen haben.«²⁹ Von der Moderne trennten die Frauen aus der Türkei nach von Paczensky »dreitausend Kilometer und mehrere Kulturrevolutionen«³⁰ – eine Distanz, die die Autorinnen der ethnologischen Dorfreportage zu überwinden versuchten, indem sie einen Monat in einem türkischen Dorf verbrachten. Dort untersuchten sie in einer Art teilnehmenden Beobachtung die Geschlechterverhältnisse und den Alltag der Frauen im Dorf, um ihre Erfahrungen im zweiten Teil des Buches auf die Situation türkeistämmiger Frauen in Berlin zu beziehen und daraus Vorschläge für die sozialpädagogische Projektarbeit abzuleiten. In ihren Beobachtungen sprachen die Sozialpädagoginnen den Frauen aus dem Dorf jegliche Handlungsmacht ab und sahen ihr Leben in allen Bereichen durch die muslimische Tradition und patriarchalische Normen bestimmt.³¹

Obwohl die Autorinnen wiederholt betonten, die Erfahrungen aus dem Dorf seien eine Momentaufnahme, die sich auf die ländlichen Lebensbedingungen beschränkte,³² reduzierten sie die Türkei durch das fast vollständige Ausblenden der urbanen Zentren doch auf das Gesamtbild eines Agrarstaats, in dem die Zeit stehen geblieben zu sein schien. Die Türkei, die in den sechziger und siebziger Jahren von tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Umbrüchen geprägt war, imaginierten sie pauschal als statisch und der Zeit enthoben. Im zweiten Teil des Buchs gingen die Autorinnen zwar auf die Diskriminierung und migrationsrechtliche Restriktionen ein, denen Frauen aus der Türkei in Westdeutschland ausgesetzt waren, fügten sie jedoch nahtlos in ihr Argumentationsmuster der hilflosen türkeistämmigen Frauen ein. Die Heterogenität von Migrant*innen aus der Türkei blendeten sie ebenso aus wie deren Möglichkeit eigenständigen Handelns und widerständiger Praktiken.

28 Ebd.

29 Rommelspacher, Birgit: Feminismus und kulturelle Dominanz. Kontroversen um die Emanzipation der muslimischen Frau, in: Berghahn, Sabine, Rostock, Petra (Hg.): Der Stoff, aus dem Konflikte sind. Debatten um das Kopftuch in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Bielefeld 2009, S. 395–412, S. 400.

30 Paczensky, Susanne von: Die Frauen aus Anatolien, 1983, S. 8.

31 Vgl. Baumgartner-Karabak, Andrea; Landesberger, Gisela: Die verkauften Bräute. Türkische Frauen zwischen Kreuzberg und Anatolien, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 68.

32 Vgl. ebd., S. II.

War die Politisierung des Privaten und die Forderung nach dem Recht auf körperliche Selbstbestimmung ein zentrales Anliegen feministischer Kämpfe der siebziger Jahre, so wurde der Körper der türkeistämmigen Migrantin zur Projektionsfläche. An der Kontrastfolie der unterdrückten ›Anderen‹, die in Rommelspachers Worten »im Wesentlichen gleich, nur eben *noch nicht ganz so weit*«³³ ist, handelten westdeutsche Feministinnen ihre eigene Geschlechteridentität aus. Die Historikerin Rita Chin argumentiert, dass die Anwesenheit von Frauen aus der Türkei und ihre Geschlechterrolle für die westdeutsche Frauenbewegung und ihre gerade erst erkämpfte und gesellschaftlich noch kaum konsolidierte Emanzipation eine Bedrohung darstellte.³⁴ Indem sich Feministinnen als Fürsprecherinnen für die Emanzipation der unterdrückten ›Anderen‹ einsetzten, versicherten sie sich nicht nur ihrer eigenen Errungenschaften, sondern konnten auch innere Konflikte ihrer Geschlechteridentität auf die Frauen aus der Türkei projizieren.³⁵ In ihrer Empörung über die Unterdrückung von Migrantinnen spiegelt sich auch die Wut über die ›eigenen‹ Geschlechterverhältnisse.

Vermessen wurde in den Forschungsprojekten über Frauen aus der Türkei stets der Grad an ›Fremdheit‹ und der Abstand zum ›Eigenen‹. Dieser Abstand, so lässt sich aus einer Durchsicht sozialpädagogischer Studien schließen, manifestierte sich für die Sozialpädagoginnen im Maß an körperlicher Selbstbestimmung türkeistämmiger Frauen. Die Rollenverteilung schien dabei klar: Die westdeutschen Sozialpädagoginnen hatten die Deutungshoheit und Entscheidungsmacht, sie sprachen für die Frauen aus der Türkei, die sie als unterdrückte Opfer und Objekte der Projektarbeit wahrnahmen. So heißt es in der Studie *Zur sexualspezifischen Rolle der Frau in der türkischen Familie*: »Türkische Frauen erscheinen uns gewissermaßen wie Schauspielerinnen auf einer Bühne. Ihr Handlungsspielraum ist durch die türkische Gesellschaft bereits abgesteckt worden und somit relativ begrenzt. Das Drehbuch, das geschrieben wurde, ohne daß sie etwas dazu hätten beitragen können, legt sie auf ein bestimmtes Verhalten fest.«³⁶ Den Autorinnen geht es um die »Rolle,

33 Rommelspacher, Birgit: Feminismus und kulturelle Dominanz, 2009, S. 399 (Kursiv im Original).

34 Vgl. Chin, Rita: Turkish Women, West German Feminists, and the Gendered Discourse on Muslim Cultural Difference, in: Public Culture 22/3, 2010, S. 557-581, S. 567; Chin, Rita: The Guest Worker Question in Postwar Germany, Cambridge 2007, S. 141-190.

35 Vgl. hierzu Mohanty, Chandra: Under Western Eyes. Feminist Scholarship and Colonial Discourses, in: Feminist Review 30, 1988, S. 61-88, S. 65.

36 Metzger, Annette; Herhold, Petra: Zur sexualspezifischen Rolle der Frau in der türkischen Familie, Berlin 1982, S. 7.

die türkische Frauen aufgrund ihres Geschlechts gezwungen sind zu spielen«. ³⁷ In ihrer Perspektive wurden die untersuchten Frauen zu Marionetten; selbstbestimmtes Handeln war in dieser zugeschriebenen Geschlechterrolle nicht vorgesehen. Den Fokus der Arbeit begründeten die Autorinnen damit, dass sich die Benachteiligung ›der türkischen Frau‹ am offensichtlichsten an ihrer Rolle als Hausfrau, Ehefrau und Mutter zeige, auf die sie wesentlich beschränkt werde. Ihrer These widerspricht, dass türkeistämmige Migrantinnen als häufigste Gründe für Schwangerschaftsabbrüche die Berufstätigkeit beider Ehepartner, die Sorge um den Verlust des Arbeitsplatzes sowie fehlende Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder während der Arbeitszeit nannten. ³⁸

Im Diskurs über Frauen aus der Türkei hat sich die ›Fremdheit‹ gleichsam in die Körper der Frauen eingeschrieben. In den achtziger Jahren dominierten Zeitungsberichte über Heimweh, Isolation, Kummer und Fremdheit, die sich in psychosomatischen Krankheiten äußerten, den Diskurs. Diese psychosomatischen Krankheiten seien nicht als »fernöstliche Wehleidigkeit« zu verharmlosen, wie der *Tagesspiegel* 1984 eine Ärztin aus Kreuzberg zitierte, die in ihrer Praxis »krankhafte, hysterische Anfälle« erlebt habe, bei denen Patientinnen umgekippt seien oder sich totgestellt hätten. ³⁹ Auch die *taz* berichtete von ›hysterischen‹ Anfällen türkeistämmiger Migrantinnen: »Türkische Frauen zum Beispiel reagieren auf die Bedrückungen der Fremde, die verschiedenen Formen der Diskriminierung ihrem Kulturkreis gemäß mit hysterischen Anfällen, sie verdrehen die Augen, Symptome, die es hierzulande schon seit Jahrhunderten kaum noch gibt.« ⁴⁰ Die Töchter der Migrantinnen hingegen, so die *taz*, reagierten auf Diskriminierung »ausgesprochen mitteleuropäisch, mit Magersucht zum Beispiel«. Während Ärzt*innen, Sozialpädagog*innen und Medien in Westdeutschland die Ursache des Schmerzes eher in der Fremdheitserfahrung und Heimweh sahen, ⁴¹ nannten migrantische Frauenvereine als Ursache konkrete Arbeits- und Lebensbedingungen wie etwa harte, gesundheitsschädliche Arbeit oder die Angst, bei Krankheit den Arbeitsplatz zu verlieren. ⁴² So hatten Frauen aus der Türkei aufgrund diskriminierender migrationsrechtlicher Regelungen wie dem

³⁷ Ebd.

³⁸ Vgl. ebd., S. 40f.

³⁹ Siems, Dorothea: Sie leiden an der Heimwehkrankheit, in: *Tagesspiegel*, 1.7.1984.

⁴⁰ Goeb, Alexander: Gegen Fremdheit hilft kein Aspirin, 6.5.1986.

⁴¹ Vgl. AL-Frauenbereich Ausländerinnen: Ausländische Frauen in West-Berlin, 1979, S. 21.

⁴² Vgl. etwa Türkischer Frauenverein Berlin: ... immer noch Fremde?, FFBIZ, Rep A 400 Berlin 20.6c, 1991, S. 10f.

Paragrafen 19 Arbeitsförderungsgesetz, dem sogenannten »Inländerprimat«, eingeschränkten Zugang zu Arbeit, Studium und Wohnungen. Darüber hinaus hatten per Familienzusammenführung nachgezogene Ehepartner*innen keinen eigenen Aufenthaltstitel und kein Arbeitsrecht, was Geschlechtergleichheit verhinderte und Abhängigkeiten innerhalb der Familien produzierte. Zudem war die Stimmung in der westdeutschen Gesellschaft Anfang der achtziger Jahre zunehmend rassistisch.

Der Fokus auf Differenz hatte seine Ursache auch in den Strukturen sozialpädagogischer Wissensproduktion. Häufig war die Finanzierung der als »Modellversuche zur Ausländerintegration« bezeichneten Pilotprojekte an die Verbindung von sozialpädagogischer Arbeit und wissenschaftlicher Erforschung geknüpft. In den Frauenprojekten bedeutete die Verschränkung von sozialer Arbeit und wissenschaftlicher Erforschung, dass die Beratungsstellen Teil der Wissensproduktion über Migrantinnen im Zuge des *integration turn* waren. Die Historikerin Jane Freeland hat in Bezug auf die Frauenhausbewegung die komplexen Prozesse herausgearbeitet, in denen wohlmeinender Aktivismus *weißer* Feministinnen im Versuch, Aufmerksamkeit für Betroffene geschlechterspezifischer Gewalt zu schaffen, zu einer verstärkten Viktimisierung beitrug und patriarchale Normen stabilisierte.⁴³ Ähnliche Prozesse lassen sich auch für die an der Aktionsforschung angelehnte Arbeit der Frauenprojekte beobachten. Zwar betonten die Mitarbeiterinnen in ihren Untersuchungen teils die strukturellen Ursachen der Probleme von Migrant*innen. Teilweise brachten die Forschenden die Probleme von Migrantinnen jedoch weniger in Verbindung mit migrationspolitischen und rechtlichen Strukturen, sondern führten die Ursachen stattdessen auf den Islam und kulturelle Tradition zurück.⁴⁴ Da diese Analysen in einen Wissen-Macht-Komplex verwoben waren, reproduzierten sie im Versuch, auf die Probleme von Migrantinnen aufmerksam zu machen, unweigerlich selbst Essentialisierungen und Stereotype.

Wie die Sozialwissenschaftlerin Christine Huth-Hildebrandt anmerkt, führte die Abhängigkeit der sozialpädagogischen Forschungsprojekte von staatlicher Förderung dazu, dass in den Projektanträgen Problemstellungen und Defizite dramatisiert wurden.⁴⁵ In den Anträgen problematisierten Sozialpädagoginnen demnach die Situation türkeistämmiger

43 Vgl. Freeland, Jane: *Feminist Transformations and Domestic Violence in Divided Berlin 1968-2002*, 2022, S. 109.

44 Selbstkritisch hierzu s. Mansfeld, Cornelia: *Frauenbewegung und Migrantinnenforschung*, in: *iza*, 3/88, S. 39.

45 Vgl. Huth-Hildebrandt, Christine: *Germanozentrismus oder interkulturelles Denken?*, 1992, S. 14.

Migrantinnen, um die Finanzierung ihrer Projekte, die als Lösung für die formulierten Defizite konzipiert waren, weiter sichern zu können. Durch die Entstehung der Ausländersozialarbeit verengte sich der Blick auf türkeistämmige Frauen, die per Familienzusammenführung nach Westdeutschland gekommen waren, was sich auf die Konzeption der Projekte auswirkte.⁴⁶ Diese verorteten Frauen aus der Türkei in der Privatsphäre und in der Familie. Auch die Senatsverwaltungen griffen auf die erhobenen Daten zurück, um daraus politisches Handeln abzuleiten. Zugleich entstanden durch die Abhängigkeit von der finanziellen Unterstützung durch den Senat und die damit einhergehende Orientierung an Förderkriterien potenziell Rückwirkungen auf die Forschungsprämissen.

Durch die Konzentration auf nichterwerbstätige Ehefrauen und Mütter in der Ausländersozialarbeit blieben weite Teile der migrantischen Frauen aus der Türkei unberücksichtigt, darunter Arbeitsmigrantinnen, alleinstehende und geflüchtete Frauen sowie Frauen, die sich aktiv an Arbeitskämpfen und transnationalen Protesten beteiligten.⁴⁷ Diese Engführung bewirkte, dass Frauen aus der Türkei als homogene Gruppe konstruiert wurden, die unabhängig von sozialer und geografischer Herkunft, Beruf und Biografie als rückständig und unterdrückt imaginiert wurde. Indem ihre Probleme überwiegend innerhalb der Familie verortet wurden, wurden türkeistämmige Frauen diskursiv aus dem öffentlichen in den privaten Raum verdrängt. Zugleich durchleuchteten und kartierten die sozialpädagogischen Forschungsarbeiten den Körper und die Geschlechterrollen migrantischer Frauen und stellten so Privates und Intimes öffentlich zur Disposition.

Indirekt trug die sozialpädagogische Arbeit dadurch zu einer Viktimisierung und Homogenisierung migrantischer Frauen bei, während ihr Anliegen zugleich war, diese in ihrem Handlungsspielraum zu ermächtigen. Dies lag auch daran, dass Medien, die Frauenläden und deren Arbeit porträtierten, strukturelle Zusammenhänge selten aufgriffen. Dass Migrantinnen, die im Rahmen der Familienzusammenführung eingereist waren, mehrere Jahre nicht arbeiten durften und kein eigenständiges Aufenthaltsrecht hatten, spielte ebenso wenig eine Rolle wie die Diskriminierung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, die türkeistämmige Migrant*innen erlebten. Stattdessen konzentrierten sich viele Zeitungen, aber auch die feministischen Zeitschriften *Courage* und *Emma* und die sozialpädagogische Zeitschrift *iza* auf tragische Einzelschicksale von Frauen aus der Türkei. Häufig hatten diese Frauen keinen Nachnamen,

46 Vgl. Huth-Hildebrandt, Christine: Das Bild von der Migrantin, 2002, S. 71.

47 Vgl. ebd., S. 70.

denn das Einzelschicksal von Frauen wie Arzu,⁴⁸ Fatma,⁴⁹ Meral,⁵⁰ so wurde suggeriert, stand stellvertretend für die Situation ›der türkischen Frau«. Auch wenn die Anonymisierung eine gängige und wichtige journalistische Praxis darstellt, zeigen sich hierin auch Machtstrukturen und der paternalistische Gestus der westdeutschen Feministinnen und Sozialpädagoginnen. Die Frauen ohne Nachnamen waren Chiffren für die Unterdrückung migrantischer Frauen durch Männer und ihre aussichtslose Situation in Westdeutschland. Individualität oder Handlungsmacht wurde ihnen nicht zugestanden. Dadurch wurden patriarchale Regelungen im Ausländergesetz ebenso unsichtbar gemacht wie diskriminierende Praktiken auf dem Wohnungsmarkt und in den Behörden.

Intersektionale Ungleichheitsverhältnisse wurden in der Berichterstattung zurückgeführt auf kulturelle Unterschiede und patriarchale Geschlechterverhältnisse in migrantischen Familien. Die Zuschreibungen westdeutscher Feministinnen blieben nicht unwidersprochen. Türkeistämmige Frauen wehrten sich in Zeitungsartikeln und auf Konferenzen lautstark gegen diese Vereinnahmung und spiegelten die Projektion zurück. »Wir sind für deutsche Feministinnen eine ungeordnete Menge, aus der nur einzelne Frauen herausgehoben werden. [...] Nur für viele Untersuchungen und Diplomarbeiten sind wir beliebtes Objekt«,⁵¹ kritisierte die Sozialpädagogin Sevim Türkoğlu, die als Arbeitsmigrantin nach Westdeutschland gekommen war, 1984 in der *taz*. Die Soziologin Deniz Çamlıkbeli berichtete 1984 in der *iza*, dass ihr bei einem Fortbildungsseminar, das sie im Dezember 1983 mit einer weiteren türkeistämmigen und zwei deutschen Frauen in Nürnberg veranstaltet hatte, vorwurfsvoll entgegengehalten worden sei, sie seien keine »typischen Türcinnen«. ⁵² Die Enttäuschung der Teilnehmer*innen darüber, dass sie nicht dem westdeutschen Bild der Türkin entsprachen, erklärt sie so: »Überspitzt gesagt: Um als Frauen aus der Türkei akzeptiert zu werden, müßten wir ›Kopftücher‹ tragen, ›Pumphosen und darüber Röcke‹ anziehen, ›ganz bunt‹ aussehen, ›ein dickes Hinterteil und einen großen Bauch‹ haben – allerdings ›mit dem Körper in Einklang sein‹ [...]. Außerdem haben türkische Frauen ›strahlende Augen‹ und ›viele, viele, viele Kinder«

48 Vgl. Mansfeld, Cornelia: Ausländerinnen in Deutschland. Arzu – auf ein besseres Leben hoffen, in: *Courage* 3/4, 1978, S. 15–17.

49 Vgl. Schruff, Sabine: Fatma muß Jungfrau sein, in: *Emma* 8, 1977, S. 16–20.

50 Vgl. Meral; Diederich, Ellen: In der Türkei würde ich auch nicht mehr klarkommen. Bericht der Arbeiterin Meral, in: *Courage* 10, 1979, S. 12–17.

51 Türkoğlu, Sevim: »Wir sind für deutsche Feministinnen eine ungeordnete Menge«, in: *taz*, 15.10.1984, S. 14.

52 Çamlıkbeli, Deniz: Deutsche Frauen – türkische Frauen, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit 1, 1984, S. 19 (Kursiv im Original).

[...].⁵³ Die Unfähigkeit, auf die Geschlechterverhältnisse der eigenen Gesellschaft zu blicken und immerfort die vermeintlichen Unterschiede der ›Anderen‹ zu erforschen, so die Kritik Çamlıkbeli, lenke von den tatsächlichen Unterschieden ab, die durch das diskriminierende Ausländergesetz entstanden. »Es legt den Wunsch offen, sich als deutsche bzw. westliche Frau fortschrittlicher und besser zu sehen und sich so von den türkischen Frauen abzusetzen, sich über sie zu stellen und sie lehren zu wollen, nach dem Motto: hier die Vertreterin des Industrielandes, der Zivilisation, dort die des Landes der dritten Welt, der Barbarei.«⁵⁴ Das von Çamlıkbeli wiedergegebene Stereotyp ›der türkischen Frau‹ legt die verschiedenen Ebenen bloß, auf denen der Körper der Migrantin als Projektionsfläche als ›fremd‹ markiert wurde: von der Kleidung und dem äußeren Erscheinungsbild über den Umgang mit dem Körper bis ins Körperinnere, zum Klischee der ›gebärfähigen Südländerin‹.

Die Fruchtbarkeit türkeistämmiger Frauen war ein zentraler Topos in der Konstruktion von Differenz. Nicht nur in sozialpädagogischen Untersuchungen lässt sich eine starke Faszination an der Intimsphäre türkischer und kurdischer Frauen beobachten, sondern auch in der gynäkologischen Forschung und der zeitgenössischen politischen Debatte. Der Uterus türkeistämmiger Frauen war der Austragungsort, an dem sich medizinische Wissensproduktion, politische und gesellschaftliche Aushandlungen von Zugehörigkeit und Geschlechterverhältnissen und die Frage körperlicher Selbstbestimmung kreuzten.

1.2 Körperliche Selbstbestimmung zwischen Kreißaal und Pro Familia

Ärzte interessierten sich besonders für die Gebärmutter migrantischer Frauen. Mit ihrer Vermessung und Erforschung des Körpers migrantischer Frauen reproduzierten sie nicht nur Bilder körperlicher ›südländischer Andersheit‹, sondern brachten diese durch Wissensproduktion aktiv hervor. Waren Schwangerschaft und gynäkologische Untersuchungen bereits im Anwerbeprozess Gegenstand kontroverser Diskussionen gewesen,⁵⁵ so wurde mit zunehmender Präsenz von Migrantinnen im Kreißaal die Geburt ab Mitte der sechziger Jahre zum Untersuchungs-

⁵³ Ebd.

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Vgl. Kapitel 3.1.2 und detaillierter Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 116-127.

objekt gynäkologischer Studien.⁵⁶ Im Zentrum des Forschungsinteresses standen vermeintliche Unterschiede in der Schwangerschaft und Geburt bei migrantischen Frauen im Vergleich zu deutschen Frauen. Der Gynäkologe Armin Saurwein etwa vermaß für eine Untersuchung von Kaiserschnitten bei deutschen und migrantischen Frauen das Becken von Migrantinnen auf mögliche Beckenanomalien.⁵⁷ Dies war ein statistisch nicht haltbares Unterfangen, das sich in den biologistisch-rassistischen Diskurs der Vermessung von Körpern und die Faszination für das weibliche Becken zur naturwissenschaftlichen Klassifikation nahtlos einfügt, wie Huth-Hildebrandt herausstellt.⁵⁸

Zwar räumten Mediziner selbst ein, dass ein Vergleich von 14.500 Entbindungen deutscher und 2.800 Entbindungen migrantischer Frauen an der Frauenklinik Mannheim zwischen 1966 und 1975 keine signifikanten statistischen Unterschiede gezeigt habe.⁵⁹ Dennoch entstanden in diesem Zeitraum diverse gynäkologische Beiträge, die in ihren Untersuchungen den Unterschieden der Geburt bei migrantischen Frauen auf die Spur gingen. In ihrer Bibliografie weist Marion Schulz von 1968 bis 1977 allein sieben Dissertationen nach, die sich ausschließlich mit Schwangerschaft und Geburt von Arbeitsmigrantinnen auseinandersetzen.⁶⁰ Diese Untersuchungen sind geprägt von hegemonialen Dichotomien und stehen in der Kontinuität des orientalistischen Diskurses:⁶¹ Dem männlichen Subjekt, dem Gynäkologen als Begutachter mit klinischem Blick und Verkörperung des westlichen, technisierten Experten steht das weibliche Objekt, die südländische, emotionale, naturnahe Frau gegenüber.

Frauenärzte führten Schwierigkeiten bei der Geburtshilfe nicht nur auf Sprachschwierigkeiten zurück, sondern begründeten diese in ihren Aufsätzen auch mit der »mangelnden Disziplin, die ein Großteil der Südeuropäerinnen zeigte«,⁶² sowie der »andersartigen Mentalität und Affektivität der Südländerinnen«, mit der die »oft scheinbare, hemmungslose Disziplinlosigkeit sowie unkooperatives und unkoordiniertes Verhalten

56 Vgl. Huth-Hildebrandt, Christine: Das Bild von der Migrantin, 2002, S. 105.

57 Vgl. Saurwein, A.: Entbindung bei Ausländerinnen, zugleich ein Beitrag zur Frequenz und Indikationsstellung der abdominalen Schnittentbindung, in: Geburtshilfe und Frauenheilkunde 29/8, 1969, S. 728-734.

58 Vgl. Huth-Hildebrandt, Das Bild von der Migrantin, S. 107.

59 Vgl. Hohlweg-Majert, P.; Sievers, S.; Wittlinger, H.: Schwangerschaft und Geburt bei Gastarbeiterinnen, in: Medizinische Klinik 72/2, 1977, S. 33-38, S. 36.

60 Vgl. Schulz, Arbeitsmigrantinnen in der BRD, S. 132.

61 Vgl. Said, Edward: Orientalism, London 2003, S. 300 f.

62 Saurwein, A.: Entbindung bei Ausländerinnen, zugleich ein Beitrag zur Frequenz und Indikationsstellung der abdominalen Schnittentbindung, 1969, S. 729.

zu erklären«⁶³ sei. Ein großer Teil »der Südländer« sei, so der Mediziner Hans Otto Beck, in einem »tief verwurzelten Aberglauben verhaftet und somit rationalen Vorstellungen unzugänglich«.⁶⁴ Der Gynäkologe Peter Hohlweg-Majert beschrieb in einem Aufsatz vermeintliche psychologische und soziale Besonderheiten der Frauen so: »Die aus einer archaisch-magischen Vorstellungswelt kommenden Südeuropäerinnen sind ohne Verständnis für die technisch-rationalisierte Welt des Mitteleuropäers; der technischen Perfektion moderner Kreißsäle stehen sie oft mißtrauisch gegenüber.«⁶⁵ In diesen Zuschreibungen verwoben sich kulturalistische, rassistische und biologistische Zuschreibungen von »Fremdheit«. Die Schwangerschaft und die Geburtserfahrungen von Migrantinnen wurden zu Fremdheitsmarkern, anhand derer Ärzt*innen vermeintliche Abweichungen vermaßen und Andersheit konstruierten.

Wie sehr die Wissensproduktion über vermeintliche Unterschiede auch die Geburtshilfe prägte, zeigen Reaktionen von Ärzt*innen und Hebammen auf Frauen aus der Türkei, die bei der Geburt eine aktive Rolle einnahmen. Körperliche Selbstbestimmung wurde Frauen aus der Türkei im Kreißaal nicht zugestanden. Stattdessen nahmen (damals überwiegend männliche) Gynäkologen die Praktiken von Migrantinnen während der Geburt als mangelnde Selbstbeherrschung wahr: »Diese Frauen zeigen vollkommen unabhängig vom Intelligenzgrad und sozialer Stellung eine emotionelle Erregung und eine oft hemmungslose Unbeherrschtheit während der Geburt.«⁶⁶ Hier erlaubt die vermeintliche Abweichung Rückschlüsse auf die unsichtbare Norm des Geburtsvorgangs in deutschen Kreißsälen der siebziger Jahre. An der Geburt wird deutlich, wie historischer Wandel sich am und durch den Körper manifestierte.⁶⁷

Der Körper steht nicht unveränderlich außerhalb von Geschichte, sondern wird in seinen Praktiken und Zurichtungen maßgeblich von ihr geprägt. Wie die Historikerin Barbara Duden anmerkt, wurden Schwangerschaft und Geburt erst relativ spät medikalisiert und waren in den

63 Hohlweg-Majert, Peter: Gynäkologische und geburtshilfliche Betreuung von Gastarbeiterinnen, in: Deutsches Ärzteblatt 71/11, 1974, S. 780f., S. 781.

64 Beck, Hans Otto: Die Problematik der Ausländergeburt. Unter Berücksichtigung medizinischer, psychologischer und sozialer Aspekte. Ein Vergleich von 621 Entbindungen bei Ausländerinnen mit 7292 Entbindungen bei deutschen Frauen in den Jahren 1966-1969, Dissertation, Heidelberg 1971, S. 51.

65 Hohlweg-Majert, Gynäkologische und geburtshilfliche Betreuung von Gastarbeiterinnen, S. 781.

66 Beck, Die Problematik der Ausländergeburt, S. 51.

67 Vgl. Canning, Kathleen: *The Body as Method?*, 1999, S. 506.

siebziger Jahren selbst im Wandel begriffen.⁶⁸ Duden weist darauf hin, dass Wehen noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als autonome, hormonell gesteuerte Reaktionen des Körpers interpretiert wurden; ein »Modell des gebärenden ›Körpers‹, in dem für die tätige Frau kein Platz vorgesehen war.«⁶⁹ Für Frauen war demnach während der Geburt lange Zeit eine passive Rolle vorgesehen.⁷⁰ Die Journalistin Ulla von Plog berichtete in der *Zeit* 1985 über den radikalen Wandel im Kreißsaal, in dem noch zehn Jahre zuvor von oben entschieden worden sei, was zu tun war. »Heute [...] muß man nicht mehr grundsätzlich aufs hohe Bett hinauf, sondern kann im Sitzen, Hocken, Stehen oder im Vierfüßlerstand sein Kind zur Welt bringen«, ⁷¹ so die Journalistin. Trotz der neuen Autonomie der Geburtspraktiken rief es bei Ärzt*innen Befremden hervor, wenn Frauen aus der Türkei bei der Geburt eine aktive Rolle einnahmen, wie aus diesem Bericht in der *taz* von Dezember 1986 über die erste interdisziplinäre Fachtagung der Berliner Universitäts-Frauenklinik Charlottenburg über »die ausländische Patientin« hervorgeht:

»Vor allem türkische Frauen haben bei der Geburt eigene Methoden der Schmerzbewältigung, wie Schreien, Jammern, Stöhnen und Herumlaufen. Ausdrucksformen, mit denen sie bei Hebammen und Geburtshelfern nicht unbedingt auf Verständnis und Sympathie stoßen. Wehren sie sich dann noch selbstbewußt gegen wohlmeinende Hilfestellungen, sind ablehnende Reaktionen der Hebamme oder des Arztes nicht selten.«⁷²

Hier wird deutlich, wie die medizinische Wissensproduktion, die Schwangerschaft und Geburt bei Migrantinnen als Fremdheitsmarker konstruierte, den ärztlichen Umgang mit den Körperpraktiken türkeistämmiger Frauen strukturierte. Frauen, die während der Geburt laut waren und Raum einnahmen, passten nicht in das Narrativ der hilflosen, stummen Türkin. Diese erhoben durchaus Einspruch gegen den ärztlichen Zugriff auf ihren Körper, wie der Bericht einer Frau aus der Türkei zeigt, der in einem Artikel über ein sozialpädagogisches Beratungsprojekt zitiert wird: »Ich wollte keinen Dammschnitt, aber der Arzt hat mich

68 Vgl. Duden, Barbara: Frauen->Körper: Erfahrung und Diskurs (1970-2004), in: Becker, Ruth, Kortendieck, Beate (Hg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie, Wiesbaden 2010, S. 601-615, S. 604.

69 Ebd., S. 606.

70 Zum Wandel der Geburtspraktiken vgl. Rodgers, Jennifer: »Taking birth back into our own hands«. Childbirth, feminism, and the interstitial archive in West Germany, *Women's History Review* 33/1, 2024, S. 60-75.

71 Plog, Ulla von: Mit Chopin in den Wehen, in: *Die Zeit* 16/1985, 12.4.1985.

72 Den Schmerz betäuben, in: *taz*, 13.12.1986.

trotzdem geschnitten. Wie mit einem heißen Messer durch meinen Körper! Ich habe geschrien und gedacht: Dich soll man auch schneiden mit einem heißen Messer!«⁷³ Hier zeigt sich, dass der gynäkologische Zugriff auf den migrantischen Frauenkörper sich nicht auf das Erforschen und die diskursive Wissensproduktion beschränkte.

Wie sich in der Reproduktion von migrantischen Frauen bevölkerungspolitisches Denken und Fragen der körperlichen Selbstbestimmung verschränkten, belegen auf besonders gravierende Weise Berichte über unfreiwillige Sterilisationen. Die Historikerin Claudia Roesch kommt anhand vermehrter Berichte über Sterilisationen ohne Einwilligung zu dem Schluss, »dass es sich bei unfreiwilligen Sterilisationen nach Abtreibungen oder Geburten bis in die 1980er Jahre um eine deutschlandweit verbreitete Praxis handelte.«⁷⁴ Bei den in den achtziger Jahren bekannt gewordenen Fällen handelte es sich vor allem um Frauen aus prekären Verhältnissen und Migrantinnen, die nach einer Abtreibung oder Geburt ohne ihr Wissen sterilisiert worden seien. 1981 erhob der linke Arzt und Historiker Karl Heinz Roth in der feministischen Zeitschrift *Courage* den Vorwurf, der Hamburger Chefarzt Hans-Joachim Lindemann habe Sterilisationsversuche an »etwa 900 Frauen, wobei schätzungsweise 140 davon ohne Wissen und Wollen der Betroffenen durchgeführt worden sind«⁷⁵ vorgenommen. Der Fall war 1979 ans Licht gekommen, weil eine Mitarbeiterin am Hamburger Elisabeth-Krankenhaus an die Öffentlichkeit gegangen war.⁷⁶ Nachdem der Arbeitskreis Gesundheit der Grünen Alternative, eine Gruppe medizinischer Aktivist*innen, den Arzt im Juni 1979 angezeigt hatte, leitete die Staatsanwaltschaft Ermittlungen ein, doch es kam nie zu einem Prozess. Im Mai 1982 wurde das Verfahren gegen Lindemann eingestellt.⁷⁷ Die Anschuldigungen lassen sich also

73 Klöss, Cornelia: Kooperation mit Institutionen bei der Gesundheitsarbeit mit Frauen aus der Türkei, in: Geiger, Andreas, Hamburger, Franz (Hg.): *Krankheit in der Fremde*, Berlin 1984, S. 81-87, S. 83.

74 Roesch, Claudia: *Wunschkinder. Eine transnationale Geschichte der Familienplanung in der Bundesrepublik Deutschland*, Göttingen 2022, S. 130 f.

75 Roth, Karl Heinz: Als ob nichts gewesen wäre. Zur Geschichte der Zwangssterilisierung seit der NS-Zeit. Die Frauenärzte Hans-Joachim Lindemann und Carl Clauberg, in: *Autonomie* 1981/7, S. 43-60, S. 43.

76 Vgl. ebd., S. 55.

77 Vgl. Hildebrandt, Sabine; Benedict, Susan; Miller, Erin; Gaffney, Michael; Grodin, Michael A.: »Forgotten« Chapters in the History of Transcervical Sterilization. Carl Clauberg and Hans-Joachim Lindemann, in: *Journal of the history of medicine and allied sciences* 72/3, 2017, S. 272-301, S. 291 f.; S. P.: »Sie haben schon genug herumsterilisiert!« Strafanzeige gegen Hamburger Chefarzt, in: *Courage* 3, 1981, S. 5 f., S. 5.

nicht restlos rekonstruieren⁷⁸ – doch ihre Resonanz in feministischen und migrantischen Kreisen ist gut belegt.

Feministische Gruppen in Hamburg bildeten ein »Lindemann-Ple-num«, verteilten Flugblätter auf Deutsch und Türkisch in Hamburger Frauenkliniken und protestierten vor dem Elisabeth-Krankenhaus gegen Lindemann.⁷⁹ Im Februar 1983 setzten die Revolutionären Zellen und die Rote Zora Lindemanns Auto in Brand. In ihrem Bekennerschreiben stellten sie einen Bezug zwischen Lindemanns mutmaßlichen Sterilisationsversuchen und der Bevölkerungspolitik im Globalen Süden her und nannten als eine betroffene Gruppe »Türkinen in der BRD«.⁸⁰ Auch andere feministische Gruppen brachten die mutmaßlichen Sterilisationsversuche in Zusammenhang mit der körperlichen Selbstbestimmung migrantischer Frauen und bevölkerungspolitischen Kampagnen im Globalen Süden.⁸¹ »Aber auch in den Metropolen sollen bestimmte Frauen sich nicht weiter vermehren. So hat Lindemann seine Versuche vor allem an türkischen und armen Frauen vorgenommen, denn die türkischen Ausländerinnen haben in der Bundesrepublik ein neues Proletariat gebildet, von dem potentiell Widerstand erwartet wird. In Altona dürfen viele türkische Frauen z. B. nur abtreiben, wenn sie gleichzeitig in eine Sterilisation einwilligen!«,⁸² behaupteten etwa die Verfasserinnen eines Flugblatts, in dem sie dazu aufriefen, Lindemann das Handwerk zu legen. Aus diesen Zeilen geht hervor, wie sich im Diskurs feministischer Gruppen Bevölkerungspolitik und die Regierung migrantischer Frauenkörper verschränkten.

Auf dem ersten gemeinsamen Frauenkongress deutscher und ausländischer Frauen 1984 in Frankfurt wurde der Fall Lindemann ebenfalls

78 Einen Versuch der Rekonstruktion unternehmen Hildebrandt et al. anhand der im Archiv der Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts überlieferten Quellen des Arbeitskreises, darunter die Strafanzeige mit den Namen von neun Krankenschwestern und Ärzt*innen als Zeug*innen. Vgl. Hildebrandt, Sabine et al.: »Forgotten« Chapters in the History of Transcervical Sterilization, 2017, S. 292.

79 Vgl. Frauenkampf: Theorie und Praxis im Fall L., Papiertiger-Archiv, Sammlung »Bevölkerungspolitik«, o. D.

80 Revolutionäre Zellen und Rote Zora: Aktion gegen den Arzt Lindemann, Hamburg, in: ID-Archiv im IISG (Hg.): Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora 1993, online abrufbar unter: www.freilassung.de/div/texte/rz/zorn/Zorn51b.htm (19.2.2025).

81 Vgl. Frauenselbstverteidigung Hamburg: Zwangssterilisation. Legen wir Lindemann das Handwerk!, Papiertiger Archiv, Sammlung »Bevölkerungspolitik«, o. D.; Gruppe Dritte Welt Hamburg: Info Nr. 1: Lindemann und seine Taten, Papiertiger Archiv, Sammlung »Bevölkerungspolitik«, o. D.

82 Frauenselbstverteidigung Hamburg: Zwangssterilisation. Legen wir Lindemann das Handwerk!, Papiertiger Archiv, Sammlung »Bevölkerungspolitik«, o. D.

diskutiert. In der Dokumentation des Frauenkongresses heißt es: »Diese Sterilisationsmethode ist in Hamburg an Türkinnen ausprobiert worden, um sie in der sogenannten Dritten Welt im großen Maßstab einzusetzen [...]«. ⁸³ Türkeistämmige Migrantinnen betonten, dass das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper je nach Herkunft verschiedene Bedeutungen haben konnte: »Das geforderte Recht auf Abtreibung entspricht solange nicht unseren Erfahrungen, wie nicht über rassistische Bevölkerungspolitik geredet wird«, ⁸⁴ schrieb etwa Ayşe Tekin. Und Sevim Türkoğlu fragte 1984 in der *taz*: »[W]arum passiert immer wieder eine nationale Frauen-Demo gegen den § 218, wo in dem gemeinsamen Flugblatt kein Wort über die Ausländerinnen und deren akuter [sic] Probleme in der Abtreibung und Sterilisation fehlt [sic]? Wo es immer noch deutsche Ärzte gibt, die bei Ausländerinnen nicht ohne die Einwilligung des Mannes Abtreibungen vornehmen?« ⁸⁵

Anlässlich des Abtreibungsprozesses in Memmingen 1988 stellte auch die Städtegruppe Berlin von Amnesty for Women den Zusammenhang zwischen »illegalen« Abtreibungen deutscher Frauen und der erwünschten Sterilisation bei migrantischen Frauen her: »[I]n Bayern wurden 147 Frauen wegen »illegaler Abtreibung« verurteilt. [...] Gleichzeitig werden ausländische Frauen zu Sterilisationen überredet, denn der Ausländerstop ist zu einer »Frage unserer nationalen Identität« geworden.« ⁸⁶ In dem Abtreibungsprozess wurden 146 Frauen vorgeladen, die einen ambulanten Schwangerschaftsabbruch bei dem Memminger Arzt Horst Theissen vornehmen lassen hatten. Davon waren rund 15 Prozent aus der Türkei, während ihr Anteil an der bayerischen Gesamtbevölkerung weniger als einem Prozent entsprach. In der Verhandlung mussten 37 Prozent der deutschen, aber 75 Prozent der türkeistämmigen Zeuginnen vor Gericht aussagen, wie eine Dokumentation von Pro Familia aufschlüsselt. ⁸⁷ Türkeistämmige Migrantinnen waren demnach überproportional vertreten.

83 Bargan, Kamer; Schulz, Brigitte; Schwoon, Heike: Seit Jahren werde ich nicht mehr froh. Zur gesundheitlichen Situation ausländischer Frauen, in: Arbeitsgruppe Frauenkongress (Hg.): Sind wir uns denn so fremd? Ausländische und deutsche Frauen im Gespräch, Frankfurt a. M. 1985, S. 54-70, S. 66 f.

84 Tekin, Ayşe: Unterschiede wahren, Zusammenarbeit möglich machen, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 17/36, 1994, S. 103-109, S. 108.

85 Türkoğlu, Sevim: »Wir sind für deutsche Feministinnen eine ungeordnete Menge«.

86 Amnesty for Women, Städtegruppe Berlin e. V.: Deutsch und sauber soll die Familie sein!, FHXB, Flugblatt 095/072, o. D., online abrufbar unter: https://xmap.friedrichshain-kreuzberg-museum.de/fhxb_lp/objekt.php?o=13428&m=3413 (19.2.2025).

87 Vgl. Kügler, Elke: Memmingen: Abtreibung vor Gericht. Dokumentation und Einschätzung eines Stückes bundesdeutscher Rechtsgeschichte, Braunschweig 1989, S. 101.

Wie aus einer Broschüre der §218-Gruppe Münster zum Abtreibungsprozess in Memmingen hervorgeht, waren migrantische Frauen von dem staatlichen Zugriff auf ihren Körper auch aufgrund des Aufenthaltsrechts mehrfach betroffen: Das Amtsgericht Memmingen verwarnte laut dem *Memminger Kurier* die Frauen ausländerrechtlich und drohte im Falle »neuer« strafbarer Handlungen Abschiebung an.⁸⁸ Durch eine solche Verwarnung, die bis zu acht Jahren in den Akten der Ausländerbehörde blieb, konnten Bagatelverstöße wie ein überzogenes Besucherinnenvium der Großmutter zur Ausweisung führen.⁸⁹ Hier wird deutlich, wie sich am Körper migrantischer Frauen mehrere Diskriminierungsmechanismen kreuzten.

Dies entsprach auch der Erfahrung von Berrin Önlér-Sayan, die Anfang der 1980er Jahre bei Pro Familia in West-Berlin türkeistämmige Migrantinnen zu Schwangerschaftsabbrüchen beriet.⁹⁰ Bereits in der Fraueninitiative, die sie gemeinsam mit mehreren Frauen aus der Türkei 1977 gegründet hatte, hatten sie Patientinnenrechte ins Türkische übersetzt. »Als ausländische Frauen litten wir alle unter der Ausländerfeindlichkeit und der Diskriminierung im Gesundheitswesen. Unser einziger Vorteil war, dass wir als Studierende der deutschen Sprache mächtig waren.«⁹¹ Bei Pro Familia übersetzte sie in Arztgesprächen und führte Beratungen durch. »Wir haben da nicht nur Verhütungsberatung gemacht, sondern alle Mitarbeiterinnen dort waren auch frauenbewegt. Wir waren alle irgendwie mit der Frauenbewegung oder der linken Bewegung in Verbindung. Wir haben auch sehr kritische Verhütungsberatung gemacht bei Pro Familia, was bedeutet die Pille für den weiblichen Körper«,⁹² sagt sie im Zeitzeuginnengespräch. Pro Familia hatte 1976 in West-Berlin eine Modellberatungsstelle eingerichtet, die auch eine Sprechstunde für Migrant*innen anbot.⁹³

88 Vgl. §218-Gruppe Münster: Abtreibungsprozess in Memmingen. Widerstand gegen den §218, Broschüre Nr. 3, Münster 7/1989, S. 28.

89 Vgl. Kügler, Elke: Memmingen: Abtreibung vor Gericht, 1989, S. 93.

90 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021.

91 Önlér-Sayan, Berrin: Zur Migrantinnenbewegung der 1970/80er-Jahre in der Bundesrepublik.

92 Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021.

93 Vgl. Pro Familia an das Bezirksamt Kreuzberg, Abt. Gesundheitswesen: Tätigkeitsbericht des Sozialmedizinischen Dienstes für Eheberatung, Familienplanung und Schwangerschaft über den Zeitraum 1. Januar bis 30. Juni 1977, BArch, B 189/11347, 1977.

Diesen Bedarf hatte Pro Familia erkannt, als überproportional viele Migrantinnen zu Schwangerschaftskonfliktberatungen kamen.⁹⁴ 1977 war ein Viertel der Ratsuchenden migrantisch und die überwiegende Mehrheit aus der Türkei.⁹⁵ In ihrem Tätigkeitsbericht kamen die Mitarbeiter*innen bei Pro Familia zu dem Schluss, dass sich bei migrantischen Ratsuchenden die sozialen Probleme in verstärktem Maße zeigten, »insbesondere im Hinblick auf Kenntnisse der deutschen Gesetze und im Umgang mit Behörden etc.«⁹⁶ Nach einer Abtreibung sahen sich türkeistämmige Migrantinnen oft einem sozialen Normalisierungsdruck ausgesetzt, wie eine Studie zur Familienplanung befand. So ließen sich Frauen häufig vorzeitig aus der Klinik entlassen und kehrten in der Angst vor einer Kündigung direkt nach der Abtreibung zurück in die Fabrik.⁹⁷ Andere führten in den Schwangerschaftskonfliktberatungen den aufenthaltsrechtlich nachzuweisenden »angemessenen Wohnraum« als Grund für den Schwangerschaftsabbruch an.⁹⁸ Reproduktive Rechte, das wird hier deutlich, hatten für Migrantinnen oft eine andere Bedeutung als für westdeutsche Frauen und verschränkten sich intersektional mit Diskriminierung im Gesundheitssystem und am Arbeitsplatz sowie mit aufenthaltsrechtlichen Fragen.

1.3 Nach dem Baby-Boom. Geschlecht, Rassismus und Rückkehrprämie

Nicht nur in der Gynäkologie, auch im öffentlichen Diskurs und der Bundespolitik rückte die Reproduktion türkeistämmiger Frauen ins Zentrum gesellschaftlicher Aushandlungen. Welche Funktion der Körper türkeistämmiger Frauen als Projektionsfläche erfüllte, lässt sich mit einem Blick auf kontrovers geführte zeitgenössische Debatten in Westdeutschland analysieren: die aufbrechenden Geschlechterverhältnisse seit den sechziger Jahren, die Debatte um die Abschaffung des Abtrei-

94 Vgl. Roesch, Claudia: Love Without Fear. Knowledge Networks and Family Planning Initiatives For Immigrant Families in West Germany and the United States, in: Bulletin of the German Historical Institute 64, 2019, S. 93-113, S. 109.

95 Vgl. Pro Familia: Tätigkeitsbericht der Modellberatungsstelle für den Zeitraum vom 1.1.1977 bis 31.12.1977, BArch, B 189/11347, o. D., S. 1 f.

96 Pro Familia: Tätigkeitsbericht des sozialmedizinischen Dienstes für Eheberatung, Familienplanung und Schwangerschaft über den Zeitraum 1. Januar bis 30. Juni 1977, BArch, B 189/11347, 1977, S. 17.

97 Vgl. Holste, Christine: Schwangerschaftsabbrüche bei türkischen Migrantinnen, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit 1, 1983, S. 65-68, S. 67.

98 Vgl. Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 9/83, 4.2.1982, S. 4899.

bungsparagrafen §218 und die Sorge um den Geburtenrückgang.⁹⁹ Waren zur Hochzeit des Babybooms 1964 in Westdeutschland mehr als eine Million Kinder zur Welt gekommen, so blieb die Zahl der Neugeborenen ab 1968 kontinuierlich unter der Millionenmarke und erreichte 1978 einen Tiefstand von rund 576.000 Neugeborenen.¹⁰⁰ In den Zeitungen wurde der Diskurs des als dramatisch wahrgenommenen Geburtenrückgangs sowohl mit der Emanzipation und steigenden Erwerbstätigkeit westdeutscher Frauen verwoben als auch mit der zunehmenden Präsenz und Sichtbarkeit türkeistämmiger Frauen.

Bereits vor dem Anwerbestopp hieß es in der *Spiegel*-Titelgeschichte »Die Türken kommen – rette sich, wer kann« im Juli 1973: »Fast alle bleiben im Lande und mehren sich redlich. Von 1720 Neugeborenen, die 1972 im städtischen Urban-Krankenhaus zur Welt kamen, waren 650 Türken-Kinder.«¹⁰¹ Hier wurde die Bleibeperspektive türkeistämmiger Migrant*innen direkt mit der Geburtenzahl als Bedrohungsszenario in Zusammenhang gebracht. War in der zeitgenössischen Berichterstattung die Rede von der sinkenden Geburtenrate, so stets verbunden mit dem Verweis auf die Fruchtbarkeit migrantischer Frauen, in dem teils Neid, teils Abwertung mitschwang. 1975 titelte der *Spiegel* mit der alarmistischen Frage: »Sterben die Deutschen aus?« Anlass war die Bevölkerungsstatistik des Statistischen Bundesamts für 1974 und »das größte Geburtendefizit in Friedenszeiten, das die Statistiker in Deutschland je zu verzeichnen hatten.«¹⁰² In deutschen Kreißsälen, so die Diagnose des *Spiegels*, krisele es, der Nachwuchs lasse auf sich warten. Zugleich werde »die Baby-Baisse überlagert vom Baby-Boom der Gastarbeiter«;¹⁰³ eine Berlinerin schilderte mit militaristischer Terminologie, sie habe im Weddinger Virchow-Krankenhaus an Besuchstagen »eine türkische Invasion«¹⁰⁴ erlebt. Die *Zeit* berichtete 1977 über einen noch vertraulich zirkulierenden Bericht des Arbeitsministeriums zu geplanten Änderungen in der Migrationspolitik: »Der Zuzug der ›überwiegend im gebärfähigen Alter stehenden Frauen‹ löst fast schon Angstträume aus, denn der ›Wachstumsmultiplikator ist hier sehr hoch zu veranschlagen.«¹⁰⁵

99 Vgl. Woesthoff, Julia: Ambiguities of Anti-Racism, 2004, S. 146.

100 Vgl. Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Zusammenfassende Übersichten Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1946-2019, 2020, S. 3.

101 »Die Türken kommen – rette sich, wer kann«.

102 Die Kinder wollen keine Kinder mehr, in: Der Spiegel 13/1975, 24.3.1975, S. 38-57.

103 Ebd., S. 41.

104 Ebd.

105 Klee, Ernst: Wohin mit dem vierten Stand? Studie aus dem Arbeitsministerium – Rechte der Gastarbeiter werden beschnitten, in: Die Zeit 03/1977, 7.1.1977.

In der 60-seitigen Studie des Arbeitsministeriums, so der Artikel weiter, werde »geschickt mit Überfremdungsängsten operiert«. Die *Zeit* zitierte einen anonymen Mitwisser des vertraulichen Berichts mit den Worten: »Das gibt Zustände wie in Indien. Man könnte den Zuzug ja von einer Kastration oder Sterilisation abhängig machen.«¹⁰⁶ Hier wird deutlich, wie im Migrationsdiskurs nach 1973 migrationspolitische und bevölkerungspolitische Argumente ineinander verschränkt wurden. Karen Schönwälder weist darauf hin, dass in den siebziger Jahren vage Hinweise auf bevölkerungspolitische Probleme an die Stelle offen nationalistischer Standpunkte traten.¹⁰⁷ Türkeistämmige Frauen im reproduktionsfähigen Alter dienten in Zeitungsdebatten als Folie für gesellschaftliche Auseinandersetzungen des tiefgreifenden Wandels der Geschlechterverhältnisse in den sechziger und siebziger Jahren.

Auch im Bundestag wurde der Geburtenrückgang ab 1972 vermehrt debattiert; Konjunktur bekam das Thema Ende der siebziger Jahre, als die CDU als Oppositionspartei die sinkende Geburtenrate mit der Kritik an der Migrationspolitik der sozialliberalen Koalition verschränkte und bevölkerungspolitische Fragen zur Debatte stellte. So war der Geburtenrückgang in der achten Legislaturperiode 35 Mal Thema in Plenardebatten.¹⁰⁸ In der Plenarsitzung am 6. März 1980, in der die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zu »Grundprobleme[n] der Bevölkerungsentwicklung«¹⁰⁹ diskutiert wurde, warnte der CDU-Abgeordnete Gerd Langguth vor dem »dramatischen Geburtenrückgang«¹¹⁰ in der Bundesrepublik. Von 1965 bis 1978, so Langguth, sei die Zahl der Neugeborenen um die Hälfte gesunken auf »576 000, davon etwa 75 000 Ausländerkinder.«¹¹¹ Die separate Nennung migrantischer Kinder verdeutlicht, dass zu einem Zeitpunkt, an dem sich Westdeutschland immer noch nicht eingestand, längst zum Einwanderungsland geworden zu sein, an der Geburtenrate auch Zugehörigkeit ausgehandelt wurde. Die Prognose, die Langguth in seiner Rede zitierte, war alarmistisch: »Im Jahre 2030 werden nach einem Rechenmodell, das die Bundesregierung selbst

106 Ebd.

107 Vgl. Schönwälder, Karen: Einwanderung und ethnische Pluralität, 2001, S. 609.

108 Vgl. Deutscher Bundestag: Geburtenrückgang. Drucksachen und Plenarprotokolle des Bundestags – ab 1949, online abrufbar unter: <https://dip.bundestag.de/suche?term=geburtenr%C3%BCckgang&f.wahlperiode=8&f.typ=Aktivit%C3%A4t&rows=25> (19.2.2025).

109 Deutscher Bundestag: Große Anfrage der Fraktion CDU/CSU. Grundprobleme der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Drucksache, 8/3069, 18.7.1979.

110 Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 8/205, 6.3.1980, S. 16432.

111 Ebd.

veröffentlichte, möglicherweise rund 12 Millionen Ausländer bei einer deutschen Bevölkerungszahl von etwa 32 Millionen in der Bundesrepublik leben.«¹¹² Die Sorge wegen des Geburtenrückgangs, das zeigt sich hier, verknüpfte die CDU eng mit nationalistischen Überfremdungsängsten. Der FDP-Abgeordnete Norbert Eimer merkte in seiner Rede an, dass das Thema Bevölkerungspolitik in der achten Legislaturperiode bereits in mehr als zehn Sitzungen diskutiert worden sei, und warf der CDU vor, unerschwellig die Angst zu erzeugen, »die Deutschen stürben aus«.¹¹³

Dass diese Stimmungsmache in der westdeutschen Gesellschaft, in der seit Ende der siebziger Jahre ein zunehmend rassistisches Klima herrschte,¹¹⁴ verfiel, belegen rassistische Briefe wie dieser an den Bundesinnenminister Gerhart Baum und den hessischen Innenminister Ekkehard Gries, die der *Spiegel* 1980 veröffentlichte: »Wieso ist die BRD verpflichtet, all den Dreck auf Kosten der deutschen Steuerzahler zu ernähren und obendrein zu bezahlen?«¹¹⁵ Der Verfasser forderte, den Frauen die Gebärmutter zu entfernen oder Männer zu kastrieren, und verglich sie mit Tieren. Ein weiterer Brief rief die Deutschen auf, sich der Migration durch Vermehrung zur Wehr zu setzen: »Der von deutschen Eltern gezeugte Deutsche wird sich wehren, wenn man ihm sein Elternerbe schmälert! Wir müssen uns vermehren und Widerstand leisten bis hin zur Ausrottung des Fremden!«¹¹⁶ Völkisch-rassistische Briefe wie diese standen in einem diskursiven Zusammenhang mit dem *Heidelberger Manifest* von 1981, in dem Politiker und Professoren »in direkter Anbindung an die völkischen Theorien der 20er bis 40er Jahre«¹¹⁷ vor »Überfremdung« und der Gefahr einer »Unterwanderung des deutschen Volkes durch Zuzug von vielen Millionen von Ausländern und ihren Familien«¹¹⁸ warnten. Die Unterzeichner verbanden ihre Warnung mit der Sorge, dass jährlich nur die Hälfte »der zur Erhaltung unseres Volkes notwendigen Zahl von Kindern«¹¹⁹ geboren werde. An Briefen wie diesen wird sichtbar, wie sich ab Ende der siebziger Jahre die Diskurse um die sinkende Geburtenrate, die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungs-

112 Ebd., S. 16434.

113 Ebd., S. 16438.

114 Vgl. Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, 2003, S. 239.

115 »Dann gibt es aber Kleinholz«. Aus Briefen an die Innenminister Baum und Gries, in: Der Spiegel 38/1980, S. 23.

116 Ebd.

117 Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, 2003, S. 239.

118 Heidelberger Manifest. (Nachdruck), in: Die Zeit 06/1982, 5.2.1982.

119 Ebd.

land sei und die Frage der Zugehörigkeit verschränkten und sich am Uterus migrantischer Frauen symbolisch verdichteten.

Der wachsende Rassismus gegen Migrant*innen aus der Türkei beschränkte sich jedoch nicht auf Briefe; Anfang der achtziger Jahre wurden türkeistämmige Frauen zunehmend Ziele von tätlichen Übergriffen.¹²⁰ In dem Frauenladen KIDÖB, in dem Atiye Altül seit 1981 in Berlin-Friedenau arbeitete, waren die Mitarbeiterinnen anfangs »allmorgentlich [sic] damit beschäftigt, ein Hakenkreuz von unserem Schaufenster abzukratzen.«¹²¹ Nachdem der Frauenladen Harburg 1982 mit einem Hakenkreuz beschmiert worden war, fühlten sich die Mitarbeiterinnen bedroht und fürchteten, dass sich türkeistämmige und deutsche Frauen aus Angst vor weiteren Anschlägen nicht mehr in den Laden trauten.¹²² Am 26. Mai 1982 übergoss sich in Hamburg die 25-jährige Semra Ertan aus Protest gegen den zunehmenden Rassismus in Westdeutschland mit Benzin und verbrannte sich selbst. Die Arbeiterin und Dichterin,¹²³ die seit 1972 in Kiel lebte, hatte ihren Suizid zuvor in einem Hörfunkinterview im NDR mit den Worten angekündigt: »Wenigstens sollten wir hier nicht wie Hunde behandelt werden von den Deutschen. Ich möchte richtig wie ein Mensch behandelt werden.«¹²⁴ Ertans Suizid rief große Bestürzung in der Bundesrepublik und in der Türkei hervor;¹²⁵ türkische Zeitungen bezeichneten ihn als »bislang dramatischsten und tragischsten Protest« gegen die »Erniedrigung der 1,5 Millionen in der Bundesrepublik lebenden Türken«.¹²⁶ Im *Mannheimer Morgen* zweifelte die Journalistin Marlies Frei unterdessen an, dass Rassismus die wahre Ursache für Semra Ertans Suizid gewesen sei. »Werden türkische Frauen

120 Vgl. etwa die Zeitungsberichte über Anschläge auf türkische Frauenläden: Rasch, Ute: Unbehagen im Frauentreff. Türkische Frauen: »Wir haben Angst«, in: Neue Rhein-Zeitung, 27.3.1982.

121 Nachbarschaftsheim Schöneberg: Erste Erfahrungen im türk. Frauenladen, FFBIZ, A Rep. 400 Berlin 6c, 10.9.1981.

122 Vgl. Frauenladen Harburg: Angst vor Anschlägen, in: Harburger Anzeigen und Nachrichten, 16.3.1982. Hamburg war in den 1980er Jahren ein Zentrum rechter und rassistischer Gewalt. Vgl. hierzu Krebs, Felix; Schubert, Florian: Hamburgs »Baseballschlägerjahre«. Rechte und rassistische Gewalt in den 1980er-Jahren: Gesellschaftliche Bedingungen und staatliche Reaktionen, Hamburg 2025.

123 Semra Ertans Gedichte sind posthum von ihrer Schwester und ihrer Nichte herausgegeben worden. Vgl. Ertan, Semra: Mein Name ist Ausländer. Benim Adım Yabancı, Münster 2020.

124 Wolgast, Thomas: Selbstmord war angekündigt. Türkin begründete ihre Verbrennung mit deutscher Ausländerfeindlichkeit, in: Bremer Nachrichten, 3.6.1982.

125 Vgl. Deutsche Botschaft Ankara an das Auswärtige Amt: Betr.: Deutsch-türkische Beziehungen; hier: Ausländerfeindschaft, BArch, B 136/17534, 2.6.1982.

126 Selbstverbrennung, in: taz-Hamburg, 2.6.1982.

wirklich ›nicht wie ein Mensch behandelt‹? Der Vorwurf fällt eher auf ihre Männer als auf die Bundesrepublik zurück«, so Frei. »Auch Semra Ertan Bilir klagte nur die Wirkung an, nicht aber die Ursachen, mit der opferbereiten Duldsamkeit einer türkischen Frau.«¹²⁷ Aus diesen Zeilen geht hervor, wie wirkmächtig der zeitgenössische Diskurs der patriarchalen Unterdrückung türkeistämmiger Frauen als Ursache aller Missstände war. Selbst Ertans radikaler Akt der Selbstverbrennung als Protest gegen Rassismus wurde hier unter das Stereotyp ›der unterdrückten Türkin‹ ohne jegliche Handlungsmacht subsumiert. Dabei stand ihr Suizid im Kontext einer langen Chronik rassistischer Brandanschläge und Morde in den achtziger Jahren.¹²⁸

*Vom ›Lummer-Erlass‹ zur Rückkehrprämie.
Wende zur restriktiven Migrationspolitik*

Die rassistische Gewalt stand im Zusammenhang mit einer zunehmend restriktiven Migrationspolitik in den achtziger Jahren und der bis dahin tiefsten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit 1981/82 mit erstmals mehr als zwei Millionen Arbeitslosen.¹²⁹ Unter dem neugewählten Bundeskanzler Helmut Kohl setzte die liberalkonservative Regierungskoalition ab 1982 die Zielsetzungen ihrer Vorgängerregierung seit 1981 fort.¹³⁰ Ausgehend von der Prämisse, Deutschland sei kein Einwanderungsland, folgte die Koalitionsvereinbarung drei Richtlinien: ›Integration‹, Verhinderung weiterer Einwanderung und Förderung der Rückkehrbereitschaft.¹³¹ Zudem vollzog sich eine »deutliche Kompetenzverlagerung in der Ausländerpolitik vom Bundesarbeitsministerium zum Innenministerium«, ¹³² die statt sozialpolitischer Gesichtspunkte ordnungspolitische Aspekte in den Vordergrund rückte. Besonders umstritten waren in den Verhandlungen um eine neue Ausländerpolitik Fragen der Familienzusammenführung,

127 Frei, Marlies: Behandelt werden wie ein Mensch ... Türkische Frauen in der Bundesrepublik leiden meist unter dem türkischen Mann, in: Mannheimer Morgen, 17.7.1982.

128 Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung: Opfer rechter Gewalt in Deutschland (1970-2020), 2023, online abrufbar unter: <https://linx.rosalux.de/opfer-rechter-gewalt-in-deutschland-1970-2020> (26.2.2025).

129 Vgl. Herbert, Ulrich: Migration und rechte Gewalt, in: Kössler, Till, Steuer, Janosch (Hg.): Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, Bonn 2023, S. 54-75, S. 58 f.

130 Vgl. Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, 2003, S. 249 f.

131 Vgl. ebd., S. 250.

132 Ebd.



Der Türkische Frauenverein auf der Demonstration gegen den Lummer-Erlass am 28. November 1981

wie die Historikerin Lauren Stokes herausgearbeitet hat.¹³³ Bereits 1981 hatte der Vorstoß des Berliner Innensenators Heinrich Lummer, das Alter nachziehender Kinder auf 16 Jahre zu begrenzen, breite Empörung und massive Proteste in der Bevölkerung hervorgerufen.¹³⁴

Am 28. November 1981 demonstrierten in West-Berlin nach Angaben der sozialdemokratischen migrantischen Organisation HDB rund 30.000 Menschen gegen den sogenannten ›Lummer-Erlass‹.¹³⁵ Eine von ihnen war Belkis Erdal, die mit dem HDB und als MBSE-Lehrerin aktiv an den Vorbereitungen der Demonstration beteiligt war.¹³⁶ In der Aktionseinheit, die den Protest gegen den Lummer-Erlass organisierte, waren mehr als 80 migrantische und deutsche Organisationen über Parteigrenzen und politische Orientierungen hinweg vereint.¹³⁷ Darunter waren neben türkischen Frauenvereinen und migrantischen Initiativen auch

¹³³ Ausführlich zu den Debatten um den Familiennachzug migrantischer Kinder und den ›Lummer-Erlass‹ vgl. Stokes, Lauren: *Fear of the Family*, 2022, S. 129–160.

¹³⁴ Vgl. etwa »Geriye dönüşmü? Hayır, teşekkür ederiz ...«, in: Kreuzberg Postasi, 3/1982.

¹³⁵ Vgl. HDB: Oranienstr. 22. Wo unser Herz schlägt, 1984, S. 30.

¹³⁶ Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Belkis Erdal, Berlin, Schöneberg, 12.1.2022.

¹³⁷ Vgl. Aktionseinheit: *Der Lummer-Ausländererlass schürt Hass!*, Papiertiger Archiv, Sammlung »Migrantinnen, Flüchtlinge, Kämpfe, Soliaktionen, Inis 1974–87, I«, 28.II.1981.

die Alternative Liste, Amnesty International und Pro Familia. Die Masendemonstration markierte einen Wendepunkt von der transnationalen Ausrichtung migrantischer Organisationen hin zu lokalen politischen Kämpfen.¹³⁸

Darüber hinaus organisierten Jugendliche einen Schulboykott und einen Plakatwettbewerb,¹³⁹ das Ausländerkomitee richtete eine Zentrale zur Dokumentation und Beratung gegen den Ausländererlass ein.¹⁴⁰ Die heftigen Debatten bewirkten ein Einlenken des Innensenators, der den umstrittenen Ausländererlass abschwächte: Um die »Integration der hier lebenden Ausländer nicht zu gefährden«, so Lummer, gälten die Vorschriften nur für Jugendliche, die nach dem Stichtag des 20. November in die Bundesrepublik eingereist waren oder einreisten.¹⁴¹ In der Folge trat Lummer jedoch dafür ein, den Zuzug von migrantischen Kindern weiter zu beschränken auf eine Altersgrenze von sechs Jahren.¹⁴² »Mich würde es nicht wundern, wenn Lummer unseren Frauen verbieten würde, Kinder zu kriegen«, ¹⁴³ zitierte die Kreuzberger Stadtteilzeitung *Südostexpress* einen türkischen Geschäftsmann, um die Stimmung zu veranschaulichen, die seit November 1981 in West-Berlin herrschte. In der Angst vor der migrantischen Familie, das wird hier deutlich, schwang stets auch die bevölkerungspolitische Sorge vor »Überfremdung«, Reproduktion und sinkenden Geburtenraten mit. Fragen der Sexualität und Reproduktion spielten eine zentrale Rolle in der Konstruktion von Regeln der Zugehörigkeit zu einer Gesellschaft.¹⁴⁴

Aushandlungen über die Einwanderungsgesellschaft Deutschland zentrierten sich also symbolisch im Uterus von Frauen aus der Türkei. Die Stadtteilzeitung *Kreuzberg Postasi*, die mit einer Auflage von 2.000 Exemplaren auf Türkisch erschien, griff diesen Diskurs auf. Unter der

138 Vgl. Hunn, Karin: »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«, 2005, S. 517; Gitmez, Ali; Wilpert, Czarina: A Micro-Society or an Ethnic Community? Social Organization and Ethnicity amongst Turkish Migrants in Berlin, in: Rex, John u. a. (Hg.): Immigrant associations in Europe, Aldershot 1987, S. 86-125, S. 107.

139 Vgl. Birlikten Güç Doğan, in: Kreuzberg Postasi, 3/1982, S. 5.

140 Vgl. Zum »Türkenerlaß«, in: Weddinger Neue Zeitung, 2/1982, S. 16.

141 Lummer schwächt Ausländer-Erlaß in der Frage der Ausweisung ab. Weisung an den Polizeipräsidenten – Stichtag 20. November, in: Tagesspiegel, 27.11.1981; vgl. auch Klarstellung zum Ausländererlaß. Nach heftiger Debatte: Lummer beschränkt Ausweisung auf Neuhinzugezogene, in: Spandauer Volksblatt, 27.11.1981.

142 Vgl. »Zuzug von Ausländern auf 6 Jahre begrenzen«. Lummer will außerdem Rückkehrbereitschaft fördern, in: Spandauer Volksblatt, 10.8.1982.

143 Kurzsichtige Politik der starken Sprüche. Lummers Ausländererlaß vertieft die Gräben, hilft aber nicht weiter, in: Südostexpress, 12/1981, S. 3.

144 Vgl. Yuval-Davis, Nira: The »Multi-Layered Citizen«, 1999, S. 123.

Überschrift »Sie wollen gewaltsam verhindern, dass ausländische Frauen Kinder bekommen« berichtete sie 1982, welchen Angriffen Frauen aus der Türkei ausgesetzt waren: Eine schwangere Arbeiterin des Jersey-Herstellers Harald Bob in Kreuzberg sei ins Personalbüro zitiert worden, wo ihr eine Abtreibung nahegelegt worden sei.¹⁴⁵ Arbeiterinnen im Mutterschutz entlasse der Arbeitgeber. Trotz wiederholter ähnlicher Vorfälle werde darüber wenig berichtet, so die *Kreuzberg Postasi*. Eine weitere türkeistämmige Frau sei in Kreuzberg zusammen mit ihrem vierjährigen Kind im Treppenhaus von einem Jugendlichen angegriffen worden.

Der Angriff und die Diskriminierung schwangerer Frauen am Arbeitsplatz wurden direkt in Bezug gesetzt zu dem Diskurs um den Geburtenrückgang und die rassistische Angst, dass die westdeutsche Bevölkerung schrumpfe: »Die Rassisten sagen: ›Wir haben zu wenig, die Ausländer dagegen zu viele Kinder‹, und wollen, dass diese Entwicklung verhindert wird. [...] Sollen wir nun also auch keine Kinder mehr kriegen, wenn wir nicht abgeschoben werden wollen um zu beweisen, dass wir uns der Gesellschaft, der wir leben, anpassen können?«¹⁴⁶ An den Berichten aus der *Kreuzberg Postasi* wird deutlich, wie genau Frauen aus der Türkei den wachsenden Rassismus und die völkisch-nationalistischen Diskurse in der Gesellschaft verfolgten und analysierten. Sie vernetzten und informierten sich gegenseitig, stellten Forderungen auf, widersprachen den Fremdzuschreibungen über sie und wehrten sich gegen den staatlichen und sozialwissenschaftlichen Zugriff auf ihren Körper. Ausschlaggebend war dabei weniger die Frage, ob in Gayatri Spivaks Worten die Subalterne sprechen kann,¹⁴⁷ sondern, ob sie gehört wird.

Als der Versuch scheiterte, eine Altersbegrenzung von sechs Jahren durchzusetzen, beschloss die Regierung Kohl im November 1983 das Rückkehrhilfegesetz, das Drittstaatenangehörigen eine einmalige Zahlung von 10.500 DM bot, wenn sie mit ihrer Familie die Bundesrepublik dauerhaft verließen.¹⁴⁸ Wer das Geld in Anspruch genommen hatte, musste bis zum 30. September 1984 ausreisen und durfte danach nur noch als Tourist*in einreisen.¹⁴⁹ Zudem wurden ihnen eingezahlte Rentenbeiträge ausgezahlt, nicht jedoch der Arbeitgeberanteil;

145 Vgl. Yabancı Kadınların Çocuk Doğurması Zorla Önlenmek İsteniyor.

146 Ebd.

147 Spivak, Gayatri Chakravorty: Can the Subaltern Speak?, in: Williams, Patrick, Chrisman, Laura (Hg.): Colonial Discourse and Post-Colonial Theory, New York 1994, S. 66–111.

148 Vgl. Stokes, Lauren: Fear of the Family, 2022, S. 151f.

149 Vgl. Kahn, Michelle Lynn: Between Ausländer and Almanıcı, 2020, S. 66.

Migrant*innen verloren so die Hälfte ihrer Rentenansprüche.¹⁵⁰ Mit diesem Gesetz, das auf scharfe Kritik stieß, folgte Bundeskanzler Helmut Kohl einem bereits länger gehegten Plan, wie aus einem Verschlussprotokoll der britischen Premierministerin Margaret Thatcher hervorgeht. Bei ihrem Besuch in Bonn hatte der frisch gewählte Kohl Thatcher im Herbst 1982 seinen Plan eröffnet, in den nächsten vier Jahren die Anzahl der Türkeistämmigen in Deutschland um die Hälfte zu reduzieren.¹⁵¹ Dies könne er noch nicht öffentlich äußern, so Kohl, doch er dachte im Gespräch mit Thatcher bereits laut über ein Abkommen mit der Türkei nach. Bemerkenswert ist, dass sich Kohl in seiner Argumentation ebenfalls auf migrantische Kinder bezog. In West-Berlin, so Kohl, gebe es Grundschulen mit mehr türkischen als deutschen Kindern.

Die Rückkehrförderung und die Begrenzung des Familiennachzugs als restriktive Säulen der Migrationspolitik rechtfertigte die Regierung Kohl mit der Integration als dritter Säule. Die Begrenzung von Migration, so das Argument, sei notwendig, um die bereits in der Bundesrepublik lebenden Migrant*innen zu integrieren.¹⁵² Damit markiert die Einschränkung von Migration die Kehrseite des Integrationsdispositivs, das sich Ende der siebziger Jahre herausgebildet hatte. »Integration« und »Begrenzung« widersprachen sich dabei nicht, sondern waren miteinander vereinbar, ja, bedingten einander geradezu: Das Integrationsparadigma folgte einer Strategie der Einhegung und brachte dabei neue Grenzziehungen hervor.¹⁵³ Dass ab Mitte der achtziger Jahre zugleich Abschiebungen schwangerer Frauen und Mütter aus der Türkei zum Politikum wurden,¹⁵⁴ zeigt, wie sich der ärztliche und der staatliche Zugriff auf den

150 Vgl. Yıldız, Sakine: Erkaufte Rückkehr? Die Abwanderung türkischer »Gastarbeiter/innen« aus Westdeutschland von 1973 bis 1984, Dissertation, Osnabrück 2017, S. 178.

151 Vgl. Prime Ministerial Private Office: Record of a Conversation Between the Prime Minister and the Chancellor of the Federal Republic of Germany at 1330 Hours on 28 October in Bonn, Margaret Thatcher Foundation, Prime Ministerial Private Office Files, PREM19/1036, 28.10.1982; vgl. hierzu auch Hecking, Claus: Britische Geheimprotokolle: Kohl wollte offenbar jeden zweiten Türken loswerden, in: Der Spiegel, 1.8.2013.

152 Vgl. etwa Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und FDP. Ausländerpolitik. In: Drucksache, 9/1629, 5.5.1982.

153 Vgl. Bojadžijev, Manuela: Die windige Internationale, 2008, S. 228.

154 Vgl. etwa Wieder schwangere Türkin abgeschoben. »Schicksalsergeben« ins Flugzeug, in: taz, 9.7.1985; Schwangere Türkin in Abschiebehaft, in: taz, 6.9.1985; Erzwungene Türkeireise. Deutsche Botschaft in der Türkei torpediert Härtefallregelung für schwangere türkische Ehefrauen, in: taz, 4.6.1987; Streit zwischen Botschaft in Ankara und Ausländerbehörde. Berliner Praxis als »zweifelsfrei

Körper der migrantischen Frau am Uterus bündelten. Grenzziehungen verliefen maßgeblich an Fragen ihrer reproduktiven Selbstbestimmung. Zum Politikum wurden türkeistämmige Migrantinnen, die mit einem Touristenvisum eingereist waren und dann schwanger wurden. Staatliche Behörden sahen ihre Schwangerschaft als einen Weg, die restriktiven Regelungen des Familiennachzugs zu umgehen. Gegen die Abschiebungen schwangerer Frauen formierte sich Protest, Aktivist*innen prägten eine Sprache der Vulnerabilität, wie Lauren Stokes argumentiert.¹⁵⁵ Gesellschaftliche Ein- und Ausschlüsse, die das Migrationsregime hervorbrachte, wurden nicht nur am Körper türkeistämmiger Frauen ausgehandelt, sondern auch maßgeblich im Raum produziert, wie das nächste Kapitel argumentiert.

rechtswidrig bezeichnet, in: Tagesspiegel, 4.6.1987; »Nicht im Interesse der BRD«. Türkischer Doktorandin droht Ausweisung, weil sie während ihres Studienaufenthalts ein Kind bekam, in: taz, 2.8.1989.

155 Vgl. hierzu ausführlich Stokes, Lauren: *Fear of the Family*, 2022, S. 161-191.

2 Umkämpfte Frauenräume in West-Berlin

2.1 Frauenläden als Laboratorien des Feminismus und der »Integration«

Ab der zweiten Hälfte der siebziger Jahre entstanden in West-Berlin diverse Beratungsstellen für türkeistämmige Migrantinnen, die als Zentren der Begegnung und Selbstorganisation bis heute eine große Bedeutung in den Biografien der Zeitzeuginnen haben. Viele unter ihnen gründeten einen Frauenladen mit oder arbeiteten lange als Sozialpädagoginnen in einer der Beratungsstellen; andere kamen als Besucherinnen und treffen sich bis heute jede Woche dort. Für Berrin Önler-Sayan waren die Beratungsstellen eine Werkstatt feministischer Ideen. Die »Beratungsstellen, aber auch Frauenhäuser, waren unsere Räume zur Multiplikation der politisch-feministischen Energien mit Synergieeffekt. Sie waren unser Netzwerk, wo wir uns gegenseitig informierten, unterstützten, Ideen entwickelten – und gleichzeitig unser Wirkungsfeld, wo wir mit Migrant:innen aus der Türkei im Kontakt standen.«¹ So schufen sie eine Topografie migrantischer Frauenräume, die von Mitte der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre zu Knotenpunkten politischer und kollektiver Subjektivierung wurden. Als Pilotprojekte häufig aus autonomen Initiativen entstanden, können diese Frauenprojekte, so das Argument dieses Kapitels, als Laboratorien gelesen werden, die zwischen Autonomie und Einhegung migrantischer Selbstorganisation durch Integration navigierten.

Von 1975 bis 1985 entstanden allein in West-Berlin zehn Beratungsstellen für Frauen aus der Türkei.² Ausschlaggebend für diese Entwicklung war der historische und lokale Kontext in West-Berlin: erstens die Politi-

1 Önler-Sayan, Berrin: Zur Migrantinnenbewegung der 1970/80er-Jahre in der Bundesrepublik, 2024.

2 Die Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, da die Grenzen zwischen Anlaufstellen für Migrant*innen und Frauen-Treffpunkten fließend waren. Daneben entstanden Mädchenprojekte wie Beraberce (1984), Papatya (1986) und der Mädchenladen für deutsche und türkische Jugendliche (1980). Folgende Projekte richteten sich an Frauen aus der Türkei: Türkischer Frauenverein (1975), TIO (1978), Hınbun (1981), Uğrak (1981), KİDÖB (1981), Frauenzentrum Schokofabrik (1981), AWO-Frauenladen (1983), Elişi Evi (1983), Bacım (1983), Akarsu (1984). Vgl. Forum Berliner Migrantinnenvereine: Mitglieder im Forum Berliner Migrantinnenvereine, online abrufbar unter: www.migrantinnen-berlin.de/forum.html (20.2.2025); Bestände A Rep. 400 Berlin 6c 1976-1986 und A Rep. 400 Berlin 19.6c, FFBIZ; Der Senator für Gesundheit, Soziales und Familie: Frauen aus der Türkei in Berlin – Schritte zur Integration. Beschreibung eines Modellprojekts, 1985.

sierung der migrantischen Familie nach dem Anwerbestopp, die Frauen in den Fokus staatlicher Integrationsbestrebungen rückte; zweitens die Sanierungsmaßnahmen in Berlin-Kreuzberg, in deren Zuge Anfang der 1980er Jahre leerstehende Fabrikgebäude und Ladenwohnungen an migrantische und alternative Initiativen vergeben wurden.³ In diesem Milieu bildeten drittens die Zeitzeuginnen, die bereits seit den siebziger Jahren in linken migrantischen Organisationen aktiv waren und mittlerweile als Sozialarbeiterinnen ausgebildet waren, eigene Netzwerke und wurden in den Frauenläden aktiv. Die Entstehung der Beratungsstellen markiert eine Wende im politischen Aktivismus vieler Zeitzeuginnen, in dem sich zugleich grob die Entwicklung der westdeutschen Frauenbewegung von der Selbstfindungs- über die Projektphase zur Institutionalisierung in den achtziger Jahren widerspiegelt.⁴

Nicht alle Beratungsstellen waren migrantische Selbstorganisationen im engeren Sinne: Während der Türkische Frauenverein 1975 von Migrantinnen mit Verbindungen zur TTO und TKP gegründet wurde, entstanden andere Frauenprojekte eher aus einem feministischen und sozialpädagogischen Kontext heraus. So waren die türkeistämmigen und deutschen Sozialarbeiterinnen, die 1978 den Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei (TIO) gründeten, im Kreuzberger alternativen Milieu und der Frauenbewegung verwurzelt. Beratungsstellen wie der AWO-Frauenladen im Wedding oder Bacım in Moabit entstanden unter der Trägerschaft von Wohlfahrtsverbänden. Diese Frauenläden, in denen häufig türkeistämmige und westdeutsche Sozialpädagoginnen zusammenarbeiteten, wurden zu Knotenpunkten, an denen sich migrantische Frauen trafen, Informationen austauschten und sich nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe organisierten. Die Frauenläden richteten sich vor allem an Migrantinnen aus der Türkei, die per Familienzusammenführung in die Bundesrepublik gekommen waren und aufgrund des restriktiven Ausländergesetzes keine Arbeitserlaubnis und kein eigenständiges Aufenthaltsrecht hatten – und an Frauen, die als Arbeiterinnen

3 Von großer Bedeutung war hierbei die Internationale Bauausstellung Berlin 1984/87 (IBA 84/87), die 1979 vom Berliner Senat eingesetzt wurde, um städtebauliche Alternativen zur Flächensanierung zu entwickeln. Dagegen setzte die Altbau-IBA das Konzept der behutsamen Stadterneuerung. Vgl. hierzu Kreis, Reinhild: Heimwerken als Protest. Instandbesetzer und Wohnungsbaupolitik in West-Berlin während der 1980er Jahre, in: *Zeithistorische Forschungen* 14, 2017, S. 41-67, S. 61; Önlér-Sayan, Berrin: Zur Migrantinnenbewegung der 1970/80er-Jahre in der Bundesrepublik, 2024; Akçan, Esra: *Open Architecture. Migration, Citizenship, and the Urban Renewal of Berlin-Kreuzberg* by IBA-1984/87, Basel 2018.

4 Vgl. Notz, Gisela: *Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre*, 2004, S. 123.

gekommen waren und ihre Arbeitserlaubnis ihrem später nachgezogenen Mann übertragen hatten.⁵ Sie boten rechtliche, psychologische und gesundheitliche Beratung, kulturelle Angebote und Freizeitveranstaltungen sowie Weiterbildungsangebote und Sprach- und Alphabetisierungskurse.

Die Beratungsstellen entstanden vor allem in Vierteln mit hoher migrantischer Wohnbevölkerung wie Spandau, Wedding, Tiergarten und Neukölln, wobei sich die Hälfte der Frauenläden in Kreuzberg befand. Sie konzentrierten sich lokal auf die Arbeit im Stadtteil und hatten unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte, Zielgruppen und politische Ausrichtungen: Während Akarsu einen Schwerpunkt auf Gesundheitsthemen legte, bot TIO Hilfe bei Gewalt gegen Frauen. Uğrak richtete sich vor allem an türkische erwerbstätige Frauen und Hınbûn an kurdische nichterwerbstätige Frauen. Der Türkische Frauenverein entstand im Kontext sozialistischer Organisationen, der Treffpunkt in der Schokofabrik aus einem feministischen Hausbesetzerinnenprojekt. So verschieden sie auch in ihrer Trägerschaft und ihrem Profil sein mochten, gemeinsam war diesen Frauenläden, dass sie Frauen einen eigenen Raum schaffen wollten und dass sie im Spannungsfeld von Autonomie, finanzieller Unterstützung durch den Senat – und damit auch immer staatlicher Einhegung agierten. Ihr zentraler Bezugspunkt war das Migrationsregime und der dadurch abgesteckte politisch-legale Handlungsspielraum, an dem sie neben der Beratungsarbeit Kritik übten.⁶ Welche unterschiedlichen Antworten auf dieses Spannungsverhältnis Migrantinnen fanden, ist Gegenstand der folgenden Fallstudien zum feministischen Frauenladen TIO und dem kurdischen Frauenverein Hınbûn sowie dem Frauenladen KİDÖB, in dem drei Zeitzeuginnen gearbeitet haben. Teil ihrer unterschiedlichen Ausrichtung war auch die Frage, ob Beratungsstellen für türkeistämmige Frauen ein männerfreier Raum sein sollten.

Migrantische Frauenläden als semiöffentliche Räume

Die Beratungsstellen hatten den Anspruch, vor allem Frauen, die per Familienzusammenführung eingereist waren und keine Arbeitserlaubnis hatten, aus ihren migrationsrechtlich bedingten engen Handlungsspielräumen herauszuholen in den öffentlichen Raum. Voraussetzung dafür war, dass sie einen Raum aneigneten, in dem Männern der Zutritt nicht erlaubt war. Obwohl die Gründung autonomer Frauenräume eine in

5 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Ayter Schultz und Sermin Doğanay, Berlin, Neukölln, 19.6.2023.

6 Vgl. Schwenken, Helen: Frauen-Bewegungen in der Migration, 2000, S. 138.

der westdeutschen Frauenbewegung weitverbreitete Praxis war, lag den Initiativen für türkeistämmige Frauen eher der Ansatz zugrunde, einen Ersatz für offene Räume und Treffpunkte zu schaffen, die sie durch die Migration verloren hatten. »Das ist ja für Frauen in der Türkei nichts Neues, sich in Frauenräumen zu bewegen. Das war eher für hier etwas Neues. Aber solche Frauenräume waren gut für uns, weil Frauen sagen konnten: Wir sind nur unter Frauen«, sagt Berrin Önlér-Sayan. »Das war wie ein Persilschein, dass man diese Orte besuchen durfte. Es war kein Problem, dass die Frauen von ihren Männern die Erlaubnis bekamen. Es ging darum, dass die Frauen unter sich zusammen sind ohne die Diskriminierung der Männer, dass sie unter sich frei sein konnten, was auch der Beweggrund der Frauenbewegung war.«⁷ Als semiöffentliche Räume waren Frauenläden partiell nach Geschlecht zugänglich. Durch den Ausschluss von Männern boten sie demnach die Möglichkeit für Frauen, den öffentlichen Raum zu betreten und ihren Radius zu erweitern.⁸ So entstand unter dem Einfluss der Erfahrungen aus der Türkei und der Frauenbewegung in den Frauenläden eine hybride Form semiöffentlicher Räume nur für Frauen.

Zugleich waren Frauenläden Aushandlungsräume soziokultureller Klassenidentität. In den Deutschkursen und der Gruppenberatung trafen etwa Putzfrauen, Studentinnen und Ehefrauen von Bankdirektoren aufeinander, die sich unter anderen Umständen kaum begegnet wären. »Frauen aus ganz verschiedenen Gesellschaftsschichten, die im Viertel gewohnt haben, sind gekommen«,⁹ sagt Atiye Altül, die seit 1981 in dem Frauenladen KİDÖB (Kadınlar için Danışma, Öğrenme ve Buluşma Yeri; dt.: Treffpunkt und Beratung für Frauen aus der Türkei) arbeitete. Den Treffpunkt richtete Altül gemeinsam mit einer deutschen und einer türkeistämmigen Sozialarbeiterin in einem alten Drogerieladen im bürgerlichen Stadtteil Friedenau unter der Trägerschaft des Nachbarschaftsheim Schöneberg ein.¹⁰ Damit sollten Frauen, die in der Türkei »in einer starken Frauengemeinschaft Sicherheit und Unterstützung erfahren« hatten und in West-Berlin vereinzelt in kleinen Wohnungen lebten, eine Anlaufstelle bekommen. Seit der Zuzugssperre 1975 waren vermehrt Migrant*innen nach Friedenau gezogen, die dort anfangs mit »sehr viel

7 Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 16.6.2021.

8 Vgl. Staeheli, Lynn; Mitchell, Don; Nagel, Caroline: Making Publics, 2009, S. 645.

9 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

10 Vgl. Nachbarschaftsheim Schöneberg: Erste Erfahrungen im türk. Frauenladen, FFBIZ, A Rep. 400 Berlin 6c, 10.9.1981.

Mißtrauen, teils offener Ablehnung« konfrontiert wurden.¹¹ 1978 hatte sich eine rassistische Bürgerinitiative gegründet, die zum Ziel hatte, den Umzug der Zentralen Sozialhilfestelle für Asylsuchende nach Friedenau zu verhindern. Auch die Initiative von Altül und ihren Kolleginnen wurde im Viertel von Anfang an zur Zielscheibe rassistischer Drohungen und Angriffe, wie folgende Bemerkung der Mitarbeiterinnen in einem Erfahrungsbericht belegt: »Eine Zeitlang waren wir allmorgentlich [sic] damit beschäftigt, ein Hakenkreuz von unserem Schaufenster abzukratzen.«¹²

Um möglichst viele Frauen anzusprechen, diversifizierte der Frauenladen sein Angebot. »Wir haben gedacht, wenn wir nur Bildungskurse geben, können die anderen Frauen nicht kommen. Also haben wir Nähkurse gegeben.«¹³ Ähnlich wie beim Türkischen Frauenverein diente der Nähkurs auch im Frauenladen als Alibi, um Vorurteilen und Ängsten der Männer vorzubeugen. Manche Männer im Kiez, so Altül, schickten ihre Frauen nicht in den Frauenladen, da Gerüchte in Umlauf gebracht worden seien, dass die Mitarbeiterinnen den Frauen dort Bauchtanz beibringen. »Wir haben uns gedacht: Eine Frau hat hier zwei Stücke genäht. Damit hat sie etwas in der Hand, was sie mit nach Hause nehmen und zeigen kann, was wir im Kurs machen. Dadurch nimmt der Druck zuhause ab, weil sie sehen, dass sie dort nähen lernt.«¹⁴ Anfangs hätten Sozialarbeiterinnen aus anderen Beratungsstellen die KIDÖB-Mitarbeiterinnen dafür kritisiert, in ihren Kursen traditionelle Praktiken zu vermitteln, doch später, so Altül, übernahmen alle Frauenläden außer TIO Nähkurse.¹⁵

Auch Geschlechterverhältnisse wurden im KIDÖB neu verhandelt. Eines Tages kam in Altüls Erinnerung ein Mann aus dem ostanatolischen Erzurum mit den Worten in den Frauenladen: »Ich bin jetzt eine Frau. Beraten Sie mich jetzt?«¹⁶ Atiye Altül erwiderte, wenn er mit diesem Schnurrbart eine Frau sei, berate sie ihn gern. »Wir haben eine Bedingung gestellt. Wir haben uns gesagt, wenn wir den Männern den Zutritt ganz verbieten, werden sie noch mehr über uns tratschen. Also haben wir gesagt, Männer dürfen in Begleitung einer Frau zur Rechtsberatung kommen. Das war sehr gut, denn der Mann war dadurch abhängig von

11 Ebd.

12 Ebd.

13 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

14 Ebd.

15 Vgl. Nocera, Lea: »Manikürlü Eller Almanya'da Elektrik Bobini Saracak«, 2018, S. 258.

16 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

der Frau, wenn er kommen wollte.«¹⁷ Die feministischen Ideale und Methoden der migrantischen Frauenprojekte, das wird hier deutlich, wurden im Beratungsalltag auch herausgefordert, mussten sich auf ihre praktische Umsetzbarkeit hin erweisen und – wenn impraktikabel – modifiziert werden.

Staatliche Finanzierung als Instrument der Einbegung

Finanziert wurden die Frauenprojekte als Modellversuche vom Senat. Während der Türkische Frauenverein bereits seit 1979 gefördert wurde, erhielten die meisten Frauenläden ab 1981 finanzielle Unterstützung aus dem Etat der Senatsverwaltung für Gesundheit, Familie und Sport und der dort angegliederten Ausländerbeauftragten Barbara John. Die Mitarbeiterinnen des 1978 gegründeten TIO arbeiteten wie der Türkische Frauenverein zunächst ehrenamtlich und wurden dann zwei Jahre im Rahmen der Berlindienlichen Forschung von der FU Berlin gefördert. Ab Mitte 1981 übernahm die Senatsverwaltung die Weiterfinanzierung.¹⁸ Dem Friedenauer Frauenladen KIDÖB wurden 1981 jährlich 70.000 DM zugesagt.¹⁹ Ebenfalls 1981 beschloss der Senat die Förderung eines Modellversuchs, der die Lebenswelt kurdischer und türkischer Frauen in zwei Berliner Bezirken erforschen und sozialpädagogische Maßnahmen erarbeiten sollte.²⁰ Für das Forschungsvorhaben über 1,2 Millionen DM, das zur Hälfte das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft trug, gründeten kurdische, türkische und deutsche Sozialarbeiterinnen in Spandau und Neukölln die beiden Treffpunkte Hinbûn und Uğrak.²¹ Ab 1983 finanzierte der Senat zudem den Frauenladen, den die AWO im Berliner Wedding für türkische und jugoslawische Frauen eröffnet hatte.²²

Die Existenz der Modellprojekte war jedoch nicht langfristig gesichert, sondern abhängig von kurzfristigen und umkämpften Förderent-

17 Ebd.

18 Vgl. Hilfe für türkische Frauen: Vom Lesenlernen bis zum Nähkurs. Treff- und Informationsort in Kreuzberg auf Förderung des Senats angewiesen, in: Spandauer Volksblatt, 27.7.1984.

19 Vgl. Nachbarschaftsheim Schöneberg: Erste Erfahrungen im türk. Frauenladen, FFBIZ, A Rep. 400 Berlin 6c, 10.9.1981.

20 Vgl. Hilfe für kurdische Frauen, in: Tagesspiegel, 18.3.1981.

21 Vgl. Der Senator für Gesundheit, Soziales und Familie: Frauen aus der Türkei in Berlin – Schritte zur Integration. Beschreibung eines Modellprojekts, FFBIZ, A Rep. 400 Berlin 6c, 1985.

22 Vgl. Beratungsstätte für ausländische Frauen im Bezirk Wedding. Senatsverwaltung fördert das Projekt der Arbeiterwohlfahrt mit 120 000 DM, in: Tagesspiegel, 5.11.1983.

scheidungen. Nach der vorgezogenen Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin im Mai 1981 kündigte der neugewählte CDU-Senat an, Gelder im sogenannten »Ausländerfonds« zu streichen, den der SPD-Senat im Rahmen des Integrationskonzepts zur Förderung von Beratungsstellen 1979 eingerichtet hatte.²³ Die Weiterfinanzierung des TIO war bereits im Frühsommer 1981 so ungewiss, dass die Senatsverwaltung den Mitarbeiterinnen Ende Juni mitteilte, sie sollten den Besucherinnen sagen, der Frauenladen schließe Mitte Juli.²⁴

Im November 1981 beschäftigte sich die Bezirksverordnetenversammlung in Schöneberg mit einem Antrag der SPD, der forderte, dass der Bezirk sich beim Senat für die Weiterfinanzierung des Frauenladens KIDÖB einsetze.²⁵ Im Dezember 1981 teilte die gerade eingesetzte Ausländerbeauftragte Barbara John den erst seit einem halben Jahr durch den Senat geförderten Frauenläden TIO und KIDÖB mit, dass sie im nächsten Jahr nicht weiterfinanziert würden. Die Ausländerbeauftragte, die insgesamt 400.000 DM für Integrationsprojekte zur Verfügung hatte, wies die Projektanträge der Frauenläden in Höhe von 300.000 DM zurück. Stattdessen plante sie, den Türkischen Frauenverein 1982 mit 50.000 DM zu unterstützen, weil dieser von türkeistämmigen Frauen selbst organisiert wurde.²⁶ Das restliche Budget sollte ein neugegründetes Projekt des Deutschen Roten Kreuzes erhalten, KIDÖB und TIO sollten leer ausgehen.

Gegen diese wiederholten kurzfristigen Streichungspläne setzten sich die betroffenen Frauenläden zur Wehr und gingen an die Öffentlichkeit.²⁷ Nachdem im Dezember 1981 mehrere Zeitungen berichtet hatten, beschäftigte sich im Februar 1982 der Ausschuss für Ausländerfragen im Berliner Abgeordnetenhaus mit der Finanzierung der Frauenprojekte. In der Diskussion handelten die Ressorts aus, welche Rolle die Frauenprojekte in der zukünftigen Integrationspolitik des Senats einnehmen

23 Vgl. Skierka, Volker: Berlin will mit Ausländer-Integration ernst machen, in: Süddeutsche Zeitung, 19.9.1979; Die Betroffenen: Presseerklärung: Der Senat streicht die Gelder der im Ausländerbereich arbeitenden Projekte!, TIO-Archiv, o. D.

24 Vgl. ebd.

25 Vgl. »Türkischer Frauenladen« in finanziellen Schwierigkeiten, in: Steglitzer Anzeiger, 1.1.1982.

26 1983 wurden für die finanzielle Unterstützung türkischer Frauenprojekte rund 350.000 DM jährlich aufgewendet. Vgl. Bezirksamt Tiergarten: Niederschrift der 31. Sitzung des Beirates für Ausländerangelegenheiten beim Bezirksamt Tiergarten von Berlin, am 30.11.1983 in der Begegnungsstätte der Arbeiterwohlfahrt, Turmstr. 71, LAB, B Rep. 012 Nr. 3094, 27.2.1984.

27 Die Betroffenen: Presseerklärung: Der Senat streicht die Gelder der im Ausländerbereich arbeitenden Projekte!, TIO-Archiv, o. D.

sollten. Während Abgeordnete der SPD und der Alternativen Liste die von vornherein zeitlich begrenzte Finanzierung der Modellversuche als prekär kritisierten, betonten die Senatsverwaltungen für Gesundheit, Soziales und Familie und Finanzen die umfangreichen Mittel, die das Land Berlin für die Modellprojekte bereitgestellt habe. Allen Projekten sei mitgeteilt worden, so der Senator für Finanzen, »es handle sich um Modellversuche bzw. um eine einmalige Förderung von Projekten, also nicht um Dauerzuwendungen.«²⁸ Die SPD wandte ein, es sei schwer zu rechtfertigen, »eine Million für die Einrichtung einer Ausländerbeauftragten-Behörde auszugeben und dafür sieben Initiativen sterben zu lassen.«²⁹ Tatsächlich war die erste Ausländerbeauftragte auf Länderebene finanziell deutlich besser ausgestattet als die damalige Bundesausländerbeauftragte Lieselotte Funke.³⁰

West-Berlin war in den 1980er Jahren als »geschlossene Stadt« ein Labor für neue sozialpolitische Strategien; staatliche Einrichtungen nahmen nicht nur bei der Finanzierung, sondern auch bei der Konzeption und Implementierung sozialpolitischer Strategien eine im Bundesvergleich stärkere Rolle ein.³¹ Die frisch eingesetzte Ausländerbeauftragte Barbara John erklärte, »es gebe viele autonome Gruppen, die auch mit hohem Finanzaufwand unterstützt würden, daneben staatliche Stellen (besonders in den Bezirksämtern) sowie die freien Träger, die Millionen erhielten. Hier werde z. T. ergänzende Arbeit geleistet, doch vieles überschneide sich.«³² In Johns Ansatz spiegelt sich das Bestreben wider, das Netz der Frauenprojekte durch Umverteilung der Mittel zu zentralisieren und zu straffen. Die wiederholt in der Diskussion aufgebrachte Forderung, sämtliche Projekte bei der Ausländerbeauftragten zu koordinieren, um einen Überblick über die Projekte zu erlangen,³³ kann als Versuch interpretiert werden, mehr Kontrolle über die autonom gewachsenen Strukturen zu bekommen. Dass John beschloss, ausgerechnet den Tür-

28 Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin: Inhalts-Protokoll Ausschuß für Ausländerfragen, 7. Sitzung am 5. Februar 1982, LAB, B Rep. 002 Nr. 17828, 24.2.1982.

29 Ebd.

30 Vgl. Schwarz, Thomas: Integrationspolitik als Beauftragtenpolitik. Die Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, in: Gesemann, Frank (Hg.): Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven, Opladen 2001, S. 127-144, S. 133.

31 Vgl. ebd., S. 127.

32 Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin: Inhalts-Protokoll Ausschuß für Ausländerfragen, 7. Sitzung am 5. Februar 1982, LAB, B Rep. 002 Nr. 17828, 24.2.1982.

33 Vgl. ebd.

kischen Frauenverein als selbstorganisierte Beratungsstelle weiterzuführen, scheint in diesem Zusammenhang widersprüchlich, könnte jedoch auf finanzielle Erwägungen zurückgeführt werden: Im Vergleich zu den von den Frauenläden TIO und KIDÖB eingereichten Projektanträgen in Höhe von insgesamt 300.000 DM scheint die Fördersumme von 40.000 DM für den BTKB unerheblich.

Während die Frauenläden TIO und KIDÖB schlussendlich doch weitergefördert wurden,³⁴ band das Ringen um Existenzsicherung die Kräfte der Projektmitarbeiterinnen. Dass der Senat zunächst viele Modellversuche förderte, um dann zugesagte Mittel zu streichen und umzudistribuierten, stellt dabei keinen Widerspruch dar. Vielmehr führte diese Form von prekärer Institutionalisierung dazu, dass sich die Frauenprojekte in der »Prüfung der Förderungswürdigkeit«³⁵ in einer Konkurrenzsituation um finanzielle Unterstützung wiederfanden. In Konkurrenz standen die Projekte also nicht nur gegenüber der Ausländerbeauftragten, sondern auch miteinander. Dies zeigte sich exemplarisch, als im Sommer 1984 erneut Kürzungen im Frauenladen TIO anstanden.³⁶ »Der Senat will viele Läden, viele Beratungsstellen (auch der Wohlfahrtsverbände) und nimmt die Mittel dafür auch von den alten, eingeführten Läden«,³⁷ schrieb die *taz* über eine Diskussionsveranstaltung des Frauenladens mit Barbara John und anderen Senatsvertreter*innen am Schlesischen Tor in Kreuzberg. »Nehmen wir TIO. Seit sechs Jahren aktiv, als Modell gefördert, nun auf Geld von Fink angewiesen [...]. Von Jahr zu Jahr Unsicherheit, ob so ein Laden noch ins politische Konzept paßt. Die Mittel werden knapper für TIO, auch wenn ringsumher in Kreuzberg ähnliche Beratungsläden von Freien oder Wohlfahrts-Organisationen aus dem Boden schießen.«³⁸ Im Kleinen wiederholte sich so in den Frauenläden die staatliche Einhegung der Migration durch Integration und Begrenzung: Die finanzielle Unterstützung bündelte Initiativen migrantischer Selbstorganisation und wirkte potentiell unkontrollierten Protesten entgegen.

Der Senat ging partiell auf die Impulse der Initiativen ein und übernahm sie, koppelte sie aber an Bedingungen. Die prekäre Institutionali-

34 Vgl. Zwei Monate Gnadenfrist? Türkischer Frauenladen in der Lausitzer Straße, in: Südostexpress, 1/1982, S. 8.

35 Der Präsident des Abgeordnetenhauses von Berlin: Inhalts-Protokoll Ausschuß für Ausländerfragen, 7. Sitzung am 5. Februar 1982, LAB, B Rep. 002 Nr. 17828, 24.2.1982.

36 Vgl. Ziel erfüllt, Gelder gekürzt. Senator Fink und ein Selbsthilfeprojekt, in: *taz*, 29.5.1984.

37 Viel ist zu wenig. Die Kunst des Sparens: Senat und Frauenläden, in: *taz*, 10.7.1984.

38 Ebd.

sierung und der Entzug von Mitteln schränkte potentiell die Autonomie der Frauenprojekte ein und band Energien für politische Interventionen in strukturelle Missstände.³⁹ Mitarbeiterinnen des TIO äußerten sich im Zeitzeuginnengespräch und in zeitgenössischen Einschätzungen resigniert über ihre widersprüchliche Rolle. »Weil du bist Erste Hilfestation, aber du kannst strukturell nichts verändern und im Grunde sind wir Systemerhalter«,⁴⁰ sagt Sermin Doğanay im Zeitzeuginnengespräch. Ähnlich äußerte sich 1989 eine TIO-Mitarbeiterin über die Widersprüche, die mit ihrer Arbeit einhergingen: »Ich kann es langsam nicht mehr aushalten, immer wieder sagen zu müssen, das geht nicht, da kann man nichts machen. Im Prinzip komme ich mir manchmal vor wie in einem Beruhigungsprojekt des Senats, der damit seine Ausländerpolitik durchziehen kann. Dafür haben sie uns total billig eingestellt, und wir verklickern dann den Frauen auf 'ne nette Art und Weise, warum das alles nicht geht – so 'ne Beruhigungsfunktion.«⁴¹ Aus diesen Zeilen spricht die Frustration darüber, den Status quo einer restriktiven Migrationspolitik strukturell nicht ändern zu können, sondern ihn entgegen eigener Überzeugungen zu erhalten. Die Frauenläden, die als Modellversuche vom Senat gefördert wurden, schufen demnach nicht nur einen Freiraum und Treffpunkt, in dem sich türkeistämmige Frauen vernetzten und das Private politisierten. Sie waren auch Laboratorien, in denen die staatliche Integrationspolitik erprobt und implementiert wurde.

Wissen und Herkunft – Machtstrukturen innerhalb der Frauenprojekte

Zur Ambivalenz der Frauenläden trug zudem bei, dass auch diese Räume nicht frei von Machtstrukturen waren. Türkeistämmige Mitarbeiterinnen wie Seyran Ateş kritisierten die Hierarchien unter den Kolleginnen ent-

39 Die westdeutsche Frauenbewegung war in der Konsolidierungsphase mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Gisela Notz bezeichnet die widersprüchlichen staatlichen Reaktionen auf die Forderungen der Frauenbewegungen als »starke Vereinnahmungstendenzen, andererseits ‚hinhaltenden Widerstand««. Das ständige Ringen um Finanzierung, so Notz, binde Energien zur Formulierung politischer Forderungen und die Institutionalisierung führe dazu, dass Frauenbewegungen sich weniger über Proteste artikulierten als über Seminare und Veranstaltungen. Vgl. Notz, Gisela: Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre, 2004, S. 139-146.

40 Zeitzeuginnengespräch mit Ayfer Schultz und Sermin Doğanay, Berlin, Neukölln, 19.6.2023.

41 Eine Mitarbeiterin des TIO (Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei), in: S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung (Hg.): Kreuz und Quer. Ansichten aus einem extremen Stadtteil, Berlin 1989, S. 100-102, S. 102.

lang ihrer Herkunft: »Den türkisch oder kurdisch sprechenden Mitarbeiterinnen sind die meisten deutschen Mitarbeiterinnen als große Schwestern gegenübergetreten. Die deutschen Frauen waren die qualifizierten Frauen, sie hatten Hochschul- oder Fachhochschulabschlüsse. Migrantinnen waren unqualifizierte Übersetzerinnen, Kinderbetreuerinnen und natürlich Putzfrauen.«⁴² Neben der Frage, wer als qualifiziert galt und wer nicht, geht es in dieser Kritik auch darum, wem Expert*innenwissen zugeschrieben wird – und wem nicht. Migrantische Mitarbeiterinnen, so lässt sich herauslesen, waren zuständig für administrative Aufgaben, deutsche Mitarbeiterinnen für die inhaltlichen und konzeptionellen Aufgaben. Dabei hatten viele Migrantinnen, die in Projekten für türkeistämmige Frauen arbeiteten, ebenfalls eine Qualifikation im sozialen Bereich erworben und nahmen durch ihr über die Jahre angesammeltes Wissen im Umgang mit Behörden und aufenthaltsrechtlichen Fragen und ihre Sprachkenntnisse eine wichtige Funktion als Expertinnen und Vermittlerinnen ein.⁴³

Auch Berrin Önler-Sayan erinnert sich im Zeitzeugnengespräch, dass die Zusammenarbeit zwischen westdeutschen und migrantischen Kolleginnen nicht immer konfliktlos ablief. »Wir haben auch sehr darunter gelitten im Sozialarbeiterbereich, dass wir als zweites Rad im System gesehen wurden. Leiterinnen waren immer Deutsche und wir ausländischen Sozialarbeiterinnen sollten die muttersprachliche Beratung machen oder übersetzen.«⁴⁴ Remziye Ünal, die 1992 in Kassel den migrantischen Frauenverein Bengi gründete, erzählt im Zeitzeugnengespräch von einer Diskussion mit Feministinnen auf einem Frauenseminar. Nach ihrer Erfahrung in der linken migrantischen Bewegung war ihr wichtig, dass die Migrantinnen sich selbst organisierten – und dass sie aus ihrer zugeordneten Rolle als Dolmetscherin und Assistentin herauskamen. »Sie haben diskutiert, warum kriegen wir wenige Migrantinnen zu den Anlaufstellen. Dann bin ich aufgestanden und habe gesagt: ›Warum sollen die Migrantinnen zu euch kommen? Ihr seid alle deutsche Frauen.«⁴⁵ Auf die Frage, was Ünal gegen deutsche Frauen habe, erwiderte sie, »nichts, aber es gibt inzwischen auch so viele Migrantinnen, die

42 Ateş, Seyran: Migrantinnen unter dem Einfluß der deutschen Frauenbewegung. Unsere Vorbilder, unsere großen Schwestern, unsere (gleichberechtigten) Freundinnen, in: Heinrich-Böll-Stiftung, Feministisches Institut (Hg.): Wie weit flog die Tomate? Eine 68erinnen-Gala der Reflexion, Berlin 1999, S. 223-230, S. 228.

43 Vgl. hierzu Lutz, Helma: Welten verbinden, 1991.

44 Zeitzeugnengespräch mit Berrin Önler-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021. Vgl. hierzu auch Önler-Sayan, Berrin: Zur Migrantinnenbewegung der 1970/80er-Jahre in der Bundesrepublik.

45 Zeitzeugnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

studiert haben. Die Berufe erlernt haben. Ihr seid immer in der führenden Position und die anderen müssen immer übersetzen, ich will keine Übersetzung machen. Ich habe auch Wissen genauso wie du, ich kann es auch umsetzen. Deswegen haben die Migrantinnen auch angefangen, ihre eigenen Initiativen und Vereine zu gründen. Aber das war auch eine Revolution für mich. Es war wirklich wie die Ketten zu sprengen.«⁴⁶ Die Ernüchterung über langjährig erfahrenen strukturellen Rassismus in sozialen Projekten oder in der Schule war zentraler Bestandteil in vielen Zeitzeuginnengesprächen.

In den kritisierten Machtstrukturen spiegelt sich die Funktion deutscher Frauen für die Integration türkeistämmiger Frauen wider, wie sie die Autor*innen eines Positionspapiers der SPD 1980 entwarfen: Es gelte, »die türkische Frau aus ihrer Isolation, die einem anderen Gesellschaftsmuster entspricht, herauszuholen. Deutsche Männer seien aufgrund der patriarchalischen Strukturen dazu nicht geeignet, die deutsche Frau ist aufgerufen, hier die Integration zu fördern.« Dazu solle der Staat, wie die *taz* das Papier weiter zitierte, Begegnungsstätten »wie Waschsalons, Hausarbeitsräume (in denen die Türkinnen dank ihrer großen Geschicklichkeit im Umgang mit Nadel und Faden ... eine Aufwertung ihres Selbstwertgefühls erfahren würden) schaffen.«⁴⁷ In diesen Zeilen klingt an, was sich in Abwandlung von Gayatri Spivaks Diktum als *white women saving brown women from brown men* bezeichnen ließe.⁴⁸ Die westdeutsche Frau sollte in diesem Verständnis der türkeistämmigen Migrantin zur Emanzipation von »patriarchalen« Familien verhelfen, die als Ursache ihrer Probleme identifiziert wurden, während strukturelle Ursachen dadurch verschleiert wurden.⁴⁹ So ging es in dem Positionspapier etwa nicht darum, migrantischen Frauen eine Arbeitserlaubnis zu geben,

46 Ebd.

47 Ausländerpolitik in Berlin vor einer Wende? Vor dem SPD-Landesparteitag, in: *taz*, 27.11.1980.

48 Vgl. Spivak, Gayatri Chakravorty: *Can the Subaltern Speak?*, 1994, S. 93.

49 Nähkurse schreiben sich in diesem Zusammenhang in die ambivalente Geschichte von Handarbeitskursen als verbreitetes Entwicklungs- und Erziehungsprojekt wohlthätiger Organisationen und Unternehmen im Globalen Süden ein. Vgl. Kupferschmidt, Uri: *The Social History of the Sewing Machine in the Middle East*, 2004, S. 210. So bot etwa der Nähmaschinen-Hersteller Singer in den 1930er bis 1950er Jahren in der Türkei kostenlose Nähkurse für Frauen in den republikanischen Volkshäusern (*Halkevleri*) an. Vgl. hierzu Kasapoğlu Akyol, Pınar: Geçmişten Günümüze Eğitimde Singer Dikiş Kursları Araştırıyla Kadın Halk Eğitimi, in: *Dört Öge* 5/11, 2017, S. 153-168. Francesca Falk weist im Schweizer Kontext darauf hin, dass Hauswirtschaftskurse Teil eines disziplinarischen Prozesses waren, bürgerliche Normen in der Arbeiterklasse einzuführen. Vgl. Falk, Francesca: *Gender Innovation and Migration in Switzerland*, 2019, S. 8. Hier wird

deren Fehlen eine zentrale Ursache für die Isolation nachgezogener Migrantinnen war. Birgit Rommelspacher hat in ihrer Analyse des Feminismus und kultureller Dominanz auf die lange europäische Tradition des Befreiungsmotivs hingewiesen. Die ›Befreiung‹ muslimischer Frauen reiche zurück bis zu den Kreuzzügen und sei ein zentraler Bestandteil kolonialer Invasionen.⁵⁰

Fraueninitiativen für türkeistämmige Migrantinnen schlichtweg als Projekte von Feministinnen mit *White Savior Complex* zu betrachten, würde allerdings zu kurz greifen. Eine solche Einordnung übersieht die zentrale Rolle der migrantischen Mitarbeiterinnen als Kritikerinnen und Expertinnen in diesen Projekten. Sie stießen Aushandlungen über interne Widersprüche und Machtstrukturen sowie Diskussionen über Rassismus in den Frauenläden an und entwickelten gemeinsam mit ihren deutschen Kolleginnen neue Ansätze für die Arbeit mit Migrantinnen in einem Feld, in dem es zu der Zeit noch wenig Erfahrungswerte gab. Frauenprojekte in ihrer Ambivalenz zu beleuchten, ohne Widersprüche zugunsten eindeutiger Kategorien aufzulösen, verkompliziert die Geschichte migrantischer Selbstorganisation aus Geschlechterperspektive. Die Frauenläden waren Laboratorien, in denen staatliche Stellen Integrationspolitik und Sozialarbeiterinnen Wege aus migrationsrechtlich begrenzten Handlungsspielräumen erprobten. Sie waren zugleich Räume, die von einem Macht-Wissen-Nexus und Ungleichheitsverhältnissen durchzogen waren, und Freiräume. Welche Rolle Frauenläden für die Vernetzung und politische Subjektivierung migrantischer Frauen spielten, zeigt sich exemplarisch an zwei ›türkischen‹ Hausbesetzungen in Kreuzberg, deren Protagonistinnen aus dem Umfeld des Türkischen Frauenvereins und des TIO kamen.

2.2 Zuzugssperre und besetzte Häuser. Politisierte Wohnräume

Als Fatma Kaya 1978 ihre Töchter aus der Türkei zu sich holte, wurde es eng in der Forsterstraße 18, wo Kaya mit ihrem Mann und ihrem 1973 geborenen Sohn in einer Einzimmerwohnung lebte. War das Leben in einem Kreuzberger Hinterhof-Altbau ohne Toilette und Bad schon zu dritt schwer gewesen, so wurde es zu fünft unmöglich. »Es war voll. Ein Zimmer, kamste rein, ein kleiner Korridor, dann kam direkt die Küche,

deutlich, wie sich in Nähkursen verschiedene Ebenen von Macht, emanzipativem Potential und Alibi-Funktion durchkreuzen.

50 Vgl. Rommelspacher, Birgit: Feminismus und kulturelle Dominanz, 2009, S. 399.

dann gehts zum Zimmer«, ⁵¹ erinnert sich Fatma Kaya. Die Familie suchte eine größere Wohnung, doch auf dem West-Berliner Wohnungsmarkt war dies für türkeistämmige Familien fast aussichtslos. Abgesehen davon, dass billiger Wohnraum in West-Berlin im Zuge der geplanten Kahlschlagsanierung knapp wurde, waren Migrant*innen auf dem Wohnungsmarkt mit Rassismus und Diskriminierung konfrontiert. »Wenn du Zeitung gelesen hast und hingegangen bist, kam direkt die Frage: Woher kommen Sie denn?«, sagt Kaya. »Oder sie haben geschaut und gesagt: Die sind Ausländer, wir haben keine Wohnung für Ausländer.« ⁵² Die Wohnungssuche der Familie Kaya blieb erfolglos.

Diese Erfahrung findet sich in zahlreichen Zeitungsberichten und zeitgenössischen Selbstzeugnissen von Migrant*innen. ⁵³ Ein Arbeitsmigrant, der mit vier Kindern und seiner Frau in einer Einzimmerwohnung lebte, berichtete etwa, dass er jeden Samstagabend zum Bahnhof Zoo fahre, um die *Berliner Morgenpost* druckfrisch zu kaufen und möglichst schnell auf die Wohnungsinserate zu reagieren. ⁵⁴ Doch entweder sei die Wohnung bereits weg oder die »[d]ie Hausbesitzer vermieten nicht an Ausländer.« ⁵⁵ Anzeigen, in denen Hausbesitzer*innen ihre Wohnung unumwunden »nur an Deutsche« ⁵⁶ oder »nicht an Ausländer« ⁵⁷ inserierten, waren keine Ausnahme. Migrant*innen entwickelten dagegen teils Strategien des *undoing differences*, sie konterkarierten mit ihren Praktiken also situativ Merkmale zugeschriebener Andersheit. ⁵⁸ So sagte eine Frau in der Arbeitsgruppe Gesundheit auf dem Frauenkongress deutscher und ausländischer Frauen in Frankfurt 1984: »Ich bin auf Wohnungssuche gegangen, habe die eleganteste Kleidung angezogen, bin mit einem Taxi hingefahren, bemüht zu zeigen, daß ich ja nicht eine solche Türkin bin,

51 Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.

52 Ebd.

53 Vgl. etwa Barga, Kamer; Schulz, Brigitte; Schwoon, Heike: Seit Jahren werde ich nicht mehr froh, 1985, S. 58; Seeland, Suzanne: Für die Wohnungssuche färbte Ayse sich die Haare blond. Über die katastrophale Wohn- und Gesundheitssituation türkischer Frauen, in: Tagesspiegel, 1.2.1981; Fürüzan: Logis im Land der Reichen, 1985, S. 51.

54 Vgl. Kizgin, Tayyar: Gibt es keinen Menschen, uns zu helfen, in: Kurt, Kemal, Meyer, Erika (Hg.): ... weil wir Türken sind ... Türk olduğumuz için, Berlin 1981, S. 17-29, S. 22.

55 Ebd., S. 17 f.

56 Vgl. etwa Kleff, Hans-Günter: Vom Bauern zum Industriearbeiter, 1985, S. 175.

57 Vgl. etwa Kurt, Kemal; Meyer, Erika (Hg.): --- weil wir Türken sind ... Türk olduğumuz için, Berlin 1981, S. 21.

58 Vgl. Hirschauer, Stefan: Un/doing Differences. Die Kontingenz sozialer Zugehörigkeiten, in: Zeitschrift für Soziologie 43/3, 2014, S. 170-191.

oder überhaupt so eine Ausländerin.«⁵⁹ In einer *Tagesspiegel*-Reportage berichtete die Journalistin Suzanne Seeland 1981 von einer Frau, die sich die Haare blond färbte, weil sie sich davon bessere Chancen bei deutschen Vermieter*innen erhoffte.⁶⁰ In diesen Aussagen spiegelt sich wider, dass gesellschaftliche Aushandlungen von Zugehörigkeit, Geschlecht und Differenz nicht nur am Körper von migrantischen Frauen ausgetragen wurden. Vielmehr wurden gesellschaftliche Ein- und Ausschlüsse nach dem Anwerbestopp auch maßgeblich im Raum produziert.

Die Frage, wer welchen Raum wie nutzen, bewohnen und besetzen kann, wurde in der Phase der Familienzusammenführung zum Politikum in der Bundesrepublik. In den Großstädten zogen Arbeitsmigrant*innen mit ihren Familien vermehrt aus den fabriknahen Wohnheimen am Rand der Stadt in Wohnungen im Zentrum. Diese befanden sich aufgrund der Diskriminierung von Migrant*innen auf dem Wohnungsmarkt oft in auffälligen Altbauten in Sanierungsgebieten. Hausbesitzer*innen vermieteten Wohnungen in Häusern, die zum Abriss leerstanden, profitabel an Migrant*innen.⁶¹ In West-Berlin lebten etwa viele Migrant*innen in den drei an der Mauer gelegenen Bezirken Wedding, Kreuzberg und Tiergarten. Staatliche Akteure und die Medien reagierten auf die zunehmende Sichtbarkeit von migrantischen Familien in Stadtvierteln mit Warnungen vor ausländischen ›Ballungszentren‹ – und einer damit einhergehenden ›Segregation‹ und ›Ghettoisierung‹. So beschwor der *Spiegel* im vielzitierten Report »Die Türken kommen – rette sich, wer kann« im Juli 1973 eine »Invasion« von Migrant*innen herauf: »Der Andrang vom Bosphorus verschärft eine Krise, die in den von Ausländern überlaufenen Ballungszentren schon lange schwelt. Städte wie Berlin, München oder Frankfurt können die Invasion kaum noch bewältigen: Es entstehen Gettos, und schon prophezeien Soziologen Städteverfall, Kriminalität und soziale Verelendung wie in Harlem.«⁶² Durch militärisches Vokabular wie ›Invasion‹, ›Festung‹ und ›Brigade‹ evozierte der Report ein Bild von Migration als Bedrohung.

Die Begriffe ›Ghetto‹, ›Ghettoisierung‹ und ›Segregation‹ wurden dabei zu räumlichen Metaphern für soziale Probleme der Migration, die nicht auf eine fehlende soziale Infrastruktur zurückgeführt, sondern

59 Bargan, Kamer; Schulz, Brigitte; Schwoon, Heike: Seit Jahren werde ich nicht mehr froh, 1985, S. 58.

60 Vgl. Seeland, Suzanne: Für die Wohnungssuche färbte Ayse sich die Haare blond.

61 Vgl. Reinecke, Christiane: Ghetto/Ghettoisierung, in: Bartels, Inken u. a. (Hg.): *Umkämpfte Begriffe der Migration. Ein Inventar*, Bielefeld 2023, S. 153-166, S. 156.

62 »Die Türken kommen – rette sich, wer kann«, S. 24.

ausschließlich Migrant*innen angelastet wurden.⁶³ Historikerinnen wie Christiane Reinecke und Maren Möhring haben darauf hingewiesen, dass der Bezugspunkt für den vielfach gezogenen Vergleich migrantisch geprägter Stadtviertel als ›Ghetto‹ nicht etwa ein primär jüdischer Ort war, für den noch Mitte des 20. Jahrhundert ›das Ghetto‹ stand, sondern US-amerikanische Städte.⁶⁴ Durch diese Referenz, so das Argument von Lauren Stokes, rassifizierten Städteplaner*innen, Behörden und Journalist*innen den urbanen Raum, ohne explizit biologistisch-rassistische Sprachmuster zu nutzen.⁶⁵ Die Rede vom »Türkengetto«⁶⁶ reduzierte dabei die Komplexität transnationaler migrantischer Räume auf die vermeintliche Abschottung der Migrant*innen von einer als homogen imaginierten Mehrheitsgesellschaft.⁶⁷ Ebenso wie transnationale Verbindungen zum Herkunftsland wurde die sogenannte ›Ghettoisierung‹ in der öffentlichen Wahrnehmung zum Prüfstein migrantischer Loyalitäten und Zugehörigkeitsgefühle, wie die Kulturwissenschaftlerin Ayşe Çağlar unterstreicht.⁶⁸ Diese Diskursmuster blieben jedoch nicht auf die öffentliche Wahrnehmung von Migration beschränkt, sondern schufen eine Realität, die sich in diskriminierenden migrationspolitischen Regelungen niederschlug.

Die Zuzugssperre und die Politisierung des Wohnens

Vor allem zwei Maßnahmen politisierten das Wohnen von Migrant*innen: die Bedingung, bei Familienzusammenführung ›angemessenem‹ Wohnraum vorweisen zu müssen, und die Zuzugssperre. Die Voraussetzung von ›angemessenem Wohnraum‹ für Familienzusammenführung hielt der Koordinierungskreis »Ausländische Arbeitnehmer« bei einer Sitzung im April 1972 in seinen Grundsätzen zur »Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer« fest.⁶⁹ Die Anforderungen an ›angemessenem‹ Wohnraum waren streng und variierten je nach Bundesland. Wer Familien-

63 Vgl. Reinecke, Christiane: Ghetto/Ghettoisierung 2023, S. 157.

64 Vgl. ebd., S. 154; Möhring, Maren: Fremdes Essen. Die Geschichte der ausländischen Gastronomie in der Bundesrepublik Deutschland, München 2012, S. 468.

65 Vgl. Stokes, Lauren: Fear of the Family, 2022, S. 57.

66 »Die Türken kommen – rette sich, wer kann«, S. 26.

67 Vgl. Çağlar, Ayşe S.: Constraining metaphors and the transnationalisation of spaces in Berlin, in: Journal of Ethnic and Migration Studies 27/4, 2001, S. 601-613, S. 606 f.

68 Vgl. ebd., S. 605.

69 Vgl. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung an die Mitglieder des Koordinierungskreises »Ausländische Arbeitnehmer«; Betr.: Grundsätze zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer; hier: Gemeinsame Sitzung des Koor-

angehörige in die Bundesrepublik holen wollte, musste einen Nachweis darüber erbringen, dass die Wohnung ausreichend Quadratmeter hatte. Für die Berechnung berücksichtigten die Behörden alle Familienangehörigen, also nicht nur jene, die per Familienzusammenführung migrierten, sondern auch diejenigen, die in der Türkei blieben.⁷⁰ In Rheinland-Pfalz entsprachen die Anforderungen etwa 12 Quadratmetern pro erwachsener Person und acht pro Kind unter sechs Jahren.⁷¹ Zur Überprüfung dieser Anforderungen schlug der Koordinierungskreis »Ausländische Arbeitnehmer« Kontrollen vor. »Um Mißstände bei Unterkünften und Wohnungen auszuschließen, müssen wirksame Kontrollen erfolgen«, heißt es in den Grundsätzen zur Eingliederung, und weiter: »Dazu sind die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen. Menschenwürdigem Wohnraum und Mietwucher soll mit allen Mitteln der Rechtsordnung begegnet werden.«⁷² Da die Behörden keine Kapazitäten hatten, diese Voraussetzungen vor Ort zu inspizieren, überprüften sie stattdessen Mietverträge.⁷³ Dies führte dazu, dass ein Schwarzmarkt für gefälschte Mietverträge entstand.⁷⁴ Selbst wenn es den Behörden um menschenwürdige Unterbringung gehen mochte, belastete die Maßnahme des »angemessenen Wohnraums« Migrant*innen bei ihrer Wohnungssuche zusätzlich. Denn eine Unterkunft mit ausreichend Platz war angesichts der Wohnungsknappheit und der Diskriminierung von Migrant*innen auf dem Wohnungsmarkt kaum zu finden.

Weitaus umstrittener als Maßnahme zur »Entballung überlasteter Gebiete« war die Zuzugssperre, die im November 1974 in West-Berlin verabschiedet wurde und im Januar 1975 in Kraft trat. Die Maßnahme sah vor, dass Migrant*innen aus Drittstaaten nicht in Bezirke ziehen durften, in denen mehr als 12 Prozent der Bevölkerung »ausländisch« waren. Dies betraf in West-Berlin die Bezirke Kreuzberg, Wedding und Tiergarten,

dinierungskreises und des Länderausschusses »Ausländische Arbeitnehmer« am 20. April 1972 in Nürnberg, PAAA, B 85/1033, 3.5.1972.

70 Vgl. Deutscher Bundestag: Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Dritter Familienbericht. In: Drucksache, 8/3121, 20.8.1979, S. 156.

71 Vgl. Stokes, Lauren: *Fear of the Family*, 2022, S. 51.

72 Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung an die Mitglieder des Koordinierungskreises »Ausländische Arbeitnehmer«: Betr.: Grundsätze zur Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer, 3.5.1972.

73 Vgl. Stokes, Lauren: *Fear of the Family*, 2022, S. 52.

74 Vgl. Camlikbeli, Deniz: Die bestehenden Wohnverhältnisse stabilisieren die Unterdrückung der Frau und Arbeitsemigrantinnen, in: Bagana, Elisabeth u. a. (Hg.): *Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei (TIO). Lebenssituation von Frauen aus der Türkei und Möglichkeiten der Sozial- und Gemeinwesenarbeit*, Berlin 1982, S. 81-99, S. 82.

also jene Viertel, in denen Migrant*innen noch am ehesten eine Wohnung fanden. Lauren Stokes hat herausgearbeitet, dass für die Berechnung des Prozentsatzes, der einen Bezirk als »belastetes Gebiet« auszeichnete, alle ausländischen Bewohner*innen einbezogen wurden, die Sperre jedoch nur für Drittstaatenangehörige galt.⁷⁵ Zuzugsbeschränkungen für einzelne Bezirke in West-Berlin hatte bereits das ressortübergreifende Planungsteam »Integration ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familien« 1972 in seinem Abschlussbericht für erforderlich befunden.⁷⁶ Der Senat hatte in seiner Grundsatzzerklärung 1973 eine Zuzugssperre für nicht praktikabel erklärt, da sie rechtlich anfechtbar und so lange nicht vertretbar sei, wie in anderen Bezirken nicht ausreichend Wohnraum vorhanden sei. Auf das Drängen der Bezirke auf Zuzugsbeschränkungen hin beschloss der Senat schließlich im November 1974 die Einführung der Zuzugssperre.⁷⁷

Zwar wurde im April 1975 auch eine bundesweite Zuzugssperre beschlossen, doch die West-Berliner Zuzugssperre war weitaus strikter. Zum einen schaffte der Bund die Regelung nach zwei Jahren wieder ab, während sie in West-Berlin trotz erheblicher Kritik und Anfechtungen bis 1990 in Kraft war.⁷⁸ Zum anderen betraf die Regelung dort nicht nur die erweiterte Familie, sondern auch Ehepartner*innen und Kinder. In der Praxis bedeutete dies, dass auch Angehörige der Kernfamilie nicht zu ihren Familienangehörigen in die Wohnung ziehen konnten, wenn diese in einem der Sperrbezirke wohnten.⁷⁹ Die Zuzugssperre wurde von der Ausländerbehörde als Auflage mit einem Stempel in der Aufenthaltserlaubnis verfügt, auf dem stand: »Zuzug in die Bezirke Kreuzberg, Tiergarten und Wedding nicht gestattet.«⁸⁰ Dies bedeutete, dass Migrant*innen ausgerechnet in die Viertel nicht ziehen durften, in denen sie am ehesten eine (wenn auch sanierungsbedürftige) Wohnung gefunden hätten. Ähnlich wie die Auflage des »angemessenen Wohnraums« führte die Zuzugssperre zu einer Kriminalisierung des Wohnens,

75 Vgl. Stokes, Lauren: *Fear of the Family*, 2022, S. 60.

76 Vgl. Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters: Abschlussbericht des Planungsteams »Eingliederung der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien«, LAB, B Rep. 002 Nr. 10436, Juli 1972, S. 30.

77 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres: Betr.: Bezirkliche Zuzugssperre für Ausländer – Darstellung der Gesamtsituation, LAB, B Rep. 004 Nr. 4933, 30.6.1978.

78 Vgl. Abgeordnetenhaus Berlin: Vorlage zur Kenntnisnahme über Aufhebung der Zuzugssperre für Ausländer für die Bezirke Kreuzberg, Tiergarten und Wedding, Drucksache, 11/1250, 11.10.1990.

79 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres Berlin: Vermerk: Betr.: Weiterentwicklung der Ausländerkonzeption; hier: Besprechung beim SenDir am 16. August 1977, LAB, B Rep. 004 Nr. 4931, 18.8.1977.

80 Vgl. ebd.

da Migrant*innen häufig weiter in den Sperrbezirken lebten, sich aber in einem anderen Bezirk meldeten.⁸¹

Von Anfang an stieß die Zuzugssperre auf Kritik und den Widerstand der Betroffenen und migrantischen Organisationen. Dieser Widerstand artikuliert sich in Petitionen,⁸² Einzelklagen vor Gericht und im publizistischen Versuch, Migrant*innen über ihre Rechte aufzuklären und zugleich öffentlich Aufmerksamkeit zu schaffen. So berichtete etwa *Kurtuluş* im März 1975, also weniger als drei Monate nach der Einführung der Zuzugssperre, von Razzien in den Wohnungen von Migrant*innen, die in den Sperrbezirken lebten. Beamte hätten die Wohnung vermessen und die Bewohner*innen gefragt, wie viele Personen im Haushalt lebten. Befanden die Beamten den Wohnraum nicht für ausreichend, so drängten sie die Mieter*innen laut *Kurtuluş* zum Umzug.⁸³ Die sozialistische Zeitung informierte die Leser*innen, dass dieses Vorgehen »komplett widerrechtlich« sei und selbst die Polizei ohne gerichtlichen Durchsuchungsbefehl keine Befugnis habe, unerlaubt die Wohnung zu betreten. Mieter*innen, die entsprechenden Besuch bekamen, empfahl *Kurtuluş*, die Beamten nach ihrem Dienstausweis und einem Durchsuchungsbefehl zu fragen.

Auch die Europäische Frauenföderation ATKF und der Türkische Frauenverein in West-Berlin traten für die Abschaffung der Zuzugssperre ein.⁸⁴ In ihrer Zeitung *Emekçi Kadın* veröffentlichte die ATKF 1976 eine Serie von Interviews mit Migrant*innen zu den durch die Zuzugssperre verursachten Problemen. Eine schwangere Arbeitsmigrantin, die seit 1967 in West-Berlin lebte, konnte nicht mit ihrem Mann zusammenziehen, weil sie in Kreuzberg angemeldet war und er in Neukölln zur Untermiete wohnte. Aufgrund der Zuzugssperre gestattete die Ausländerpolizei dem Mann nicht, nach Kreuzberg zu ziehen, doch eine andere Wohnung fand das Ehepaar selbst über das Wohnungsamt nicht. »Wir sind ständig angespannt und unruhig, mein Mann und ich. Selbst auf unser grund-

81 Vgl. Camlikbeli, Deniz: Die bestehenden Wohnverhältnisse stabilisieren die Unterdrückung der Frau und Arbeitsemigrantinnen 1982, S. 81f.

82 Das Ausländerkomitee sammelte 1978 rund 8.000 Unterschriften gegen die Zuzugssperre. Vgl. Ausländerkomitee Berlin: Presseerklärung: Weg mit der Zuzugssperre – Gleiches Wohnrecht für alle!, TIO-Archiv, 29.6.1979.

83 Vgl. Yabancı İşçilerin Evlerine Baskın, in: *Kurtuluş*, 7.3.1975, S. 4.

84 Vgl. Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu: Föderation der türkischen Frauen in Europa – Frauenkongress am 22. und 23.10.77 in Duisburg, TÜSTAV, Gelsenkirchen Kadınlar Birliği (GKB) Arşiv Fonu, Zarf 125, 23.10.1977; Gegen Zuzugssperre. Fachtagung über die Lage ausländischer Frauen, in: Berliner Stimme, 27.9.1980; Westberliner Komitee für die Rechte der Frau: Die Wohnmisere muß schnellstens beseitigt werden, FFBIZ, A Rep. 400 Internationales 21.6, o. D.

legendstes Recht, unser Familienglück, haben sie es abgesehen. Ich frage Sie, entspricht diese Verordnung einem humanistischen Verständnis und Gesetzen?»⁸⁵ In den Worten der interviewten Arbeitsmigrantin spiegelt sich nicht nur die Verzweiflung über die belastende Wohnsituation wider, sondern auch die Wut über die Politisierung ihres Privatlebens und die damit einhergehende Einschränkung ihrer Grundrechte. Eine andere alleinerziehende Arbeitsmigrantin, deren 16-jährige Tochter aufgrund der Zuzugssperre keine Aufenthaltserlaubnis bekommen hatte, schilderte die psychische Belastung, die dieser Zustand bei ihr auslöste: »Das Kind ist seit Monaten illegal hier. Wenn es krank wird, kann ich es nicht zum Arzt bringen. Wenn wir auf der Straße die Polizei sehen, bleibt uns das Herz stehen. Wenn es an der Tür klingelt, haben wir Angst, dass die Polizei kommt. Was ist das für ein Zustand?»⁸⁶ Hier wird deutlich, in welchem Ausmaß die Zuzugssperre Migrant*innen in einen vulnerablen Zustand versetzte, der nicht nur den privaten Wohnraum zu einem unsicheren Ort machte, sondern sich auf die gesamte Existenz ausdehnte.

Betroffene gingen vor Gericht gegen die Zuzugssperre vor.⁸⁷ 1978 hatte das Verwaltungsgericht Berlin die Zuzugssperre und die darauf beruhenden Auflagen der Ausländerbehörde bereits in fünf Entscheidungen für rechtswidrig erklärt.⁸⁸ Die Zuzugssperre, so die Entscheidung des Gerichts, verstieß gegen den besonderen Schutz der Familie (Artikel 6 GG) und das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl des Wohnsitzes (Protokoll 4 der Menschenrechtskonvention).⁸⁹ Bereits im Jahr zuvor hatten Betroffene über den Petitionsausschuss des Abgeordnetenhauses eine Härtefallregelung erreicht, die ab 1977 in Einzelfällen der Familienzusammenführung Ausnahmen von der Zuzugssperre zuließ.⁹⁰

Von Januar 1977 bis März 1978 stimmten die Bezirke in 82 Fällen einer Ausnahme von der Zuzugssperre zu und lehnten in drei Fällen ab.⁹¹ So durfte etwa eine 17-jährige Türkin zu ihrer Schwester ziehen, weil sie in der Türkei keine Angehörigen mehr hatte. Besonders betroffen waren mit 62 Härtefällen Migrant*innen aus der Türkei. Zwischen Juli und Oktober 1978 ließ allein das Bezirksamt Wedding 81 Ausnahmen von der

85 Taşınma Yasağı Aile Birligimizi Bozuyor, in: Emekçi Kadın 4, 18.8.1976.

86 Taşınma Yasağı. Çocuklarımızı Sokağa Mı Atalım?, in: Emekçi Kadın 6, 2.11.1976.

87 Vgl. Taşınma Yasağı. Elkapılarında Çilemiz, in: Emekçi Kadın 5, 31.8.1976.

88 Vgl. Senatsverwaltung für Inneres: Betr.: Bezirkliche Zuzugssperre für Ausländer – Darstellung der Gesamtsituation, LAB, B Rep. 004 Nr. 4933, 30.6.1978.

89 Vgl. Stokes, Lauren: Fear of the Family, 2022, S. 68.

90 Vgl. Borgmann, Malte: Von der Anwerbung zur Anerkennung 2019, S. 281.

91 Vgl. Bezirksamt Kreuzberg, Geschäftsstelle des Beirats für Ausländerfragen: Betr.: Handhabung der Zuzugssperrenregelung in Kreuzberg nach der Besprechung mit dem Senator für Inneres am 25.1.1977, LAB, B Rep. 012 Nr. 3092, 16.3.1978.

Zuzugssperre zu.⁹² Die Zunahme der Ausnahmen mag daran liegen, dass mehr Migrant*innen Anträge auf Härtefälle stellten. Das Ausländerkomitee empfahl in einem Flugblatt Betroffenen, sich nicht von der Ausländerpolizei einschüchtern zu lassen und trotz der Zuzugssperre eine Aufenthaltserlaubnis zu beantragen. »Wenn die Ausländerpolizei den Antrag ablehnt, gehen Sie mit dem Bescheid zu einer Ausländerberatungsstelle oder einem Anwalt, damit die einen Widerspruch einlegen und einen Antrag beim Verwaltungsgericht stellen. Damit haben Sie sicher Erfolg und die Kosten dafür muß die Polizei zahlen.«⁹³ Dabei berief es sich auf die Urteile des Verwaltungsgerichts Berlin. Im Sommer 1979 verhandelte das Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin in zweiter Instanz über die Zuzugssperre und kritisierte die Maßnahme als »verfehlt, unzulässig und nicht praktikabel«.⁹⁴ In einem Grundsatzurteil entschied das OVG, dass die Ausländerbehörde jeden Einzelfall gesondert prüfen müsse, da die Zuzugssperre das Ausländergesetz und Artikel 3 Grundgesetz verletze, indem sie die Auflage pauschal an die »Ausländereigenschaft« knüpfte.⁹⁵ Damit wurden zwar Einzelfallprüfungen institutionalisiert, doch die Zuzugssperre im Ganzen blieb unberührt und bis 1990 bestehen.

»Wir haben ein Haus besetzt« – Migrantinnen in der Hausbesetzungsszene

Unterdessen war Wohnen nicht nur für Migrant*innen zum Politikum geworden: Um 1979/1980 entstand in Reaktion auf die sich verschärfende Wohnungssituation in den Sanierungsgebieten West-Berlins die Hausbesetzungsszene. Mit der Instandbesetzung widersetzten sich die Besetzer*innen den Sanierungsplänen der Stadterneuerungspolitik, indem sie baufällige Altbauwohnungen besetzten und eigenhändig renovierten. Verbunden war diese Protestform mit dem Ziel, alternative Lebens- und Wohnformen zu erproben und dafür Orte zu gestalten.⁹⁶ Die Protestformen des alternativen Milieus⁹⁷ ließen auch Migrant*innen nicht unbe-

92 Vgl. Bezirksamt Kreuzberg: Protokoll über die 34. Sitzung des Beirats für Ausländerfragen am 12. September 1978, LAB, B Rep. 012 Nr. 3092, 13.10.1978.

93 Ausländerkomitee Berlin: Taşınma Yasağı hakkında Bilgi / Informationen zur Zuzugssperre, TIO-Archiv, 12/1978.

94 Zuzugssperre scharf kritisiert. Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht – Heute Entscheidung, in: Tagesspiegel, 12.7.1979.

95 Vgl. Gericht fordert Prüfung jedes Einzelfalles bei Zuzug-Auflagen. Oberverwaltungsgericht entschied gegen Ausländerbehörde, in: Tagesspiegel, 13.7.1979.

96 Vgl. Kreis, Reinhild: Heimwerken als Protest, 2017, S. 41.

97 Zum Begriff des »alternativen Milieus« s. Reichardt, Sven; Siegfried, Detlef: Das alternative Milieu. Konturen einer Lebensform, in: dies. (Hg.): Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik

rührt.⁹⁸ Atiye Altül erzählt etwa, dass es gegenüber von ihrer Wohnung ein besetztes Haus gab, dessen Bewohner*innen sie selbstgekoktes Essen vorbeibrachte. Einmal kamen die Besetzer*innen zu ihr und sagten: »Wir haben ein Haus besetzt, unter uns gibt es gar keine Türken, wollt ihr vorbeikommen?« Als Altül das besetzte Haus besuchte, nahm sie Abstand von der Idee: »Das waren Typen, die in den '68ern hängengeblieben sind. Wir haben uns umgeschaut, die Toilette hatte keine Tür. Das konnten wir nicht und haben verzichtet.«⁹⁹ Altüls Überzeugung, dass das Private politisch sei, stieß bei türenlosen Toiletten an ihre Grenzen.

Um 1980 kam es in Kreuzberg zu zwei Hausbesetzungen türkeistämmiger Migrant*innen: Im November 1980 besetzten sieben großteils kurdisch-alevitische Familien aus der Türkei die Forsterstraße 16 und im Februar 1981 besetzten türkeistämmige Frauen die Kottbusser Straße 8. Zudem traten vier Bewohner*innen der Oppelner Straße 27 – darunter eine griechische Migrantin – im November 1980 aus Protest gegen die geplante Entmietung stellvertretend für die 14 türkischen, deutschen und griechischen Mietparteien in einen Hungerstreik.¹⁰⁰ In der Oranienstraße 14a setzte sich die Hausgemeinschaft überwiegend türkischer Familien unter der Regie der Haussprecherin Cigdem Eren erfolgreich gegen Entmietungsversuche durch und sanierte das baufällige Haus in Selbsthilfe.¹⁰¹ Dass in allen Fällen Migrantinnen als treibende Kräfte auftraten, war kein Zufall: Aufgrund der migrationspolitisch bedingten und

Deutschland und Europa; 1968-1983, Göttingen 2010, S. 9-26; Reichardt, Sven: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014, S. 38-56.

98 Grundlegend hierzu: Zeppenfeld, Stefan: Ein Nebenschauplatz des »Häuserkampfes? Türkeistämmige und die Kreuzberger Hausbesetzerszene 1980/81, in: Hochmuth, Hanno, Nolte, Paul (Hg.): Stadtgeschichte als Zeitgeschichte. Berlin im 20. Jahrhundert, Göttingen 2019, S. 245-270. Stefan Zeppenfeld hat herausgearbeitet, dass die West-Berliner Polizei in der Hausbesetzerszene seit 1979 288 Ausländer aus 30 Ländern registrierte. S. ebd., S. 249.

99 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

100 Vgl. Skierka, Volker: »Irgendwann packt dich 'ne einzige Wut«, in: Süddeutsche Zeitung, 3.11.1980; Gürsel, Duygu; Azozomox; Schubenz, Marie: Das Recht selbst geltend gemacht. Wohnsituation und Kämpfe migrantischer Mieter/innen, in: Mieterecho 834, 10/2016; Mieter der Oppelner 27 im Hungerstreik, in: Südostexpress, 11/1980, S. 2 f.; Noch immer keine Ruhe in der Oppelner Str. 27, in: Südostexpress, 12/1980, S. 3; Verein SO 36: Fallstudie Oppelner Str. 27, FHXB, Kovnolut Verein SO 36 lfd. Nr. 205, 1982.

101 Vgl. S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung: Gurbetçiler und die Idealisten. Ein Bericht über die Sanierung der Oranienstraße 14a mit Mieterselbsthilfe, Berlin 1989; Hausgemeinschaft der Mieter des Hauses Oranienstraße 14a: Hausgemeinschaftsmodell Oranienstraße 14a, FHXB, IBA-Archiv lfd. Nr. 629, 2.3.1981.

geschlechterbasierten Arbeitsteilung waren sie von der beengten Wohnsituation besonders betroffen; alleinstehende Migrantinnen waren zudem besonders benachteiligt auf dem Wohnungsmarkt.¹⁰² Außerdem waren sie politisch in Fraueninitiativen vernetzt: Fatma Kaya aus der Forsterstraße 18 war Mitglied des Türkischen Frauenvereins und besuchte häufig das Türkenzentrum. Die Besetzung der Kottbusser Straße 8 erfolgte mit Unterstützung des TIO.

Nachdem Fatma Kaya 1979 bereits zwei Jahre vergeblich eine Wohnung für ihre fünfköpfige Familie gesucht hatte, wandte sie sich an die selbstorganisierte Mietergruppe Block 145 in Kreuzberg und besuchte deren Versammlungen in der Ölberg-Gemeinde. Dort erfuhr sie, dass die Forsterstraße 16 und 17, das ganze Vorderhaus, leerstand, während die Nr. 18 im Hinterhof völlig überbelegt war.¹⁰³ Das Bezirksamt Kreuzberg hatte die Häuser aufgekauft und entmietet, um sie abzureißen und ein Grundschulzentrum für mehr als 1.000 Kinder zu bauen; die Mieter*innengruppe setzte sich dagegen zur Wehr.¹⁰⁴ Als die Forderungen an das Bezirksamt, die leerstehenden Wohnungen zu vermieten, erfolglos blieben, beschloss die Mieter*innengruppe, die Forsterstraße 16 zu besetzen.¹⁰⁵ Am 7. November 1980 besetzten Mitglieder der Mietergruppe zusammen mit türkeistämmigen Bewohner*innen der Forsterstraße 18 und Studierenden die Nr. 16.¹⁰⁶

Die Besetzung der Forsterstraße 16, die als erste »türkische« Hausbesetzung West-Berlins gilt, wurde von Zeitzeug*innen gut dokumentiert und von Historiker*innen wie Stefan Zeppenfeld und Sozialwissenschaftler*innen wie Duygu Gürsel umfassend analysiert.¹⁰⁷ Tonangebend in der Überlieferung war Viktor Augustin, der als Teil der Mietergruppe Block 145 die Verhandlungen mit dem Bezirksamt übernahm.¹⁰⁸ Fatma Kaya war von

102 Vgl. Camlikbeli, Deniz: Die bestehenden Wohnverhältnisse stabilisieren die Unterdrückung der Frau und Arbeitsemigrantinnen, 1982.

103 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.

104 Vgl. Kleff, Hans-Günter: Vom Bauern zum Industriearbeiter, 1985, S. 179.

105 Vgl. Augustin, Viktor; Berger, Hartwig: Einwanderung und Alltagskultur. Die Forster-Straße in Berlin-Kreuzberg, Berlin 1984, S. 5.

106 Vgl. Augustin, Viktor: Selbsthilfe-Projekt Forster Straße 16-18, in: Internationale Bauausstellung Berlin 1984 (Hg.): Selbsthilfe im Altbau. Erfahrungen, Versuche und Vorschläge, Berlin, S. 41-43, S. 42.

107 Vgl. etwa Zeppenfeld, Stefan: Ein Nebenschauplatz des »Häuserkampfes«? 2019; Gürsel, Duygu; Schubenz, Marie; Azomox: Kämpfe migrantischer MieterInnen. Rassismus, Migrationskontrolle und die Transformation des urbanen Raums, in: Mattern, Philipp (Hg.): Mieterkämpfe. Vom Kaiserreich bis heute – Das Beispiel Berlin, Berlin 2018, S. 79-94.

108 Vgl. Augustin, Viktor; Berger, Hartwig: Einwanderung und Alltagskultur, 1984; Augustin, Viktor: Selbsthilfe-Projekt Forster Straße 16-18; Augustin, Viktor:

Anfang an bei der Instandbesetzung der Forsterstraße 16 dabei; doch ihre zentrale Rolle bleibt in den Zeitzeugenberichten und der historischen Aufarbeitung¹⁰⁹ unterbeleuchtet. Ihr Name taucht in kaum einer zeitgenössischen Schilderung der »ersten türkischen Instandbesetzung« auf – und insgesamt bleiben die türkeistämmigen Instandbesetzer*innen im Narrativ der Forsterstraße 16/17 blass. Ihre Motive und Ziele bleiben im Dunkeln. In der Erzählung von Viktor Augustin besetzte die Mietergruppe »stellvertretend handelnd für die fast 100prozentig türkisch-kurdische Population des Hauses Forsterstraße 18« das Vorderhaus.¹¹⁰ So dominiert in der Überlieferung die Ansicht, die türkischen und kurdischen Bewohner*innen der Forsterstraße 18 hätten zwar an der Besetzung nicht teilgenommen, dafür aber bei der Instandsetzung der Häuser umso aktiver mitgearbeitet.

Gewiss sprechen für diese Einschätzung belastbare Argumente – etwa, dass Migrant*innen aufgrund ihres prekären Aufenthaltsstatus bei einer Anzeige wegen Hausfriedensbruchs eine Ausweisung riskierten.¹¹¹ Doch die Perspektive von Fatma Kaya stellt das Narrativ einer »stellvertretenden« Besetzung deutscher Aktivist*innen für migrantische Betroffene in Frage. Interviewt im April 1982, schilderte Kaya die Vorgänge in der *Kreuzberg Postası* so: »Eigentlich hatten alle Angst, aber die Wohnungen waren auch sehr eng und schlecht. Deshalb haben sie sich uns angeschlossen. Eine Familie zum Beispiel, die Demirs, haben mit acht Kindern, also insgesamt zu zehnt in einer Wohnung von etwa 20 Quadratmetern gewohnt. Ich habe sie besucht und gesehen, dass ihre Lebensbedingungen sehr schwer sind. Sie versuchten, sich mit ihrem Schicksal abzufinden und dort zu leben. Ich habe sie ermutigt, in die leeren Häuser zu gehen, solange sie leerstehen.«¹¹² Dieses Narrativ weicht von der Erzählung in

Selbsthilfe Forsterstraße 16/17, Kreuzberg-Berlin, in: Arın, Cihan u.a. (Hg.): Auf der Schattenseite des Wohnungsmarkts: Kinderreiche Immigrantenfamilien. Analyse mit Verbesserungsvorschlägen in Wohnungsbelegung, Erneuerung, Selbsthilfe und Eigentum, Basel, Boston, Stuttgart 1985, S. 143–156; Viktor Augustin; Ulrike Harnisch: Situationsbericht über die Forsterstr., FHXB, Konvolut Verein SO 36 lfd. Nr. 272, Oktober 1982.

109 Eine Ausnahme stellt folgender Beitrag dar, in dem Kaya als Initiatorin der Besetzung zitiert wird; Grundlage ist ein Interview mit der Zeitzeugin: Azozomox; Gürsel, Duygu: The Untold Struggles of Migrant Women Squatters and the Occupations of Kottbusser Straße 8 and Forster Straße 16/17, in: Mudu, Pierpaolo, Chattopadhyay, Sutapa (Hg.): Migration, Squatting and Radical Autonomy, Abingdon, Oxon 2017, S. 104–117.

110 Augustin, Viktor: Selbsthilfe Forsterstraße 16/17, Kreuzberg-Berlin, 1985, S. 145.

111 Vgl. hierzu auch Zeppenfeld, Stefan: Ein Nebenschauplatz des »Häuserkampfes«, 2019, S. 255.

112 Canımıza tak demişti. Forster Str. nin Türkiyeli İşgalcileri, in: Kreuzberg Postası 4/1982.

deutschsprachigen Quellen über die Hausbesetzung in der Forsterstraße 16 ab, in denen die Migrant*innen aus der Türkei tendenziell eher als hilfsbedürftige Betroffene denn als handelnde Akteur*innen dargestellt wurden, die ihre Rechte einforderten. Die Geschichte, die Fatma Kaya im Interview erzählte, widersprach diesem Bild: »Wenn man vor allem Angst hat, wird sich nichts ändern. Ich arbeite hier, also sollte ich auch gewisse Rechte haben«, ¹¹³ sagte sie dort.

41 Jahre später erzählt Kaya in ihrer Küche im Zeitzeuginnengespräch erneut von der Besetzung. »In der Nacht sind wir mit Studenten rein, das war zum Schauen. Die Tür war verschlossen, also sind wir über den Zaun und übers Fenster rein. Jemand hat angerufen, dann kam die Polizei zwei Stunden später. Wir saßen mit den Kerzen, dann kamen sie rein und haben uns rausgeschmissen. Als sie weg waren, waren wir ganz still, es war zwei Uhr, dann sind wir wieder reingegangen, und haben mit Kerzen und Handlampen geschaut, wie die Wohnungen aussehen.« ¹¹⁴ In Kayas Erinnerung waren neben den deutschen Mitgliedern der Mietergruppe mehrere türkeistämmige Bewohner*innen aus der Forsterstraße 18 in der Nacht der Besetzung dabei. Die Idee zur Hausbesetzung stammte von Ulrike Harnisch und Viktor Augustin; Kaya erfuhr durch die beiden Aktivist*innen von der Instandbesetzung als Protesttechnik. ¹¹⁵

Doch Kaya übernahm eine aktive Rolle bei der Besetzung, indem sie zögerliche türkeistämmige Familien mit den Worten ermutigte: »Wir haben ein Haus besetzt, und was ist passiert? Nichts.« ¹¹⁶ Politisiert wurde Fatma Kaya nicht erst durch ihre Kontakte zur Instandbesetzungsszene; die alevitische Arbeitsmigrantin war im Türkischen Frauenverein organisiert und besuchte regelmäßig das Türkenzentrum. Beide Organisationen protestierten gegen die Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und setzten sich für die Abschaffung der Zuzugssperre ein. Zugleich hielt es Kaya für sinnvoll, Kontakte zur Mietergruppe aufzubauen und von der Allianz mit deutschen Aktivist*innen zu profitieren. Mit Unterstützung von Harnisch und Augustin handelten die Bewohner*innen einen Nut-

¹¹³ Ebd.

¹¹⁴ Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.

¹¹⁵ Auch in der Türkei waren verbreitete Protesttechnik linker Bewegungen in den 1960er und 1970er Jahren. Allerdings besetzten linke Organisationen keine Häuser, sondern Fabriken, Land, Universitätsfakultäten und Schulen. Zugleich gibt es mit dem *gecekondu* (wörtlich: über Nacht gebaut) in türkischen Metropolen die Praxis, urbanen Raum zu besetzen und die dadurch entstehende informelle Siedlung später zu legalisieren. Dies ging aber nicht mit einer dezidiert politischen Haltung einher. Hausbesetzungen wurden in der Türkei erst im Kontext der Gezi-Proteste 2013 politisiert.

¹¹⁶ Canımıza tak demişti.

zungsvertrag mit dem Bezirksamt aus, in dem das Land Berlin dem Verein SO36 die Häuser 16 und 17 unentgeltlich zur Verfügung stellte und die Mieten ausschließlich für die nötige Instandsetzung der Häuser genutzt wurden.¹¹⁷ Dafür, so Kaya, hätten sie »alle Familien und Verwandten zusammengetrommelt« und den erstaunten Beamten im Bezirksamt verkündet: »Wir werden in dieses Haus Nummer 16 einziehen und dort leben, gebt uns einen Vertrag. Wenn ihr uns keinen Vertrag gebt, werden wir trotzdem einziehen, denn uns reicht es.«¹¹⁸ Mit dem ausgehandelten Nutzungsvertrag war die Instandbesetzung der Forsterstraße 16 innerhalb eines Monats legalisiert, und die Besetzer*innen erhielten Mietverträge – zunächst für zwei Jahre, die dann durch einen Pachtvertrag über 66 Jahre ersetzt wurden.¹¹⁹

Anschließend begannen die neuen Bewohner*innen der Forsterstraße 16 und 17, die auffälligen Wohnungen in Selbsthilfe zu sanieren. Dafür erhielten sie vom Bezirksamt einen Zuschuss von 10.000 DM.¹²⁰ Der Zustand der Wohnungen beim Einzug war desolat. Inzwischen jedoch seien »Innent Toiletten eingebaut, wurde das Dach renoviert, tote Tauben entfernt, der Keller aufgeräumt, entrümpelt, renoviert, gebaut und gepflegt«,¹²¹ bilanzierte die Kreuzberger Stadtteilzeitung *Südostexpress* im November 1982. In den Ladenräumen der Forsterstraße 16 und 17 entstanden unter der Trägerschaft des neugegründeten Nachbarschaftsvereins Forster Straße eine Kita und ein Schülerladen. Damit reagierte der Verein auf die mangelnde Betreuung von Grundschulkindern, deren Eltern beide arbeiteten. Fatma Kaya und ihr Mann arbeiteten in ihrer Erinnerung bis nachts auf der Baustelle. »Da bin ich zur Arbeit gegangen, nach Hause gekommen, nachts haben wir im Schülerladen gearbeitet, mussten wir selbst alles renovieren, Möbel im Trödelhaus kaufen, wir konnten keine neuen Möbel kaufen.«¹²² Unterstützt wurden sie dabei von den Familien, dem Nachbarschaftsverein und Studierenden.

Als der Schülerladen eröffnet war, kündigte Kaya in der Metallfabrik, um den Schülerladen mit aufzubauen. »Das war viel Arbeit, aber ich habe es gerne gemacht. In der Fabrik habe ich 1.600 verdient, hier habe ich anfangs 1.200 verdient. Aber ich hab' gesagt: Nee, das wolltest du

117 Vgl. Besetzer erkämpfen Benutzungsvertrag. Türkische Familien beziehen instandbesetzte Häuser, in: taz, 14.11.1980.

118 Canımıza tak demişti.

119 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.

120 Vgl. Brocke, Augustin, Harnisch: Vorläufiges Konzept für einen türk./dt. Schülerladen in der Forster Strasse, FHXB, Konvolut SO 36, lfd. Nr. 275, o. D.

121 »Die jungen Leute da mit ihren Ausländern«. Selbsthilfe und Nachbarschaft in der Forster Straße, in: Südostexpress 11/82, S. 9-14, S. 11.

122 Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.

so haben, das mache ich gerne«, sagt sie. »Es gab keine Heizung, nichts. Ich musste morgens früh runtergehen oder abends, den Allesbrenner, im Keller Kohlen holen, heizen, Frühstück vorbereiten.«¹²³ Kaya nahm also einen geringeren Lohn und mehr Arbeit in Kauf, um einer Arbeit nachzugehen, die sie politisch als sinnvoll erachtete. In diesem Narrativ spiegelt sich ein idealistischer Selbstentwurf wider. Mit der Instandbesetzung der Forsterstraße 16/17 schufen und gestalteten die Besetzer*innen einen Freiraum, in dem sie alternative Formen des Wohnens und der Kinderbetreuung erprobten.

Mit dieser Aneignung leerstehender Räume transformierten die türkeistämmigen Besetzer*innen zugleich den öffentlichen Raum in der Forsterstraße. Die Instandbesetzung stieß in der Presse überwiegend auf wohlwollendes Interesse¹²⁴ – doch in der Forsterstraße selbst teils auf Abwehr und rassistische Reaktionen. Waren die beiden Seiten der Forsterstraße Alteingesessenen zufolge bereits in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts scharf getrennt gewesen, so verlief nach der Instandbesetzung eine »unsichtbare Grenze« zwischen den beiden Seiten: »Daß heute mehr als die Hälfte aller Ausländer in der Unterforster in den drei Häusern Nr. 16, 17 und 18 wohnen, veranlaßt manch einen der ansässigen Deutschen, die Straßenmitte als eine Art Landesgrenze wahrzunehmen«, schrieb Viktor Augustin in seiner Chronik der Forsterstraße und deren Alltagsleben. »Die Westseite der Straße ist scheinbar der türkische, die Ostseite der deutsche Landesteil.«¹²⁵ Diese mentale Landkarte äußerte sich darin, dass alles, was sich auf ›der türkischen Seite‹ abspielte, mit türkeistämmigen Bewohner*innen in Verbindung gebracht wurde, selbst wenn diese nicht beteiligt waren.

Als etwa einige junge Deutsche zur Verkehrsberuhigung Pflanzkästen vor der Forsterstraße 16-18 aufstellten und bunte Wimpel dazwischenhängten, um zu verhindern, dass Autos dort parken, beschwerte sich ein deutscher Bewohner über den vermeintlichen »Raumgewinn« der Gegenseite. Empört darüber, »daß die sich in der Straße immer breiter machen«, rief er: »Jetzt hängen die K* schon ihre Wäsche mitten auf die Straße.«¹²⁶ Auch Fatma Kaya erinnert sich an Zeiten, in denen es eine ›deutsche‹ und eine ›türkische‹ Seite der Forsterstraße gab. Dass sich das

123 Ebd.

124 Vgl. Besetzer erkämpfen Benutzungsvertrag; Viktor Augustin, Ulrike Harnisch: Situationsbericht über die Forsterstr., FHXB, Konvolut Verein SO 36 lfd. Nr. 272, Oktober 1982.

125 Augustin, Viktor; Berger, Hartwig: Einwanderung und Alltagskultur, 1984, S. 64.

126 Ebd. Schimpfwort im Original ausgeschrieben, hier gekürzt, um keine rassistischen Äußerungen zu reproduzieren [Anm. E. K.].

über die Jahre änderte, lag in ihren Augen an Aktionen wie Straßenfesten, die die Nachbarschaft der Forsterstraße zusammenbrachten.¹²⁷ In den Anfangsjahren veranstaltete der Schülerladen ein Straßenfrühstück, bei dem Kaya als integrative Kraft wirkte. »Die ganze Nacht habe ich gebacken, habe Tee und Kaffee vorbereitet, morgens Tische aufgestellt, ein oder zwei Tage vorher haben wir die Nachbarn schriftlich informiert: Am Wochenende machen wir Frühstück, jeder kann kommen und etwas mitbringen. Das waren schöne Zeiten damals. Die Nachbarn sind zu-



Protest gegen die schlechten Wohnbedingungen von Migrantinnen vor dem Rathaus Schöneberg

sammengekommen damals, das war schön.«¹²⁸ Aus Kayas Schilderungen wird deutlich, wie sehr sie sich mit der Forsterstraße identifizierte. Indem sie wiederholt betont, wie viel Arbeit sie in das Projekt Forsterstraße 16 gesteckt hat, stellt sie dessen Relevanz für ihre Biografie und zugleich ihre eigene Bedeutung für das Projekt heraus. Die Instandsetzung der Forsterstraße 16/17 produzierte einen öffentlichen Freiraum, der zwar

127 Vgl. Komşu e. V. – Interkulturelle Kindertagesstätte: Unsere Kita stellt sich vor, online abrufbar unter: www.komsu-kinder.de/vorstellung.htm#3 (20.2.2025).

128 Zeiteuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.

anfangs teils Abwehr hervorrief, letztendlich aber die Nachbarschaft der Straße vereinte.

Auf mehr Widerstand stieß die zweite Besetzung türkeistämmiger Migrantinnen in West-Berlin. Am 18. Februar 1981 besetzte eine Gruppe von sieben türkischen und kurdischen Frauen, einer deutschen Frau sowie fünf Kindern ein leerstehendes Gebäude in der Kottbusser Straße 8 in Kreuzberg.¹²⁹ Die überwiegend alleinstehenden Frauen hatten sich im TIO vernetzt.¹³⁰ Dort war das Wohnproblem, ausgelöst durch die Diskriminierung von Migrant*innen auf dem Wohnungsmarkt und die renovierungsbedürftigen Wohnungen in Kreuzberg, eines der dringendsten Probleme der Frauen, die die Beratungsstelle aufsuchten.¹³¹ Um auf die Missstände aufmerksam zu machen, hatten die betroffenen Frauen bereits vor dem Rathaus Schöneberg protestiert und eine Petition im Petitionsausschuss eingereicht.¹³²

Nachdem diese Aktionen erfolglos geblieben waren, forderten die Frauen am 13. Februar 1981 vom West-Berliner Senat die Schlüssel für das Haus in der Kottbusser Straße 8, das der senatseigenen Gemeinnützigen Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft (GSW) gehörte und seit einem Jahr leerstand. Zugleich kündigten sie an, das Haus notfalls zu besetzen. Da die Frauen aufgrund der rechtlichen Bestimmungen im Ausländergesetz mit einer Hausbesetzung eine Ausweisung riskierten, stellte dieser Schritt die Ultima Ratio dar.¹³³ Nachdem der Senat den Frauen zunächst vier von insgesamt acht Wohnungen zugesichert hatte, die Schlüsselübergabe aber hinauszögerte, kam es zur ersten Besetzung der Kottbusser Straße 8, die jedoch durch einen Polizeieinsatz verhindert wurde. Daraufhin besetzte zwei Tage später eine Gruppe von türkeistämmigen Frauen aus dem Umfeld des TIO das Haus ein zweites Mal und hisste zwei Transparente auf dem Balkon – eines trug die Aufschrift »Nur Mut«, eines auf Türkisch »Hakkımızı aldık« (dt.: wir haben uns

129 Vgl. Türkisch-deutsche Hausgemeinschaft, Kottbusser Str. 8: Presseerklärung, Papiertiger Archiv, Konvolut Presse- und Dokumentensammlung Häuserkampf, Ordner »1980/1981«, 23.2.1981.

130 Detaillierter zur Geschichte des TIO s. Kapitel 5.2.3.

131 Vgl. Türkisch-deutsche Hausgemeinschaft, Kottbusser Str. 8: Presseerklärung.

132 Vgl. ebd. Die Idee, über eine öffentliche Aktion auf ihre Situation aufmerksam zu machen, kam von einer der betroffenen Frauen, vgl. Camlikbeli, Deniz: Die bestehenden Wohnverhältnisse stabilisieren die Unterdrückung der Frau und Arbeitsemigrantinnen, 1982, S. 97.

133 Vgl. Eine angemeldete Besetzung, FHXB, Lfd. Nr. 57, 1981.



*Besetzerinnen der Kottbusser Straße 8 hissen ein Transparent mit der Aufschrift
»Nur Mut«*

unser Recht geholt). Dieses Mal war die Besetzung erfolgreich: Noch am gleichen Tag übergab die GSW den Besetzerinnen die Hausschlüssel.¹³⁴

Doch die Besetzung verlief alles andere als reibungslos. Zwar sammelten sich vor dem Haus schnell Unterstützer*innen, die Schnuller für die Kinder nach oben warfen.¹³⁵ Doch im Haus wurden die Besetzerinnen von Bauarbeitern rassistisch beschimpft und körperlich angegriffen. Sevim Çelebi-Gottschlich, die 1970 mit einem Arbeitsvertrag bei Siemens nach West-Berlin gekommen war, später Politologie und Soziale Arbeit studiert hatte, in migrantischen Fraueninitiativen sowie im Ausländerkomitee politisch aktiv war und 1987 als erste migrantische Abgeordnete für die AL in den West-Berliner Senat einzog, war eine der Besetzerinnen. In einem Zeitzeuginneninterview mit der Stiftung Berliner Mauer erzählt sie, die Bauarbeiter hätten sie die Treppe hinuntergestoßen und den

¹³⁴ Vgl. Nach Polizei und Bauarbeiterprügel: Wohnungsschlüssel für alleinstehende Mütter, in: Südostexpress, 3/1981, S. 14; Bornhorst, Sarah: Zeitzeuginnen-Interview mit Sevim Çelebi-Gottschlich: Grenzerfahrung, Berlin, 17.12.2021.

¹³⁵ Vgl. Goddar, Jeannette: »Wir sind nicht mehr stumm!«, Von der Arbeiterin zur Abgeordneten: Sevim Çelebi-Gottschlich, in: Goddar, Jeannette, Huneke, Dorte (Hg.): Auf Zeit. Für immer. Zuwanderer aus der Türkei erinnern sich, Bonn 2011, S. 79-89, S. 84.

Frauen gesagt, sie sollten »vergast werden«.¹³⁶ Diese Erzählung deckt sich mit zeitgenössischen Schilderungen,¹³⁷ denen zufolge ein Bauarbeiter außerdem eine Frau würgte und ein anderer sie mit dem Spatel angriff, eine weitere Frau sei an den Haaren gezogen worden.¹³⁸

Hatten bereits westdeutsche Frauen in der Hausbesetzungsszene mit Sexismus zu kämpfen,¹³⁹ so zeigt sich an der Besetzung der Kottbusser Straße 8, wie sexistische und rassistische Handlungen zusammenwirkten und sich potenzierten. »Faschistisch, rassistisch, sexistisch, da kam alles zusammen. Das waren Frauen und dann noch Türkinnen, das hat die unheimlich provoziert«, erklärte sich die feministische Zeitschrift *Courage* die Aggressivität der Bauarbeiter.¹⁴⁰ Eine Besetzerin zitierte der *Emma* gegenüber die Pöbeleien der Bauarbeiter so: »Ihr wollt nicht arbeiten, keine Miete zahlen, aber deutsche Häuser besetzen«.¹⁴¹ Diese aggressiven Reaktionen verdeutlichen, welch eine Provokation es in den Augen der Bauarbeiter dargestellt haben muss, dass türkeistämmige, alleinstehende Frauen sich den leerstehenden Raum in der Kottbusser Straße 8 aneigneten, ohne auf Erlaubnis zu warten.

In der alternativen Szene Kreuzbergs erfuhren die Besetzerinnen überwiegend Solidarität und Unterstützung, wie Stefan Zeppenfeld herausgearbeitet hat.¹⁴² Auch zwischen den Hausgemeinschaften der Forsterstraße 16/17 und der Kottbusser Straße 8 entstanden Kontakte: Fatma Kaya erinnert sich an gegenseitige Besuche.¹⁴³ Nachdem die Besetzung legalisiert worden war, startete ein Unterstützer*innenkreis aus dem Umkreis von TIO eine Spendenaktion, um Geld für die Renovierung der

136 Vgl. Bornhorst, Sarah: Zeitzeuginnen-Interview mit Sevim Çelebi-Gottschlich: Grenzerfahrung, Berlin, 17.12.2021. Vgl. auch das Zeitzeuginneninterview in Goddar, Jeannette: »Wir sind nicht mehr stumm!«, 2011, S. 84.

137 Vgl. etwa Halter, Hans: »Mut zum Träumen, Kraft zum Kämpfen«. Spiegel-Reporter Hans Halter bei einer Hausbesetzung in Berlin-Kreuzberg, in: Der Spiegel 10/1981, S. 53–56, S. 53; Türkisch-deutsche Hausgemeinschaft, Kottbusser Str. 8: Presseerklärung, Papiertiger Archiv, Konvolut Presse- und Dokumentensammlung Häuserkampf, Ordner »1980/1981«, 23.2.1981; Windloff, Angelika: Instandbehext, in: Emma, 5/1981, S. 54–58, S. 54.

138 Vgl. Schemme, Doro; Rosenberg, Barbara: Instandgehext. Frauen besetzen Häuser, in: Courage, 4/1981, S. 4–9, S. 9.

139 Vgl. etwa Windloff, Angelika: Instandbehext; grundlegend zu Geschlecht und Häuserkampf s. amantini: Gender und Häuserkampf, Münster 2011.

140 Schemme, Doro; Rosenberg, Barbara: Instandgehext, S. 9.

141 Windloff, Angelika: Instandbehext, S. 54.

142 Vgl. Zeppenfeld, Stefan: Ein Nebenschauplatz des »Häuserkampfes«, 2019, S. 245.

143 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.

Kottbusser Straße 8 zu sammeln.¹⁴⁴ Der Spendenaufruf, der im *Südostexpress* und der *iza* zirkulierte,¹⁴⁵ brachte Sevim Çelebi-Gottschlich zufolge mehr als 10.000 Mark ein.¹⁴⁶ Doch auch intern kam es zu Konflikten um Hierarchien, Deutungshoheiten und Fremdzuschreibungen, wie sich aus den Narrativen der Zeitzeuginnen herauslesen lässt. So sagte Çelebi-Gottschlich, die deutsche Frau habe sich bei der Besetzung ein Kopftuch aufgesetzt und sei danach schnell wieder gegangen. »Bis ein Redakteur vom Spiegel bei uns einzog. Da war sie plötzlich wieder da und gab Interviews. Der Spiegel-Typ war übrigens genau wie sie: Als er uns fotografiert hat, wollte er unbedingt, dass ich ein Kopftuch aufsetze!«¹⁴⁷ Çelebi-Gottschlich zog sich aus dem Hausprojekt zurück, auch, weil sie sich instrumentalisiert fühlte.

Die Hausbesetzung in der Kottbusser Straße 8 veranschaulicht in verdichteter Form, wie Raum, Geschlecht und *race* im Kreuzberg der 1980er Jahre miteinander verwoben waren. Die Aneignung von Raum kann als ein Akt der Politisierung des scheinbar Privaten verstanden werden, insofern die Besetzerinnen ihre Wohnsituation, die als unpolitisches, soziales Problem galt, an die Öffentlichkeit trugen und skandalisierten. In einem Flugblatt mit dem Titel »Eine angemeldete Hausbesetzung« erklärten sie: »Wir machen die Besetzung zu einer öffentlichen Aktion um zu zeigen, das [sic] noch viele eine Wohnung brauchen, auch wenn sie eine ›normale‹ Besetzung nicht durchführen können.«¹⁴⁸ Wie die Frauen betonten, besetzten sie das Haus in einem öffentlichen Akt, um auf das strukturelle Wohnungsproblem aufmerksam zu machen, das für Migranten und insbesondere Migrantinnen zutiefst politische Auswirkungen hatte.

Durch die Wohnsituation und das restriktive Ausländergesetz wurde ein weiteres Problem bedingt und verstärkt, mit dem die Hausbesetzerinnen an die Öffentlichkeit gingen: Gewalt gegen Frauen. Die Soziologin Deniz Çamlıbeli, die bei TIO arbeitete und unter den Besetzerinnen der Kottbusser Straße 8 war, wies darauf hin, dass die beengten Wohnverhältnisse Abhängigkeiten und Spannungen in den Geschlechterver-

144 Bagana, Elisabeth; Çamlıbeli, Deniz; Mansfeld, Cornelia, et al.: Spendenaufruf: Wohnungen für türkische Frauen und ihre Familien, Berlin, TIO-Archiv, o. D.

145 Spendenaufruf für türkische Frauen und ihre Familien, in: *Südostexpress*, 4/1981, S. 18; Spendenaufruf. Wohnungen für türkische Frauen und ihre Familien, in: *iza* 1/81, S. 112.

146 Vgl. Bornhorst, Sarah: Zeitzeuginnen-Interview mit Sevim Çelebi-Gottschlich: Grenzerfahrung, Berlin, 17.12.2021.

147 Goddar, Jeannette: »Wir sind nicht mehr stumm!«, 2011, S. 84.

148 Eine angemeldete Besetzung, FHXB, Lfd. Nr. 57, 1981.

hältnissen produzierten, da jeglicher Rückzugsort fehlte.¹⁴⁹ Ähnlich beschrieb ein Arbeitsmigrant, wie negativ die Enge der Wohnung sich auf das Familienleben auswirkte: »Ich mache Schichtarbeit. Ich arbeite öfter nachts, aber tagsüber, wenn die Kinder aus der Schule kommen, kann ich nicht mehr schlafen. [...] [D]as verursacht Spannungen in der Familie. So kommt es öfter vor, daß ich meine Frau oder die Kinder anschreie, obwohl sie auch nichts dafür können.«¹⁵⁰ Der Rechtfertigungsgestus, mit dem der Mann die Wohnverhältnisse für sein Verhalten verantwortlich machte, diminuiert nicht die strukturelle Problemlage. »Wir sind öfters gereizt und dieses Wohnungsproblem macht auch mein Familienleben kaputt. Ich komme mir ganz klein vor in den Augen meiner Frau und Kinder, weil ich unfähig bin, ihnen bessere Wohnmöglichkeiten zu schaffen.«¹⁵¹ Erschwerend kam hinzu, dass das Ausländergesetz Frauen, die im Rahmen der Familienzusammenführung nach Westdeutschland kamen, keine eigenständige Aufenthaltserlaubnis und je nach Bundesland erst nach drei bis fünf Jahren eine Arbeitserlaubnis gewährte. Dies hatte zur Folge, dass Migrantinnen von ihren Ehemännern abhängig waren und ihr Alltag räumlich begrenzt war, da sie nicht arbeiten durften. Während Männer sich in Cafés und an ihrem Arbeitsplatz aufhielten, ergab sich aus der Lebenssituation der Frauen kein Ort im öffentlichen Raum, an dem sie sich treffen konnten.

Für Frauen mit gewalttätigen Ehemännern bedeutete das Fehlen einer eigenständigen Aufenthaltsgenehmigung, dass sie sich nicht trennen und in ein Frauenhaus gehen konnten, ohne Gefahr zu laufen, abgeschoben zu werden.¹⁵² Dies war ein häufiges Problem, mit dem Frauen aus der Türkei im TIO Beratung suchten. Das ursprüngliche Wohnkonzept der Kottbusser Straße 8 hatte daher zum Ziel, einen Zufluchtsort für Migrantinnen und ihre Kinder vor ihren Partnern zu schaffen.¹⁵³ Dieses Konzept wurde später als nicht realisierbar verworfen. Die Frauen, die sich durch die Besetzung der Kottbusser Straße 8 den Raum aneigneten, politisierten demnach das Private, indem sie die als privat oder tabuisiert geltenden Themen Wohnen und Gewalt gegen Frauen in die Öffentlichkeit trugen und skandalisierten. Die Politisierung von geschlechter-

149 Vgl. Çamlıbeli, Deniz: Die bestehenden Wohnverhältnisse stabilisieren die Unterdrückung der Frau und Arbeitsmigrantin, 1982, S. 91f.

150 Kizgin, Tayyar: Gibt es keinen Menschen, uns zu helfen, 1981, S. 18.

151 Ebd.

152 Vgl. etwa Abschiebung nach Flucht in Frauenhaus?, in: taz, 3.3.1983; Für Ausländerinnen bedeutet Frauenhaus meist Ausweisung, in: Berliner Morgenpost, 24.12.1980.

153 Verein »Autonomes Wohnen«: Hauskonzept für das Haus Kottbusser Str. 8, FHXB, Konvolut Verein SO 36 lfd. Nr. 356/72, o. D.

basierter Gewalt im TIO nahmen rechtsextreme türkische Männer als Provokation wahr, auf die sie mit gewaltvollen Übergriffen reagierten, wie das nächste Kapitel zeigt.

2.3 Politische Gewalt gegen Frauen. Der Anschlag auf den Frauenladen TIO

Im TIO wurde Gewalt gegen Frauen zum neuralgischen Punkt, an dem sich Geschlecht, Raum und *race* mit der Frage durchkreuzten, was privat und was politisch ist. Als Modellprojekt auf dem Feld Gewalt gegen Frauen und Migration verwischten und verschoben die Sozialarbeiterinnen im TIO die konstruierten Grenzen zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen. Verwurzt in der feministischen Frauenhausbewegung, die sich ab 1974 in Westdeutschland formiert hatte, unterstützten die TIO-Mitarbeiterinnen Frauen, die von ihren Ehemännern geschlagen wurden, und arbeiteten mit den 1976 und 1979 in West-Berlin gegründeten autonomen Frauenhäusern zusammen.¹⁵⁴ Durch die Aneignung des öffentlichen Raums als geschlechtsspezifischen Schutzraum politisierten die Mitarbeiterinnen, was als privat galt. Die Sichtbarkeit von Frauen im öffentlichen Raum und die Politisierung von geschlechterbasierter Gewalt wurde von Männern angefochten, die versuchten, die soziale Kontrolle zurückzugewinnen. Die Soziologin Martina Löw argumentiert, dass Raumkonflikte maßgeblich in Geschlechterverhältnissen ausgetragen werden und sich in den Körpern von Frauen manifestieren.¹⁵⁵ Gegenstand dieses Kapitels ist im Anschluss daran, wie die Konflikte um Geschlechterverhältnisse zugleich auch in den Raumverhältnissen ausgetragen und verkörpert wurden. Besonders verdichtet zeigt sich diese Verschränkung von Raumkonflikten und Geschlechterverhältnissen an dem Anschlag auf den TIO im September 1984 und den dadurch ausgelösten Kontroversen, um die es im Folgenden gehen wird.

Der Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei, mitten in Kreuzberg in der Lausitzer Straße 46 gelegen, wurde 1978 von zwei tür-

¹⁵⁴ Zur Geschichte der Frauenhausbewegung vgl. Freeland, Jane: *Feminist Transformations and Domestic Violence in Divided Berlin 1968-2002*, 2022; Freeland, Jane: *Gendering Value Change: Domestic Violence and Feminism in 1970s West Berlin*, in: *German History* 38/4, 2020, S. 638-655; Benkel, Franziska: 'Wir haben nichts mehr zu verlieren ... nur die Angst!'. Die Geschichte der Frauenhäuser in Deutschland, Berlin 2021; Ferree, Myra Marx: *Varieties of Feminism*, 2012, S. 94-99.

¹⁵⁵ Vgl. Löw, Martina: *Die Konstituierung sozialer Räume im Geschlechterverhältnis*, 1997, S. 452.

keistämmigen und zwei deutschen Frauen gegründet, die bereits zuvor in Stadtteilprojekten mit Migrant*innen aus der Türkei gearbeitet hatten.¹⁵⁶ Die Sozialarbeiterin Elisabeth Bagana war zuvor bei der AWO für nicht-eheliche türkeistämmige Kinder verantwortlich gewesen und hatte im Frauenhaus gearbeitet.¹⁵⁷ Die Soziologin Deniz Çamlıkbeli hatte in der VHS Reutlingen im Programm für Migrant*innen gearbeitet und gab später die *Kreuzberg Postası* mit heraus, Nihal Kaynak war Arbeiterin, bevor sie im TIO als Erzieherin begann und die Soziologin Cornelia Mansfeld veröffentlichte in feministischen Zeitschriften wie der *Courage* zu Migrantinnen aus der Türkei.¹⁵⁸ Entstanden als Idee im Rahmen der »Strategien für Kreuzberg«,¹⁵⁹ sollte der TIO einen Freiraum für Frauen aus der Türkei und eine Anlaufstelle für ihre Probleme schaffen.¹⁶⁰ Im Mittelpunkt des Konzepts stand die Stärkung der Selbstbestimmung von Migrantinnen. Im TIO konnten Frauen Sprach- und Alphabetisierungskurse besuchen, Rechtsberatung erhalten oder sich einfach nur treffen und austauschen. Die Beratung fand in Gruppen statt, um anders als die hierarchisch strukturierten Begegnungen auf Ämtern eine vertrauensvolle und gelockerte Atmosphäre unter den Frauen zu fördern. »In der von einer Frau als problematisch und individuell erlebten Situation erkennen sich die anderen Frauen wieder«, heißt es in einem Zwischenbericht des Projekts. »So wird die eigene Betroffenheit in größeren Zusammenhängen gesehen und verschiedene Lösungsmöglichkeiten gemeinsam mit der Sozialarbeiterin diskutiert. Die Frauen lernen, sich gegenseitig zu unterstützen.«¹⁶¹ Dieser Ansatz folgte dem feministischen Prinzip der Selbsthilfe, das davon ausging, dass jede Frau fähig und verantwortlich dafür ist, sich selbst zu helfen, und sie dabei unterstützte, eigene Lösungen zu entwerfen.

156 Vgl. TIO: Entstehung des TIO, FHXB, Konvolut Verein SO 36 lfd. Nr. 32/72, o. D.

157 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Elisabeth Bagana, Berlin Kreuzberg, 17.7.2023; Bagana, Elisabeth; Burgsmüller, Claudia: Mißhandelte ausländische Frauen – ihre soziale und rechtliche Situation. Erfahrungen von zwei türkischen Frauen aus dem Frauenhaus Berlin, in: iza 3, 1980, S. 83-86.

158 Vgl. Bagana, Elisabeth; Çamlıkbeli, Deniz; Kaynak, Nihal; Mansfeld, Cornelia: »Treff- und Informationsort für türkische Frauen« (Projektantrag), in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 3, 1980, S. 114.

159 Die »Strategien für Kreuzberg« waren ein Ideenwettbewerb, den die Senatsverwaltung für Bau- und Wohnungswesen 1977 ausschrieb.

160 Vgl. TIO: Entstehung des TIO, FHXB, Konvolut Verein SO 36 lfd. Nr. 32/72, o. D.

161 Limbach, Jutta: Projektantrag: »Treff- und Informationsort für türkische Frauen. Lebenssituation türkischer Frauen in Berlin und Möglichkeiten der Sozial- und Gemeinwesenarbeit mit ihnen«, Berlin, TIO-Archiv, 2/1979.

*Der Eingang des Frauenladens
TIO in der Lausitzer Straße 46*



Anders als der Türkische Frauenverein stand der TIO Nähkursen von Anfang an ablehnend gegenüber. »Nähkurse, von Institutionen zur ›Ausländerbetreuung‹ häufig angeboten, ›weil anders Frauen und Mädchen nicht aus dem Haus dürfen‹, wurden abgelehnt. Weder die Ausländerinnen noch engagierte Sozialarbeiterinnen wollen eigentlich Nähkurse machen«, schrieb Cornelia Mansfeld dazu 1979 in der *Courage*. »[W]eshalb also einen Vorwand erfinden, der noch nicht einmal die von den Frauen erhoffte berufliche Qualifikation bringt. Sprachkurse, Gruppen über Schul- und Ausbildungsprobleme sind sinnvoller und von Brüdern, Vätern, Ehemännern akzeptiert, wenn nur Frauen teilnehmen.«¹⁶² Es sei zwar gut, für sich selbst und die Kinder nähen zu können und damit vielleicht sogar Geld zu verdienen, sagt Ayfer Schultz, eine Mitarbeiterin im TIO im Zeitzeuginnengespräch, »aber unsere Aufgabe ist eher, Frauen Alphabetisierung beizubringen und sie über ihre Rechte zu informieren.«¹⁶³ Dies sei eine bewusste politische Entscheidung gewesen,

¹⁶² Mansfeld, Cornelia: Ständiger Geldmangel und kein Personal. Ausländerinnen-Sozialarbeit, in: *Courage* 5, 1979, S. 12 f., S. 13.

¹⁶³ Zeitzeuginnengespräch mit Ayfer Schultz und Sermin Doğanay, Berlin, Neukölln, 19.6.2023.

fügt Sermin Doğanay, ebenfalls eine Mitarbeiterin im TIO, im Gespräch hinzu.¹⁶⁴

Nachdem die Frauen ein Jahr lang ehrenamtlich gearbeitet hatten, förderte die Freie Universität Berlin das Projekt von 1979 bis 1981 im Programm der Berlindienlichen Forschung mit drei Stellen. In der zweijährigen Förderungsphase sollten die im Projekt angestellten Soziologinnen und Sozialarbeiterinnen neben der Beratungstätigkeit die »Lebenssituation türkischer Frauen in Berlin und Möglichkeiten der Sozial- und Gemeinwesenarbeit mit ihnen« erforschen.¹⁶⁵ Ab 1981 übernahm die Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport die Finanzierung des TIO. Damit bewegte sich der Frauenladen ebenso wie der Türkische Frauenverein im Spannungsfeld von Autonomie, finanzieller Unterstützung durch den Senat und dadurch auch staatlicher Einhegung.

Der Fokus auf Gewalt gegen Frauen als Provokation

Gleichzeitig wurde der TIO zu einem Schutzraum für Frauen, die im privaten Raum nicht sicher waren. Geschlechtsspezifische Gewalt war neben Wohnen sowie rechtlichen und bürokratischen Angelegenheiten eines der häufigsten Probleme, mit denen Frauen das Ladenprojekt aufsuchten. Diese trat den Mitarbeiterinnen zufolge in allen Fällen erst nach der Auswanderung nach Westdeutschland auf.¹⁶⁶ In ihrem Projektantrag gingen sie davon aus, dass die Migration und damit einhergehende Ungleichheits- sowie veränderte Geschlechterverhältnisse familiäre psychische Spannungen auslösten.¹⁶⁷ Gewalt gegen Frauen aus der Türkei unterschied sich dabei zweifelsohne nicht von der Gewalt gegen westdeutsche Frauen. Durch ihren prekären Rechtsstatus riskierten viele migrantische Frauen jedoch zusätzlich eine Ausweisung, wenn sie

164 Eine so ironische wie glühende Absage an Nähkurse hat Mira Renka geschrieben, die als Arbeitsmigrantin aus dem ehemaligen Jugoslawien nach Westdeutschland kam und später in migrantischen Frauenprojekten arbeitete. Vgl. Renka, Mira: Die »Singerica« oder: Wie emanzipatorisch ist Nähen?, in: taz, 1.9.1990.

165 Vgl. Treff- und Informationsort für türkische Frauen an FFBIZ: Finanzierung TIO, FFBIZ, A 400 Berlin 20.6c, 3.II.1980.

166 Vgl. Limbach, Jutta: Projektantrag: »Treff- und Informationsort für türkische Frauen. Lebenssituation türkischer Frauen in Berlin und Möglichkeiten der Sozial- und Gemeinwesenarbeit mit ihnen«, TIO-Archiv, 2/1979.

167 Vgl. hierzu Camlikbeli, Deniz: Die bestehenden Wohnverhältnisse stabilisieren die Unterdrückung der Frau und Arbeitsemigrantin, 1982; Mansfeld, Cornelia: Zur Situation mißhandelter Frauen, in: Bagana, Elisabeth u. a. (Hg.): Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei (TIO). Lebenssituation von Frauen aus der Türkei und Möglichkeiten der Sozial- und Gemeinwesenarbeit, Berlin 1982, S. 100-146, S. 100.

sich trennten: Da bei einer Familienzusammenführung der Aufenthaltstitel der Frau abhängig von dem ihres Partners war, entfiel der ›Grund ihres Aufenthalts‹ im Fall einer Trennung. Diese gesetzliche Regelung erschwerte eine Trennung bei geschlechterspezifischer Gewalt und stabilisierte und verstärkte Abhängigkeiten innerhalb der Familie.

Auch nach einer Trennung blieben die Frauen gefährdet. Im Frauenhaus drohte ihnen wegen des Bezugs von Sozialhilfe eine Abschiebung; zusätzlich war das Frauenhaus kein Schutzraum vor Rassismus und Diskriminierung, wie die Erfahrungsberichte migrantischer Bewohnerinnen verdeutlichen.¹⁶⁸ Selbst vor Übergriffen ihrer Partner waren sie im Frauenhaus nicht sicher – obwohl die Adressen der Frauenhäuser geheim waren. Am 7. Mai 1980 wurde Nuriye Bekir vor dem zweiten Frauenhaus vor den Augen ihrer vier Kinder von ihrem Ex-Mann erstochen.¹⁶⁹ Der Mann, der die Tat eine Woche lang geplant hatte, wurde lediglich wegen Totschlags verurteilt; die zwölf Jahre dauernde Missbrauchsgeschichte, die dem Femizid vorausging, wurde in der Anklageschrift nicht erwähnt. Dieses Urteil begriffen die Besucherinnen des TIO »als Aufforderung an die Mißhandler, weiterzumachen«.¹⁷⁰ Die Erfahrung, nicht auf den Schutz der Polizei und Justiz vertrauen zu können, bewegte einige von Gewalt betroffene Frauen dazu, sich nach dem Prozess mit Gaspistolen zu bewaffnen.¹⁷¹

168 Vgl. hierzu Aktaş, Gülşen: »Türkische Frauen sind wie Schatten«. Leben und Arbeiten im Frauenhaus, in: Hügel-Marshall, Ika (Hg.): *Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung*, Berlin 1999, S. 49–60, S. 57, S. 53 f. Türkeistämmige Bewohnerinnen bezeichneten das Frauenhaus vielfach als »Heim«. Diese Bezugnahme auf Frauenwohnheime bringt laut Aktaş zum Ausdruck, »daß das Frauenhaus nicht als ein Ort der Selbstbestimmung und Emanzipation empfunden wird. Die Erfahrung mit deutschen Autoritätsinstanzen wird auch im Frauenhaus bruchlos fortgesetzt.« Ebd., S. 51. Zu »Race, Class and Everyday Life« im Frauenhaus s. Freeland, Jane: *Feminist Transformations and Domestic Violence in Divided Berlin 1968–2002*, 2022, S. 88–109.

169 Vgl. Wir trauern um Nuriye Bekir, in: *Courage*, 6/1980, S. 14. Nur wenige Wochen zuvor war Lieselotte Koss, die immer wieder im ersten Frauenhaus Schutz gesucht hatte, von ihrem Mann erschlagen worden. Nach dem Mord an Nuriye Bekir organisierten Bewohnerinnen und Mitarbeiterinnen der beiden Frauenhäuser ein Go-in beim Polizeipräsidenten. Heute erinnert eine Gedenktafel am zweiten Frauenhaus an Nuriye Bekir. An Lieselotte Koss und andere deutsche Opfer von Femiziden wird nicht erinnert. Auch darin zeigt sich, dass Femizide in Deutschland lange tabuisiert und als »Familiendrama« individualisiert wurden und als »Morde« im Diskurs von »Ehrenmorden« nur sagbar waren, wenn es um Migrantinnen ging. Vgl. hierzu auch Kimmerle, Elisabeth: *Mehr als Beziehungsdrama. Frauenmorde in Deutschland und Türkei*, in: *taz*, 8.3.2018.

170 Mansfeld, Cornelia: *Zur Situation mißhandelter Frauen*, 1982, S. 138.

171 Vgl. ebd., S. 139.

Männer hatten im TIO keinen Zutritt. Einerseits sollten dadurch auch Frauen erreicht werden, deren Partner einen Besuch in der Beratungsstelle andernfalls verhindert hätten.¹⁷² Andererseits wurde der Frauenladen durch den Ausschluss von Männern zu einem Schutzraum, in dem sich Frauen, die sonst keine öffentlichen Räume hatten, ungestört treffen konnten. Dass geschlechtsspezifische Gewalt im TIO zur Sprache kommen konnte, führt die TIO-Mitarbeiterin Ayfer Schultz auf den Ausschluss von Männern zurück. »Es war dann auch zum Teil ihren Männern gegenüber die Argumentation, da kommen ja keine Männer rein, es ist nur für Frauen, und auch dieser Freiraum gab den Frauen die Möglichkeit, über alle Probleme zu reden«,¹⁷³ sagt sie im Zeitzeuginnengespräch. Daraus habe sich entwickelt, dass Frauen über ihre Misshandlungsgeschichten sprachen. »Es gab Frauen schon einen geschützten Raum und das Gefühl, dass wir über alles reden können und dass alles da bleibt und ihnen geholfen wird. Sei es Papierkram erledigen, sei es gemeinsam gucken, gibt es Möglichkeiten oder im Notfall Frauen helfen aus dieser Gewaltsituation rauszukommen. Was ja damals schon schwer genug war.«¹⁷⁴ Nach einer Selbstdarstellung war der TIO zu der Zeit die einzige Beratungsstelle für türkeistämmige Frauen in West-Berlin, die Gewalt gegen Frauen offen problematisierte.

Stadtteilinitiativen, Wohlfahrtsverbände und Krankenhäuser hätten von partnerschaftlicher Gewalt betroffene Migrantinnen oft zu TIO geschickt, so die Mitarbeiterinnen.¹⁷⁵ »Das Motto der Frauenhausbewegung ist ja gewesen, dass Gewalt niemals privat ist, sondern politisch ist. Das mochten aber die anderen Kolleg*innen, auch viele Frauen, nicht hören. Das sollte alles in den Familien bleiben«, sagt Schultz.¹⁷⁶ Aus den Gesprächen mit Zeitzeuginnen, die in anderen Frauenläden gearbeitet haben, geht hervor, dass Gewalt gegen Frauen auch dort zumindest

172 Vgl. Limbach, Jutta: Projektantrag: »Treff- und Informationsort für türkische Frauen. Lebenssituation türkischer Frauen in Berlin und Möglichkeiten der Sozial- und Gemeinwesenarbeit mit ihnen«, TIO-Archiv, 2/1979.

173 Zeitzeuginnengespräch mit Ayfer Schultz und Sermin Doğanay, Berlin, Neukölln, 19.6.2023.

174 Ebd.

175 Vgl. etwa Dürkop, Marlis: Vergleich mit anderen Beratungsstellen und Vermittlungsfunktion, in: Bagana, Elisabeth u. a. (Hg.): Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei (TIO). Lebenssituation von Frauen aus der Türkei und Möglichkeiten der Sozial- und Gemeinwesenarbeit, Berlin 1982, S. 60-68, S. 65.

176 Zeitzeuginnengespräch mit Ayfer Schultz und Sermin Doğanay, Berlin, Neukölln, 19.6.2023.

thematisiert wurde.¹⁷⁷ So erzählt Atiye Altül etwa, dass sie im KIDÖB betroffene Frauen ins Frauenhaus geschickt hätten.¹⁷⁸ Kein anderer Frauenladen ergriff jedoch so dezidiert feministisch Partei für von geschlechterbasierter Gewalt betroffene Frauen wie der TIO. Unsicherheit im Umgang mit Gewalt gegen Frauen war alles andere als spezifisch für migrantische Organisationen: Wie in der westdeutschen Gesellschaft der 1970er Jahre wurde auch in der türkeistämmigen Bevölkerung geschlechterbasierte Gewalt tabuisiert und als Privatsache betrachtet. Bei der Gründung des TIO waren erst vier Jahre vergangen, seit die westdeutsche Frauenbewegung begonnen hatte, Gewalt gegen Frauen sichtbar zu machen und dadurch zu politisieren. Das erste Frauenhaus wurde 1976 in Berlin-Grünwald eröffnet.¹⁷⁹ Bis Vergewaltigung in der Ehe 1997 strafbar wurde, würde es noch fast 20 Jahre dauern.

Die Arbeit des TIO war in ihrem Ansatz, gegen geschlechtsspezifische Gewalt mit feministischen Konzepten zu intervenieren, radikal. Dass die TIO-Mitarbeiterinnen Frauen halfen, sich von ihren gewalttätigen Ehemännern zu trennen – und damit ein Tabuthema öffentlich machten –, stieß auf Widerstände in der türkeistämmigen Gesellschaft. Der Frauenladen wurde beschuldigt, Familien zu spalten. »Es gibt ja andere Möglichkeiten, die Probleme zu lösen, es gibt Familien, also Kernfamilie, Großfamilie, Dorffamilie und Hocas. Und wenn wir uns von außen mit den Ideen des deutschen Feminismus einmischen und die Frauen da rausziehen, dann machen wir alles kaputt«, ¹⁸⁰ fasst Ayfer Schultz die Vorwürfe zusammen, die aus verschiedenen Lagern an den TIO gerichtet wurden.

Ein semi-öffentlicher Raum, den sich Frauen nur für sich selbst aneigneten, war konservativen Männern ein Dorn im Auge. Die Sichtbarkeit dieses Schutzraums, der ausschließlich Frauen vorbehalten war, setzte ihn gleichzeitig Gewalt und Angriffen aus. Das Betreten des öffentlichen Raums bedeutete für türkeistämmige Frauen also nicht nur mehr Freiheit, sondern konnte auch riskant sein und zu verstärkter sozialer Kontrolle führen. Besonders die ›Grauen Wölfe‹ griffen den TIO an. Dies waren keine willkürlichen Übergriffe: Misogynie und patriarchale

177 Vgl. etwa Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021; Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022; Zeitzeuginnengespräch mit Aso Agace, Berlin, Dahlem, 29.6.2023.

178 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.

179 Vgl. Benkel, Franziska: ›Wir haben nichts mehr zu verlieren ... nur die Angst!‹, 2021, S. 205 f.

180 Zeitzeuginnengespräch mit Ayfer Schultz und Sermin Doğanay, Berlin, Neukölln, 19.6.2023.

Männlichkeitsideale waren konstitutiver Bestandteil der Ideologie von ultranationalistischen türkischen Organisationen, wie der Sozialwissenschaftler Emre Arslan argumentiert.¹⁸¹ TIO stand mit seinem feministischen Ansatz für alles, was die ›Grauen Wölfe‹ ideologisch bekämpften. Ein von dem 1978 gegründeten rechtsextremen Frauenverein Türk Kadın Derneği zirkuliertes Flugblatt attackierte konkret den TIO und den Türkischen Frauenverein als autonome Frauenräume:¹⁸² »Die Frauenvereine, die bisher gegründet wurden, die angeblich die Rechte der Frauen verteidigen, und von ›draußen‹ (Kommunisten und Imperialisten) abhängig sind, gründeten sich mit der Behauptung das [sic] Recht und Gleichheit die Rückständigkeit und Unterdrückung unserer Frauen aufheben kann. [...] Sie versuchten unsere Frauen mit materiellen Kräften von außen zu degenerieren.«¹⁸³ Wie aus diesen Zeilen hervorgeht, ging die organisierte türkische Rechte gezielt gegen die Arbeit der beiden Frauenprojekte in West-Berlin vor. Der TIO und der Türkische Frauenverein dienten als Feindbild, in Abgrenzung dessen die ›Grauen Wölfe‹ ihre antikommunistische, antifeministische Ideologie formulierten.

Den verbalen Angriffen folgten bald physische. Bereits 1979, ein Jahr, nachdem die Beratungsstelle ihre Arbeit aufgenommen hatte, dokumentierte ein Zwischenbericht mehrere Vorfälle von »Aktivitäten türkischer Rechtsextremisten«, mit denen der TIO konfrontiert war.¹⁸⁴ »Die Aktivitäten und Anschläge türkischer Faschisten in der BRD nehmen zu und lassen auch Frauen nicht aus. In der Nacht vom 4. zum 5. Juli wurde die Fensterscheibe des Treff- und Informationsortes für türkische Frauen in der Lausitzer Straße in Berlin-Kreuzberg eingeworfen«, schrieb Cornelia Mansfeld in der *Courage* über einen Angriff. »Die Personenbeschreibung von Nachbarn paßt auf Jugendliche, die am nächsten Tag in den Vereinsräumen des ›Türkischen Idealistenverbandes‹ – einer rechtsradikalen Vereinigung –, um die Ecke in der Wienerstraße gesehen wurden.«¹⁸⁵ Während die Polizei die zertrümmerte Fensterfront als Privatdelikt ansah, an dessen Verfolgung kein öffentliches Interesse bestand, beobachteten Jugendgruppen der ›Grauen Wölfe‹ über mehrere Wochen hinweg, wer den TIO betrat, und verfolgten eine Sozialarbeiterin auf dem

181 Vgl. Arslan, Emre: Männlichkeitsvorstellung der ›Grauen Wölfe‹, 2022, S. 147.

182 Vgl. Die Situation türkischer Frauen in Wedding und anderswo. Detaillierter hierzu vgl. Kapitel 4.3.1.

183 Berlin Türk Kadın Derneği: Edle türkische Frauen, FFBIZ, A Rep. 400 Berlin 6c 1976-1986, o. D.

184 Vgl. Limbach, Jutta: Projektantrag: »Treff- und Informationsort für türkische Frauen. Lebenssituation türkischer Frauen in Berlin und Möglichkeiten der Sozial- und Gemeinwesenarbeit mit ihnen«, TIO-Archiv, 2/1979.

185 Mansfeld, Cornelia: Türkische Faschisten, in: *Courage* 9, 1979, S. 49.

Nachhauseweg.¹⁸⁶ In der Nacht zum 31. Juli sprühten sie die Initialen der türkischen rechtsextremen Partei MHP an die Jalousien des Ladenprojekts.¹⁸⁷ 1980 berichtete Mansfeld erneut in der *Courage*, die ›Grauen Wölfe‹ bedrohten gezielt die beiden türkischen Sozialarbeiterinnen im TIO. Einer der beiden Mitarbeiterinnen wurde Mansfeld zufolge am Telefon gedroht, »ihre Hände von der Ehre türkischer Frauen und Mädchen zu lassen, sonst würde man mit ihr verfahren, wie es am Schwarzen Meer üblich sei, sie also umbringen«.¹⁸⁸ Auf die Politisierung des Privaten im TIO reagierten die ›Grauen Wölfe‹ demnach mit verbalem und handgreiflichem Eindringen in die Privatsphäre der Mitarbeiterinnen, in diesem Fall durch einen Drohanruf auf eine private Telefonnummer.

Das Einschlagen des Fensters und das Besprühen der Jalousien des TIO mit den Initialen der rechtsextremen Partei MHP zeigen, wie Mitglieder der ›Grauen Wölfe‹ um die Vorherrschaft im öffentlichen Raum kämpften, indem sie die Grenzen der Beratungsstelle räumlich überschritten. Diese Grenzüberschreitungen, die sich sukzessive steigerten, können als Versuch der extremen Rechten gelesen werden, die soziale Kontrolle zurückzugewinnen und durchlässig gewordene Grenzen zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen zu verfestigen. Die Angriffe eskalierten am 25. September 1984, als ein Mann den TIO betrat und auf die dort anwesenden Frauen schoss. Zwei Frauen verletzte der Angreifer lebensgefährlich. Fatma E., eine regelmäßige Besucherin des TIO, starb zwei Tage später an ihren Verletzungen. Seyran Ateş, die im TIO arbeitete, überlebte schwerverletzt. Mit den Schüssen auf die Körper der Frauen die ultimative Grenze zwischen dem privaten und dem öffentlichen Raum überschreitend, ist der Anschlag auf den TIO als Versuch einer gewaltsamen Grenzziehung zwischen Privatem und Öffentlichem zu begreifen.

*»Diese Schüsse hätten jede Frau treffen können«.
Der Anschlag auf den TIO*

In ihrer Autobiografie erinnert sich Seyran Ateş daran, wie an jenem Dienstagvormittag um kurz nach zehn Uhr ein Mann vor der Tür des TIO stand und versuchte, den kleinen Laden gegen den Widerstand der Mitarbeiterinnen zu betreten, die ihn davon überzeugen wollten,

¹⁸⁶ Vgl. ebd.

¹⁸⁷ Vgl. Limbach, Jutta: Projektantrag: »Treff- und Informationsort für türkische Frauen. Lebenssituation türkischer Frauen in Berlin und Möglichkeiten der Sozial- und Gemeinwesenarbeit mit ihnen«, TIO-Archiv, 2/1979; vgl. auch Aggressionsobjekt »Frau«.

¹⁸⁸ Mansfeld, Cornelia: Islamisierung in Kreuzberg, S. 12.

dass sie ihn als Mann vor der Tür auf dem Gehweg beraten würden. Der Mann drang daraufhin gewaltsam in die Beratungsstelle ein und fragte nach einer Leyla. Als die Mitarbeiterinnen erwiderten, hier arbeite keine Leyla, zog er eine Pistole aus seinem Trenchcoat und feuerte drei Schüsse ab.¹⁸⁹ Die 39-jährige regelmäßige Besucherin Fatma E. traf ein Schuss in den Rücken, an dem sie zwei Tage später starb, die damals 21-jährige Seyran Ateş erlitt einen Halssteckschuss, den sie schwerverletzt überlebte. Dann verließ der Angreifer ruhig den Frauenladen und entkam Richtung Wiener Straße. Nach dem Anschlag riet die Polizei den anderen Frauenprojekten, die Beratungsstellen zu schließen, da sie befürchtete, dass der Täter auch in anderen Frauenläden nach ›Leyla‹ fragen werde. Die Beratungsstellen wurden von Sonderstreifen beobachtet. Türkeistämmige Frauen, die in Frauenhäusern lebten, wurden gewarnt, vorsichtig zu sein.¹⁹⁰

Der Anschlag auf den TIO löste in Kreuzberg einen Schock aus – und eine Diskussion über die Frage, was privat und was politisch ist. Die Polizei ermittelte im privaten Bereich der beiden Opfer, ein politischer Hintergrund wurde nicht untersucht. In Zeitungsberichten wurde gemutmaßt, dass es sich bei dem Angriff um die private Rache eines Mannes handelte, der von seiner Frau verlassen wurde. Die TIO-Mitarbeiterinnen waren jedoch von Anfang an überzeugt, dass dieser Anschlag ein politisches Motiv hatte und sich gegen die Arbeit des TIO richtete. In ihrer Presseerklärung zu dem Attentat erklärten sie: »Dieser brutale und kaltblütige Mord ist für uns ein politischer Anschlag auf den Frauenladen, der das Ausmaß von Männergewalt gegenüber Frauen ausdrückt. Diese Schüsse hätten jede Frau treffen können, die an diesem Tag in den Laden gekommen wäre. Fatma wurde nicht von ihrem Ehemann oder aus angeblich ›privaten Gründen‹ ermordet.«¹⁹¹ In der Presseerklärung

189 Vgl. Ateş, Seyran: *Große Reise ins Feuer. Die Geschichte einer deutschen Türkin*, Berlin 2006, S. 149 f.; vgl. zu den Vorgängen auch die Berichterstattung: Schüsse in Frauenladen. Mann verletzte zwei Türkinnen lebensgefährlich, in: Volksblatt Berlin, 26.9.1984, S. 11; Der Unheimliche sagte »Leila« und zog die Pistole. Berlin: Mann schoß zwei Frauen im Laden nieder – und ging dann ganz ruhig hinaus, in: B. Z., 26.9.1984; Nichtanpassung lebensgefährlich. Schießerei im türkischen Frauenladen, in: taz, 26.9.1984; Amokschütze fragte nach Leila, dann schoß er auf drei Frauen. Drama in Kreuzberger Beratungsstelle für Türkinnen, in: Berliner Morgenpost, 26.9.1984, S. 3; Verlassener Mann? Zwei Türkinnen im Frauenladen niedergeschossen, in: Bild, 26.9.1984, S. 4.

190 Vgl. Nichtanpassung lebensgefährlich; Amokschütze fragte nach Leila, dann schoß er auf drei Frauen.

191 TIO: Presseerklärung anlässlich des Anschlages auf den türkischen Frauenladen TIO in der Lausitzerstraße, FFBIZ, A Rep 400 Berlin 20.6c, 25.9.1984.

betonten sie außerdem, dass es keine Rechtfertigung für Gewalt gegen Frauen gebe, unabhängig davon, ob die Motive privat oder politisch seien. Gewalt gegen Frauen sei zudem kein spezifisch türkisches Problem, wie die zunehmenden Fälle von Misshandlungen und Vergewaltigungen deutscher Frauen zeigten.

Zugleich löste der Anschlag in der Frauenbewegung Kontroversen aus, wie öffentlich darauf zu reagieren sei. Hatten die autonomen Frauen zunächst geschwiegen, so diskutierten sie bei einem Treffen mit Mitarbeiterinnen migrantischer Frauenläden fünf Tage nach dem Anschlag über die angemessene Form einer Demonstration. Dabei verbreiteten sie, war später in der *taz* zu lesen, »eine Art von Teilnahmslosigkeit, die sich in wilder Geschäftigkeit und Diskussionswut äußerte« und gingen über die Diskussionsbeiträge der migrantischen Frauen hinweg.¹⁹² Angesichts eines Klimas des zunehmend offenen Rassismus befürchteten sie, mit der Thematisierung der Gewalttat eines türkischen Mannes weiteren Rassismus zu schüren.¹⁹³ Schließlich einigten sich die Frauen auf einen Trauerzug. Ihren Aufruf zum Schweigemarsch verbanden Mitarbeiterinnen in Frauen- und Mädchenprojekten mit Forderungen nach einem eigenständigen Aufenthaltsrecht für Frauen und mehr Unterstützung aller Frauenprojekte durch den Senat.¹⁹⁴ Die Frauendemonstration – Männer wurden aufgerufen, nicht an der Demonstration teilzunehmen, sondern eine eigene Demo zu organisieren¹⁹⁵ – startete am 5. Oktober um 14 Uhr am Hermannplatz und endete vor dem TIO, wo die Frauen Blumen und Kränze niederlegten.

Anders als der Fall Celalettin Kesim ist der Anschlag auf den TIO nicht in den staatlichen und kommunalen Archiven überliefert. Weder in den Akten der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport noch beim Innensenator finden sich Hinweise auf die Tat. Die Prozessakte ist aufgrund der gerichtlichen Aufbewahrungsfrist von 50 Jahren nicht frei

192 Die Berliner Feministinnen reagieren. Anschlag auf türkischen Frauenladen, in: *taz*, 15.10.1984

193 Vgl. Bendkowski, Halina: »Dieser Mord ist ein politischer Anschlag«, in: Emma, 11/1984. Umstritten war auch die Frage, ob die Demonstrantinnen ein Phantombild des Täters tragen sollten. Dagegen wandten Frauen ein, ein Phantombild verschleierte das strukturelle frauenfeindliche Klima, das Mordanschläge auf Frauen ermögliche, und berge durch die allgemein gehaltene Zeichnung die Gefahr einer Pauschalverurteilung migrantischer Männer in Kreuzberg. Vgl. Es hätte jede treffen können. Anschlag auf türkischen Frauen-Treffpunkt, in: *Südostexpress*, 10/1984, S. 3; Die Berliner Feministinnen reagieren.

194 Vgl. Frauen aus Frauen- und Mädchenberatungsläden: Frauendemo Schweigemarsch, TIO-Archiv, 6.10.1984.

195 Vgl. Politische Gewalttat. Mord im türkischen Beratungsladen, in: *taz*, 5.10.1984.

zugänglich.¹⁹⁶ Auch die Zeitzeuginnen haben kein über die zeitgenössische Berichterstattung hinausgehendes Wissen zu den Hintergründen des Anschlags. Deshalb muss sich die Rekonstruktion der Tat und der Ermittlungen großteils auf die dichte Prozessberichterstattung stützen; die Hintergründe des Anschlags lassen sich aufgrund der Quellenlage jedoch nicht umfassend rekonstruieren. Die Mordkommission ging zunächst von einem Racheakt eines verlassenen Ehemanns aus und ermittelte im privaten Umfeld der Opfer.¹⁹⁷ Auch den Vater von Seyran Ateş verdächtigten die Polizisten zeitweilig, da Ateş einige Jahre zuvor von zu Hause weggelaufen war.¹⁹⁸ Damit bedienten sie sich einer langen Kontinuität von Deutungshorizonten, in denen sich Diskriminierung und Sexismus durchkreuzten: Das private Umfeld von Migrant*innen zu verdächtigen war etwa bei den NSU-Morden Ermittlungspraxis, Femizide als Beziehungstat einzuordnen war ebenfalls lange gängige Praxis.

Ateş schreibt in ihren Memoiren, sie habe die Polizei bereits drei Tage nach der Tat auf die ›Grauen Wölfe‹ aufmerksam gemacht. Die Polizisten konzentrierten sich jedoch auf eine »Bezugstat«, da sie davon ausgingen, es gebe »keinerlei Anhaltspunkte für ein politisches Motiv«.¹⁹⁹ Der Angreifer wurde später als Asef K. identifiziert, ein Maurer mit Verbindungen zu den ›Grauen Wölfen‹, der in der Nachbarschaft des TIO wohnte.²⁰⁰ Seine Kleidung und die Waffe wurden eine Woche nach der Tat unter einem Busch einen Block weiter in der Ohlauer Straße gefunden.²⁰¹ Er hatte keine privaten Beziehungen zu den Frauen, auf die er im TIO geschossen hatte. Eine Mitarbeiterin eines Charlottenburger Frauenprojekts hatte zudem Asef K. auf dem Phantombild als den Mann erkannt, der sich am Tag vor dem Anschlag bei ihr erkundigt hatte, ob Türkinnen in das Projekt kämen.²⁰² Die keine fünf Gehminuten vom TIO entfernte Kneipe Wiener Eck, in der sich ›Graue Wölfe‹ trafen

196 Vgl. Recherche mit einer Archivarin im Landesarchiv Berlin am 30.1.2023 und Telefonate mit der Staatsanwaltschaft Berlin, dem Landgericht Berlin und dem Landesarchiv Berlin, 17.6.2024.

197 Vgl. Verlassener Mann? Zwei Türkinnen im Frauenladen niedergeschossen.

198 Vgl. Ateş, Seyran: Große Reise ins Feuer, 2006, S. 158.

199 Ebd., S. 171 f.

200 Vgl. Polizei ignoriert politischen Hintergrund. TIO-Prozeß, in: taz, 19.4.1985. Bei der Wohnungsdurchsuchung des Angeklagten wurden zwei türkische Flugblätter sichergestellt, in denen auf den Vorsitzenden der rechtsextremen MHP, Alparslan Türkeş, Bezug genommen wurde. Außerdem fanden die Polizisten in der Wohnung einen Wandteppich und eine Statue mit einem grauen Wolf und ein Notizbuch mit Adressen bekannter rechtsradikaler türkeistämmiger Migranten.

201 Vgl. Waffe gefunden. Schüsse im TIO, in: taz 4.10.1984.

202 Vgl. Politische Gewalttat.

und organisierten, bezahlte einen Strafverteidiger für Asef K.²⁰³ Dem Vorwurf, einen möglichen politischen Hintergrund nicht ermittelt zu haben,²⁰⁴ entgegnete der damalige Leiter der Mordkommission, dass es keine Organisation namens ›Graue Wölfe‹ gebe.²⁰⁵ Hier werden Bezüge zum Mord an Celalettin Kesim deutlich, bei dem der Verfassungsschutz in ähnlicher Weise argumentierte und dabei die Rechtfertigungslogik rechtsradikaler Tarnvereine übernahm.²⁰⁶

Im Prozess vor der 27. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin bestritt Asef K. die Tat bis zuletzt. Sein Alibi erwies sich als falsch und vier Augenzeuginnen identifizierten ihn bei einer Gegenüberstellung zweifelsfrei als Täter, widersprachen sich aber geringfügig bei der Beschreibung des Täters. Der Staatsanwalt forderte 14 Jahre Haft wegen Totschlag.²⁰⁷ Nach sieben Verhandlungstagen endete der Prozess am 3. Mai 1985 mit einem Freispruch aus Mangel an Beweisen.²⁰⁸ Auf den Publikumsplätzen wurde die Urteilsbegründung mit Empörung auf der einen und Beifall auf der anderen Seite aufgenommen. Einige Frauen entrollten ein Spruchband mit der Aufschrift »Faschistisches Attentat und Bedrohung von Frauenläden sind kein Thema für die Justiz«.²⁰⁹

Bereits vor dem Urteil hatte die Alternative Liste gewarnt, ein Freispruch könne »als Freibrief für faschistische Kreise wirken, ungestraft Aktionen gegen fortschrittliche Einrichtungen zu planen und durchzuführen. Aber auch wenn er verurteilt wird, bleibt die Bedrohung der Frauenläden, Frauenhäuser und ähnlicher Projekte bestehen.«²¹⁰ Nach dem Anschlag waren tatsächlich vermehrt Drohungen an Frauenpro-

203 Vgl. Ateş, Seyran: Große Reise ins Feuer, 2006, S. 180. Den Schilderungen von Seyran Ateş zufolge versuchten Mitglieder der ›Grauen Wölfe‹ außerdem, sie zu bestechen, ihre Aussage zurückzunehmen; der angebotene Betrag von 40.000 DM soll ebenfalls im Wiener Eck gesammelt worden sein.

204 Vgl. Alternative Liste: Graue Wölfe organisierten Anschlag auf den TIO?!, FFBIZ, A Rep 400 Berlin 6c.22, 1985.

205 Vgl. Ein grauer Wolf auf dem Wandteppich des Angeklagten. Prozeß um Anschlag auf türkischen Frauenladen in Kreuzberg, in: Tagesspiegel, 19.4.1985; vgl. hierzu auch Ateş, Seyran: Große Reise ins Feuer, 2006, S. 183.

206 Vgl. hierzu Kapitel 4.3.

207 Vgl. Frauengruppe der AL Kreuzberg: Freispruch im TIO-Prozeß, in: Kreuzberger Stachel, 6/1985, S. 5.

208 Vgl. »Mörder läuft frei herum«. Urteil im Frauenladenprozeß, in: taz, 4.5.1985; Freispruch im Prozeß um Anschlag auf das türkische Frauenzentrum. Gericht: Irrtum bei Identifizierung des Angeklagten nicht ausgeschlossen, in: Tagesspiegel, 4.5.1985.

209 Vgl. Freispruch im Prozeß um Anschlag auf das türkische Frauenzentrum.

210 Alternative Liste: Graue Wölfe organisierten Anschlag auf den TIO?!, FFBIZ, A Rep 400 Berlin 6c.22, 1985.

jekte gerichtet worden. So drohten türkeistämmige Jugendliche, denen der Eintritt in eine Frauenkneipe verwehrt wurde: »Paßt auf, daß euch nichts ähnliches passiert.«²¹¹ Zwei migrantische Frauenprojekte in Schöneberg erhielten Briefe mit zerschnittenen Bildern von Frauenkörpern, einem Kreuzberger Frauenprojekt wurde am Telefon angedroht, »sie alle umzubringen«.²¹² Nach dem Freispruch mussten die Mitarbeiterinnen und Besucherinnen des TIO befürchten, dem Täter auf der Straße im Kreuzberger Kiez zu begegnen. Seyran Ateş zog nach dem Freispruch von Asef K. aus dem Kiez weg.²¹³ Angesichts dieser räumlichen Nähe und der Befürchtung, dass der Freispruch weitere Anschläge der »Grauen Wölfe« motivieren könnte, wurden Schutzmaßnahmen notwendig.

Räumliche Grenzen verstärken. Die Folgen des Anschlags

Das Attentat auf den TIO und der Freispruch veränderten die Beratungsstelle tiefgreifend. Alle Mitarbeiterinnen kündigten,²¹⁴ und viele Besucherinnen blieben anfangs aus Angst weg. Das neue Team ergriff Schutzmaßnahmen: Die Tür war nun immer verschlossen, und Besucherinnen mussten klingeln, wenn sie die Beratungsstelle betreten wollten. Vor dem TIO stand während der Öffnungszeiten ein Taxi als sichtbare Wache im öffentlichen Raum – eine Maßnahme, die laut einem Bericht des TIO das Sicherheitsgefühl der Frauen, die in die Beratungsstelle kamen, deutlich erhöhte.²¹⁵ Die Taxiwache war eine Solidaritätsaktion eines Kreuzberger Taxikollektivs.²¹⁶ Der Senat lehnte einen Antrag auf die Finanzierung der Taxiwache mit der Begründung ab, für den Schutz gefährdeter Einrichtungen sei die Polizei zuständig. Stattdessen bewilligte er den Einbau von Jalousien, die Installation einer Klingel und eines Schnappschlosses, damit die Tür von außen nicht mehr direkt zu öffnen war.²¹⁷ Bei Einbruch der Dunkelheit schlossen die Frauen die Jalousien, damit niemand von außen sehen konnte, wer sich im TIO aufhielt. All

211 Wird der politische Hintergrund ausgeblendet? Prozeß um Attentat im türkischen Frauenladen TIO, in: taz, 12.4.1985.

212 FFBIZ: Flugblatt »Die verschleierte Gewalt«, FFBIZ, A Rep 400 Berlin 6c, o. D.

213 Vgl. Ateş, Seyran: Große Reise ins Feuer, 2006, S. 185 f.

214 Vgl. Stellenanzeige: Türkisches Frauenprojekt Lausitzer Straße 46 sucht deutsche Mitarbeiterin mit Türkisch-Kenntnissen oder türkische Mitarbeiterin mit Deutsch-Kenntnissen, in: taz, 14.12.1984.

215 Vgl. Heinrich, Karin; Schulz, Ayfer: Der Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei – ein Jahr nach dem Mordanschlag, in: iza 4/1985, S. 14–18, S. 17.

216 Vgl. Taxiwache vor dem TIO, in: Kreuzberger Stachel, 7/1985, S. 2.

217 Vgl. Heinrich, Karin; Schulz, Ayfer: Der Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei – ein Jahr nach dem Mordanschlag, S. 17.

diese Schutzmaßnahmen können als Versuche gelesen werden, die zuvor durchlässigen räumlichen Grenzen zwischen dem öffentlichen Raum und dem mit dem TIO geschaffenen Schutzraum zu verstärken. Der Angriff veränderte auch die Art und Weise, wie die Besucherinnen sich im TIO bewegten und im Raum verorteten: »Bestimmte Gewohnheiten haben sich dann eingespielt. Wir sind immer von hinten reingekommen oder haben den Laden gemeinsam verlassen«, ²¹⁸ sagt Ayfer Schultz, die nach dem Anschlag 1985 anfang, im TIO zu arbeiten. »Es gab so bestimmte Absprachen, bestimmte Regeln, also die Jalousien waren immer unten, die Tür war immer abgeschlossen, das Taxi stand immer vor der Tür, keine von uns saß mit dem Rücken zur Tür.« Viele Frauen, die den TIO besuchen, sitzen bis heute, 40 Jahre später, nur mit dem Rücken zur Wand.

Im April 1986, ein Jahr nach Prozessende, zog der Frauenladen aus der Lausitzer Straße weg. Für Ayfer Schultz und ihre Kolleginnen stand nach dem Prozess fest, dass sie umziehen mussten. »Also Ortswechsel. Grundsätzlich, damit wir woanders unbelastet beginnen können.« ²¹⁹ Auch in anderen migrantischen Frauenprojekten wirkte der Anschlag auf den TIO nach. »Natürlich sind wir alle sensibilisiert gewesen. Wir haben uns eingesetzt, dass wir hier möglichst richtig abschließen können, Jalousien einbauen lassen«, sagt Gülsüm Kaya vom Türkischen Frauenverein. »Auch Jalousien wurden schon mal rausgerissen. Es gibt manchmal anonyme Schreiben mit Zeitungsausschnitten und Collagen, die geschickt werden. Oder Anspielungen.« ²²⁰ Der AWO-Frauenladen im Wedding beschrieb den Anschlag als Zäsur, die bei allen Mitarbeiterinnen migrantischer Frauenprojekte tiefe Ängste auslöste. »Er zeigte, daß es für uns und unsere Besucherinnen lebensgefährlich sein kann, wenn wir Frauen, die in Gewaltbeziehungen leben, darin unterstützen, sich von ihrem Mann zu trennen [...]. Wir entschieden uns dennoch dafür, solche Arbeit auch weiterhin zu machen. Um uns ein wenig besser zu schützen, bauten wir eine Klingelanlage ein und brachten in der Tür einen ›Spion‹ an.« ²²¹

218 Zeitzeuginnengespräch mit Ayfer Schultz und Sermin Doğanay, Berlin, Neukölln, 19.6.2023.

219 Ebd.

220 Zeitzeuginnengespräch mit Gülsüm Kaya, Berlin, Neukölln, 14.6.2022.

221 Moninger, Angelika: Wie alles anfang. Die ersten drei Jahre Frauenladengeschichte, in: AWO-Frauenladen (Hg.): 10 Jahre Frauenladen, Berlin, S. 5-7, S. 5.

Nebenwiderspruch? Zur Feminismus-Debatte in migrantischen Kontexten

Nicht nur im Prozess stellte sich die Frage nach dem Verhältnis von Privatem und Politischem; auch im alternativen und linken migrantischen Milieu löste der Anschlag auf den TIO Kontroversen darüber aus. Diese Auseinandersetzung wurde zum Teil öffentlich in der *taz* ausgetragen, teils in Arbeitsgruppentreffen und Diskussionen auf Veranstaltungen. Die von einem türkischen Mann gegen türkeistämmige Frauen gerichtete Gewalttat wurde zum neuralgischen Punkt intersektionaler Verflechtungen von Geschlecht und *race* – vor dem Hintergrund eines zunehmend rassistischen Klimas in der Bundesrepublik. Nach dem Anschlag beklagten die TIO-Mitarbeiterinnen die mangelnde Solidarität innerhalb linksgerichteter türkischer Organisationen und westdeutscher autonomer feministischer Gruppen. Während westdeutsche Feministinnen paternalistisch über den Kopf der Mitarbeiterinnen hinweg diskutierten und aus Angst, weiteren Rassismus zu schüren, zunächst schwiegen, warfen linke türkische Gruppen den TIO-Mitarbeiterinnen vor, zu radikal zu sein und die türkische Kultur und Mentalität nicht zu respektieren, indem sie geschlechtsspezifische Gewalt politisierten.

In mehr oder weniger impliziten Schuldzuweisungen wurde den Mitarbeiterinnen zu verstehen gegeben, dass der Anschlag nicht geschehen wäre, wenn sie nicht so radikal gewesen wären, dass sie die Tat mithin provoziert hätten.²²² Der Frauenladen sei alleingelassen worden, kritisiert Ayfer Schultz, die nach dem Anschlag anfang, im TIO zu arbeiten. »Die Projekte der Community wollten mit uns eigentlich gar nichts mehr zu tun haben, weil wir Feministinnen und männerfeindlich waren, und Familien auseinanderreißen. Das war eine der wichtigsten Aussagen«, erinnert sich Schultz.²²³ Einige migrantische Frauenläden distanzieren sich mit Äußerungen wie: »Ein solcher Angriff hätte uns nicht passieren können« und gaben damit zu verstehen, dass sie die »Werte der türkischen Kultur« respektierten und geschlechtsspezifische Gewalt nicht öffentlich ansprachen.²²⁴ »Die Sozialarbeit mit Türken und Kurden hatte ›kulturelle Werte‹ zu berücksichtigen, sprich: die Geschlechterrollen in der türkischen Gemeinschaft zu akzeptieren«, schreibt Seyran Ateş in

222 Vgl. Ateş, Seyran: *Große Reise ins Feuer*, 2006, S. 163; Heinrich, Karin; Schulz, Ayfer: *Der Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei – ein Jahr nach dem Mordanschlag*, S. 15; Mitarbeiterinnen des türkischen Frauenladens: *Besorgt über Reaktionen auf Mordanschlag*, in: *Berliner Lehrerzeitung* 1/85.

223 Zeitzeuginnengespräch mit Ayfer Schultz und Sermin Doğanay, Berlin, Neukölln, 19.6.2023.

224 Vgl. FFBIZ: Flugblatt »Die verschleierte Gewalt«, FFBIZ, A Rep 400 Berlin 6c, o. D.

ihrer Autobiografie. »Es hätte doch gereicht, wenn wir den Frauen Näh- und Deutschkurse gegeben hätten. Wieso mussten wir sie ins Frauenhaus bringen und sie über Emanzipation aufklären?«²²⁵ Die Funktion, die Nähkurse für andere Frauenprojekte hatten, lehnten die TIO-Mitarbeiterinnen ab. Sie weigerten sich, die Beratungsstelle in eine Einrichtung zu verwandeln, »der auch der letzte Mann zustimmen könnte, weil dort außer Nähkursen nichts passiert«.²²⁶

Diese klare Parteinahme misshandelter Frauen war Männern in linken migrantischen Organisationen ein Dorn im Auge. So kam es in der AG Ausländer des Vereins SO 36 im November 1984 zu einem Konflikt, als zwei Sozialarbeiter als Reaktion auf die Bitte einer TIO-Mitarbeiterin um Solidarität nach den Arbeitsinhalten des TIO fragten. Um Solidarität üben zu können, brauche man mehr Informationen und »möchte die Frage stellen dürfen, [...] warum es immer noch Leute gibt, die der Meinung sind, der Mörder habe richtig gehandelt.«²²⁷ Diese Frage, die eine Mitverantwortung der TIO-Mitarbeiterinnen an dem Anschlag insinuierte, empfanden die anwesenden TIO-Mitarbeiterinnen, unter ihnen die schwer verletzte Seyran Ateş, weniger als zwei Monate nach dem Anschlag als unverschämt.

In der weiteren Auseinandersetzung, die öffentlich in der *taz* ausgetragen wurde, manifestierte sich die Kluft zwischen linken migrantischen Organisationen und der Frauenbewegung. Dort erhob eine TIO-Mitarbeiterin schwere Vorwürfe gegen linke türkische und kurdische Organisationen.²²⁸ Zwei Mitglieder des linken Vereins Halkevi räumten im Interview zwar ein, dass es ein Fehler gewesen sei, nicht zu reagieren. Zugleich mutmaßten sie, die Tat sei vermutlich »keine politische Aktion« gewesen, »sondern die Tat eines einzelnen Mannes, der noch seine feudale Kultur in seinem Kopf herumträgt, Vorurteile gegenüber Frauen hat und seinen Besitzanspruch geltend machen wollte.«²²⁹ Damit sei der Anschlag zwar »allgemein gesehen [...] ein Politikum«, weil es um einen türkischen Frauenladen ging, aber »nicht politisch« im engeren Sinne. Diese eher sophistische Unterscheidung verortete geschlechtsspezifische Gewalt und die feministischen Kämpfe dagegen im Privaten, Unpoli-

225 Ateş, Seyran: Große Reise ins Feuer, 2006, S. 163.

226 Heinrich, Karin; Schulz, Ayfer: Der Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei – ein Jahr nach dem Mordanschlag, S. 16.

227 AG Ausländer: Protokoll vom 15.11.1984, FHXB, Konvolut Verein SO 36 lfd. Nr. 32/72, 15.11.1984.

228 Linke Solidarität ließ auf sich warten, in: *taz*, 3.1.1985.

229 »Daß wir nicht reagiert haben, ist ein Fehler«. Interview mit zwei Männern aus der Türkei im Berliner Halk Evi, in: *taz*, 3.1.1985.

tischen. Die Frage, warum eine geschlossene Solidaritätsbewegung mit Demonstrationen wie nach dem Mord an Celalettin Kesim für den TIO nicht zustande gekommen sei, erklärten die Halkevi-Mitglieder damit, dass linke Gruppen nach dem Militärputsch in der Türkei 1980 auf dem Rückzug seien. »Der Überfall auf den Frauenladen hat genauso viel Bedeutung wie der Mord an Kesim«, betonten sie jedoch.²³⁰

Der schwelende Konflikt zwischen der migrantischen Linken und TIO-Mitarbeiterinnen entlud sich im Februar 1985 auf einer Diskussionsveranstaltung im Rahmen der Frauen-Aktionswoche am Schlesischen Tor. Unter dem Titel »Die verschleierte Gewalt« hatten die Frauen aus dem TIO-Umfeld andere Frauenläden, internationale Frauengruppen und türkische Organisationen dazu aufgerufen, über »Gewalt von türkischen Männern gegenüber ihren Frauen/Töchtern« zu diskutieren.²³¹ Bereits einen Monat zuvor hatte sich eine deutsche TIO-Mitarbeiterin in der *taz* über die vermeintlich größere Brutalität der Gewalt türkischer Männer gegen Frauen geäußert. Die Wut darüber, so die Mitarbeiterin, verhindere ihre ungebrochene Solidarität bei der Abschiebung migrantischer Männer, da sie nicht sicher sein könne, ob diese Männer Frauen misshandelten.²³² Diese allen Männern einer Nationalität geschlechtsspezifische Gewalt unterstellende und in ihrer Pauschalisierung problematische Äußerung zeigt die Unfähigkeit der Mitarbeiterin, angesichts des Erlebten drei Monate nach dem Anschlag Ungleichheitsverhältnisse intersektional zu denken. Auch die Einladung zur Diskussionsveranstaltung ließ keinen Zweifel an der Wut und Enttäuschung der TIO-Mitarbeiterinnen über die ausgebliebene Solidarität und die Schuldzuweisungen nach dem Anschlag. »Dem TIO wurde viel Kritik, Mißtrauen und Ablehnung entgegengebracht. Die Opfer wurden zu Schuldigen gemacht«, heißt es in dem Aufruf, und weiter: »Für ein breites Spektrum der türkischen Männer sind die Beraterinnen in den Frauenläden die Huren, die ihre Frauen beeinflussen. Für die [sic] viele türkische Linke sind die Mitarbeiterinnen des TIO Lesben – und damit aus ihrer Sicht moralisch und ideologisch angreifbar.«²³³ Viele linke Organisationen schickten – auch in Reaktion auf die Berichterstattung über die ausge-

230 Ebd.

231 FFBIZ: Flugblatt »Die verschleierte Gewalt«, FFBIZ, A Rep 400 Berlin 6c, o. D.

232 Vgl. Linke Solidarität ließ auf sich warten.

233 FFBIZ: Flugblatt »Die verschleierte Gewalt«, FFBIZ, A Rep 400 Berlin 6c, o. D. Interessant ist, wie wirkmächtig und vielschichtig das Narrativ der »Hure« Aushandlungen in den Geschlechterverhältnissen von der Anwerbung bis in die 1980er Jahre durchzieht.

bliebene Solidarität – Vertreter zur Diskussion, um dort die Meinung ihrer Organisation zum Thema Gewalt gegen Frauen darzustellen.

Die Stimmung in dem bis zum letzten Platz vollen Raum war aufgeheizt, einige Männer forderten, auf dem Podium »gleichberechtigt mitzudiskutieren« statt wie »Angeklagte da unten [zu] stehen«.²³⁴ Seyran Ateş, die an dem Abend anwesend war, schreibt in ihrer Autobiografie, einige kurdische und türkische Männer hätten versucht, »die Veranstaltung für sich zu vereinnahmen, um sich als fortschrittlich und offen zu präsentieren.«²³⁵ Die TIO-Mitarbeiterinnen Karin Heinrich und Ayfer Schultz schilderten die Frustration der Frauen so: »Mit ihren üblichen Statements, daß die Gewalt gegen Frauen durch die kapitalistische Gesellschaftsstruktur verursacht sei und sich erst durch die angestrebte sozialistische Revolution beseitigen ließe, sich die Frauen daher in linken Organisationen engagieren sollten statt sich in individuellen Hilfsaktionen für einzelne Betroffene zu verschleißen, stießen sie bei den zahlreichen Frauen der Frauenbewegung auf wenig Gehör. Im Gegenteil gab es reichlich Aggressionen gegen diese seit Jahren wiederholten Plattitüden.«²³⁶

Ihr Fazit nach der Veranstaltung war resigniert: »Deutlich für die Besucherinnen auf dieser Veranstaltung wurde vor allem, wie wenig auch aufgeklärte Männer über das Thema Gewalt gegen Frauen wissen, wie notwendig es ist, daß dieses Thema nicht länger ein Frauenthema bleibt, das in geschlossenen Gruppen diskutiert wird und seine Öffentlichkeit nur auf der Frauenseite der Tageszeitung hat.«²³⁷ Auch in der AG Ausländer fiel die Bilanz der Veranstaltung ernüchtert aus. Es habe sich gezeigt, dass die Frauen von Seiten der Männer »wenig Unterstützung zu erwarten haben, keine Solidarität und keine Bereitschaft zur Selbstkritik«, ²³⁸ berichtete laut Protokoll ein Mann, der bei der Diskussion dabei gewesen war. Einige Mitglieder linker Organisationen, die sich von den TIO-Mitarbeiterinnen der Frauenfeindlichkeit beschuldigt fühlten, hielten dagegen, dass sie selbst teils sehr aktive Frauengruppen hätten und sich auch autonome Frauengruppen nicht gerade als linke Gruppen verstünden. Als »Beispiel politischer Solidarität« führten sie den breiten Protest nach dem Mord an Celalettin Kesim an, der von allen deutschen und türkischen Organisationen unterstützt wurde. »Der Charakter des politi-

234 Vgl. Diskussion: Die verschleierte Gewalt, in: Südostexpress, 3/1985, S. 21.

235 Ateş, Seyran: Große Reise ins Feuer, 2006, S. 173 f.

236 Heinrich, Karin; Schulz, Ayfer: Der Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei – ein Jahr nach dem Mordanschlag, S. 17.

237 Ebd.

238 AG Ausländer: Protokoll vom 21.2.1985, FHXB, Konvolut Verein SO 36 lfd. Nr. 33/72, 21.2.1985.

schen Mordes bei Celalettins Tod war deutlich, Kesim selbst war eine politische Person. Dies trifft für Fatma nicht zu. Das Diskussionsergebnis bleibt offen, zumindest wird deutlich, daß die Problematik nicht allein auf dem [sic] Gegensatz Mann/Frau zurückzuführen ist, daß politische Fragen einbezogen werden müssen.«²³⁹ Dieser Diskussionsbeitrag kann als Versuch gelesen werden, den Anschlag auf den TIO auf zwei Ebenen in den Bereich des Privaten zu verweisen: Zum einen schreibt er Fatma E. zu, unpolitisch gewesen zu sein, zum anderen spricht er Femiziden ab, politisch zu sein. Die Äußerung muss selbstverständlich im Kontext ihrer Zeit betrachtet werden. Darüber, dass Femizide unabhängig von der politischen Einstellung der Gewaltopfer politisch sind, besteht trotz der Politisierung von Frauenmorden durch feministische Aktivistinnen bis heute kein flächendeckender Konsens. Insofern spiegeln sich in der Diskussion der historische Wandel und zugleich historische Kontinuitäten in der Bewertung von Gewaltverbrechen wider.

Interessanter scheint indes die Bedingung für eine solche Äußerung: Die Notwendigkeit, den Anschlag auf den TIO und den Mord an Fatma E. im Privaten verorten, so ließe sich argumentieren, entsprang erst der vorhergehenden Politisierung und Skandalisierung von Gewalt gegen Frauen. Eine solche Zuordnung wurde in diesem Sinne erst dadurch erforderlich, dass häusliche Gewalt als Privatsache ihre Selbstverständlichkeit verloren hatte. Nicht nur der Anschlag selbst, sondern auch die zögerliche Solidarität kann demnach als Gegenreaktion und Versuch verstanden werden, die öffentliche Skandalisierung geschlechtsspezifischer Gewalt durch den TIO ins Private zurückzudrängen.

2.4 Kulturelle Selbstbestimmung im kurdischen Frauenverein Hînbûn

Aso Agace, die Gründerin der Beratungsstelle für kurdische Frauen Hînbûn, erinnert zwei Initialmomente für ihr politisches Handeln. Den einen erlebte die Studentin kurz nach ihrer Ankunft in West-Berlin 1979 an der TU, als ein Professor sie fragte, woher sie komme. »Damals in der Türkei, war Kurdisch sein verboten, die kurdische Sprache sowieso. Also da durftest du nicht sein. Aber da ist natürlich in Deutschland diese Demokratie. Da habe ich gesagt, ›ich komme aus Kurdistan‹. Und da guckt er mich an, sagt, ›aus Kurdistan, und von welchem Teil?‹«²⁴⁰ Dass sie

²³⁹ Ebd.

²⁴⁰ Zeitzeuginnengespräch mit Aso Agace, Berlin, Dahlem, 29.6.2023.

sich anders als in der Türkei offen als Kurdin zu erkennen geben konnte und ihr Professor die kurdischen Regionen kannte, war ein Schlüssel-moment ihres Lebens. Der zweite ereignete sich ebenfalls in Agaces ersten Monaten in West-Berlin, als ein Bekannter sie mit ins Rathaus Schöneberg zu einer Veranstaltung des TIO nahm. In dem Vortrag der Mitarbeiterinnen über türkische Frauen, so erinnert sich Aso Agace, fiel kein Wort über kurdische Frauen. Bis heute habe sie die Bilder vor Augen, sagt Agace im Zeitzeuginnengespräch, »wahrscheinlich hat es mich damals so tief betroffen.«²⁴¹ In der Rekonstruktion dieser beiden Begegnungen spiegeln sich zwei zentrale Elemente kurdischer Migration nach Westdeutschland, die 1981 die Gründung des kurdischen Frauenprojekts Hînbûn in Berlin Spandau initiierten: kulturelle Selbstbestimmung und Marginalisierung.

Aufgrund der jahrzehntelangen repressiven Assimilationspolitik in der Türkei hatte die Migration kurdischer Migrant*innen nach Westdeutschland andere Implikationen als die türkische Migration. So kamen viele kurdische Frauen nach dem Militärputsch 1980 aus politischen Gründen, jedoch per Familienzusammenführung in die Bundesrepublik. Ihre Ehemänner hatten oftmals bereits seit den 1960er Jahren als Arbeitsmigranten in West-Berlin gearbeitet.²⁴² Im Rahmen des Anwerbeabkommens wurden auf Wunsch der türkischen Regierung Betroffene aus den vorwiegend von Kurd*innen bewohnten Provinzen Muş und Bingöl, wo 1966 und 1971 schwere Erdbeben Städte und hunderte Dörfer zerstört hatten, bevorzugt nach Westdeutschland geschickt.²⁴³ Statistisch wurden

²⁴¹ Ebd.

²⁴² Die Spuren der kurdischen Migration und Diaspora in Europa lassen sich bis in die 1950er Jahre zurückverfolgen. 1956 gründeten kurdische Student*innen in Wiesbaden eine studentische Organisation, die bis 1975 auf rund 3.000 Mitglieder anwuchs. Der zahlenmäßig kleinen Migration kurdischer Eliten und Intellektueller folgten ab den 1960er Jahren in größerem Umfang Arbeitsmigrant*innen. Eine dritte Periode kurdischer Migration begann ab Mitte der 1970er Jahre, als vermehrt Kurd*innen politisches Asyl beantragten und ihre Familien in die Bundesrepublik holten. Vgl. hierzu Ayata, Bilgin: *The Politics of Displacement*, 2011, S. 136-145; McDowall, David: *A Modern History of the Kurds*, London 2021, S. 645-651. Sowohl Ayata als auch McDowall betonen die Rolle, die Europa als »nationbuilding site« (Ayata, 134) gespielt hat.

²⁴³ Vgl. T.C. Başbakanlık Kanunlar ve Kararlar Tetkik Dairesi Başkanlığı: *Kararname: Deprem, yangın, su baskını, yer kayması, kaya düşmesi, çığ ve benzeri doğal olaylardan felakete uğrayanlara yurd dışına işçi olarak gönderilmede öncelik verilmesi*, Cumhurbaşkanlığı Devlet Arşivleri, 030_18_01_302_56_I, 2.7.1973; Borck, Carsten: *Die Geschichte kurdischer Migration nach Berlin*, in: *Die Ausländerbeauftragte des Senats (Hg.): Das kurdische Berlin. Miteinander leben in Berlin*, Berlin 2003, S. 6-17, S. 10.

kurdische Migrant*innen nicht gesondert erfasst, sondern nach Staatsangehörigkeit unter die Gruppe türkischer Arbeitsmigrant*innen subsumiert. Deshalb gibt es keine belastbaren Zahlen, wie viele Kurd*innen aus der Türkei nach Westdeutschland kamen. Schätzungen gehen aber davon aus, dass heute zwischen einer halben Million²⁴⁴ und 1,5 Millionen Kurd*innen²⁴⁵ in Deutschland leben.

Die Pläne vieler kurdischer Migranten, irgendwann in die Türkei zurückzukehren, wurden in den 1970er Jahren durch die von Repressionen, staatlicher Gewalt und Ausnahmezuständen geprägte politische Lage in der Türkei und den Militärputsch 1980 durchkreuzt. Da die politische Verfolgung der Militärjunta nach dem Putsch Kurd*innen in besonderem Maße betraf,²⁴⁶ holten viele kurdische Arbeitsmigranten ihre Familien stattdessen nach Westdeutschland.²⁴⁷ Wenn kurdische Migrantinnen per Familienzusammenführung einreisten, hatte dies demnach vielfach auch politische Gründe. In West-Berlin fanden sich die Frauen ohne eigenständiges Aufenthaltsrecht und ohne Arbeitserlaubnis in einer rechtlichen Position der Abhängigkeit von ihrem Ehemann wieder. Dass ihre Männer bereits seit Jahren in West-Berlin lebten und sich auskannten, verstärkte – anders als bei Frauen, die als Arbeitsmigrantinnen zuerst nach West-Berlin gekommen waren und ihre Familien nachgeholt hatten – die Abhängigkeit.²⁴⁸

Die transnationale Formation einer kurdischen Diaspora in Westdeutschland hatte zwei gegenläufige Effekte, in denen sich Aso Agaces Schlüsselerlebnisse widerspiegeln: Auf der einen Seite ermöglichte die räumliche Distanz von staatlicher Repression, dass sich kurdische Student*innen und Arbeiter*innen organisierten und sichtbarer für ihr Recht auf Selbstbestimmung eintraten. 1979 gab es in Westdeutschland mindestens 30 kurdische Organisationen, die sich in der Föderation kurdischer Organisationen KOMKAR zusammenschlossen.²⁴⁹ Auf der

244 Vgl. Brinkmann, Heinz Ulrich: Soziodemografische Zusammensetzung der Migrationsbevölkerung, in: ders., Sauer, Martina (Hg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration, Wiesbaden 2016, S. 145–176, S. 151; Borck, Carsten: Die Geschichte kurdischer Migration nach Berlin, 2003, S. 16.

245 Vgl. Kurdische Gemeinde Deutschland: Selbstdarstellung, online abrufbar unter: kurdische-gemeinde.de/ueber-uns/selbstdarstellung/ (20.2.2025).

246 Vgl. Zürcher, Erik Jan: Turkey, 2017, S. 306.

247 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Aso Agace, Berlin, Dahlem, 29.6.2023.

248 Vgl. ebd.

249 Vgl. McDowall, David: A Modern History of the Kurds, 2021, S. 647. Zur Geschichte von KOMKAR vgl. Baser, Bahar: KOMKAR. The Unheard Voice in the Kurdish Diaspora, in: Christou, Anastasia, Mavroudi, Elizabeth (Hg.): Dismant-

anderen Seite setzte sich die Marginalisierung und Assimilationspolitik der türkischen Regierung in der Bundesrepublik fort. So berichteten kurdische Selbstorganisationen, dass türkische Botschaften sich weigerten, kurdische Namen in die türkischen Pässe zu übertragen. Die deutschen Standesämter forderten daraufhin Listen mit in der Türkei zugelassenen Namen an; da diese keine kurdischen Namen enthielten, registrierten die Standesämter keine kurdischen Vornamen für neugeborene Kinder.²⁵⁰

Die Homogenisierung verschiedener ethnischer und religiöser Gruppen unter die Gruppe türkischer Migrant*innen hatte zudem über die repräsentative Marginalisierung hinaus konkrete Folgen. So gab es kaum Kurmancî, Sorani oder Zazaki sprechende Dolmetscher*innen, keine Beratung für kurdische Migrant*innen und keinen kurdischen Muttersprachunterricht.²⁵¹ Daher waren kurdische Kinder im Konsulatsunterricht und den Eingliederungsklassen teilweise mit zwei Fremdsprachen konfrontiert: Deutsch und Türkisch.²⁵² Die kurdischen Organisationen unterstützten Migrant*innen bei diesen Schwierigkeiten: Studierende übersetzten, halfen bei bürokratischen und schulischen Angelegenheiten und gaben Deutschkurse, Frauen begleiteten andere Frauen als Dolmetscherin zur Gynäkologin.²⁵³ Auch Kurmancî-Kurse boten viele Organisationen ab den späten 1970er Jahren an.²⁵⁴ Ähnlich wie in den linksgerichteten türkischen Organisationen bildeten sich auch innerhalb der kurdischen Organisationen Frauengruppen, in denen sich Frauen über ihre Probleme austauschten, Kurdisch- und Deutschkurse gaben und bei Fragen rund um das Studium halfen.²⁵⁵

ling Diasporas. Rethinking the Geographies of Diasporic Identity, Connection and Development, London, New York 2016, S. 113-125, S. 114.

250 Vgl. etwa Kurden in Berlin. Eine ignorierte Minderheit, in: Kreuzberger Stachel, 3/1984, S. 7; Tuku, Ömer: Statement zur Lage der Kurden, in: Evangelischer Pressedienst (Hg.): Türken in Deutschland. Religiöse und ethnische Minderheiten, Gruppen, Organisationen, Frankfurt a. M. 1980, S. 35-40, S. 36; Savelsberg, Eva; Hajo, Siamend: Sprache und Medien, in: Die Ausländerbeauftragte des Senats (Hg.): Das kurdische Berlin. Miteinander leben in Berlin, Berlin 2003, S. 26-32, S. 31.

251 Vgl. Tuku, Ömer: Statement zur Lage der Kurden, 1980, S. 36.

252 Vgl. Savelsberg, Eva; Hajo, Siamend: Sprache und Medien, 2003, S. 30 f. Muttersprachlicher Unterricht in Form von Konsulatsunterricht außerhalb der Schulzeit wurde in Berlin Anfang der 1980er Jahre im Rahmen bilateraler Abkommen eingeführt; er unterstand dem jeweiligen Konsulat und griff auf türkische Lehrpläne zurück.

253 Vgl. Tuku, Ömer: Statement zur Lage der Kurden 1980, S. 38.

254 Vgl. McDowall, David: A Modern History of the Kurds, 2021, S. 647.

255 Vgl. Tuku, Ömer: Statement zur Lage der Kurden, 1980, S. 38.

Die Zeit um 1979, das Jahr, in dem Aso Agace nach West-Berlin kam, markierte ein Scharnierjahr in der Geschichte kurdischer Migration, in dem vielfältige Faktoren zu einer verstärkten politischen Mobilisierung und kulturellen Selbstbestimmung unter Kurd*innen führten. Wenige Monate zuvor, im November 1978, hatte Abdullah Öcalan die Kurdische Arbeiterpartei PKK gegründet. 1979 löste die Islamische Revolution in Iran und der darauffolgende Iran-Irak-Krieg, 1980 der Militärputsch in der Türkei eine verstärkte Migration von Kurd*innen nach Europa aus, die vor Repressionen und Menschenrechtsverletzungen flohen.²⁵⁶ 1980 stieg die Zahl der Asylanträge in der Bundesrepublik erstmals über 100.000; 55 Prozent der Asylsuchenden kamen aus der Türkei.²⁵⁷ Mit der kurdischen Föderation KOMKAR traten ab 1979 auch in Europa Kurd*innen für ihre Anerkennung als eine staatenlose Nation ein. Vor diesem Hintergrund lassen sich die Initialmomente, die Aso Agace kurz nach ihrer Ankunft erlebte, als Teil einer größeren Transformation der kurdischen Diaspora sehen, die in Westeuropa zwischen Marginalisierung und Selbstbestimmung navigierte. Agace sagt von sich selbst, sie sei immer politisch gewesen. »Ich war auch in Kurdistan sehr politisch, kritisch. Von meiner Kindheit an. Ich habe immer Fragen gestellt.«²⁵⁸ Als Kind sah sie, wie die Erwachsenen leise Radio Eriwan hörten, weil Kurdisch verboten war. »Du bist einfach in der Politik drin. Du fragst dich, warum die Eltern nicht so offen Radio hören können. Meine Familie war auch eine politisch denkende Familie. Kurden im türkischen Teil haben sehr gelitten. Ich bin gegen Unterdrückung. Damals war es für mich so wichtig, zu sagen, ich bin Kurdin. Heute sage ich, ich bin ein Mensch.«²⁵⁹ Für Frauenrechte einzutreten war für Agace mit dem Einsatz für kurdische Anerkennung verflochten.

Die Gründung von Hînbûn, einem kurdischen Frauenverein, der einen kurdischen Namen trug und zur Hälfte vom Bund finanziert wurde, war 1981 einzigartig in Westdeutschland. Einmalig war sowohl, dass kurdische Frauen und ihre Lebenssituation explizit berücksichtigt wurden, als auch, dass sich der Bund an einer Initiative für Migrantinnen beteiligte.²⁶⁰ Dass es zu solch einer Initiative kam, lag an Aso Agace. Als

256 McDowall, David: A Modern History of the Kurds, 2021, S. 647.

257 Vgl. Szatkowski, Tim: Die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei 1978 bis 1983, 2016, S. 31.

258 Zeitzeuginnengespräch mit Aso Agace, Berlin, Dahlem, 29.6.2023.

259 Ebd.

260 Vgl. Evangelisches Bildungswerk Berlin an den Regierenden Bürgermeister von Berlin: Forschungsprojekt »Analyse der Lebenswelt türkischer und kurdischer Frauen in zwei westberliner Bezirken und die Möglichkeit von Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen mit ihnen«, LAB, B Rep. 002 Nr. 18992, 17.2.1981.

die Studentin, die neben ihrem Studium in der Evangelischen Luthergemeinde in Spandau Jugendliche betreute, von einer gemeinsamen Projektausschreibung des Bundes und des Senats für türkische Frauen erfuhr, schlug sie vor, auch kurdische Frauen zu adressieren. Denn in Spandau, wo die Evangelische Gemeinde das Projekt plante, lebten überwiegend kurdische Migrant*innen. Der Senat ging auf den Vorschlag ein.

»Und dann ist das Projekt so gekommen, also damals ein sehr teures Projekt, über kurdische und türkische Frauen in West-Berlin, in zwei Bezirken, einmal Neukölln, und Spandau«, sagt Aso Agace. »Uğrak und Hınbûn. Uğrak sollte berufstätige türkische Frauen erforschen, Hınbûn sollte kurdische Hausfrauen, also nicht Arbeiter, erforschen.«²⁶¹ Das Modellvorhaben wurde über drei Jahre mit knapp 1,3 Millionen DM gefördert, die jeweils zur Hälfte vom Bundesbildungsministerium und dem Berliner Senat getragen wurden.²⁶² Von den auf das Land Berlin entfallenden Mitteln kamen im ersten Jahr 100.000 DM aus dem Fonds zur »Ausländerintegration« und 82.000 DM aus Kürzungen bei anderen Haushaltsstellen.²⁶³ Wie aus der Senatsvorlage zur Förderung der beiden Projekte hervorgeht, wurden diese Kürzungen im Haushalt der Senatsverwaltung für Familie, Jugend und Sport vorgenommen; der Senat ging davon aus, dass die Ausgleichsmaßnahmen »ab 1982 andere Projekte gefährden« könnten.²⁶⁴ Es ist davon auszugehen, dass hier unter anderem die Frauenprojekte TIO und KIDÖB gemeint sind, deren Förderung im Jahr 1982 ungewiss war.²⁶⁵ Der Senat begründete seine Zusage auch mit dem Hinweis auf die Senatsvorlage über »Leitlinien und Maßnahmen zur Ausländerintegration in Berlin«, mit der migrantische Eltern, Frauen und Mädchen »im Hinblick auf die Wirksamkeit von Integrationsmaßnahmen zur besonderen Zielgruppe erklärt« wurden.²⁶⁶ Hınbûn und

261 Zeitzeuginnengespräch mit Aso Agace, Berlin, Dahlem, 29.6.2023.

262 Vgl. Der Senator für Familie, Jugend und Sport an den Vorsitzenden des Hauptausschusses über den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin: Betr.: Vom Bund und Land zu finanzierende Gemeinschaftsaufgaben; hier: Förderung des Projekts »Analyse der Lebenswelt türkischer und kurdischer Frauen«, LAB, B Rep. 002 Nr. 18992, 3.3.1981.

263 Vgl. Hilfe für kurdische Frauen.

264 Der Regierende Bürgermeister von Berlin: Senatsvorlage: Betr.: Vom Bund und Land zu fördernde Gemeinschaftsaufgaben; hier: Förderung des Projekts »Analyse der Lebenswelt türkischer und kurdischer Frauen«, LAB, B Rep. 002 Nr. 18992, 12.3.1981.

265 Vgl. hierzu die Analyse der Finanzierungsstruktur migrantischer Frauenprojekte in Kapitel 5.2.1.

266 Der Senator für Familie, Jugend und Sport an den Vorsitzenden des Hauptausschusses über den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin: Betr.: Vom

Uğrak waren in West-Berlin die einzigen beiden Beratungsstellen, die eigens für das Forschungsvorhaben gegründet wurden und nicht aus autonomen Initiativen oder Wohlfahrtsverbänden hervorgegangen waren. Für Aso Agace bedeutete die Finanzierung eines kurdischen Frauenprojekts durch die Bundesregierung und den Berliner Senat eine politische Anerkennung der Kurd*innen. »Weil die Kurden haben offiziell kein Land, keine politischen Ansprechpartner. Die Türken sagen, es gibt keine Kurden, es gibt nur ›Bergtürken‹. Aber Hînbûn hat das Gegenteil gezeigt.«²⁶⁷ Hier zeigt sich, wie durch die kurdische Migration nach West-Berlin Themen der türkischen Innenpolitik in die Bundesrepublik diffundierten – und wie Migrant*innen den transnationalen Raum als Ort kollektiver Identitätsformation nutzten.²⁶⁸

Nichterwerbstätige Frauen im Fokus staatlicher Integrationsbestrebungen

Während für Agace der Impuls für ein kurdisches Frauenprojekt eng mit kultureller und politischer Selbstbestimmung verflochten war, spielte für die Geldgeber auch der Schwerpunkt auf nichterwerbstätige Frauen eine ausschlaggebende Rolle. Diese waren in der Folge der Familienzusammenführung in den Fokus sozialwissenschaftlicher Erforschung gerückt.²⁶⁹ War der Anteil der erwerbstätigen migrantischen Frauen vor dem Anwerbestopp deutlich höher gewesen als der Bundesdurchschnitt, sank er danach im Vergleich zum Anteil an der migrantischen Gesamtbevölkerung. Das lag zum einen an den Rationalisierungen auf dem vom Strukturwandel betroffenen Arbeitsmarkt,²⁷⁰ zum anderen an der 1974 eingeführten Stichtagsregelung, derzufolge Migrant*innen, die nach dem 30.11.1974 in die Bundesrepublik eingereist waren, keine Arbeitserlaubnis erhielten.²⁷¹ Mit dieser Regelung schuf das Arbeitsministerium in der Hoffnung, Migration per Familienzusammenführung zu reduzieren, eine große Gruppe von Migrant*innen, die zum Aufenthalt in der Bundesrepublik berechtigt waren, aber komplett vom Arbeitsmarkt ausge-

Bund und Land zu finanzierende Gemeinschaftsaufgaben; hier: Förderung des Projekts »Analyse der Lebenswelt türkischer und kurdischer Frauen«, LAB, B Rep. 002 Nr. 18992, 3.3.1981.

267 Zeitzeuginnengespräch mit Aso Agace, Berlin, Dahlem, 29.6.2023.

268 Vgl. hierzu Ayata, Bilgin: *The Politics of Displacement*, 2011, S. 134.

269 Vgl. Brandt, Franz: *Situationsanalyse nichterwerbstätiger Ehefrauen ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1977.

270 Vgl. Herbert, Ulrich: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*, 2003, S. 237.

271 Vgl. Stokes, Lauren: *Fear of the Family*, 2022, S. 110.

schlossen waren, wie Lauren Stokes hervorhebt.²⁷² Besonders betroffen waren zudem jugendliche Kinder von Migrant*innen aus Drittstaaten, die nach dem 31.12.1976 in die Bundesrepublik eingereist waren und dort keine Arbeitserlaubnis hatten. Diese Regelung stieß auf viel Kritik und wurde von Migrant*innen vor Gericht angefochten.²⁷³

In Reaktion auf öffentliche Kritik an den sozialen Auswirkungen der Zugangssperre zum Arbeitsmarkt ersetzte die Regierung die Stichtagsregelung durch einen Wartezeiterlass. Da sich die Stichtagsregelung als »Integrationshemmnis« erwiesen habe, erhielten ab April 1979 »[v]orbehaltlich des Vorrangs Deutscher und anderer EG-Staatsangehöriger [...] die im Wege des Familiennachzugs als Minderjährige eingereisten Kinder nach 2jährigem Aufenthalt Zugang und die Ehegatten nach 4jährigem – ggf. auch schon 3jährigem – Aufenthalt Zugang zu Bereichen mit besonderen Engpässen.«²⁷⁴ Die individuelle Wartezeit konnten Migrant*innen verkürzen, wenn sie an »berufsorientierenden Maßnahmen« teilnahmen – eine Vereinbarung, die Politiker*innen als Maßnahme konzipierten, um die Motivation zur »Integration« zu stärken.²⁷⁵ Damit verschoben sie die Verantwortung für die steigende Arbeitslosigkeit unter Migrant*innen von migrationspolitischen Entscheidungen zu individuell zu erbringenden Integrationsleistungen.

Ähnliche Prozesse sind im öffentlichen Diskurs und der sozialwissenschaftlichen Forschung zu beobachten, in der die Situation nicht-erwerbstätiger Migrantinnen zunehmend als konflikthaft wahrgenommen wurde. Diese Konflikte seien nur zum Teil auf die rechtlichen Bedingungen im Aufnahmeland zurückzuführen, heißt es etwa in einer 1977 vom Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit in Auftrag gegebenen Situationsanalyse nicht-erwerbstätiger Migrantinnen, sondern in starkem Maße auf die »mitgebrachten Verhaltensweisen« und die Geschlechterrollen in mediterranen Ländern.²⁷⁶ Hier zeichnet sich eine umfassendere Verschiebung von sozialpolitischen Deutungen zu kulturalisierenden und ethnisierenden Erklärungsmodellen im Migrati-

272 Vgl. ebd., S. 103.

273 Vgl. etwa Sozialrichter räumen Barrieren für Ausländerkinder weg. »Wartezeiterlaß« der Bundesanstalt für Arbeit stößt auf rechtliche Bedenken / Arbeitserlaubnis auch für Frauen, in: Frankfurter Rundschau, 29.11.1979; Gastarbeiterpolitik gelockert. Arbeitserlaubnis für Ehefrauen und Kinder nach Wartezeit, in: Frankfurter Rundschau, 22.3.1979.

274 Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Informationen über neueste Entwicklungen der deutschen Ausländerpolitik, BArdh, B 149/54512, 5.5.1980.

275 Vgl. ebd.

276 Vgl. Brandt, Franz: Situationsanalyse nicht-erwerbstätiger Ehefrauen ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland 1977, S. I.

onsdiskurs ab, in deren Zentrum die Strukturkategorie Geschlecht stand. Das 1979 publizierte Kühn-Memorandum, in dem der 1978 als erster Ausländerbeauftragter des Bundes eingesetzte Heinz Kühn eine Abkehr von Konzepten der »Integration auf Zeit« und eine Anerkennung der faktischen Einwanderung forderte, markiert hierbei einen Wendepunkt. Zwar ging Kühn auf das »ausgesprochen integrationshemmend« wirkende Arbeitsrecht sowie mangelnde Schul- und Ausbildungsperspektiven für Jugendliche ein. Doch er führte die »besondere Problemlage der ausländischen Familien« vor allem auf die »unterschiedlichen Lebensgewohnheiten und [...] kulturellen Prägung[en]«²⁷⁷ sowie »gegenüber hiesigen Verhältnissen zumeist sehr abweichend geprägte Rolle der Frau« zurück.²⁷⁸ Diesen müsse mit einem verstärkten Angebot beratender und aufklärender Hilfen Rechnung getragen werden.

Angeichts der zunehmend als alarmierend wahrgenommenen Zukunftsperspektive der zweiten Generation als »soziale Zeitbombe«²⁷⁹ rückten migrantische Frauen demnach als »Adressatin einer staatlichen, auf Modernisierung der Migrantenfamilien ausgerichteten Integrationspolitik« ins Blickfeld.²⁸⁰ Alle Maßnahmen für Jugendliche, heißt es in der Projektbeschreibung des Berliner Senats zu Hınbûn und Uğrak, verfehlten ihre Wirkung, wenn die Probleme innerhalb der Familie nicht berücksichtigt würden.²⁸¹ Deshalb galt es, sozialpädagogische Maßnahmen für die als Keimzelle kultureller Differenz identifizierte migrantische Familie im Allgemeinen und die als sozial isoliert sowie patriarchal unterdrückt imaginierte nichterwerbstätige Frau im Besonderen zu entwickeln.

Einen Ausweg aus der sozialen Isolation nichterwerbstätiger Migrantinnen sollten sozialpädagogische Frauenprojekte bieten. Dieser in Studien und Zeitungsberichten konstatierten besonderen Isolation migrantischer Frauen widersprach der Befund in einer Repräsentativ-

277 Kühn, Heinz: Stand und Weiterentwicklung der Integration der Ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung, Bonn 1979, S. 49.

278 Ebd., S. 18.

279 Vgl. etwa Sümer, Ayşe: Die »soziale Zeitbombe« tickt immer lauter. Die Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher, in: Der Abend, 2.8.1979; Theobald, Marlies: Die soziale Zeitbombe steht vor der Zündung. Diskussion in der Berliner Ländervertretung zur Ausländer-Integration, in: Berliner Morgenpost, 29.2.1980.

280 Lutz, Helma; Huth-Hildebrandt, Christine: Geschlecht im Migrationsdiskurs, 1998, S. 167.

281 Vgl. Evangelisches Bildungswerk Berlin an den Regierenden Bürgermeister von Berlin: Forschungsprojekt »Analyse der Lebenswelt türkischer und kurdischer Frauen in zwei westberliner Bezirken und die Möglichkeit von Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen mit ihnen«, LAB, B Rep. 002 Nr. 18992, 17.2.1981.

untersuchung aus dem Jahr 1980, demzufolge 84 Prozent der nicht-erwerbstätigen Migrantinnen soziale Kontakte zu anderen Frauen und 38 Prozent Kontakte zu Deutschen hatten.²⁸² In der Situationsanalyse von 1977 äußerten 63 Prozent der 100 befragten Migrantinnen und mit 80 Prozent überdurchschnittlich häufig türkeistämmige Frauen, eine Arbeit in der Bundesrepublik aufnehmen zu wollen.²⁸³ In der Repräsentativuntersuchung von 1980 wurden zwei Drittel als erwerbsbereit und ein weiteres Viertel als teilweise erwerbsbereit kategorisiert.²⁸⁴ Als Gründe für die Nichterwerbstätigkeit gaben Befragte beider Studien vor allem die Betreuung ihrer Kinder und die fehlende Arbeitserlaubnis, also strukturelle Gründe an.²⁸⁵ In einer von Aso Agace miterhobenen Sozialstatistik von 1983 zu Frauen aus der Türkei stand die fehlende Arbeitserlaubnis bei Frauen aus der Türkei mit 24 Prozent an erster Stelle (Migrantinnen gesamt 18,9 Prozent).²⁸⁶ Aus diesen Befunden wird deutlich, wie der Staat durch migrationspolitische Regelungen zur Familienzusammenführung Geschlechterverhältnisse in migrantischen Familien strukturierte.²⁸⁷

Mit der Finanzierung der Modellprojekte *Hınbûn* und *Uğrak* zielten der Senat und der Bund demnach darauf ab, ein soziales Problem zu beheben, das sie durch ihre Migrationspolitik mithervorgerufen hatten – und das darüber hinaus in Studien teils widerlegt wurde. Während

282 Vgl. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung; Forschungsinstitut Friedrich-Ebert-Stiftung: Hauptergebnisse der Repräsentativuntersuchung '80 zur Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1981, S. 24.

283 Vgl. Brandt, Franz: Situationsanalyse nichterwerbstätiger Ehefrauen ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, 1977, S. 45. Befragt wurden je 25 nichterwerbstätige Migrantinnen aus Griechenland, Italien, Jugoslawien und der Türkei in den Bundesländern Berlin, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland in Leitfadeninterviews.

284 Vgl. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung; Forschungsinstitut Friedrich-Ebert-Stiftung: Hauptergebnisse der Repräsentativuntersuchung '80 zur Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland, 1981, S. 23.

285 Vgl. Brandt, Franz: Situationsanalyse nichterwerbstätiger Ehefrauen ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, 1977, S. 44; Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung; Forschungsinstitut Friedrich-Ebert-Stiftung: Hauptergebnisse der Repräsentativuntersuchung '80 zur Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland, 1981, S. 23.

286 Vgl. Agace, Asiye; Sabinasz, Marina; Reuter, Sonja: Bildungs- und Sozialstatistik türkischer und kurdischer Frauen in der Türkei, der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West), einschliesslich einer nach Problemen gegliederten Bibliographie, Berlin 1983, S. 98.

287 Vgl. Kofman, Eleonore: *Female 'Birds of Passage' a Decade Later*, 1999, S. 279.

für das auf türkische erwerbstätige Frauen ausgerichtete Modellprojekt Uğrak Neukölln als Standort gewählt wurde, weil sich seit der Zugangssperre dort der Anteil der migrantischen Bevölkerung sprunghaft erhöht hatte, eröffnete Hînbûn seinen Frauenladen in der Spandauer Neustadt.²⁸⁸ Dort lebten überwiegend kurdische Familien, deren Lebenssituation nach einer Selbstdarstellung von Hînbûn durch beengte Wohnverhältnisse, Restriktionen durch das Ausländergesetz, aber auch fehlende politische Anerkennung und damit einhergehende Marginalisierung sowie rassistische Aggressionen geprägt war.²⁸⁹

Politische Sprachkurse und transnationale kurdische Öffentlichkeit

Für Aso Agace war Hînbûn ein Feld, das sie bestellen konnte. »Und das Feld ist deins, und du kannst pflanzen, was du willst. Ich will Bäume, die Früchte bringen. Wenn ich tausend pflanze und davon hundert etwas werden, ist das ein Erfolg. Das war mein Ziel in Hînbûn.«²⁹⁰ Als Pilotprojekt entwickelte Aso Agace kurdische Alphabetisierungskurse, für die sie das Unterrichtsmaterial aus Alltagssituationen der Frauen selbst erarbeiten musste. Wie politisch diese Alphabetisierungskurse in einer Muttersprache waren, die kurdischen Frauen in der Türkei verboten war, wird daran deutlich, dass aufgrund des Kurdisch-Verbots in der Türkei weder Unterrichtseinheiten noch standardisierte Lehrmaterialien existierten.²⁹¹ Die Alphabetisierungskurse gingen aber über kulturelle Selbstbestimmung hinaus; lesen und schreiben zu können, bedeutete, besser für seine Rechte einstehen zu können. »Mein Ziel ist nicht nur, den kurdischen Frauen im Alphabetisierungskurs Lesen und Schreiben beizubringen, sie sollen auch bewußt werden und sich über ihr Leben klar werden. Warum sind sie in dieser Lage? Was haben sie für Schwierigkeiten und warum?«, wird eine kurdische Hînbûn-Mitarbeiterin in einer Selbstdarstellung zitiert. »Es ist mir auch wichtig, daß die Frauen nicht nur die Unterdrückung sehen und erleben, sondern daß sie verstehen, woher diese Unter-

288 Vgl. Der Senator für Gesundheit, Soziales und Familie: Frauen aus der Türkei in Berlin – Schritte zur Integration. Beschreibung eines Modellprojekts, FFBIZ, A Rep. 400 Berlin 6c, 1985, S. 8.

289 Vgl. Hînbûn, Internationales Bildungs- und Beratungszentrum für Frauen und ihre Familien: Selbstdarstellung, FFBIZ, Berlin 19.6c, 1992.

290 Zeitzeuginnengespräch mit Aso Agace, Berlin, Dahlem, 29.6.2023.

291 Der Senator für Gesundheit, Soziales und Familie: Frauen aus der Türkei in Berlin – Schritte zur Integration. Beschreibung eines Modellprojekts, FFBIZ, A Rep. 400 Berlin 6c, 1985, S. 25.

drückung kommt und nicht sagen: »Das ist unser Schicksal.«²⁹² Lesen zu lernen stellte die Grundlage für eine Politisierung dar.

Während die Weiterbildungskurse ausschließlich Frauen vorbehalten waren, schloss das Konzept bei Hînbûn Männer und die ganze Familie dezidiert mit in die rechtliche Beratung ein. Anders, so ist sich Aso Agace im Zeitzeuginnengespräch sicher, wäre es angesichts der intersektional verflochtenen Unterdrückung von Kurd*innen nicht gegangen. »Wir waren in der Politik drin, wir konnten nicht sagen, interessiert uns nicht, wir machen nur Frauenarbeit. Da kam eine Frau und sagte, ihr Bruder wurde verhaftet. Wie kannst du da sagen, das interessiert mich nicht? Die Klienten haben uns gezwungen, diese politische Arbeit zu machen.«²⁹³ Politisch zu arbeiten bedeutete in einem kurdischen Frauenprojekt demnach, die Probleme der Frauen nicht isoliert zu betrachten, sondern immer im Zusammenhang mit anderen Strukturkategorien. Ein feministischer Ansatz, der ausschließlich für Frauen Partei ergriff, bot für Agace nur begrenzt eine Antwort auf die intersektional verflochtene Marginalisierung von kurdischen Frauen.²⁹⁴ Dies lag in ihren Augen auch an den unterschiedlichen Zielgruppen und Konzepten der Frauenprojekte TIO und Hînbûn: Während TIO vor allem von alleinstehenden erwerbstätigen Frauen besucht wurde, richtete sich Hînbûn vor allem an verheiratete nichterwerbstätige Frauen.²⁹⁵ »Bei uns gab es auch Gewalt gegen Frauen, da habe ich auch versucht, den Mann einzuladen und ein Dreiergespräch zu initiieren. Aber es waren andere Klientinnen als bei TIO. Wenn die Frauen aus dem Frauenhaus kommen oder Gewalt erlebt haben, wie kannst du dann den Mann dazu holen? Das geht einfach nicht«,²⁹⁶ räumt Agace ein.

Politische Arbeit bedeutete für Hînbûn darüber hinaus, sich den transnationalen Raum in West-Berlin anzueignen, um für die Rechte von Kurd*innen einzutreten. Hînbûn organisierte Vorträge, Informationsveranstaltungen und Tagungen und machte in Rundfunksendungen und Presseberichten auf Repressionen und Menschenrechtsverletzungen gegen Kurd*innen in der Türkei, Syrien, Irak und Iran aufmerksam.²⁹⁷ Damit setzte Hînbûn im Vergleich zum Türkischen Frauenverein und TIO andere Akzente in der Frage, was es bedeutete, politisch zu sein

292 Ebd.

293 Zeitzeuginnengespräch mit Aso Agace, Berlin, Dahlem, 29.6.2023.

294 Vgl. hierzu Crenshaw, Kimberle: Mapping the Margins, 1991, S. 1252.

295 Zeitzeuginnengespräch mit Aso Agace, Berlin, Dahlem, 29.6.2023.

296 Ebd.

297 Vgl. Hînbûn, Internationales Bildungs- und Beratungszentrum für Frauen und ihre Familien: Selbstdarstellung, FFBIZ, Berlin 19.6c, 1992.

und das Private zu politisieren: etwa, die eigene Muttersprache nicht nur versteckt zuhause zu sprechen, sondern Alphabetisierungs- und Sprachkurse zu institutionalisieren und als kurdisches Projekt öffentlich in Erscheinung zu treten. Dabei vom Bund und Senat gefördert zu werden, bedeutete politische Anerkennung. Die einander zuwiderlaufenden Pole der Marginalisierung, Selbstbestimmung und staatlichen Einhegung auslotend, kann Hînbûn als Ausdruck einer Pluralisierung innerhalb der Landschaft von Frauenprojekten für Migrantinnen aus der Türkei betrachtet werden.

Diese politische Arbeit hatte für Aso Agace einen Preis: Das türkische Konsulat bestellte sie ein, um mit ihr über ihre Arbeit zu sprechen. Auf Warnungen hin nahm sie ihren Pass nicht mit. Als das Konsulat Agaces Pass daraufhin nicht verlängerte, war sie faktisch staatenlos und, bis sie 1983 die deutsche Staatsbürgerschaft beantragte, nur in Besitz eines sogenannten Grauen Passes.²⁹⁸ Diesen Reiseausweis für Ausländer stellen deutsche Behörden nur in Ausnahmesituationen Personen aus, die keinen Pass besitzen und diesen nicht auf zumutbare Weise erlangen können.²⁹⁹ Migrant*innen durch die Nichtverlängerung ihrer Pässe auszubürgern, war eine Praxis türkischer Konsulate, die bis in die frühen 1970er Jahre zurückreicht und sich nach dem Militärputsch 1980 intensivierte.³⁰⁰ Auch hieran zeigt sich, welche Bedeutung der transnationale Raum für politische Opposition in den 1970er und 1980er Jahren erlangte – aber auch, dass nicht nur Aktivist*innen türkische innenpolitische Themen auf die bundesdeutsche Agenda brachten, sondern auch die türkische Regierung im Ausland Einfluss nahm.

298 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Aso Agace, Berlin, Dahlem, 29.6.2023.

299 Vgl. Bundesministerium für Justiz: Aufenthaltsverordnung § 5 Allgemeine Voraussetzungen der Ausstellung des Reiseausweises für Ausländer, online abrufbar unter: www.gesetze-im-internet.de/aufenthv/_5.html (21.2.2025).

300 Zur Praxis der Passenzüge als erster Stufe der Ausbürgerung vgl. Arınır, Turgan: Türkiye'de Yurttaşlıktan Çıkarma ve Pasaportlara El Koyma Uygulamaları, Duisburg 1987. 1981 wurden etwa vier im Ausland lebende Künstler*innen aufgefordert, sich den türkischen Sicherheitskräften zu stellen, andernfalls wurde ihnen Ausbürgerung angedroht. Vgl. Verband der Filmarbeiterinnen e. V.: Pressekonferenz am 21.2.1981, AdK, Ören 227, 21.2.1981.

3 Feministische Knotenpunkte – Migrantische Frauenkongresse

3.1 Intersektionale Aufbrüche. Der Frauenkongress in Frankfurt

Am 23. März 1984 hielt Berrin Önlér-Sayan vor hunderten aus der ganzen Bundesrepublik und West-Berlin angereisten Frauen die Eingangsrede auf dem Ersten Gemeinsamen Frauenkongress Ausländischer und Deutscher Frauen in Frankfurt. Der Frauenkongress gilt als politischer Wendepunkt in der Auseinandersetzung der westdeutschen Frauenbewegung mit Rassismus und als Aufbruch der migrantischen Frauenbewegung.¹ In ihrer Eingangsrede ging die Sozialarbeiterin Berrin Önlér-Sayan auf die vielfältigen Bereiche ein, in denen ihre Rechte als Migrantin und als Frau beschnitten wurden: bei der Wohnungssuche durch die Zuzugssperre, in der Berufswahl durch Paragraf 19 Arbeitsförderungsgesetz, das sogenannte »Inländerprimat«, bei der Länge ihres Aufenthalts durch das Ausländergesetz, an der Universität durch Maximalquoten für ausländische Studierende.² Dazu kam, dass Frauen, die per Familienzusammenführung nach Westdeutschland gekommen waren, weder ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bekamen, noch das Recht auf Arbeit.

Der Impuls, einen Frauenkongress zu veranstalten, war auf dem Tribunal gegen Ausländerfeindlichkeit und Menschenrechtsverletzungen im Juni 1983 in Frankfurt entstanden, auf dem die Situation migrantischer Frauen nur am Rand thematisiert wurde.³ Deshalb beschlossen westdeutsche und migrantische Frauen, einen gemeinsamen Frauenkongress zu organisieren.⁴ Neun Monate lang bereiteten sie den Kongress vor, bildeten Arbeitsgruppen, verschickten mehrere tausend Aufrufe, Plakate

1 Vgl. Lutz, Welten verbinden, S. 1; Marzell, Pia: »Sind wir uns denn so fremd?« Aufbrüche in der Rassismusdebatte der Frauenbewegung, in: History | Sexuality | Law, 8.3.2021, online abrufbar unter: <https://hsl.hypotheses.org/1608> (21.7.2025); Cafaro, Nuria: Selbstorganisation von Migrantinnen in Westdeutschland, in: Digitales Deutsches Frauenarchiv, 2023 online abrufbar unter: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/selbstorganisation-von-migrantinnen-westdeutschland> (21.7.2025).

2 Vgl. Önlér, Berrin: Meine alltägliche Diskriminierung durch die Ausländerpolitik, in: Arbeitsgruppe Frauenkongress (Hg.): Sind wir uns denn so fremd? Ausländische und deutsche Frauen im Gespräch, Frankfurt a. M. 1985, S. 22–24, S. 23.

3 Vgl. Gültekin, Neval: Eine schweigende Mehrheit meldet sich zu Wort, in: Arbeitsgruppe Frauenkongress (Hg.): Sind wir uns denn so fremd? Ausländische und deutsche Frauen im Gespräch, Frankfurt a. M. 1985, S. 5–13, S. 9.

4 Vgl. Ausländische und deutsche Frauen gegen Frauenunterdrückung, Rassismus und ausländerfeindliche Politik: Aufruf Erster Gemeinsamer Frauenkongress, Privatarchiv Berrin Önlér-Sayan, 23.–25.3.1984.

und Einladungen.⁵ In dieser Zeit trafen sich die Organisatorinnen aus unterschiedlichen Städten monatlich mit dem Organisationskomitee in Frankfurt, um über den Aufruf und das Programm sowie die Arbeitsgruppen zu diskutieren und abzustimmen.⁶ Berrin Önlér-Sayan, die zu den Hauptorganisatorinnen in West-Berlin gehörte, beschreibt diese Vorbereitungstreffen als ein feministisches Erwachen. Aus ihrer Arbeit bei Pro Familia vertraut mit feministischen Themen und Forderungen, sagt sie im Zeitzeuginnengespräch: »Meine Augen wurden mir geöffnet bei all diesen Diskussionen, als wir den Kongress vorbereitet haben. Der Paragraph 218 war ein Thema, Bevölkerungspolitik, sexuelle Frauenrechte und reproduktive Rechte, das waren alles Themen.«⁷ Das Organisationskomitee konzipierte ein Programm mit zehn Arbeitsgruppen, die sich auf dem Kongress mit Frauengesundheit, rechtlichen Grundlagen für die Diskriminierung migrantischer Frauen, Arbeit, Asyl und Rassismus innerhalb der Frauenbewegung auseinandersetzen sollten.

In dem kollektiv verfassten Aufruf zum Frauenkongress, der unter anderem in der *Frankfurter Rundschau* abgedruckt wurde, heißt es:⁸ »Für uns ausländische Frauen wird es höchste Zeit, daß wir aus unserer Isolation, d. h. aus unserer Vereinsamung im täglichen Kampf gegen die Unterdrückung durch die Gesetzgebung, die Männer und am Arbeitsplatz und gegen die gesellschaftliche Diskriminierung das Schweigen brechen im Austausch untereinander, aber auch im Austausch mit deutschen Frauen. Wir wollen aber nicht ihre Maßstäbe zur Grundlage unseres emanzipatorischen Weges machen. Wir werden unsere eigenen Ziele und Formen entwickeln.«⁹ Der Aufruf traf einen Nerv: Die Organisatorinnen rechneten mit 500 Teilnehmerinnen – es kamen jedoch mehr als 1.000 Frauen aus der ganzen Bundesrepublik und West-Berlin.¹⁰

5 Vgl. Gültekin, Neval: Eine schweigende Mehrheit meldet sich zu Wort 1985, S. 10.

6 Vgl. Önlér-Sayan, Berrin: Zur Migrantinnenbewegung der 1970/80er-Jahre in der Bundesrepublik; vgl. hierzu auch die Einladung der Arbeitsgruppe Frauen bei IAF zum Vorbereitungstreffen in Frankfurt am 1. Oktober 1983, in der auf das vorhergegangene Vorbereitungstreffen am 3. September 1983 Bezug genommen wird: Arbeitsgruppe Frauen bei IAF: Aufruf zum Vorbereitungstreffen in Frankfurt am 1. Oktober 1983, AdSD, 5/DGAZ 581, 9/1983.

7 Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021.

8 Vgl. Sie wollen sich ihrer eigenen Stärke bewußt werden. Aufruf zu einem Treffen ausländischer Frauen, in: *Frankfurter Rundschau*, 20.2.1984.

9 Ausländische und deutsche Frauen gegen Frauenunterdrückung, Rassismus und ausländerfeindliche Politik: Aufruf zum Ersten Gemeinsamen Frauenkongress gegen die besondere Unterdrückung von ausländischen Mädchen und Frauen, Privatarchiv Berrin Önlér-Sayan, 23.-25.3.1984.

10 Vgl. Gültekin, Neval: Eine schweigende Mehrheit meldet sich zu Wort, 1985, S. 10.

Das lag auch daran, dass die Organisatorinnen in ihren Städten lokale Bündnisse aktivierten. In West-Berlin kontaktierte Berrin Önlér-Sayan gemeinsam mit einer Freundin aus der Alternativen Liste Freundinnen, Kolleginnen und Bekannte »mit diesem amerikanischen Verkaufssystem, jede hat dann fünf Frauen dazugebracht«, ¹¹ wie sie sich im Zeitzeuginnengespräch erinnert. In Önlér-Sayans Privataarchiv finden sich Kopien des Aufrufs auf Deutsch, Kurdisch und Türkisch, mit der handschriftlichen Notiz auf Türkisch: »Es wäre toll, wenn du das deinen Freundinnen gibst« und einer Telefonnummer, falls mehr Aufrufe benötigt würden. ¹² »Was für ein Netzwerken. Wer weiß, zu wie vielen Menschen ich hingelaufen bin und das verteilt habe. Alle Beratungsstellen in Kreuzberg, TIO, Akarsu. In dem ganzen Beratungsspektrum, in dem sozialarbeiterischen Milieu haben wir uns kontaktiert und eingeladen.« ¹³ Am Ende, sagt Önlér-Sayan, hätten sie so in West-Berlin zwei Reisebusse gefüllt. Die Busfahrt nach Frankfurt war für sie ein Ereignis, bis heute erinnert sie sich an das Kleid, das sie während der Fahrt trug. »Das war für uns alle ein tolles Erlebnis. Dieses Bewusstsein: Das ist der erste gemeinsame Kongress von Migrantinnen und Deutschen zusammen. Dieser Titel gibt schon ein anderes Selbstwertgefühl, dass wir wirklich was auf die Beine gebracht haben. Und wir waren am Ende über 1.000 Frauen.« ¹⁴ Unter den Frauen im Bus waren auch Seyran Ateş und weitere TIO-Mitarbeiterinnen. Bei Ateş hinterließ die Busfahrt zum Frauenkongress ähnlich bleibende Eindrücke: »Mein schönstes Erlebnis war, bezogen auf frauenpolitische Arbeit, der 1. Internationale Frauenkongress in Frankfurt im Jahr 1983 [sic]. Ich fuhr mit meiner türkischen Kollegin Selda dorthin«, schreibt sie in ihrer Autobiografie. »Die Busfahrt war schon total aufregend und spannend. Es waren ganz viele verschiedene Frauen aus verschiedenen Ländern im Bus, Lieder in vielen Sprachen wurden gesungen, hitzige Diskussionen geführt. Der Kongress selbst war ein weiteres einschneidendes Erlebnis.« ¹⁵

Zwei Tage lang diskutierten die Frauen unter Ausschluss von Öffentlichkeit und Männern in der bis auf den letzten Platz gefüllten Fachhochschule Nordweststadt. »Manche brachten ihre Babys und Kinder

11 Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021.

12 Yabancı ve Alman kadınlar, kadınların ezilmesine, ırkçılığa ve yabancı düşmanı politikalara karşı: İlk Kadınlar Kongresine Çağrı, Privataarchiv Berrin Önlér-Sayan, 23.-25.3.1984.

13 Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021.

14 Ebd.

15 Ateş, Seyran: Große Reise ins Feuer, 2006, S. 142 f.

mit. Für sie hatten die Veranstalterinnen eine Betreuung eingerichtet. Schlafplätze waren organisiert, ebenfalls Mitfahrgelegenheiten«, berichtete Gisela Geier später vom Frauenkongress. »Es gab Stände mit Informationsmaterial, Fotodokumentationen und Büchern, mit Essen und Getränken. Das Gedränge war groß und die Stimmung gut, ganz besonders natürlich auch am Samstagabend auf dem großen Frauenfest.«¹⁶ In den Arbeitsgruppen wurde schnell klar, dass der Universalitätsanspruch der feministischen Bewegung den Erfahrungen der Migrantinnen nicht gerecht wurde, da ihre Forderungen auf den Erfahrungen *weißer*, bürgerlicher Frauen basierten und andere Erfahrungen ausblendeten. Dass Konzepte wie Familie, geschlechterspezifische Arbeitsteilung und Reproduktion nicht unabhängig von Herkunft, Migration und Klasse universalisiert werden können, zeigte sich auch in der AG Gesundheit, in der sich Önlér-Sayan zufolge besonders viele migrantische Frauen drängten.¹⁷ In dieser Gruppe erzählten Frauen von gesundheitsschädlichen Arbeitsplätzen und Krankheit als Ausweisungsgrund, andere schilderten offene Feindlichkeit gegenüber Schwangeren.¹⁸

Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Migrantinnen statt Einzelfallentscheidungen

Eines der zentralen Themen des Frauenkongresses war das Aufenthaltsrecht von Migrantinnen. In der Arbeitsgruppe Recht arbeiteten rund 100 Frauen die politische Forderung nach einem eigenständigen Aufenthaltsrecht für nachgezogene Migrantinnen heraus. Bereits im Jahr zuvor hatten Mitarbeiterinnen des zweiten Berliner Frauenhauses und im TIO aktive Frauen die drohende Abschiebung dreier türkeistämmiger Frauen skandalisiert, die vor der Gewalt ihrer Ehemänner ins Frauenhaus geflohen waren.¹⁹ Da sie per Familienzusammenführung nach West-Berlin gekommen waren, hatten sie kein eigenständiges Aufenthalts-

16 Geier, Gisela: »Das ist erst der Anfang!« Erster gemeinsamer Kongress von ausländischen und deutschen Frauen, in: Korrespondenz die frau, 4/1984.

17 Vgl. Önlér, Berrin: Persönliche Eindrücke von der Arbeitsgruppe-Gesundheit am 24.3.1984, in: Arbeitsgruppe Frauenkongress (Hg.): Sind wir uns denn so fremd? Ausländische und deutsche Frauen im Gespräch, Frankfurt a.M. 1985, S. 73 f., S. 73.

18 Vgl. Barga, Kamer; Schulz, Brigitte; Schwoon, Heike: Seit Jahren werde ich nicht mehr froh, 1985, S. 64 f.

19 Vgl. TIO: Asiye wird abgeschoben!, DOMiD, FL 0205, 1982; Demokratischer Frauenbund Berlin an den Senator für Inneres Berlin: Petition gegen die drohende Ausweisung von vier Frauen aus der Türkei, FFBIZ, A Rep. 400 BRD 6c (DFB), 22.4.1983; Frauen gegen Gewalt an Frauen e.V. Berlin: Bericht der Mitarbeiterin-

recht; durch die Trennung entfiel für die Behörden der »Grund für ihren Aufenthalt« in der Bundesrepublik.²⁰ Zülal S. war 1977 nach West-Berlin gekommen, 1979 reichte ihr Ehemann die Scheidung ein und bat die Ausländerbehörde, die Aufenthaltserlaubnis seiner Frau zu beenden.²¹ Die Kurdin Asiye A. war 1979 mit ihren Kindern nach West-Berlin gekommen, trennte sich nach zehn Monaten aufgrund von geschlechtsspezifischer Gewalt von ihrem Ehemann und ging ins Frauenhaus, wo ihr die Ausweisung drohte.²²

Hatice K. war ihrem Mann 1971 nach West-Berlin gefolgt und hatte dort bis 1974 bei Siemens gearbeitet. 1977 hatte ihr Mann sie mit den Kindern nach einem Urlaub in der Türkei zurückgelassen, wodurch K. ihre Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis in Westdeutschland verloren hatte. 1981 hatte er sie und die Kinder erneut nach West-Berlin geholt, bevor er nach sechs Monaten die Scheidung einreichte und Hatice K. vor seiner Gewalt gegen sie und ihre Kinder ins Frauenhaus flüchtete.²³ Durch ihre Trennung waren die Frauen rechtlich zur Ausreise verpflichtet, da laut Aufenthaltsrecht nachgezogene Ehefrauen erst nach fünf Jahren ein eigenständiges Aufenthaltsrecht bekamen. Der Berliner Ausländererlass sah zudem bei Scheidung keine Verlängerung der befristeten Aufenthaltserlaubnis vor, »wenn sie nur wegen der Heirat erteilt worden ist und keine sonstigen schutzwürdigen Bedingungen bestehen«.²⁴ Diese restriktive Regelung ließ Ermessensspielräume bei Härtefällen – und

nen des zweiten Frauenhauses in Berlin über Asiye A., Hatice K. und Nuriye T., LAB, B Rep. 002 Nr. 14982, o. D.

20 Frauen gegen Gewalt an Frauen e. V. Berlin: Bericht der Mitarbeiterinnen des zweiten Frauenhauses in Berlin über Asiye A., Hatice K. und Nuriye T., LAB, B Rep. 002 Nr. 14982, o. D.

21 Vgl. Der Senator für Inneres Berlin an den Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses Berlin: Betr.: Aufenthalt nachgezogener Ehefrauen im Fall der Scheidung oder des Getrenntlebens; hier: Petitionen, LAB, B Rep. 002 Nr. 14982, 8.6.1983. Zur Praxis türkeistämmiger Ehemänner, bei Ehekrise ihre nachgezogenen Ehefrauen bei der Ausländerbehörde zu melden, und die intersektionale Verflechtung von Gewalt gegen Frauen und einem Abhängigkeiten verstärkenden Aufenthaltsrecht, s. Olurmu böyle şey? Hanımlarını istemeyen Türkiyeli erkekler, yabancılar politikasını destekliyor, in: Kreuzberg Postası, 4/1982.

22 Vgl. Der Senator für Inneres Berlin an den Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Abgeordnetenhauses Berlin: Betr.: Aufenthalt nachgezogener Ehefrauen im Fall der Scheidung oder des Getrenntlebens; hier: Petitionen, LAB, B Rep. 002 Nr. 14982, 8.6.1983.

23 Vgl. K., Hatice: Betr.: Unsere Aufenthaltserlaubnis und unser Recht auf Leben, LAB, B Rep. 002 Nr. 14982, 20.12.1982.

24 Vgl. Der Senator für Inneres Berlin: Drucksache über Aufenthalt nachgezogener Ehefrauen im Fall der Scheidung oder des Getrenntlebens, 9/1279, Berlin, 17.11.1983.

schuf durch die Klausel der ›schutzwürdigen Bedingungen‹ die Möglichkeit, aber auch Notwendigkeit, Einzelfälle zu skandalisieren und ihre Schutzwürdigkeit zu betonen. Lauren Stokes hat die These aufgestellt, dass sowohl staatliche Akteure als auch Aktivist*innen eine Grammatik der Verwundbarkeit benutzten, die eine wahrgenommene Differenz der migrantischen Familie durch eine paternalistische Geschlechterpolitik des Schutzes akzentuierte.²⁵ Dies lässt sich im Protest gegen die Ausweisung der drei Frauen nachzeichnen, deren Namen zu Chiffren für ein restriktives Aufenthaltsrecht wurden – und für Hilflosigkeit gegenüber geschlechtsspezifischer Gewalt und einem sie stützenden System.

Nachdem Hatice K. und Asiye A. mit ihren Klagen vor dem Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht gescheitert waren,²⁶ kontaktierten Frauen aus dem Umfeld des zweiten Frauenhauses und des TIO Zeitungen, Menschenrechtsorganisationen sowie Abgeordnete. Gleichzeitig brachte die Alternative Liste den Fall der drei Frauen im Ausländerausschuss des Senats ein und erreichte, dass ihre Probleme im Petitionsausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses behandelt wurden.²⁷ Die AL-Abgeordnete Rita Kantemir und die SPD-Abgeordnete Anke Brunn sowie die Ausländerbeauftragte des Bundes Liselotte Funcke setzten sich in Briefen an den Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker für die Petentinnen ein. In ihren Briefen verwiesen sie auf »schreckliche Notlagen«, in die türkeistämmige Frauen geraten seien, die »von Abschiebung in die Hoffnungslosigkeit bedroht« waren.²⁸ Angesichts der für die Frauen zu erwartenden Härten plädierten sie dafür, »juristische Erwägungen beiseite [zu] lassen« und stattdessen »eine neue menschliche Regelung«²⁹ für »die hilflosen Opfer«³⁰ zu finden. Die Fürsprecherinnen argumentierten demnach – auch, weil der rechtliche Weg ausgeschöpft war – mit einem Plädoyer für Menschlichkeit statt mit Grundrechten.

Teil dieser Argumentation war es, durch das Betonen der Hilflosigkeit der Frauen moralischen Druck aufzubauen. Der Ausschuss für Frauenfragen und der Ausschuss für Ausländerfragen beschlossen im März 1983 einstimmig, dem Petitionsausschuss eine Empfehlung für den

25 Vgl. Stokes, Lauren: *Fear of the Family*, 2022, S. 162.

26 Vgl. Der Senator für Inneres an die Humanistische Union: Betr.: Eingabe der Humanistischen Union, LAB, B Rep. 002 Nr. 14982, 29.10.1982.

27 Vgl. Gross, Marina: Vom Regen in die Traufe, in: Emma, 3/1984.

28 Anke Brunn, Rita Kantemir an den Regierenden Bürgermeister von Berlin: Betr.: Abschiebung türkischer Frauen, LAB, B Rep. 002 Nr. 14982, 20.1.1983.

29 Rita Kantemir an den Regierenden Bürgermeister von Berlin: Brief an Richard von Weizsäcker, Betr.: Asiye A., LAB, B Rep. 002 Nr. 14982, 23.12.1983.

30 Rita Kantemir an den Regierenden Bürgermeister von Berlin: Betr.: Petitionen mißhandelter ausländischer Ehefrauen, LAB, B Rep. 002 Nr. 14982, 11.5.1983.

Verbleib der Petentinnen in West-Berlin auszusprechen.³¹ Der Petitionsausschuss schloss sich dieser Empfehlung im Juni 1983 an.³² Die letzte Entscheidung lag beim Innensenator Heinrich Lummer, der zu einer Stellungnahme aufgefordert wurde. Dieser entschied, dass Zülal S. eine Aufenthaltserlaubnis erhalten sollte, sofern sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten und eine Wohnung außerhalb der Zuzugssperrenbezirke nachweisen konnte. Hatice K. erteilte der Innensenator ebenfalls eine Aufenthaltserlaubnis, da sie bereits von 1971 bis 1977 in West-Berlin gelebt hatte und dieser Sonderfall das Risiko einer Präcedenzwirkung mindere. Die Petition von Asiye A. hingegen wurde abgewiesen, da eine positive Entscheidung »andere Fälle des Ehegattennachzugs präjudizieren« könnte und die »Gefahr einer mißbräuchlichen Ausnutzung« bestünde.³³ Die Ausländerbeauftragte Barbara John konnte bei Innensenator Lummer nur noch aushandeln, dass Asiye A. bis zu den Sommerferien 1984 in West-Berlin bleiben durfte, um sich auf die Ausreise vorzubereiten.³⁴

Auf dem Frauenkongress in Frankfurt, an dem auch Asiye A. teilnahm und ihre Situation darlegte, reflektierte eine Mitarbeiterin des zweiten Berliner Frauenhauses die Praxis der Skandalisierung von Einzelfällen kritisch. Durch die Schilderung individueller Einzelfälle moralischen Druck auf Entscheidungsträger auszuüben, lenke von den politischen und juristischen Ursachen eher ab und erfordere von den Frauen, private Details öffentlich zu machen.³⁵ »Für die politische Arbeit wirkt sich das Festhalten an der Einzelfallproblematik nachteilig aus. Solange wir es nicht schaffen, davon herunterzukommen, wird es immer um die eine Frau gehen, den einen Namen, für die wir dann lediglich individuell, praktisch als letzten Notnagel, eine Unterstützung, sei es auch nur materieller Art, finden können«,³⁶ erklärte die Frauenhaus-Mitarbeiterin. Deshalb bedurfte es in den Augen der Arbeitsgruppe Recht einer politisch

31 Vgl. ebd.

32 Vgl. Senatskanzlei des Regierenden Bürgermeisters: Betr.: Eingaben über Duldung des Aufenthaltes, LAB, B Rep. 002 Nr. 14982, 28.6.1983.

33 Der Senator für Inneres Berlin: Drucksache über Aufenthalt nachgezogener Ehefrauen im Fall der Scheidung oder des Getrenntlebens, 17.11.1983, S. 4.

34 Vgl. Ratsch, Traude: Widerstand gegen die Ausweisungen ausländischer Frauen aus der Bundesrepublik. Interview mit Ulrike Palmert und Sadiye Kaygun-Dohmeyer, Mitarbeiterinnen des 2. Berliner Frauenhauses, in: iza, 3/84, S. 48 f., S. 49.

35 Vgl. Ratsch, Traude: Wir fordern ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische Frauen, in: Arbeitsgruppe Frauenkongress (Hg.): Sind wir uns denn so fremd? Ausländische und deutsche Frauen im Gespräch, Frankfurt a. M. 1985, S. 41-48, S. 48.

36 Ratsch, Traude: Widerstand gegen die Ausweisungen ausländischer Frauen aus der Bundesrepublik, iza 3/84, S. 49.

formulierten Forderung nach einem eigenständigen Aufenthaltsrecht für alle nachgezogenen Migrantinnen. Hatten Aktivist*innen bereits in den Jahren zuvor Einzelfälle skandalisiert und damit den Ermessensspielraum bei Härtefällen genutzt, so stellten die Teilnehmerinnen auf dem Frauenkongress in Frankfurt erstmals die politische Forderung nach einem eigenständigen Aufenthaltsrecht – und hinterfragten damit den rechtlichen und strukturellen Rahmen insgesamt.

*Einsprüche migrantischer Frauen gegen
feministischen Paternalismus und Rassismus*

Auch für die Auseinandersetzung mit Rassismus innerhalb der westdeutschen Frauenbewegung kann der Frauenkongress in Frankfurt als Auftakt betrachtet werden, der nachhaltige kontroverse Debatten über die Verschränkung von Rassismus und Sexismus im Aufenthaltsrecht eröffnete. Besonders kontrovers diskutierten die Teilnehmerinnen in der Arbeitsgruppe ›Was verbindet uns eigentlich?‹, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, sich mit dem Rassismus in der Frauenbewegung auseinanderzusetzen. In der Diskussion, an der mehr als 100 Frauen teilnahmen, ergriffen Migrantinnen das Wort und kritisierten westdeutsche Feministinnen scharf. »Ihren ganzen Frust und ihre ganze Wut über den langjährigen Rassismus der deutschen Frauen und der Frauenbewegung schleuderten sie uns entgegen!«,³⁷ erinnerte sich Anja Ruf aus der Arbeitsgruppe. Die Angriffe der migrantischen Frauen seien so massiv gewesen, dass die westdeutschen Frauen »dasaßen wie vom Donner gerührt, zu nichts fähig«, so Ruf. Die Kritisierten waren völlig überrumpelt davon, der Kritik der Migrantinnen ausgesetzt zu sein. Die Verhältnisse hatten sich umgekehrt, die Migrantinnen wehrten sich lautstark gegen die Vereinbarungen und den Paternalismus der westdeutschen Frauen, während sich die Feministinnen in der Position der stummen Zuhörenden und Lernenden wiederfanden, wie an dieser Schilderung deutlich wird: »Die Ausländerinnen brachten nicht nur ihre gefühlsmäßige Betroffenheit und Wut sehr deutlich zum Ausdruck und eben auch sehr direkt und persönlich gegenüber den anwesenden Deutschen – sondern sie waren auch die sehr viel Wortgewaltigeren und Redegewandteren. Wir Deutschen waren zu keiner Argumentation in der Lage, dagegen sprudelten aus ihnen die Argumente und inhaltlichen Positionen nur so heraus.«³⁸

37 Vgl. Ruf, Anja: Was haben ausländische und deutsche Frauen gemeinsam?, in: Arbeitsgruppe Frauenkongreß (Hg.): Sind wir uns denn so fremd? Ausländische und deutsche Frauen im Gespräch, Frankfurt a. M. 1985, S. 160-167, S. 162.

38 Ebd., S. 162 f.

Wie unerwartet und schmerzhaft es die westdeutschen Feministinnen traf, plötzlich selbst Objekt der Kritik und Beurteilung zu sein, zeigt sich an ihren Reaktionen: »Durch die emotionale Wucht der Anklagen fühlten wir uns an die Wand gedrängt, einige waren den Tränen nahe.«³⁹ Über sich selbst schrieb Ruf, sie habe die Situation als beklemmend erlebt und habe eine Wut verspürt, die sie weder verstand noch artikulieren konnte. An inhaltliche Kritik konnte sie sich nicht erinnern, jedoch daran, dass eine Migrantin gesagt habe: »Immer wurde über mich geredet, immer mußte ich mich entblößen – jetzt will ich, daß auch ihr deutschen Frauen euch endlich einmal nackt auszieht!«⁴⁰ Dass Migrantinnen sich dem Zugriff sozialpädagogischer Objektivierung und Vermessung verweigerten und sich der prüfende Blick nun zurück auf sie selbst richtete, versetzte Ruf in Panik, sie fühlte sich objektiviert und hilflos dem Zugriff der Migrantinnen ausgesetzt: »Ich hatte das Gefühl, daß eine Atmosphäre entsteht, die mir die Luft nimmt und in der ich mich nicht mehr artikulieren kann. Mir schien es plötzlich, als ob die Ausländerinnen meine Integrität als Person bedrohen und verletzen. [...] Ich wollte mich auch nicht ›nackt ausziehen‹ und sah nicht ein, daß das irgendjemand zu recht von mir fordern könne.«⁴¹ Der Frauenkongress wurde zum politischen Wendepunkt im Umgang der westdeutschen Frauenbewegung mit marginalisierten Frauen. Was in den Diskussionen in Frankfurt von westdeutschen Sozialpädagoginnen als Schock empfunden wurde, initiierte die selbstkritische Auseinandersetzung des Fachs mit Rassismus, eigenen Praktiken der Konstruktion von Andersheit und die Reflexion immanenter Machtasymmetrien.

Der Frauenkongress endete mit dem Beschluss zahlreicher politischer Forderungen, darunter eigenständiges Arbeits- und Aufenthaltsrecht für Frauen unabhängig von familiären Bedingungen, kommunales Wahlrecht sowie ein uneingeschränktes Recht auf politische Betätigung, aber auch zahlreiche Forderungen nach körperlicher Selbstbestimmung.⁴² Frauen forderten den »Stopp der unfreiwilligen Sterilisation ausländischer Frauen«, »Stopp der erzwungenen Abtreibungen, der medizinischen und pharmazeutischen Versuche an Frauen« sowie die Abschaffung des § 218.⁴³ Trotz kontrovers diskutierter Themen betonten die Teilnehmerinnen in ihrer Resolution die Notwendigkeit, eine solidarische Fraueneinheit zu bilden und »die Gründe und Zusammenhänge des alltäglichen Rassismus

39 Ebd., S. 162.

40 Ebd., S. 163.

41 Ebd.

42 Vgl. Ausländische und deutsche Frauen gemeinsam, S. 18.

43 Ebd., S. 19.

und Sexismus gemeinsam [zu] verstehen und bekämpfen«.44 Als erste politische Schritte beschlossen sie eine bundesweite Aktion für die Forderung nach einem eigenständigen Aufenthaltsrecht und die Gründung lokaler Aktionsbündnisse sowie einer bundesweiten Koordinationsstelle.45 Bündnistreffen lokaler Frauengruppen in Folge des Frauenkongresses lassen sich aus Archiven und Zeitzeuginnenberichten in Stuttgart, Hamburg, Köln46 und West-Berlin rekonstruieren. In Hamburg lud das Frauenprojekt INCI im April 1984 zu einem Frauenbündnistreffen ein.47 In Stuttgart war die Frauengruppe, die sich im Anschluss an den Frauenkongress gegründet hatte, noch Jahre später politisch aktiv.48

In West-Berlin gründeten Berrin Önlér-Sayan und ihre Mitstreiterinnen die Internationale Frauengruppe, die sich einmal im Monat zum öffentlichen Plenum in der Geschäftsstelle von Pro Familia traf.49 Die Frauen waren der Meinung, »daß es nicht ausreicht, einmal einen derartigen Kongreß zu veranstalten und ansonsten zuzusehen, wie unsere Situation – wenn überhaupt – als ›Randproblem‹ diskutiert und dargestellt wird.«50 Um ihr erklärtes Ziel, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht der Frauen politisch durchzusetzen, organisierten sie Seminare und Podiumsdiskussionen.51 Önlér-Sayan hielt im Mai 1987 eine Rede im Frauenausschuss des Europäischen Parlaments im Reichstag, in der sie für ein unabhängiges Aufenthaltsrecht für Migrantinnen eintrat.52

Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Liselotte Funcke, griff diese Forderung im Herbst 1987 auf. Bei dem »Hearing zur Situation ausländischer Frauen und Mädchen«, das sie zusammen mit der

44 Ausländische und deutsche Frauen gegen Frauenunterdrückung, Rassismus und ausländerfeindliche Politik: Aufruf des ersten bundesweiten Kongresses ausländischer und deutscher Frauen und Mädchen, Privatarchiv Berrin Önlér-Sayan, 25.3.1984.

45 Vgl. ebd.

46 Vgl. Tekin, Ayşe: Unterschiede! – Und was eint uns? Die Entwicklung der Verschiedenheit im migrantischen Feminismus, in: Gutiérrez Rodríguez, Encarnación, Tuzcu, Pinar (Hg.): Migrantischer Feminismus. In der Frauen:bewegung in Deutschland (1985-2000), Münster 2021, S. 144-164, S. 147 f.

47 INCI: Einladung zum Frauenbündnistreffen, FFBIZ, A Rep. 400 BRD 6c, 25.4.1984.

48 Vgl. Önlér-Sayan, Berrin: Zur Migrantinnenbewegung der 1970/80er-Jahre in der Bundesrepublik.

49 Internationale Frauengruppe: Wer ist die Internationale Frauengruppe?, Privatarchiv Berrin Önlér-Sayan, o. D.

50 Ebd.

51 Amnesty for Women, Internationale Frauengruppe, TIO, Uğrak, 2. Frauenhaus: Für ein eigenständiges Arbeits- und Aufenthaltsrecht ausländischer Frauen, FFBIZ, F Rep. 10 Berlin 1.6 c (937 a-c), 28.2.1985.

52 Önlér-Sayan: Eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische Frauen, Privatarchiv Berrin Önlér-Sayan, 19.5.1987.



*»Eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische Frauen« –
die Internationale Frauengruppe im März 1985*

Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Rita Süßmuth, organisierte, kritisierte sie die Rechtsunsicherheit alleinstehender Migrantinnen und forderte ein unabhängiges Aufenthaltsrecht.⁵³ Im Vorfeld hatten das Bundesinnenministerium und das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung interveniert und versucht, eine Streichung von Fragen zum politischen und rechtlichen Status von Migrantinnen zu veranlassen.⁵⁴ Während Innenminister Zimmermann die Thematisierung der rechtlichen Situation migrantischer Frauen »unter Zuständigkeitsabwägungen ebenso wie aus inhaltlichen Gründen für nicht wünschenswert«⁵⁵ befand, befürchtete das Arbeitsministerium »ei-

53 Vgl. Die Beauftragte der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen: Ausländerbeauftragte fordert eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische Frauen. In: Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen, Bonn, 21.10.1987; Knuth, Imke: Der »völlig ungewisse rechtliche Status«. Süßmuth und Funcke fordern ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische Frauen, in: General-Anzeiger Bonn, 23.10.1987; Ungesicherten Status von Ausländerinnen kritisiert. Ausländerbeauftragte nennt Situation »besonders belastend«, in: Evangelischer Pressedienst, 21.10.1987.

54 Vgl. Bundesminister des Innern: betr.: geplante gemeinsame Anhörung zur »situation ausländischer Frauen und Mädchen aus den Anwerbestaaten«, BArd, B 189/26095, 23.7.1987.

55 Ebd.

nen kaum einzulösenden Forderungskatalog an die Bundesregierung«. ⁵⁶ Wichtiger sei die Frage, welchen Beitrag Wohlfahrtsverbände, migrantische Selbstorganisationen und die Betroffenen selbst leisten könnten. »Entscheidend für weitere Integrationsfortschritte ist ein Bewußtseinswandel bei den Ausländerinnen. Nur wenn diese ihre weit verbreitete Abkapselung aufgeben und selbst den Willen aufbringen, kommen die Hilfen richtig an und wird es schnellere Fortschritte geben.« ⁵⁷ Aus diesen Interventionsversuchen spricht das Bestreben, politische Forderungen einzuhegen und die Verantwortung für den rechtlich und politisch prekären Status von Migrantinnen auf migrantische Selbstorganisationen umzulenken. Hintergrund der Einmischung war die Novellierung des Ausländerrechts, dessen Entwurf das Innenministerium 1987 vorbereitete und das eine weitere Begrenzung vorsah. ⁵⁸ Bis zur Verabschiedung des neuen Ausländergesetzes sollte es, auch bedingt durch die historische Zäsur 1989, bis 1990 dauern. Die Forderung der migrantischen Frauen nach einem eigenständigen Aufenthaltsrecht blieb jedoch unerfüllt: Auch wenn die Frist bis zur unabhängigen Aufenthaltserlaubnis später von fünf Jahren auf drei Jahre reduziert wurde, ist die Regelung bis heute in Kraft. ⁵⁹

3.2 Transnationale Aufbrüche zwischen Westeuropa und der Türkei

Als das Initiativkomitee der Europäischen Konferenz türkeistämmiger Migrantinnen 1985 die Vrije Universiteit Amsterdam als Veranstaltungsort besichtigte, wurden die Frauen zunächst für Putzfrauen gehalten. ⁶⁰ Mit ihrem Plan, eine internationale Konferenz für Migrantinnen zu organisieren, traten die Frauen gegen ebenjenen Platz an, den ihnen die Dominanzgesellschaft – symbolisch verdichtet in dieser Szene – zu-

⁵⁶ Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung an die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit: Betr.: Geplante gemeinsame öffentliche Anhörung zur »Situation ausländischer Frauen und Mädchen aus den Anwerbestaaten«; hier: Entwurf eines Fragenkatalogs (Stand 27.7.1987), BAArch, B 189/26095, 11.8.1987.

⁵⁷ Ebd.

⁵⁸ Vgl. Herbert, Ulrich: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland, 2003, S. 278 f. Unter anderem sah der Entwurf von 1988 vor, dass der Nachzug von Kindern im Alter von sechs bis 15 Jahren nur nach Ermessen bewilligt werden solle. Dauerhafter Aufenthalt sollte die »auf begründete Einzelfälle beschränkte Ausnahme« sein. Ebd., S. 279.

⁵⁹ Vgl. Inan, Özge: Gewalt oder Abschiebung, in: Süddeutsche Zeitung, 8.3.2023.

⁶⁰ Vgl. Initiative Committee of the European Conference of Turkish Women Migrants: »Sesini yükselt!« »Raise your voice!« Türkiyeli Göçmen Kadınlar Avrupa Konferansı, Amsterdam 1985, S. 7.

wies. Die Idee für eine solche Konferenz war dem Initiativkomitee⁶¹ in Vorbereitung und Abgrenzung zur dritten UN-Weltfrauenkonferenz in Nairobi 1985 gekommen. Den Impuls hatte zum einen das Unbehagen gegeben, auf Frauenkonferenzen stets Objekt der Diskussionen von Expertinnen zu sein,⁶² und zum anderen die Vernachlässigung migrantischer Realitäten auf den Weltfrauenkonferenzen. »Die Probleme von Migrantinnen wurden 1975 in Mexiko nicht ins Programm aufgenommen und erst in der Konferenz in Kopenhagen 1980 zur Mitte der Dekade teilweise aufgegriffen. Die Bemühungen auf diesem Gebiet blieben jedoch, wie die Bearbeiterinnen selbst anmerkten, äußerst unzureichend und fragmentarisch«,⁶³ schrieb das Initiativkomitee in der Einladung zur Konferenz in Amsterdam.

Zum Ende der UN-Dekade der Frau konnte die Konferenz türkeistämmiger Migrantinnen als kritische Antwort auf die Marginalisierung der Probleme von Migrantinnen auf den UN-Weltfrauenkonferenzen in Mexiko und Kopenhagen verstanden werden.⁶⁴ Einen Monat vor der dritten Weltfrauenkonferenz in Nairobi im Juli 1985 nahmen die unter dem Dach der sozialistischen Frauenföderation ATKF vereinten Frauen sich damit das Recht, für sich selbst zu sprechen.⁶⁵ »We were convinced that we were the ones to tell the world who we were, how we felt, what we did, what our dreams and struggles were about. We were convinced that we should raise our voice in Nairobi«,⁶⁶ heißt es im Vorwort der Dokumentation zur Konferenz. Unter dem Motto »Sesini yükselt – Raise your Voice« versammelten sich vom 6. bis zum 8. Juni 1985 rund 200 Frauen aus Westeuropa und der Türkei in Amsterdam und schufen damit eine Gegenöffentlichkeit.⁶⁷

61 Das Initiativkomitee bestand aus Mitgliedern der Union türkeistämmiger Frauen in Holland (Hollanda Türkiyeliler Kadın Birliği, HTKB) und des Frauenbüros der TKP, das sich nach dem Putsch 1980 aus ehemaligen Mitgliedern der verbotenen İKD formiert hatte. Vgl. TKP Kadın Bürosu: Avrupa'daki Türkiyeli Göçmen Kadınlar Konferansı, in: Akbulut, Erden (Hg.): TKP Kadın Bürosu 1984-1986, İstanbul 2016, S. 42-48.

62 Vgl. Initiative Committee of the European Conference of Turkish Women Migrants: »Sesini yükselt!« »Raise your voice!«, 1985, S. 7.

63 Hollanda Türkiye Kadınlar Birliği: Türkiyeli Göçmen Kadınlar Avrupa Konferansı Üzerine Ek Bilgilendirme, TÜSTAV, GKB Arşiv Fonu, Zarf 100, 12.2.1985.

64 Vgl. ebd.

65 Vgl. Initiative Committee of the European Conference of Turkish Women Migrants: »Sesini yükselt!« »Raise your voice!«, 1985, S. 7.

66 Ebd.

67 Hollanda Türkiye Kadınlar Birliği: »Sesini Yükselt!« / »Raise your Voice!« Türkiyeli Göçmen Kadınlar Avrupa Konferansı / European Conference of Turkish Women Migrants (6-8-Haziran 1985 Amsterdam), IISG, IISG BG D18/141, 1985.

In der UN-Dekade der Frau von 1976 bis 1985 wurden Geschlechterverhältnisse zum Gegenstand politischer Debatten auf der Weltbühne. Die Idee eines Internationalen Jahres der Frau, das 1975 die UN-Dekade einleitete, entstand vor dem Hintergrund des Kalten Krieges: Auf der Sitzung der UN-Kommission zur Rechtsstellung der Frau im Jahr 1972 brachte eine rumänische Delegierte der sozialistisch orientierten Internationalen Demokratischen Frauenföderation (WIDF) den Vorschlag ein, 1975 als Jahr der Frau zu proklamieren, den die UN eher zögernd annahmen.⁶⁸ Zur ersten Weltfrauenkonferenz in Mexiko City im Juli 1975 reisten mehr als 2.000 offizielle Delegierte und 6.000 Repräsentant*innen von Nichtregierungsorganisationen aus der ganzen Welt an.⁶⁹ Die Weltfrauenkonferenz markiert einen Wendepunkt in der Sichtbarkeit geschlechterpolitischer Themen und wurde zugleich zur Bühne für die Auseinandersetzung konkurrierender Verständnisse von Frauenrechten im Kontext des Kalten Kriegs.⁷⁰ Nach der zweiten Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen 1980 sollte die Weltfrauenkonferenz in Nairobi im Juli 1985 die UN-Dekade der Frau abschließen.

Die Mitglieder des Initiativkomitees sahen in Nairobi eine wichtige internationale Plattform, um auf die Probleme von Migrantinnen aufmerksam zu machen und eigene Forderungen zu stellen. Dort fand neben dem offiziellen Programm ein Forum für Nichtregierungsorganisationen mit mehr als 1.000 Workshops statt, an dem 14.000 Frauen, darunter viele Migrantinnen und Frauen aus dem Globalen Süden, teilnahmen.⁷¹ Um die Anliegen der Frauen zu vertreten, die nicht nach Nairobi reisen konnten, bedurfte es in den Augen der HTKB der eingehenden Vorbereitung durch eine eigene Konferenz, auf der Migrantinnen aus ganz Euro-

68 Vgl. Haan, Francisca de: *The Global Left-Feminist 1960s* 2018, S. 236; Ghodsee, Kristen: *Revisiting the United Nations Decade for Women. Brief Reflections on Feminism, Capitalism and Cold War Politics in the Early Years of the International Women's Movement*, in: *Women's Studies International Forum* 33, 2010, S. 3-12, S. 4; Olcott, Jocelyn: *International Women's Year. The Greatest Consciousness-Raising Event in History*, New York 2017, S. 19.

69 Vgl. Ghodsee, Kristen: *Revisiting the United Nations Decade for Women*, 2010, S. 5.

70 Vgl. Olcott, Jocelyn: *Cold War Conflicts and Cheap Cabaret. Sexual Politics at the 1975 United Nations International Women's Year Conference*, in: *Gender and History* 22/3, 2010, S. 733-754, S. 736; Börgerding, Lea: *Staging emanipation and its limits: East German cultural diplomacy, the German Democratic Women's League, and the 1975 World Congress of Women in East Berlin*, in: *Women's History Review* 34/1, 2025, S. 8-26.

71 Vgl. Hendessi, Mandana: *Fourteen Thousand Women Meet. Report from Nairobi, July 1985*, in: *Feminist Review* 23, 1986, S. 147-156, S. 149.

pa gemeinsame Forderungen und Strategien erarbeiteten.⁷² Dazu rief das Initiativkomitee alle Frauenorganisationen im Vorfeld auf, Informationen über die konkreten Bedingungen und Probleme von Migrantinnen in den einzelnen Ländern zu erheben. In dem mit der Einladung zirkulierten Fragebogen bat das Komitee neben allgemeinen Statistiken zu den Bildungs-, Arbeits- und Wohnverhältnissen um Informationen über die politischen Rechte von Migrantinnen und ihre politische Organisation.⁷³ »Soon, letters began to flow in, regional meetings were organised everywhere, delegates chosen, information gathered, plans made«, heißt es in der Dokumentation der Frauenkonferenz. »We prepared our homes to welcome our guests, women groups in various countries sold their handwork to bring the travel costs of their delegation together. One delegate found it worthwhile to use up her saving of the last four years to come all the way from Australia.«⁷⁴ Neben 35 Delegierten aus den Niederlanden kamen zudem 40 Delegierte aus der Bundesrepublik und drei aus West-Berlin.⁷⁵ Wen das Initiativkomitee genau kontaktierte, lässt sich aus den Quellen nicht umfassend rekonstruieren, doch es ist davon auszugehen, dass alle Mitgliedsorganisationen der ATKF eingeladen wurden, deren Mitglied auch die HTKB war. Ähnlich wie der Türkische Frauenverein hatte sich die HTKB am 8. März 1975 als Schwesterorganisation der Union türkeistämmiger Arbeiter*innen in Holland (HTIB) gegründet und stand der TKP nahe.⁷⁶ Das Einladungsschreiben findet sich zudem im Archiv des Türkischen Zentralbüros des DGB.⁷⁷

Die Frauenkonferenz in Amsterdam wurde zur Bühne, auf der sich türkeistämmige Migrantinnen nach innen über ihre Gemeinsamkeiten und Strategien verständigten und nach außen Handlungsmacht und Geschlossenheit demonstrierten.⁷⁸ In ihrer Eröffnungsrede verwies die Vor-

72 Vgl. Hollanda Türkiye Kadınlar Birliği: Türkiye Gönçmen Kadınlar Avrupa Konferansı Üzerine Ek Bilgilendirme, TÜSTAV, GKB Arşiv Fonu, Zarf 100, 12.2.1985.

73 Hollanda Türkiye Kadınlar Birliği: Ülkenizde/Bölgünüzde/Kentinizdeki Türkiye Gönçmen Kadınların Durumuna İlişkin Bilgiler, TÜSTAV, GKB Arşiv Fonu, Zarf 101, o. D.

74 Initiative Committee of the European Conference of Turkish Women Migrants: »Sesini yükselt!« »Raise your voice!«, 1985, S. 7 f.

75 Vgl. Konferans Girişim Komitesi adına HTKB: Sesini Yükselt! Türkiye Gönçmen Kadınlar Avrupa Konferansı Raporları ve Öneriler, Amsterdam 1986, S. 83.

76 Vgl. Öztan, Ece: Unutulan bir Göç ve Yurttaşlık Deneyimi. İlk Kuşak Gönçmen Kadınlar ve Hollanda Türkiye Gönçmen Kadınlar Birliği, in: Fe Dergi 2/2, 2010, S. 32-44, S. 39.

77 HTKB: European Conference of Turkish Women Migrants, AdsD, 5/DGAZ 337, 12.2.1985; HTKB: European Conference of Turkish Women Migrants, AdsD, 5/DGAZ 337, 23.4.1985.

78 Vgl. Wolff, Kerstin; Schüler, Anja: Der Kongress tanzt – Nicht! Frauenkongresse als Orte der Kommunikation, Politik und Vernetzung, in: Ariadne. Forum für

sitzende der HTKB, Maviye Karaman, auf die zehnjährige Geschichte der migrantischen Frauenbewegung in den Niederlanden. »Diese Konferenz ist nicht die erste Versammlung, auf der die Probleme türkeistämmiger Migrantinnen behandelt werden. Aber es ist die erste internationale Konferenz, auf der türkeistämmige Frauen nicht Objekt der Diskussionen, sondern selbst Organisatorinnen und Sprecherinnen sind.«⁷⁹ In sieben Arbeitsgruppen diskutierten die Konferenzteilnehmerinnen über Arbeit, den Rechtsstatus von Migrantinnen, ihre Selbstorganisation, kulturelle Probleme, Gesundheit sowie Rassismus und Diskriminierung.⁸⁰ In ihrer Resolution forderten die Delegierten Gleichberechtigung, Wahlrecht, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für nachgezogene Frauen, die konsequente strafrechtliche Verfolgung von rassistischen und diskriminierenden Praktiken und vieles mehr. Vertreterinnen der Konferenz in Amsterdam reisten einen Monat später mit einer frisch gedruckten Broschüre und einem Film nach Nairobi, um dort im Forum der Weltfrauenkonferenz über ihre Probleme und Forderungen zu sprechen.⁸¹

Die Entstehung der feministischen Bewegung in der Türkei nach 1980

Unterdessen hatte sich nach dem Militärputsch 1980 auch in der Türkei eine feministische Bewegung formiert – paradoxerweise in einer Phase, die von einem Prozess der Depolitisierung geprägt war, in dem die linke politische Bewegung zerschlagen wurde.⁸² Um staatliche Überwachung und Repression zu umgehen, trafen sich die Feministinnen im Ausnahmezustand, in dem jegliche politische Aktivität verboten war, in Privatwohnungen zu sogenannten Frauenzirkeln und ahmten damit die

Frauen- und Geschlechtergeschichte, 76, 2020, S. 1-3, S. 2.

79 Karaman, Maviye: Açış Konuşması (Özet), in: Konferans Girişim Komitesi adına HTKB (Hg.): Sesini Yükselt! Türkiyeli Göçmen Kadınlar Avrupa Konferansı Raporları ve Öneriler, Amsterdam, S. 9-11, S. 10.

80 Vgl. Hollanda Türkiye Kadınlar Birliği: Türkiyeli Göçmen Kadınlar Avrupa Konferansı Üzerine Ek Bilgilendirme, TÜSTAV, GKB Arşiv Fonu, Zarf 100, 12.2.1985.

81 Vgl. Kutluer-Yalım, Özden: Türkiyeli Göçmen Kadınlar Avrupa Konferansı'ndan Nairobi Dünya Kadınlar Konferansı'na ..., in: Konferans Girişim Komitesi adına HTKB (Hg.): Sesini Yükselt! Türkiyeli Göçmen Kadınlar Avrupa Konferansı Raporları ve Öneriler, Amsterdam, S. 99-101.

82 Vgl. etwa Coşar, Simten; Onbaşı, Funda Gençoğlu: Women's Movement in Turkey at a Crossroads, 2008, S. 329; Tekeli, Şirin: Emergence of the Feminist Movement in Turkey, in: Dahlerup, Drude (Hg.): The New Women's Movement. Feminism and Political Power in Europe and the USA, London, California 1986, S. 179-199, S. 195.

in der Türkei weitverbreitete Praxis informeller Teepartys nach.⁸³ Diese Zirkel wurden, vom Militärregime weitestgehend unbemerkt – oder unterschätzt –, zu einer Art Forum feministischer Meinungsbildung, in dem die Frauen feministische Literatur und Themen wie Abtreibung und Sexualität diskutierten. Viele der Frauen, die sich in den Selbsterfahrungsgruppen trafen, waren zuvor in linken Organisationen politisch aktiv gewesen, waren Akademikerinnen und kamen aus der bürgerlichen Mittelschicht.⁸⁴ Şirin Tekeli, eine dieser Frauen und Protagonistinnen der neuen Frauenbewegung, verstand die Kleingruppe als Organisationsform im Unterschied zu Massenmobilisierung linker Gruppen als Schutzraum, in dem feministische Frauen neue Lebensweisen erproben konnten.⁸⁵ Die Politikwissenschaftlerin Bihter Somersan geht davon aus, dass die Junta die feministische Bewegung duldete, weil sie ihre Anliegen nicht als politisch und folglich nicht als Bedrohung wahrnahm.⁸⁶

Nach einer Phase der Selbstfindung und der Organisation in Ad-hoc-Komitees begann die feministische Bewegung ab Mitte der achtziger Jahre, öffentlichkeitswirksame Protestaktionen zu planen. Am 17. Mai 1987 protestierten rund 3.000 Frauen gegen geschlechtsspezifische Gewalt im Istanbuler Stadtteil Kadıköy.⁸⁷ Die Demonstration für Frauensolidarität gegen geschlechtsspezifische Gewalt (*Dayağa Karşı Kadın Dayanışma Yürüyüşü*) war die erste zugelassene Demonstration in der Türkei nach dem Militärputsch 1980 – und die erste Frauendemo in der Türkei. Diese Demonstration stieß auf breite öffentliche und mediale Aufmerksamkeit und gilt bis heute als Meilenstein im feministischen Kampf gegen geschlechtsspezifische Gewalt. In den darauffolgenden Jahren eigneten sich Feministinnen den öffentlichen Raum mit kreativen Protesttaktiken an. So stürmten etwa Frauen »Männerkneipen«, also traditionell nur von

83 Vgl. Sirman, Nükhet: Feminism in Turkey. A Short History, in: New Perspectives on Turkey 3, 1989, S. 1–34, S. 19 f.

84 Vgl. Tekeli, Şirin: Die erste und die zweite Welle der Frauenbewegung in der Türkei, in: Schöning-Kalender, Claudia (Hg.): Feminismus, Islam, Nation. Frauenbewegungen im Maghreb, in Zentralasien und in der Türkei, Frankfurt a. M. 1997, S. 73–93, S. 81 und 85.

85 Vgl. ebd., S. 82.

86 Vgl. Somersan, Bihter: Feminismus in der Türkei. Die Geschichte und Analyse eines Widerstands gegen hegemoniale Männlichkeit, Münster 2011, S. 80.

87 Vgl. Seven, Ömer: Erste Frauendemo gegen Männergewalt in Istanbul. Doppelte Premiere seit dem Putsch 1980: »Richtige« Demonstration und dann auch noch eine reine Frauendemo, in: taz, 19.5.1987; Sirman, Nükhet: Feminism in Turkey, 1989, S. 1; Tekeli, Şirin: Die Neue Frauenbewegung in der Türkei der 80er Jahre, in: Esin, Ayşe u. a. (Hg.): Die türkische Frauenbewegung. Probleme und Entwicklungen in Deutschland und in der Türkei, Karlsruhe 1993, S. 57–68, S. 62.

Männern besuchte Lokale.⁸⁸ Die »Besetzungen von Männercafés«⁸⁹ waren Teil einer Kampagne gegen sexuelle Belästigung, zu der auch die Aktion der »Lila Nadel« (*Mor İğne*) gehörte: Auf den Bosphorusfähren verkauften Frauen sieben Zentimeter lange Packnadeln an andere Frauen, damit die sich gegen sexuelle Übergriffe im öffentlichen Raum wehren konnten.⁹⁰ So funktionierten sie ein Nähutensil zur Waffe um und erweiterten damit die Politisierung des Nähens um eine neue Dimension.

Ende der achtziger Jahre konzentrierten sich die Kämpfe der feministischen Bewegung in der Türkei auf die Gründung von Frauenhäusern.⁹¹ Mittlerweile hatte sich die Bewegung in eine sozialistisch-feministische und eine radikalfeministische Gruppe aufgespalten, deren Trennung sich in der Publikation von zwei Zeitschriften manifestierte: Die radikalfeministische Gruppe gab von 1987 von 1990 *Feminist* heraus, die sozialistisch-feministische Gruppe von 1988 bis 1990 *Sosyalist Feminist Kaktüs*. Trotz der Uneinigkeit in der Frage des Haupt- und Nebenwiderspruchs – gemeinsam war den Gruppen, dass sie Kontakte in Westdeutschland knüpften. Die Entstehung der neuen feministischen Bewegung in der Türkei vollzog sich nicht isoliert von Entwicklungen in Westeuropa, sondern in Auseinandersetzung mit den Frauenbewegungen in Westdeutschland und Frankreich. Die türkische Frauenbewegung übersetzte westliche feministische Klassiker auf Türkisch, übernahm feministische Strategien wie autonome Organisationsstrukturen sowie feministische Räume wie Frauenbibliotheken und Frauenhäuser und adaptierte sie lokal.⁹² Mit den Frauenbewegungen in Westeuropa teilten sie auch die körperpolitische Parole, dass das Persönliche politisch sei. Dies war jedoch kein einseitiger Wissenstransfer: Ideen und Aktionen der türkischen Frauenbewegung wirkten gerade in Westdeutschland auf die migrantische Frauenbewegung zurück, die sich dort in den 1980er Jahren formiert hatte. Wie verwoben die feministische Wissensproduktion und das Solidaritätsnetz zwischen der Türkei und Westdeutschland war, lässt sich aus den Quellen zu Frauenkongressen rekonstruieren, in denen Ende der achtziger Jahre türkische und migrantische Feministinnen in der Bundesrepublik aufeinandertrafen.

88 Vgl. Erzeren, Ömer: Mit Stecknadeln gegen Männeranmachere, in: *taz*, 8.12.1989.

89 Tekeli, Şirin: Die Neue Frauenbewegung in der Türkei der 80er Jahre, 1993, S. 63.

90 Vgl. Erzeren, Ömer: Mit Stecknadeln gegen Männeranmachere.

91 Vgl. Dayağa Karşı Kadın Dayanışması Kampanyası: Şimdi Sığınak İçin, İstanbul 1989; Tekeli, Şirin: Europe, European Feminism, and Women in Turkey, in: *Women's Studies International Forum* 15/1, 1992, S. 139–143, S. 140.

92 Vgl. Tekeli, Şirin: Europe, European Feminism, and Women in Turkey, 1992, S. 142.

Feministische Solidaritäten zwischen Westdeutschland und der Türkei

Kontakte zwischen der migrantischen Frauenbewegung in der Bundesrepublik und der feministischen Bewegung in der Türkei entstanden 1988 auf einer Konferenz türkeistämmiger Frauen in Bonn sowie 1989 auf einer internationalen Frauenkonferenz in Duisburg und einem Symposium in Kassel. Diese Konferenzen boten als transnationale soziale Räume eine Bühne, auf der Frauen Fragen der Gleichberechtigung, des Rechts auf den eigenen Körper und widerständige Strategien gegen die Diskriminierung durch Staat und Gesellschaft diskutierten und verhandelten. Eine Analyse dieser transnationalen Begegnungen zeigt, wie die Erfahrungen und politischen Praktiken von Migrantinnen und der feministischen Bewegung in der Türkei miteinander verwoben waren.

Spuren transnationaler Vernetzung sind etwa in der sozialistisch-feministischen Zeitschrift *Kaktüs* dokumentiert. In einem »Deutschland-Dossier« berichtete *Kaktüs* über einen internationalen Frauenkongress in Bonn im April 1988, an dem 160 Migrantinnen aus ganz Westeuropa und zwei Feministinnen aus der Türkei teilnahmen. Laut Hülya Eralp aus dem Organisationskomitee diskutierten die Frauen neben der Situation der Migrantinnen über die feministische Bewegung in der Türkei.⁹³ Auch die Entstehung von Frauenhäusern in Westdeutschland war ein Thema. Einige Frauen, »die noch nie über Feminismus nachgedacht haben«,⁹⁴ kritisierten, dass sie in Europa kein eigenständiges Aufenthaltsrecht hatten, andere kritisierten den Klassismus in der Frauenbewegung. Berichte der sozialistischen Feministinnen über den Marsch für Frauensolidarität gegen Gewalt 1987 in Istanbul begeisterten die migrantischen Frauen hingegen. Linke türkeistämmige Frauen seien zwar auch vor 1980 schon politisch aktiv gewesen, so Eralp, doch die Frauenbewegungen in Europa und den USA hätten sie anders als die nun entstandene feministische Bewegung in der Türkei kaum beeinflusst.⁹⁵

Auch weitere transnationale Begegnungen sind im *Kaktüs* dokumentiert. So waren sozialistische Feministinnen 1989 zur einer Podiumsdiskussion des Türkeizentrums zum 8. März in West-Berlin eingeladen.⁹⁶ Auf dem Podium diskutierten sie mit 150 Teilnehmer*innen über De-

93 Vgl. *Almanya Dosyası*. *Almanya'da Bir Kadın Toplantısı*, in: *Sosyalist Feminist Kaktüs*, 2/1988, S. 53-67, S. 55.

94 Ebd.

95 Vgl. ebd., S. 57.

96 Vgl. *Türkiyeliler Merkezi: Kadınlar tartışıyor; 1980'den sonra Türkiye'de hak eşitliği ve özgürlüklerimizin neresindeyiz?*, FFBIZ, F Rep. 10 Berlin 21.12 + 6c (757), 12.3.1989.

mokratie, Frauenrechte und die feministische Bewegung in der Türkei.⁹⁷ Spuren feministischer Solidaritäten zwischen der Türkei und West-Berlin lassen sich zudem in *Sesimiz*, der von Hedavet Demir herausgegebenen Zeitschrift des West-Berliner Frauenladens KİDÖB, finden, in dem Atiye Altül und Belkıs Erdal gearbeitet haben. Die Zeitschrift druckte 1989 einen Artikel von Gülay Toksöz nach, der zuerst im *Kaktüs* erschienen war. In dem Artikel berichtete Toksöz über einen Angriff auf eine kurdische Sozialarbeiterin in West-Berlin,⁹⁸ bei dem diese schwer verletzt wurde, und brachte ihn in Zusammenhang mit dem Anschlag auf den TIO.⁹⁹ Hier wird deutlich, wie feministisches Wissen, Erfahrungen und Praktiken Ende der achtziger Jahre zwischen der Türkei und Westdeutschland zirkulierten: In einer türkischen Zeitschrift erschien ein Artikel über Gewalt gegen migrantische Frauen in West-Berlin und feministische Frauenarbeit, der seinen Weg zurück nach West-Berlin fand und dort in der Zeitschrift eines Frauenladens erschien.

Zeitgleich trafen sich Frauen aus der radikalfeministischen Gruppe im April 1989 auf einem Symposium »zur gesellschaftlichen Lage von Frauen in der Türkei und in der Migration« in der Evangelischen Akademie in Hofgeismar bei Kassel.¹⁰⁰ Organisiert wurde die Tagung von der Vizepräsidentin der Gesamthochschule Kassel, Aylâ Neusel, und Şirin Tekeli, die sich 1986 während Tekelis Gastaufenthalt in Kassel kennengelernt hatten.¹⁰¹ Den Ausschlag für das Symposium gab der Eindruck, dass die Sicht der Frauen aus der Türkei in der sozialpädagogischen Arbeit, der Frauenbewegung und der Frauenforschung stets nur unzureichend berücksichtigt worden sei.¹⁰² Die Auseinandersetzung mit migrantischen Frauen finde »weitgehend ohne Kenntnis der Forschung in der Türkei und ohne Berücksichtigung türkischsprachiger wissenschaftlicher

97 Vgl. Türkiye'de ve Yurtdışında Bazı Etkinlikler, in: Sosyalist Feminist Kaktüs, 6/1989, S. 21 f.

98 Vgl. Gaserow, Vera: »Die Gefahr ist Teil meiner Arbeit«, in: taz, 29.5.1989.

99 Vgl. Toksöz, Gülay: Bir Saldırının Ardından, in: KİDÖB (Hg.): Sesimiz. Frauenzeitschrift, S. 11-17.

100 Vgl. Aylâ Neusel an Şirin Tekeli: Davetiye, Kadın Eserleri Kütüphanesi ve Bilgi Merkezi Vakfı Arşivi, Şirin Tekeli Özel Arşivi 10014-007-012, 13.12.1988.

101 Vgl. Neusel, Aylâ: Vorwort. Aus einem Bedürfnis heraus, in: Neusel, Aylâ u. a. (Hg.): Aufstand im Haus der Frauen. Frauenforschung aus der Türkei, Berlin 1991, S. 9-13, S. 9; Neusel, Aylâ: Sempozyum 1980'lerin Türkiye'sinde ve Göç Olusunda Kadın, Kadın Eserleri Kütüphanesi ve Bilgi Merkezi Vakfı Arşivi, Şirin Tekeli Özel Arşivi, 10014-006-036, 4/1989.

102 Vgl. Neusel, Aylâ: Vorwort, 1991, S. 9.

Literatur«¹⁰³ statt, kritisierte Neusel.¹⁰⁴ Zu dem Symposium kamen türkische und westdeutsche Akademikerinnen mit einem Forschungsschwerpunkt auf Migration und migrantische Frauen der zweiten Generation.¹⁰⁵

Auch Remziye Ünal, die Mitte der achtziger Jahre aus West-Berlin nach Kassel gezogen war und dort an der Gesamthochschule studierte, nahm an dem Symposium teil. »Ich war auch dabei. Da kamen auch von der Frauenbewegung viele. Lila Dach [*Mor Çatı*, die Initiative für das erste Frauenhaus in Istanbul, Anm. E. K.] und alle Frauen in der Frauenbewegung waren früher in der linken Bewegung. Da ist es mir bewusst geworden, das war ein ganz tolles Symposium«,¹⁰⁶ sagt sie im Zeitzeuginnengespräch. Ünal erinnert sich daran, dass die Diskussionen sehr intellektuell gewesen seien. »Ich bin die Frau, die sich unten bewegt. Ich hab' Kontakt zu oben, aber ich wollte immer da unten bleiben. Damit wir die Füße nicht verlieren.«¹⁰⁷ Der Sammelband »Aufstand im Haus der Frauen«,¹⁰⁸ der aus dem Symposium entstand, setzte neue Impulse in der Frauen- und Migrationsforschung. Ebenso wie die internationale Frauenkonferenz in Bonn weckte das Symposium zudem bei migrantischen Frauen Interesse an der feministischen Bewegung in der Türkei. 1992 organisierten etwa türkeistämmige Studierende in Karlsruhe ein Symposium zur neuen Frauenbewegung in der Türkei, an dem auch Şirin Tekeli teilnahm.¹⁰⁹

Oft führten die grenzüberschreitenden Begegnungen zu praktischen Akten der transnationalen Solidarität. So sammelten migrantische Fraueneläden und Frauengruppen Spenden für die Gründung des ersten Frauenhauses *Mor Çatı* und der Frauenbibliothek in Istanbul.¹¹⁰ Der Türkische Frauenverein und der TIO besuchten später das Frauen-

103 Neusel, Aylâ u. a. (Hg.): *Aufstand im Haus der Frauen. Frauenforschung aus der Türkei*, Berlin 1991, S. 9.

104 Vgl. Neusel, Aylâ: *Sempozyum 1980'lerin Türkiye'sinde ve Göç Olgusunda Kadın, Kadın Eserleri Kütüphanesi ve Bilgi Merkezi Vakfı Arşivi, Şirin Tekeli Özel Arşivi*, 10014-006-036, 4/1989.

105 Vgl. Tekeli, Şirin: Introduction. Women in Turkey in the 1980s, in: dies. (Hg.): *Women in Modern Turkish Society. A Reader*, London 1995, S. 1-21, S. 2.

106 Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

107 Ebd.

108 Neusel, Aylâ u. a. (Hg.): *Aufstand im Haus der Frauen*, 1991.

109 Vgl. Esin, Ayşe; Kaputanoğlu, Anıl; Kesim, Ozan; Kırbıyık, Mine: Die türkische Frauenbewegung. Probleme und Entwicklungen in Deutschland und in der Türkei, Karlsruhe 1993; Flothmann, Karin: Neues Selbstbewusstsein türkischer Frauen, in: *taz*, 29.4.1992.

110 Vgl. Tekeli, Şirin: Europe, European Feminism, and Women in Turkey, 1992, S. 143; Altzinger, Fatos: Das Lila Dach – *Mor Çatı* – Istanbul'da bir Kadinevi. Ein Frauenhaus in Istanbul, in: *Frauensolidarität* 31, 1990, S. 34.

haus Mor Çatı.¹¹¹ Punktuell kam es während der Gründung des Frauenhauses und der Frauenbibliothek auch zu gegenseitigen Besuchen, Spendenaufrufen¹¹² und Wissensaustausch zwischen der West-Berliner Frauenbewegung und der feministischen Bewegung in der Türkei.¹¹³ Internationale Frauenkonferenzen initiierten häufig auch weitergehende Solidaritätsnetzwerke zwischen Westdeutschland und der Türkei, indem sie türkische Feministinnen und die migrantische Frauenbewegung zusammenbrachten. Damit markieren sie Aufbrüche zu einem pluraleren, transnationalen, aber auch institutionalisierten Feminismus, der die neunziger Jahre prägen sollte.

111 Vgl. Zeitzeuginnengespräch mit Gülsüm Kaya, Berlin, Neukölln, 14.6.2022; Zeitzeuginnengespräch mit Ayfer Schultz und Sermin Doğanay, Berlin, Neukölln, 19.6.2023.

112 Im FFBIZ finden sich beispielsweise Spendenaufrufe des Frauenhauses Mor Çatı und der Frauenbibliothek in Istanbul. Vgl. Mor Çatı Kadın Sığınağı Vakfı: Purple Roof Foundation for Women's Shelter, FFBIZ, A Rep. 400 Türkei 18-27, 20.22.5, 1991; Kadın Eserleri Kütüphanesi ve Bilgi Merkezi Vakfı: Women's Library and Information Center, FFBIZ, A Rep. 400 Türkei 18-27, 20.9a.8, 1990.

113 Vgl. Aliefendioğlu, Hanife: Transnational Space Between Women's NGOs in Germany and Turkey. Current Situation and Future Expectations, in: Faist, Thomas, Özveren, Eyüp (Hg.): Transnational Social Spaces. Agents, Networks, and Institutions, Aldershot 2004, S. 59-90, S. 77.

4 Fazit: Frauenräume zwischen Autonomie und Einhegung

In den achtziger Jahren traten Frauenräume in den Vordergrund migrantischer Selbstorganisation. Frauenkörper, Frauenläden und Frauenkonferenzen wurden zu Austragungsorten gesellschaftlicher Verhandlungen von Zugehörigkeit, Differenz und Selbstbestimmung. Die Wende zu Geschlecht im Migrationsregime kennzeichnete sowohl restriktive migrationspolitische Maßnahmen als auch das Integrationsparadigma. Zwar handelten staatliche und gesellschaftliche Akteure die beiden Zielsetzungen der ›Integration durch Begrenzung‹ bereits vor 1980 an Geschlechterverhältnissen aus; doch anders als in den 1960er und 1970er Jahren konzentrierten sie sich nun auf Frauen.

Zugleich eigneten sich Frauen um und nach 1980 vielfach gegen gesellschaftliche und politische Widerstände eigene Räume an. Die Graswurzelinitiativen reagierten auf strukturelle Probleme, die durch migrationspolitische Regulierungen wie die Zuzugssperre, den Wartezeiterlass für die Arbeitserlaubnis sowie den vom Mann abhängigen Aufenthaltsstatus nachgezogener Migrantinnen verursacht wurden. Diese Räume wurden zu Laboratorien, in denen Migrantinnen intersektional verschränkte Ungleichheitsverhältnisse diskutierten und neue Widerstandsformen dagegen erprobten. Frauenläden politisierten das Private auch als Antwort auf den Zugriff des Staats auf die körperliche Selbstbestimmung und die Wohn- und Familienverhältnisse von Migrantinnen. Die Frage, welchen Raum der Körper von migrantischen Frauen einnahm und wie er sich im öffentlichen Raum bewegte, wurde zu einem neuralgischen Punkt in diesem Aushandlungsraum. Welche Provokation ein Schutzraum exklusiv für Frauen und die Politisierung von geschlechtsspezifischer Gewalt darstellte, verdeutlichen die Übergriffe ›Grauer Wölfe‹ auf den TIO, die in dem Anschlag am 25. September 1984 kulminierten, bei dem eine Frau getötet und eine Frau schwer verletzt wurde. Diese Übergriffe können als Versuch verstanden werden, fragwürdig gewordene Grenzen zwischen dem ›Privaten‹ und dem ›Öffentlichen‹ gewaltvoll neu zu ziehen.

Dass die 1980er Jahre einen Höhepunkt politischer Selbstorganisation von Migrantinnen darstellten, liegt auch an dem historischen Kontext in der Türkei und der Bundesrepublik. Die Zeiten, so könnte man argumentieren, erforderten eine andere Organisationsform als die sechziger und siebziger Jahre. Gewann der transnationale Raum nach dem Putsch 1971 an Bedeutung, so markiert der Putsch 1980 eine Zäsur in der politischen Organisation linker Gruppen auch im transnationalen

Raum. Zugleich traten nach dem Ende des Kriegsrechts 1983 in der Türkei bisher marginalisierte Gruppen in den Vordergrund, wodurch sich der politische Aktivismus im Ausland in den achtziger Jahren pluralisierte.¹ Die Phase der repressiven Depolitisierung unter dem Kriegsrecht in der Türkei fiel zusammen mit der Wende zu einer restriktiveren Migrationspolitik in der Bundesrepublik – und bedingte diese zum Teil: Die gestiegene Zahl der Asylanträge aus der Türkei war ein entscheidender Faktor bei der Verschärfung der Migrationspolitik. So sah die westdeutsche Regierung etwa nach dem Putsch keine Asylgründe in der Türkei und setzte auf die abschreckende Wirkung von spektakulären Abschiebungen. Dieser Politik fiel Cemal Kemal Altun zum Opfer, der in West-Berlin wegen politischer Verfolgung um Asyl ersucht hatte und trotz der breiten Proteste der Zivilgesellschaft abgeschoben werden sollte, um ein Exempel an ihm zu statuieren. Am 31. August 1983, nach 13 Monaten in Abschiebehäft und nachdem die Bundesrepublik Altuns Auslieferung zugestimmt hatte, sprang er aus dem Fenster des sechsten Stocks im Oberverwaltungsgericht Berlin.²

Auch im transnationalen Raum wurden die Handlungsspielräume politischer Artikulation also eingeschränkt. Unter diesen Bedingungen waren politische Handlungen in kleineren, autonomen Räumen und das Einfordern von Rechten im Lokalen praktikabler als linke transnationale Massenmobilisierung. Für dieses Argument spricht, dass so gut wie alle migrantischen Frauenläden in West-Berlin bis heute bestehen, während sich zahlreiche linke Arbeiter*innenvereine spätestens nach dem Fall der Mauer auflösten. Diese Entwicklung ist sicher in den größeren Zusammenhang globaler Umbrüche und Transformationen am »Ende der Utopien«³ einzuordnen.

Zugleich gerieten die Frauenräume im Verlauf der achtziger Jahre auch in komplexe Wechselwirkungen mit staatlichen Einhebungsversuchen. Zur Ambivalenz der Geschichte von Frauenläden gehört, dass sie auch Laboratorien staatlicher Integrationsimperative wurden, die migrantische politische Forderungen vereinnahmten, von ihren strukturellen Ursachen entkernten und dem individuellen Verantwortungsbereich

1 Neben der feministischen Bewegung formierten sich etwa auch kurdische Organisationen wie die PKK, aber auch die kurdische Frauenbewegung und die Menschenrechtsbewegung. Vgl. etwa Al-Rebholz, Anıl: Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei. Intellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980, Bielefeld 2014.

2 Vgl. Szatkowski, Tim: Die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei 1978 bis 1983, 2016, S. 31f. und 126-137.

3 Traverso, Enzo: Left-Wing Melancholia. Marxism, History, and Memory, New York 2016, S. 5.

zuordneten. Sie als Orte der Pazifizierung migrantischer Proteste auf dem Weg von der Autonomie zur Einhegung zu verstehen, wäre jedoch eine allzu lineare und teleologische Lesart. Denn den Frauenläden entsprangen auch multiple feministische und intersektionale Formen des Politischen, die sich in transnationalen Frauenkongressen kanalisierten. Die Kritik an hegemonialen *weißen* feministischen Positionen und die politischen Forderungen, die Migrantinnen dort lautstark formulierten, wurden zu einem maßgeblichen Korrektiv und markierten Aufbrüche in einen vielstimmigeren Feminismus.

VI Fazit: Multiple Aufbrüche

»15 Jahre lang habe ich mich immer so gefühlt wie in einem Hotelzimmer, ich habe auf gepackten Koffern gesessen. Nach 15 Jahren ist mir das plötzlich aufgefallen: Was mache ich hier? Hier ist inzwischen mein zweites Zuhause geworden. In der Zeit habe ich angefangen zu sagen, dass ich Berlinerin bin. Da habe ich aufgeatmet.«¹

Irgendwann Mitte der achtziger Jahre begann Atiye Altül, sich als Berlinerin zu bezeichnen. Die Türkei, die sie 15 Jahre zuvor verlassen hatte, war ein anderes Land geworden. Auch Altül hat die Zeit in West-Berlin verändert: »Meine Jugend habe ich hier verbracht, meine engsten Freunde sind hier, ich habe keine Vergangenheit in der Türkei. Wenn ich lange weg bin, vermisste ich Berlin. Ankara ist nicht mehr das Ankara, das ich in meiner Jugend gekannt habe«,² sagt sie rückblickend im Zeitzeuginnengespräch. Heute lebt Altül seit 55 Jahren in Berlin, bereits 1985 hatte sie fast die Hälfte ihres damaligen Lebens in West-Berlin verbracht. Auch andere Migrant*innen begannen Mitte der achtziger Jahre, sich in West-Berlin einzurichten. »Es sind mehrere Faktoren zusammengekommen. Da war ja auch Lummer an der Macht. Diese Rückkehrförderung. Da wurden ja alle Register gezogen, damit ein Teil weggeht. Dann fingen die an, die geblieben sind, sich Möbel zu kaufen«, sagt Sermin Doğanay. »Ich weiß, dass wir '83 unsere erste Schrankwand geholt haben.«³ So wie der Anwerbestopp zehn Jahre zuvor bewirkte auch die Rückkehrprämie das Gegenteil des intendierten Ziels: Eingewanderte Menschen blieben und forderten gleiche Rechte ein.

Doch dies ist keine Geschichte der »geglückten Integration« oder überhaupt einer »Integration«.⁴ Es ist auch keine Geschichte einer unilinearen Migration mit einem Aufbruch und einer Ankunft. Die meisten Zeitzeuginnen sind heute in Rente und pendeln zwischen Deutschland und der Türkei. Dies ist eine Geschichte multipler Aufbrüche. Es ist eine Geschichte derer, die trotzdem blieben. Derer, die sich gegen Dis-

1 Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 25.4.2017.

2 Ebd.

3 Zeitzeuginnengespräch mit Ayfer Schultz und Sermin Doğanay, Berlin, Neukölln, 19.6.2023.

4 Vgl. kritisch hierzu Hess, Sabine; Moser, Johannes: Jenseits der Integration. Kulturwissenschaftliche Betrachtungen einer Debatte, in: Hess, Sabine u. a. (Hg.): no integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa, Bielefeld 2009, S. 11-26.

kriminierung und Rassismus wehrten. Derer, die sich in die Gesellschaft einmischten und ihre Rechte einforderten. Doch dies ist kein Heldinnenepos und keine Opfererzählung. Fragt man die Zeitzeuginnen, so ist dies eine Geschichte derer, die politisch waren, weil sie politisch sein mussten. »Ständig denkst du nach, strengst dich an: Wie kann ich zu meinem Recht kommen? Es war immer ein Kampf«, sagt Atiye Altül. »Jederzeit bist du im Verteidigungsmodus.«⁵

Die deutsche Gesellschaft hat sich durch Frauen wie Atiye Altül tiefgreifend verändert. Migrantinnen waren treibende Kräfte des sozialen Wandels, sie transformierten mit ihren Praktiken Geschlechterverhältnisse und verschoben die Grenzen zwischen Privatem und Politischem. Ob die Vereinbarkeit von Lohnarbeit und Familie, das kommunale Wahlrecht oder die Forderung nach einem eigenständigen Aufenthaltsrecht: Migrant*innen brachten Themen auf die politische Agenda, die geltende Konzepte von Arbeit, Geschlecht, politischen Rechten und Staatsbürgerschaft zur Disposition stellten. Indem sie gegen Repressionen in der Türkei protestierten, aber auch die Ausschlussmechanismen der Demokratie in der Bundesrepublik kritisierten, stießen sie politische und gesellschaftliche Auseinandersetzungen über kollektive Selbstentwürfe an. Diese demokratischen Iterationen,⁶ um einen Begriff der Philosophin Seyla Benhabib zu entlehnen, Prozesse der Interpretation und Variation gültiger Normen und Strukturen also, waren im Migrationsregime zutiefst vergeschlechtlicht – und sie vollzogen sich nicht ohne Widersprüche und Widerstände.

Die Aushandlungsräume des Politischen, also die Wechselwirkungen von eigensinnigen migrantischen Praktiken und deren Bedingungen und Grenzen im Migrationsregime, waren Gegenstand dieser Arbeit. Eine Neuperspektivierung auf Migrantinnen als lokale und transnationale Akteurinnen sozialen Wandels und die Untersuchung von Geschlecht als intersektionaler Strukturkategorie brachte andere Konturen des Politischen zutage. Das Politische, so das zentrale Argument dieser Studie, weitete sich durch die vergeschlechtlichte Migration auf mehr Bereiche aus, als ein enger Politikbegriff zu fassen vermag. Es prägte Formen des Wohnens, des Familienzusammenlebens und der Freizeit. Die Erfahrungen von Frauen zu zentrieren, stellt Meistererzählungen von Migration als männlichem Projekt und Dichotomien zwischen maskulin konnotierter politischer Selbstorganisation und weiblich imaginierten unpolitischen

5 Zeitzeuginngespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 25.4.2017.

6 Vgl. Benhabib, Seyla: Die Rechte der Anderen. Ausländer, Migrantinnen, Bürger, Bonn 2009, S. 176.

Alltagspraxen in Frage. Migrantinnen, das hat die vorliegende Arbeit gezeigt, waren im Großen und im Kleinen politisch aktiv, sie eigneten sich Räume an, widersetzten sich Unrecht und forderten Gleichberechtigung als Migrantin, Arbeiterin und Frau ein.

Die Ergebnisse dieser Studie belegen, wie produktiv es ist, Geschlecht akteurszentriert in die Migrationsgeschichte einzuschreiben und Geschlechter- ebenso wie Zeitgeschichte zu migrantisieren. Wie haben Migrantinnen die Handlungsspielräume ausgelotet und ausgeweitet, die sie im Migrationsregime hatten? Wie haben sie die Bedingungen politischer Praktiken ausgehandelt und dabei die konstruierten Grenzen zwischen Privatem und Politischem neu gezogen? Und inwiefern hat sich ihr Handeln auf die politischen und gesellschaftlichen Verflechtungen zwischen Westdeutschland und der Türkei ausgewirkt?

Erstens waren politische Praktiken von Migrant*innen ein neuralgisches Feld in den Beziehungen zwischen der Türkei und der Bundesrepublik. So versuchten in den 1960er Jahren beide Staaten, die Politisierung und Radikalisierung von Migrant*innen zu verhindern und binationale Geschlechterbeziehungen zu regulieren. Diese Steuerungsversuche verliefen maßgeblich entlang der zwei Achsen der Geschlechterverhältnisse und des Antikommunismus, wie sich an sozialen Räumen wie der Verbindungsstelle, dem Frauenwohnheim und der AWO-Beratungsstelle zeigte. Sie können als Reaktionen auf eine Topografie wahrgenommener sexueller und politischer Gefährdungen gelesen werden, die durch die Arbeitsmigration entstand. In den gesellschaftlichen und politischen Ängsten beider Länder spiegelten sich tiefere Umbrüche wie die wachsende Unabhängigkeit von Frauen und die grenzüberschreitende Politisierung von Migrant*innen. Diese Prozesse stellten nationalstaatliche Grenzen und Zugehörigkeiten, aber auch normative Geschlechterverhältnisse in Frage und zogen neue staatliche und soziale Grenzziehungen nach sich. Dadurch wurden vielfach Geschlechterbeziehungen zum Politikum und das Private politisiert, etwa in der Frage, welchen rechtlichen Status Kinder von unverheirateten Migrantinnen haben sollten.

Vor allem Migrantinnen standen im Zentrum dieser gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse. Dass soziale Normen im transnationalen Raum des *gurbet* ihre Selbstverständlichkeit verloren, bedeutete für die Migrantinnen zunächst größere Handlungsspielräume, ging aber auch mit neuen Einschränkungen einher. So verschränkten sich Geschlecht und prekärer Aufenthaltsstatus intersektional und bedingten staatliche Zugriffe auf Entscheidungen, die das Privat- und Intimleben von Migrantinnen betrafen. Aber auch türkeistämmige Migranten versuchten, die Geschlechterbeziehungen und die Freizeit von Frauen zu kontrollie-

ren und regulieren, wie etwa am Aushandlungsraum des Frauenwohnheims deutlich wurde. An der Trope der Prostitution als Metapher für außereheliche Sexualität und Drohszenario, mit dem sich alleinstehende Migrantinnen immer wieder konfrontiert sahen, zeigte sich zudem, wie anschlussfähig vergeschlechtlichte und antikommunistische Diskurse aneinander waren.

Zum Politikum wurde das Verhalten von Migrant*innen oft dann, wenn es von den an sie gerichteten Erwartungen abwich; wenn sie also den ihnen zugestandenen Handlungsspielraum ausweiteten. Dies zeigte sich im Frauenwohnheim ebenso wie der AWO-Beratungsstelle Türk-Danış als Zentren der Freizeitgestaltung und politischen Selbstorganisation, in denen Privates und Politisches verschwammen. Weder Geschlechterbeziehungen zwischen Migrant*innen und Deutschen noch politischer Aktivismus waren für ›Gastarbeiter*innen‹ vorgesehen. In den siebziger Jahren verloren antikommunistische Ängste im Zuge der Entspannungspolitik während des Kalten Kriegs zwar an Dringlichkeit. Doch staatliche Regulierungsversuche migrantischer Proteste durchliefen einen Wandel und bestanden in der Abwehr von ›ausländischem Extremismus‹ in anderer Form fort. Gesellschaftliche und politische Ängste vor Geschlechterbeziehungen zwischen Migrant*innen und Deutschen verlagerten sich hingegen nach dem Anwerbestopp auf die Angst vor der migrantischen Familie, wie die Historikerin Lauren Stokes herausgearbeitet hat.⁷ In diesem Wandel der Bedrohungssemantiken spiegelt sich eine Wende von einer Maskulinisierung zu einer Feminisierung der Migration in der öffentlichen Wahrnehmung wider.

Zweitens kann festgehalten werden, dass sich durch die aktive Frauenanwerbung für den Niedriglohnsektor und die daraus resultierende Arbeitsmigration von Frauen Geschlechterverhältnisse und Machtstrukturen tiefgreifend veränderten. Arbeitsmigrantinnen wurden häufig zu Alleinernährerinnen der Familie, während die Männer und Kinder zunächst zurückblieben. Ihre Strategien, ihre Familien nach Westdeutschland zu holen, forderten auch traditionelle Geschlechterbilder und -verhältnisse in der Bundesrepublik heraus. So warf die Familienzusammenführung anwerbepolitisch nicht erwünschter Ehemänner in westdeutschen Behörden die Frage auf, ob diese wirklich Haushalt und Kinderbetreuung übernahmen, während ihre Ehefrauen in der Fabrik arbeiteten. Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie wurde nicht zuletzt durch die Präsenz von migrantischen Arbeiterinnen in westdeutschen Fabriken zum Politikum. Da während der Anwerbephase

7 Vgl. Stokes, Lauren: *Fear of the Family*, 2022.

häufig beide Ehepartner*innen ganztags arbeiteten, wuchs der Bedarf an Kinderbetreuungsstätten. Es ist also davon auszugehen, dass sich die Arbeitsmigration von Migrantinnen auch auf die westdeutschen Geschlechterverhältnisse auswirkte, wie die Historikerinnen Monika Mattes und Francesca Falk argumentieren: Zunächst stabilisierte die Frauenanwerbung das bundesdeutsche Alleinverdiener-/Hausfrauenmodell, indem migrantische Frauen die leerstehenden Arbeitsplätze im Niedriglohnsektor besetzten.⁸ Deren Präsenz in westdeutschen Fabriken und der dadurch entstandene Bedarf an Kinderbetreuung normalisierten in der Folge jedoch, dass sich auch für Frauen Beruf und Familie vereinbaren ließen.⁹

Drittens waren die politischen Praktiken von Migrant*innen sowohl lokal als auch transnational ausgerichtet und durchliefen einen Wandel von einem fluiden Aktivismus mit transnationalem Fokus zu eher institutionalisierten Formen mit einem Fokus auf Rechte für Migrant*innen in der Bundesrepublik. Dass bereits in den sechziger Jahren Migrant*innen in den Fabriken für gleiche Bezahlung sowie bessere Arbeits- und Wohnbedingungen streikten, zeigt, dass dieser Wandel weit weniger linear verlief, als es Phasen der Migration vermuten ließen.¹⁰ Eine Kurve von transnationalem zu lokalem Aktivismus ist demnach nur eine Annäherung an den Verlauf multidirektional ausgerichteter migrantischer Kämpfe. Die Erfahrungen von Arbeitsmigrantinnen zu zentrieren hat hierbei zutage gebracht, dass diese durchaus nicht so duldsam waren, wie in zeitgenössischen Diskursen behauptet. Die Zeitzeuginnen widersetzten sich den Zumutungen des Fabrikalltags mit eigensinnigen Praktiken wie der Verweigerung von Akkordarbeit, Akten der Selbstbehauptung wie verbalen Gegenangriffen bei Abschiedsbedrohungen und kleineren Arbeitskämpfen wie einem Sitzstreik bei Siemens. Zudem wurde deutlich, dass auch die Arbeitskämpfe in West-Berlin und der Bundesrepublik häufig transnational verwurzelt waren. So waren etwa linke migrantische Organisationen, die in West-Berliner Fabriken agitierten, mit der Arbeiter*innenbewegung in der Türkei vernetzt. So wurden Fabriken zu Knotenpunkten migrantischer Politisierung und Schauplätze von Arbeitskämpfen, die durch die lokalen Bedingungen ausgelöst, aber auch von den Erfahrungen der Arbeiter*innenbewegung in der Türkei geprägt waren.

8 Vgl. Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik, 2005, S. 184.

9 Vgl. Falk, Francesca: Gender Innovation and Migration in Switzerland, 2019, S. 50.

10 Vgl. Goeke, Simon: »Wir sind alle Fremdarbeiter!«, 2020, S. 66-77.

Vor allem Universitäten und die Straßen West-Berlins wurden in den siebziger Jahren jedoch zur transnationalen Bühne für Proteste migrantischer Organisationen, denen sich viele Zeitzeuginnen anschlossen. Da Migrant*innen von der politischen Partizipation an Wahlen in der Bundesrepublik durch das Ausländergesetz und in der Türkei durch die geografische Distanz ausgeschlossen waren, wurde die Straße zu ihrer Wahlurne. Nach dem Putsch in der Türkei am 12. März 1971 gewann der transnationale Raum an Bedeutung für die politische Opposition des Militärregimes. Mit Demonstrationen und Flugblattaktionen eigneten sich Migrant*innen den öffentlichen urbanen Raum an und trugen Themen der türkischen Innenpolitik auf die Straßen West-Berlins. Dadurch schufen sie eine transnationale politische Geografie und übten durch die so erhaltene öffentliche Aufmerksamkeit zunehmend Druck auf westdeutsche Politiker*innen aus, sich zu den politischen Entwicklungen in der Türkei zu positionieren. So konstituierten sich Migrant*innen als politische Subjekte beider Länder.

In der Türkei nahm man die Proteste wahr, doch diese verfehlten ihre intendierte Wirkung: Die Regierung nutzte die Proteste linker migrantischer Organisationen im Ausland zur Rechtfertigung, den Ausnahmezustand zu verlängern. In der Bundesrepublik führten die transnationalen Proteste langfristig zu einer Diffusion innen- und außenpolitischer Belange. Je sichtbarer und polarisierter migrantische Gruppen auf den Straßen West-Berlins wurden, desto mehr schränkte die Bundesregierung den transnationalen Raum politischer Proteste auf Grundlage des Ausländergesetzes ein. Der Mord an dem linken Lehrer und Gewerkschafter Celalettin Kesim im Januar 1980 markiert einen Wendepunkt zu einer restriktiveren Migrationspolitik. Dass der migrantische Aktivismus tendenziell einen Wandel von transnationaler zu lokaler Ausrichtung vollzog, ist neben dieser Wende vor allem auf die politischen Entwicklungen in der Türkei zurückzuführen: Dort zerschlug die Junta nach dem Militärputsch 1980 alle linken und politischen Strukturen, was sich auch auf die migrantischen Organisationen in Westdeutschland auswirkte.

Viertens organisierten sich Frauen anders als Männer: Da sowohl die Arbeitsmigration als auch die Handlungsspielräume der Migrant*innen durch Geschlecht strukturiert waren, gründeten politisch aktive Migrantinnen ab Mitte der 1970er Jahre eigene Gruppen. Dieser Entwicklung waren Auseinandersetzungen zu den Geschlechterverhältnissen innerhalb linker migrantischer Organisationen vorausgegangen. Für die Erforschung migrantischer Selbstorganisation aus Geschlechterperspektive müssen deshalb Räume jenseits klassischer Partizipationsfelder wie Gewerkschaften und Parteien untersucht werden. Die Frauenläden, die

Migrantinnen in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren schufen, waren politische Frauenräume, in denen sie das Private politisierten, indem sie sich etwa in scheinbar unpolitischen Kontexten wie Nähkursen organisierten, vernetzten und austauschten. Dabei fanden die Fraueninitiativen unterschiedliche Antworten darauf, welche vermeintlich unpolitischen Bereiche politisch waren: Im Türkischen Frauenverein fungierten Nähkurse als Camouflage für sozialistische und feministische Bewusstwerdung und für die breitere Mobilisierung von Frauen in sozialistischen Gruppen. Der kurdische Frauenverein politisierte Sprachkurse: Angesichts der gewaltvollen Assimilierungspolitik und der Unterdrückung kurdischer Sprache und Kultur in der Türkei stellten diese einen Akt der kulturellen Selbstbestimmung dar. Im feministischen Frauenladen TIO wurde Gewalt gegen Frauen zum neuralgischen Punkt. Durch die Aneignung des öffentlichen Raums und die Produktion eines vergeschlechtlichten Schutzraums politisierten die TIO-Mitarbeiterinnen, was als privat galt. Sie machten geschlechtsspezifische Gewalt als Problem öffentlich, das Migrantinnen aufgrund der migrationspolitischen Regelungen besonders betraf. So riskierten viele migrantische Frauen bei einer Trennung und Flucht ins Frauenhaus eine Abschiebung, da sie als Familienangehörige keinen eigenständigen Aufenthaltstitel hatten. Hier wird deutlich, wie intersektional verflochten Geschlecht und prekäre Aufenthaltsbedingungen waren – und dass der Politisierung von vermeintlich Privatem durch feministische Akteurinnen eine staatliche Politisierung des Privaten vorausging. Der staatliche Zugriff auf den Körper und die Familie von Migrantinnen war wiederum eine Reaktion auf migrantische Praktiken.

Politische Konflikte wurden *fünftens* häufig über den Körper von Migrantinnen und den Raum, den diese einnahmen, verhandelt. Der Frauenkörper wurde, wie diese Arbeit herausgestellt hat, von der Anwerbung bis zur Rückkehrprämie zum Austragungsort gesellschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen um Geschlecht, Zugehörigkeit und Differenz. Im Zentrum dieser Aushandlungen stand die Reproduktion. Die Schwangerschaft von Migrantinnen wurde zu verschiedenen Zeiten aus unterschiedlichen Gründen zum Politikum. So betrachteten bereits die Anwerbekommissionen Schwangerschaft bei der Anwerbung weiblicher Arbeitskräfte ab 1961 als einen zu vermeidenden Konfliktfall. Schwangere Arbeitsmigrantinnen galten bei der Anwerbung als ›Fehlvermittlungen‹, mussten bei der Arbeit im Betrieb fürchten, im Mutterschutz gekündigt zu werden, oder ihnen wurde gar eine Abtreibung nahegelegt. Während westdeutsche Feministinnen in den 1970er Jahren für das Recht auf Abtreibung kämpften, hatte das Recht auf körperliche Selbstbestimmung für Migrantinnen oftmals andere Implikationen. Ihre Reproduktion wurde in den bevölke-

rungspolitischen Debatten über die Geburtenrate der frühen 1980er Jahre als unerwünscht problematisiert. Waren migrantische Frauen aufgrund ihres prekären Aufenthaltsstatus bereits zuvor mehrfach diskriminiert, wenn es um reproduktive Rechte ging, so rückte nun ihre Fruchtbarkeit in den Fokus restriktiver Migrationspolitik: Abschiebungen schwangerer Frauen aus der Türkei in den 1980er Jahren zeigen, wie sich der staatliche Zugriff auf den Körper migrantischer Frauen als Aushandlungsort migrations- und bevölkerungspolitischer Debatten zentrierte.

Dass migrantische Frauenprojekte zugleich zum Ziel rechter Drohungen, Angriffe und Anschläge wurden, zeigt, welche Provokation es darstellte, wenn Frauen sich Räume aneigneten. Als gegenkulturelle Räume verwischten und verschoben feministische Beratungsstellen für Migrantinnen die konstruierten Grenzen zwischen dem Privaten und dem Öffentlichen. Die Sichtbarkeit von Frauen im öffentlichen Raum und die Politisierung von Gewalt gegen Frauen wurde von Mitgliedern der türkischen extremen Rechten angefochten, die versuchten, die soziale Kontrolle zurückzugewinnen. Der Anschlag auf den TIO ist nicht nur als Versuch einer gewaltsamen Grenzziehung zwischen privatem und öffentlichem Raum zu begreifen, sondern provozierte auch die Frage, was privat und was politisch ist – und wie die Konflikte um Geschlechterverhältnisse im Raum ausgetragen wurden.

Dabei waren migrantische Frauenläden nicht nur Laboratorien neuer feministischer Lebens- und Organisationsformen, sondern auch integrationspolitischer Maßnahmen, die der West-Berliner Senat in den achtziger Jahren erprobte. Zur Ambivalenz der Beratungsstellen trägt bei, dass sie normative Machtstrukturen herausforderten und zugleich in einen hegemonialen Wissen-Macht-Komplex verwoben waren. Das Navigieren zwischen Autonomie und Einhegung, das die Arbeit der Beratungsstellen kennzeichnete, war *sechstens* zeitübergreifend das zentrale Spannungsverhältnis migrantischer Aushandlungsräume des Politischen. So können bereits die verschiedenen Formen sozialer, politischer und publizistischer Betreuung in den sechziger Jahren als Versuch der Einhegung migrantischer politischer Praktiken gelesen werden. Die Ratgeber für Arbeitsmigrant*innen, in denen die Grenzen sozial akzeptabler zwischen-geschlechtlicher Begegnungen ausformuliert wurden, ließen sich in diesem Zusammenhang als eine Form der sexuellen Einhegung interpretieren.¹¹ In den siebziger Jahren reagierten staatliche Akteure auf migrantische Arbeits-

11 Zur Einhegung und Domestizierung von (weiblicher) Sexualität in US-amerikanischen Familien im Kontext des Kalten Kriegs vgl. Tyler May, Elaine: Homeward Bound, 2008, S. 95-99.

kämpfe und Proteste mit repressiven Maßnahmen. Historiker*innen wie Marcel Berlinghoff sehen etwa den Streiksommer 1973 als Mitauslöser für den Anwerbestopp.¹² Die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen radikal linken und rechtsextremen türkischen Organisationen in West-Berlin in den späten siebziger Jahren zogen eine Wende zu einem restriktiveren Migrationsregime nach sich, das die politischen Freiräume migrantischer Selbstorganisation einschränkte. Gleichzeitig kam das Integrationsparadigma auf, das die Kehrseite einer auf Begrenzung ausgerichteten Migrationspolitik darstellte. Die Sozialwissenschaftlerin Manuela Bojadžijev und der Historiker Massimo Perinelli argumentieren, dass Integration und Begrenzung sich nicht widersprechen, sondern einander bedingen.¹³ Sie lesen Integration als Pazifizierung migrantischer Kämpfe und »Strategie, die *kollektiven* Forderungen von MigrantInnen in eine *individualisierende* Gegenforderung zu übersetzen.«¹⁴ Die Forderung nach Rechten werde zwar anerkannt, diese würden jedoch nicht als politische Rechte, sondern nur für persönliche Anstrengung gewährt.¹⁵

In migrantischen Frauenprojekten spiegelte sich die staatliche Einhegung durch Integration und Begrenzung im kleinen Raum, wie an den Förderstrukturen des West-Berliner Senats gezeigt wurde. Damit durchliefen viele Beratungsstellen von der autonomen Initiative und der Projektphase zur Institutionalisierung ähnliche Prozesse wie die westdeutsche Frauenbewegung und das alternative Milieu im West-Berlin der achtziger Jahre. Auch hier vollzog sich jedoch kein linearer Prozess von autonomen migrantischen Protesten und Formen der Selbstorganisation zur Einhegung und Institutionalisierung. Vielmehr fanden migrationspolitische Akteure zu verschiedenen Zeiten unterschiedliche Antworten auf politische Praktiken von Migrant*innen. Umgekehrt erforderten andere Zeiten andere Formen des Politischen, wie an der Formierung der migrantischen Frauenbewegung in Westdeutschland und der Türkei nach 1980 deutlich wurde. Angesichts politischer Repressionen gegen linke Massenorganisationen traten Kleingruppen, die sich lokal und transnational vernetzten, in den Vordergrund.

12 Vgl. Berlinghoff, Marcel: Das Ende der Gastarbeit, 2013, S. 246-250, 267.

13 Vgl. Bojadžijev, Manuela: Die windige Internationale, 2008, S. 228 f.

14 Perinelli, Massimo: Migration und das Ende des bürgerlichen Subjekts. Transformationen des Subjekts vom Gastarbeiterregime bis zum Diskurs des Illegalen, in: Eitler, Pascal, Elberfeld, Jens (Hg.): Zeitgeschichte des Selbst. Therapeutisierung – Politisierung – Emotionalisierung, Bielefeld 2015, S. 195-215, S. 214 (Kursive im Original).

15 Vgl. ebd.

Migrantische Aushandlungsräume des Politischen aus Geschlechterperspektive zu untersuchen, verkompliziert die Geschichte der Migration aus der Türkei nach Westdeutschland. Eine solche Perspektive stellt gängige Periodisierungen der Geschlechtergeschichte¹⁶ ebenso in Frage wie große Liberalisierungs- und Demokratisierungsnarrative der Zeitgeschichte.¹⁷ Ein akteurszentrierter Fokus auf Migrantinnen bricht homogenisierende Zuschreibungen auf und bringt die Pluralität migrantischer politischer Praktiken in den sechziger bis achtziger Jahren zutage. In den Aushandlungsräumen des Privaten und Politischen zwischen West-Berlin und der Türkei verbergen sich viele Geschichten: Die Geschichte migrantischer Selbstorganisation ist eine Geschlechter- und Sexualitätsgeschichte, eine Körpergeschichte und eine Geschichte sozialer Bewegungen ebenso wie eine Raumgeschichte und eine Geschichte transnationaler Verflechtungen. Auch an die Emotionsgeschichte, die Alltagsgeschichte und die Geschichte der Arbeit schließt diese Untersuchung an. Sie handelt von multiplen Aufbrüchen: der Migration, der wachsenden Unabhängigkeit von Frauen durch Erwerbsarbeit, aufbrechenden Geschlechterverhältnissen in beiden Ländern, transformierten Formen des Privaten und Politischen. Diese Aufbrüche produzierten gesellschaftliche Umbrüche, in denen Frauen politisch aktiv wurden.

Die Heterogenität migrantischer Formen des Politischen bedingt die Grenzen dieser Arbeit: Weder Fragen zu Asyl als drittem zentralem Einreiseweg neben Arbeitsmigration und Familienzusammenführung, noch zu queeren migrantischen Lebenswelten und Bündnissen internationalistischer politischer Solidarität konnte ich in dieser Arbeit näher nachgehen. Die DDR als Transit- und Rückzugsraum türkeistämmiger Migrant*innen und Organisationen konnte ich ebenso wenig in der Tiefe beleuchten wie die Situation der Töchter und Söhne von Arbeitsmigrant*innen. Auch Religion spielt kaum eine Rolle in dieser Untersuchung. Diese Grenzen spiegeln auch die Lebensrealität der Zeitzeuginnen wider, denen ich als translokale politische Akteurinnen in dieser Arbeit gefolgt bin. Ihre Erfahrungen sind dabei nicht repräsentativ für die gesamte migrantische Community aus der Türkei, sondern einige

16 Etwa die Periodisierung des westdeutschen und türkischen Feminismus in ›Welten‹, aber auch die Einschätzung, die sechziger und siebziger Jahre stellten für die Geschlechterbeziehungen in der Bundesrepublik keine Zäsur dar, lassen sich aus der Perspektive von Arbeitsmigrantinnen und ihren politischen Kämpfen nicht aufrechterhalten. Vgl. Neumaier, Christopher: Familie im 20. Jahrhundert, 2019.

17 Vgl. etwa Herbert, Ulrich: Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders. (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980, Göttingen 2002, S. 7-49.

von vielen Geschichten. Die Zeitzeuginnen sind also nicht Stellvertreterinnen einer Gruppe, sondern Individuen, die ihre Erfahrungen mit Deutungen versehen.

Die Untersuchung migrantischer Aushandlungsräume des Politischen eröffnet neue Zugänge für die Migrationsgeschichte und wirft weitere Forschungsfragen auf. Wie sahen Formen migrantischer politischer Organisation in der Provinz aus? Wie wirkte sich Geschlecht intersektional auf politisches Asyl aus? Wie entstand politische Solidarität zwischen migrantischen Organisationen verschiedener Länder und Ländern des Globalen Südens? Auch transnationale Verflechtungen der politischen Mobilisierung rechtsextremer und islamistischer türkischer Organisationen zwischen der Bundesrepublik und der Türkei ließen sich untersuchen. Produktiv wäre es zudem, mikrogeschichtlich der Frage nachzugehen, inwiefern und wie die Arbeitsmigration von Migrantinnen aus den Anwerbeländern die Geschlechterverhältnisse in der Bundesrepublik transformiert hat. Die Ausländerbehörde und das Standesamt könnten als weitere Aushandlungsräume des Privaten und Politischen, Heirat als weitere politisierte Praxis analysiert werden. Relevant wären darüber hinaus Forschungsarbeiten, die das Verhältnis von Rassismus, rechter Gewalt und Migration seit den sechziger Jahren praxeologisch untersuchen. Neue Einblicke in die Frage, wie Migration in verschiedenen Phasen je von neuem produziert wurde, lässt das Forschungsnetzwerk »Produktion von Migration« am Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien in Osnabrück erhoffen.¹⁸

Nicht zuletzt bedarf es einer Untersuchung transnationaler migrantischer Aushandlungsräume des Politischen seit den neunziger Jahren. Die Ereignisse von 1989/90 stellen auch aus migrantischer Perspektive einen Umbruch dar.¹⁹ Im vereinten Deutschland erforderten die rassistische Stimmungsmache und rechte Gewalt der frühen neunziger Jahre andere politische Praktiken als in den Dekaden zuvor.²⁰ Die rassistischen Brand-

18 Vgl. Universität Osnabrück: Produktion von Migration. Sonderforschungsbereich 1604, online abrufbar unter: https://www.imis.uni-osnabrueck.de/sfb_1604/profil.html (zuletzt geprüft am 27.6.2024).

19 Vgl. hierzu Lierke, Lydia; Perinelli, Massimo (Hg.): *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, Berlin 2020; Çil, Nevim: *Topographie des Außenseiters. Türkische Generationen und der deutsch-deutsche Wiedervereinigungsprozess*, Berlin 2007; dokumentarfilmisch: Candan, Can: *Duvarlar – Mauern – Walls, USA/Türkei 2000*.

20 Vgl. hierzu etwa ak wantok: *Antifa Gençlik. Eine Dokumentation [1988-1994]*, Münster 2014; Zeppenfeld, Stefan: *Feuerlöscher, Revolver und der Kampf um Anerkennung. Migrantische Reaktionen auf rassistische Gewalt in Westdeutschland*, in: Kössler, Till, Steuwer, Janosch (Hg.): *Brandspuren. Das vereinte Deutschland*

anschläge in Mölln am 22. November 1992 und in Solingen am 29. Mai 1993 markieren eine Zäsur im Leben vieler Migrant*innen aus der Türkei und ihrer Kinder.²¹ Welche Auswirkungen die rassistische Gewalt der frühen neunziger Jahre auf das Leben von Migrant*innen hatte und welche politischen Strategien sie dagegen entwickelten, ist Gegenstand einer anderen Geschichte. Aufgrund der tiefgreifenden gesellschaftlichen und politischen Umbrüche der Transformationszeit endet diese Arbeit mit dem Mauerfall und dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Doch die politischen Kämpfe von Migrant*innen seit den sechziger Jahren, aber auch die migrationspolitischen Antworten, die staatliche Akteure darauf fanden, wirken fort.

Was also bleibt von diesen Kämpfen? Fragt man die Zeitzeuginnen, so fallen ihre Antworten ambivalent aus. »Ich gehe mal davon aus, dass die deutschen Behörden darauf aufmerksam wurden, dass Menschen aus der Türkei, die hier leben, ihre Meinung äußern, dass sie etwas machen und das nicht stillschweigend hinnehmen. Das ist schon etwas Wichtiges«,²² sagt etwa Berrin Önlér-Sayan. In den Antworten der beiden TIO-Mitarbeiterinnen Sermin Doğanay und Ayfer Schultz äußert sich in der Retrospektive eine Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Emotionen: das Gefühl, durch die Arbeit Spuren im Leben von migrantischen Frauen hinterlassen zu haben – aber auch Hilflosigkeit und Wut über gesellschaftliche und politische Widerstände. »Bei 40 Jahren Entwicklung, die du oder ich hingelegt haben, hat sich diese Gesellschaft so gut wie kaum entwickelt, und im Moment macht sie ständig eine Rolle rückwärts, und das ist die Problematik. Das ist der Frust. Wir haben uns wirklich entwickelt und sind in dieser Gesellschaft stecken geblieben«,²³ sagt Doğanay. »An vielen Punkten ist es das Gefühl: Darüber haben wir vor 30 Jahren geredet«,²⁴ fügt Schultz hinzu.

Gül Ataseven-Özen ist überzeugt, dass sie sich trotzdem in die deutsche Politik einmischen muss. »Irgendwie denke ich schon, das ist unsere

und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, Bonn 2023, S. 205–224. Zur rechten Gewalt der frühen neunziger Jahre vgl. den Sammelband von Kössler, Till; Steuer, Janosch (Hg.): Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, Bonn 2023.

21 Vgl. hierzu den Sammelband von Demirtaş, Birgül u. a. (Hg.): Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag. Rassismus, extrem rechte Gewalt und die Narben einer vernachlässigten Aufarbeitung, Bielefeld 2023.

22 Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 16.6.2021.

23 Zeitzeuginnengespräch mit Ayfer Schultz und Sermin Doğanay, Berlin, Neukölln, 19.6.2023.

24 Ebd.

Aufgabe. Ich habe mein Leben hier gelebt, mit 18 war ich hier, ich war ein Kind. Und dann hier Arbeitsleben, bis zur Rente hier gelebt, da muss irgendwas im Archiv bleiben, auch wenn es nur ein kleiner Teil ist«, sagt sie. »Vieles habe ich schon zur Sprache gebracht, viele heikle Sachen, mit Ausländerfeindlichkeit, mit Behörden. Das hat zwar wehgetan, aber trotzdem ist das Archiv da. Man wird schon kämpferisch. Wenn man das sieht, muss man was sagen.«²⁵ In diesem Sinne ist diese Arbeit auch als Archiv der Spuren zu verstehen, die Frauen wie Gül Ataseven-Özen, Sermin Doğanay, Ayfer Schultz, Berrin Önlere-Sayan, Atiye Altül und viele andere hinterlassen haben. »Wir waren richtig Kämpferinnen. Alles, was wir geschafft haben, dafür haben wir richtig hart gekämpft«, sagt Remziye Ünal am Ende des Zeitzeuginnengesprächs. »Und auch in der Gesellschaft haben wir etwas bewegt.«²⁶

25 Zeitzeuginnengespräch mit Gül Ataseven-Özen, Berlin, Schöneberg, 25.3.2022.

26 Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AdK	Archiv der Akademie der Künste
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
ADÜTDF	Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu – Türk Federasyon (Föderation Türkisch-Demokratischer Ideenvereine in Europa – Türk-Föderation) – 1978
AL	Alternative Liste
ATİF	Almanya Türkiyeli İşçiler Federasyonu (Föderation der türkeistämmigen Arbeiter*innen in Deutschland) – 1976
ATKF	Avrupa Türkiye Kadınlar Federasyonu (Föderation der Frauenvereine aus der Türkei in Europa) – 1975
ATÖF	Almanya Türk Öğrenci Federasyonu (Türkische Studierendenföderation in Deutschland) – 1962
ATTF	Avrupa Türk Toplumcular Federasyonu (Europäische Föderation türkischer Sozialisten) – 1968
AWO	Arbeiterwohlfahrt
Barch	Bundesarchiv Koblenz
BAVAV	Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
BTKB	Batı Berlin Türk Kadınlar Birliği (Türkischer Frauenverein West-Berlin) – 1975
CHP	Cumhuriyet Halk Partisi (Republikanische Volkspartei)
DDKO	Devrimci Doğu Kültür Ocakları (Revolutionäre Kulturvereinigungen des Ostens) – 1969
Dev-Yol	Devrimci Yol (Revolutionärer Weg) – 1977
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DİDF	Demokratik İşçi Dernekleri Federasyonu (Föderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in Deutschland) – 1980
DP	Demokrat Parti (Demokratische Partei)
DOMiD	Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland
DPT	Devlet Planlama Teşkilatı (Staatliches Planungsinstitut)
FFBIZ	Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum
FHXB	Friedrichshain-Kreuzberg-Museum
FİDEF	Federal Almanya İşçi Dernekleri Federasyonu (Föderation der türkischen Arbeitervereine in der BRD) – 1977
GKB	Gelsenkirchen Kadınlar Birliği (Frauenverein Gelsenkirchen) – 1975
GSW	Gemeinnützige Siedlungs- und Wohnungsbaugesellschaft
HDB	Halkçı Devrimci Birliği (Progressive Volkseinheit der Türkei in Berlin West) – 1973

HDF	Türkiye Halkçı Devrimci Federasyonu (Föderation progressiver Volksvereine der Türkei in Europa) – 1977
HTKB	Hollanda Türkiye Kadınlar Birliği (Verein türkeistämmiger Frauen Holland) – 1975
IBA	Internationale Bauausstellung Berlin 1984/87
İİBK	İş ve İşçi Bulma Kurumu (Anstalt für Arbeits- und Arbeitervermittlung)
IISH	International Institute for Social History
İKD	İlerici Kadınlar Derneği (Verein Progressiver Frauen) – 1975
KİDÖB	Kadınlar için Danışma Öğrenme Buluşma Yeri (Treffpunkt und Beratung für Frauen aus der Türkei) – 1981
KOMKAR	Yekitiya Komelên Kurdistan li Elmanya (Verband der Vereine aus Kurdistan in Deutschland) – 1979
KSSE	Vereinigung Kurdischer Studierender in Europa – 1956
LAB	Landesarchiv Berlin
MBSE	Maßnahme zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung
MC	Milliyetçi Cephe (Nationalistische Front-Koalition)
MSP	Milli Selamet Partisi (Nationale Heilspartei)
ODTÜ	Orta Doğu Teknik Üniversitesi (Technische Universität des Nahen Ostens)
ÖTV	Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtiges Amts
PKK	Partiya Karkerên Kurdistanê (Kurdische Arbeiterpartei) – 1978
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SFB	Sender Freies Berlin
SEW	Sozialistische Einheitspartei
TBÖK	Türkiye Barış ve Özgürlük Komitesi (Komitee für Frieden und Freiheit der Türkei) – 1974
THKO	Türkiye Halk Kurtuluş Ordusu (Türkische Volksbefreiungsarmee) – 1970
TIO	Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei – 1978
TİP	Türkiye İşçi Partisi (Arbeiterpartei der Türkei)
TKP	Türkiye Komünist Partisi (Türkische Kommunistische Partei)
TTO	Türk Toplumcular Ocağı (Türkische Sozialistengemeinschaft) – 1967
Türk-Danış	Türkische Beratung – 1962
TÜSTAV	Türkiye Sosyal Tarih Araştırma Vakfı (Archiv für Sozialgeschichte der Türkei)
UDFT	Union für eine demokratische, freie Türkei (Demokratik-Hür Türkiye Cephesi) – 1971
WIDF	Women's International Democratic Federation (Internationale Demokratische Frauenföderation) – 1945

Literaturverzeichnis

Archivquellen

Archiv der Akademie der Künste (AdK), Berlin

AdK, Ören 227

AdK, Ören K 52/5

AdK, Ören K 52/12

Archiv der Freien Universität Berlin (FU Berlin UA)

AA Türkische Studenten in Deutschland

APO-Archiv, S Türkei 1128

APO-Archiv, Sammlung Piening 48

Archiv der sozialen Demokratie (AdsD) der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

5/DGAZ 332

5/DGAZ 337

5/DGAZ 579

5/DGAZ 581

Archiv der Stiftung Deutsches Technikmuseum Berlin

I.2.060 Ü – FA AEG Telefunken

GS Nr. 0786

GS Nr. 4637

Archiv der Technischen Universität Berlin (UA TUB)

UA TUB, 118-44

UA TUB, 705

UA TUB, 717

Atatürk Kitaplığı, Istanbul

Fotobestand

Pressesammlung

Beyazıt Devlet Kütüphanesi, Istanbul

Pressesammlung

Publikationen der İİBK

Bundesarchiv (Barch), Koblenz

Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

B 119/3013

B 119/3014

B 119/3015

B 119/3016

B 119/3017

B 119/3018

B 119/3038

B 119/3071

B 119/3073

B 119/3074

B 119/4036

B 119/4706

B 119/4722

B 119/4770

Bundeskanzleramt

B 136/15666

B 136/15667

B 136/17534

Bundesministerium des Innern

B 106/115774

B 106/124124

B 106/78720

B 106/78720 Bd. 2

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

B 149/54512

B 149/76220

Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend

B 189/11347

B 189/18705 Bd. 1

B 189/25597

B 189/26095

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

B 145/6634

B 145/6643

B 145/6644

B 145/2405

Cumhurbaşkanlığı Devlet Arşivleri, Ankara

Başbakanlık Özel Kalem Müdürlüğü

T. C. Başbakanlık Kanunlar ve Kararlar Tetkik Dairesi Başkanlığı

*Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland
(DOMiD), Köln*

Flugblatt- und Flyersammlung

Fotosammlung

Plakatsammlung

DOMiD, E 0890,0100

Frauenforschungs-, -bildungs- und -informationszentrum (FFBIZ), Berlin

A Rep. 400 Berlin 6c

A Rep. 400 Berlin 6c, Sammlung Rohrmoser

A Rep. 400 Berlin 6c 1976-1986

A Rep. 400 Berlin 19.6c

A Rep. 400 Berlin 20.6c

A Rep. 400 BRD 6c (DFB)

A Rep. 400 BRD 6c

A Rep. 400 Türkei 18-27

F Rep. 10 Berlin 21.12 + 6c

F Rep. 10 Berlin 1.6 c

*Friedrichshain-Kreuzberg-Archiv im Friedrichshain-Kreuzberg-Museum
(FHXB), Berlin*

Fotobestand Jürgen Henschel

Flugblattsammlung

IBA-Bestand

Konvolut Verein SO 36

International Institute for Social History (IISH), Amsterdam

Bestand HTKB

Plakatsammlung

Kadın Eserleri Kütüphanesi ve Bilgi Merkezi Vakfı Arşivi, İstanbul

Şirin Tekeli Özel Arşivi

Landesarchiv Berlin (LAB)

Der Regierende Bürgermeister von Berlin/Senatskanzlei

B Rep. 002 Nr. 5556

B Rep. 002 Nr. 10433

B Rep. 002 Nr. 10436

B Rep. 002 Nr. 14980

B Rep. 002 Nr. 14981

B Rep. 002 Nr. 14982

B Rep. 002 Nr. 15134

B Rep. 002 Nr. 17170

B Rep. 002 Nr. 17828

B Rep. 002 Nr. 18992

Senatsverwaltung für Inneres

B Rep. 004 Nr. 4931

B Rep. 004 Nr. 4933

Senatsverwaltung für Jugend und Familie

B Rep. 013 Nr. 1205

Senatsverwaltung für Gesundheit/Sozialwesen

B Rep. 012 Nr. 3131

B Rep. 012 Nr. 3092

B Rep. 012 Nr. 3094

B Rep. 012 Nr. 3096

B Rep. 012 Nr. 3129

Margaret Thatcher Foundation Archive, Cambridge

Prime Ministerial Private Office Files

Milli Kütüphane, Ankara

Publikationen der İİBK

Papiertiger Archiv & Bibliothek der sozialen Bewegungen, Berlin

Konvolut Presse- und Dokumentensammlung Häuserkampf, Ordner »1980/1981«

Sammlung »Bevölkerungspolitik«

Sammlung »Migrantinnen, Flüchtlinge, Kämpfe, Soliaktionen, Inis 1974-87, I«

Politisches Archiv des Auswärtigen Amts (PAAA), Berlin

B 26/55
B 26/170
B 26/422
B 26/460
B 26/464
B 85/622
B 85/643
B 85/771
B 85/1033
B 85/1034

Türkiye Sosyal Tarih Araştırma Vakfı, Istanbul

Avrupa Türkiyeli Toplumcular Federasyonu (ATTF) Kitaplığı
Gelsenkirchen Kadınlar Birliği (GKB) Arşiv Fonu
Kadın Hareketi Kitaplığı
Pressesammlung
Ülkü Gürkan-Schneider Arşiv Fonu

Vereinsarchive und Privatarhive

Archiv des Türkischen Frauenvereins Berlin
Privatarchiv Elisabeth Bagana
Privatarchiv Berrin Önlér-Sayan
TIO-Archiv

Interviews

Primäre Zeitzeuginnengespräche

Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 25.4.2017.
Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 12.5.2021.
Zeitzeuginnengespräch mit Atiye Altül, Berlin, Schöneberg, 20.5.2021.
Zeitzeuginnengespräch mit Berrin Önlér-Sayan, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 16.6.2021.
Zeitzeuginnengespräch mit Belkıs Erdal, Berlin, Schöneberg, 12.1.2022.
Zeitzeuginnengespräch mit Sevgi Baydar [Pseudonym], Berlin, Schöneberg, 22.1.2022.
Zeitzeuginnengespräch mit Gül Ataseven-Özen, Berlin, Schöneberg, 25.3.2022.

- Zeitzeuginnengespräch mit Perihan Karadeli, Berlin, Charlottenburg-Wilmersdorf, 23.4.2022.
- Zeitzeuginnengespräch mit Remziye Ünal, Berlin, Kreuzberg, 10.5.2022.
- Zeitzeuginnengespräch mit Gülsüm Kaya, Berlin, Neukölln, 14.6.2022.
- Zeitzeuginnengespräch mit Türkan Alp und Gülsüm Kaya, Berlin, Spandau, 5.7.2022.
- Zeitzeuginnengespräch mit Ayten Firat, Berlin, Spandau, 10.11.2022.
- Zeitzeuginnengespräch mit Ayla Yıldız [Pseudonym], Berlin, Wedding, 15.2.2023.
- Zeitzeuginnengespräch mit Maviye Polat [Pseudonym], Berlin, Wedding, 15.2.2023.
- Zeitzeuginnengespräch mit Sevim Aydemir [Pseudonym], Berlin, Wedding, 15.2.2023.
- Zeitzeuginnengespräch mit Fatma Kaya, Berlin, Kreuzberg, 20.2.2023.
- Zeitzeuginnengespräch mit Ayfer Schultz und Sermin Doğanay, Berlin, Neukölln, 19.6.2023.
- Zeitzeuginnengespräch mit Marta Kasapoğlu, Kirchen, 24.6.2023.
- Zeitzeuginnengespräch mit Aso Agace, Berlin, Dahlem, 29.6.2023.
- Zeitzeuginnengespräch mit Sebhat Özsan, am Telefon, 3.7.2023.
- Zeitzeuginnengespräch mit Elisabeth Bagana, Berlin Kreuzberg, 17.7.2023.

Sekundär verwendete Zeitzeuginneninterviews

- Adıgüzel, Irem; Beische, Laura: Zeitzeuginnengespräch mit Emine Orhanoğlu: Streik in Pierburg, 1973, Neuss, 10.6.2023, online abrufbar unter: www.youtube.com/watch?v=15STfcOel4o (28.2.2025).
- Altül, Atiye: »En büyük hayalim üniversite okumaktı« | »Mein größter Traum war es zu studieren«, in: Kulturforum Türkei-Deutschland (Hg.): Berlin-İstanbul. Yeni Memleketten Anılar – Erinnerungen an eine neue Heimat, Ankara 2010, S. 86-91.
- Bornhorst, Sarah: Zeitzeuginnen-Interview mit Sevim Çelebi-Gottschlich: Grenzerfahrung, Berlin, 17.12.2021, online abrufbar unter: grenzerfahrung.podigee.io/10-neue-episode (28.2.2025).
- Erdal, Belkis: »Almanların beni sevmesi gerekmiyor« | »Die Deutschen müssen mich nicht lieben«, in: Kulturforum Türkei-Deutschland (Hg.): Berlin-İstanbul. Yeni Memleketten Anılar – Erinnerungen an eine neue Heimat, Ankara 2010, S. 98-103.
- Goddar, Jeannette: »Wir sind nicht mehr stumm!« Von der Arbeiterin zur Abgeordneten: Sevim Çelebi-Gottschlich, in: Goddar, Jeannette, Huneke, Dorte (Hg.): Auf Zeit. Für immer. Zuwanderer aus der Türkei erinnern sich, Bonn 2011, S. 79-89.

Medien, veröffentlichte Quellen & Graue Literatur

Zeitungen & Zeitschriften

Anadolu
Berliner Bär
Berliner Lehrerzeitung
Berliner Morgenpost
Berliner Sonntagsblatt
Berliner Stimme
Bild
Bremer Nachrichten
B. Z.
Courage
Cumhuriyet
Der Abend
Der Spiegel
Deutsche Volkszeitung
Die Wahrheit
Die Welt
Die Zeit
Emekçi Kadın
Emma
Evangelischer Pressedienst
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Frankfurter Rundschau
FU Info
General-Anzeiger Bonn
Hannoversche Allgemeine Zeitung
Harburger Anzeigen und Nachrichten
Hürriyet
Informationsdienst zur Ausländerarbeit
İşçi Postası
Jasmin
Kadınların Sesi
Kieler Nachrichten
Kiez Depesche
Komşu
Konkret
Korrespondenz die frau
Kreuzberger Stachel
Kreuzberg Postası
Kurtuluş

Mannheimer Morgen
 Metall
 Neue Rhein-Zeitung
 Neuss-Grevenbroicher Zeitung
 Osnabrücker Zeitung
 Siemens Solidarität
 Sozialist Feminist Kaktüs
 Spandauer Volksblatt
 Steglitzer Anzeiger
 Stern
 Süddeutsche Zeitung
 Südostexpress
 Tagesspiegel
 taz.die tageszeitung
 Tercüman
 TU-Info Extra
 Weddinger Neue Zeitung
 Weltwoche
 Wir wollen alles

Veröffentlichte Quellen & Graue Literatur

- Abadan, Nermin: Batı Almanya'daki Türk işçileri ve sorunları, Ankara 1964.
- Abadan-Unat, Nermin: Social Change and Turkish Women, Ankara 1963.
- Agace, Asiye; Sabinasz, Marina; Reuter, Sonja: Bildungs- und Sozialstatistik türkischer und kurdischer Frauen in der Türkei, der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West), einschliesslich einer nach Problemen gegliederten Bibliographie, Berlin 1983.
- Ak wantok: Antifa Gençlik. Eine Dokumentation [1988-1994], Münster 2014.
- Akpınar, Ünal: Angleichungsprobleme türkischer Arbeiterfamilien. Eine empirische Untersuchung, in: Mertens, Gabriele; Akpınar, Ünal (Hg.): Türkische Migrantenfamilien. Familienstrukturen in der Türkei und in der Bundesrepublik. Angleichungsprobleme türkischer Arbeiterfamilien: Beispiel West-Berlin, Bonn 1977, S. 135-300.
- Aktaş, Gülşen: »Türkische Frauen sind wie Schatten«. Leben und Arbeiten im Frauenhaus, in: Hügel-Marshall, Ika (Hg.): Entfernte Verbindungen. Rassismus, Antisemitismus, Klassenunterdrückung, Berlin 1999, S. 49-60.
- AL-Frauenbereich Ausländerinnen: Ausländische Frauen in West-Berlin 1979.
- Altzinger, Fatos: Das Lila Dach – Mor Çatı – İstanbul'da bir Kadinevi. Ein Frauenhaus in Istanbul, in: Frauensolidarität 31, 1990, S. 34.
- Amnesty International: Türkische Rechtsextremisten in der Türkei und in Europa. Zur internen Verwendung, Nürnberg 1979.

- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (Hg.): Probleme der ausländischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik. Bericht über den wissenschaftlichen Teil der 29. Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V. in Bad Godesberg am 24. und 25. Juni 1966, Berlin 1966.
- Arınır, Turgan: Türkiye’de Yurttaşlıktan Çıkarma ve Pasaportlara El Koyma Uygulamaları, Duisburg 1987.
- Armann, Claus; Taudien, Reiner: 5 Tage standen alle Bänder still. 1973 Streik bei Pierburg/Neuss, in: Werkkreis Literatur der Arbeitswelt (Hg.): Dieser Betrieb wird bestreikt. Berichte über die Arbeitskämpfe in der BRD, Frankfurt a. M. 1974, S. 125-135.
- Ateş, Seyran: Migrantinnen unter dem Einfluß der deutschen Frauenbewegung. Unsere Vorbilder, unsere großen Schwestern, unsere (gleichberechtigten) Freundinnen, in: Heinrich-Böll-Stiftung, Feministisches Institut (Hg.): Wie weit flog die Tomate? Eine 68erinnen-Gala der Reflexion, Berlin 1999, S. 223-230.
- Augustin, Viktor: Selbsthilfe-Projekt Forster Straße 16-18, in: Internationale Bauausstellung Berlin 1984 (Hg.): Selbsthilfe im Altbau. Erfahrungen, Versuche und Vorschläge, Berlin 1982, S. 41-43.
- Augustin, Viktor: Selbsthilfe Forsterstraße 16/17, Kreuzberg-Berlin, in: Arın, Cihan u. a. (Hg.): Auf der Schattenseite des Wohnungsmarkts: Kinderreiche Immigrantenfamilien. Analyse mit Verbesserungsvorschlägen in Wohnungsbelegung, Erneuerung, Selbsthilfe und Eigentum, Basel, Boston, Stuttgart 1985, S. 143-156.
- Augustin, Viktor; Berger, Hartwig: Einwanderung und Alltagskultur. Die Forster-Straße in Berlin-Kreuzberg, Berlin 1984.
- Ausländergesetz, in: Bundesgesetzblatt 19, 8.5.1965, S. 353-362.
- Ausländerkomitee: Wir arbeiten hier und leben hier. Warum kein kommunales Wahlrecht für ausländische Mitbürger?, Berlin (West) 1979.
- Bagana, Elisabeth; Çamlıkbeli, Deniz; Kaynak, Nihal; Mansfeld, Cornelia: »Treff- und Informationsort für türkische Frauen« (Projektantrag), in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 3, 1980, S. 114.
- Bagana, Elisabeth; Burgsmüller, Claudia: Mißhandelte ausländische Frauen – ihre soziale und rechtliche Situation. Erfahrungen von zwei türkischen Frauen aus dem Frauenhaus Berlin, in: iza 3, 1980, S. 83-86.
- Bargan, Kamer; Schulz, Brigitte; Schwoon, Heike: Seit Jahren werde ich nicht mehr froh. Zur gesundheitlichen Situation ausländischer Frauen, in: Arbeitsgruppe Frauenkongreß (Hg.): Sind wir uns denn so fremd? Ausländische und deutsche Frauen im Gespräch, Frankfurt a. M. 1985, S. 54-70.
- Baumgartner-Karabak, Andrea; Landesberger, Gisela: Die verkauften Bräute. Türkische Frauen zwischen Kreuzberg und Anatolien, Reinbek bei Hamburg 1983.
- Beck, Hans Otto: Die Problematik der Ausländergeburt. Unter Berücksichtigung medizinischer, psychologischer und sozialer Aspekte. Ein Vergleich von 621 Entbindungen bei Ausländerinnen mit 7292 Entbindungen bei deutschen Frauen in den Jahren 1966-1969, Dissertation, Heidelberg 1971.

- Beynelminel-Sosyalistler-Neşriyatı-Pierburg yazarlar birliği: Grev Vakaynamesi, in: Pierburg Autorenkollektiv (Hg.): Pierburg – Neuss: »Deutsche und ausländische Arbeiter – Ein Gegner – Ein Kampf«. Alman ve Meslektaslar Tek Rakip Tek Mücadele, Frankfurt 1974, S. 141-147.
- Brandt, Franz: Situationsanalyse nichterwerbstätiger Ehefrauen ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1977.
- Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung in Zusammenarbeit mit der Generaldirektion der Türkischen Arbeitsverwaltung: Federal Almanya'da Çalışan Türk İşçileri için Kılavuz. Ratgeber für türkische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland, İstanbul 1965.
- Camlibeli, Deniz: Die bestehenden Wohnverhältnisse stabilisieren die Unterdrückung der Frau und Arbeitsemigrantin, in: Bagana, Elisabeth u. a. (Hg.): Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei (TIO). Lebenssituation von Frauen aus der Türkei und Möglichkeiten der Sozial- und Gemeinwesenarbeit, Berlin 1982, S. 81-99.
- Çamlıkbeli, Deniz: Deutsche Frauen – türkische Frauen, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit 1, 1984, S. 19.
- Dayağa Karşı Kadın Dayanışması Kampanyası: Şimdi Sığınak İçin, İstanbul 1989.
- Demir, Mustafa; Sönmez, Ergün: Als Arbeiter zu »Gast« in Deutschland. Der lange Weg der Migranten aus der Türkei: Ihre Kämpfe und Organisationen für Integration und Gleichberechtigung, Berlin 2015.
- Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung; Forschungsinstitut Friedrich-Ebert-Stiftung: Hauptergebnisse der Repräsentativuntersuchung '80 zur Situation der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1981.
- Der Senator für Gesundheit, Soziales und Familie: Frauen aus der Türkei in Berlin – Schritte zur Integration. Beschreibung eines Modellprojekts, Berlin 1985.
- Deutscher Bundestag: Große Anfrage der Fraktion CDU/CSU. Grundprobleme der Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, 18.7.1979.
- Deutscher Bundestag: Die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Dritter Familienbericht, 20.8.1979.
- Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 8/205, 6.3.1980.
- Deutscher Bundestag: Plenarprotokoll 9/83, 4.2.1982.
- Deutscher Bundestag: Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Fraktionen der SPD und FDP. Ausländerpolitik, 5.5.1982.
- Die Beauftragte der Bundesregierung für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen: Ausländerbeauftragte fordert eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische Frauen, Bonn, 21.10.1987.
- Dürkop, Marlis: Vergleich mit anderen Beratungsstellen und Vermittlungsfunktion, in: Bagana, Elisabeth u. a. (Hg.): Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei (TIO). Lebenssituation von Frauen aus der Türkei und Möglichkeiten der Sozial- und Gemeinwesenarbeit, Berlin 1982, S. 60-68.

- Eilermark AG Spinnerei u. Zwirnerei: Eilermark'a Hoş Geldiniz. Türk İşçi Arkadaşlarımız İçin Kılavuz, İstanbul 1973.
- Eine Mitarbeiterin des TIO (Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei), in: S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung (Hg.): Kreuz und Quer. Ansichten aus einem extremen Stadtteil, Berlin 1989, S. 100-102.
- Esin, Ayşe; Kaputanoğlu, Anıl; Kesim, Ozan; Kırbıyık, Mine: Die türkische Frauenbewegung. Probleme und Entwicklungen in Deutschland und in der Türkei, Karlsruhe 1993.
- Fahrali, Neriman: Körperwahrnehmung – Gesundheit und Krankheit. Erfahrungen mit und Erwartungen an medizinische Versorgungseinrichtungen bei türkischen Frauen, Berlin 1980.
- Gültekin, Neval: Eine schweigende Mehrheit meldet sich zu Wort, in: Arbeitsgruppe Frauenkongreß (Hg.): Sind wir uns denn so fremd? Ausländische und deutsche Frauen im Gespräch, Frankfurt a. M. 1985, S. 5-13.
- Gültekin, Nevâl: Anpassung zur Emanzipation?, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 9/18, 1986, S. 92-94.
- Gültekin-Neumann, Neval: Emigrantinnen in Europa. Eine Konferenz in Oslo, in: Informationsdienst zur Ausländerarbeit 4, 1983, S. 11-12.
- HDB: Oranienstr. 22. Wo unser Herz schlägt, Berlin 1984.
- Hendessi, Mandana: Fourteen Thousand Women Meet. Report from Nairobi, July 1985, in: Feminist Review 23, 1986, S. 147-156.
- Hildebrandt, Eckart; Olle, Werner: Ihr Kampf ist unser Kampf. Ursachen, Verlauf und Perspektiven der Ausländerstreiks 1973 in der BRD, Offenbach 1975.
- Hoffmann, Barbara; Opperskalski, Michael; Solmaz, Erden: Graue Wölfe, Koranschulen, Idealistenvereine. Türkische Faschisten in der Bundesrepublik, Köln 1981.
- Hohlweg-Majert, P.; Sievers, S.; Wittlinger, H.: Schwangerschaft und Geburt bei Gastarbeiterinnen, in: Medizinische Klinik 72/2, 1977, S. 33-38.
- Hohlweg-Majert, Peter: Gynäkologische und geburtshilfliche Betreuung von Gastarbeiterinnen, in: Deutsches Ärzteblatt 71/11, 1974, S. 780 f.
- Initiative Committee of the European Conference of Turkish Women Migrants: »Sesini yükselt!« »Raise your voice!«. Türkiyeli Göçmen Kadınlar Avrupa Konferansı, Amsterdam 1985.
- Initiativkomitee gegen türkische Faschisten: Stoppt die »Grauen Wölfe«. Deutsche und Ausländer gemeinsam gegen Faschismus, Berlin, o. D.
- Interview mit einem Betriebsratsmitglied über die Arbeitskonflikte ausländischer Arbeiter bei Pierburg/Neuss (im Februar 1975), in: Hildebrandt, Eckart, Olle, Werner (Hg.): Ihr Kampf ist unser Kampf. Ursachen, Verlauf und Perspektiven der Ausländerstreiks 1973 in der BRD, Offenbach 1975, S. 155-192.
- İş ve İşçi Bulma Kurumu Genel Müdürlüğü: Federal Almanya'ya işçi transferi talimatı, Ankara 1962.
- İş ve İşçi Bulma Kurumu Genel Müdürü Yayınları (Hg.): İşçi Olarak Almanyaya Nasıl Gidilir? Federal Almanyada Yaşama Şartları, Ankara 1963.

- İş ve İşçi Bulma Kurumu Genel Müdürü Yayınları (Hg.): Dış Ülkelere İşçi Gönderme Talimatı, Ankara 1964.
- İş ve İşçi Bulma Kurumu Genel Müdürü Yayınları (Hg.): Yurt Dışına Gidecek İşçiler için El Kitabı, Ankara 1972.
- Karaman, Maviye: Açış Konuşması (Özet), in: Konferans Girişim Komitesi adına HTKB (Hg.): Sesini Yükselt! Türkiyeli Göçmen Kadınlar Avrupa Konferansı Raporları ve Öneriler, Amsterdam 1986, S. 9-11.
- Kaufmann, Richard: Der Gastarbeiter als gesellschaftliches Problem, in: Bildungswerk Europäische Politik (Hg.): Arbeitsplatz Europa, Köln 1966, S. 19-39.
- Kizgin, Tayyar: Gibt es keinen Menschen, uns zu helfen, in: Kurt, Kemal, Meyer, Erika (Hg.): ... weil wir Türken sind ... Türk olduğumuz için, Berlin 1981, S. 17-29.
- Kleff, Hans-Günter: Vom Bauern zum Industriearbeiter. Zur kollektiven Lebensgeschichte der Arbeitsmigranten aus der Türkei, Mainz, Ingelheim 1985.
- Klöss, Cornelia: Kooperation mit Institutionen bei der Gesundheitsarbeit mit Frauen aus der Türkei, in: Geiger, Andreas, Hamburger, Franz (Hg.): Krankheit in der Fremde, Berlin 1984, S. 81-87.
- Konferans Girişim Komitesi adına HTKB: Sesini Yükselt! Türkiyeli Göçmen Kadınlar Avrupa Konferansı Raporları ve Öneriler, Amsterdam 1986.
- Kügler, Elke: Memmingen: Abtreibung vor Gericht. Dokumentation und Einschätzung eines Stückes bundesdeutscher Rechtsgeschichte, Braunschweig 1989.
- Kühn, Heinz: Stand und Weiterentwicklung der Integration der Ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung, Bonn 1979.
- Kurt, Kemal; Meyer, Erika (Hg.): ... weil wir Türken sind ... Türk olduğumuz için, Berlin 1981.
- Kutluer-Yalın, Özden: Türkiyeli Göçmen Kadınlar Avrupa Konferansı'ndan Nairobi Dünya Kadınlar Konferansı'na ..., in: Konferans Girişim Komitesi adına HTKB (Hg.): Sesini Yükselt! Türkiyeli Göçmen Kadınlar Avrupa Konferansı Raporları ve Öneriler, Amsterdam 1986, S. 99-101.
- Mansfeld, Cornelia: Zur Situation mißhandelter Frauen, in: Bagana, Elisabeth u. a. (Hg.): Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei (TIO). Lebenssituation von Frauen aus der Türkei und Möglichkeiten der Sozial- und Gemeinwesenarbeit, Berlin 1982, S. 100-146.
- Metzger, Annette; Herhold, Petra: Zur sexualspezifischen Rolle der Frau in der türkischen Familie, Berlin 1982.
- Moninger, Angelika: Wie alles anfang. Die ersten drei Jahre Frauenladengeschichte, in: AWO-Frauenladen (Hg.): 10 Jahre Frauenladen, Berlin 1993, S. 5-7.
- Neusel, Aylâ u. a. (Hg.): Aufstand im Haus der Frauen. Frauenforschung aus der Türkei, Berlin 1991.
- Neusel, Aylâ: Vorwort. Aus einem Bedürfnis heraus, in: Neusel, Aylâ u. a. (Hg.): Aufstand im Haus der Frauen. Frauenforschung aus der Türkei, Berlin 1991, S. 9-13.

- Önler, Berrin: Meine alltägliche Diskriminierung durch die Ausländerpolitik, in: Arbeitsgruppe Frauenkongreß (Hg.): Sind wir uns denn so fremd? Ausländische und deutsche Frauen im Gespräch, Frankfurt a. M. 1985, S. 22-24.
- Önler, Berrin: Persönliche Eindrücke von der Arbeitsgruppe-Gesundheit am 24.3.1984, in: Arbeitsgruppe Frauenkongreß (Hg.): Sind wir uns denn so fremd? Ausländische und deutsche Frauen im Gespräch, Frankfurt a. M. 1985, S. 73-74.
- Özata, Faruk: Avrupadaki İşçilerimizin Bilmeleri Gereken Hususlar, Ankara 1965.
- Özkan, Yilmaz: Stabilisierungsfaktor oder revolutionäres Potential? Politische Sozialisation der Türkischen Gastarbeiter, Berlin 1974.
- Paczensky, Susanne von: Die Frauen aus Anatolien. Vorwort, in: Baumgartner-Karabak, Andrea, Landesberger, Gisela (Hg.): Die verkauften Bräute. Türkische Frauen zwischen Kreuzberg und Anatolien, Reinbek bei Hamburg 1983, S. 7-9.
- Pervan, Muazzez (Hg.): İlerici Kadınlar Derneği (1975-80). »Kırmızı çatkılı kadınlar« in tarihi, İstanbul 2013.
- Pierburg Autorenkollektiv: Pierburg – Neuss: »Deutsche und ausländische Arbeiter – Ein Gegner – Ein Kampf«. Alman ve Meslektaşlar Tek Rakip Tek Mücadele, Frankfurt a. M. 1974.
- Pinl, Claudia: Pierburg KG Neuss – Beispiel eines erfolgreichen Frauenstreiks. Berichte aus der Praxis, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 25/1, 1974, S. 54-57.
- Ratsch, Traude: Wir fordern ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische Frauen, in: Arbeitsgruppe Frauenkongreß (Hg.): Sind wir uns denn so fremd? Ausländische und deutsche Frauen im Gespräch, Frankfurt a. M. 1985, S. 41-48.
- Redaktionskollektiv »express«: Spontane Streiks 1973. Krise der Gewerkschaftspolitik, Offenbach 1974.
- Rosenstiel, Lutz von: Warum brauchen wir Gastarbeiter?, Rosenheim 1971.
- Roth, Karl Heinz: Als ob nichts gewesen wäre. Zur Geschichte der Zwangssterilisation seit der NS-Zeit. Die Frauenärzte Hans-Joachim Lindemann und Carrl Clauberg, in: Autonomie 1981/7, S. 43-60.
- Ruf, Anja: Was haben ausländische und deutsche Frauen gemeinsam?, in: Arbeitsgruppe Frauenkongreß (Hg.): Sind wir uns denn so fremd? Ausländische und deutsche Frauen im Gespräch, Frankfurt a. M. 1985, S. 160-167.
- S.T.E.R.N. Gesellschaft der behutsamen Stadterneuerung: Gurbetçiler und die Idealisten. Ein Bericht über die Sanierung der Oranienstraße 14a mit Mieterselbsthilfe, Berlin 1989.
- Saurwein, A.: Entbindung bei Ausländerinnen, zugleich ein Beitrag zur Frequenz und Indikationsstellung der abdominalen Schnittentbindung, in: Geburtshilfe und Frauenheilkunde 29/8, 1969, S. 728-734.
- Schulz, Marlene: »Meine Name Keskin«. Ich habe mich als Türkin verkleidet, Darmstadt 1985.
- Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1975 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart, Mainz 1975.
- Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1976 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart, Mainz 1976.

- Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Zusammenfassende Übersichten Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1946-2019, Wiesbaden 2020.
- TBÖK (Hg.): Die nationalistische Bewegungspartei (MHP), 1976.
- TBÖK (Hg.): Außenpolitik, Innenpolitik, 1979.
- Tekin, Ayşe: Unterschiede wahren, Zusammenarbeit möglich machen, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 17/36, 1994, S. 103-109.
- TKP Kadın Bürosu: Avrupa'daki Türkiyeli Göçmen Kadınlar Konferansı, in: Akbulut, Erden (Hg.): TKP Kadın Bürosu 1984-1986, İstanbul 2016, S. 42-48.
- Toksöz, Gülay: Bir Saldırının Ardından, in: KIDÖB (Hg.): Sesimiz. Frauenzeitschrift, S. 11-17.
- Tuku, Ömer: Statement zur Lage der Kurden, in: Evangelischer Pressedienst (Hg.): Türken in Deutschland. Religiöse und ethnische Minderheiten, Gruppen, Organisationen, Frankfurt a. M. 1980, S. 35-40.
- Uçar, Ali: Illegale Beschäftigung und Ausländerpolitik. Die Praxis der Ausländerpolitik und die illegale Beschäftigung der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1983.
- Wallraff, Günter: Ganz unten, Köln 1985.

Literarische Quellen

- Ateş, Seyran: Große Reise ins Feuer. Die Geschichte einer deutschen Türkin, Berlin 2006.
- Cwiernia, Laura: Auf der Straße heißen wir anders, Stuttgart 2022.
- Czollek, Max: Desintegriert Euch!, München 2018.
- Fürüzan: Logis im Land der Reichen. Wie eine türkische Schriftstellerin das Leben ihrer Landsleute in Deutschland sieht, München 1985.
- Güçyeter, Dinçer: Unser Deutschlandmärchen, Berlin 2022.
- Özdamar, Emine Sevgi: Die Brücke vom Goldenen Horn, Köln 2002.
- Özdamar, Emine Sevgi: Das Leben ist eine Karawanserei. Hat zwei Türen, aus einer kam ich rein, aus der anderen ging ich raus, Köln 2013.
- Pazarkaya, Yüksel: Spuren des Brots. Zur Lage der ausländischen Arbeiter, Zürich 1983.
- Tank, Gün: Die Optimistinnen. Roman unserer Mütter, Frankfurt a. M. 2022.

Film- & Tonquellen

- ARD Panorama: Die Leibeigenen von Euskirchen, 2.3.1970.
- Candan, Can: Duvarlar – Mauern – Walls, USA/Türkei 2000.
- Gören, Şerif: Almanyacı Vatan, Türkei 1979.
- Meerapfel, Jeanine: Die Kümmeltürkin geht, Deutschland 1985.

- Pekmezoğlu, Oksal: *Almanya'da Bir Türk Kızı*, Türkei 1974.
 Sanders, Helma: *Shirins Hochzeit*, Deutschland, 1975.
 Schmidt-Marcello, Edith; Wittenberg, David: *Pierburg: Ihr Kampf ist unser Kampf*, Deutschland 1974/75.
 Yurtsever, Korhan: *Kara Kafa*, Türkei 1979.

Internetdokumente

- Bundesministerium für Justiz: Aufenthaltsverordnung § 5 Allgemeine Voraussetzungen der Ausstellung des Reiseausweises für Ausländer, online abrufbar unter: www.gesetze-im-internet.de/aufenthv/_5.html (28.2.2025).
- Bitirim, Kemal: »Annem Sebahat Özsan ve anneannem Elif Özsan 1968'de Eskişehir'den çıkıp misafir işçi olarak Almanya'ya göç etmişler«, *DiasporaTürk*, 15.1.2023, online abrufbar unter: www.instagram.com/p/Cnbaop9IPd4/?igsh=MW9jYzkxOW95M3pkcg== (28.2.2025).
- Bitirim, Kemal: »Annem Sebahat Özsan ve anneannem Elif Özsan 1968'de Eskişehir'den çıkıp misafir işçi olarak Almanya'ya göç etmişler«, *DiasporaTürk*, 15.1.2023, online abrufbar unter: twitter.com/diaspora_turk/status/1614628191892606976?s=19 (28.2.2025).
- Forum Berliner Migrantinnenvereine: Mitglieder im Forum Berliner Migrantinnenvereine, online abrufbar unter: www.migrantinnen-berlin.de/forum.html (28.2.2025).
- Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz), in: *Bundesgesetzblatt I*, 1964, S. 593, online abrufbar unter: www.gesetze-im-internet.de/vereinsg/BJNR005930964.html (28.2.2025).
- Karakayalı, Serhat: Sechs bis acht Kommunisten, getarnt in Monteursmänteln, 2000, online abrufbar unter: www.kanak-attak.de/ka/text/fordstreik.html (28.2.2025).
- Komşu e. V. – Interkulturelle Kindertagesstätte: Unsere Kita stellt sich vor, online abrufbar unter: www.komsu-kinder.de/vorstellung.htm#3 (28.2.2025).
- Kurdische Gemeinde Deutschland: Selbstdarstellung, online abrufbar unter: kurdische-gemeinde.de/ueber-uns/selbstdarstellung/ (28.2.2025).
- Lindenberger, Thomas: Eigen-Sinn, Herrschaft und kein Widerstand, Version 1.0., in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 2.9.2014. In: *Docupedia-Zeitgeschichte*, online abrufbar unter: docupedia.de/zg/Lindenberger_eigensinn_v1_de_2014 (28.2.2025).
- Önler-Sayan, Berrin: Zur Migrantinnenbewegung der 1970/80er-Jahre in der Bundesrepublik, in: *Digitales Deutsches Frauenarchiv*, 6.7.2023, online abrufbar unter: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/zur-migrantinnenbewegung-der-197080er-jahre-der-bundesrepublik#block-content-related-topics> (28.2.2025).
- Revolutionäre Zellen und Rote Zora: Aktion gegen den Arzt Lindemann, Hamburg, in: *ID-Archiv im IISG (Hg.): Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora 1993*, online abrufbar unter: www.freilassung.de/div/texte/rz/zorn/Zorn51b.htm (28.2.2025).

T. B.M.M. Tutanak Dergisi: 10 ncu Birleşim. 23.7.1971 Cuma, online abrufbar unter: www.tbmm.gov.tr/tutanaklar/TUTANAK/TBMM/t10/co10/tbmm10010010.pdf (28.2.2025).

Forschungsliteratur

- Abadan-Unat, Nermin: Turkish Migration to Europe, 1960-1975. A Balance Sheet of Achievements and Failures, in: ders. (Hg.): Turkish workers in Europe 1960-1975. A Socio-Economic Reappraisal, Leiden 1976, S. 1-44.
- Abadan-Unat, Nermin: Implications of Migration on Emancipation and Pseudo-Emancipation of Turkish Women, in: The International Migration Review 11/1, 1977, S. 31-57.
- Abadan-Unat, Nermin: The Modernization of Turkish Women, in: Middle East Journal 32/3, 1978, S. 291-306.
- Abadan-Unat, Nermin: Migration ohne Ende. Vom Gastarbeiter zum Eurotürken, Berlin 2005.
- Abadan-Unat, Nermin: Emancipation or Pseudo-Emancipation. Fallacy or the Force of Social Control in a Global World, in: ders., Mirdal, Gretty (Hg.): Emancipation in Exile. Perspectives on the Empowerment of Migrant Women, İstanbul 2015, S. 11-41.
- Abadan-Unat, Nermin; Kemiksiz, Neşe: Türk dış göçü: 1960-1984. Yorumlu bibliyografya, Ankara 1986.
- Adak, Sevgi: Yetmişli Yıllarda Kadın Hareketi. Yeni Bir Feminizmin Ayak Sesleri, in: Kaynar, Mete Kaan (Hg.): Türkiye'nin 1970'li Yılları, İstanbul 2020, S. 609-629.
- Adak, Sevgi; Çağatay, Selin: Revisiting feminist historiography on women's activism in Turkey. Beyond the grand narrative of waves, in: Women's History Review 32/5, 2023, S. 723-744.
- Adalet, Begüm: Hotels and Highways. The Construction of Modernization Theory in Cold War Turkey, Stanford 2018.
- Ahıska, Meltem: Occidentalism. The Historical Fantasy of the Modern, in: The South Atlantic Quarterly 102/2/3, 2003, S. 351-379.
- Ahıska, Meltem: Occidentalism and Registers of Truth. The Politics of Archives in Turkey, in: New Perspectives on Turkey 34, 2006, S. 9-29.
- Ahıska, Meltem: Occidentalism in Turkey. Questions of Modernity and National Identity in Turkish Radio Broadcasting, New York 2010.
- Ahmad, Feroz: The Making of Modern Turkey, London, New York 2010.
- Akal, Emel: Kızıl feministler. Bir Sözlü Tarih Çalışması, İstanbul 2011.
- Akçan, Esra: Open Architecture. Migration, Citizenship, and the Urban Renewal of Berlin-Kreuzberg by IBA-1984/87, Basel 2018.
- Akgöz, Görkem: Citizens on the Shop Floor. Negotiating Class, Citizenship and National Identity in a Turkish State Factory, in: Labor History, 61/1, 2020, S. 24-35.

- Akkaya, Gülfer: Sanki Eşittik. 1960-70'li Yıllarda Devrimci Mücadelenin Feminist Sorgusu, İstanbul 2011.
- Alcalde, Ángel: Spatializing Transnational History. European Spaces and Territories, in: *European Review of History: Revue européenne d'histoire* 25/3-4, 2018, S. 553-567.
- Alexopoulou, Maria: Vom Nationalen zum Lokalen und zurück? Zur Geschichtsschreibung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 56, 2016, S. 463-484.
- Alexopoulou, Maria: Welche Erinnerungskultur braucht die Einwanderungsgesellschaft?, in: Berger, Stefan u. a. (Hg.): *Gewerkschaften im Gedächtnis der Demokratie. Welche Rolle spielen soziale Kämpfe in der Erinnerungskultur?*, Bonn 2022, S. 189-206.
- Alexopoulou, Maria: Rassistisches Wissen in der Transformation der Bundesrepublik Deutschland in eine Einwanderungsgesellschaft 1940-1990, Göttingen 2024.
- Aliefendioğlu, Hanife: Transnational Space Between Women's NGOs in Germany and Turkey. Current Situation and Future Expectations, in: Faist, Thomas, Özveren, Eyüp (Hg.): *Transnational Social Spaces. Agents, Networks, and Institutions*, Aldershot 2004, S. 59-90.
- Alper, Emin: Reconsidering Social Movements in Turkey. The Case of the 1968-71 Protest Cycle, in: *New Perspectives on Turkey* 43, 2010, S. 63-96.
- Al-Rebholz, Anıl: Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei. Intellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980, Bielefeld 2014.
- Althaus, Andrea; Apel, Linde: Oral History. Version 1.0, 28.3.2023, online abrufbar unter: docupedia.de/zg/Althaus_apel_oral_history_v1_de_2023 (1.7.2024).
- Amantine: *Gender und Häuserkampf*, Münster 2011.
- Anderson, Kathryn; Jack, Dana: Learning to Listen. Interview Techniques and Analyses, in: Gluck, Sherna Berger, Patai, Daphne (Hg.): *Women's Words. The Feminist Practice of Oral History*, New York, London 1991, S. 11-26.
- Arat, Yeşim: The Project of Modernity and Women in Turkey, in: Bozdoğan, Sibel, Kasaba, Reşat (Hg.): *Rethinking Modernity and National Identity in Turkey*, Seattle 1997, S. 95-112.
- Arat, Zehra: Educating the Daughters of the Republic, in: ders. (Hg.): *Deconstructing Images of »The Turkish Woman«*, New York 1998, S. 157-180.
- Argun, Betigül Ercan: *Turkey in Germany. The Transnational Sphere of Deutsckei*, New York, London 2003.
- Arıkan, Saadet u. a. (Hg.): ... ve hep birlikte koştuk ... İlerici Kadınlar Derneği (1975-1980), İstanbul 1996.
- Arslan, Emre: Männlichkeitsvorstellung der »Grauen Wölfe«, in: Jamal, Lobna, Aydın, Yaşar (Hg.): *»Graue Wölfe«. Türkischer Ultrnationalismus in Deutschland*, Bonn 2022.
- Ataç, Ilker; Kron, Stefanie; Schilliger, Sarah; Schwiertz, Helge; Stierl, Maurice: *Kämpfe der Migration als Un-/Sichtbare Politiken. Einleitung zur zweiten Ausga-*

- be, in: *movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung* 2, 2015, S. 1-18.
- Ayata, Bilgin: *The Politics of Displacement. A Transnational Analysis of the Forced Migration of Kurds in Turkey and Europe*, Baltimore 2011.
- Aydın, Yaşar: *Die Geschichte und Gegenwart der Ülkücü-Bewegung. Zwischen Ultranationalismus und Staatsräson, säkularem Turkismus und Islamismus*, in: Jamal, Lobna, Aydın, Yaşar (Hg.): »Graue Wölfe«. Türkischer Ultranationalismus in Deutschland, Bonn 2022, S. 15-36.
- Azak, Umut; Smaele, Henk de: *National and Transnational Dynamics of Women's Activism in Turkey in the 1950s and 1960s. The Story of the IWC Branch in Ankara*, in: *Journal of Women's History* 28/3, 2016, S. 41-65.
- Azozomox; Gürsel, Duygu: *The Untold Struggles of Migrant Women Suqatters and the Occupations of Kottbusser Straße 8 and Forster Straße 16/17*, in: Mudu, Pierpaolo, Chattopadhyay, Sutapa (Hg.): *Migration, Squatting and Radical Autonomy*, Abingdon, Oxon 2017, S. 104-117.
- Barclay, Katie: *Mapping the Spaces of Seduction. Morality, Gender and the City in Early Nineteenth-Century Britain*, in: Simonton, Deborah (Hg.): *The Routledge History Handbook of Gender and the Urban Experience*, Abingdon, Oxon 2017, S. 103-115.
- Bargetz, Brigitte: *Ambivalenzen des Alltags. Neuorientierungen für eine Theorie des Politischen*, Bielefeld 2016.
- Barth, Boris; Osterhammel, Jürgen (Hg.): *Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert*, Konstanz 2005.
- Baser, Bahar: *KOMKAR. The Unheard Voice in the Kurdish Diaspora*, in: Christou, Anastasia, Mavroudi, Elizabeth (Hg.): *Dismantling Diasporas. Rethinking the Geographies of Diasporic Identity, Connection and Development*, London, New York 2016, S. 113-125.
- Bashford, Alison: *Imperial Hygiene. A Critical History of Colonialism, Nationalism and Public Health*, Houndmills, Basingstoke, Hampshire 2004.
- Baumann, Sarah: *... und es kamen auch Frauen. Engagement italienischer Migrantinnen in Politik und Gesellschaft der Nachkriegsschweiz*, Zürich 2014.
- Baumann, Sarah: *Migration, Geschlecht und der Kampf um Rechte. Grenzüberschreitender Aktivismus italienischer Migrantinnen in der Schweiz der 1960er und 1970er Jahre*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 65/1, 2015, S. 65-82.
- Baydar, Gülsüm: *Tenuous Boundaries. Women, Domesticity and Nationhood in 1930s Turkey*, in: *The Journal of Architecture* 7/3, 2002, S. 229-244.
- Baykan, Aysegül; Hatuka, Tali: *Politics and culture in the making of public space. Taksim Square, 1 May 1977, Istanbul*, in: *Planning Perspectives* 25/1, 2010, S. 49-68.
- Benhabib, Seyla: *The Rights of Others. Aliens, Residents and Citizens*, Cambridge, New York 2004.
- Benhabib, Seyla: *Die Rechte der Anderen. Ausländer, Migranten, Bürger*, Bonn 2009.

- Benkel, Franziska: ›Wir haben nichts mehr zu verlieren ... nur die Angst!‹. Die Geschichte der Frauenhäuser in Deutschland, Berlin 2021.
- Benz, Martina; Schwenken, Helen: Jenseits von Autonomie und Kontrolle. Migration als eigensinnige Praxis, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 3/140, 2005, S. 363-377.
- Berkay, Fatmagül: Has Anything Changed in the Outlook of the Turkish Left on Women?, in: Tekeli, Şirin (Hg.): Women in Modern Turkish Society. A Reader, London 1995, S. 250-262.
- Berlinghoff, Marcel: Das Ende der Gastarbeit. Europäische Anwerbestopps 1970-1974, Boston 2013.
- Beşpınar, Zeynep: Women of 1968 and Their Experiences of Bargaining With Patriarchy, in: Turkish Historical Review 12, 2021, S. 323-352.
- Birke, Peter: Wilde Streiks im Wirtschaftswunder. Arbeitskämpfe, Gewerkschaften und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik und Dänemark, Frankfurt a. M., New York 2007.
- Bock, Gisela; Duden, Barbara: Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus, in: Gruppe Berliner Dozentinnen (Hg.): Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen, Juli 1976, Berlin 1977, S. 118-199.
- Bojadžijev, Manuela: Antirassistischer Widerstand von Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik. Fragen der Geschichtsschreibung, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 17/1, 2002, S. 125-152.
- Bojadžijev, Manuela: Die windige Internationale. Rassismus und Kämpfe der Migration, Münster 2008.
- Bojadžijev, Manuela: Das ›Spiel‹ der Autonomie der Migration, in: Zeitschrift für Kulturwissenschaften 5/2, 2011, S. 139-146.
- Bojadžijev, Manuela: Replik, in: Zeitschrift für Kulturwissenschaft 5/2, 2011, S. 160-162.
- Bojadžijev, Manuela; Karakayalı, Serhat: Autonomie der Migration. 10 Thesen zu einer Methode, in: Transit Migration Forschungsgruppe (Hg.): Turbulente Ränder. Neue Perspektiven auf Migration an den Grenzen Europas, Bielefeld 2007, S. 203-2010.
- Bojadžijev, Manuela; Römhild, Regina: Was kommt nach dem ›transnational turn‹? Perspektiven für eine kritische Migrationsforschung, in: Bojadžijev, Manuela (Hg.): Vom Rand ins Zentrum. Perspektiven einer kritischen Migrationsforschung, Berlin 2014, S. 10-24.
- Bora, Tanıl: Cereyanlar. Türkiye’de Siyasî İdeolojiler, İstanbul 2017.
- Borck, Carsten: Die Geschichte kurdischer Migration nach Berlin, in: Die Ausländerbeauftragte des Senats (Hg.): Das kurdische Berlin. Miteinander leben in Berlin, Berlin 2003, S. 6-17.
- Borgmann, Malte: Von der Anwerbung zur Anerkennung. Migration, Politik und Teilhabe in West-Berlin 1970-1984, in: Hochmuth, Hanno, Nolte, Paul (Hg.): Stadtgeschichte als Zeitgeschichte. Berlin im 20. Jahrhundert, Göttingen 2019, S. 271-297.

- Bösch, Frank: *Zeitenwende 1979. Als die Welt von heute begann*, Bonn 2019.
- Bösch, Frank: *Deals mit Diktaturen. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik*, München 2024.
- Bose, Käthe von: *Klinisch rein. Zum Verhältnis von Sauberkeit, Macht und Arbeit im Krankenhaus*, Bielefeld 2017.
- Bozdoğan, Sibel: *Modernism and Nation building. Turkish Architectural Culture in the Early Republic*, Seattle 2001.
- Brinkmann, Heinz Ulrich: Soziodemografische Zusammensetzung der Migrationsbevölkerung, in: ders., Sauer, Martina (Hg.): *Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration*, Wiesbaden 2016, S. 145-176.
- Budde, Gunilla: Das Geschlecht der Geschichte, in: Mergel, Thomas u. a. (Hg.): *Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriedebatte*, München 1997, S. 125-150.
- Bultan, Fuat: ›... jetzt fürchten sie sich selbst vor den Folgen.« Interview mit Fuat Bultan, in: Eryilmaz, Aytaç, Jamin, Mathilde (Hg.): *Fremde Heimat / Yaban, Silan olur. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei*, Essen 1998, S. 307-321.
- Buske, Sybille: ›Fräulein Mutter‹ vor dem Richterstuhl. Der Wandel der öffentlichen Wahrnehmung und rechtlichen Stellung lediger Mütter in der Bundesrepublik 1948 bis 1970, in: *Werkstatt Geschichte* 27, 2000, S. 48-67.
- Cafaro, Nuria: Selbstorganisation von Migrantinnen in Westdeutschland, in: *Digitales Deutsches Frauenarchiv*, 2023, online abrufbar unter: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/themen/selbstorganisation-von-migrantinnen-west-deutschland> (28.2.2025).
- Cafaro, Nuria; Hüttner, Bernd; Tekin, Caner: Einleitung, in: dies. (Hg.): *Gelinge-nde und misslingende Solidarisierungen. Spontane Streiks in Westdeutschland um 1973*, Berlin 2023, S. 3-8.
- Cafaro, Nuria; Hüttner, Bernd; Tekin, Caner: *Gelinge-nde und misslingende Solidarisierungen. Spontane Streiks in Westdeutschland um 1973*, Berlin 2023.
- Çağlar, Ayşe: *German Turks in Berlin. Migration and their Quest for Social Mobility*, Dissertation, Montréal 1994.
- Çağlar, Ayşe S.: Constraining metaphors and the transnationalisation of spaces in Berlin, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies* 27/4, 2001, S. 601-613.
- Çağlar, Ayşe; Glick Schiller, Nina: Wider die Autonomie der Migration. Eine globale Perspektive auf migrantische Handlungsmacht, in: *Zeitschrift für Kulturwissenschaft* 5/2, 2011, S. 147-150.
- Canning, Kathleen: The Body as Method? Reflections on the Place of the Body in Gender History, in: *Gender and History* 11/3, 1999, S. 499-513.
- Carstensen, Anne Lisa: Challenging the Trade Union Agenda. Migrants' Interest Representation and German Trade Unions in Hamburg in the 1970s and 1980s, in: *Labor History* 62/1, 2021, S. 23-40.
- Carstensen, Anne Lisa u. a. (Hg.): *Solidarität – Kooperation – Konflikt. Migrantische Organisationen und Gewerkschaften in den 1970/80er Jahren*, Hamburg 2022.

- Carter, Rodney: Of Things Said and Unsaid. Power, Archival Silences, and Power in Silence, in: *Archivaria* 61, 2006, S. 215-233.
- Cäsar, Thaisa: Ungesehen. Weibliche Migration in die Bundesrepublik 1960 bis 1990, Göttingen 2024.
- Çelik, Aziz: Labour in Turkey during the 1960s. The Long Hot Decade of the Working Class, in: *Turkish Historical Review* 12/2-3, 2021, S. 1-29.
- Chin, Rita: Turkish Women, West German Feminists, and the Gendered Discourse on Muslim Cultural Difference, in: *Public Culture* 22/3, 2010, S. 557-581.
- Chin, Rita; Fehrenbach, Heide: German Democracy and the Question of Difference, 1945-1990, in: dies. (Hg.): *After the Nazi Racial State. Difference and Democracy in Germany and Europe*, Ann Arbor 2009, S. 102-136.
- Çil, Nevim: *Topographie des Außenseiters. Türkische Generationen und der deutsch-deutsche Wiedervereinigungsprozess*, Berlin 2007.
- Çinar, Alev: *Modernity, Islam, and Secularism in Turkey. Bodies, Places, and Time*, Minneapolis, Minn. 2008.
- Çinar, Sercan: *Between Dissidence and Hegemony. The Formation of Socialist Masculinities in Turkey in the 1970s*, Master Thesis, Budapest 2016.
- Çinar, Sercan: *The Making of Turkish Migrant Left Feminism and Political Generations in the Ruhr, West Germany (1975-90)*, in: Artwińska, Anna, Mrozik, Agnieszka (Hg.): *Gender, Generations, and Communism in Central and Eastern Europe and Beyond*, New York 2020, S. 102-121.
- Çinar, Sercan: *A Transnational History of Left Feminism in Turkey (1974-1979). Relations and Exchanges between the IKD and the WIDF*, in: *Diyâr* 4/1, 2023, S. 72-99.
- Çinar, Sercan: »Feminism Abroad«. *A Transnational History of Turkish Migrant Left-Feminist Women's Organizations in the United Kingdom, West Germany and the Netherlands (1974-1990)*, Dissertation, Wien 2025.
- Clarkson, Alexander: *Fragmented Fatherland. Immigration and Cold War Conflict in the Federal Republic of Germany, 1945-1980*, New York 2013.
- Clarkson, Alexander: *Die Macht der Diaspora. Die unbekannte Geschichte der Emigranten in Deutschland seit 1945*, Bonn 2023.
- Condit-Shrestha, Kelly: *American Fathers, German Mothers, and »Brown Babies«. The Intersection of Race, Empire, and Kinship in U.S. Transnational Adoption*, in: *Zeitgeschichte* 48/1, 2021, S. 13-34.
- Connell, R. W.: *Masculinities*, Berkeley, Los Angeles 2005.
- Cope, Meghan: *Placing Gendered Political Acts*, in: Stachel, Lynn u. a. (Hg.): *Mapping Women, Making Politics. Feminist Perspectives on Political Geography*, New York 2004, S. 71-86.
- Coşar, Simten; Onbaşı, Funda Gençoğlu: *Women's Movement in Turkey at a Crossroads. From Women's Rights Advocacy to Feminism*, in: *South European Society and Politics* 13/3, 2008, S. 325-344.
- Cowan, Benjamin: *Securing Sex. Morality and Repression in the Making of Cold War Brazil*, Chapel Hill 2016.

- Crenshaw, Kimberle: Mapping the Margins. Intersectionality, Identity Politics, and Violence against Women of Color, in: *Stanford Law Review* 43/6, 1991, S. 1241-1299.
- Davidoff, Leonore: Regarding Some ›Old Husbands' Tales‹. Public and Private in Feminist History, in: Landes, Joan (Hg.): *Feminism, the Public and the Private*, Oxford, New York 1998, S. 164-194.
- Davis, Belinda: The Personal is Political. Gender, Politics, and Political Activism in Modern German History, in: Hagemann, Karen (Hg.): *Gendering Modern German History. Rewriting Historiography*, New York, Oxford 2007, S. 107-127.
- Demirtaş, Birgül u. a. (Hg.): *Solingen, 30 Jahre nach dem Brandanschlag. Rassismus, extrem rechte Gewalt und die Narben einer vernachlässigten Aufarbeitung*, Bielefeld 2023.
- Dietze, Antje; Naumann, Katja: Revisiting transnational actors from a spatial perspective, in: *European Review of History: Revue européenne d'histoire* 25/3-4, 2018, S. 415-430.
- Doezema, Jo: Loose Women or Lost Women? The Re-emergence of the Myth of White Slavery in Contemporary Discourses of Trafficking in Women, in: *Gender Issues* 18/1, 1999, S. 23-50.
- Donovan, Brian: *White Slave Crusades. Race, Gender, and Anti-vice Activism, 1887-1917*, Urbana, Chicago 2006.
- Douglas, Mary: *Purity and Danger. An Analysis of Concepts of Pollution and Taboo*, London, New York 1984.
- Drechselová, Lucie: Youth au Féminin. Gendering Activist Memory in Turkey, in: Krawatzek, Félix, Friess, Nina (Hg.): *Youth and Memory in Europe. Defining the Past, Shaping the Future*, Berlin, Boston 2022, S. 127-142.
- Duden, Barbara: Frauen-›Körper‹: Erfahrung und Diskurs (1970-2004), in: Becker, Ruth, Kortendieck, Beate (Hg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*, Wiesbaden 2010, S. 601-615.
- Duncan, Nancy: Renegotiating Gender and Sexuality in Public and Private Spaces, in: dies. (Hg.): *BodySpace. Destabilizing geographies of gender and sexuality*, London, New York 1996, S. 127-144.
- Durakbaşı, Ayşe; İlyasoğlu, Aynur: Formation of Gender Identities in Republican Turkey and Women's Narratives as Transmitters of ›Herstory‹ of Modernization, in: *Journal of Social History* 35/1, 2001, S. 195-203.
- Eder, Franz: Die lange Geschichte der ›Sexuellen Revolution‹ in Westdeutschland (1950er bis 1980er Jahre), in: Bänziger, Peter-Paul u. a. (Hg.): *Sexuelle Revolution? Zur Geschichte der Sexualität im deutschsprachigen Raum seit den 1960er Jahren*, Bielefeld 2015, S. 25-59.
- Eisenhuth, Stefanie; Sabrow, Martin: ›West-Berlin‹. Eine historiographische Herausforderung, in: *Zeithistorische Forschungen* 11, 2014, S. 165-187.
- Erbil, Duygu: The Making of a Young Martyr. Discursive Legacies of the Turkish ›Youth Myth‹ in the Afterlife of Deniz Gezmiş, in: Krawatzek, Félix, Friess, Nina (Hg.): *Youth and Memory in Europe. Defining the Past, Shaping the Future*, Berlin, Boston 2022, S. 113-126.

- Erikson, Kai: *Wayward Puritans. A Study in the Sociology of Deviance*, New York 1966.
- Eryılmaz, Aytaç: Die Ehre der Türkei. Frauen als Arbeitsmigrantinnen, in: ders., Jamin, Mathilde (Hg.): *Fremde Heimat / Yaban, Silan olur. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei*, Essen 1998, S. 133-137.
- Eryılmaz, Aytaç: Wie geht man als Arbeiter nach Deutschland?, in: ders., Jamin, Mathilde (Hg.): *Fremde Heimat / Yaban, Silan olur. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei*, Essen 1998, S. 93-119.
- Eryılmaz, Aytaç; Jamin, Mathilde (Hg.): *Fremde Heimat/Yaban, Silan olur. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei*, Essen 1998.
- Esch, Michael; Pouturus, Patrice: Zeitgeschichte und Migrationsforschung. Eine Einführung, in: *Zeithistorische Forschungen* 2, 2005, S. 338-344.
- Fahlenbrach, Kathrin: Protest-Räume – Medien-Räume. Zur rituellen Topologie der Straße als Protest-Raum, in: Geschke, Sandra Maria (Hg.): *Straße als kultureller Aktionsraum. Interdisziplinäre Betrachtungen des Straßenraumes an der Schnittstelle zwischen Theorie und Praxis*, Wiesbaden 2009, S. 98-110.
- Faist, Thomas: Transnational social spaces out of international migration. Evolution, significance and future prospects, in: *European Journal of Sociology* 39/2, 1998, S. 213-247.
- Falk, Francesca: *Gender Innovation and Migration in Switzerland*, Cham 2019.
- Falk, Francesca: Wir brauchen eine Migrantisierung der Geschichtsschreibung – und eine Mobilitätskritik, in: *Schweizerische Zeitschrift für Geschichte* 69/1, 2019, S. 146-163.
- Featherstone, Mike: Archive, in: *Theory, Culture & Society* 23/2-3, 2006, S. 591-596.
- Fehrenbach, Heide: *Race after Hitler. Black Occupation Children in Postwar Germany and America*, Princeton, Oxford 2005.
- Ferree, Myra Marx: *Varieties of Feminism. German Gender Politics in Global Perspective*, Stanford 2012.
- Fijalkowski, Jürgen; Gillmeister, Helmut: *Ausländervereine – ein Forschungsbericht. Über die Funktion von Eigenorganisationen für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft – am Beispiel Berlins*, Berlin 1997.
- Florvil, Tiffany: *Mobilizing Black Germany. Afro-German Women and the Making of a Transnational Movement*, Urbana, Chicago, Springfield 2020.
- Freeland, Jane: *Gendering Value Change: Domestic Violence and Feminism in 1970s West Berlin*, in: *German History* 38/4, 2020, S. 638-655.
- Freeland, Jane: *Feminist Transformations and Domestic Violence in Divided Berlin 1968-2002*, Oxford 2022.
- Freitag, Ulrike; Oppen, Achim von: *Translokalität als ein Zugang zur Geschichte globaler Verflechtungen*, Berlin 2005.
- Frevert, Ute: Umbruch der Geschlechterverhältnisse? Die 60er Jahre als geschlechterpolitischer Spielraum, in: Schildt, Axel u. a. (Hg.): *Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften*, Hamburg 2003, S. 642-660.

- Frey, Manuel: *Der reinliche Bürger. Entstehung und Verbreitung bürgerlicher Tugenden in Deutschland, 1760-1860*, Göttingen 1997.
- Führer, Karl Christian: *Gewerkschaftsmacht und ihre Grenzen. Die ÖTV und ihr Vorsitzender Heinz Kluncker 1964-1982*, Bielefeld 2017.
- Gajek, Eva Maria; Severin-Barboutie, Bettina: ›Oh Lord, Won't You Buy Me a Mercedes Benz?‹. Arbeitsmigration und Automobilität in der Bundesrepublik, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 64, 2024, S. 85-114.
- Gencil Bek, Mine; Prieto Blanco, Patricia: (Be)Longing through visual narrative. Mediation of (dis)affect and formation of politics through photographs and narratives of migration at DiasporaTürk, in: *International Journal of Cultural Studies* 23/5, 2020, S. 709-727.
- Gezen, Ela: *Writing and Sounding the City. Turkish-German Representations of Berlin*, Dissertation, Michigan 2012.
- Ghodsee, Kristen: Revisiting the United Nations Decade for Women. Brief Reflections on Feminism, Capitalism and Cold War Politics in the Early Years of the International Women's Movement, in: *Women's Studies International Forum* 33, 2010, S. 3-12.
- Gitmez, Ali; Wilpert, Czarina: A Micro-Society or an Ethnic Community? Social Organization and Ethnicity amongst Turkish Migrants in Berlin, in: Rex, John u. a. (Hg.): *Immigrant associations in Europe*, Aldershot 1987, S. 86-125.
- Glick Schiller, Nina; Basch, Linda; Blanc-Szanton, Cristina: Transnationalism. A New Analytic Framework for Understanding Migration, in: *Annals of the New York Academy of Sciences* 645/1, 1992, S. 1-24.
- Gogos, Manuel: *Das Gedächtnis der Migrationsgesellschaft. DOMiD – Ein Verein schreibt Geschichte(n)*, Bielefeld 2021.
- Goeke, Simon: The Multinational Working Class? Political Activism and Labour Migration in West Germany During the 1960s and 1970s, in: *Journal of Contemporary History* 49/1, 2014, S. 160-182.
- Goeke, Simon: ›Wir sind alle Fremdarbeiter!‹ Gewerkschaften, migrantische Kämpfe und soziale Bewegungen in Westdeutschland 1960-1980, Paderborn 2020.
- Goeke, Simon: Gewerkschaftliche Erinnerung an Migration, in: Berger, Stefan u. a. (Hg.): *Gewerkschaften im Gedächtnis der Demokratie. Welche Rolle spielen soziale Kämpfe in der Erinnerungskultur?*, Bonn 2022, S. 207-226.
- Goeke, Simon: Der Kampf der Pierburg-Arbeiterinnen gegen Lohndiskriminierung. Geschichte und Erinnerung, in: Cafaro, Nuria u. a. (Hg.): *Gelingende und misslingende Solidarisierungen. Spontane Streiks in Westdeutschland um 1973*, Berlin 2023, S. 33-48.
- Goeke, Simon; Tekin, Caner (Hg.): *Migration, soziale Bewegungen und Selbstorganisation. Gewerkschaftliche und urbane Kämpfe von und für Migrant*innen seit den 1960er Jahren*, Köln 2024.
- Göle, Nilüfer: *The Forbidden Modern. Civilization and Veiling*, Ann Arbor 1996.
- Grittner, Frederick Karl: *White Slavery. Myth, Ideology, and American Law*, Ann Arbor 1986.

- Gürsel, Duygu; Azozomox; Schubenz, Marie: Das Recht selbst geltend gemacht. Wohnsituation und Kämpfe migrantischer Mieter/innen, in: *Mieterecho* 834, 10/2016.
- Gürsel, Duygu; Schubenz, Marie; Azozomox: Kämpfe migrantischer MieterInnen. Rassismus, Migrationskontrolle und die Transformation des urbanen Raums, in: Mattern, Philipp (Hg.): *Mieterkämpfe. Vom Kaiserreich bis heute – Das Beispiel Berlin*, Berlin 2018, S. 79-94.
- Gürsoy, Akile: Abortion in Turkey. A Matter of State, Family or Individual Decision, in: *Social Science and Medicine* 42/4, 1996, S. 531-542.
- Gutiérrez Rodriguez, Encarnación; Tuzcu, Pinar (Hg.): *Migrantischer Feminismus. In der Frauenbewegung in Deutschland (1985-2000)*, Münster 2021.
- Haan, Francisca de: The Global Left-Feminist 1960s. From Copenhagen to Moscow and New York, in: Jian, Chen u. a. (Hg.): *The Routledge Handbook of the Global Sixties. Between Protest and Nation-Building*, London 2018, S. 230-242.
- Hachtmann, Rüdiger; Saldern, Adelheid von: »Gesellschaft am Fließband«. Fordistische Produktion und Herrschaftspraxis in Deutschland, in: *Zeithistorische Forschungen* 6, 2009, S. 186-208.
- Hackenesch, Silke (Hg.): *Adoption Across Race and Nation. US Histories and Legacies*, Columbus 2022.
- Hackenesch, Silke: Histories and Legacies of Adopting Children across Race and Nation, in: dies. (Hg.): *Adoption Across Race and Nation. US Histories and Legacies*, Columbus 2022, S. 1-14.
- Hagemann, Karen u. a. (Hg.): *Gendering Post-1945 German History. Entanglements*, New York, Oxford 2019.
- Hagemann, Karen; Harsch, Donna: Entanglements of Gender, Politics, and Protest in the Historiography on the Two Post-1945 Germanys, in: Hagemann, Karen u. a. (Hg.): *Gendering Post-1945 German History. Entanglements*, New York, Oxford 2019, S. 21-44.
- Hagemann, Karen; Quataert, Jean: Einführung: Geschichte und Geschlechter. Geschichtsschreibung und akademische Kultur in Westdeutschland und den USA im Vergleich, in: dies. (Hg.): *Geschichte und Geschlechter. Revisionen der neueren deutschen Geschichte*, Frankfurt a. M., New York 2008, S. 11-63.
- Hagemann, Karen; Quataert, Jean (Hg.): *Geschichte und Geschlechter. Revisionen der neueren deutschen Geschichte*, Frankfurt a. M., New York 2008.
- Haraway, Donna: Situated Knowledges. The Science Question in Feminism and the Privilege of Partial Perspective, in: dies. (Hg.): *Simians, Cyborgs, and Women. The Reinvention of Nature*, New York 1991, S. 183-202.
- Harders, Levke: Migration und Biographie. Mobile Leben beschreiben, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 29/3, 2018, S. 17-36.
- Hartmann, Heinrich: Verhüten und Verbreiten. Türkische Bevölkerungspolitik und die Logistik der Kontrazeptiva, 1960-1980, in: Niethammer, Lutz, Satjukow, Silke (Hg.): »Wenn die Chemie stimmt ...«. *Geschlechterbeziehungen und Geburtenplanung im Zeitalter der »Pille«*, Göttingen 2016, S. 385-407.

- Hartog, François: *Regimes of Historicity. Presentism and Experiences of Time*, New York 2003.
- Haug, Frigga: Sozialistischer Feminismus. Eine Verbindung im Streit, in: Becker, Ruth, Kortendieck, Beate (Hg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie*, Wiesbaden 2010, S. 52-58.
- Hausen, Karin: Technischer Fortschritt und Frauenarbeit im 19. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte der Nähmaschine, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4/2, 1978, S. 148-169.
- Hausen, Karin: Öffentlichkeit und Privatheit. Gesellschaftspolitische Konstruktionen und die Geschichte der Geschlechterbeziehungen, in: Thomas, Tanja, Wischermann, Ulla (Hg.): *Feministische Theorie und Kritische Medienkultur-analyse. Ausgangspunkte und Perspektiven*, Bielefeld 2020, S. 263-268.
- Heimerding, Timo: Alltagsanleitungen? Ratgeberliteratur als Quelle für die volkswissenschaftliche Forschung, in: *Rheinisch-westfälische Zeitschrift für Volkskunde* 51, 2006, S. 57-71.
- Heinrichs, Felix: ›Ihr Kampf ist unser Kampf‹. Der Pierburg-Streik im Jahr 1973, in: Metzendorf, Jens (Hg.): *Novaesium 2013. Neusser Jahrbuch für Kunst, Kultur und Geschichte*, Neuss 2013.
- Heinrichs, Felix: Kontrollverlust der Gewerkschaften? Der ›Pierburg-Streik‹ 1973 in historischer Perspektive, in: Andresen, Knud u. a. (Hg.): *Der Betrieb als sozialer und politischer Ort. Studien zu Praktiken und Diskursen in den Arbeitswelten des 20. Jahrhunderts*, Bonn 2015, S. 137-156.
- Helmstetter, Rudolf: Guter Rat ist (un)modern. Die Ratlosigkeit der Moderne und ihre Ratgeber, in: Graevenitz, Gerhart von (Hg.): *Konzepte der Moderne. DFG-Symposium 1997, Stuttgart, Weimar 1999*, S. 147-172.
- Herbert, Ulrich: Liberalisierung als Lernprozeß. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte – eine Skizze, in: ders. (Hg.): *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945-1980*, Göttingen 2002, S. 7-49.
- Herbert, Ulrich: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge*, Bonn 2003.
- Herbert, Ulrich: Migration und rechte Gewalt, in: Kössler, Till, Steuer, Janosch (Hg.): *Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre*, Bonn 2023, S. 54-75.
- Herren-Oesch, Madeleine; Rüesch, Martin; Sibille, Christiane: *Transcultural history. Theories, methods, sources*, Berlin 2012.
- Herzog, Dagmar: *Die Politisierung der Lust. Sexualität in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Gießen 2021.
- Hess, Sabine; Moser, Johannes: Jenseits der Integration. Kulturwissenschaftliche Betrachtungen einer Debatte, in: Hess, Sabine u. a. (Hg.): *no integration?! Kulturwissenschaftliche Beiträge zur Integrationsdebatte in Europa*, Bielefeld 2009, S. 11-26.
- Hildebrandt, Sabine; Benedict, Susan; Miller, Erin; Gaffney, Michael; Grodin, Mi-

- chael A.: »Forgotten« Chapters in the History of Transcervical Sterilization. Carl Clauberg and Hans-Joachim Lindemann, in: *Journal of the history of medicine and allied sciences* 72/3, 2017, S. 272-301.
- Himam, Dilek; Pasin, Burkay: Designing a National Uniform(ity). The Culture of Sümerbank within the Context of the Turkish Nation-State Project, in: *Journal of Design History* 24/2, 2011, S. 157-170.
- Hirschauer, Stefan: Un/doing Differences. Die Kontingenz sozialer Zugehörigkeiten, in: *Zeitschrift für Soziologie* 43/3, 2014, S. 170-191.
- Hitzer, Bettina: Warum lügen? Eine Geschichte der Adoption nach 1945, in: *Geschichte und Gesellschaft* 45/1, 2019, S. 70-94.
- Hodenberg, Christina von: Writing Women's Agency into the History of the Federal Republic. »1968,« Historians, and Gender, in: *Central European History* 52/1, 2019, S. 87-106.
- hooks, bell: *Yearning. Race, Gender, and Cultural Politics*, New York, 2015.
- Houston, Christopher: *Istanbul, City of the Fearless. Urban Activism, Coup d'État, and Memory in Turkey*, Oakland, California 2020.
- Hunn, Karin: »Nächstes Jahr kehren wir zurück ...«. Die Geschichte der türkischen »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik, Göttingen 2005.
- Huth-Hildebrandt, Christine: Germanozentrismus oder interkulturelles Denken? Deutsche Frauen und ihre Beziehungen zu den Migrantinnen, in: Schulz, Marion (Hg.): *Fremde Frauen. Von der Gastarbeiterin zur Bürgerin*, Frankfurt a.M. 1992, S. 6-25.
- Huth-Hildebrandt, Christine: *Das Bild von der Migrantin. Auf den Spuren eines Konstrukts*, Frankfurt a.M. 2002.
- Huwer, Jörg: »Gastarbeiter« im Streik. Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973, Köln 2013.
- Inis, Engin: *Being Political. Genealogies of Citizenship*, Minneapolis 2002.
- Inis, Engin: Theorizing Acts of Citizenship, in: ders., Nielsen, Greg (Hg.): *Acts of citizenship*, London, New York, London, England 2008, S. 15-43.
- Inis, Engin: Doing Rights with Things. The Art of Becoming Citizens, in: Hildebrandt, Paula u. a. (Hg.): *Performing Citizenship. Bodies, Agencies, Limitations*, Cham 2019, S. 45-56.
- Jamin, Mathilde: Die deutsche Anwerbung. Organisation und Größenordnung, in: Eryılmaz, Aytaç, Jamin, Mathilde (Hg.): *Fremde Heimat / Yaban, Silan olur. Eine Geschichte der Einwanderung aus der Türkei*, Essen 1998, S. 149-170.
- Jamin, Mathilde: *Fremde Heimat. Zur Geschichte der Arbeitsmigration aus der Türkei*, in: Motte, Jan u. a. (Hg.): *50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte*, Frankfurt a.M., New York 1999, S. 145-164.
- Jureit, Ulrike: Hoffnung auf Erfolg. Akteurszentrierte Handlungskonzepte in der Migrations- und Flüchtlingsforschung, in: *Zeithistorische Forschungen* 15, 2018, S. 509-522.
- Kahn, Michelle Lynn: *Foreign at Home. Turkish-German Migrants and the Boundaries of Europe, 1961-1990*, Dissertation, Stanford 2018.

- Kahn, Michelle Lynn: Between Ausländer and Almançı. The Transnational History of Turkish-German Migration, in: Bulletin of the German Historical Institute 66, 2020, S. 53-82.
- Kahn, Michelle Lynn: Foreign in Two Homelands. Racism, Return Migration, and Turkish-German History, Cambridge, New York 2024.
- Kandiyoti, Deniz: Emancipated but Unliberated? Reflections on the Turkish Case, in: Feminist Studies 13/2, 1987, S. 317-338.
- Kandiyoti, Deniz: Patterns of Patriarchy. Notes for an Analysis of Male Dominance in Turkish Society, in: Tekeli, Şirin (Hg.): Women in Modern Turkish Society. A Reader, London 1995, S. 306-318.
- Kandiyoti, Deniz: Gendering the Modern. On Missing Dimensions in the Study of Turkish Modernity, in: Bozdoğan, Sibel, Kasaba, Reşat (Hg.): Rethinking Modernity and National Identity in Turkey, Seattle 1997, S. 113-132.
- Karakayali, Serhat: Gespenster der Migration. Zur Genealogie illegaler Einwanderung in der Bundesrepublik Deutschland, Bielefeld 2015.
- Karakayali, Serhat; Tsianos, Vassilis: Mapping the Order of New Migration. Undokumentierte Arbeit und die Autonomie der Migration, in: Peripherie 25/97/98, 2005, S. 35-64.
- Karcher, Katharina: Sisters in Arms. Militant Feminisms in the Federal Republic of Germany since 1968, New York, Oxford 2020.
- Karpat, Kemal: The Gecekondu. Rural Migration and Urbanization, Cambridge et al., 1976.
- Kasapoğlu Akyol, Pınar: Geçmişten Günümüze Eğitimde Singer Dikiş Kursları Araçlığıyla Kadın Halk Eğitimi, in: Dört Öge 5/11, 2017, S. 153-168.
- Kaya, Muzaffer: ›We Too Have a Word to Say‹. Enactment of the 1963 Collective Bargaining, Strike and Lockout Law in Turkey, in: The Journal of Interrupted Studies 1, 2018, S. 48-68.
- Keyder, Çağlar: Social Change and Political Mobilization in the 1960s, in: Pekesen, Berna (Hg.): Turkey in Turmoil. Social Change and Political Radicalization during the 1960s, Köln 2020, S. 12-30.
- Kimmerle, Elisabeth: Politische Nähkurse. Türkische Frauenvereine als Orte lokaler Selbstorganisation und transnationaler Mobilisierung (1975-1990), in: Goeke, Simon; Tekin, Caner (Hg.): Migration, soziale Bewegungen und Selbstorganisation. Gewerkschaftliche und urbane Kämpfe von und für Migrant*innen seit den 1960er Jahren, Köln 2025, S. 169-187.
- Kofman, Eleonore: Female ›Birds of Passage‹ a Decade Later. Gender and Immigration in the European Union, in: The International Migration Review 33/2, 1999, S. 269-299.
- Kokot, Thordis: Vom Betrieb ins Gericht. Gerichtsverfahren von ›Gastarbeiterinnen‹ als Mittel politischen Protests, in: Zeitgeschichte-online, April 2024, online abrufbar unter: zeitgeschichte-online.de/themen/vom-betrieb-ins-gericht (21.1.2025).
- Konrad, Alexander: Umdeutungen des Islams. Bundesdeutsche Wahrnehmungen von Muslim*innen 1970-2000, Göttingen 2022.

- Kontos, Silvia: Vater Staat und »seine« Mütter? Über Entwicklungen und Verwicklungen in der Mutterschutzpolitik, in: Kreisky, Eva, Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Opladen 1998, S. 356-377.
- Köse, Yavuz: »Coca Cola is Poison, Don't Drink It!« From Enthusiasm to Hostility: American Consumer Goods, Tourists and Hippies in Cold War Turkey, in: Pekesen, Berna (Hg.): Turkey in Turmoil. Social Change and Political Radicalization during the 1960s, Berlin, Boston 2020, S. 63-92.
- Koselleck, Reinhart: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a. M. 1989.
- Kössler, Till; Steuwer, Janosch (Hg.): Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, Bonn 2023.
- Krebs, Felix; Schubert, Florian: Hamburgs »Baseballschlägerjahre«. Rechte und rassistische Gewalt in den 1980er-Jahren: Gesellschaftliche Bedingungen und staatliche Reaktionen, Hamburg 2025.
- Kreis, Reinhild: Heimwerken als Protest. Instandbesetzer und Wohnungsbaupolitik in West-Berlin während der 1980er Jahre, in: Zeithistorische Forschungen 14, 2017, S. 41-67.
- Kudat, Ayşe: International Labor Migration. A Description of the Preliminary Findings of the West Berlin Migrant Worker Survey, Berlin 1974.
- Kudat, Ayşe: Stabilität und Veränderung der türkischen Familie. Vergleichende Perspektiven, Berlin 1975.
- Kudat, Ayşe; Gürel, Seval: Personal, Familial and Societal Impacts of Turkish Women's Migration to Europe, Heidelberg 1978.
- Kühn, Andreas: Stalins Enkel, Maos Söhne. Die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre, Frankfurt, New York 2005.
- Kupferschmidt, Uri: The Social History of the Sewing Machine in the Middle East, in: Die Welt des Islams 44/2, 2004, S. 195-213.
- Kürten, Helena: »Gastarbeiterinnen im wilden Streik«. Zur Wahrnehmung von Arbeit, Migration und Geschlecht im Mediendiskurs der Bundesrepublik am Beispiel der rheinischen und westfälischen Metallindustrie, in: Westfälische Forschungen 67, 2017, S. 499-536.
- Lafi, Nora: Finding women and gender in the sources: toward a historical anthropology of Ottoman Tripoli, in: The Journal of North African Studies 23/5, 2018, S. 768-790.
- Lehman, Brittany: Teaching Migrant Children. Debates, Policies, and Practices in West Germany and Europe, 1949-1992, Chapel Hill 2015.
- Lemke Muniz de Faria, Yara-Colette: »Germany's »Brown Babies« Must Be Helped! Will You?«. U. S. Adoption Plans for Afro-German Children, 1950-1955, in: Callaloo 26/2, 2003, S. 342-362.
- Lenz, Ilse: Das Private ist politisch!? Zum Verhältnis von Frauenbewegung und alternativem Milieu, in: Reichardt, Sven, Siegfried, Detlef (Hg.): Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa; 1968-1983, Göttingen 2010, S. 375-404.

- Levitt, Peggy; Jaworsky, B. Nadya: Transnational Migration Studies. Past Developments and Future Trends, in: *Annual Review of Sociology* 33/1, 2007, S. 129-156.
- Lierke, Lydia; Perinelli, Massimo (Hg.): *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, Berlin 2020.
- Lotterer, Jürgen: Vereinsüberlieferung als Zugang zur lokalen Migrationsgeschichte, in: Deigendesch, Roland, Müller, Peter (Hg.): *Archive und Migration*, Stuttgart 2014, S. 69-77.
- Löw, Martina: Die Konstituierung sozialer Räume im Geschlechterverhältnis, in: Hradil, Stefan (Hg.): *Differenz und Integration. Die Zukunft moderner Gesellschaften*, Frankfurt a. M., New York 1997, S. 451-463.
- Löw, Martina: *Raumsoziologie*, Frankfurt a. M. 2001.
- Lüdtke, Alf: Einleitung: Was ist und wer treibt Alltagsgeschichte?, in: ders. (Hg.): *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt a. M. 1989, S. 9-47.
- Lüdtke, Alf (Hg.): *The History of Everyday Life. Reconstructing Historical Experiences and Ways of Life*, Princeton N.J. 1995.
- Lüdtke, Alf: *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Münster 2015.
- Luks, Timo: *Der Betrieb als Ort der Moderne. Zur Geschichte von Industriearbeit, Ordnungsdenken und Social Engineering im 20. Jahrhundert*, Bielefeld 2010.
- Lüküslü, Demet: Masculinities at War. Rethinking Turkey's 1968, in: *Masculinities. A Journal of Culture and Society* 3, 2020, S. 75-101.
- Lüthi, Barbara: Was kommt nach dem »transnational turn«? Migration Studies und Migrationsgeschichte in der Zeitgeschichte, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 70/1, 2022, S. 8-17.
- Lutz, Helma: *Welten verbinden. Türkische Sozialarbeiterinnen in den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a. M. 1991.
- Lutz, Helma: Konstruktionen von Fremdheit. Ein »blinder Fleck« in der Frauenforschung?, in: Nestvogel, Renate (Hg.): *Fremdes oder Eigenes? Rassismus, Antisemitismus, Kolonialismus, Rechtsextremismus aus Frauensicht*, Frankfurt a. M. 1994, S. 138-152.
- Lutz, Helma; Huth-Hildebrandt, Christine: Geschlecht im Migrationsdiskurs. Neue Gedanken über ein altes Thema, in: *Das Argument* 224, 1998, S. 159-173.
- Madanipour, Ali: *Public and Private Spaces of the City*, London, New York 2003.
- Manzano, Valeria: Sex, Gender and the Making of the »Enemy Within« in Cold War Argentina, in: *Journal of Latin American Studies* 47/1, 2015, S. 1-29.
- Marzell, Pia: »Sind wir uns denn so fremd?«. Aufbrüche in der Rassismusdebatte der Frauenbewegung, in: *History | Sexuality | Law*, 8.3.2021, online abrufbar unter: <https://hsl.hypotheses.org/1608> (21.7.2025).
- Mater, Nadire (Hg.): *Sokak Güzeldir. 68'de ne oldu?*, İstanbul 2009.
- Mattes, Monika: »Gastarbeiterinnen« in der Bundesrepublik. Anwerbepolitik, Migration und Geschlecht in den 50er bis 70er Jahren, Frankfurt a. M., New York 2005.

- Mattes, Monika: Migration und Geschlecht in der Bundesrepublik Deutschland. Ein historischer Rückblick auf die »Gastarbeiterinnen« der 1960/70er Jahre, in: *Femina Politica* 1, 2008, S. 19-28.
- Maynes, Mary Jo; Pierce, Jennifer L.; Laslett, Barbara: *Telling Stories. The Use of Personal Narratives in the Social Sciences and History*, Ithaca 2008.
- McClintock, Anne: *Soft-Soaping Empire. Commodity Racism and Imperial Advertising*, in: dies.: *Imperial Leather. Race, Gender, and Sexuality in the Colonial Context*, New York, London 1995, S. 207-231.
- McDowall, David: *A Modern History of the Kurds*, London 2021.
- Miller, Brian: *Reshaping the Turkish Nation-State. The Turkish-German Guest Working Program and Planned Development, 1961-1985*, Dissertation, Iowa City 2015.
- Miller, Jennifer: On Track for West Germany. Turkish »Guest-worker« Rail Transportation to West Germany in the Postwar Period, in: *German History* 30/4, 2012, S. 550-573.
- Miller, Jennifer: Her Fight is Your Fight. »Guest Worker« Labor Activism in the Early 1970s West Germany, in: *International Labor and Working-Class History* 84, 2013, S. 226-247.
- Miller, Jennifer: *Turkish Guest Workers in Germany. Hidden Lives and Contested Borders, 1960s to 1980s*, Toronto 2018.
- Miller, Mark: *Foreign Workers in Western Europe. An Emerging Political Force*, New York 1981.
- Moeller, Robert: *Protecting Motherhood. Women and the Family in the Politics of Postwar West Germany*, Berkeley, Los Angeles, London 1993.
- Mohanty, Chandra: Under Western Eyes. Feminist Scholarship and Colonial Discourses, in: *Feminist Review* 30, 1988, S. 61-88.
- Möhring, Maren: *Fremdes Essen. Die Geschichte der ausländischen Gastronomie in der Bundesrepublik Deutschland*, München 2012.
- Morgül, Kerem: Performing Revolutionary Populism. The Revolutionary Path Movement in Turkey, in: *Qualitative Sociology* 42, 2019, S. 273-297.
- Mügge, Liza: Women in Transnational Migrant Activism. Supporting Social Justice Claims of Homeland Political Organizations, in: *Studies in Social Justice* 7/1, 2013, S. 65-81.
- Neumaier, Christopher: *Familie im 20. Jahrhundert. Konflikte um Ideale, Politiken und Praktiken*, Berlin, Boston 2019.
- Niethammer, Lutz: Wozu taugt Oral History?, in: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 15/60, 1985, S. 105-124.
- Nocera, Lea: »Manikürlü Eller Almanya'da Elektrik Bobini Saracak«. *Toplumsal Cinsiyet Perspektifinden Batı Almanya'ya Türk Göçü (1961-1984)*, İstanbul 2018.
- Notz, Gisela: Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre. Entstehungsgeschichte – Organisationsformen – politische Konzepte, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 44, 2004, S. 123-148.
- Oertzen, Christine von: *Teilzeitarbeit und die Lust am Zuverdienen. Geschlechter-*

- politik und gesellschaftlicher Wandel in Westdeutschland 1948-1969, Göttingen 1999.
- Olcott, Jocelyn: Cold War Conflicts and Cheap Cabaret. Sexual Politics at the 1975 United Nations International Women's Year Conference, in: *Gender and History* 22/3, 2010, S. 733-754.
- Olcott, Jocelyn: *International Women's Year. The Greatest Consciousness-Raising Event in History*, New York, NY 2017.
- Oltmer, Jochen: »Autonomie der Migration« oder »Eigen-Sinn« von Migranten, in: *Zeitschrift für Kulturwissenschaft* 5/2, 2011, S. 151-154.
- Oltmer, Jochen: Einführung. Migrationsregime vor Ort und lokales Aushandeln von Migration, in: ders. (Hg.): *Migrationsregime vor Ort und lokales Aushandeln von Migration*, Wiesbaden 2018, S. 1-12.
- Orhan, Gözde: *From Motherhood to Activism. A History of Women in Transformation*, Istanbul 2008.
- Østergaard-Nielsen, Eva: The Politics of Migrants' Transnational Political Practices, in: *International Migration Review* 37/3, 2003, S. 760-786.
- Østergaard-Nielsen, Eva: *Transnational Politics. Turks and Kurds in Germany*, London, New York 2003.
- Osterhammel, Jürgen: »The Great Work of Uplifting Mankind«. Zivilisierungsmision und Moderne, in: Barth, Boris; Osterhammel, Jürgen (Hg.): *Zivilisierungsmissionen. Imperiale Weltverbesserung seit dem 18. Jahrhundert*, Konstanz 2005, S. 363-425.
- Özcan, Ertekin: Türkische Immigrant*innenorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Entwicklung politischer Organisationen und politischer Orientierung unter türkischen Arbeitsimmigrant*innen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin West, Berlin 1989.
- Ozcurumez, Saime; Cengiz, Feyda Sayan: On resilience and response beyond value change. Transformation of women's movement in post-1980 Turkey, in: *Women's Studies International Forum* 34/1, 2011, S. 20-30.
- Özman, Aylin; Yazıcı Yakın, Aslı: The symbolic construction of communism in Turkish anti-communist propaganda during the Cold War, in: *Journal of Language and Politics* 11/4, 2012, S. 583-605.
- Öztan, Ece: Unutulan bir Göç ve Yurttaşlık Deneyimi. İlk Kuşak Göçmen Kadınlar ve Hollanda Türkiyeli Kadınlar Birliği, in: *Fe Dergi* 2/2, 2010, S. 32-44.
- Özyürek, Esra: *Nostalgia for the Modern. State Secularism and Everyday Politics in Turkey*, Durham, London 2006.
- Patel, Kiran Klaus; Levsen, Sonja: The spatial contours of transnational activism. Conceptual implications and the road forward, in: *European Review of History: Revue europeenne d'histoire* 29/3, 2022, S. 548-561.
- Paulus, Julia u. a. (Hg.): *Zeitgeschichte als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik*, Frankfurt a. M. 2012.
- Paulus, Julia; Silies, Eva-Maria; Wolff, Kerstin: Die Bundesrepublik aus geschlechterhistorischer Perspektive, in: dies. (Hg.): *Zeitgeschichte als Geschlech-*

- tergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 2012, S. 11-30.
- Pekesen, Berna: Türkei – Zeitgeschichte: Ein Fach, das es (noch) nicht gibt | Docupedia-Zeitgeschichte, Version 1, 2.8.2023, online abrufbar unter: www.docupedia.de/zg/Pekesen_tuerkei_zeitgeschichte_v1_de_2023 (12.5.2025).
- Pekesen, Berna: Shared History, Divided Memory? »1968« in the Narratives of Women Activists, in: dies. (Hg.): Turkey in Turmoil. Social Change and Political Radicalization during the 1960s, Berlin, Boston 2020, S. 213-239.
- Perinelli, Massimo: Migration und das Ende des bürgerlichen Subjekts. Transformationen des Subjekts vom Gastarbeiterregime bis zum Diskurs des Illegalen, in: Eitler, Pascal, Elberfeld, Jens (Hg.): Zeitgeschichte des Selbst. Therapeutisierung – Politisierung – Emotionalisierung, Bielefeld 2015, S. 195-215.
- Pleinen, Jenny: Die Migrationsregime Belgiens und der Bundesrepublik seit dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2012.
- Poiger, Uta: Krise der Männlichkeit. Remaskulinisierung in beiden Nachkriegsgesellschaften, in: Naumann, Klaus (Hg.): Nachkrieg in Deutschland, Hamburg 2001, S. 227-263.
- Pusch, Barbara; Splitt, Julia (Hg.): 50 Jahre deutsch-türkische Migrationsforschung. Ein autobiografischer Rückblick von Prof. Dr. Nermin Abadan-Unat, Bonn 2014.
- Reichardt, Sven: Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014.
- Reichardt, Sven; Siegfried, Detlef: Das alternative Milieu. Konturen einer Lebensform, in: dies. (Hg.): Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa; 1968-1983, Göttingen 2010, S. 9-26.
- Reinecke, Christiane: Ghetto/Ghettoisierung, in: Bartels, Inken u. a. (Hg.): Umkämpfte Begriffe der Migration. Ein Inventar, Bielefeld 2023, S. 153-166.
- Richter, Hedwig; Richter, Ralf: Zum Streik der italienischen Arbeitsmigranten im Volkswagenwerk Wolfsburg 1962, in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 7, 2008, S. 72-88.
- Richter, Hedwig; Richter, Ralf: Der Opfer-Plot. Probleme und neue Felder der deutschen Arbeitsmigrationsforschung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 57/1, 2009, S. 61-97.
- Rodgers, Jennifer: »Taking birth back into our own hands«. Childbirth, feminism, and the interstitial archive in West Germany 33/1, 2024, S. 60-75.
- Roesch, Claudia: Love Without Fear. Knowledge Networks and Family Planning Initiatives For Immigrant Families in West Germany and the United States, in: Bulletin of the German Historical Institute 64, 2019, S. 93-113.
- Roesch, Claudia: Wunschkinder. Eine transnationale Geschichte der Familienplanung in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2022.
- Roller, Franziska: Flaneurinnen, Straßenmädchen, Bürgerinnen. Öffentlicher Raum und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen, in: Hubrath, Margarete (Hg.): Ge-

- schlechter-Räume. Konstruktionen von »gender« in Geschichte, Literatur und Alltag, Köln, Weimar, Wien 2001, S. 251-265.
- Rommelspacher, Birgit: Feminismus und kulturelle Dominanz. Kontroversen um die Emanzipation der muslimischen Frau, in: Berghahn, Sabine, Rostock, Petra (Hg.): Der Stoff, aus dem Konflikte sind. Debatten um das Kopftuch in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Bielefeld 2009, S. 395-412.
- Rommelspacher, Birgit: Was ist eigentlich Rassismus?, in: Melter, Claus, Mecheril, Paul (Hg.): Rassismuskritik. Rassismustheorie und -forschung, Frankfurt a.M. 2011, S. 25-38.
- Rose, Gillian: Situating knowledges. Positionality, reflexivities and other tactics, in: Progress in Human Geography 21/3, 1997, S. 305-320.
- Rosenberger, Sieglinde: Privatheit und Politik, in: Kreisky, Eva, Sauer, Birgit (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Opladen 1998, S. 120-136.
- Rucht, Dieter: Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten in neuen sozialen Bewegungen, in: Kaelble, Hartmut u. a. (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert, Frankfurt a.M. 2002, S. 327-351.
- Ryan, Mary: Women in Public. Between Banners and Ballots, 1825-1880, Baltimore, London 1990.
- Sabelus, Esther: Die weiße Sklavin. Mediale Inszenierungen von Sexualität und Großstadt um 1900, Berlin 2009.
- Said, Edward: Orientalism, London 2003.
- Sala, Roberto: Fremde Worte. Medien für »Gastarbeiter« in der Bundesrepublik im Spannungsfeld von Außen- und Sozialpolitik, Paderborn 2011.
- Sangster, Joan: Telling Our Stories. Feminist Debates and the Use of Oral History, in: Women's History Review 3/1, 1994, S. 5-28.
- Sarasin, Philipp: Mapping the Body. Körpergeschichte zwischen Konstruktivismus, Politik und »Erfahrung«, in: Historische Anthropologie 7/3, 1999, S. 437-451.
- Sarasin, Philipp: Die Visualisierung des Feindes. Über metaphorische Technologien der frühen Bakteriologie, in: ders. u. a. (Hg.): Bakteriologie und Moderne. Studien zur Biopolitik des Unsichtbaren 1870-1920, Frankfurt a.M. 2007, S. 427-461.
- Sati, Büşra: »Long Live Our Father«. The Culture of Solidarity, Kinship, and Marriage in Labour Unions, 1964-65, in: Çağatay, Selin u. a. (Hg.): Through the Prism of Gender and Work. Women's Labour Struggles in Central and Eastern Europe and Beyond, 19th and 20th Centuries, Leiden, Boston 2024, S. 259-287.
- Saunier, Pierre-Yves: Transnational History, Houndmills, Basingstoke, Hampshire 2013.
- Savelsberg, Eva; Hajo, Siamend: Sprache und Medien, in: Die Ausländerbeauftragte des Senats (Hg.): Das kurdische Berlin. Miteinander leben in Berlin, Berlin 2003, S. 26-32.
- Scheel, Stephan: Das Konzept der Autonomie der Migration überdenken? Yes, please!, in: movements. Journal für kritische Migrations- und Grenzregimeforschung 1-2, 2015, S. 1-15.
- Schmid-Eckhardt, Marianne: Politische Betätigung der ausländischen Bevölkerung

- in der Bundesrepublik Deutschland – Auswirkungen des neuen Ausländergesetzes im Kontext der Entwicklung der Rechtssituation, in: Şen, Faruk, Jahn, Gerhard (Hg.): Wahlrecht für Ausländer. Stand und Entwicklung in Europa, Frankfurt a. M. 1985, S. 49-55.
- Scholz, Sylka; Lenz, Karl: Ratgeber erforschen. Eine Wissenssoziologische Diskursanalyse von Ehe-, Beziehungs- und Erziehungsratgebern, in: Dreßler, Sabine u. a. (Hg.): In Liebe verbunden. Zweierbeziehungen und Elternschaft in populären Ratgebern von den 1950ern bis heute, Bielefeld 2013, S. 49-75.
- Schönwälder, Karen: »Ist nur Liberalisierung Fortschritt?«. Zur Entstehung des ersten Ausländergesetzes der Bundesrepublik, in: Motte, Jan u. a. (Hg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte, Frankfurt, New York 1999, S. 127-144.
- Schönwälder, Karen: Einwanderung und ethnische Pluralität. Politische Entscheidungen und öffentliche Debatten in Großbritannien und der Bundesrepublik von den 1950er bis zu den 1970er Jahren, Essen 2001.
- Schönwälder, Karen: West German Society and Foreigners in the 1960s, in: Gassert, Philipp, Steinweis, Alan (Hg.): Coping with the Nazi Past. West German Debates on Nazism and Generational Conflict, 1955-1975, New York, Oxford 2006, S. 113-128.
- Schulz, Marion: Arbeitsmigrantinnen in der BRD. Eine Bibliographie, in: dies. (Hg.): Fremde Frauen. Von der Gastarbeiterin zur Bürgerin, Frankfurt a. M. 1992, S. 124-225.
- Schwarz, Thomas: Integrationspolitik als Beauftragtenpolitik. Die Ausländerbeauftragte des Berliner Senats, in: Gesemann, Frank (Hg.): Migration und Integration in Berlin. Wissenschaftliche Analysen und politische Perspektiven, Opladen 2001, S. 127-144.
- Schwenken, Helen: Frauen-Bewegungen in der Migration. Zur Selbstorganisation von Migrantinnen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Lenz, Ilse u. a. (Hg.): Frauenbewegungen Weltweit. Aufbrüche, Kontinuitäten, Veränderungen, Wiesbaden 2000, S. 133-166.
- Seibert, Niels: Vergessene Proteste. Internationalismus und Antirassismus 1964-1983, Münster 2008.
- Sepp, Benedikt: Das Prinzip Bewegung. Theorie, Praxis und Radikalisierung in der West-Berliner Linken 1961-1972, Göttingen 2023.
- Severin-Barboutie, Bettina: Multiple Deutungen und Funktionen. Die organisierte Reise ausländischer Arbeitskräfte in die Bundesrepublik Deutschland (1950er-1970er Jahre), in: Geschichte und Gesellschaft 44/2, 2018, S. 223-249.
- Sieder, Reinhard: Erzählungen analysieren – Analysen erzählen. Narrativ-biographisches Interview, Textanalyse und Falldarstellung, in: Wernhart, Karl, Zips, Werner (Hg.): Ethnohistorie. Rekonstruktion und Kulturkritik. Eine Einführung, Wien 2001, S. 145-172.
- Silies, Eva-Maria: Erfahrungen des Bruchs? Die generationelle Nutzung der Pille in den sechziger und siebziger Jahren, in: Paulus, Julia u. a. (Hg.): Zeitgeschichte

- als Geschlechtergeschichte. Neue Perspektiven auf die Bundesrepublik, Frankfurt a. M. 2012, S. 205-224.
- Sirman, Nükhet: Feminism in Turkey. A Short History, in: *New Perspectives on Turkey* 3, 1989, S. 1-34.
- Slobodian, Quinn: *Foreign Front. Third World Politics in Sixties West Germany*, Durham, NC 2012.
- Sökefeld, Martin: Einleitung. Aleviten in Deutschland – von *takiye* zur alevitischen Bewegung, in: ders. (Hg.): *Aleviten in Deutschland. Identitätsprozesse einer Religionsgemeinschaft in der Diaspora*, Bielefeld 2008, S. 7-36.
- Somersan, Bihter: *Feminismus in der Türkei. Die Geschichte und Analyse eines Widerstands gegen hegemoniale Männlichkeit*, Münster 2011.
- Spivak, Gayatri Chakravorty: Can the Subaltern Speak?, in: Williams, Patrick, Chrisman, Laura (Hg.): *Colonial Discourse and Post-Colonial Theory*, New York 1994, S. 66-111.
- Staeheli, Lynn: Publicity, privacy, and women's political action, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 14, 1996, S. 601-619.
- Staeheli, Lynn u. a. (Hg.): *Mapping Women, Making Politics. Feminist Perspectives on Political Geography*, New York 2004.
- Staeheli, Lynn; Lawson, Victoria: Feminism, Praxis, and Human Geography, in: *Geographical Analysis* 27/4, 1995, S. 321-338.
- Staeheli, Lynn; Mitchell, Don; Nagel, Caroline: Making Publics. Immigrants, Regimes of Publicity and Entry to 'The Public', in: *Environment and Planning D: Society and Space* 27/4, 2009, S. 633-648.
- Stapel, Gülşah: *Recht auf Erbe in der Migrationsgesellschaft. Eine Studie an Erinnerungsorten türkeistämmiger Berliner*innen*, Berlin 2023.
- Stokes, Lauren: »Fear of the Family«. Migration and Integration in West Germany, 1955-2000, Dissertation, Chicago 2016.
- Stokes, Lauren: »An Invasion of Guest Worker Children«. Welfare Reform and the Stigmatisation of Family Migration in West Germany, in: *Contemporary European History* 28/3, 2019, S. 372-389.
- Stokes, Lauren: *Fear of the Family. Guest Workers and Family Migration in the Federal Republic of Germany*, New York 2022.
- Süß, Winfried; Süß, Dietmar: Zeitgeschichte der Arbeit. Beobachtungen und Perspektiven, in: Andresen, Knud u. a. (Hg.): »Nach dem Strukturbruch? Kontinuität und Wandel von Arbeitsbeziehungen und Arbeitswelt(en) seit den 1970er Jahren, Bonn 2011, S. 345-365.
- Szatkowski, Tim: *Die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei 1978 bis 1983*, Berlin, Boston 2016.
- Tanner, Jakob: Körpererfahrung, Schmerz und die Konstruktion des Kulturellen, in: *Historische Anthropologie* 2, 1994, S. 489-502.
- Tekeli, Şirin: Emergence of the Feminist Movement in Turkey, in: Dahlerup, Drude (Hg.): *The New Women's Movement. Feminism and Political Power in Europe and the USA*, London, California, 1986, S. 179-199.

- Tekeli, Şirin: Europe, European Feminism, and Women in Turkey, in: *Women's Studies International Forum* 15/1, 1992, S. 139-143.
- Tekeli, Şirin: Die Neue Frauenbewegung in der Türkei der 80er Jahre, in: Esin, Ayşe u. a. (Hg.): *Die türkische Frauenbewegung. Probleme und Entwicklungen in Deutschland und in der Türkei*, Karlsruhe 1993, S. 57-68.
- Tekeli, Şirin: Frauen in der türkischen Politik, in: Abadan-Unat, Nermin (Hg.): *Die Frau in der türkischen Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1993, S. 259-282.
- Tekeli, Şirin: Introduction. Women in Turkey in the 1980s, in: dies. (Hg.): *Women in Modern Turkish Society. A Reader*, London 1995, S. 1-21.
- Tekeli, Şirin: Die erste und die zweite Welle der Frauenbewegung in der Türkei, in: Schöning-Kalender, Claudia (Hg.): *Feminismus, Islam, Nation. Frauenbewegungen im Maghreb, in Zentralasien und in der Türkei*, Frankfurt a. M. 1997, S. 73-93.
- Tekin, Ayşe: Unterschiede! – Und was eint uns? Die Entwicklung der Verschiedenheit im migrantischen Feminismus, in: Gutiérrez Rodriguez, Encarnación, Tuzcu, Pinar (Hg.): *Migrantischer Feminismus. In der Frauen:bewegung in Deutschland (1985-2000)*, Münster 2021, S. 144-164.
- Tekin, Caner: Die erste linke Migrantendachorganisation aus der Türkei. Die Europäische Föderation türkischer Sozialisten (1968-1977), in: *Arbeit Bewegung Geschichte* 1, 2021, S. 109-124.
- Tekin, Caner: Die Reaktionen türkischer Migrant*innenorganisationen auf den Kölner Ford-Streik von 1973, in: Cafaro, Nuria u. a. (Hg.): *Gelingende und misslingende Solidarisierungen. Spontane Streiks in Westdeutschland um 1973*, Berlin 2023, S. 49-58.
- Terkessidis, Mark: *Die Banalität des Rassismus. Migranten zweiter Generation entwickeln eine neue Perspektive*, Bielefeld 2004.
- Thomsen Vierra, Sarah: *Turkish Germans in the Federal Republic of Germany. Immigration, Space, and Belonging, 1961-1990*, Cambridge 2018.
- Thränhardt, Dietrich: Patterns of Organization among Different Ethnic Minorities, in: *New German Critique* 46, 1989, S. 10-26.
- Toksöz, Gülay: »Ja, sie kämpfen – und sogar mehr als die Männer«. Immigrantinnen – Fabrikarbeit und gewerkschaftliche Interessenverteilung, Berlin 1991, S. 59.
- Traverso, Enzo: *Left-Wing Melancholia. Marxism, History, and Memory*, New York 2016.
- Trede, Oliver: *Zwischen Misstrauen, Regulation und Integration. Gewerkschaften und Arbeitsmigration in der Bundesrepublik und in Grossbritannien in den 1960er und 70er Jahren*, Paderborn 2015.
- Tügel, Nelli: *Das Land ihrer Träume? Türkeistämmige politische Emigrant_innen in der DDR*, Masterarbeit, Berlin 2016.
- Tülce Uman, Ayten Hüma: *The Making of Industrial Subjects in Spaces of Work, Living and Collectivity. Eskişehir 1923-1980*, Dissertation, Ankara 2021.
- Tuncer, Selda: *Women and Public Space in Turkey. Gender, Modernity and the Urban Experience*, London 2018.
- Tuncer, Selda; Özdemir Taştan, İnan: *Leaving Home, Claiming the Street. Exploring*

- Women's Challenges in Turkey's '68 Movement, in: *Turkish Historical Review* 12, 2021, S. 294-322.
- Türeğün, Emine Nihan: Being a Mother and a Revolutionary. Experiences of Motherhood among Revolutionary Women in 1970s-80s Turkey, Master Thesis, Istanbul 2016.
- Türkmen, Gülay: Reflexivity and Positionality in Qualitative Research. On Being an Outsider in the Field, in: Şen, Ercan, Sandal Önal, Elif (Hg.): *The Political Psychology of Kurds in Turkey. Critical Perspectives on Identity, Narratives, and Resistance*, Cham 2023, S. 145-166.
- Tyler May, Elaine: *Homeward Bound. American Families in the Cold War Era*, New York 2008.
- Uhl, Karsten: Die Geschlechterordnung der Fabrik. Arbeitswissenschaftliche Entwürfe von Rationalisierung und Humanisierung 1900-1970, in: *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 21, 2010, S. 93-117, S. 97 f.
- Van Wyck, Brian: Guest Workers in the School? Turkish Teachers and the Production of Migrant Knowledge in West German Schools, 1971-1989, in: *Geschichte und Gesellschaft* 43/3, 2017, S. 466-491.
- Walgenbach, Katharina: Gender als interdependente Kategorie, in: dies. (Hg.): *Gender als interdependente Kategorie. Neue Perspektiven auf Intersektionalität, Diversität und Heterogenität*, Opladen 2007, S. 23-64.
- Walgenbach, Katharina: Intersektionalität als Analyseperspektive heterogener Stadträume, in: Scambor, Elli, Zimmer, Fränk (Hg.): *Die intersektionelle Stadt. Geschlechterforschung und Medienkunst an den Achsen der Ungleichheit*, Bielefeld 2014, S. 81-92.
- Welskopp, Thomas: Produktion als soziale Praxis. Praxeologische Perspektiven auf die Geschichte betrieblicher Arbeitsbeziehungen, in: Andresen, Knud u. a. (Hg.): *Der Betrieb als sozialer und politischer Ort. Studien zu Praktiken und Diskursen in den Arbeitswelten des 20. Jahrhunderts*, Bonn 2015, S. 29-52.
- Welzer, Harald: Das Interview als Artefakt. Zur Kritik der Zeitzeugenforschung, in: *BIOS* 32/1-2, 2020, S. 284-296.
- West, Candace; Zimmermann, Don: *Doing Gender*, in: *Gender and Society* 1/2, 1987, S. 125-151.
- White, Jenny: State Feminism, Modernization, and the Turkish Republican Woman, in: *NWSA Journal* 15/3, 2003, S. 145-159.
- Wiese, Lena: Frauen in türkischen ultranationalistischen Szenen in Deutschland, in: Jamal, Lobna, Aydın, Yaşar (Hg.): *»Graue Wölfe«. Türkischer Ultranationalismus in Deutschland*, Bonn 2022, S. 126-147.
- Wilson, Elizabeth: *The Sphinx in the City. Urban Life, the Control of Disorder, and Women*, London 1991.
- Wimmer, Andreas; Glick Schiller, Nina: Methodological Nationalism and Beyond. Nation-State Building, Migration and the Social Science, in: *Global Networks* 2/4, 2002, S. 301-334.
- Wirsching, Andreas: Antikommunismus und politische Kultur in der Bundesrepu-

- blik Deutschland. Einleitende Vorbemerkungen, in: Creuzberger, Stefan, Hoffmann, Dierk (Hg.): »Geistige Gefahr« und »Immunisierung der Gesellschaft«. Antikommunismus und politische Kultur in der frühen Bundesrepublik, München 2014, S. 1-14.
- Woesthoff, Julia: Ambiguities of Anti-Racism. Representations of Foreign Laborers and the West-German Media, 1955-1990, Dissertation, East Lansing 2004.
- Wolff, Kerstin; Schüler, Anja: Der Kongress tanzt – Nicht! Frauenkongresse als Orte der Kommunikation, Politik und Vernetzung, in: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte, 76, 2020, S. 1-3, S. 2.
- Wonisch, Regina: Migranten und Migrantinnen als Experten und Expertinnen ihrer eigenen Geschichte? Museum, Demokratie und Migration, in: Eigenmann, Philipp u. a. (Hg.): Migration und Minderheiten in der Demokratie. Politische Formen und soziale Grundlagen von Partizipation, Wiesbaden 2016, S. 375-396.
- Yazıcıoğlu, Ayşe: 68'in Kadınları, İstanbul 2010.
- Yıldız, Sakine: Erkaufte Rückkehr? Die Abwanderung türkischer »Gastarbeiter/innen« aus Westdeutschland von 1973 bis 1984, Dissertation, Osnabrück 2017.
- Yurdakul, Gökçe: From Guest Workers into Muslims. The Transformation of Turkish Immigrant Associations in Germany, Newcastle-upon-Tyne 2009.
- Yuval-Davis, Nira: The »Multi-Layered Citizen«, in: International Feminist Journal of Politics 1/1, 1999, S. 119-136.
- Zengin, Aslı: Sex Under Intimate Siege. Transgender Lives, Law and State Violence in Contemporary Turkey, Dissertation, Toronto 2014.
- Zengin, Aslı: Violent Intimacies. The Trans Everyday and the Making of an Urban World, Durham, London 2024.
- Zeppenfeld, Stefan: Ein Nebenschauplatz des »Häuserkampf«? Türkeistämmige und die Kreuzberger Hausbesetzerszene 1980/81, in: Hochmuth, Hanno, Nolte, Paul (Hg.): Stadtgeschichte als Zeitgeschichte. Berlin im 20. Jahrhundert, Göttingen 2019, S. 245-270.
- Zeppenfeld, Stefan: Vom Gast zum Gastwirt? Türkische Arbeitswelten in West-Berlin, Göttingen 2021.
- Zeppenfeld, Stefan: Gastarbeiter, Inventar der Migrationsbegriffe, 2023, online abrufbar unter: www.migrationsbegriffe.de/gastarbeiter (22.1.2025).
- Zeppenfeld, Stefan: Feuerlöscher, Revolver und der Kampf um Anerkennung. Migrantische Reaktionen auf rassistische Gewalt in Westdeutschland, in: Kössler, Till, Steuer, Janosch (Hg.): Brandspuren. Das vereinte Deutschland und die rechte Gewalt der frühen 1990er-Jahre, Bonn 2023, S. 205-224.
- Zölls, Philip: Regieren der Migration. Von Einwanderungsprozessen und staatlichen Regulierungspolitiken, München 2019.
- Zürcher Erik Jan: Turkey. A Modern History, London, New York 2017.

Abbildungsverzeichnis

S. 8: Verabschiedung von Arbeiterinnen auf dem Weg nach Westdeutschland am Bahnhof Sirkeci in Istanbul (o. D.), Foto: Levent Lir, Atatürk Kitaplığı.

S. 63: »Erkekken kız oldu böylece Almanyanın yolunu tuttu«, Reportage in der *Hürriyet*, 12. September 1970.

S. 161: Filmstill aus dem Dokumentarfilm »Pierburg. Ihr Kampf ist unser Kampf« von Edith Marcello und David Wittenberg (1974), Foto: unbekannt, Archiv der Kinothek Asta Nielsen e. V., Sammlung Edith Marcello.

S. 170: Filmstill aus »Pierburg. Ihr Kampf ist unser Kampf« von Edith Marcello und David Wittenberg (1974), Foto: unbekannt, Archiv der Kinothek Asta Nielsen e. V., Sammlung Edith Marcello.

S. 207: Fotografien einer Demonstration in der City-West vom 9. Juli 1971, Foto: Jürgen Henschel, FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum/Sammlung Jürgen Henschel.

S. 209: Fotografien einer Demonstration in der City-West vom 9. Juli 1971, Foto: Jürgen Henschel, FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum/Sammlung Jürgen Henschel.

S. 219: Fotografien einer Demonstration am Kottbusser Damm (ab Hermannplatz) gegen Faschismus, vom 19. März 1977, Foto: Jürgen Henschel, FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum/Sammlung Jürgen Henschel.

S. 245: Nähkurs im Türkischen Frauenverein Berlin (o. D.), Foto: unbekannt, Archiv Türkischer Frauenverein.

S. 251: Fotografien einer Demonstration am Kottbusser Damm (ab Hermannplatz) gegen Faschismus, vom 19. März 1977, Foto: Jürgen Henschel, FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum/Sammlung Jürgen Henschel.

S. 255: Demonstration gegen das IKD-Verbot in der Türkei, West-Berlin (o. D.), Foto: unbekannt, Archiv Türkischer Frauenverein.

S. 257: Fotografien einer Demonstration gegen die Grauen Wölfe am Maybachufer vom 6. Juli 1979, Foto: Jürgen Henschel, FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum/Sammlung Jürgen Henschel.

S. 271: Fotografien einer Gedenkdemonstration für Celalettin Kesim vom 10. Januar 1981, Foto: Jürgen Henschel, FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum/Sammlung Jürgen Henschel.

S. 307: Fotografien einer Demonstration gegen Lammers Ausländererlass in der Hasenheide und der Gneisenaustraße vom 28. November 1981, Foto: Jürgen Henschel, FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum/Sammlung Jürgen Henschel.

S. 339: Aktion vor dem Schöneberger Rathaus (o. D.), FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum/Konvolut Bagana, Lausitzer_00064, Foto: Zeliha Blom.

S. 341: Kottbusser Straße 8 (o. D.), FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum/Konvolut Bagana, 3544/22_03, Foto: unbekannt.

S. 347: Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei (TIO) in der Lausitzer Straße 46 (o. D.), FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum/Konvolut Bagana, Foto: Zeliha Blom.

S. 387: Fotografien einer Demonstration in der Yorckstraße gegen das »Ausländerrecht« vom 9. März 1985. Foto: Jürgen Henschel, FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum/Sammlung Jürgen Henschel.

Trotz intensiver Recherche war es leider nicht in allen Fällen möglich, die Urheber*innen der Fotos zu ermitteln. Bitte wenden Sie sich an uns, wenn Sie Rechte an den Bildern halten. Die Klärung der Rechte ist uns ein wichtiges Anliegen.

Dank

Niemand schreibt für sich allein. Ohne die vielfältige Unterstützung zahlreicher Menschen und Netzwerke wäre dieses Buch nicht entstanden. Für ihre Hilfe, Begleitung, ihr geteiltes Wissen und die vielen Gespräche, die meinen Schreibprozess über die Jahre inspiriert haben, kann ich mich hier nur ansatzweise bedanken.

Mein herzlicher Dank gilt zuerst allen Zeitzeuginnen, die ihre Geschichte mit mir geteilt haben – für ihr Vertrauen, ihre Unterstützung und die Zeit, die sie und ihre Familien sich weit über das Gespräch hinaus genommen haben: Ohne Atiye Altül, Berrin Önler-Sayan, Gülsüm Kaya, Sermin Doğanay, Gül Ataseven-Özen, Ayten Firat, Belkıs Erdal, Türkan Alp, Fatma Kaya, Remziye Ünal, Aso Agace, Ayfer Schultz, Perihan Karadeli, Maviye Polat, Sevgi Baydar, Sebahat Özsan, Marta Kasapoğlu, Ayla Yıldız und Sevim Aydemir gäbe es dieses Buch nicht in dieser Form.

Frank Bösch hat mein Promotionsprojekt am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) von der Idee bis zum Buchmanuskript mit klugen Impulsen, konstruktiver Kritik und viel Engagement betreut und gefördert. Gleiches gilt für meine Zweitbetreuerin Nora Lafi, die mich stets zu weiteren methodischen Reflexionen ermutigt hat. Mein besonderer Dank gilt ihnen dafür, dass sie ihr Wissen mit mir geteilt, mich zum Nachdenken und Hinterfragen angeregt und mir im Forschungsprozess viel Freiraum gelassen haben. Die Leibniz-Gemeinschaft förderte meine Dissertation als Teil des Verbundprojekts *The Historicity of Democracy in the Muslim and Arab Worlds* (HISDEMAB). Das ZZF Potsdam unterstützte mein Promotionsprojekt finanziell durch ein Abschlussstipendium, das mir erlaubte, mich in den letzten Monaten auf das Schreiben zu konzentrieren, und einen Druckkostenzuschuss. Dafür bedanke ich mich herzlich. Den HISDEMAB-Kolleg*innen danke ich für die vielen anregenden Gespräche und Denkanstöße. Am ZZF gilt mein Dank für produktive Diskussionen und gute Ideen insbesondere der Abteilung IV *Regime des Sozialen* unter der Abteilungsleitung von Winfried Süß und Jutta Braun, den Doktorand*innen und der Nachwuchskoordination. Annelie Ramsbrock danke ich dafür, dass sie einen Workshop zu GeschlechterRäumen am ZZF initiiert und gemeinsam mit Laura Haßler, Ronny Grundig, Juliane Röleke, Annalisa Martin und mir organisiert hat.

Selda Tuncer, Barbara Lüthi, Michelle Lynn Kahn und Cengiz Günay haben in Kolloquien meine Kapitelentwürfe mit vielen konstruktiven

Anregungen kommentiert. Dieses Buch hat von ihren methodisch und inhaltlich profunden Kommentaren sehr profitiert, weshalb ich ihnen herzlich danken möchte. Insbesondere Selda Tuncer hat meine Arbeit über die Jahre mit wichtigen Impulsen und klugen Ideen aus der Ferne begleitet. Für den solidarischen wissenschaftlichen Austausch, die vielen anregenden Gespräche und Hinweise danke ich außerdem Ela Gezen, Caner Tekin, Sercan Çınar, Julia Spohr und Stefan Zeppenfeld. Den Organisator*innen und Teilnehmer*innen der Workshops und Kolloquien in Bochum, Essen, Madison, Bayreuth, Potsdam, München, Berlin und Berkeley danke ich für die Gelegenheit meine Arbeit vorzustellen und den anregenden Austausch.

Für die Unterstützung bei der Recherche danke ich den Archivar*innen der besuchten Archive und Bibliotheken in Deutschland und der Türkei, allen voran Sibel Sular, Erol Ülker und Vedat Bulat, die mich bei meinen Archivrecherchen in Istanbul unterstützt haben. Den Mitarbeiter*innen im Friedrichshain Kreuzberg Museum danke ich dafür, dass sie mir Fotos aus ihren Archivbeständen bereitgestellt haben. Edith Marcello und David Wittenberg haben mir freundlicherweise die Nutzung von Fotos aus ihrem Film über den Pierburg-Streik erlaubt, wofür ich ihnen ebenso herzlich danke wie den Mitarbeiter*innen des Archivs der Kinothek Asta Nielsen, die mich bei der Recherche nach Fotos unterstützt haben. Hamiyet Ceylan, Gül Selcan und den Frauen aus der Seniorinnengruppe *Dostluk*, deren Frühstückstreffen ich für ein Jahr jeden Mittwoch besucht habe, danke ich für die vielen gemeinsamen Stunden, in denen ich manche Antworten auf Fragen gefunden habe, die Archivquellen aufwarfen. Mit Elmas Wieczorek-Hahn und Elisabeth Bagana habe ich für die historische Einordnung essentielle Hintergrundgespräche geführt. Elisabeth Bagana danke ich zudem dafür, dass sie ihr Privatarchiv mit mir geteilt hat. Dem Türkischen Frauenverein und TIO gebührt mein großer Dank für ihr Vertrauen und die andauernde Unterstützung bei zahlreichen Detailfragen. Dem Wallstein Verlag, und insbesondere Hajo Gevers, sowie Katja Stopka vom ZZF danke ich für die produktive Begleitung vom Manuskript zur Veröffentlichung.

Anne-Marie Brack, Theresa Martus, Juliane Röleke, Laura Haßler, Marianne Dhenin und Ellen Pupeter haben einzelne Kapitel mit ihrem so kritischen wie umsichtigen Redigat geschärft und geschliffen. Ihnen danke ich für ihre klugen Anmerkungen und Fragen. Die gemeinsam in der Stabi und im Zug nach Potsdam verbrachten Stunden mit Tom Koltermann, Nils Theinert, Robert Mueller-Stahl, Lea Frese-Renner, Juliane Röleke, Ellen Pupeter, Laura Haßler und Caroline Peters haben den oft von Zweifeln gesäumten Schreibprozess schöner und leichter gestaltet.

Ihnen danke ich für die kurzweiligen Mittagspausen, den wissenschaftlichen Austausch und ihre moralische Unterstützung bis zur Disputation.

Meinem ehemaligen Team von *taz.gazete*, von dem ich viel lernen konnte, danke ich für ihre Perspektiven und die multiplen Denkanstöße, die 2017 den ersten Impuls für diese Arbeit gegeben haben. Ayşe Tunca gebührt stellvertretend für weitere Freund*innen und Kolleg*innen mein Dank für die wichtigen Kontakte, die sie immer wieder hergestellt hat.

Meinen Freund*innen Anne, Miriam, Theresa, Linda, Simon, İlgin, Michaela, Svenja, Ayşe, Jana und Christoph, die mich auf diesem Weg begleitet und mir durch alle Höhen und Tiefen hindurch zur Seite standen, bin ich zutiefst dankbar für ihre unbeschreibliche Unterstützung und ihre Freundschaft. Ich kann mich sehr glücklich schätzen, dass ich meine Begeisterung ebenso wie meine Zweifel über all die Jahre mit ihnen teilen konnte. Von ganzem Herzen danken möchte ich schließlich meiner Familie, die mich immer unterstützt hat und mich meinen Weg gehen ließ.

Berlin, im April 2025

GESCHICHTE DER GEGENWART

Leibniz- Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam (ZZF)

Hanno Hochmuth

Kiezgeschichte

Friedrichshain und Kreuzberg im geteilten Berlin

Bd. 16 • 392 S., 22 Abb., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-3092-4

Ellinor Schweighöfer

Vom Neandertal nach Afrika

Der Streit um den Ursprung der Menschheit im 19. und 20. Jahrhundert

Bd. 17 • 424 S., 9 Abb., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-3209-6

Internationale Solidarität

Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR

Hg. von Frank Bösch, Caroline Moine und Stefanie Senger

Bd. 18 • 264 S., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-3208-9

Stefanie Eisenbuth

Die Schutzmacht

Die Amerikaner in Berlin 1945-1994

Bd. 19 • 512 S., 35 Abb., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-3291-1

Wege in die digitale Gesellschaft

Computernutzung in der Bundesrepublik 1955-1990

Hg. von Frank Bösch

Bd. 20 • 326 S., 8 Abb., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-3290-4

Ökonomisierung

Debatten und Praktiken in der Zeitgeschichte

Hg. von Rüdiger Graf

Bd. 21 • 415 S., 2 Abb., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-3414-4

Stadtgeschichte als Zeitgeschichte

Berlin im 20. Jahrhundert

Hg. von Hanno Hochmuth und Paul Nolte

Bd. 22 • 359 S., 13 Abb., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-3524-0

Weimars Wirkung

Das Nachleben der ersten deutschen Republik
Hg. von Hanno Hochmuth, Martin Sabrow, Tilmann Siebeneichner
Bd. 23 • 232 S., 10 Abb., geb., Schutzumschlag
ISBN 978-3-8353-3781-7

Julia Gül Erdogan

Avantgarde der Computernutzung
Hackerkulturen der Bundesrepublik und der DDR
Bd. 24 • 392 S., 6 Abb., geb., Schutzumschlag
ISBN 978-3-8353-3370-3

David Bebnowski

Kämpfe mit Marx
Neue Linke und akademischer Marxismus in den Zeitschriften »Das Argument«
und »PROKLA« 1959-1976
Bd. 25 • 534 S., geb., Schutzumschlag
ISBN 978-3-8353-5031-1

Stefan Zeppenfeld

Vom Gast zum Gastwirt?
Türkische Arbeitswelten in West-Berlin
Bd. 26 • 430 S., 13 Abb., geb., Schutzumschlag
ISBN 978-3-8353-5022-9

1989 - Eine Epochenzäsur?

Hg. von Martin Sabrow, Tilmann Siebeneichner und Peter Ulrich Weiß
Bd. 27 • 307 S., geb., Schutzumschlag
ISBN 978-3-8353-5021-2

Ronny Grundig

Vermögen vererben
Politiken und Praktiken in der Bundesrepublik und Großbritannien 1945-1990
Bd. 28 • 340 S., geb., Schutzumschlag
ISBN 978-3-8353-5169-1

Ralf Ahrens

Strukturpolitik und Subventionen
Debatten und industriepolitische Entscheidungen in der Bonner Republik
Bd. 29 • 312 S., 1 Abb., geb., Schutzumschlag
ISBN 978-3-8353-5168-4

Peter Ulrich Weiß

Deutsche Zentralarchive in den Systemumbrüchen nach 1933 und 1945
Bd. 30 • 584 S., 14 Abb., geb., Schutzumschlag
ISBN 978-3-8353-5209-4

Alexander Konrad

Umdeutungen des Islams

Bundesdeutsche Wahrnehmungen von Muslim*innen 1970-2000

Bd. 31 • 495 S., 16 Abb., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-5268-1

Michael Homberg

Digitale Unabhängigkeit

Indiens Weg ins Computerzeitalter – Eine internationale Geschichte

Bd. 32 • 581 S., 25 Abb., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-5267-4

Jessica Lindner-Elsner

Von Wartburg zu Opel

Arbeit und Ungleichheit im Automobilwerk Eisenach 1970-1992

Bd. 33 • 483 S., 45 z.T. farb. Abb., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-5486-9

Henning Türk

Energiesicherheit nach der Ölkrise

Die Internationale Energieagentur 1974-1985

Bd. 34 • 220 S., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-5484-5

Rüdiger Graf

Vorhersagen und Kontrollieren

Verhaltenswissen und Verhaltenspolitik in der Zeitgeschichte

Bd. 35 • 410 S., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-5603-0

Andreas Ludwig

Geschichte von morgen

Über das Sammeln von Gegenwart in historischen Museen

Bd. 36 • 345 S., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-5590-3

Darius Muschiol

Einzel Täter?

Rechtsterroristische Akteure in der alten Bundesrepublik

Bd. 37 • 486 S., 8 z.T. farb. Abb., geb., Schutzumschlag

ISBN 978-3-8353-5724-2



WALLSTEIN VERLAG